PRO
VERITATE
ET
REGNO
DEI
CHARLES HOLBROOK LIBRARY
Pacific School of Religion

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

NEUE WEGE

BLÄTTER FÜR DEN KAMPF DER ZEIT

52

Zweiundfünfzigster Jahrgang

1958

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

Verlag: Vereinigung Freunde der «Neuen Wege»

84957
1.52
1958

INHALTSVERZEICHNIS

Betrachtungen

	Seite
Emil Fuchs: Kein anderes Zeichen	1
Leonhard Ragaz: Alles verloren – alles gewonnen!	65
G. Roggwiller: Werfet das Vertrauen nicht weg!	97
Leonhard Ragaz: Die doppelte Auferstehung	130
Albert Goes: Verantwortung	161
Walter Rauschenbusch: Gebet	193
Martin Buber: Hoffnung für diese Stunde	193
Simone Weil: Eine neue Heiligkeit	245
Henri Roser: Jesus Christus, der Herr	277
Margarete Susman: Wo stehen wir?	309
Hans-Werner Bartsch: Friede auf Erden	310

Gedichte

Werner Egli: Zum neuen Jahr	1
Gottfried Keller	96
Margarete Susman: Der Geist	129
Margarete Susman: Nacht	277

Religiöse Fragen

Arthur Mettler: Vom gemeinsamen Leben I	14
Arthur Mettler: Vom gemeinsamen Leben II	44
Hugo Kramer: Unser religiös-soziales Zeugnis I	100
Hugo Kramer: Unser religiös-soziales Zeugnis II	165
Walter Dignath: Zur Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland	197

Kultur- und Geistesgeschichte

R. H. Jeanneret: «Die neue Schweiz»	4
Ernst Benz: Nietzsches Ideen zur Geschichte des Christentums und der Kirche (Werner Egli)	17
L. L. Mathias: Meinungsfabrikation in den Vereinigten Staaten	139
Georges Bernanos: Verantwortung?	313

Politische und soziale Fragen

Paul Furrer: Flüchtlinge im Mittleren Osten I	8
Paul Furrer: Flüchtlinge im Mittleren Osten	35
Benjamin/Buber/Shereshevsky: Tätiger Neutralismus	38
B. Wicke: Danilo Dolcis Weg und Ziel	39
Redaktion: Eingabe der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz an das Eidgenössische Politische Departement	69
P. Furrer: Flüchtlinge in Indien	107
Elsa Pavoni: Eine Stimme aus Afrika	215
P. Furrer: Warnung aus Asien	219
Redaktion: Die Genfer Internationale Seerechtskonferenz der Vereinigten Nationen	223
Hugo Kramer: Was ist Realpolitik?	249
Redaktion: Einer neuen Union française entgegen?	257

Kampf um den Frieden

	Seite
Redaktion: Neuntausend Gelehrte gegen die Atomversuche	19
Quäker: Die Frage unserer Zeit	52
Prof. Jaag: Genügt der Appell an Regierungen und Politiker?	53
Redaktion: Neues Denken in den USA (Eugene Rabinowitch, BAS)	71
Paul Furrer: Von der Atomfront	144
Gertrud Woker: Atomaufrüstung auch in der Schweiz?	206
Hans Zeller: Es geht um Mord	211
P. Furrer: Die Fahrt des «Glücklichen Drachen»	259
G. Woker: Die 2. Konferenz der Vereinigten Nationen zur Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken	279
P. F.: Dritte Pugwash-Konferenz der Wissenschafter von Ost und West	287
Alice Herz: Nie wieder Krieg	331
Wochenzeitung, Düsseldorf: Jaspers-Pauling	337

Von Menschen

Leonhard Ragaz: Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben, I. Teil	76
Leonhard Ragaz: Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben, II. Teil	111
Leonhard Ragaz: Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben, III. Teil	133
Leonhard Ragaz: Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben, IV. Teil	176
B. Wicke: Simone Weil	245
Samuel F. Müller: Zum Gedenken an Sophie Widmer	263
Millicent Furrer: Paul Robeson	290
Redaktion: Gertrud Woker zum achzigsten Geburtstag	330

Zitate und Worte

Martin Buber: Bücher und Menschen	33
Alexander Vinet	290
Leonhard Ragaz	290
Martin Luther King	308
Georges Bernanos: Wir sind es, die die Welt verderben	356

Weltrundschau (Dr. Hugo Kramer)

	Seite		Seite		Seite
Januar	20	Mai	146	Oktober	295
Februar	54	Juni	182	Nov./Dez.	340
März	84	Juli/August	227		
April	117	September	265		

Schweizerisches

R. H. Jeanneret: Die jurassische Frage, ein nationales Problem	81
René Bovard: Die Schweiz im Atomzeitalter	316

Von Büchern

	Seite
Köhler/Genschel/Bethmann: «Die Juden und wir» (Redaktion)	5
Markus Mattmüller: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus (Alice Herz)	48
Emil Fuchs: Mein Leben (H. K.)	160
Otto Lauterburg: Nun danket alle Gott (J. L.)	160/244
Eduard Wildbolz: Atomwaffen für die Schweiz (Hugo Kramer)	251
Fr. Wilhelm Foerster: Politische Ethik (Hugo Kramer)	253
Helmar Lerski: Der Mensch – mein Bruder (Carl Seelig)	U Sept.
Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft der Menschen (H. H.)	355

Berichte, Aufrufe, Mitteilungen, Redaktionelles

An unsere Abonnenten	U Jan.
H. K.: Religiös-soziale Vereinigung und Freunde der «Neuen Wege»	34
Notiz	U Mai
H. K.: Bei den christlichen Sozialisten französischer Sprache	174
Bericht über die Tätigkeit der Auskunftstelle für Flüchtlinge im Jahre 1957	243
An unsere Abonnenten	U Juli/Aug.
Unser religiös-soziales Zeugnis	U Juli/Aug.
Der internationale Zivildienst im Wallis	U Juli/Aug.
hk.: Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz	339

U = 3. Umschlagseite

Zum neuen Jahr:

«Aufrecht und unerschüttert»

Drückt schwer das Dunkle auf die Welt,
Es leuchten doch die Sterne!
Der Wahrheit Licht,
Vergiß es nicht,
Erhellt die fernste Ferne!

Willkommen bist du, neues Jahr;
Denn nur der Feigling zittert!
Gib mir die Hand,
Wir halten stand,
Aufrecht – und unerschüttert!

Werner Egli

Kein anderes Zeichen

Matthäus 12, 38–45

Es war keine Kleinigkeit für geistig führende Männer der jüdischen Frömmigkeit, sich zu dem zu stellen, der sagte: «Ihr habt gehört, daß zu den Alten gesagt ist . . . Ich aber sage Euch . . . !» Und er stand so in innerer Macht sie fassend vor ihnen, daß sie doch nicht wagten nein zu sagen. So möchten sie Hilfe haben: «Gib uns ein Zeichen!» – nicht ein Wunder, das auch andere tun können, nein, ein solches, das uns sicher sagt, daß du Gottes Bote bist!

Hart ist seine Antwort: «Böses, ehebrecherisches Geschlecht», nennt er sie. Ein solches Zeichen wird nicht gegeben über das hinaus, was Ninive und die Königin vom Mittag zur Buße brachte – d e r R u f, der ihnen ihren falschen Weg und ihre Versäumnis zum Bewußtsein brachte. Es ist dasselbe, was dem reichen Mann in der Hölle und in der Qual gesagt wird: «Hören sie Mose und die Propheten nicht, so werden sie auch nicht glauben, so einer von den Toten auferstünde!» (Luk. 16, 31.)

Jünger Jesu, die Kirche und ihre führenden Männer – wir alle stehen wieder vor Aufgaben, deren Lösung wir suchen müssen. Wieder sind da die Massen, die Millionen, die nicht aus noch ein wissen, von Angst verdunkelt ihr Sinn, von Haß verwirrt ihr Denken, von Mißtrauen um die Fähigkeit der Gemeinschaft gebracht. Wo ist das «Zeichen», das uns auf einen klaren, bestimmten Weg weist?

Immer wieder haben Christen in solcher Lage ein Zeichen gesucht, das auch ihnen von draußen her die Weisung gibt. So hat ein Abschreiber des Evangeliums sich das Jonaszeichen auf die Auferstehung ausgelegt, schrieb das an den Rand, und es kam in den Text, dem es doch so klar widerspricht. Jesus will ja dies «böse und ehebrecherische Geschlecht», das der Verantwortung für seine und der andern Schuld aus dem Wege gehen will, gerade darauf weisen, daß s i e es, sie allein zu entscheiden und zu übernehmen haben – o h n e Zeichen, nur aus der Wahrheit ihres von ihm angerufenen Gewissens und Daseins.

Und sind wir nicht angerufen? Angerufen durch den ganzen Zustand unseres Geschlechts, durch die Verwirrung, der wir nicht zu steuern wissen, durch die Schuld der Zeit hinter uns und um uns, durch das Morden nah und fern, durch jede Hinrichtung oder schwere Bestrafung, die um uns geschieht, durch das Klagen von einsamen Frauen und hilflosen Kindern, gequälten Kindern. Wir brauchen nicht eine einzelne Stätte zu nennen – überall ist es in der weiten, weiten Menschheit – überall gerade in den sogenannten christlichen Völkern und durch ihr Sein und Tun gewirkt.

Ein junger Mann, als Kaufmann von seiner Firma nach Afrika geschickt, wird von der Rassenfrage erfaßt – siehe, er hört den Anruf, und er entscheidet, gibt seine Stellung auf, wandert zunächst einmal trotz der Warnung aller Bekannten ins Gebiet der Mau-Mau-Bewegung. Er wird nicht getötet, kann sich mit führenden Männern aussprechen, kehrt zurück mit der Botschaft: «Dieser ganze Kampf wäre beendet, wenn der weiße Mann, der sich Christ nennt, ein ganz Einfaches täte, nämlich als Christ gegenüber den Schwarzen handelte.» Er wandert durch die afrikanische und asiatische Welt, um sich klar zu werden über diesen Zustand, und kommt zum selben Ergebnis: «Es wird kein anderes Zeichen gegeben werden.» Dieser hat es gesehen, das Zeichen der bittern Not, Verlassenheit – und schweren Schuld.*

Wer dies Zeichen sieht, dem fallen jene törichten Befangenheiten ab, die ihn binden an alte, liebgewordene Gestaltungen und Gewohnheiten, an Sehnsucht nach vergangenem Besitz und vergangener Behaglichkeit. Abfällt der Hochmut nationaler Überheblichkeit und Machtgier. Er weiß nun, daß nirgends eine Zuflucht zu finden ist für einen Menschen, der eine Schutzhütte sucht für seine Behaglichkeit und kleine Selbstsucht – wenn wir zu Gott gehören wollen! Er weiß, daß erst recht nicht eine Kirche eine solche Zuflucht sein kann und darf. Nicht dürfen wir zurückschauen auf das Zeichen der Auferstehung und in einem theoretischen Glauben an diese dem aus dem Wege gehen, was des Auferstandenen «Zeichen» heute ist, das Zeichen, das uns in die Buße stellt, in die Nacktheit der Schuld vor Gott, da wir unsere Hände

* Hans de Boer: «Unterwegs notiert.»

ausstrecken und beten: «O nimm mir alles, aber laß mich Bruder sein in Jesu Kraft und Dienst! Hilf mir, Gegenmacht zu werden mit Dir gegen den Jammer, der die Menschen zerbricht und zu Unmenschen macht!»

Da werden wir unter die Menschen gestellt und dürfen nicht mehr uns entscheiden unter der Frage, welchem Interesse wir dienen, seien es auch die Interessen der Kirche. Wir müssen fragen, wie wir dem Menschen dienen, der Jesu Bruder ist. Wir dürfen nicht mehr fragen, welcher Weltanschauung er ist, welchem Volke, welcher Rasse er angehört, wir müssen fragen, ob er, wo er Hilfe nötig hat aus Jesu Macht.

Um welch wesenlose Dinge streiten wir uns – ja streiten sich Staat und Kirche –, während wir gerufen sind, der ungeheuren Not des Hasses zu wehren und damit der gewaltigen Gefahr des Krieges entgegenzuwirken und der Angst der Menschen befreienden Glauben, vertrauende Zusammenarbeit entgegenzustellen!

Sobald wir das «Zeichen des Jona» sehen, wie es warnend über dieser Menschheit steht, wissen wir auch, warum Jesu Warnung so ernst und eindringlich ausmündet in die Worte von der Rückkehr des unsaubern Geistes zu dem, den er verlassen hatte – «ärger denn er zuvor war»!

1945 waren wir alle tief erschüttert. Nun meinen wir, wir hätten Buße getan – aber man hat nie Buße getan, wenn sie Vergangenheit werden kann. Buße ist immer da. Von der «täglichen Reue und Buße» redet Luther. So sind wir in Gefahr, ob wir Christen sind oder nicht, unsere Erkenntnis und Haltung aus dem Jahre 1945 zu einem Dogma werden zu lassen, in dem wir uns befriedet fühlen, ohne zu merken, daß wir die entscheidende Arbeit der Wahrheit und der Liebe unter uns noch gar nicht getan – höchstens sehr arm angefangen haben. Ja, wir meinen so sehr die Buße erreicht zu haben, daß wir es den andern vorwerfen dürfen, wenn sie nun verhärtet uns oder den Aufgaben gegenüberstehen. Sie machen uns denselben Vorwurf, und wir bestärken einander im Mißtrauen, in der Verhärtung und in der Selbstzufriedenheit – dem, was aller Buße Ende ist, was die Tür öffnet für den alten bösen Geist und seine sieben Gesellen.

Herr! Du bist mehr denn Jona! Du bist zu uns gekommen und bist bei uns als der Auferstandene. Erspare uns nicht das Entsetzen, daß wir mit deinen Augen unsere tiefe Schuld sehen – die Schuld der Christenheit, der Kirche, der Christen. Stelle uns unter dein Zeichen, nackt und notvoll, daß wir dich ergreifen und nichts wollen und ersehnen, als durch dich Bruder werden zu können. Mache durch dies Zeichen uns alle, deine Kirche, ihre Diener und Führer klar und lebendig, daß Friede werden könne – wahrhaft Friede in deiner Menschheit.

Emil Fuchs

„Die neue Schweiz"

Vor vierzig Jahren, im Dezember 1917, veröffentlichte Leonhard Ragaz seinen patriotischen Aufruf «Die neue Schweiz».

Der Erfolg war außerordentlich, denn in weniger als einem Jahr erlebte dieses Buch mehrere Auflagen und erschien auch in französischer und italienischer Sprache.

Erinnern wir an die unruhigen Zeiten, die durch den Zusammenbruch des Wilhelminischen Kaiserreichs und den Sieg des Bolschewismus in Rußland gekennzeichnet sind. Der durch eine größere Gefahr erschreckte schweizerische Bürgerstand von damals hielt nicht zurück mit seinem Lob für die sehr revolutionäre «Neue Schweiz», so daß wenigstens einmal in seinem Leben Ragaz, der Apostel und unerschrockene Kämpfer, die fast allgemeine Zustimmung seiner Landsleute erhielt.

Mit dieser ersten Nummer des Jahres 1958 wollen die «Neuen Wege» diesen vierzigsten Jahrestag nicht vorbeigehen lassen, ohne jeden einzelnen Leser aufzufordern, sich seines kleinen Teils der Verantwortung neu bewußt zu werden. Die Aktualität dieses wertvollen Dokuments ist überwältigend. In aller Deutlichkeit finden wir darin Ragaz, den Theologieprofessor, den Philosophen, den Erzieher, den Soziologen, aber auch den seine Heimat glühend liebenden Sozialisten und vor allem den demütigen und treuen Zeugen des lebendigen Gottes. Beim Durchlesen der 268 Seiten dieser vor vierzig Jahren an das Schweizervolk gerichteten edlen Botschaft und beim Vergleichen mit der heutigen traurigen nationalen Wirklichkeit, fühlt sich jeder senkrechte Bürger von einem unerträglichen Mißbehagen erfaßt. Wieviel geistiges Versagen, wie viele Feigheiten und sinnlose Zugeständnisse an Mammon, den unersättlichen Moloch, gegenüber einigen Fortschritten der sozialen Gerechtigkeit, die die Schweiz während dieser langen Zeitspanne einer glänzenden wirtschaftlichen Lage verwirklicht hat!

Wenn Ragaz heute unter uns träte, welche Enttäuschung für ihn, welches Unbehagen für uns! Ein Unbehagen, das noch viel peinlicher wäre, als es der abtretende Bundespräsident in der traurigen geistigen Bilanz der Schweiz für das Jahr 1957 ausdrückt.

Nachfolgend einige Ausschnitte aus «Die neue Schweiz»:

Die Schweiz ist mehr entehrt worden, als wir ahnen. Der Ruf, daß man uns um Geld zu allem haben könne, hat sich vermehrt (S. 56).

Der Militarismus ist nichts anderes als der gröbste Ausdruck des Machtcharakters, den der Staat angenommen hat, und der ihm übrigens im Blute liegt (S. 63).

Der Gegensatz von Deutsch und Welsch ist dem Sozialen gegenüber nicht eine selbständige Erscheinung, sondern nur eine seiner mittelbaren Folgen (S. 74).

Entweder wollen wir die heutige Wirtschaftsordnung oder wir wollen eine wahre Schweiz. Ohne eine Umgestaltung des sozialen Lebens müssen wir auf eine schweizerische Demokratie verzichten (S. 132 und 137).

Der Große hilft sich allfällig durch seine Macht, der Kleine kann sich nur durch Geist helfen (S. 159).

Wir wollen eine wahre Schweiz, weil eine solche eine Aufgabe für die Menschheit hat (S. 266). *R. H. Jeanneret*

Die Juden und wir

Unter diesem Titel hat der «Arbeitskreis für angewandte Anthropologie e. V.», Göttingen, in der Schriftenreihe «Wissenschaft und Menschenführung» eine überaus eindrucksvolle und mutige Broschüre herausgegeben, als deren Verfasser Professor Dr. Hans Köhler, Helmut Genschel und Horst Bethmann zeichnen. (Im Anhang zur Broschüre werden unter dem Titel «Mut zur Liebe» beherzigenswerte Worte aus einer Rede des Präsidenten der Deutschen Bundesrepublik wiedergegeben.)

Es ist dies eine große Auseinandersetzung mit den Wurzeln des Antisemitismus in vergangenen Jahrhunderten, mit dem im «Dritten Reich» propagierten Judenhaß und seinen Folgen und eine Aufforderung zu Selbstbesinnung und Wiedergutmachung.

Im Vorwort heißt es: «Es geht uns nicht nur um die Vergangenheit, um Anklagen und Schuldbekenntnisse, sondern um den möglichen Gewinn für die Zukunft. Wir hätten geschwiegen, wenn wir der Überzeugung gewesen wären, daß hier kein wichtiges Problem der unmittelbaren Gegenwart vorliegt, und wenn wir nicht die Hoffnung besäßen, daß Erkenntnis und Besinnung zu Besserem führen . . .»

In den Ausführungen von Helmut Genschel wird gesagt: «Nach dem Kriege hat es manche Diskussion um die Judenfrage gegeben, Anklage und Verteidigung, Propaganda und Gegenpropaganda, aber relativ wenige objektive Darstellungen. Die Zeitungen waren zunächst voll von Berichten über Judenverfolgungen und Greueltaten; dagegen erhob sich eine gefühlsmäßige Abwehr in weiten Kreisen unseres Volkes: So schlimm *kann* es doch nicht gewesen sein! Viele hielten derart entsetzliche Vorkommnisse einfach für unmöglich, viele wollten bestimmte Tatsachen nicht wahrhaben, weil sie sich mitverantwortlich für das vergangene Regime fühlten . . .»

Nach Ausführungen über «religiösen» und «rassischen» Antisemitismus – und um letzteren handelt es sich vorwiegend im «Dritten Reich» – kommt der Verfasser zu den beiden Perioden der Judenverfolgung in den Jahren 1933 bis 1945, nämlich zu der Periode der

noch «friedlichen», gesetzmäßigen antijüdischen Maßnahmen (etwa bis 1940) und zu der Periode der planmäßigen Judenvernichtung (bis 1945).

Die erste Periode ist gekennzeichnet durch den Boykott jüdischer Geschäfte, die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben überhaupt, durch die Diffamierung jüdischer Beamter, jüdischer Anwälte, Ärzte, Intellektueller aller Art, durch die moralische Ächtung aller Juden; durch die berüchtigten «Nürnberger Gesetze» («Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre»). In jenen Jahren wurde die Auswanderung der Juden, besonders nach Palästina, weitgehend propagiert und gefördert.

Die Propaganda des «Stürmers» von Julius Streicher, eines Blattes, das in einer Auflage von 436 000 Exemplaren erschien, verstieg sich zu Haßtiraden, wie sie bisher nicht erlebt worden waren: die Juden seien Kriegsgewinnler, Schieber, Zuchthäusler, Deserteure und Landesverräter, das ganze Alte Testament bestehe aus Betrug, Diebstahl, Blutschande, Schächten und Ritualmorden, der Talmud sei das große jüdische Verbrecheralbum, Synagogen seien Räuberhöhlen.

Es folgte 1938 die berüchtigte «Kristallnacht», der die Anweisungen der in München versammelten Parteiführer zum Pogrom in allen Teilen des Reiches vorangegangen waren: Geschäfte wurden demoliert oder geplündert, Synagogen in Brand gesteckt, oftmals die Juden aus den Wohnungen geholt und brutal mißhandelt. Parteiführer Heydrich verkündete selbst: «Es sind im ganzen 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert, 7500 zerstörte Geschäfte im Reich.» 20 000 Juden wurden in die Konzentrationslager eingeliefert. Für diese «Aktion» hatten die Juden selbst die Kosten zu tragen: sie mußten eine Milliarde Reichsmark zahlen als Sühneleistung für «ihre feindliche Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich»!

Die «Endlösung». Von Jahr zu Jahr wurden mehr Juden von der Entrechtung betroffen, und nachdem Hitler 1941 den Befehl zur Ausrottung der Juden gegeben hatte, schritt man zur «Endlösung der Judenfrage» – eine Tarnbezeichnung für Massenvernichtung. Es kam die Aushungerung durch Zwangsarbeit, verbunden mit sehr niedrigen Lebensmittelzuteilungen, dürftigster Kleidung und Unterbringung; die Ausrottung in den Gaskammern der Vernichtungslager, die Massenerschießungen durch «Einsatzgruppen» in Rußland.

Die Vernichtungsaktion in den Gaskammern selbst war ein großes Geschäft: Allein im Jahre 1943 lieferte der bedeutende deutsche Chemiekonzern IG-Farben an die SS Blausäure für die Gaskammern für die enorme Summe von 128 000 Reichsmark. Wußten die Herren von IG-Farben, welchem Zweck diese Unmengen von Blausäure dienen sollten? Wußten sie es?

Der Kommandant von Auschwitz, SS-Obersturmführer Höß, schätzte die Zahl der Opfer dort auf mindestens 2 500 000 durch Ver-

gasen und Verbrennen; eine weitere halbe Million starb durch Hunger und Krankheit.

Ebenfalls im Jahre 1941 begannen dann die militärisch durchgeführten Massenerschießungen in Rußland, die bisweilen unter grotesken Vorwänden vorgenommen wurden. Es wird angenommen, daß die Einsatzgruppen in der Sowjetunion mehr als eine halbe Million Juden umgebracht haben.

In der Nürnberger Anklageschrift gegen die Hauptkriegsverbrecher heißt es: «Von den 9 600 000 Juden, die in den Gebieten Europas unter Naziherrschaft lebten, sind nach vorsichtiger Schätzung 5 700 000 verschwunden, von denen die meisten von den Naziverschwörern vorsätzlich ums Leben gebracht worden sind.»

Der Verfasser dieses Aufsatzes fügt hinzu: «. . . es bleibt die Tatsache bestehen, daß es sich bei dem planmäßigen Rassenmord des Nationalsozialismus um die größte systematische Massenausrottungsaktion handelt, die jemals aufgedeckt wurde.»

Wie konnte es geschehen? Helmut Genschel wirft diese Frage auf und sagt dazu: «Wir haben es hier mit psychologischen Rätseln zu tun, die vielleicht im Letzten nicht lösbar sind.» Er weist auf einige Faktoren hin, die für das gesamte Geschehen verantwortlich zu sein scheinen: Verbohrtheit in eine Ideologie; Autoritätsgläubigkeit und Mangel an Verantwortungsgefühl, an selbständigem Denken und Handeln; Machthunger; bewußter oder unbewußter Egoismus; in vielen Fällen anomale Gefühlskälte und Verhärtung oder auch Freude am Quälen. Und er fährt fort:

«Unbeschreiblich ist das Ausmaß von Angst und Qual, von Nervenzerrüttung, Verzweiflung, Mut und Hoffnungslosigkeit, Zorn und Schicksalsergebenheit, das sich hinter der Millionenzahl umgebrachter Juden verbirgt. . . . Auf der anderen Seite stehen die Verfolger: Menschen, die früh, wissend und zynisch zu Verbrechern geworden sind oder – noch heimtückischer – zu Verbrechen angestiftet haben; Menschen, die auf Grund einer unglücklichen Veranlagung oder Erziehung zu Menschenschindern wurden; auch Menschen, die sich aus Idealismus oder Ahnungslosigkeit zur SS meldeten, dann zur Judenvernichtung abkommandiert wurden und seelisch gebrochen oder verkrampft wiederkamen, weil sie schuldig geworden waren, weil sie nicht den Mut zum Nein gefunden hatten . . .»

Und die Bilanz: «Das deutsche Volk, das sich in seiner Gesamtheit nicht aktiv an den Judenverfolgungen beteiligt hat, in dessen Namen sie aber vor aller Welt geschehen sind, muß mit der Verantwortung und den Problemen fertig werden, die ihm seine einstigen Machthaber hinterlassen haben. – So ist aus der vermeintlichen «Endlösung» der Judenfrage in Wahrheit der Anfang eines neuen deutsch-jüdischen Problems geworden, dessen Lösung viel Geduld und Verstehen auf allen Seiten erfordert . . . Wer einmal wirklich die Geschehnisse der Judenvernichtung begriffen und in sich

aufgenommen hat . . ., der wird Einkehr halten in dem Sinne, daß er den Mut aufbringt, die Tatsachen zu erkennen und die Konsequenzen zu ziehen – praktische Konsequenzen im Hier und Jetzt: Hilfe und Verständnis für die heute noch lebenden Juden und ihre Bemühungen um einen neuen Staatsaufbau, auch für ihr Verhalten gegenüber dem deutschen Volk . . . Vor allem aber sollten wir uns nie wieder den Kopf vernebeln lassen durch eine Ideologie, die irgendeine Rasse, einen Staat, eine politische, konfessionelle oder soziale Gruppe als den Teufel hinstellen will, dem allein alles Unheil auf der Welt zu verdanken sei! (Leider gibt es schon wieder Anzeichen für eine solche Haltung.) Wenn solche Konsequenzen gezogen würden, dann wäre das Opfer der Verfolgten von 1933 bis 1945 nicht völlig umsonst gewesen.» *Die Redaktion*

Flüchtlinge im Mittleren Osten

Über den Nahen Osten, das heißt über die arabischen Flüchtlinge aus Israel, die aus den verschiedensten Gründen unsere Anteilnahme erregen, sprach Dr. Elfan Rees an der Genfer Flüchtlingskonferenz vom 27. und 28. Mai 1957. Dr. Rees berät den Weltkirchenrat in Flüchtlingsfragen. Bevor wir zu seiner Darstellung der heutigen Lage übergehen, möchten wir in Umrissen zeigen, wie es dazu kam, daß heute über 900 000 Araber in den Nachbarstaaten Israels als Vertriebene leben und moralisch verkommen.

Die meisten unserer Leser werden sich erinnern, daß England als vom Völkerbund bestellte Schutzmacht Palästinas nach dem Zweiten Weltkrieg in immer größere Schwierigkeiten geriet. Die Juden Palästinas forderten damals vermehrte Einwanderung vor allem von Überlebenden aus Nazi-Konzentrationslagern. Die Araber anderseits wollten diesen Zustrom verhindern und bestimmten die britische Regierung (Ernest Bevin), die Zahl der Einwanderer auf ein Minimum zu beschränken. Dies führte zu Gewalttaten von seiten der Araber, der Juden wie der militärischen Kräfte der Mandatsmacht. Die britische Regierung, ihrer Aufgabe als Vermittler müde, beschloß, das Palästinaproblem der UNO zu unterbreiten. Im Frühling 1947 beorderte die UNO eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle. Sie sprach sich für eine Unterteilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Teilstaat aus, bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Teilstaaten. Weder Juden noch Araber waren von dieser Lösung befriedigt, immerhin waren die Juden bereit, sich damit abzufinden. Die britische Regierung war jedoch nicht gewillt, die Teilung durchzuführen, es sei denn, beide Parteien stimmten ihr zu. Am 29. November erklärte sich die Generalversammlung der UNO zugunsten der Teilung, worauf die britische Regierung den Rückzug aller ihrer Truppen

auf den 15. Mai 1948, mit anderen Worten die Aufgabe ihres Palästina-Mandates, ankündigte. Die UNO, die keine Polizeitruppen besaß, ordnete eine Kommission ab, um die vereinbarte Teilung zu überwachen, konnte aber deren Einreise nach Palästina nicht durchsetzen. Die Briten beschränkten sich fortan darauf, den Verkehr lahmzulegen, verhinderten aber nicht die Kämpfe zwischen jüdischen Widerstandsgruppen (Irgun Zvai Leumi) und arabischen Guerillakämpfern und plündernden Banden. Die arabischen militärischen Unternehmungen wurden vom Ex-Mufti von Jerusalem, einem Nazifreund, geführt. Im Dezember 1947 trat auch die Arabische Legion aus Transjordanien unter britischen Offizieren in Aktion, indem sie den arabischen Teil Palästinas für ihren König Abdullah besetzte. Im Februar 1948 schließlich fiel eine sogenannte «Befreiungsarmee», die Waffen und Instruktionen von der Arabischen Liga erhielt, in Palästina ein, und es kam zu lokalisierten Kämpfen. Das Bestreben der Araber war, der UNO zu beweisen, daß ihr Teilungsbeschluß nicht durchführbar sei und nur das Chaos herbeiführe. Sie hofften weiter, die jüdischen Gegenangriffe würden die Briten wie alle Staaten der Arabischen Liga zwingen, einzugreifen.

Die alarmierenden Nachrichten aus Palästina ließen in der UNO den Vorschlag reifen, Palästina unter UNO-Aufsicht zu behalten, aber die Juden Palästinas, die in der «Jewish Agency» eine Art Schattenregierung hatten, kamen einem UNO-Beschluß zuvor und proklamierten am 14. Mai 1948 die Gründung des Staates Israel. Die letzten britischen Truppen verließen das Land in den darauffolgenden Tagen, und ihnen auf den Fersen folgte der Einfall von militärischen Kräften aus Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und Irak.

Die UNO vermittelte am 11. Juni 1948 noch einmal einen Waffenstillstand von einem Monat. Nach dessen Ablauf verweigerten die arabischen Staaten eine Verlängerung – was für sie verheerende Folgen hatte. Innerhalb von zehn Tagen wurden sie hoffnungslos geschlagen und mußten ihrerseits um einen Waffenstillstand bitten. Dieser Waffenstillstand ist es, der seit 1948 besteht. Es sind die arabischen Staaten, die sich weigern, ihn in einen Friedensvertrag überzuführen, wie es der Wunsch der Juden ist.

Der Auszug der Araber: Begüterte Araber – man schätzt ihre Zahl auf etwa 8000, begannen Palästina zu verlassen, sobald, noch unter der Mandatmacht, die Guerillakämpfe einsetzten, um vorübergehend in angrenzenden Ländern Schutz zu suchen. Mit Beginn der Feindseligkeiten im Frühling 1948 forderten die Arabische Liga und andere Propagandastellen die gesamte arabische Bevölkerung auf, das Land vorübergehend zu verlassen, um in ein paar Wochen im Gefolge der siegreichen arabischen Armeen wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Es gibt viele nicht zu widerlegende Beweise, daß man von arabischer Seite einen massiven Druck besonders auf Leute in führender Stellung – Grundbesitzer, Beamte, religiöse Führer und

Richter ausübte. Wer zu bleiben wünschte, wurde als Verräter an der arabischen Sache bezeichnet. Dazu kam die Furcht vor Vergeltung für arabische Terrorakte, die von der Propaganda ebenfalls in den schwärzesten Farben ausgemalt wurden. Es ist daher nicht erstaunlich, daß sich in den Tagen nach Abzug der britischen Truppen eine Panik der arabischen Bevölkerung bemächtigte, so daß sie zu Hunderttausenden über die Grenzen floh.

Obschon sich dieser Exodus zugunsten der Israelis auswirkte, liegen keine Beweise vor, daß sie auf die Vertreibung der Araber hingearbeitet hätten, während sie überzeugend belegen können, daß sie die Araber Palästinas immer wieder aufforderten, im Lande zu bleiben (REMP)*. In der Proklamation des neuen Staates heißt es: «Mitten im Abwehrkampf gegen frechen Überfall appellieren wir an euch, arabische Einwohner des Staates Israel, Frieden zu halten und eure Aufgabe am Aufbau des Landes, im Besitz gleicher Bürgerrechte und voller Vertretung eurer Interessen in allen gesetzlichen Körperschaften und Einrichtungen zu erfüllen.» Es war vergeblich. Arabische Presse und Radio hießen die Araber solche Versprechungen nicht glauben. So blieben nur wenige Araber in Israel – im Hügelland von Judäa, in der Ebene von Samaria, zum Beispiel, und einige halb nomadische Stämme, die mit den Israelis Frieden geschlossen hatten.

Die Flüchtlinge aus Palästina wurden in den umliegenden Ländern – Jordanien, Ägypten, Syrien und Libanon – zunächst provisorisch in Zelten und in den Dörfern der Randgebiete untergebracht. Ihr schlechter Gesundheitszustand machte sofortige Hilfe nötig. Sie wurde rasch koordiniert unter der Bezeichnung: UNRPR (United Nations Relief for Palestine Refugees), UNO-Hilfe für Palästina-Flüchtlinge, und im Dezember 1949, als man sah, daß Unterstützung nicht genüge, und nach dauerhafteren Lösungen suchte, wurde daraus die UNRWA, die Arbeitsbeschaffungsstelle, ebenfalls eine UNO-Einrichtung, deren Kosten zu 70 Prozent von den Vereinigten Staaten getragen werden. Wenn Zahlen von Flüchtlingen erwähnt werden, so muß man sich immer daran erinnern, daß dies nur Schätzungen sind. Die UNO-Wirtschaftskommission für den Mittleren Osten kam auf Grund der registrierten Abgabe von Lebensmittelrationen (28. Dezember 1949) auf die Zahl von 1 019 000 Rationenbezügern, von denen jedoch, nach ihrer Schätzung – nicht mehr als 726 000 Personen waren, die infolge der Ereignisse in Israel ihr Heim und ihren Unterhalt verloren hatten. Die heutigen Zahlen lauten auf 922 000 Flüchtlinge, etwa 250 000 Kinder inbegriffen, die seit 1948 geboren wurden. Sie verteilen sich auf Syrien, wo sie 2,4 Prozent der angestammten Bevölkerung ausmachen, Libanon mit 7,4 Prozent, Jordanien, wo sie eine Mehrheit bilden (56 Prozent) und schließlich den Streifen von Gaza, wo sie zweieinhalbmal so zahlreich sind wie die Einheimischen. Man

* Siehe Notiz am Schluß.

braucht nicht viel Phantasie, um zu begreifen, wie verheerend sich solche Verhältnisse auf die Dauer auswirken.

Seit acht Jahren werden diese Flüchtlinge von der UNRWA, einer Kommission der UNO, betreut, die über ein jährliches Budget (bis 1960) von 23 Millionen Dollar verfügt. Außerdem beteiligen sich an der Fürsorge die UNESCO (UNO-Erziehungs-, Wissenschafts- und Kultur-Organisation) und das WHO (Weltgesundheitsamt). Diese internationalen Organisationen in Verbindung mit unabhängigen Körperschaften, wie dem Christlichen Verein junger Männer und unzähligen anderen freiwilligen Vereinigungen, steuern jährlich etwa 8 Millionen Dollar bei. Diese Summen genügten bisher für knappe Ernährung, Kleider, Obdach und Gesundheitsfürsorge der Flüchtlinge sowie für die Schulung ihrer Kinder. Dieser letzte Umstand, die Tatsache, daß 160 000 dieser Flüchtlingskinder geschult werden, gehört zum Erfreulichsten, was gemeldet werden kann. Um die Verhältnisse gerecht zu beurteilen, muß man auch darauf hinweisen, daß die Flüchtlinge dank WHO, was Ernährung und Gesundheitszustand anbelangt, besser daran sind als gewisse Bevölkerungsschichten ihres Gastlandes, was erstaunlich ist, wenn man bedenkt, daß gegen 40 Prozent der Palästinaflüchtlinge in 60 Lagern mit einer Belegschaft von 300 bis 30 000 Personen leben.

Oder vegetieren. Die geistige oder moralische Gesundheit entspricht leider nicht den physisch meßbaren Zuständen. Die Flüchtlingsmentalität, wie sie in andern Ländern, wie zum Beispiel in Deutschland (1945), festzustellen war, existiert auch bei den Arabern – obschon sie sonst das Unvermeidliche als Ausdruck des göttlichen Willens bereitwilliger annehmen als die Europäer. Aber für die Mehrheit der Flüchtlinge ist das Leben im Lager auch heute noch ein böser Traum, der einst von der Wirklichkeit der Rückkehr in die Heimat – zum ererbten Stück Land mit seiner Hütte – abgelöst werden wird. Wer verhindert die Erfüllung dieses Traumes, fragen die Flüchtlinge. Die UNO – die westlichen Nationen überhaupt! Sie sind der Sündenbock. Liegt nicht ein UNO-Beschluß vor über unsere rechtmäßige Rückkehr? Wo sind die Entschädigungssummen, die Israel von der UNO zu zahlen aufgefordert wurde (Beschluß der UNO-Generalversammlung vom 11. Dezember 1948)? Was heute von der UNO und den westlichen Ländern für den Unterhalt der Flüchtlinge aufgewendet wird, ist, wie sie finden, nur die teilweise Erfüllung eines Rechtsanspruchs. Nichts kann sie von diesem Standpunkt abbringen – der natürlich durch die weltpolitische Unterstützung, die die Sowjetunion gegenwärtig den arabischen Staaten gewährt, gestärkt wird. Außerstande, sich der Wirklichkeit anzupassen, und unfähig, einzusehen, daß ihre Notlage von bestimmten Politikern als Druckmittel benützt wird, geraten sie mehr und mehr in eine ausweglose Situation. Dauernde Niederlassung außerhalb Palästinas wäre für sie Verrat!

Die junge Generation – etwa 50 Prozent der Flüchtlinge sind

weniger als 15 Jahre alt – lebt, oberflächlich beurteilt, in bevorzugten Verhältnissen. Sie erhält höhere Rationen, bessere Kleider, und sie wird geschult. Anderseits wird sie in einem Rachegeist erzogen, der noch durch die sanktionierten Verbrechen und Überfälle, die sich an den Grenzen Israels abspielen, Nahrung findet und für die Zukunft nichts Gutes verheißt.

Was für Möglichkeiten bestehen für eine gerechte Lösung? Gegen eine Rückkehr der Flüchtlinge nach Palästina, die von den arabischen Führern als einziger Ausweg dargestellt wird, spricht vieles. Unzählige und belegbare Erklärungen arabischer Politiker lassen klar erkennen, daß eine Repatriierung nur ein Ziel verfolgen würde: Nicht Zusammenarbeit mit den Israelis, sondern Vernichtung des neuen Staates. Auch die neuerliche Asiatisch-afrikanische Konferenz von Kairo läßt darüber keinen Zweifel. Mit der Brandmarkung Israels als Vorposten westlichen Imperialismus' sind die Weichen für die Zerstörung Israels gestellt.

Israel macht seinerseits geltend, daß es in den Jahren 1951 bis 1954 nicht weniger als 350 000 jüdische mittellose Flüchtlinge aus arabischen Ländern aufnehmen mußte, was seine wirtschaftliche Lage ungeheuer anspannte. Israel ist heute eines der dichtest bevölkerten Länder des Mittleren Ostens. Den Israelis zuzumuten, eine fünfte Kolonne von einigen hunderttausend Arabern aufzunehmen, käme einer Aufforderung zum Selbstmord gleich. Man darf daraus füglich schließen, daß mit Ausnahme von einzelnen Arabern, die zu ihren noch in Israel ansässigen Familien zurückzukehren wünschen, die Repatriierung keinen gangbaren Weg zur Lösung der Krise bildet (REMP).

Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die arabischen Flüchtlinge Anspruch auf Hilfe haben. Da das Mandat der UNO-Kommission für die Flüchtlingshilfe im Mittleren Osten (UNRWA) 1960 abläuft, sind rasche Beschlüsse dringend nötig. Die Genfer Konferenz für Flüchtlingsfragen, die wir eingangs erwähnten, war der Auffassung, daß den Palästina-Arabern ein Recht auf Hilfe von seiten Israels zusteht. «Die Regierung Israels sollte ihr Angebot der Kompensation an die arabischen Flüchtlinge erneuern und es mit internationaler finanzieller Unterstützung so umfassend gestalten, daß es seinem Zweck, der Schaffung von neuen Heimstätten und Arbeitsplätzen, entspricht.» Die arabischen Flüchtlinge können, nach Ansicht der Genfer Konferenz, Unterstützung aber auch von den Staaten der Arabischen Liga fordern und ihre tatkräftige Mitarbeit bei den Aufgaben der Neuansiedlung in ihren Ländern. Was die Aufnahme von Neusiedlern erschwert, ist bis jetzt der mangelnde Wille zur Zusammenarbeit, sowohl bei den Flüchtlingen wie bei den Regierungen der Gastländer. In einigen dieser Länder bestehen starke Widerstände gegen die Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten. Sie liegen nicht zum geringsten in der Abneigung des «Effendi», das heißt des wirtschaftlich Mächtigen,

gegen eine Hebung der «niederen Klasse» auf einen höheren Lebensstandard. Das Fehlen eines sozialen Gewissens macht ihn zum Feind sozialer Besserung, westlicher Ideen und der Ausländer überhaupt. Auch wo Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung vorliegen, blokkieren nur zu oft behördlicher Unverstand und Blindheit für das wohlverstandene Interesse des Landes die nötigen Maßnahmen.

Man muß sich dieser Schwierigkeiten psychologischer Art bewußt sein, wenn man die Siedlungsmöglichkeiten für die Palästina-Araber, wie sie von der UNRWA ausgearbeitet worden sind, überblickt. Die Hindernisse geographischer und politisch-wirtschaftlicher Natur sind jedoch viel schwerwiegender. Etwa zwei Drittel der arabischen Flüchtlinge sind Bauern. Ob man für sie neuen Boden finden kann, hängt von den Projekten für Bewässerung und Urbarmachung ab, die in einigen der Nachbarländer ausgearbeitet wurden, von Plänen, die zum Teil noch auf dem Papier stehen, während andere schon in Ausführung begriffen sind. Ein Gebiet wie der Gazastreifen, wo die Flüchtlinge wie Heringe in der Büchse zusammengedrängt sind, fällt außer Betracht. Auch Jordanien mit 512 000 Flüchtlingen kann nur eine geringe Anzahl dauernd absorbieren, falls gewisse Bewässerungs- und Urbarisierungsprojekte durchgeführt werden, was vorläufig nicht wahrscheinlich ist. Libanon, mit 102 000 Flüchtlingen, befürwortet deren Ansiedlung außerhalb Israels, will aber aus politischen Gründen nur eine kleine Anzahl von ihnen aufnehmen (christliche Bevölkerung 52 Prozent). Für Syrien bestehen vorläufig hauptsächlich Bewässerungsprojekte. Wenn der UNRWA mit ihren Fachleuten und finanziellen Mitteln gestattet würde, die Pläne zu fördern, so dürfte im Laufe der nächsten zehn Jahre für Tausende von Familien nutzbarer Boden zur Verfügung stehen. Doch, wie eine Kennerin des Landes sich ausdrückt: «Syrien ist kein Wohlfahrtsstaat, und die Vorstellung einer besseren Existenz für die Bauern ist noch nicht bis in die höchsten Kreise gedrungen.» Überdies haben wohl die neuesten politischen Ereignisse in Syrien, das heißt die Einflußnahme der Sowjetunion, vollständig neue Verhältnisse geschaffen.

Irak mit einer Bevölkerung von fünf Millionen auf einem Gebiet von der zehnfachen Fläche der Schweiz scheint bis jetzt die besten Aussichten für die künftige Neuansiedlung der arabischen Flüchtlinge zu bieten. Von den 9½ Millionen Hektaren bebaubaren Bodens wird gegenwärtig nur ein Drittel genutzt. Zudem stellt die Regierung (als Konzession an die Forderungen der ärmeren Schichten) einer Körperschaft für den Ausbau von Landwirtschaft und Industrie 70 Prozent der reichen Öleinkünfte des Landes zur Verfügung. Gegenwärtig ist ein riesiges Flußkorrektionswerk in Ausführung, das die Überschwemmungen verhindern und neues Land bewässern wird. Was das wichtigste ist, der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wie anderer Kategorien von Arbeitern, ist schon jetzt ungemein groß und könnte in einigen Jahren die gesamte Flüchtlingsbevölkerung von Pa-

lästina absorbieren. Dies immer unter dem Vorbehalt einer Stabilisierung der Lage, die gegenwärtig auf des Messers Schneide ist. Irak, ein letzter Außenposten britischer Kolonialwirtschaft, gehört dem Bagdadpakt an. Diese westliche Bindung, entgegen den Forderungen der irakischen Nationalisten nach Unabhängigkeit vom Westen, wird nur durch die auf das Militär gegründete Diktatur eines Mannes, Nuri es Said, aufrechterhalten. Der Ausbau der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes ist Nuri es Saids persönliche Politik, die den radikalen Strömungen im Lande zuvorkommen will. Sie stimmt nicht überein mit den Interessen der Großgrundbesitzer und ist kaum gesichert.

Wenn die Neuansiedlung der palästinensischen Araber allein von den Finanzierungsmöglichkeiten abhinge, so könnte man sie in wenigen Jahren lösen, denn es sind, wie erwähnt, genügend Ausbauprojekte in Ausführung, die ihnen erlauben würden, eine menschenwürdige neue Existenz aufzubauen. Wie auch an der Genfer Konferenz vom letzten Mai festgestellt wurde, stellte die UNO 1952 den Betrag von 200 Millionen Dollar zur Schaffung neuer Heimstätten und Arbeitsplätze für die Araber zur Verfügung. Diese Summe ist noch nicht zur Verwendung gekommen. Es wird jedoch – auch durch die Ereignisse in Syrien – immer klarer, daß die Aufnahme dieser Flüchtlinge ein eminent politisches Problem ist und nur durch politische Flurbereinigung zwischen den beiden Großmächten USA und der Sowjetunion (nicht durch Bagdadpakt und militärische Abmachungen) gelöst werden kann.

Wir verdanken einen Teil unserer Angaben

1. einem Artikel von F. Th. Wittkamp in der Broschüre der «Research Group for European Migration Problems» (REMP-Bulletin), Herausgeber: G. Beijer, 17 Pauwenlaan, The Hague, Netherlands;

2. dem Rapport der Konferenz über Flüchtlingsfragen (27./28. Mai 1957 in Genf).

Wir haben hier dargestellt, wie die politischen Ereignisse der letzten dreißig Jahre vom Westen aus gesehen und kommentiert werden. Um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, zu einem eigenen Urteil zu kommen, werden wir in der nächsten Ausgabe der «Neuen Wege» zu zeigen versuchen, wie die Araber beurteilen, was im Mittleren Osten geschehen ist.

Paul Furrer

Vom gemeinsamen Leben

Etwas über die Bruderhöfe

Selten sind die Menschen, die zum Strahlungszentrum werden für diese Welt. Noch seltener sind solche, die es über sich bringen, nach den «Brüdern über den Bergen» auszuschauen. Am seltensten aber sind wohl die, mit denen man l e b e n kann.

Verehrung aus der Ferne ist leicht. Ehrfurcht aus der Nähe ist schwer. Nicht umsonst spricht man davon, daß der Kammerdiener seinen Herrn anders sehe als dessen Gefolge.

Es gibt ein sicheres Kennzeichen des Göttlichen: Je länger man sich mit ihm abgibt und je tiefer man in es eindringt, desto mehr gewinnt es. Während das bloß Menschliche anfangs vielleicht anzieht, um nachher desto sicherer abzustoßen.

Wer eng mit anderen Menschen zusammenzuleben hat, wird es bald erfahren, so oder so: ob das Menschlich-Allzumenschliche vorherrscht oder ob ein anderer das Recht hat, das Leben in all seinen Beziehungen zu bestimmen. Wo das Menschliche vorwiegt, wird das Verhältnis zu den anderen schal; Überdrüssigkeit und Langeweile, Ressentiment und Haß stellen sich ein, und eine Änderung, eine Lösung und Befreiung von der drückenden Anwesenheit des (oder der) anderen wird mehr und mehr ersehnt. «Der andere ist die H ö l l e», wie Sartre trefflich formuliert hat. Aber wo die Liebe ihr Recht bekommt, wo die Beziehungen unter dem Licht ewiger Forderungen und unendlicher Geduld klarwerden, kann das Wort Sossimas wahr werden: daß nicht die Hölle, sondern das P a r a d i e s sich ankündigt. Was ist das Paradies anderes als ein Leben in völligem Frieden, unter den Augen Gottes, ohne das Schielen nach der verbotenen Frucht? Was aber ist die verbotene Frucht, wenn nicht das Sein-Wollen wie Gott, das heißt das Herrschen-Wollen des Menschlichen, das dienen sollte, und das Wegschieben und Nichtbeachten des Göttlichen, das herrschen sollte?

Dort, wo Gott, der ewige, stille Geist, der sich nirgends aufdrängt, seinen bewegenden Einfluß ausüben darf, werden die Beziehungen so fest, so klar und innig (und, wo es sein muß, so zuchtvoll distanziert), daß die Freude aneinander niemals abnimmt, sondern täglich wächst. Nur wo der Geist der Zucht herrscht, wird die Liebe wirksam. Nur wo die einzelnen sich völlig in der Hand haben, wo sie sich in ihren Gefühlen nicht gehen lassen, sondern dem guten Geist erlauben, all ihr Denken, Wollen und Tun zu bestimmen, kann sich die Freude aus ihrem Versteck hervorwagen. Sie wartet hinter der Tür. Wer sie hereinläßt, den erfüllt sie. Sie kann aber dort nicht leben, wo der Mensch herrscht.

Der Mensch ist von Natur durchaus unfähig, mit anderen zusammenzuleben, obschon er dazu bestimmt ist. Die wenigsten Menschen kommen dazu, das zu merken, weil meistens die Sicherungen zwischen den verschiedenen Ansprüchen so gut sind, daß die Grenze nicht zu Gesichte kommt. Erst wo man eng zusammenleben muß, zeigt sich das. Dann brechen die Gegensätze durch. Antipathien zeigen sich. Anziehung und Abstoßung, die menschlichen «Unterströmungen», die überall da sind, können sich geltend machen und drohen das Ganze zu zerstören. Das Reden hinter dem Rücken tut sein Werk. Und schließlich bricht der ganze, oft mit so viel Begeisterung begonnene

Bau zusammen. Die Geschichte der Gemeinschaftsversuche ist voll von solchen Zusammenbrüchen.

Gibt es eine Garantie, daß ein Werk bleibt? Wir kennen keine Rezepte und keine Prinzipien, die ein Menschengebäude unfehlbar halten könnten. Einzig die Kraft aus der Höhe verbürgt Dauer. Und wer dürfte sich anmaßen, diese Kraft zu besitzen? Um diese Frage geht es letztlich in allem: Wie läßt sich das Ewige festhalten? Der Geist weht, wo er will; aber wo er einmal weht – wie kann man es erreichen, daß er sich nicht wieder zurückzieht? Zinzendorf und Blumhardt haben ihrem Kreis empfohlen, lieber auseinanderzugehen, als ohne den Geist des Ursprungs weiter zusammenzubleiben. Und beide haben es gewußt, daß Gemeinde kein Menschenwerk, keine bewußte «Gründung» sein darf. Nur die «Stiftung» in der gestaltenden Stunde (die nicht immer da ist), nur die Sammlung der «Berufenen», aus der alten Ordnung Herausgerufenen – wenn sie da sind –, nur das innere «Muß» berechtigt zu dem gewagten Schritt der Gemeindebildung. Und wie der Anfang, so ist der Fortgang des Werkes immer neu von dem Eingriff des Geistes abhängig. Nie ist Gemeinde. Immer neu muß die Schar der Wartenden, wie beim ersten Pfingsten, von dem Geist besucht werden.

Wo sich das Menschenwerk von diesem Besuch, von diesem Einbruch und Eingriff unabhängig gemacht hat, dort entsteht Kirche. Kirche ist verselbständigte, verfestigte Menschenorganisation. Ihre scheinbare Dauer verdankt sie nur dem Umstande, daß sie sich von der «Welt» kaum mehr unterscheidet. So wie ein Unternehmen seine Dauer dem Umstande verdankt, daß es Mittel auf der Bank hat, also nicht mehr unmittelbar von Gott abhängt. Wenn die Mittel aber ausgehen, ist es mit dem Werk zu Ende. Wenn die Welt aufhört, ist die mit ihr verbundene Kirche ebenfalls am Ende. Gemeinde aber besteht in der in allen Dingen wirksamen Abhängigkeit von Gott. Das allein ist ihre «Garantie». Das allein ist ihre Sicherheit, ihre Hoffnung und ihre Ehre. Darum sind die Pforten der Hölle nicht imstande, sie zu überwinden.

*

«Niemals wird ‚da oder dort' das Reich Gottes sein. Niemals wird sich Christus an solche Punkte binden. Dann wäre es nicht Gottes, sondern der Menschen Reich. Wohl aber wartet Gott auf den Glauben, daß Er selbst die Gemeinschaft bei uns verwirkliche. Das Zeugnis des Reiches Gottes muß immer neu zu uns herunterkommen. Wir haben keinen religiösen Besitz. Wir müssen es täglich neu geschenkt bekommen. Der Heilige Geist muß unsere Herzen anregen und bewegen. Das ist die Hauptsache des täglichen Gemeindelebens. Die Gemeinschaften, auf die sich der Geist der Gemeinde herabsenkt, bleiben menschlich, werden aber von göttlichen Kräften besucht und werden so schwache, aber wirkliche Werkzeuge des Göttlichen.

Die Zukunft ist das Reich. Und wir, die Kleinen und wenigen, dürfen uns den Kräften dieser Zukunft öffnen, wenn wir uns selbst entsagen wollen. Dann bleibt man, als in den Tod getauft, mit der Not und Schuld der Zeit solidarisch, und man bleibt ihr doch nicht versklavt, sondern lebt aus einer anderen Zeit heraus; aus der Zeit der Zukunft, wenn Gott (über alle Welt) kommen wird.» (Eberhard Arnold.)

*

Es wurde vor einiger Zeit in diesen Blättern bezeugt, daß es Eberhard Arnold gegeben war, Menschen zu einer Lebensgemeinschaft um sich zu sammeln, und daß diese Gemeinschaft die Jahrzehnte der von außen und innen her zerstörenden Einwirkungen überstanden habe. Ihm selber war es zeitlebens klar, daß diese sammelnde und zusammenhaltende Kraft nicht von ihm ausging, sondern von einem anderen. Ein Jahr, bevor er seine Siedlung begann, konnte er es bezeugen, daß Jesus um die Seele seines Kreises geworben habe. Und im Jahre des Anfangs (1920) sagte er: Das eine, worauf es ankomme, sei, daß Christus in aller Herz kommen müsse. Es ging in der Tat nicht um die Menschen, weder um die «Führenden» noch um die sich um ihn Sammelnden, sondern um Jesus selbst. Um den allen Kirchen- und Sektentümern überlegenen Jesus, der sich in jenen Jahren besonders deutlich durch die Bergpredigt an den Herzen der Suchenden und Ringenden bezeugte. Über jene Anfangszeit berichtet Eberhard Arnold Jahre später: «Da begegnete uns von neuem Jesus, und zwar in einer so unvermischten Klarheit, daß wir die praktische Möglichkeit seiner Lebensart als uns gegeben ansehen mußten ... Weil bloße Worte in den Ohren der Menschen verhallen, mußte gehandelt werden. Es mußte etwas gestaltet werden, woran kein Mensch vorübergehen kann.» Es ging um die Verwirklichung, um das Tun des Gotteswillens, um die Nachfolge.

Arthur Mettler

(Schluß folgt)

Ernst Benz: Nietzsches Ideen zur Geschichte des Christentums und der Kirche

Diese hervorragend geführte Untersuchung über den Standort Nietzsches unter den Gegnern des Christentums und der Kirche ist wie eigens dafür geschaffen, als Begleittext zum vorangehenden Bericht über das Gemeinschaftsleben der Brüderhöfe studiert zu werden. Wir können raumeshalber nur in einigen Hauptpunkten wiedergeben, was E. Benz in seiner Studie herausgearbeitet hat. Im übrigen verweisen wir unsere Leser auf den Aufsatz von Margarete Susman über Eberhard Arnold im Oktoberheft 1957 der «Neuen Wege».

Unter den Denkern des 19. Jahrhunderts ist es Schopenhauer, der Nietzsche in seiner Beurteilung des Christentums richtunggebend beeinflußt hat. Für Schopenhauer war die christliche Religion die Ver-

neinung des Lebenswillens schlechthin, eine geistige Haltung, die das Christentum für ihn in die Nachbarschaft des Buddhismus bringt. Wenn aber Schopenhauer am Christentum diesen Pessimismus, den Verzicht auf den Willen zum Leben als Positivum bewertet, so empfindet ihn Nietzsche als «Erkrankung des Willens», als «Nachlassen der Herrschaft über sich selbst». Es ist der «Sieg der décadence», der Gegenpol des «Willens zur Macht», der nach Nietzsche das Wesen des wertvollen Menschen auszeichnet.

Nietzsche beobachtete ähnliche Züge der Weltflucht, eine Abwendung vom diesseitsfreudigen Heidentum schon bei Plato. Die stoische Philosophie war in Nietzsches Urteil der Versuch, eine antiheidnische Bewegung philosophisch-moralisch zu begründen. Das Christentum wäre, geschichtlich gesprochen, nur eine akute Form dieser antiheidnischen Strömungen des Altertums. Solche Einflüsse von vielerlei Herkunft waren es, die sich der christlichen Lehre bemächtigten und sie nach den Bedürfnissen der Zeit umdeuteten. Im Christentum als Staatsreligion und Machtfaktor setzte sich diese Fälschung und Verzerrung auf Kosten der ursprünglichen Heilsbotschaft fort – bis zur Neuzeit.

Was Nietzsche, der Sohn und Enkel von protestantischen Geistlichen im herkömmlichen kirchlichen Betrieb sah, war, wie ihm schien, das Endergebnis dieses Abfalls vom Beispiel Christi. Was ihn zum Studium der Evangelien trieb, war das Verlangen, diesen Christus, befreit von geschichtlichen Schlacken und Fälschungen als psychologischen Typus, in seiner seelischen Haltung zu erkennen. «Der auffallendste Zug, der er an der Person Jesu hervorhebt, ist», wie Benz sagt, «die vollkommene Einheit von Erkenntnis und Leben. Die Verkündigung Jesu zielt nicht auf seine Lehre ab, sondern verwirklicht sich ganz und gar in seinem Leben.» Dies ist die wichtigste Erkenntnis, die ihm über Christus zuteil wird. Und das ursprüngliche Christentum erschöpft sich in der «Einheit von Person, Verkündigung und Leben». Es ist die verinnerlichte, vergeistigte Anschauung vom «Himmelreich in uns», wie Benz sich ausdrückt, «von der gegenwärtigen Nähe und Wirklichkeit der Seligkeit, die nicht von einem theoretischen ‚Glauben', einem Für-wahr-Halten eines Dogmas abhängig ist, sondern unmittelbares Leben ist». Dies ist ein Christentum, dem auch Nietzsche die Achtung nicht versagen kann.

«Diese Einheit von Wahrheit und Leben», wir zitieren wiederum Benz, «ist nicht nur in der Person Jesu als eine historische Einmaligkeit möglich», es ist, wie Nietzsche sich ausdrückt, «jeden Augenblick noch möglich ... es hat schlechterdings keine Metaphysik nötig, noch weniger den Asketismus, noch weniger eine christliche ‚Naturwissenschaft' ... Das Christentum ist eine Praxis, keine Glaubenslehre. Es sagt uns, wie wir handeln, nicht was wir glauben sollen.»

Nietzsche: «Wer jetzt sagte: ‚Ich will nicht Soldat sein, ich kümmere mich nicht um die Gerichte, die Dienste der Polizei werden von

mir nicht in Anspruch genommen, ich will nichts tun, was den Frieden in mir selbst stört: und wenn ich daran leiden muß, nichts wird mehr den Frieden erhalten als Leiden, der wäre Christ.'»

«Das vorbildliche Leben besteht in der Liebe und Demut: in der Herzensfülle, welche auch den Niedrigsten nicht ausschließt: in der förmlichen Verzichtleistung auf das Recht-behalten-Wollen, auf Verteidigung, auf Sieg im Sinne des persönlichen Triumphes . . ., ein sehr stolzes Leben unter dem Willen zum armen und dienenden Leben.»

Und doch lehnt Nietzsche nicht allein eine solche, von den Fälschungen der Kirche befreite christliche Lebens- und Denkform ab, er empfindet auch an der Persönlichkeit Jesu, was er als das «wahre Christentum» hervorhebt, als Gegensatz zu seiner eigenen Auffassung vom Leben, wie sich in seiner Interpretation der Gestalten Dostojewskijs deutlich zeigt. Christus ist für ihn der interessante Dekadent, eine Mischung von Hohem, Krankem und Kindlichem.

Nietzsche lehnte die christliche Lebens- und Denkform als seinem Wesen widerstrebend ab, doch konnte er den Eindruck, den er von der Persönlichkeit Christi empfangen hatte, nie auslöschen. Sein Ringen um eine neue Religiosität, das in der Idee des Übermenschen, im Willen zur Macht seinen Ausdruck gefunden hat, ist ein verzweifelter Versuch, den Mißerfolg seines Suchens zu verhüllen. Er ahnte selbst, was niedrige Gesinnung aus seiner Philosophie machen würde; er selbst hätte sich in ohnmächtiger Wut gegen die «Herrenvolkpraxis» gewandt, die sich im Tausendjährigen Reich auf Nietzsche berief. Die Selbstvergottung hat sich als das krankhafte und dämonische Element erwiesen, in der Persönlichkeit Nietzsches wie im Leben seines Volkes. Die Erkenntnis, daß «der Wille zur Macht» und die Beherrschung der Menschen durch Menschen in den Untergang führen, hat heute da und dort Fuß gefaßt.

Auch Eberhard Arnold, der Begründer der Brüderhöfe, kam von der Kirche her und wandte sich von ihr ab. Er fand sich zurück zu jener «Übereinstimmung von Erkenntnis und Leben» und zum Verzicht auf Macht, die Nietzsche – gegen seinen Willen – an Christi Persönlichkeit so tiefen Eindruck macht. Was widerlegt überzeugender die «Weisheit» des Philosophen, der den «Willen zur Macht» lehrte, als die dienende Gemeinschaft der Brüderhöfe?

Verlag: E. I. Brill, Leiden 1956. *Werner Egli*

Neuntausend Gelehrte gegen die Atomversuche

Mehr als 9000 Wissenschafter aus 44 Ländern haben eine Petition unterzeichnet, in der sie ein sofortiges Abkommen über die Sistierung der Kernwaffentests verlangen. Der amerikanische Nobelpreisträger, Linus Pauling, überreichte am Montag, 13. Januar 1958, Mr. Ham-

marskjöld, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Petition, in der es heißt:

«Jeder Atomversuch verbreitet radioaktive Elemente über die ganze Welt. Demnach ist jede zusätzliche Radioaktivität für die Gesundheit des Menschen schädlich und vergrößert in künftigen Geschlechtern die Zahl der anomalen Kinder. Solange diese Waffen nur in der Hand der drei Mächte sind, ist es leicht, sich über die Waffenkontrolle zu einigen. Aber wenn die Versuche weitergehen und andere Regierungen in den Besitz von Atomwaffen gelangen, wächst die Gefahr eines atomischen Vernichtungskrieges beträchtlich, denn die Welt wird dann irgendeinem unverantwortlichen nationalen Führer auf Gedeih oder Verderb ausgeliefert sein.»

Wir entnehmen diese Reuter-Meldung (Neuyork, 13. Januar) der «Sentinelle» vom 14. Januar 1958. Die Nachricht ist um so interessanter, als die Bemühungen in den Vereinten Nationen um eine Sondersitzung der Generalversammlung zur Diskussion der Abrüstungsfrage sich in den letzten Tagen sehr verdichtet zu haben scheinen. Nach amerikanischen Quellen sollen sich schon an die 30 Delegationen für den Plan einer Sonderversammlung ausgesprochen haben. Da für die Abstimmung über die Einberufung nur die einfache Mehrheit nötig ist, würden 42 Ja-Stimmen genügen.

WELTRUNDSCHAU

Morgenrot des Friedens! Seit der Pariser NATO-Konferenz, Mitte Dezember, macht sich unter den Völkern Westeuropas und Amerikas ein merkwürdiger Optimismus geltend. Man sieht bereits eine entscheidende Wendung zum Guten im Verhältnis von Ost- und Westblock bevorstehend, eine Möglichkeit friedlicher Koexistenz der beiden feindlichen Lager, vertrauensvolle Verhandlungen, eine wirkliche Abrüstung. In einem Brief, den ich zum Neujahr aus Amerika bekommen habe, heißt es sogar: «Die letzte NATO-Konferenz hat dem Kalten Krieg in seiner zwölfjährigen Gestalt den Todesstoß gegeben. Es ist fast unglaublich, in welch verändertem Ton – fast liebevoll – die Radiomänner von der Sowjetunion reden . . . Die Töne aus der Unterwelt sind noch da, ebenso grunzend und unkend, aber sie hören sich unwirklich an.»

Ich bedaure, diese Schau der Dinge nicht teilen zu können. Was ist denn in Paris w i r k l i c h geschehen? Gewiß, der ursprüngliche amerikanische Plan, den europäischen NATO-Staaten reichlich Atomwaffen zur Verfügung zu stellen und auf ihrem Boden Abschußrampen für Mittelstreckenraketen zu errichten, wofür dann die Europäer

als Gegenleistung neue politische Zugeständnisse an die Vereinigten Staaten zu machen hätten – dieser Plan ist nicht durchgegangen. Die Europäer zeigten sich meistens gar nicht so dankbar für das ihnen angebotene amerikanische Geschenk und keineswegs bereit, dafür den ihnen zugemuteten Preis zu bezahlen. Zwei Regierungen, die dänische und die norwegische, weigerten sich sogar entschieden, auf ihrem Gebiet Abschußrampen für Fernlenkgeschosse anlegen zu lassen, andere – wie diejenigen Hollands, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens und Griechenlands – machten allerlei Vorbehalte und Bedenken geltend, und nur die konservative Regierung Großbritanniens stimmte bedingungslos zu. Aber in der englischen Öffentlichkeit erhob sich sogleich entrüsteter Widerspruch gegen diese Kapitulation, und zwar weit über die Labourkreise hinaus. Bevan gab ihm im Unterhaus beredten Ausdruck, und der «New Statesman» (4. Januar) scheute sich nicht, festzustellen, das Abkommen mit Amerika über die Fernraketen sei «einer der außerordentlichsten und vollständigsten Souveränitätsverzichte, die jemals ein Land zum ausschließlichen Nutzen eines anderen geleistet hat». Amerikanische Offiziere hätten jetzt – nicht als NATO-Kommandanten, sondern als Bürger der Vereinigten Staaten – Verfügungsgewalt über die in England lagernden H-Bomben und Raketen, was um so unannehmbarer sei, als Washington klargemacht habe, daß im Ernstfall keine Zeit mehr sein werde, um vorher noch die Regierungen über die Frage der Auslösung des Abschußmechanismus zu Rate zu ziehen; unter Umständen müsse das «Drücken auf den Knopf» einfach als automatische Reflexbewegung erfolgen. Überall in England und Schottland bilden sich darum Ausschüsse zum Widerstand gegen die Verwendung von Atomwaffen, während gleichzeitig die Anregungen zugunsten einer Neutralisierung Mitteleuropas, die George F. Kennan, der seinerzeitige scharf sowjetfeindliche politische Planer im amerikanischen Außenministerium, in seinen vielbeachteten Vorträgen vor einem britischen Auslesepublikum gemacht hat, ein ungewohnt starkes Echo in Presse, Radio und Antworten auf Rundfragen finden.

All das hat auf die in Paris erschienenen Amerikaner starken Eindruck gemacht, kam es doch als neue Belastung zu der schweren Erschütterung des amerikanischen Selbstgefühls hinzu. die der Beweis der sowjetischen Überlegenheit in der Raketentechnik soeben erst hervorgerufen hatte. Zum erstenmal in seiner Geschichte ist es jetzt Amerika klargeworden, daß seine nationale Sicherheit (wie es diese eben auffaßt) von seinen europäischen Verbündeten abhängt, ja daß es, wie ganz offen gesagt wird, in den nächsten drei Jahren – das heißt bis Amerika auch Langstreckenraketen haben wird – «auf den guten Willen Rußlands angewiesen» ist. Mit dem schönen Zustand, daß die Vereinigten Staaten, im Besitz der kriegstechnischen, allgemein militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit über die Sowjetunion, die Politik der «freien Welt» selbstherrlich bestimmen

konnten, ist es jetzt vorbei. Die «New York Herald Tribune» selbst hat durch eine «sehr gewissenhafte» Umfrage in elf Ländern festgestellt, daß nur in Holland und Australien die Ansicht vorherrscht, man müsse im Kriegsfall auf seiten Amerikas mitkämpfen, während sich zum Beispiel in Großbritannien 54 Prozent der Befragten für Neutralität ausgesprochen haben, in Frankreich 66 Prozent, in Italien 72 Prozent und in Westdeutschland 63 Prozent.

Kurz, die amerikanische Delegation an der Pariser Konferenz mußte sich zu einem Kompromiß entschließen: im Austausch gegen die grundsätzliche Zustimmung der übrigen NATO-Staaten zur Versorgung Europas mit Atomwaffen und Abschußrampen für Raketen sah sie sich genötigt, ihren Widerstand gegen neue Verhandlungen mit den Russen – sei es in Form einer Außenministerkonferenz, sei es auf dem Wege bloßer diplomatischer Routinegespräche – aufzugeben. Mr. Dulles hat damit offenkundig eine fühlbare Schlappe erlitten, die in den Vereinigten Staaten selbst dem Ruf nach seiner Absetzung neue Stärke verliehen hat. Typisch ist in dieser Hinsicht, was in dem sonst sehr vorsichtigen «Christian Science Monitor», der großen Bostoner Tageszeitung, Joseph C. Harsch aus Paris schrieb: «Die Amerikaner können es sich nicht mehr länger leisten, in Unwissenheit darüber zu sein, daß die öffentliche Meinung in ganz Europa tiefe Erleichterung empfinden würde, wenn Mr. Dulles verschwände. Die Menschen, die einfachen Menschen, bezweifeln, daß er wirklich eine Verständigung will. Sie argwöhnen, daß er die Londoner Verhandlungen (über die Abrüstung) im vergangenen Sommer bewußt sabotierte.»

Alles nur Kulissenmalerei! Jawohl, Dulles sollte wirklich gehen. Aber er geht eben nicht. Eisenhower hält ihn, der scharfmacherische Flügel der amerikanischen Oberklasse und alle Interessenten des Kalten Krieges halten ihn – und so geht eben auch die ganze «Politik der Stärke» und der «Befreiung der versklavten Ostvölker» weiter, die Dulles vertritt, außerhalb und innerhalb der NATO. «Angesichts einer Lage, die ohne Beispiel in der Weltgeschichte dasteht», so bemerkte letzthin (20. Dezember) die Londoner «Peace News», «sind die Macmillan, Eisenhower und Spaak unfähig, ihr auf andere Art zu begegnen, als indem sie die alte, überholte Politik mit noch vermehrter Intensität und noch größeren Opfern fortsetzen.» Jawohl, sie haben in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine erweiterte Abrüstungskommission einsetzen und die Grundsätze billigen lassen, «die als unentbehrlich für eine wirkliche Verminderung der Rüstungen betrachtet werden». Da aber die Sowjetregierung von einer Wiederaufnahme der Londoner Verhandlungen (darauf käme die Sache ja tatsächlich hinaus) nichts Rechtes erwartet und auf diesem Boden nicht weiterarbeiten will, erklärte man im westmächtlichen Lager gleich, den Vereinten Nationen

komme «wenigstens das Verdienst zu, die Verantwortlichkeit Moskaus für das Stocken der Abrüstungsbemühungen klar festgestellt zu haben» (Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Neuyork), was natürlich von vornherein der Zweck der Übung war. In Paris anderseits behaupteten die NATO-Regierungen in ihrem Schlußcommuniqué wider alle Wahrheit: «Nach sowjetischer Ansicht sollten alle europäischen Nationen mit Ausnahme der Sowjetunion auf Atomwaffen und -geschosse verzichten und sich auf Waffen des Voratomzeitalters verlassen, ohne auf eine allgemeine Abrüstung zu warten», um damit ihren Beschluß zu begründen, in Westeuropa Vorräte von Atomladungen anzulegen und ballistische Geschosse von mittlerer Reichweite dem NATO-Kommando in Europa zur Verfügung zu stellen. Diese Mittelstreckenraketen sollen nach jüngsten amerikanischen Erklärungen schon im Herbst bereitstehen; die Vorbehalte und Bedenken der in Frage kommenden Staaten werden bei der Ausführung dieses Programms keine wesentliche Rolle spielen, sind diese Länder ja doch durch die gemeinsame NATO-Politik wie durch wirtschaftliche und politische Bande viel zu eng mit Amerika verknüpft, als daß sie sich einen ernsthaften Widerstand gegen den «großen Bruder jenseits des Meeres» erlauben dürften.

Inzwischen treiben die Vereinigten Staaten selbst ihre Kriegsrüstungen mit verdoppeltem Eifer weiter. Bereits hat die Bundesregierung vom Kongreß für das laufende Finanzjahr einen Nachtragskredit von 1,2 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke angefordert. Im neuen Budgetjahr aber (das am 1. Juli beginnt) sollen die Militärausgaben von vornherein um eine Milliarde Dollar (etwa 4¼ Milliarden Schweizer Franken) höher sein als bisher, und der (nichtamtliche) Rockefeller-Ausschuß verlangt auch für die nächsten sechs Jahre eine Vermehrung der Rüstungsausgaben um je drei Milliarden Dollar alljährlich! Daß dieses Rüstungsfieber der Westmächte auch die Schweiz angesteckt hat, kann nicht wundernehmen, gewinnt doch in unseren Militärkreisen mehr und mehr die Schule der «Bewegungskrieger» die Oberhand, die sich eine Landesverteidigung nur noch in Zusammenarbeit mit einer «auswärtigen Mächtegruppe» und mit offensiven Waffen, eingeschlossen taktische Atombomben, vorstellen kann (sogenannte NATO-Konzeption). In der Tat jagen sich bei uns die Militärvorlagen; mit den Jahresraten für bereits beschlossene Anschaffungen werden die Rüstungsausgaben der Eidgenossenschaft für 1958 kaum weniger als 1,2 Milliarden Franken betragen – mehr als das Dreifache dessen, was sie noch 1947 ausmachten! Von einer Verminderung der militärischen Bestände hört man eigentlich nur aus der Sowjetunion, die ihre Streitkräfte neuerdings um 300 000 Mann herabsetzen will, nachdem sie schon früher eine Verringerung um 1 840 000 Mann erfahren haben. Aber das bedeutet natürlich praktisch nichts oder verdeckt nur eine tatsächliche Aufrüstung, wie wir gerade in diesen Tagen in allen westlichen Zeitungen lesen konnten...

Kann man bei solchem westlichem Rüstungsbetrieb noch an die Aufrichtigkeit des Wunsches der NATO-Staatsmänner glauben, durch Verhandlungen mit den Russen eine echte Abrüstung und die Lösung der großen internationalen Streitfragen zu erreichen? Der Führer der westdeutschen Sozialdemokraten, Ollenhauer, hat sicher recht, wenn er meinte, in der NATO verfolge man lediglich den Zweck, «sich ein Alibi zu verschaffen, um in der Lage zu sein, später zu erklären: Seht, wir kommen mit den Russen zu keinem Ende; wir benötigen daher Bomben und Raketen.» Höchstens daß man durch Hinhalten der Russen Zeit gewinnen will (bis 1961 sind ja s i e im Vorsprung) oder in gewissen Regierungen fürchtet, bei den nächsten Wahlen schlecht abzuschneiden, wenn man vorher mit den Sowjets nicht wenigstens zum Schein vom Frieden gesprochen habe. Macmillan war jedenfalls zynisch genug, wenn er zu amerikanischen Journalisten in Paris vertraulich sagte, man brauche sich in den Vereinigten Staaten nicht zu beunruhigen, wenn auch er Ost-West-Verhandlungen zugestimmt habe; er habe das nur getan, um die öffentliche Meinung zuhause zu beschwichtigen, und herauskommen werde dabei ja sowieso nichts. Kann man da die Anregung des britischen Ministerpräsidenten zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion, der zuerst solche Sensation machte, überhaupt noch ernst nehmen? In Washington sagt man wenigstens ganz offen, der Vorschlag Macmillans sei «ausschließlich für den inneren britischen Konsum bestimmt» gewesen, und der frühere kanadische Außenminister Pearson (der kürzlich den Friedens-Nobelpreis bekommen hat!) begrüßte den Gedanken eines Nichtangriffspaktes besonders deshalb, weil es Zeit sei, daß der Westen etwas Initiative zeige, «und sei es auch nur zu propagandistischen Zwecken». Die Russen, so hieß es im Westen fast überall, müßten jedenfalls greifbare «Vorleistungen» geben, bevor man mit ihnen irgendein Abkommen treffen könne, das nicht sofort von ihnen gebrochen werde.

Präsident Eisenhower hat dementsprechend schon anläßlich der Pariser Konferenz behauptet, die Sowjetunion hätte ihr Versprechen, mitzuhelfen, «daß Deutschland friedlich und in Freiheit wiedervereinigt werden soll», glatt gebrochen. In Wahrheit besagte die Vereinbarung, die seinerzeit in Genf die vier Regierungshäupter unterzeichnet haben, ausdrücklich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen «in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes u n d d e n I n t e r e s s e n d e r e u r o p ä i s c h e n S i c h e r h e i t» erfolgen solle, also auch im Einklang mit den von den Russen immer klargestellten Notwendigkeiten der Sicherheit der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten – nicht durch bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland auf Grund eines gesamtdeutschen Volksvotums mit nachfolgendem Anschluß des vereinigten Deutschland an die NATO, wie das von den Westmächten gewünscht wird. So verdreht

man sowjetische «Versprechen», um dann die Sowjetunion als vertragsunfähig hinzustellen!

Bundeskanzler Adenauer hat zwar in Paris ebenfalls neue Verhandlungen mit Moskau gefordert und damit erhebliches Aufsehen erregt, aber ob es ihm damit ernster ist als seinem Kollegen Macmillan, darf bezweifelt werden. Von einer Neutralisierung Deutschlands, ja nur von der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (nach dem Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki) will er bestimmt nichts wissen, so wie er auch grundsätzlich nichts gegen Atomwaffen für seine Wehrmacht und gegen amerikanische Abschußrampen hat. Aber er führt jetzt eben Verhandlungen mit den Russen über einen Handelsvertrag und die Rückkehr der «Volksdeutschen» aus Osteuropa und muß sich darum auch als Freund allgemein westöstlicher Gespräche geben. Dazu kommen innerpolitische Rücksichten und natürlich die Tatsache des sowjetischen Vorsprungs in der Raketenherstellung. «Für den Augenblick», so schreibt der Pariser «Observateur» (2. Januar), «legen die Sputniks Adenauer Klugheit nahe. ... Am Tag aber, da die amerikanischen interkontinentalen Raketen nicht mehr am Boden platzen, werden die Gespräche mit den Russen für Dr. Adenauer keinen anderen Sinn mehr haben, als zu zeigen, daß sie keinen Sinn haben.»

Die westliche Linie .... Daß die Russen unter diesen Umständen fortfahren, die westmächtlichen und auch andere Regierungen mit Vorschlägen für neue Staatskonferenzen zu bombardieren, ist nicht leicht verständlich. Daß es ihnen mit ihrem Begehren nach einer Generalverständigung zwischen Ost und West ernst ist, steht zwar für mich außer Zweifel, haben sie doch allen Grund, den Status quo, insbesondere den Bestand der Sowjetunion und Chinas, in aller Form völkerrechtlich anerkennen zu lassen. Und wer beispielsweise den großen Brief Chruschtschews an Kingsley Martin, den Chefredakteur des «New Statesman», unbefangen liest, der kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß die «blutigen Despoten im Kreml» ein echtes Grauen vor einer weiteren Fortsetzung des Kalten Krieges haben. Aber wie können sie hoffen, die Westmächte zu einem Abbruch des Kalten Krieges zu bewegen, den diese vor zwölf Jahren mit voll bewußter Absicht begonnen haben? Man kann höchstens annehmen, die Sowjetregierung wolle die NATO-Mächte vor ganz bestimmte, ausführbare Vorschläge stellen, wie sie auch der jüngste Bulganin-Brief formulierte: Einstellung der A- und H-Bombenversuche, Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Abbau der Besetzung Deutschlands durch fremde Streitkräfte, Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs usw. – Vorschläge, denen gegenüber der Westen um eine klare Antwort nicht herumkommen könnte. Aber einer solchen eindeutigen Stellungnahme wollen die Westalliierten eben gerade ausweichen, weswegen sie alle

sowjetischen Konferenzanregungen nach Möglichkeit sabotieren oder sie doch nur ihrerseits zur Brandmarkung der Russen als der ewigen Friedensstörer zu benützen suchen.

In Wirklichkeit steht freilich die Sache so, daß ernstgemeinte, erfolgverheißende Verhandlungen über eine friedliche Generalbereinigung der west-östlichen Streitfragen nicht darum unmöglich sind, weil die Sowjets auf eine kriegerische Lösung sännen, sondern darum, weil die Westmächte eine solche Generalbereinigung, eine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion, mit dem neuen China und mit der ganzen kommunistisch-sozialistischen Welt einfach nicht wollen. Das ist seit den Tagen des amerikanischen Atombombenmonopols ihre konsequent eingehaltene politische Linie, und sie wird es auch nach der Pariser NATO-Konferenz bleiben. Die Sowjetunion allerdings hat das größte Interesse an der von ihr unermüdlich gepredigten friedlichen Koexistenz; sie allein würde es ihr ermöglichen, ihr grandioses inneres Aufbauwerk weiterzuführen und gestützt darauf den erfolgverheißenden Wettbewerb mit dem kapitalistischen Regime im Weltmaßstab aufzunehmen. Aber gerade das will die kapitalistische Welt verhindern – weil sie mit Recht fürchtet, dabei den kürzeren zu ziehen. Der einfachste Weg zu diesem Ziel scheint ihr zu sein, den Wettkampf auf das viel aussichtsreichere militärische Gebiet zu verlegen und womöglich durch «friedlichen» Rüstungsdruck, verbunden mit jeder Art politischer Aushöhlung, den Ostblock zum Zusammenbruch zu bringen, wenn nötig aber auch zum offenen Krieg zu schreiten, der ja leicht als heiliger Verteidigungskrieg vor den Völkern gerechtfertigt werden könnte. Friedliche Koexistenz würde der so vorgezeichneten Linie westmächtlicher Politik völlig zuwiderlaufen; der Kommunismus würde dadurch ja nicht ausgerottet, sondern erhalten und gestärkt und die gegenwärtige Machtverteilung in der Welt auf unabsehbare Zeit bestehen bleiben. Als Folge des gemeinsamen Krieges gegen Deutschland mußte zwar die Existenz der Sowjetunion und ihrer Gefolgstaaten vom Westen wohl oder übel auch amtlich zur Kenntnis genommen werden, aber auch nur zur diplomatischen Anerkennung des kommunistischen China haben sich die Vereinigten Staaten bis heute noch nicht entschließen können.

Um den Völkern diese «Politik der Stärke» mundgerecht zu machen, wählte die westmächtliche Propaganda zwei Mittel. Erstens malte sie den Kommunismus, besonders in seiner sowjetischen Gestalt, in so grellen Farben als blutrünstiges, teuflisches Schreckensregiment an die Wand, daß die Menschen in Haß und Angst immer wieder ausrufen mußten: «Um Gottes willen, wenn die Russen auch zu uns kämen!» Zum zweiten aber behauptet sie sozusagen Tag für Tag, daß gerade das der Plan der Russen und ihrer Helfershelfer sei: die «freie Welt» mit ihren nach Millionen zählenden räuberischen Horden zu überfallen und auch sie in ein grauenhaftes, untermenschliches Sklavendasein hinunterzudrücken. Noch in ihrer Schlußerklärung vom

19. Dezember 1957 haben die Teilnehmer der Pariser Konferenz gewarnt, die «freie Welt» stehe «vor der wachsenden Drohung des internationalen Kommunismus»; die kommunistischen Machthaber hätten erst im letzten Monat «deutlich ihrer Entschlossenheit Ausdruck gegeben, der ganzen Welt ihre Herrschaft aufzuzwingen, wenn möglich durch Umsturz, notfalls aber durch Gewalt. Ähnlich hat sich der amerikanische Präsident in seiner Jahresbotschaft an das Bundesparlament vom 9. Januar ausgesprochen, um die kommunistische Gefahr für die «freie Welt» möglichst eindrücklich zu kennzeichnen. Auf diesen Ton sind eben in der West-Ost-Diskussion sozusagen sämtliche Äußerungen der antikommunistischen Staatsführer, von Eisenhower bis Adenauer, von Franco bis Tschiang Kai-Schek, gestimmt*. Und die Völker fallen immer noch prompt auf diese Schreckenspropaganda herein, ja um so leichter, je mehr sie von den wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritten der Sowjetunion hören – siehe die Sputnikpanik. Die Schlußfolgerung aus alldem lautet aber natürlich unweigerlich: Um unseres Lebens, um der Freiheit, um der menschlichen Kultur willen müssen wir militärisch rüsten, rüsten und nochmals rüsten, soll das uns angedrohte Schicksal doch noch von uns abgewendet werden!

Es ist in der Tat klar, daß bei d i e s e m Geisteszustand des Westens von seinem Standpunkt aus Friedensverhandlungen mit dem Osten gänzlich sinnlos wären. Der Kalte Krieg ist die einzig logische Konsequenz aus den Voraussetzungen, auf denen die westmächtliche Politik aufgebaut ist. Walter Millis spricht es in «The Nation» (14. Dezember 1957) durchaus zutreffend aus: «Im verflossenen Dutzend Jahre hat sich tatsächlich unsere ganze auswärtige und großenteils auch unsere innere Politik in der Kriegführung mit der Sowjetunion erschöpft ... Wer bei diesem Unternehmen nicht für uns ist, der ist wider uns. Diese Grundauffassung erlaubt keinen wirklichen Spielraum für Verhandlung oder Diplomatie ... Sie gestattet nur eine im Wesen militärische Verteidigung der nationalen Sicherheit. Sie verlangt die Aufrechterhaltung einer schlagbereiten Militärmacht, die ausreicht, um durch Vergeltungsdrohung einen militärischen Angriff der Sowjets im Zaum zu halten; sie erheischt eine militärische Diplomatie, die vor allem an der Erhaltung von ‚Kraftzentren' interessiert ist, an der Abwehr von ‚Friedensoffensiven', an Propaganda und ‚psychologischer' Kriegführung ... Wir haben bis zu einem in unserer Geschichte ungewohnten Grad unsere Gesellschaft militarisiert, indem wir militärische Führer und, was noch wichtiger ist, militärische Erwägungen in nahezu alle Stockwerke politischer Planung und Verwaltung unserer Regierung hineingebracht haben.» Der typische Vertreter der hier gekennzeichneten Denkweise ist Staatssekretär Dulles, der

* Erst recht natürlich die Presse- und Radiokundgebungen. Ein Beispiel dafür ist der Neujahrsartikel der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nummer vom 1. Januar 1958), der an bösartiger Demagogie schwer zu überbieten ist.

rastlos die große Abrechnung mit dem – so drückte er sich letzthin aus – «materialistischen Atheismus der Kommunisten» vorbereitet und nach einem Wort des liberalen amerikanischen Großkapitalisten Cyrus S. Eaton «gerade so daherredet wie der Kaiser Anno 1914». Und das besonders Schlimme an der heutigen Lage ist, daß die Rüstungspolitik des Herrn Dulles und seiner Mitkreuzfahrer neuen Auftrieb gewonnen hat durch den wirtschaftlichen Rückschlag in den Vereinigten Staaten, der schon bisher drei Millionen Menschen arbeitslos gemacht hat und nach kapitalistischem Rezept am sichersten gedämpft wird, wenn die großen Massenindustrien – Stahl, Gummi, Chemie, Automobile, Flugzeuge, Fernlenkgeschosse usw. – stark vermehrte Rüstungsaufträge vom Staat erhalten.

. . . . und ihr Ende Man braucht keinem Menschen von Vernunft erst zu sagen, wohin dieser ganze Weg führen m u ß , wenn die Umkehr nicht bald und gründlich erfolgt. Lassen wir es uns immerhin von einem so alterprobten Beobachter des internationalen Kräftespiels wie Leonard Woolf bestätigen, der im «New Statesman» (4. Januar) warnt: «Die Gefahr und die Schwierigkeit der heutigen Lage liegt im Wettrüsten. Jedes Wettrüsten in neuerer Zeit zwischen Großmächten, dem nicht durch einen positiven staatsmännischen Akt Einhalt getan wird, hat im Krieg geendet und wird es unausweichlich immer tun. Ein Wettrüsten ist ein politisches Rad, das Staatsmänner unter dem Antrieb von Furcht in Umdrehung setzen, und wenn ihm nicht Einhalt getan und die Bewegung umgekehrt wird, muß es zum Krieg führen. Beide Seiten – heute die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten – sind überzeugt, daß ihre einzige Sicherheit darin liegt, stärker zu sein als die andere, denn nur wenn sie stärker ist als die andere, wird sie ‚von einer Position der Stärke aus verhandeln' können. Unter dem Antrieb von Furcht und Haß aber, die zugleich Ursache und Folge des Wettrüstens sind, werden die politischen Ziele von Verhandlungen, die tatsächlichen Konflikte und Streitpunkte völlig aus den Augen verloren, und Kanonen, Raketen, Fernlenkgeschosse und Bomben werden zu Selbstzwecken. Vor zwei Jahren waren die Vereinigten Staaten ‚in einer Position der Stärke', aber es gab keine Verhandlungen; heute ist die Sowjetunion ‚in der Position der Stärke', und wieder gibt es keine Verhandlung.» Das Ende wird die eigengesetzliche, selbsttätige Entladung der Rüstungsspannung im Atomkrieg sein.

Das ist der Bankrott a l l e r «Realpolitik» und herkömmlichen Diplomatie. Es ist aber auch besonders das Ende der westmächtlich-amerikanischen Kommunismusbekämpfung. Walter Millis stellt es in dem bereits erwähnten Artikel der Neuyorker «Nation» unumwunden fest: «Unsere ‚staatsmännischen Gründe' (für die Gewaltpolitik gegenüber der Sowjetunion. H. K.) haben ihren Zweck verfehlt. Die Nation fühlt sich – und ist wahrscheinlich auch – viel weniger sicher

als jemals zuvor in unserer Geschichte.» «Die Kriegspsychologie hat unsere Außenpolitik fehlgeleitet. Sie trug dazu bei, uns für die Tatsache blind zu machen, daß die Welt nicht gänzlich von Washington und Moskau aus bestimmt wird, und machte uns überstarr und unfähig im Verkehr mit den Hunderten von Millionen Menschen, die in den ‚nichtfestgelegten' und ‚neutralistischen' Ländern leben . . . Dieser Teil der Welt wird in erheblichem Maße von absoluten Monarchen, Diktatoren oder verhältnismäßig kleinen bürokratischen Klüngeln beherrscht, auf welche die freien Werte der kapitalistischen Demokratie keinen Eindruck machen.»

Der Verfasser rät den Vereinigten Staaten dringend, diese ganze Politik fahrenzulassen, sich nicht immer als rein friedlich gesinnt aufzuspielen, der Gegenseite «Angriffsabsichten» zu unterschieben und ihr einen Frieden auf Grund amerikanischer Bedingungen diktieren zu wollen. Aber ist die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten bereit, die radikale Umkehr von ihrem außenpolitischen Weg und namentlich von ihrer jetzt noch hemmungsloser betriebenen Rüstungspolitik vorzunehmen? Sind die herrschenden Klassen Englands, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens und der anderen NATO-Länder dazu bereit? Wir glauben es keinen Augenblick. Wohl sind sie gezwungen, den immer unruhiger und aufsässiger werdenden Völkern einige Scheinzugeständnisse zu machen, aber es muß schon zu einem eigentlichen Aufstand der Völker gegen den verbrecherischen Wahnsinn der «Politiker der Stärke» und ihrer militärischen Handlanger kommen, bis die heute am Ruder stehenden Regierungen abtreten und einem neuen Geschlecht von politischen Führern, wirklichen Führern, Platz machen. Auch die sozialistische und Arbeiterbewegung Westeuropas wird, von ihrer verhängnisvollen Bindung an den blinden Antikommunismus der bürgerlichen Klassen loskommend, neues Blut, neuen Geist, neue Kraft gewinnen müssen, soll sie die geschichtliche Aufgabe erfüllen können, zu der diese Stunde der Entscheidungen sie ruft. Und nicht zuletzt wird die Christenheit ihre Solidarität mit den Interessenten des Kalten Krieges endlich zerschneiden und ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Treiben der Vernichtungstechniker entschlossen abstreifen müssen. «Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen», wie es in einem Aufruf der ost- und einiger westdeutschen evangelischen Kirchenleitungen heißt.

Die Revolution der Farbigen Ist aber nicht wenigstens unter den farbigen, «unterentwickelten» Völkern jener allgemeine Aufstand im Gang, zu dem die weiße Rasse nicht mehr die Kraft zu haben scheint? Wir setzen in der Tat auf diese gewaltige Bewegung auch für den Kampf um den Frieden große

Hoffnungen. Denn so verschieden auch die Antriebskräfte und Zielsetzungen der im nationalen und sozialen Befreiungskampf stehenden farbigen Nationen sein mögen – alles in allem genommen sind sie weder im Lager der Westmächte noch in demjenigen der kommunistischen Oststaaten zu finden, sondern verfolgen einen «neutralistischen» Kurs und entwickeln sich damit zu einem wichtigen Bestandteil jener «dritten Kraft», die den Zusammenstoß der beiden feindlichen Machtblöcke zu verhindern sucht. Und es sieht alles so aus, als werde diese Kraft auch im neuen Jahr vielversprechend weiterwachsen.

Da ist Nordafrika – Marokko und Tunesien, die ihre junge nationale Selbständigkeit anscheinend planmäßig zu festigen wissen, und namentlich Algerien, das sie früher oder später ebenfalls gewinnen wird. Zwar reden die Franzosen jetzt wieder einmal große Töne und versichern voller Optimismus, die «Befriedungsaktion» (so heißen sie ihren mörderischen Kolonialkrieg) sei nunmehr fast ans Ziel gelangt und «die Ära der Attentate, Überfälle und Schießereien in der Hauptstadt(!) überwunden». Aber noch immer lesen wir Tag für Tag von blutigen Scharmützeln außerhalb der Hauptstadt, in denen nach französischen Berichten das einemal 41, das anderemal 120, das drittemal 18 «Rebellen» getötet worden seien. Von einem Zusammenbruch der algerischen Freiheitsfront ist also keine Rede, und die Grausamkeit der französischen Kriegführung und Besetzungsherrschaft sorgt von selbst dafür, daß der Widerstandsgeist der Algerier immer aufs neue angefacht wird. Sogar die aus recht harmlosen Persönlichkeiten zusammengesetzte amtliche Untersuchungskommission, die die Klagen über schwere Mißbräuche der französischen Militärorgane prüfen sollte, mußte feststellen, daß die behaupteten Folterungen algerischer Gefangener Tatsache sind, daß Verhaftete spurlos verschwunden und unter anderem mindestens 97 «verdächtige» Algerier in Weinkellern durch Rauchgase umgebracht worden sind. (Die acht Zwangsaufenthaltslager in Algerien hingegen, so versichert die Kommission, mit ihren 5000 bis 6000 Häftlingen seien «hygienisch einwandfrei» . . .) Die französische Öffentlichkeit ist durch diese und ähnliche Enthüllungen zwar etwas aufgeschreckt worden, aber bald wieder in jene Gleichgültigkeit sowohl gegenüber dem Algerienkrieg wie gegenüber aller Politik überhaupt zurückgefallen, die für das französische Volk von heute so betrübend kennzeichnend ist. Am Fortgang und schließlichen Sieg der algerischen Freiheitsbewegung wird das allerdings nichts ändern.

Ein Grund für die Hartnäckigkeit, mit der die Franzosen an Algerien festhalten, ist die Besorgnis, der Verlust Algeriens werde auch die französischen Besitzungen im «schwarzen» Afrika in Mitleidenschaft ziehen. Das schwarze Kolonialreich Frankreichs, dieses riesige Gebiet, das von der Südgrenze Algeriens und Marokkos mit Unterbrechungen bis an die Mündung des Kongostromes reicht, also Französisch West- und Äquatorialafrika, galt bisher als mehr oder

weniger unzugänglich für nationale Unabhängigkeitsregungen. Aus wirtschaftlichen wie politischen und kulturellen Gründen, so hieß es immer, lehnten seine Bevölkerungen eine Trennung von Frankreich entschieden ab und kennten kein höheres Ideal, als in der ruhmreichen, freiheitlich-humanen französischen Zivilisation aufzugehen. Auch Professor Bernard Lavergne, der im vergangenen Sommer am «schwarz-afrikanischen» Kongreß von Bamako teilnahm, berichtet im «Christianisme Social» (November-Dezemberheft 1957) stolz: «Es ist eine hochwichtige und für uns so rührende Tatsache: All diese Menschen in Französisch West- und Äquatorialafrika, die 300 bis 400 verschiedene Sprachen reden, verstehen einander nur, wenn sie französisch sprechen; sie haben als Fahne nur die französische Fahne; einzig ein ungeheures trikolores Band umschloß den Kongreßsaal von Bamako von einem Ende zum anderen.» Aber auch Lavergne verzeichnet das Aufkommen einer starken Selbständigkeitsbewegung, die sich in Bamako besonders in dem (freilich kaum ausführbaren) Vorschlag eines neben und über dem französischen Mutterland stehenden weißschwarzen Bundesstaates kundgab, während er mit Stillschweigen die Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit West- und Äquatorialafrikas übergeht, die unter dem einmütigen Beifall des Kongresses in einer Erklärung des (durch Unfall am Erscheinen verhinderten) Ministerpräsidenten von Französisch Guinea, Sekon-Touré, erhoben wurde. Es sieht tatsächlich so aus, als ob alle bundesstaatlichen Pläne, die jetzt zwischen Frankreich und seinen afrikanischen Kolonien erörtert werden, bereits überholt seien und nur noch eine gänzliche politische Ablösung dieser Länder von Frankreich in Frage komme, mag auch die Verwirklichung dieses Begehrens noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

In den britischen Kolonien Westafrikas geht die Entwicklung rascher vorwärts; innert kurzem soll, nach Nigeria, auch das kleine Sierra Leone die innere Selbstverwaltung zugesprochen bekommen, mit einer afrikanischen Regierung und der Zurückziehung der von den Engländern ernannten Mitglieder des Gesetzgebenden Rates. Bis 1960, so heißt es, würden Nigeria und Sierra Leone auch nach außen hin unabhängig werden, wie Ghana (die frühere Goldküste) es geworden ist.

Auch in Ost- und Zentralafrika sind die Tage der weißen Vorherrschaft gezählt. In Kenya geht der Kampf gegenwärtig darum, in welchem Ausmaß das schreiend ungerechte Verhältnis zwischen afrikanischer und britischer Vertretung im Gesetzgebenden Rat gemildert werden soll, ohne daß das Londoner Kolonialministerium bisher den Afrikanern irgendwie annehmbare Vorschläge hätte unterbreiten können. Lange werden sich jedenfalls die 5 800 000 Afrikaner die Herrschaft der 238 000 Europäer und Asiaten (Araber und Inder) nicht gefallen lassen. Ähnlich steht es in Uganda, dessen «Volksvertretung» aus 60 Mitgliedern besteht, von denen 30

durch den Gouverneur ernannt werden, während die Europäer und Asiaten zurzeit 12 und die Afrikaner 18 gewählte Abgeordnete haben – ein offenkundig unhaltbarer Zustand. In der Zentralafrikanischen Föderation, bestehend aus Süd- und Nordrhodesien sowie Nyassaland, suchen die Weißen unter der Führung des Rassenfanatikers Sir Roy Welensky (eines Halbjuden!) die Erhebung des Bundesstaates zum Rang eines unabhängigen Dominions zu erreichen, das damit völlig unter die Herrschaft der weißen Minderheit geriete. Die Afrikaner leisten jedoch diesem Plan erbitterten Widerstand. «Die Lage in Zentralafrika», so schreibt Fenner Brockway in den «Peace News», «ist viel ernster, als das britische Volk bisher weiß. Die Heftigkeit der Gefühle unter den Afrikanern in Nyassaland und kaum minder in Nordrhodesien ist erschreckend. Ich habe sogar den Ausdruck brauchen hören, Zentralafrika werde ein zweites Algerien werden, wenn die dortigen Europäer und die Londoner Regierung nicht mehr täten, um den Anspruch des afrikanischen Volkes auf Rechtsgleichheit anzuerkennen.»

Was Asien betrifft, so hat die Freiheitsbewegung der ehemaligen Kolonialvölker in den letzten Wochen auch zu sehr bedauerlichen Ausschreitungen geführt, vor allem in Indonesien. Weil die Verhandlungen zwischen Holland und Indonesien über West-Neuguinea in eine Sackgasse geraten sind, hat die indonesische Regierung den rassischen Nationalismus ihres Volkes derart aufgeputscht, daß fast der ganze Rest der holländischen Siedler und Kaufleute mit ihren Familien brutal enteignet und aus dem Land getrieben wurde. Das ist ein Unrecht, das sich rächen wird und sich – namentlich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten Indonesiens – bereits rächt. Doch muß man immer auch bedenken, daß die jetzt verjagten Holländer eben die letzten Opfer einer kolonialen Ausbeutungspolitik sind, deren Liquidierung durch holländische Starrköpfigkeit allzulange verschleppt worden ist. Mögen die Engländer daraus eine Lehre für das Indonesien benachbarte Singapur ziehen, wo die Geduld der «Eingeborenen» am Reißen ist. Bereits hat die weit links stehende Volksaktionspartei bei den letzten Wahlen 13 von den 14 Sitzen in der Volksvertretung gewonnen, um die sie kämpfte, und beherrscht nun den Gesetzgebenden Rat. Wenn Singapur, Malaia und Indonesien nicht kommunistisch werden, so sind die britischen und holländischen Kolonialisten sicher daran unschuldig.

Daß auch in Vorderasien, vor allem in den arabischen Ländern, Nationalismus und soziale Freiheitsbewegungen in diesem Jahr weitergehen und die Herrschaft des westlichen Imperialismus noch mehr erschüttern werden als bisher, scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Bezeichnend ist in dieser Beziehung, daß der Libanon, in dem die Vereinigten Staaten eine besonders starke Stellung haben, neuerdings sehr um ein besseres Verhältnis zu Syrien bemüht ist und sogar Außenminister Charles Malik, dieser zuverlässige Vertrauensmann

Bücher und Menschen

Am 8. Februar feierte Martin Buber, der Vorkämpfer religiöser Erneuerung, seinen 80. Geburtstag. Wir möchten ihm auch in den «Neuen Wegen» danken für seine Lebensarbeit. Was ihn besonders mit uns verbindet, kommt wohl zum Ausdruck in den Worten der Eingangsbetrachtung und in seinem «Rundschreiben».

Wenn man mich in meiner frühen Jugend gefragt hätte, ob ich es vorziehen würde, nur mit Menschen oder nur mit Büchern zu verkehren, hätte ich mich gewiß zugunsten der letzteren ausgesprochen. Später hat sich das mehr und mehr geändert. Nicht, als hätte ich so viel bessere Erfahrungen mit Menschen als mit Büchern gemacht — im Gegenteil, rein erfreuliche Bücher kommen mir immer noch weit öfter als rein erfreuliche Menschen in den Weg –, aber die vielen schlechten Erfahrungen mit Menschen haben mein Lebensmark genährt, wie das edelste Buch nicht vermöchte, und die guten haben mir die Erde zum Garten gemacht. Wogegen kein Buch für mich mehr zu tun vermag, als mich in ein Paradies der hohen Geister zu entrücken, wo mein innerstes Herz nie vergißt, daß ich drin nicht lange bleiben darf, aber auch nicht einmal wünschen kann, daß ich es dürfte. Denn (ich muß es geradeheraus sagen, um verstanden zu werden) mein innerstes Herz liebt die Welt mehr als den Geist. Wohl bin ich dem Leben mit der Welt nicht so gewachsen, wie ich es möchte; ich versage immer wieder im Umgang mit ihr, ich bleibe ihr immer wieder von dem schuldig, was sie von mir erwartet, und zwar zum Teil deshalb, weil ich dem Geist so verhaftet bin. Verhaftet bin ich ihm gewissermaßen wie mir selber; aber ich liebe ihn nicht eigentlich, ebenso wie ich mich nicht eigentlich liebe. Eigentlich liebe ich nicht den hier, der mich mit seiner Himmelspratze gepackt hat und festhält, sondern sie da drüben, die doch immer wieder zu mir herantritt und mir ein paar Finger reicht, die «Welt». Beide haben sie Gaben zu verteilen. Er spendet mir sein Manna, die Bücher; sie hat ein Braunbrot für mich bereit, an dessen Rinde ich mir die Zähne ausbeiße und dessen ich nie satt werde, die Menschen. Ei, diese Wirrköpfe und Tunichtgute, wie ich sie liebe! Ich verehre die Bücher – die, die ich wirklich lese – viel zu sehr, als daß ich sie so lieben könnte. Aber an dem verehrungswürdigsten lebenden Menschen bekomme ich immer noch etwas mehr zu lieben als zu verehren, immer noch etwas von dieser Welt, die eben da ist, wie der Geist niemals da sein kann. Wohl steht er über mir und «ist», aber er ist nicht da. Gewaltig steht er über mir und redet seine erhabenen Sprüche, die Bücher, auf mich nieder; wie herrlich, wie unheimlich! Sie aber, die menschliche Welt, braucht nur ihr stummes Lächeln zu lächeln, und ich kann nicht ohne sie leben. Stumm ist sie, denn all das Gerede der Menschen ergibt noch kein Wort, wie es mir Mal um Mal aus den Büchern entgegentritt; und ich nehme all das Gerede hin, um die Stummheit empfangen zu können, die hindurchdringt, die Stummheit

der Kreatur. Aber eben der menschlichen Kreatur! Und das heißt: der gemischten. Die Bücher sind rein, die Menschen sind gemischt, die Bücher sind Geist und Wort, lauterer Geist und geläutertes Wort, die Menschen sind aus Gerede und Stummheit zusammengefügt, und die Stummheit ist nicht die des Tiers, sondern die des Menschen, und siehe, aus der menschlichen Stummheit hinter dem Gerede raunt mir der Geist entgegen, der Geist als Seele. Sie, sie ist die Geliebte.

Es gibt eine untrügliche Probe. Denk dich nur in einen Ursprung hinein, wo du allein wärst, ganz allein auf Erden, und du könntest eins von beiden bekommen, Bücher oder Menschen. Wohl höre ich manchen seine Einsamkeit preisen; aber das bringt er nur fertig, weil es eben doch die Menschen auf der Welt gibt, wenn auch in räumlicher Ferne. Ich habe nichts von Büchern gewußt, als ich dem Schoß meiner Mutter entsprang, und ich will ohne Bücher sterben, eine Menschenhand in der meinen. Jetzt freilich schließe ich zuweilen die Tür zu meiner Stube und ergebe mich einem Buch, aber nur, weil ich die Tür wieder öffnen kann und ein Mensch blickt zu mir auf.

(Aus: Martin Buber, «Hinweise». Manesse-Verlag, Zürich 1953.)

Religiössoziale Vereinigung und Freunde der «Neuen Wege»

Die ganztägige Jahresversammlung der Religiös-Sozialen Vereinigung und der Freunde der «Neuen Wege» vom 19. Januar stand unter einem guten Stern. Erfreulich zahlreich waren unsere Mitglieder und Leser im Haus «Zum Korn» erschienen, um sich Rechenschaft über den Stand unserer Sache zu geben und geben zu lassen, wie er sich ein Jahr nach den überraschenden Veränderungen von Anfang 1957 darstellt.

Im Namen der Redaktionskommission erstattete Dr. Paul Furrer einen gedankenreichen, auf einen zuversichtlichen Ton gestimmten Bericht über die seitherige Entwicklung. Von einer auch nur zeitweiligen Einstellung unserer Arbeit beziehungsweise der Herausgabe der «Neuen Wege», wie dies damals ins Auge gefaßt wurde, kann – so legte er dar – keine Rede sein; angesichts der geistigen und politischen Hochspannung, unter der die Welt und unser Volk steht, müssen wir die Arbeit erst recht weiterführen. Wir müssen vor allem für eine möglichst tatsachengemäße Information über die Lage besorgt sein – zeigen, was ist, und dazu Stellung nehmen. Der so weitverbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber den uns bedrohenden Gefahren, besonders in der Frage von Krieg und Frieden, müssen wir kräftig entgegentreten. Im Ausland ist die Bewegung gegen den atomaren Selbstmord der Völker oft viel lebendiger als bei uns. Wir dürfen auch nicht einem blind-

wütigen Antikommunismus verfallen, dürfen an den Kommunismus keinen anderen, viel schärferen Maßstab anlegen als an die westlichen Demokratien und müssen nicht nur das Negative an den kommunistischen Ländern sehen, sondern auch, was positiv zu werten ist. Unser Kampf greift zwar über unser eigenes Land hinaus, namentlich der Kampf gegen die Kriegsrüstungen; aber wir setzen uns immer auch für die neue Schweiz ein, die wir ersehnen und die kommen muß. Johann Heinrich Füßli, der Maler, hatte recht: «Die Schweiz ist so klein, daß sie glänzen muß wie ein Diamant, um überhaupt beachtet zu werden.»

Diesem Rück- und Ausblick schloß sich ein Vortrag von Dr. Hugo Kramer über «Unser religiös-soziales Zeugnis» an, der unseren grundsätzlichen Standort und die uns im Kampf der Zeit gestellten Aufgaben zu umreißen suchte. Er soll in den nächsten Heften der «Neuen Wege» veröffentlicht werden. Eine ausgiebige Diskussion, die am Nachmittag fortgesetzt wurde, gab erwünschte Gelegenheit, auch eine Reihe brennender Fragen unserer Arbeit zu erörtern und Aktionen anzuregen, die unverweilt an die Hand genommen werden sollen.

Die geschäftlichen Verhandlungen nahmen nicht viel Zeit in Anspruch. An die Spitze des neubestellten Vorstandes trat zu unser aller Freude unsere getreue Helferin Sofie Zoller, die aufs Frühjahr von ihrer Berufsarbeit entlastet werden wird und sich nun noch mehr als schon bisher unserer Sache widmen kann. Die Administration der «Neuen Wege» wird sie glücklicherweise weiter besorgen. Unsere Finanzlage ist dank den Ersparnissen, die die Verminderung der Seitenzahl der «Neuen Wege» ermöglicht hat, befriedigend. Neue Abonnenten und Mitglieder unserer Vereinigungen haben wir dennoch recht nötig; mögen unsere Freunde immer auf gute Werbung bedacht sein!

So wollen wir denn vertrauensvoll zusammenstehen und weiterarbeiten. «Ihr wißt ja», sagt Paulus auch uns, «daß eure Arbeit nicht vergeblich ist.» *H. K.*

Flüchtlinge im Mittleren Osten

Der Standpunkt der Araber

Die Araber weisen mit Recht darauf hin, daß der Islam in den 1300 Jahren seiner Geschichte nicht als Feind des Judentums bezeichnet werden kann. Das Los der jüdischen Minderheiten in mohammedanischen Ländern – das darf man nie vergessen – war mindestens nicht schlimmer als unter den christlichen Völkern des Westens. Die gegenwärtige, schlimme Situation begann sich abzuzeichnen, als im Laufe des Ersten Weltkrieges jüdischer und arabischer Nationalismus – von den Alliierten für ihre Zwecke gefördert – sich gegenübertraten.

Noch im Frühling 1919 war es einem Emir Feisal – später König von Großsyrien und Führer der arabischen nationalen Bewegung – möglich, an einen Vertreter des Zionismus, Felix Frankfurter (später Mitglied des Obersten Amerikanischen Gerichtshofes), zu schreiben: «Wir Araber, besonders die Gebildeten unter uns, betrachten die zionistische Bewegung mit der größten Sympathie. Unsere Delegation an der Friedenskonferenz findet die zionistischen Vorschläge bescheiden und vernünftig. Wir möchten den Juden ein herzliches ‚Willkommen in der Heimat' zurufen ... Mit den Führern Ihrer Bewegung, besonders mit Dr. Weizmann, stehen wir seit langem in engstem Kontakt. Er hat unserer Sache große Dienste geleistet, und wir hoffen, den Juden bald dafür erkenntlich sein zu können. Wir arbeiten zusammen für eine Neugestaltung und Belebung des Nahen Ostens, und unsere Bewegungen ergänzen sich gegenseitig. Der Zionismus ist eine nationale, aber nicht imperialistische Bewegung. Für unsere eigene Bewegung gilt dasselbe. Syrien (Palästina gehörte damals zu Großsyrien) hat Platz für beide – keine der beiden Bewegungen kann ohne die andere zu vollem Erfolg gelangen.»

Leider wurde die Verwirklichung dieser Pläne wenige Monate später durch die politische Intervention der Franzosen, die König Feisal aus Syrien vertrieben, verunmöglicht. Mit Staatsmännern dieser Bedeutung an der Spitze hätte sich möglicherweise eine Partnerschaft zwischen Juden und Arabern entwickeln können, an Stelle des haßerfüllten Verhältnisses, das nur zu bald unter britischem Mandat entstand. Unsere Leser wissen, daß 1939 die Einwanderung nach Palästina unterbunden wurde und nach dem Krieg weiter auf ein Minimum reduziert bleiben sollte. Auf die Entwicklung, die schließlich zur Proklamation des Staates Israel führte, wies der Artikel in unserem Januar-Heft hin. Seither haben sich die Beziehungen zwischen Juden und Arabern zum wohlbekannten Kalten Krieg entwickelt, der nur zu oft in bewaffneten Konflikt übergeht.

Wir haben gesehen, daß der jüdische Standpunkt auf der nie preisgegebenen – in ihren Gebeten und ihrer Liturgie ausgedrückten – Hoffnung des Volkes Israel auf die Rückkehr nach der angestammten Heimat gründet sowie auf der Balfour-Erklärung vom Jahre 1917, die dann in der Errichtung eines britischen Mandates über Palästina politische Form annahm.

Die Araber ihrerseits anerkennen weder den historisch-religiösen Anspruch der Juden noch die Legalität der Völkerbunds- und UNO-Beschlüsse in bezug auf Palästina. Sie weisen darauf hin, daß sie seit urdenklichen Zeiten im Lande seßhaft sind und daß die Judenverfolgungen in Europa nicht zum Anlaß genommen werden dürfen, ein weiteres Unrecht zu begehen – die Vertreibung der Palästina-Araber. Wie hier ein, wie es scheint, unlösbarer Konflikt zwischen zwei Rechtsansprüchen vorliegt, so steht auch in bezug auf die Ereignisse vor und während des arabisch-jüdischen Krieges von 1948 Behauptung gegen

Behauptung. Nach arabischer Darstellung hatten die Zionisten bis November 1947 nur 7 bis 8 Prozent des Bodens käuflich erworben; die Generalversammlung der UNO sprach dem Teilstaat Israel aber 55 Prozent von Palästina zu, was in den Augen der Araber den Untergang ihres Volkes bedeutete. Sie machen ferner geltend, daß zwischen November 1947 und Mai 1948 alle arabischen Städte und größeren Ortschaften den militärischen Kräften der Juden in die Hände fielen und daß der große Exodus aus Panik oder auf Befehl der jüdischen Militärs erfolgte und nicht auf Geheiß arabischer Propagandazentren. In Tat und Wahrheit – so erklären die arabischen Stellen – erfolgte der Einmarsch der arabischen Armee erst unter dem Eindruck des großen Elends der fliehenden Bevölkerung, die damals bis auf 100 000 Personen das Land verließ. Seither sind ungefähr ebenso viele Flüchtlinge wieder zurückgekehrt, so daß jetzt um die 200 000 Araber in Israel niedergelassen sind. Der jüdisch-arabische Konflikt hat jedoch mit dem englisch-französischen Angriff auf Ägypten einen Höhepunkt erreicht, der für die Zukunft das Schlimmste befürchten läßt, um so mehr als durch die politische Verschiebung im Mittleren Osten und den Wettbewerb der großen Machtblöcke um die Gunst der Araber für die letzteren kein Grund besteht, eine Versöhnung herbeizuführen.

Der Anstoß dazu werde – so erklären sie – von Israel kommen müssen, das – als Staat – von den Arabern heute mehr denn je als Sprungbrett für imperialistische Beherrschungsversuche oder als Fremdkörper und Hindernis für arabische Entwicklung betrachtet wird. Nun gibt es in Israel tatsächlich Kreise, denen die Verständigung mit den Arabern ein besonderes Anliegen ist. Der bekannteste Name unter ihnen ist wohl der Martin Bubers, dessen Rundschreiben wir an anderer Stelle veröffentlichen. Von ihm sagt ein Freund («NZZ», Nr. 371): «Es bildet eine Ruhmestat Bubers, den sehr viel mächtigeren Gegenströmungen zum Trotz unaufhörlich für die arabischen Nachbarn des Staates Israel und für den arabischen Mitbürger im Staat Israel eingetreten zu sein, bis zum heutigen Tag.» Es geschieht auch aus dieser Gesinnung heraus, daß in der israelischen Monatsschrift «NER», die der Annäherung zwischen Juden und Arabern dient, Artikel zugunsten der Araber veröffentlicht werden (Oktober/November 1957). Sie stellen zum Beispiel mit ihrem Hinweis auf die skandalöse Vernachlässigung des arabischen Schulwesens die Israeliregierung bloß, oder sie erinnern an das Problem der verwahrlosenden arabischen Jugendlichen in Städten wie Haifa und fordern Abhilfe. Hier kommt die beste Seite religiösen Judentums zum Ausdruck – der leidenschaftliche Ruf nach Gerechtigkeit, der auch beim Gegner nicht ungehört verhallt. Es wird ja vielleicht nicht mehr zu Ausdrücken so herzlicher Sympathie zwischen Juden und Arabern kommen, wie wir sie eingangs aus Emir Feisals Brief zitierten. Aber wenn dieses Wunder sich ereignen sollte, so wird es am ehesten durch so großherziges Einstehen für den «Fremdling in den eigenen Mauern» eingeleitet werden. Wichtigste Aufgaben

harren noch der Erledigung: Freiheit der Schiffahrt, Ansiedlung arabischer Flüchtlinge, beidseitige Festlegung und Garantie der Grenzen; alle setzen aber zu ihrer Lösung weniger Politik als Großzügigkeit voraus.

P. Furrer

Tätiger Neutralismus

(Rundschreiben)

Der folgende Brief erschien in der Oktober-/November-Nr. 1957 von «N E R», einer Monatsschrift für politische und soziale Probleme und die Annäherung zwischen Juden und Arabern (Jerusalem):

Die Herausgeber der «NER» beabsichtigen, die nächste Ausgabe dieser Zeitschrift der Besprechung des Problems «Tätiger Neutralismus» zu widmen.

Bekanntlich haben einige der Völker Asiens die Neigung, sich im Kalten Krieg zwischen den westlichen und östlichen Mächtegruppierungen neutral zu verhalten ... Diese Tendenz fand auch in Israel viel Unterstützung. Es kam dies besonders zum Ausdruck in der Erklärung von Dr. Nahum Goldmann, dem Präsidenten der Jewish Agency.

Wir sind im Prinzip mit jenen, die die Neutralisierung des Mittleren Ostens verlangen, einig, aber wir glauben, Israel sollte in diesem Ringen der Mächte sich nicht mit einer passiven Rolle, mit einer Politik des Abwartens begnügen. Israel sollte, im Gegenteil, den Weg des t ä t i g e n Neutralismus einschlagen, indem es alle Nationen der Welt in Ost und West auffordert, einen Beitrag zu leisten an die Erforschung eines Problems, das den Frieden des Mittleren Ostens und der Welt gefährdet und das nur gelöst werden kann, wenn a l l e V ö l k e r des Mittleren Ostens und alle Großmächte ihre konstruktiven Bemühungen vereinigen. Es handelt sich um das Problem der arabischen Flüchtlinge.

Wir schlagen vor, daß die israelische Regierung in einer feierlichen Erklärung bekanntgibt, sie sei bereit, die Rückkehr von arabischen Flüchtlingen nach Israel zuzulassen – ohne eine bestimmte Zahl festzulegen – und Kompensation zu leisten unter der Bedingung, daß alle interessierten Parteien (die arabischen Staaten, die Flüchtlinge, die UNO und die Großmächte) gemeinsam mit Israel die Pläne für die Wiederansiedlung der Flüchtlinge in Israel und den arabischen Staaten besprechen und durchführen.

Eine solche Erklärung wird sicher auf der ganzen Welt günstig aufgenommen werden, in den arabischen Ländern, im Osten und im Westen. An Stelle einer Forderung nach Waffen wird der Ruf nach sofortigem gemeinsamem friedlichem Handeln ertönen. Die arabischen

Flüchtlinge, die gegenwärtig in einer Atmosphäre von Armut, Verbitterung und Haß verkommen, werden aus ihrer Lethargie erwachen. Juden und Araber werden anfangen, zusammen zu arbeiten in «Gemischten Flüchtlingskommissionen» und anderswo. Kapital aus verschiedenen Quellen, jüdischen und nichtjüdischen, wird in das Gebiet fließen, wo die Staaten mit der Zeit ihre gegenwärtigen Verteidigungsausgaben vermindern können, um die so ersparten Summen für positive, aufbauende Zwecke einzusetzen.

Zu einer Zeit, da die Welt von der Idee eines kommenden Krieges und der Vernichtung besessen ist, wird von Jerusalem, der Stadt des Friedens, ein neuer Ruf nach Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit in aufbauenden Werken zu hören sein.

Wir wenden uns an Sie in der Hoffnung, daß die obenerwähnte Idee des «Tätigen Neutralismus» Ihre Unterstützung finde. Wir werden uns freuen, wenn Sie uns schreiben, was Sie von dieser Idee halten und was für Vorschläge Sie machen, um einen solchen Plan durchzuführen.

Hochachtungsvoll

Rabbiner *Benjamin*
Prof. *Martin Buber*
Dr. *Shereshevsky*

Danilo Dolcis Weg und Ziel

Vor ungefähr einem Jahr haben wir über Danilo Dolci und sein Wirken in Sizilien berichtet. Dieses Wirken zieht immer größere Kreise, und es ist heute wohl leichter, den tieferen Sinn seiner Methode begreiflich zu machen.

Wir hatten darauf hingewiesen, wie die «Voce cattolica» in einem Artikel «Gandhismus im Kleinformat» ihn lächerlich zu machen suchte. Tatsächlich lassen sich zwischen Dolci und Gandhi verschiedene Parallelen aufstellen; wir dürfen dabei aber nicht vergessen, daß Dolci seinen Weg sozusagen allein gefunden hat; denn er kannte Gandhi kaum, als er tastend, Schritt um Schritt, im kleinen begann, den Weg zu suchen, um die trostlosen Verhältnisse in Sizilien zu ändern. Wir wissen, daß er auf diesem Weg behindert wurde, daß zum Beispiel sein «umgekehrter Streik» ihn ins Gefängnis geführt hat, daß aber am Prozeß, der ihm gemacht wurde, das ganze geistige Italien auf seiner Seite stand – Advokaten, Dichter, Gelehrte –, nicht nur, um für seine Schuldlosigkeit zu zeugen, sondern auch, um ihm den Dank auszusprechen dafür, daß er auf einem lichtwärts führenden Weg vorangeht.

Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der italienische Dichter Elio Vittorini, der selber Sizilianer ist, zu Dolcis Vorgehen wie folgt: «Ich muß sagen, daß ich seine Methoden für Sizilien am geeignetsten finde.

In Norditalien wären sie wahrscheinlich nicht wirksam. Fasten und andere Formen des gewaltlosen Widerstandes könnten dort lächerlich wirken, aber Sizilien hat große Ähnlichkeit mit Indien. Ich bin selbst Sizilianer, und ich weiß es seit meiner Kindheit: es besteht in Sizilien die gleiche tiefe Trennung zwischen den Klassen, die zum großen Teil jetzt noch in Indien besteht. Außerdem haben die sizilianischen Bauern eine im Religiösen begründete Sensibilität, die sich in nichts von derjenigen der indischen Volksmassen unterscheidet. In einer Lage, die der indischen verwandt ist, hat eine Handlungsweise, wie Dolci sie entwickelt, die größte Aussicht, das Unterproletariat zu nützlichen Kindern des Staates zu machen. In Indien gibt es Dutzende von Menschen wie Danilo, welche in den am wenigsten fortgeschrittenen Gegenden das reformerische Einschreiten des Staates vorbereiten; und der Staat hindert sie nicht daran, im Gegenteil, er hilft ihnen. Auch in Sizilien brauchte es Dutzende von Menschen, welche von der Regierung nicht gehindert, sondern unterstützt würden.» (Übersetzt aus «Processo all'articolo 4».)

In einem ausführlichen Artikel «Gandhi, Dolci und wir» hat der norwegische Soziologe J. Galtung in der italienischen Zeitschrift «Il Ponte» (März 1957) die Punkte herausgearbeitet, in denen Gandhi und Dolci sich berühren, und auch auf einige Gegensätze hingewiesen. Er kommt auf acht wichtige Punkte der Übereinstimmung:

1. Die Zusammenarbeit ist möglich auf Grund eines Minimums an gemeinsamem Glauben:

Der Glaube an den Menschen, die Überzeugung, daß es sich lohnt, etwas zu unternehmen, der Glaube an die Gewaltlosigkeit und der Glaube an den Glauben selbst. Für Gandhi glaubt jeder an Gott, der in seiner Seele einen Funken des Heiligen spürt. Dolcis Mitarbeiter – er zieht es vor, sie «Freunde» zu nennen – kommen aus den verschiedensten wirtschaftlichen Kategorien und aus allen sozialen Klassen. Wahrscheinlich sind es zum größeren Teil Linkskreise, denn wer Dolcis Ziele verfolgt, muß sozial fortschrittliche Tendenzen haben. Das heißt aber nicht, daß er sich irgendeiner Partei verschrieben hätte, im Gegenteil, er hat den Parteien eine Initiative entzogen, die sie seit Jahren schon hätten ergreifen sollen.

2. Gleichstellung mit den Elenden

Gandhi und Dolci haben gemeinsam, daß sie nicht als Wohltäter oder Missionare an die Menschen herangehen, denen sie helfen wollen, sondern sie leben unter ihnen, teilen ihre Not und ihre Sorgen als Ausdruck ihrer Solidarität und um sie aus der Apathie gegenüber ihrem Schicksal zu erlösen, sich ihrer Menschenwürde bewußt werden zu lassen. Diese Haltung kommt auch aus dem Gefühl, daß man nicht das Recht hat, besser zu leben als die andern, solange die andern unter

Bedingungen leben wie die Fischer und Landarbeiter von Trappeto und Partinico oder die Klassenlosen Indiens. Die äußerste Konsequenz dieser Gleichstellung ist sein Fasten.

3. Erforschung der Lage

Dolci wie Gandhi schildern die Zustände, die sie bekämpfen, nicht mit tönenden Worten, sondern durch gründliche, fast wissenschaftliche Studien. Das Mittel ist die Umfrage, die Enquete. Mit der Hilfe von jungen Freunden hat Dolci die Armutsviertel von Partinico und Palermo durchleuchtet und das Resultat in umfangreichen Büchern mit Tabellen über die Wohnverhältnisse, Schuljahre, Gefängnisjahre, Krankheiten usw. veranschaulicht. In dem Buch «Enquete in Palermo» stehen auch zahlreiche Schilderungen aus dem Leben der Bewohner der Elendsviertel, oft unbeholfen oder ungeschminkt, wie die Betreffenden sich eben ausdrückten. Letztes Jahr machte man Dolci wieder einen Prozeß unter dem Vorwand, die Schilderung unsittlicher Zustände durch den Jungen, der sie erlebt hatte, sei Pornographie. Dolci wurde im Juni unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu einer Geldstrafe verurteilt; es gelang aber der kulturellen Öffentlichkeit Italiens, im Dezember seinen völligen Freispruch zu erreichen.

4. Ein konkretes Arbeitsprogramm

Gandhi veranlaßte seine Mitarbeiter, sich stets ein genaues Arbeitsprogramm zu geben, damit niemand in den Worten stecken bleibe, sondern immer auch schon mit Taten begonnen würde. Die praktischen Aufgaben, die Dolci sich stellt, nahmen auch in Gandhis Programm einen zentralen Platz ein: Kampf gegen Analphabetismus, Jugendzentren, Kinderasyle. Dazu kommt eine Volkshochschule für Erwachsenenunterricht und Diskussionen über die sie angehenden Probleme. Hierher gehören aber auch die Pläne für die Bodenbewässerung, die Verbesserung der hygienischen Lebensbedingungen, die Errichtung einer Art Poliklinik, um nur die dringendsten Aufgaben zu nennen.

5. Handeln und Sinn des Opfers

Dieser Punkt ist eigentlich die Vereinigung von 2. und 3.

6. Gewaltlosigkeit

Gandhi und Dolci führen ihren Kampf nicht gegen Menschen, sondern gegen bestimmte Tatsachen. Gewaltlosigkeit bedeutet nicht nur den Verzicht auf körperliche Gewalttätigkeiten, sondern auch auf solche des Wortes und der Schrift. Dolci verzichtet nicht auf starke Worte, aber es sind Worte, die zur Güte führen, nicht zum Haß. Beide befolgen eine Taktik der Aufrichtigkeit: sie setzen ihre Gegner mit größter Genauigkeit in Kenntnis der geplanten Aktion.

7. Ziviler Ungehorsam

Nach Gandhi hat ein Bürger das Recht, unter gewissen besondern Umständen ein bestehendes Gesetz zu verletzen, wobei allerdings die erste Bedingung ist, daß er allen andern Gesetzen gehorcht. Um es verantworten zu können, ein Gesetz zu verletzen, muß dieses Gesetz für alle oder einen Teil der Bürger ungerecht sein. Seine Verletzung wird so zum Gehorsam gegenüber einem höhern Gesetz.

Man kann nicht behaupten, Dolci habe italienische Gesetze mißachtet, im Gegenteil, sein «umgekehrter Streik» sollte ja gerade auf den Artikel 4 der Konstitution, der dem Bürger das Recht auf Arbeit zusichert, hinweisen. Aber sein Ungehorsam gegenüber der Polizei bedeutet doch einen Akt des zivilen Ungehorsams. Wie wir eben vernehmen, hat der Staatsanwalt gegen den Freispruch in jenem Prozeß Berufung eingelegt, und nun soll er im nächsten März nochmals aufgenommen werden. Es ist gut, daß die öffentliche Meinung durch die in mehreren Städten bestehenden Gruppen von Freunden wahrscheinlich einen gewissen Einfluß ausüben kann. Aber die Wiederaufnahme des Prozesses bedeutet doch auch den festen Willen von behördlicher Seite, Dolci ins Unrecht zu setzen. Wenn man bedenkt, was für grauenhafte Methoden in den Gefängnissen Siziliens angewendet werden, wo oft Unschuldige zu Tode gefoltert werden, ist es verständlich, daß man versucht, den Menschen, der diese Zustände beschreibt («Inchiesta a Palermo», Buch, das im Herbst dieses Jahres in deutscher Sprache erscheinen wird), wo immer möglich in seiner Tätigkeit zu behindern.

8. Fasten und Besinnung

Wer sich nicht eingehend mit Danilo Dolcis Wirken befaßt, ist geneigt, sein «digiuno» nur als Hungerstreik zu betrachten. Es ist insofern Hungerstreik, als Dolci damit das Eingreifen des Staates in gewisse wirklich unhaltbare Zustände erreichen will. Dieses Fasten ist aber bei Dolci wie bei Gandhi auch ein Mittel zur Selbsterziehung und Besinnung im Hinblick auf die bevorstehenden Aktionen. Beide verfolgen damit drei Ziele: sich an eine tiefe Betrachtung und Innenschau zu gewöhnen, die Solidarität mit allen Hungernden zu bekennen («Warum sollte ich essen, wenn meine Brüder Hungers sterben?»), im Gewissen der andern das Gefühl der Schuld zu wecken.

Mit seinem Fasten vom letzten November erreichte Danilo Dolci nach einer offiziösen Mitteilung, daß zwei der schlimmsten Quartiere niedergerissen werden und für ihre Bewohner neue Wohnungen zu billigen Mietzinsen abgegeben werden sollen. Er erreichte aber sicher auch, daß ein großer Teil des palermitanischen Unterproletariats sich seiner Menschenwürde bewußt wurde. Während den Tagen seines Fastens im Elendsviertel Cortile Cascino in Palermo kamen sie zu ihm, zuerst aus der näheren Umgebung, dann auch aus den andern Quartieren. Über hundert drängten sich jeden Abend in den kleinen Raum,

um zu fragen «Warum fastest du, Danilo?», und durch lange geduldige Gespräche oder in kurzem Anschauungsunterricht begriffen sie, daß er für sie faste, damit sie lesen lernten, damit sie eine menschenwürdige Unterkunft erhielten, damit es allgemein bekannt würde, wie sie lebten, und mit Ernst auch vom Staate eine Lösung gesucht würde, sie von der ständigen oder teilweisen Arbeitslosigkeit zu befreien.

Vom 1. bis 3. November 1957 hatte Danilo Dolci in Palermo einen Kongreß veranstaltet über nationale und lokale Maßnahmen für regelmäßige ganztägige Arbeit. Volkswirtschafter, Universitätsprofessoren, Schriftsteller, Männer der Praxis aus ganz Italien und auch aus Frankreich nahmen daran teil. Sein Zweck war, neben der Prüfung der vielschichtigen Probleme auch einem breiten Publikum die große Not des sizilianischen Subproletariates zum Bewußtsein zu bringen und an sein Gewissen zu appellieren. Die sizilianischen Behörden, die gute Gesellschaft von Palermo hielten sich vom Kongresse fern, und alle Zeitungen – mit wenigen Ausnahmen – schwiegen darüber.

Gehen wir zurück zum Artikel von Johan Galtung, um die drei Punkte zu nennen, in welchen die Methoden Gandhis und Dolcis sich voneinander unterscheiden.

1. Gandhis asketische Lebenshaltung war für ihn nicht nur ein Ausdruck seiner Sympathie mit den Darbenden, sondern sie entsprach auch seiner Überzeugung, daß ein Leben in Armut (nicht in Elend) wahres und richtiges Leben sei. Das hängt damit zusammen, daß in Indien die Askese in großem Ansehen steht und das Ziel allen moralischen Strebens ist.

2. Gandhi glaubte nicht an die materielle Kultur und Technik des Abendlandes. Für ihn war die Maschine ein Fluch, weil sie den Menschen zum Sklaven machte. Dolci hingegen betrachtet sie an sich weder als gut noch böse, sondern er setzt sich dafür ein, daß der Fortschritt der Technik dem Wohl des Menschen diene.

3. Bei Gandhi finden wir starke anarchische Tendenzen. Das Dorf ist für ihn wirtschaftlich und politisch die ideale Einheit. Er wollte, daß das Dorf mit seinen kleinen Industrien und auch politisch autonom wäre. Dolcis Ziel enthält keine revolutionären Absichten und keine Veränderung der Struktur der italienischen Gesellschaft. Sein unmittelbares Ziel ist die Verbesserung der bestehenden Institutionen und Organisationen, damit sie wirksamer und sich der Probleme bewußt werden, deren Lösung ein dringendes, ein dramatisches Bedürfnis ist.

Aus den geschilderten Formen des Vorgehens und dem Ziel geht eindeutig hervor, daß Dolci nichts mit der Kommunistischen Partei zu tun haben kann, im Gegenteil, daß er ihr den Wind aus den Segeln nimmt in einer Gegend, wo auch sie es unterlassen hat, sich mit Nachdruck für die notwendigen Verbesserungen einzusetzen. Die immer wieder auftauchenden Versuche, Dolci ein rotes Mäntelchen umzuhängen, haben sich heute noch vermehrt, nachdem er den Leninpreis für den Frieden angenommen hat, mit der Begründung: «Ich werde im-

mer Gaben annehmen, die meiner Mission der guten Werke helfen, woher sie auch kommen.» Seine Antwort an die «Prawda», die ihn um eine Erklärung bat, beweist auch, daß er keinerlei Konzessionen macht. Er schreibt: «Ich danke von ganzem Herzen. Man wollte, wenn ich mich nicht täusche, zwei Tatsachen ins Licht rücken, die weit über meine Person und unsere Gruppe hinaus gehen: den Wert der gewaltlosen Revolution neben andern Formen des Handelns und Kämpfens, angesichts der vielgestaltigen Wirklichkeit; und die dauernde Notwendigkeit einer wissenschaftlichen und offenen Aktion, die von unten ausgeht.»

Die vierzehn Millionen Lire des Preises sollen es ermöglichen, in Sizilien die Bedingungen zur Vollbeschäftigung zu erforschen, das heißt es sollen nun zuerst einmal junge Wissenschafter aus verschiedenen Ländern dort zusammenkommen und mit der Bevölkerung zweckmäßige Methoden der Bodenbebauung anwenden. Alle wissenschaftliche Arbeit muß dort zugleich auch erzieherische Arbeit sein. Die Schätze wären schon da, doch muß den Menschen der Weg gezeigt werden, sie zu heben. So ist Dolci daran gelegen, daß alle Geldmittel nicht einfach reiner Wohltätigkeit dienen, sondern daß sie beitragen, die Zustände zu ändern, die Menschen aus ihrer vollständigen Isoliertheit zu lösen. Die Mittel, die in verschiedenen Ländern gesammelt werden, sollen dazu verwendet werden, es qualifizierten jungen Menschen zu ermöglichen, einige Monate Pionierarbeit zu leisten.

In Sizilien leben die Menschen viel näher zusammen als bei uns, aber es ist der Ehrgeiz eines jeden, möglichst nur für sich zu leben, sich nicht um den andern zu kümmern. Es ist Dolcis Streben, indem er «einer für alle» vorlebt, in ihnen auch die Solidarität des «alle für einander» zu wecken.

B. Wicke

Vom gemeinsamen Leben

(Schluß)

So haben es auch Zeitgenossen gesehen, die den ersten deutschen Bruderhof besuchten: «Das Reich kommt nicht bloß (wie Luther gelehrt hat) ‚ohne unser Gebet von ihm selbst', sondern auch – durch uns. Erst wenn man den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Reich Gottes und dem Reich dieser Welt versteht, kommt man zum Halten der Gebote.» (R. Hermann.) «Ein ganz neuer Geist wird schließlich auch eine ganz neue Welt schaffen. Über die führenden Persönlichkeiten zu sprechen, erscheint mir nicht angemessen. Es würde ihrer Art auch nicht entsprechen.» Freilich: «In der ganzen langen Jugendbewegung, die man die freie nennen kann, ist es das erste Mal, daß man den deutlichen Eindruck gewinnt: ‚Hier

wird etwas. Die Wende ist da.‘» (Robert Drill, im Mai 1921.) «Der Schlüssel zum Verständnis der Bewegung ist das Bekenntnis zu dem Jesus der Bergpredigt. Selbst die Bergpredigt kann nicht voll erfaßt werden, wenn nicht schón vom Herzen Jesu aus gelebt wird. Das Wesen der hier bezeugten Liebe schließt den Widerspruch zu allen Erscheinungen im öffentlichen und privaten Leben in sich, die nicht von ihrem Geiste leben. Das Erlebnis des Krieges wird zum Kriterium der Kultur. Er ist das furchtbare Spiegelbild, in dem ihr wahres Wesen erscheint. Mit Jesus hat all dies grauenvolle (Geschehen) nichts zu tun. Er bringt eine ganz andere Gerechtigkeit.» (O. Monsheimer, April 1921.) «Wer eine Ahnung davon hat, daß unsere Welt nur auf der Grundlage einer ganz neuen religiösen Einstellung neu werden kann, wer sich von dem bisherigen Volksgeist, Parteigeist, Kirchengeist abkehren und ein ganz Neues erstrebt, dem sucht das ‚Neue Werk‘ einen Führer zu geben: in dem Jesus der kompromißlos durchzuführenden Bergpredigt, aber vor allem in dem Jesus, der auf Erden sein Reich bauen will.» Hier geht es um «praktische Verwirklichung. Im Zusammenleben wird ein Überzeugungsbeweis auch für die Wahrheit der hier vertretenen Gedanken geführt. Insofern gehört diese Bewegung in die moderne religiös-soziale Bewegung hinein.» (Renatus Hupfeld, 1922.)

In diesen zufällig herausgegriffenen Stimmen aus den ersten Jahren des Gemeinschaftslebens sind die wesentlichen Punkte enthalten, um die es den Gründern ging. Der Kern ist nach einem Worte Eberhard Arnolds in dem Abbau der eigenen Macht zu suchen: «Darin liegt die Wurzel der Gnade: in dem Abbau der eigenen Macht. Das ist meines Erachtens die wichtigste Erkenntnis des Reiches Gottes. Es ist ein Wunder (Gottes), daß an uns schwachen Menschen Sein Werk der Gemeinde offenbar wird.» (1933.) «Es gibt nur einen Weg, von der Knechtschaft loszukommen: das ist die Befreiung vom Selbst.» (1918.) «Die Gemeinde muß frei sein von allem Tun, wodurch der Mensch groß gemacht wird.» (1934.) «Wir können auch nicht einen einzigen Stein der Gemeinde einfügen. Wir können auch nicht einen einzigen Schutz für die aufgebaute Gemeinde herstellen. Wir sind durchaus machtlos. Aber ich glaube, das ist die einzige Ursache, weshalb Gott uns berufen hat zu diesem Dienst.» (1933.)

*

So wurde es denn im Jahre 1920 von einer kleinen Gruppe von Menschen gewagt, auf dem Lande zu siedeln. Jener erste Bericht, der bis heute wohl auch der letzte geblieben ist, der in den «Neuen Wegen» von dieser Siedlung erstattet wurde (er steht in der Märznummer des Jahrgangs 1928) spricht von einer Handvoll Menschen, die ihre bürgerlichen Berufe verlassen hätten, um auf dem Lande «ein ganz anderes Leben» zu führen; von der Lebens- und Gütergemeinschaft und davon, daß immer neu die Kraft des guten Geistes nötig war, damit das Leben recht gelebt werden konnte. (Der einfache und

von Ragaz mit einer freundlichen Einführung begleitete Artikel stammt von einer Schwester, die heute in Paraguay auf einem der dortigen Bruderhöfe lebt.)

Im selben Jahr erschien ein Aufsatz in einer deutschen Quäkerzeitschrift, der ebenso schlicht den Aufbau der Gemeinschaft beschrieb und vor allem darauf hinwies, daß es diesem Kreis nicht darum ging, «zu reden, sondern zur Tat zu schreiten». Auch hier wurde Gewicht gelegt auf die Gründung in Christus und seinem Geist. Ein solches Leben gelte es auf jede Weise, auch durch Bücher und Artikel, aber vor allem durch das Leben selber zu bezeugen. Auch hier fehlt ein Bekenntnis der eigenen Schwäche nicht. Aber die Hoffnung behält die Oberhand: «daß dieses Leben mehr und mehr unter uns Gestalt gewinnen» möge.

Uns interessieren heute nicht mehr die Einzelheiten des Aufbaus und der Zusammensetzung. Sie haben sich in den 37 Jahren beträchtlich gewandelt. Wenn zum Beispiel von einem Kreis von sieben berichtet wird, die sich noch in den ersten Jahren, nach der ersten großen Krise, als tragende Glieder rechnen konnten, so sind es heute auf allen elf Bruderhöfen wohl gegen 600, bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 1400. Wenn damals von einem einzigen Arbeitsgebiet erzählt werden konnte, nämlich der Druckerei und des Verlages, so sind es heute auf allen Höfen ungezählte. Und wenn damals nur eine Sprache in Frage kam und erst Schweizer sich der Sache zugesellt hatten, so wiegt heute fast schon die englische Sprache vor (in Paraguay macht sich das Spanische immer mehr Bahn), und mehr als 14 Nationalitäten haben Glieder unter uns. Wesentlich aber sind die Grundlagen. Und sie sind all die Jahre der Verfolgung und Ausbreitung letztlich unverändert geblieben.

*

Eberhard Arnold fragte einmal, als es darum ging, ein verwandtes Unternehmen zu verstehen und zu beurteilen: «Welche Veränderung, welche Erneuerung des Lebens muß der rechten Lebensgestaltung vorangehen?» Und er gab die Antwort: «Eine Änderung der Lebensbedingungen, ein bloßes ‚Leben in Gemeinschaft', etwa auf dem Lande und unter Protest gegen das ‚falsche' Leben der Gesellschaft, genügt nicht. Es muß dazu kommen eine tiefe Einsicht in das Wesen des Menschen und damit zusammenhängend ein Bruch mit dem, was man den ‚alten Menschen' nennen kann. Wo ‚die Einsicht in die wurzelhafte Verdorbenheit' fehlt, kommt es auch nicht zur ‚Freude und Einstimmigkeit', die nur der ‚Geist des einen Christus' zu geben vermag. Dort kommt es auch nicht zur ‚Freude an den Menschen, die von diesem Christus und seinem Geist berufen sind und berufen werden sollen'. Dort fehlt es schließlich an der ‚rechten Zukunftserwartung: daß nicht vom Menschen her, sondern nur von Gott her das Reich der Gerechtigkeit hereinbrechen muß und wird.» (1930.)

Ein anderes Mal bestimmte er das Wesen des Lebens in Gemeinschaft so: «Allein der Geist Christi kann uneinige Menschen zusammenführen. Kein Mensch kann es. Niemand darf es. Wo der Geist baut, wird keine andere Kraft zugelassen.» (Innenland, 1936, ein Jahr nach seinem Tode gedruckt.)

«Es bedeutet für uns, daß aus dem Geheimnis der vollendeten, reinen Lichtwelt heraus die Strahlung des Geistes zu uns kommt. Daß wir also aus der Welt, die wir selber nicht sind, für die wir aber bestimmt sind, die Kraft wahrer Gemeinschaft empfangen.» (1927.) «Wir glauben an die Gemeinde», sagt er wieder ein anderes Mal, «die vom Heiligen Geist besucht wird. Deshalb schließen wir uns in seiner Erwartung zusammen, daß er alle Arbeit und alles Werk erfasse.» (1934.)

Einmal sprach er über die drei wichtigsten Gefahren gemeinsamen Lebens, die ihm natürlich nicht verborgen bleiben konnten. Die erste war ihm die sektenhafte Verengung und Abschließung von der übrigen Welt. Ihr stellte er die «umfassende Liebeskraft» der ursprünglichen Bewegung gegenüber. Der zweiten Gefahr erotischer Abweichung stellte er die Anziehungskraft des «größeren Magneten» gegenüber, die allein fähig ist, alle kleineren Ablenkungen zu überwinden. Der dritten Gefahr, der Beschäftigung mit den menschlichen Schwächen (besonders der anderen), stellte er den übergeordneten Rang der Sache gegenüber, um deretwillen die Menschen mit all ihren Schwächen leben, und die erste Liebe, die mit der Kraft des Geistes rechnet und nicht mit der Schwäche der Menschen. (1926.)

*

Immer wieder wies er auf den Einen hin, in dem und zu dem hin alles seine Bestimmung und sein Ziel hat. Der Krieg hat es gezeigt, sagte er im zweiten Kriegsjahr, «wie unmöglich es ist, eine Reinigung, eine Besserung und Erhöhung des Menschentums zu erreichen ohne ihn. Jesus ist das Ziel der Geschichte. Er hat durch sein erstes Kommen auf die Erde das Reich Gottes als den goldenen Faden in die Menschheit hineingeworfen, in dem jeder Erlösung und Befreiung findet, der sie sucht. Und er wird durch seine Wiederkunft das Reich Gottes als den Sonnenaufgang über die Erde bringen, vor dem alle Finsternis weichen muß. Aber es ist das Geheimnis des Reiches Gottes, daß diese Morgenröte nur von dem finstersten Augenblick der Geschichte aus geschaut werden kann.» (1915.)

Und in einem Aufruf «an alle, die mit Ernst Christen sein wollen», schrieb er ein Wort, das an Aktualität inzwischen nicht verloren, sondern unendlich gewonnen hat und mit dem ich schließen möchte.

«Die Not der Christenheit sollte einen jeglichen aufhorchen lassen, wo er einer klareren Botschaft und einem eindeutigeren Leben als bisher begegnen könnte. Daß es ihm endlich deutlicher werde, wer Gott ist und was er will und was die Herrschaft seines

nahenden Reiches bedeutet – und welches der Geist der Gemeinde Jesu Christi ist.

Äußerste Not erfordert äußerste Liebe. Die völlige Liebe sollte endlich vor aller Welt in völliger Gemeinschaft offenbar werden. Gott selbst will wieder und wieder seinen Heiligen Geist senden. Zu Glaubenden als zu sehr kleinen und sehr armen Menschen will er Ihn herabsenden. Eine christliche Lebensgemeinde kann nur dem Wort und Leben Jesu nachleben. Niemand anderem kann sie folgen. Jesus, der durch alle theologischen ‚Auslegungen' entstellte, fast gänzlich unbekannt gewordene Jesus muß endlich erfaßt werden. Das Wort der Wahrheit sucht in letzter Stunde von neuem jene Verleiblichung, die Gott seinem Christus von Anfang an bereitet hat. Sind wir wirklich bereit, Christus und den Geist seiner Zukunft im täglichen Leben aufzunehmen?

Die Liebe fordert ein gemeinsames Leben der Jüngerschaft, das allen Menschen dienen will. Schenkende Liebe kann niemals exklusiv bleiben. Die Liebe drängt zur Tat. Es gibt keine andere wirkliche Tat als die Arbeit. Die Tat der Christusliebe ist die gemeinsame Arbeit. Neben dem lebendigen Wort der Wahrheit ist sie das einzige Kampfmittel gegen die Verdorbenheit der heutigen Zustände. Deshalb wenden wir uns an alle: Wer mit Ernst Christ sein will, wer sein kurzes Leben der Liebe hingeben will, ist von Herzen willkommen. Die Arbeit des kleinen Werkes bedarf vieler Hände.»

*

Der Werktat Friede will Gemeinde. / Im Warten rufen, flehen wir.
Die Arbeit eint die Gottesfreunde. / Wir öffnen Tür und Tore dir.
(1930.) *Arthur Mettler*

Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus

Eine Biographie von Markus Mattmüller

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß Einer sich dran machte, eine Biographie des großen Ketzers zu schreiben, gerade jetzt, zur Zeit des Kalten Krieges, und in der Schweiz, und daß ein religiöser Verlag* sie herausgebracht hat.

Ein junger Schweizer Lehrer wählte für seine Dissertation das Thema «Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus» und legt uns den ersten Band vor, der die Zeit vom Geburtsjahr 1868 bis zum Ersten Weltkrieg umfaßt.

Im Hinblick auf Ragaz' zweibändige Autobiographie «Mein Kampf» stellt sich Markus Mattmüller mit Recht die Frage: «Ist es erlaubt,

* Evangelischer Verlag AG, Zollikon.

neben «Mein Weg», die Autobiographie mit dem Hauptanliegen der Schilderung einer geistigen Entwicklung, eine biographische Darstellung aus zweiter Hand zu stellen? Kann man denselben Linien nochmals nachgehen, ohne bloß eine für Spezialisten nützliche Auseinandersetzung mit kleinen Irrtümern und Gedächtnislücken des Autobiographen zu führen? Und er antwortet: «Eine neue biographische Darstellung hat dann einen Wert, wenn sie neben die notgedrungen subjektiven Ausführungen des Autobiographen eine möglichst objektive Schilderung zu stellen vermag, die aus größerer Distanz die Dinge in ihrer Lagerung zueinander und in ihrer Stellung in der Zeit aufweist. Dieses Ziel erreicht sie am ersten dann, wenn sie sich auf Aussagen von Ragaz stützen kann, welche den geschilderten Ereignissen näher stehen als die späten autobiographischen Aufzeichnungen, wenn sie also Materialien beizubringen vermag, in denen der Ragaz der geschilderten Epochen unmittelbarer zu uns spricht als in der Autobiographie. Vielleicht kann sie überdies hier und dort Lücken ausfüllen und Dinge zurechtrücken, die Ragaz bei der hastigen Redaktion seines letzten Werkes nicht mehr überprüfen konnte.»

Es ist dem Verfasser wohlgelungen, von diesen Gesichtspunkten aus die Biographie lebendig und wirklichkeitsnah zu gestalten. Es wird uns, die wir das Glück hatten, diese monumentale Gestalt in Fleisch und Blut gekannt zu haben, das Herz warm, wenn wir uns die Geschichte dieses reichen Lebens, Bekanntes und Unbekanntes von einem Forscher vorführen lassen, der persönlich wohl nur indirekten Kontakt mit ihm hatte. Wir müssen die Gründlichkeit und Tiefe bewundern, mit der er nicht nur aus den der Öffentlichkeit zugänglichen Werken von Ragaz geschöpft, sondern nach Quellen geforscht hat, die, im Privatbesitz vergraben, Wesentliches zum Verständnis der Größe seines Denkens und Wollens beitragen konnten. Alle seine Funde hat er mit Fleiß und Genauigkeit nach Ursprung und Zeit in Fußnoten aufgeführt, was immer für den ernsten Leser einer Biographie eine große Hilfe bedeutet.

Doch so wertvoll diese Vorzüge sind, so erscheinen sie mir doch nicht als das Wesentliche, an dem der Wert der Lebensbeschreibung eines Kämpfers für eine geistige Weltrevolution zu messen ist. Die Frage drängt sich vor: Vermag sie ihn und seine Botschaft so lebendig zu machen, daß die Menschen, besonders die Hellgeistigen der jungen Generation, aufhorchen, daß seine Wahrheit sie wie ein Blitz trifft und sie ihnen zum Weitertragen seiner Bewegung Begeisterung und Kraft verleiht?

Diese Frage mag verfrüht erscheinen, da die Biographie ja erst halb vor uns liegt. Wir sehen das Leben von Ragaz noch nicht in seiner Vollendung. Die Jahre bis 1914 waren die Vorbereitung auf die Katastrophen, die er schon als Student geahnt und prophezeit hatte. Erst der Weltkrieg gab ihm den Totalblick für die Übergewalt der Mächte, die sich seiner Vision des Reiches der Gerechtigkeit auf dieser Erde

entgegenwarfen, rief ihn erst eigentlich auf das geistige Schlachtfeld der Weltbühne.

Aber es spricht vieles im ersten Bande dafür, das uns berechtigt, die oben gestellte Frage zu bejahen. Wesentlich ist es, daß der Biograph es verstanden hat, aus der Fülle der äußeren und inneren Ereignisse und Erlebnisse solche herauszugreifen, die richtunggebend für seinen Helden waren.

Hierfür einige Beispiele. Auf den Seiten 56 und 57 zitiert er aus dem zweiten Tagebuch von Ragaz die Erlebnisse, die ihn von seiner alldeutschen Schwärmerei bekehrten und seinen Blick weltpolitisch erweiterten. Während seines Sommerstudiums in Berlin im Jahre 1889 traf Ragaz mit den Christlichsozialen um Adolf Stöcker zusammen, und obgleich ihm manches an ihnen imponierte, fühlte er sich abgestoßen durch ihren Kaiserkult und Antisemitismus und das Anbeten des «Deutschen Gottes», durch die «Demoralisiertheit, Servilität, chauvinistische Plumpheit, mit der die Deutschen jener Kreise auf die kleineren Länder verachtend herabblickten». «Dieses deutsche Volk wird wohl für seinen Übermut noch bestraft werden», bemerkte er in seinem Tagebuch.

Durch eine andere Tagebuchnotiz, gleichfalls aus der Berliner Studienzeit, zeigt uns Mattmüller (Seite 195), wie der in der Graubündner Idylle aufgewachsene Jüngling zum erstenmal das fratzenhafte Gesicht des kapitalistischen Wirtschaftssystems erlebte. Am 29. Juni 1889 schrieb er: «Heute vormittag in der Börse. Es empfing mich, wie ungefähr Meeresbrausen toben mag. Furchtbarer Götzendienst. Jenes Tosen ist das Tosen des kommenden Gerichts. Das Bild der Apokalypse vom alten Babel steigt wieder in mir auf; Deutschlands Frechheit ist auf das Höchste gestiegen.»

Ein Erlebnis, das dem langsam in ihm Herangereiften zum erstenmal zum Durchbruch verhalf, wie die Biographie auf Seite 82 berichtet, ereignete sich gelegentlich eines Vortrages, den er im Februar 1903 in Bern gehalten hatte. Auf seiner Rückkehr wurde er im Eisenbahnzug zweiter Klasse nach Basel unfreiwilliger Zeuge einer renommierenden Erzählung: Ein junger Kaufmann berichtete zynisch davon, wie er in Zürich eine junge Bündnerin verführt habe. In tiefster Erregung kam Ragaz heim, und diese Erregung förderte ganz neuartige Gedankengänge zutage: «Ich habe erlebt, was meinem Leben eine Wendung geben kann. So ist mir die Bestialität noch nie entgegengetreten! Man hört und liest, und wenn man es hört, mit Ohren hört, kann man's nicht glauben. Nun ist's vorbei mit allen akademischen Idealen, nun hinein in den Kampf! Gott, ich gelobe es dir! Tiefe Gedanken bewegten mich bis Basel und den ganzen Tag . . . Noch dazu die Beobachtung erneuert, wie das einfache Volk so viel besser ist als diese schmutzige Bourgeoisie. Zu diesen Leuten gehe ich. Nun ist mir ein soziales Christentum aufgegangen. Ich datiere vom 2. Februar 1903 (morgens zwischen sieben und acht Uhr) eine neue Periode meines Lebens. Es ist

unter viel Erfahrungen und Stimmungen des letzten Jahres eine Frucht reif geworden. Unser Kaufmannsstand ist reif zum Untergang. Er ist der schmutzigste von allen, der Herd des praktischen Materialismus. Die soziale Entwicklung präsentiert hier das Weltgericht.»

Einem anderen einschneidenden Erlebnis, der Amerikareise im Jahre 1907, die Ragaz auf Einladung des «Weltkongresses für freies Christentum» zusammen mit seiner Gattin unternahm, widmet Markus Mattmüller die ihm gebührende Beachtung (Seite 145 ff.). Hier, in Amerika, begegnet ihm wieder der Kapitalismus in all seinen Gesichten, und die Fähigkeit von Ragaz, die Dinge historisch zu werten und in ihrer Polarität zu betrachten, zwischen Schwarz und Weiß vorurteilsfrei die Nuancen zu sehen, tritt hier zutage. Hören wir, was er in sein Tagebuch schrieb: «Wir sind hier (am Neuyorker Hafen) an einem Zentralpunkt des Lebens der M e n s c h h e i t, nach der materiellen Seite hin. Was bedeutet es, daß hier eine solche Fülle der materiellen Güter aufgehäuft und wieder verteilt wird, daß hier gleichsam ein Nervenzentrum für das mehr vegetative Leben der Menschen geschaffen ist? Oder sollte das nichts zu bedeuten haben? Sollte alle diese Arbeit umsonst sein? Es ist ja freilich selbstisch gemeinte Arbeit, wenigstens wird sie nicht mit Bewußtsein im Dienst höherer Zwecke getan – aber sollte nicht doch, den Beteiligten unbewußt, ein großer Sinn dabei sein? Und sollte er nicht vielleicht darin bestehen, daß an solchen Punkten die Macht des Menschen über die Materie klarer als anderswo aufleuchten muß und damit die Gedanken der Menschen weitergetrieben werden zu einer höheren Art der Betrachtung der materiellen Dinge? Muß nicht die hier sich auch dem Stumpfesten gewaltig aufdrängende Anschauung der Erzeugung und Verteilung der Güter auch auf eine gesellschaftliche Verwaltung und Verwendung derselben hinweisen? Das Problem des Kapitalismus und Sozialismus gewinnt hier riesige und dem blödesten Auge deutliche Formen. Man sagt sich: hier sind neue, gewaltige Entwicklungen der Menschheitsgeschichte in den ersten rohen Zügen angedeutet, sagt sich auch, daß, wenn hier einmal der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus akut geworden sein wird, er auch gewaltigere und furchtbarere Formen annehmen wird als anderswo. So spürt man schon hier in New York das Arbeiten der schöpferischen Kräfte der Menschengeschichte wie nicht leicht an einer andern Stelle.»

Diese paar Stichproben mögen genügen, denjenigen, die sie lesen, eine Idee von dem Verständnis des Biographen für seinen großen Landsmann zu geben, und sie anregen, das Buch nicht nur selbst zu lesen, sondern auch weiterzugeben. Es sollte nicht erst ein Jahrhundert verstreichen müssen, um die Weisheit von Leonhard Ragaz unter die Schweizer, die Europäer von West und Ost, die Angelsachsen, auch in die USA, zu bringen. Die Menschheit hat diese Weisheit heute so nötig wie das tägliche Brot, wenn sie weiterleben will. *Alice Herz*

Die Frage unserer Zeit

Im November 1957 forderten amerikanische Quäker ihre Mitbürger durch ein großes Inserat in der «New York Times» zu einer vernünftigen Atompolitik auf. Im Dezember veröffentlichten sie in derselben Zeitung und in «Christian Century» den folgenden Appell:

«Die Frage unserer Zeit an uns alle»

«Warum seid ihr so furchtsam? Habt ihr noch keinen Glauben?» (Mark. 4, 40.)

Wir haben gesagt: «Auf Gott vertrauen wir», aber wir haben unser Vertrauen auf H-Bomben und Raketen gesetzt. Jetzt sehen wir, daß Rußland auch H-Bomben und Raketen hat – und künstliche Erdsatelliten, die über den amerikanischen Himmel sausen.

Wir haben angenommen, daß Friede durch militärische Stärke und Überlegenheit zu schaffen sei . . . um unsern «Feind» abzuschrecken und unsern Unterhändlern den Rücken zu stärken. Die Russen sind von derselben Annahme ausgegangen. So geht das wahnsinnige Wettrüsten weiter. Furcht schwingt von Land zu Land hinüber und herüber. Das ist kein Klima zum Verhandeln.

Jeder weiß in seinem Innern und aus Erfahrung, daß Friede nicht durch Schrecken geschaffen wird und Sicherheit nicht durch Macht. Furcht baut keine Häuser, und Panik pflügt keine Felder.

Der Wettlauf nach militärischer Überlegenheit ist sinnlos. Er führt zu keinem andern Ende als zu gegenseitigem Auslöschen.

Laßt uns in diesem verhängnisvollen Wettlauf einhalten! Laßt uns an die Stärke der Freiheit und an die Kraft der Rechtlichkeit glauben! Dieser neue Weg würde sehr große Gefahren in sich bergen. Aber sie sind nicht so groß wie die des ständigen Balancierens auf des Messers Schneide der Drohungen. Sind wir uns der Fähigkeit des Menschen zum Bösen auch bewußt – wir müßten danach trachten, seine gottgegebene Fähigkeit zum Guten zu stärken.

Was könnten wir tun?

1. Wir könnten unsere Atombombenversuche einstellen; denn sie schaden jetzt uns und verderben später die Körper unserer Enkel. Wir verraten unsere Seelen, wenn wir unsern Verstand mißbrauchen, um Gottes Schöpfung zu zerstören.

2. Wir könnten mit der Abrüstung beginnen – durch erste Schritte, die wir tun können; denn es wird keinen wirklichen Frieden ohne Weltabrüstung geben und keine Weltabrüstung, wenn nicht eine Nation den Anfang macht. Es ist unrecht, sich darauf vorzubereiten, andere Menschen zu töten.

3. Wir könnten unsere Reichtümer weit mehr teilen. Wenn wir den Menschen helfen, sich selbst helfen zu können, geben

wir eine echte Antwort auf die Forderung des Kommunismus. Es ist unrecht, so viel selbst zu behalten, wenn zwei Drittel der Weltbewohner krank und hungrig sind.

4. Wir könnten die Probleme der Menschen ernster nehmen, als nur Bündnisse zu schließen: die Lösung der Algerienfrage ist wichtiger als die NATO, Flüchtlinge im Mittleren Osten anzusiedeln, ist wichtiger, als Waffen zu liefern; denn wir sind Menschen, und wir wissen, Menschen sollten in Frieden und Liebe miteinander leben.

5. Wir könnten die Vereinten Nationen stärken als eine umfassende Organisation, die für den Frieden verantwortlich ist; denn die Völker mit ihren Konflikten brauchen einen Ort der Begegnung, weil die Menschheit eine Einheit ist.

6. Wir könnten Wege suchen, um die Menschen zusammenzubringen über alle Eisernen und Bambus-Vorhänge hinweg; denn jeder würde gewinnen durch wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und religiöse Kontakte. Die schlimmsten Feinde der Verständigung sind Nichtwissen und Blindgläubigkeit.

Alles dies könnten wir tun.

Wollen wir es auch?

«Über des Himmels Gestalt könnt ihr urteilen; könnt ihr denn nicht auch über die Zeichen dieser Zeit urteilen?» (Math. 16, 3.)

* * *

Genügt der Appell an Regierungen und Politiker?

Selbst in der Schweiz, wo die Gefahr der Nuklearversuche in offiziellen Verlautbarungen verharmlost wird und die Forderung nach eigener atomarer Bewaffnung neuerdings immer dringender ertönt, erheben sich warnende Stimmen.

Professor Jaag, Direktor der Eidgenössischen Anstalt für Gewässerschutz (ETH), gibt auf unsere Frage eine eindeutige Antwort (siehe «Volksrecht», 5. Februar 1958):

«Mit Atombomben experimentieren heißt aber, sie für den Einsatz bereithalten, auch wenn man sich voll bewußt ist, was dieser Einsatz bedeuten würde. Darum treibt hier die Menschheit ein gefährliches Spiel. Weitherum hat man die Hoffnung auf die Politiker aufgegeben! Darum sind die Wissenschafter aufgestanden, um die Wahrheit laut zu verkünden. Aber auch das wird nicht genügen. Die Völker werden ihren Willen kundtun müssen, daß sie ohne Atombombe leben wollen. Eine solche Grundwelle auszulösen, ist sehr schwierig, aber es geht in diesen Dingen um wirkliche Schicksals- und Existenzfragen, die mutig und weise angepackt werden müssen.»

Verhandeln! Nein, rüsten! Wird die geglückte Aussendung eines eigenen Erdsatelliten in den Weltenraum die Amerikaner nun eher zu Friedensverhandlungen mit den Russen geneigt machen? Die Meinungen sind geteilt. Die einen glauben, daß «sich die bisherigen psychologischen Widerstände gegen ein Gipfeltreffen stark vermindert haben, weil man sich nun wenigstens psychologisch, wenn auch nicht militärisch, gestärkt fühlt». Die andern nehmen an, «die amerikanische Haltung in der Frage der Konferenz auf höchster Ebene werde sich nun versteifen» – so wie die Außenpolitik der Vereinigten Staaten schon bisher stets im gleichen Maße starrer und draufgängerischer geworden ist, indem sie sich irgendwie auf eine «Position der Stärke» stützen konnte. Jedenfalls setzen die Sowjetführer ihre Vorstöße zugunsten einer baldigen großen Konferenz der obersten Staatschefs mit unverminderter Zähigkeit fort, während man in Washington ebenso hartnäckig auf die Bremse tritt und auf einer ganz sorgfältigen diplomatischen Vorbereitung von allfälligen Spitzenverhandlungen besteht, denen dann erst noch eine Konferenz der Außenminister folgen müsse. Man kann das Hin und Her der Noten, die jetzt zwischen Ost und West ausgetauscht werden, kaum mehr recht verfolgen, so dicht ist der Briefwechsel geworden, an den sich natürlich auch noch endlose und nur verwirrende Kommentare berufener wie unberufener Beobachter knüpfen.

Gewiß ist nur, daß Mr. Dulles, der anscheinend wieder fest im Sattel sitzende und selbstherrlich schaltende Lenker der amerikanischen Außenpolitik, bei jeder Gelegenheit die «völlige Vertrauensunwürdigkeit und Verhandlungsunfähigkeit» der Russen predigt und daß die Sowjetführer darum von einer Außenministerkonferenz, an der Dulles auf westlicher Seite ja ein entscheidendes Wort zu sprechen hätte, ganz und gar nichts wissen wollen. Die Spuren von Genf (1955) schrecken! Seither wurde im amerikanischen Staatsdepartement, wie Professor Barraclough in der Neuyorker «Nation» (25. Januar) schreibt, «jede Gelegenheit zu einer Entspannung nicht nur ‚fahren gelassen' (wie man oft sagt), sondern fast planmäßig abgelehnt». «Als im März 1955 Harold Stassen zum Sonderbeauftragten für Abrüstung, mit Kabinettsrang und unmittelbarem Zutritt zum Präsidenten, ernannt wurde, sah es so aus, als hätte Präsident Eisenhower endlich einen entscheidenden Anlauf genommen, um den toten Punkt zu überwinden. Jedermann weiß, wie Mr. Dulles Schritt für Schritt Harold Stassens Stellung unterwühlte, bis Stassen schließlich dem Staatsdepartement unterstellt wurde. Ein Ergebnis dieser Manöver war der jähe

Zusammenbruch der verheißungsvollen Abrüstungsverhandlungen von 1957.»*

Auch sonst griff Dulles (so stellt der Verfasser fest) immer wieder ein, um eine Verständigung mit der Sowjetunion zu hintertreiben. «Der bemerkenswerteste Fall war sein Eingreifen im Mai letzten Jahres, nachdem Präsident Eisenhower die Hoffnungen der Welt neu belebt hatte, indem er den russischen Plan für eine neutrale Zone in Europa begrüßte. Die sowjetischen Vorschläge, so verkündete der Präsident, würden ‚sehr sympathisch' aufgenommen und ‚sehr ernstlich' geprüft werden. Innert weniger als einer Woche hatte Dulles dem ganzen Plan eine kalte Dusche gegeben ... Es war offensichtlich: Eisenhower hatte aus dem Stegreif gesprochen; wir standen wieder auf dem gleichen Fleck wie vorher.»

Und wie der Meister in Washington, so arbeiten die Schüler in London, Paris, Bonn und so weiter. Dulles hat vielleicht den Vorzug, daß er in diesem Punkt – seiner unbedingten Ablehnung aller ernstgemeinten Verhandlungen mit der Sowjetunion – ehrlich und konsequent ist, während die andern zuweilen so tun, als seien sie einem Friedensschluß mit Moskau gar nicht abgeneigt, während sie in Wahrheit nur Zeit gewinnen, die Völker über ihre wirklichen Absichten täuschen und ihnen «beweisen» wollen, daß alle «vernünftigen» Vorschläge der Westmächte von den Sowjets zurückgewiesen würden, die russischen Vorschläge aber hinterlistige Propaganda- und Zersetzungsmanöver seien. Schon während der Pariser NATO-Konferenz hatte es Roscoe Drummond, der in enger Fühlung mit der amerikanischen Abordnung stand, in der «New York Herald Tribune» (19. Dezember) offen ausgeplaudert: «Die europäischen Führer glauben, daß die Sowjets keinen annehmbaren Kompromiß anbieten werden, wollen aber ihrem eigenen Publikum zeigen, daß sie wenigstens einen Versuch machen. Sie wollen die Verhandlungen im Gang halten, bis die Vereinigten Staaten mit der Serienherstellung ihrer Mittelstreckenraketen und interkontinentalen Fernwaffen begonnen haben ... Die Gefahr ist, daß Verhandlungen von einer Position der Schwäche aus den Neutralismus begünstigen, statt ihn abzutöten, und daß ein Vorgang einseitiger Zugeständnisse einsetzt, der nur schwer mehr aufzuhalten sein wird.»

Kreuzzug oder Koexistenz! Nein, die wirkliche Gefahr ist, daß das unaufhörlich fortgesetzte Wettrüsten mit innerer Notwendigkeit eine kriegerische Entladung grauenhaftester Art zuletzt unausweichlich macht. Die Ausrede, daß Rüsten und Verhandeln ganz gut nebeneinander hergehen könnten, ja daß man einfach weiterrüsten müsse, solange der Friede nicht durch Verhandlungen gesichert sei, wird ja niemand mehr ernst nehmen. Man kann gar nicht aufrichtig und erfolgreich für die Ab-

* Stassen hat inzwischen vollends seinen Rücktritt nehmen müssen. (18. Febr.)

rüstung arbeiten, wenn man seine Hauptanstrengung der A u f rüstung widmet. Je höher die Rüstungen steigen, desto schwerer wird es, sie auf Grund von Verhandlungen wieder abzutragen. Und je sicherer sich eine Mächtegruppe im Besitz militärischer Überlegenheit über die andere fühlt, um so größer ist die Versuchung, sich dieser Überlegenheit im günstig scheinenden Augenblick auch zu bedienen. Gerade die Kernwaffen bergen derart ungeheuerliche Vernichtungskräfte in sich, daß es eine Mächtegruppe kaum auf einen Überraschungsangriff der andern Gruppe ankommen lassen wird, um erst nachher zum Gegenschlag auszuholen; wenn sie Grund zu haben glaubt, einen Angriff der Gegenseite gewärtigen zu müssen, so wird sie unter dem Druck ihrer militärischen Ratgeber schwerlich zögern, den ersten Schlag «in vorbeugender Absicht» s e l b s t zu führen, auch wenn sie damit einen Vergeltungsschlag herausfordert, wären doch dessen voraussichtliche Wirkungen viel weniger zu fürchten als die Wirkungen eines Erstangriffes der Gegenseite.

So wird denn eben in allen Lagern hemmungslos weitergerüstet. Was insbesondere die V e r e i n i g t e n S t a a t e n bisher an militärischen Anstrengungen geleistet haben, scheint nur der Anfang einer noch viel gewaltigeren Rüstungsaktion zu sein. Dr. Ellis Johnson, der uns als «maßgebender Verfasser eines Geheimberichtes der Armee» über die Landesverteidigung vorgestellt wird, erklärte letzthin, wenn die Vereinigten Staaten weiter bestehen wollten, so müßten sie auf unbestimmte Zeit hinaus zusätzliche 15 Milliarden Dollar pro Jahr für ihre Verteidigung aufwenden. «Beruhigend», meinte er immerhin, der genannte Bericht schlage keineswegs einen Präventivkrieg gegen die Sowjetunion vor; er fordere lediglich «politische, wirtschaftliche und, wenn nötig, m i l i t ä r i s c h e M a ß n a h m e n » z u r B e f r e i u n g d e r k o m m u n i s t i s c h e n S a t e l l i t e n s t a a t e n. Merkwürdige Beruhigung das; wirklich!

Behalten wir bei dieser ganzen Rüstungspropaganda auch stets das gewaltige materielle Interesse im Auge, das ein wichtiger Teil der kapitalistisch organisierten I n d u s t r i e an der Fortsetzung des Kalten Krieges hat! In den Vereinigten Staaten vor allem übt die Rüstungsindustrie einen wachsenden und verhängnisvollen Einfluß auf die «Verteidigungspolitik» aus, nicht zum wenigsten die Ferngeschoß-Industrie, die aus der rasch in den Hintergrund gedrängten Flugzeugindustrie hervorgegangen ist. Nahmen im Finanzjahr 1951/52 die Ausgaben für Ferngeschosse kaum einen Prozent der Gesamtausgaben der Luftwaffe in Anspruch, so werden es bis 1959 mindestens 35 Prozent sein. Und während die Ausgaben für Ferngeschosse im Jahre 1956/57 erst 1,7 Milliarden Dollar betrugen, sollen sie im laufenden Budgetjahr bereits 5,3 Milliarden ausmachen. Kein Wunder, daß sich innert weniger Jahre eine mächtige Ferngeschoßindustrie entwickelt hat, die im wesentlichen von dreizehn Großunternehmungen beherrscht wird. Sie

beschäftigt heute etwa 900 000 Arbeitskräfte (gegen 238 000 vor zehn Jahren) und wirft riesige Gewinne ab. Zwölf der dreizehn führenden Gesellschaften gaben im Jahre 1956 einen Reingewinn von 156 Millionen Dollar an; eine von ihnen, die North American Company, bezahlte ihrem Verwaltungsratspräsidenten schon im Jahre 1955 ein Gehalt von 201 000 Dollar und ihrem Generaldirektor ein solches von 147 000 Dollar. Nimmt man dazu, daß an der Flugzeug- und Ferngeschoßindustrie noch ein ganzer Knäuel von Hilfsindustrien hängt, so wird man eine Ahnung von der politischen Macht bekommen, die diese Interessengruppen in den Vereinigten Staaten ausüben. «Mit ihren unersättlichen Bedürfnissen und ihrer schrillen Propaganda trägt die Industrie in bemerkenswerter Weise zur Schaffung eines abrüstungsfeindlichen Klimas bei», stellt Al Toffler in «The Nation» (30. November 1957) fest. «Unter dem Regime Dulles haben wir absichtlich verschiedene Gelegenheiten zu einer mindestens teilweisen Abrüstung verstreichen lassen. Die Abrüstung braucht nicht vom guten Glauben Moskaus abzuhängen. Bei richtiger Verhandlungsführung kann sie ebenso von Moskau wie von unserem eigenen Selbstinteresse abhängig gemacht werden. Aber in Washington herrscht eben ein Klima, das die Versäumung der begrenzten Möglichkeiten fast unvermeidlich gemacht hat», ein Klima, das, wie der Verfasser zeigt, durch eine ungeheure Propaganda und durch ein geradezu raffiniertes System von Druckmethoden gegenüber Regierung und Parlament erzeugt wurde und weiterhin wird.

Einiges von diesen Einflüssen der Aufrüstungsinteressenten erleben wir ja auch in unserer mehr oder weniger neutralen Schweiz. Man hat namentlich in Verbindung mit dem Ankauf von Militärflugzeugen allerhand wenig erbauliche Dinge auf diesem Gebiet erfahren, zuletzt anläßlich der Debatten über die Anschaffung der hundert Stück britischer Hunter-Flugzeuge und den bundesrätlichen Antrag, nun auch noch hundert Flugzeuge schweizerischer Fabrikation – die vielumstrittenen P-16-Maschinen – zu bestellen. Die Kosten dieser zweihundert Maschinen sind enorm: 719 Millionen Franken, fügen sich aber durchaus stilgerecht in den ganzen helvetischen Rüstungsbetrieb ein, belaufen sich doch die außerordentlichen Militärausgaben des Bundes (eingeschlossen die Aufwendungen für die beiden Flugzeugbestellungen) seit Dezember 1956 auf nicht weniger als 1680 Millionen, wozu also immer auch noch die ordentlichen Rüstungsausgaben kommen, die ja im letzten Jahr rund 900 Millionen Franken betragen haben. Wenn dann noch das neue, im Studium begriffene Militärprogramm und gar die Bewaffnung auch der Schweizer Armee mit Atomwaffen durchgeführt werden soll, dann kann es einem ob soviel Verblendung und Verschwendung wahrlich angst und bange werden!

Denn so kann das ja nicht weitergehen. «Man kann nicht», so bemerkt Jean-Maurice Hermann in den «Cahiers Internationaux» (Pa-

ris, Januarheft), «unbegrenzt lange immer mehr Milliarden verschleudern, um immer mehr und immer furchtbarere Waffen herzustellen; man kann nicht annehmen, daß generationenlang Truppen an Stützpunkten stationiert bleiben können, die Tausende von Kilometern von ihrer Heimat entfernt sind. Es gibt eben nur drei Möglichkeiten, diesem Zustand ein Ende zu machen: Suchen nach einer Verständigung (wie es die Sowjetunion vorschlägt), Kapitulation eines der beiden Lager (was der Westen seit zehn Jahren nicht fertiggebracht hat und auch künftig nicht fertigzubringen Aussicht hat) oder Krieg ... Kreuzzug oder Koexistenz – so steht die Frage.»

Widerstände und Pläne In den Völkern – wenn schon nicht bei den Regierenden – greift die Erkenntnis weiterhin um sich, daß dies wirklich die Wahl ist, die wir zu treffen haben. In den kapitalistischen Kreisen selbst, soweit sie nicht am Kalten Krieg interessiert sind, besteht weitherum Neigung zu einer Gesamtverständigung mit den kommunistischen Ländern, auch in den Vereinigten Staaten und noch mehr in Westeuropa, wo die Rüstungslasten zunehmend als unerträgliche Last und als Hemmnis für das Gedeihen der Wirtschaft empfunden werden, und wo man fürchtet, das erste Opfer eines Krieges zu werden, einerlei unter welchen Umständen er ausbrechen würde. Die Auflehnung gegen die amerikanische Vorherrschaft, die sich schon an der Pariser Konferenz kundgab, geht seither ungeschwächt, wenn auch weniger dramatisch, weiter (man kann auch die jüngste Revolution in Venezuela, die zum Sturz des amerikahörigen Diktators Jiménez führte, dazu rechnen) und äußert sich namentlich in Großbritannien sehr deutlich in Form einer überparteilichen Bewegung gegen die Herstellung und Erprobung von Kernwaffen und gegen die Unterhaltung amerikanischer Bomber- und Raketenstützpunkte. Das Leidige ist hier nur, daß die Labourpartei weder eine ihrer Aufgabe gewachsene Führung noch überhaupt eine klare, folgerichtig vertretene Außen- und Militärpolitik hat. Ähnliches gilt für Westdeutschland, wo im Bundestag endlich, wenn auch nur von Einzelgängern, wie Dehler und Heinemann, Adenauers Machtpolitik scharf angegriffen wurde und die Sozialdemokratische Partei ebenfalls stärkere Töne gegen Adenauer redet, ja sogar eine «Volksbewegung gegen den Atomtod» eingeleitet hat, aber durch ihren sturen Antikommunismus und ihr immer wiederholtes Treuebekenntnis zum «freien Westen» in der Entwicklung einer hellsichtigen positiven Außenpolitik aufs schwerste behindert ist. Von der schweizerischen Sozialdemokratie wollen wir lieber schweigen, so erfreulich auch das aus ihr hervorgegangene Referendum gegen das Aufgebot des Landsturms und der Ortswehren zu sinnlosen Ausbildungskursen ist – sofern es nicht einfach als «Ersatzhandlung» für etwas Besseres zu werten ist.

Dennoch erhebt sich über alle Parteigrenzen hinaus immer stärker die Forderung, endlich doch einmal ganz bestimmte, wenn auch nur Teilgebiete erfassende Lösungen von Fragen zu suchen, die zwischen West und Ost stehen. Dahin gehört das kürzlich abgeschlossene amerikanisch-sowjetische Kulturabkommen, dessen Bedeutung nicht überschätzt werden soll, das aber, wie der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» wohl mit Recht bemerkt, «vor einigen Jahren wegen der allgemeinen Atmosphäre (in den USA) noch undenkbar gewesen» wäre. Und dahin gehört namentlich auch der zuerst von dem polnischen Außenminister Rapacki vor den Vereinten Nationen gemachte Vorschlag, in Mitteleuropa eine neutralisierte, atomwaffenfreie Zone zu errichten, die beide Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei umfassen solle. Der rechtsstehende Labourabgeordnete Healey, der auch Ungarn und womöglich andere Länder – zum Beispiel Dänemark auf der westlichen und Rumänien auf der östlichen Seite – diesem neutralen Gürtel angeschlossen wissen will, erwartet von der Verwirklichung eines solchen Planes mit gutem Grund die Verminderung von Reibungsmöglichkeiten, die zu einem «großen» Atomkrieg führen könnten. Das Problem ist freilich, wie eine Verletzung der neutralen Zone von der einen oder andern Seite her geahndet werden könnte. Healey schlägt für diesen Fall den Einsatz taktischer Atomwaffen vor, mit dem man um einen totalen Atomkrieg herumkommen könne, glaubt aber, die in Frage stehenden Mächte würden je länger, je weniger Neigung haben, in den neutralen Gürtel einzudringen. «Ihre Sorgen», so schreibt er in einer kürzlich veröffentlichten Broschüre, «werden mehr und mehr den Gefahren der Langstreckenraketen gelten; es wird ihnen immer weniger wichtiger sein, wer dieses oder jenes europäische Land besetzt hält. Die wirkliche Schlacht wird sich in ihren nationalen Laboratorien abspielen und nicht in den Ländern, die die beiden Lager trennen.»

So vernünftig freilich der Gürtelplan erscheint, so wenig wollen die maßgebenden Regierungen etwas davon wissen. Bonn voran, haben die Westalliierten – mit Ausnahme Kanadas – den Plan sofort scharf abgelehnt, während er bei den Neutralen, eingeschlossen Jugoslawien und Indien, günstige Aufnahme fand.

Arabische Einheit! Auch für den Orient liegt seit kurzem ein freilich nur undeutlich umrissener Neutralisierungsplan vor. Die Sowjetunion hat gegen Ende Januar eine atomfreie «Friedenszone» im Nahen und Mittleren Osten vorgeschlagen, die bewaffnete Konflikte in diesem ganzen Raum ausschalten und eine aufbauende Zusammenarbeit aller an der Zukunft Vorderasiens interessierten Staaten ermöglichen solle. Es versteht sich von selbst, daß die Westmächte auch auf diesen Vorschlag nicht eintreten wollten. Staatssekretär Dulles reiste vielmehr höchstpersönlich nach Ankara, um an

einer Ministerkonferenz der Bagdadpaktmächte teilzunehmen, obwohl die Vereinigten Staaten offiziell gar nicht Mitglied der Paktorganisation sind. Er tat dort sein Bestes, um die mittelöstliche «Abwehrfront gegen die kommunistische Gefahr» zu festigen, und brachte auch eine feierliche Schlußerklärung der Vertreter der fünf Mitgliedstaaten (Großbritannien, Türkei, Persien, Irak, Pakistan) durch, in der unter anderem eine Zusammenarbeit mit der NATO und ein militärisches Einheitskommando der Paktorganisation in Aussicht genommen wurde, die «zu den größten Hoffnungen berechtige».

In Wahrheit steht sie heute mehr denn je bloß auf dem geduldigen Papier. Nicht umsonst flog Dulles, bevor er nach Ankara ging, schnell nach Teheran, um die Iranier zu beschwichtigen, die mit der amerikanischen Finanzhilfe – ganze 20 Millionen Dollar im laufenden Budgetjahr – höchst unzufrieden sind und dagegen die viel kräftigere sowjetische Wirtschaftshilfe an Syrien recht ungeniert ausspielen. Auch in Pakistan verlangt man eine wesentliche Erhöhung der Dollarsubvention, ohne daß Dulles imstande gewesen wäre, befriedigende Zusicherungen dafür zu geben. Der türkische Ministerpräsident Menderes anderseits mußte einen dringlichen Besuch in Bagdad machen, wo man sich weigert, dem türkischen Beispiel folgend Abschußrampen für amerikanische Raketen erstellen zu lassen, und überhaupt immer mehr Neigung hat, vom Bagdadpakt abzuspringen. Dies um so mehr, als noch während der Ankara-Tagung die Gründung der «Vereinigten Arabischen Republik» Ägypten-Syrien erfolgte – der Anfang einer Verwirklichung des Traumes von dem großen neuen Araberreich, das sich von Marokko bis zum Persischen Golf erstrecken soll. Was reell hinter dem jungen Einheitsstaat an Kräften und Mitteln steht, mag zweifelhafter Art sein. Sicher übt aber die Neugründung eine starke Anziehung auf die ihr noch nicht angeschlossenen arabischen Länder aus. Jemen hat bereits seinen Beitritt erklärt; der irakische Ministerpräsident Marjan hat die syrisch-ägyptische Union mit einer Kundgebung begrüßt, die von Freundschaftsversicherungen nur so trieft; und daß der Libanon wie auch König Husseins Jordanien der Macht des allarabischen Gedankens gegenüber noch lange ihr Vasallentum gegenüber dem Westbund werden aufrechterhalten können, erscheint mehr als fraglich. Wenn einmal Irak, das dreißig Jahre lang die treueste Stütze des westlichen Imperialismus im Mittelosten war, dem arabischen Bundesstaat beigetreten sein wird, dann wird es auch für Jordanien, den Libanon und Saudiarabien keine Hemmungen mehr geben.* Bald wird der neue Staat seinen politisch-geistigen Einfluß auch nach dem Westen hin ausstrahlen. Bereits kommen aus Amerika Warnungen von der «Gefahr», in der das Ägypten benachbarte Libyen stehe. Und daß der Freiheitskampf der Algerier von Kairo aus

* Vorderhand haben sich nun freilich auch Irak und Jordanien zu einer wenn auch sehr lockeren Union zusammengeschlossen. (18. Febr.)

ebenso planmäßig wie wirkungsvoll unterstützt wird, ist ja auch kein Geheimnis. Sein Neuaufflackern straft die prahlerischen Behauptungen der Franzosen von einer nahe bevorstehenden «Befriedung» Algeriens wieder einmal deutlich Lügen, muß sich doch auch die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 256) aus Paris berichten lassen: «Von der Ruhe, die Mitte Dezember geherrscht und viele Franzosen schon mit der voreiligen Hoffnung auf die ‚letzte Viertelstunde' erfüllt hatte, ist nichts mehr zu spüren.»*

Kurz, es wird wohl stimmen, was der Pariser «Observateur» feststellen zu sollen glaubt: «Die Ausrufung der syrisch-ägyptischen Union während der Konferenz von Ankara bedeutet den Mißerfolg nicht allein der sogenannten Eisenhower-Doktrin, sondern der ganzen amerikanischen Politik im Mittelosten seit fünf Jahren.» Ob daraus in Washington die entsprechende Lehre gezogen und eine Verständigung mit der Sowjetunion über Vorderasien ernsthaft ins Auge gefaßt wird, steht dahin. Es wäre das jedenfalls der Weg, eine wirkliche Friedens- und Aufbauzone in jenem unruhigen, verwahrlosten Erdteil zu schaffen und damit auch die Gefahr abzuwenden, die dem hart bedrängten Israel von einem arabischen Einheitsreich droht. Welche Kräfte würden doch im Orient frei, wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nach gemeinsamem Plan die Modernisierung Vorderasiens in Angriff nähmen und wenn unter ihrem Druck endlich der arabische Nationalismus mit Israel Frieden schlösse und sich die sozialpolitischen Leistungen des zionistischen Staatswesens zum Vorbild nähme!

Muß der Kommunismus helfen! Die Wahrscheinlichkeit ist freilich groß, daß es nicht rechtzeitig zu der notwendigen friedlichen Generalbereinigung zwischen Amerika und Rußland kommt und stattdessen die Vereinigten Staaten mit ihrem Versuch fortfahren, den Orient militärisch gegen die Sowjetunion zu organisieren und ihm wirtschaftlich einfach nach kapitalistischer Manier zu helfen. Die Folge wird sein, daß sich die Völker dieses Raumes immer stärker an die Sowjetunion anlehnen – anlehnen müssen. Schon jetzt läßt die Sowjetunion – noch abgesehen

* Seit dies geschrieben wurde, haben die Franzosen das unentschuldbare Verbrechen von Sakiet begangen, das nicht allein die Kriegführung in Algerien bedeutend verschärft hat (in der Woche vor dem 17. Februar allein sind nach französischer Meldung 1040 Algerier getötet worden), sondern auch das tunesische Volk schwer gegen Frankreich und die andern Westmächte aufbringt. Wie der französisch-tunesische Konflikt, der vor die Vereinten Nationen gebracht worden ist, diplomatisch beigelegt werden wird, bleibt abzuwarten; sicher ist schon jetzt, daß Frankreichs Ansehen als zivilisierte Macht mehr und mehr leidet, ist doch die «Vergeltungsaktion» von Sakiet, bei der französische Flugzeuge in diesem tunesischen Grenzdorf ausgerechnet zur Marktzeit 79 Zivilpersonen getötet und 130 verwundet haben, nichts anderes als kaltblütiger Massenmord im besten nazideutschen Stil. (18. Febr.)

von China – zehn unterentwickelten Ländern wirtschaftliche Hilfe zukommen: Ägypten, Jemen, Syrien, Afghanistan, Ceylon, Indien, Nepal, Indonesien, Kambodscha und dazu Jugoslawien. Sie hat diesen Ländern in den letzten zweieinhalb Jahren (nach einer Aufstellung des amerikanischen Staatsdepartements) anderthalb Milliarden Dollar an Unterstützungsleistungen zugesprochen, gegen bloß 900 Millionen Dollar amerikanischer Wirtschaftshilfe an die gleichen Länder; in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres arbeiteten mehr als 2000 Techniker aus Ländern des Ostblocks in 19 unterentwickelten Ländern, meistens in Ägypten, Syrien, Afghanistan und Indien. Wird sich die sowjetisch-kommunistische Arbeit in den hilfsbedürftigen Staaten noch weiter und großzügiger entwickeln?

Daß die Sowjetunion die Kraft dazu aufbrächte, darf ruhig angenommen werden; seit den russischen Raketenerfolgen hat man ja auch und gerade in Amerika einen heiligen Respekt vor der wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion bekommen und ist geneigt, diesen Respekt auch auf das wirtschaftliche Gebiet auszudehnen. Es tönt jedenfalls nur zu glaubwürdig, wenn jetzt Moskau berichtet, daß die sowjetische Industrie den Wirtschaftsplan für 1957 mehr als verwirklicht habe. Der Gesamtumfang der industriellen Produktion sei um 10 Prozent höher als im Jahr vorher, während nur eine Steigerung von 7,1 Prozent geplant gewesen sei. Die Produktion der Schwerindustrie habe um 11 Prozent und diejenige der Verbrauchsgüter um 8 Prozent zugenommen. Und nun kommt dazu noch die große Umstellung der Landwirtschaft, die Chruschtschew kürzlich angekündigt hat: die Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) und der Verkauf ihres gesamten Materials an die Kolchosen. Die MTS waren bisher ein Mittel, um die landwirtschaftlichen Kollektivgüter in Abhängigkeit vom Staat zu halten und seiner Wirtschaftspolitik einzugliedern. Jetzt, so heißt es, sei das nicht mehr nötig; die 70 000 Kolchosen wüßten die Vorteile der Mechanisierung selbst zu würdigen und würden billiger und eifriger arbeiten, als wenn sie auf die MTS angewiesen seien. Ja, in dem Maße, da der freie Absatz der Kolchosenerzeugnisse mit seinen höheren Preisen (gegenüber den staatlichen Abnahmepreisen) unnötig werde und verschwinde, würden die Kolchosenbauern von selbst geneigt sein, ihre Wirtschaft in die Form der eigentlichen Staatsgüter (Sowchosen) umzuwandeln, die heute erst 10 Prozent der Landwirte mit 10 Prozent des Viehbestandes und 20 Prozent des anbaufähigen Bodens umfassen.

Wie sich die beabsichtigte Landwirtschaftsreform auswirken wird, die zu der bereits mehr oder weniger vollzogenen Dezentralisation der Industrie hinzukommt, bleibt abzuwarten. Daß indessen die sowjetische Gesamtwirtschaft – sofern der Frieden erhalten bleibt – ihre Leistungskraft von Jahr zu Jahr erhöhen wird, dafür sprechen alle Anzeichen. Und damit wächst auch die Möglichkeit, unterentwickelten

Ländern wirksame Hilfe zu leisten. Wir denken dabei nicht zuletzt an Indien. Mit seinen Naturschätzen ist Indien ein sehr reiches Land; seine Bevölkerung – rund 380 Millionen zählend – ist aber eine der ärmsten und elendsten der Erde. Auf jeden Kopf entfällt in Indien ein Monatseinkommen von ganzen 21 Schweizer Franken (1956); bei etlichen 50 Millionen Indern erreicht das Durchschnittseinkommen nicht einmal 8 Franken im Monat. Von fünf Landbewohnern besitzt nur einer ein Stück Boden; die übrigen sind besitzloses Proletariat. Die Landwirtschaft steht auf niedrigem Niveau; die indische Kuh gibt nur etwa den vierzehnten Teil der Milch einer Schweizer Kuh. 14 Millionen Arbeitskräfte sind das ganze Jahr durch verdienstlos oder unterbeschäftigt. Etwa 83 Prozent der Bevölkerung von zehn Jahren aufwärts können weder lesen noch schreiben. Von der Landbevölkerung können sich 40 Prozent nur eine Mahlzeit im Tag leisten; die große Masse der Inder ist nach Menge und Güte der Nahrung schwer unterernährt. Jede Minute stirbt in Indien ein Mensch an Schwindsucht. Die durchschnittliche Lebensdauer ist 32 Jahre (in der Schweiz etwa 65 Jahre). Und so weiter.

Nun vergleiche man damit die Lebensverhältnisse in China. Vor zehn Jahren noch waren sie ungefähr die gleichen wie in Indien. Heute sind sie fast auf allen Gebieten unvergleichlich besser, auf dem Land wie in den Städten und Industriebezirken, bei Kindern wie bei Erwachsenen, bei den Männern wie bei den Frauen. (Ich habe darüber seinerzeit aus eigener Anschauung in den «Neuen Wegen» ausführlich berichtet und brauche nicht darauf zurückzukommen.) Und China schreitet wirtschaftlich wie sozial mit jedem Jahr weiter vorwärts – unter kommunistischem Regime. Die «freie Welt» hat ihm nicht geholfen; sie hat das chinesische Volk ausgebeutet, hat es seinen eigenen Ausbeutern und Oberherren überlassen und sogar mit Krieg überzogen, um die wankende Herrschaft einer korrupten Feudal- und Kapitalistenklasse wieder zu befestigen. So mußte China eben durch die Kommunisten von seinen «nationalen» und auswärtigen Bedrückern befreit werden.

Ist es ein Wunder, daß man in Indien mit etwelchem Neid auf das nachbarliche «Rotchina» schaut? Eine jüngst von der indischen Regierung veröffentlichte Studie stellt fest, daß in China während der Periode 1951 bis 1956 verhältnismäßig doppelt so viel Kapital in der Wirtschaft angelegt wurde wie in Indien. Die Stahlerzeugung war in China fünfmal so groß wie in Indien, diejenige von Textilwaren viermal so groß. In China bleibt der Geldwert ziemlich beständig; in Indien wird die Inflation immer schärfer. Gewiß hat Indien eine sogenannte demokratische Verfassung (obwohl bei einem unwissenden, in tausend Abhängigkeiten lebenden Volk das Funktionieren der Demokratie eine mehr als fragwürdige Sache ist); aber wie Finanzminister Krishnamachari bei einem Empfang durch die amerikanische Ge-

sellschaft für Außenpolitik sagte: «Freiheit bedeutet nur wenig für Millionen Menschen in meinem Heimatland, die kaum einen Dollar in der Woche ausgeben können und ständig mit Hunger, Krankheit, Unwissenheit und Schlimmerem zu kämpfen haben.» (Bericht der «New York Times» vom 8. Oktober 1957.)

Angenommen, der chinesische Weg heraus aus dem Elend und zu einem menschlicheren Leben erweise sich weiterhin als gut und der «demokratische» indische Weg als unbefriedigend – was dann? Wenn die indische Freiheit einfach die Freiheit zu verhungern ist, die Freiheit, nackt zu gehen und weder lesen noch schreiben zu können – hätten wir ein Recht, das indische Volk zu schelten und über kommunistische Tyrannei zu zetern, wenn es das chinesische Beispiel nachmachte? Die «freien» Nationen werden ja Indien nicht wirksam helfen – und doch b r a u c h t es Hilfe, und zwar dringend. Das stellt auch Dr. James Endicott fest, der kanadische Missionar, der China so gut kennt und auch Indien wiederholt besucht hat. «In welchem Dilemma sich die USA in dieser Frage befinden», so schreibt er in einem Aufsatz des kleinen Sammelbandes «Die Wende in der Geschichte der Menschheit» (herausgegeben von der Christlich-Demokratischen Union Ostdeutschlands), «zeigt eine Äußerung des indischen Bischofs Manikam, die er im August 1957 in Minneapolis machte: Indien werde in fünf Jahren kommunistisch sein, wenn Amerika ihm nicht zu Hilfe komme. Aber Amerika k a n n nicht zu Hilfe kommen, weil es Indien nicht zur Unterstützung der Militärpakt-Strategie der USA bewegen kann! Und selbst bei angemessener Hilfe würde der Preis einer langsamen evolutionären Entwicklung erschreckend sein. Eine vorsichtige Schätzung läuft daraus hinaus, daß in den nächsten zehn Jahren in Indien hundert Millionen Menschen unnötig sterben werden, weil die notwendigen sozialen Veränderungen zu langsam vor sich gehen. Diese Veränderungen könnten aber mit revolutionärer Kraft schneller vonstatten gehen! Es wäre interessant, hierüber die Anmerkungen der antikommunistischen Moralisten zu hören, die so eifrig dabei sind, über den ‚Preis' der Veränderungen in China zu jammern. In der Stadt Madras gibt es annähernd 200 000 Arme, die auf den Straßen leben müssen. Noch nie haben sie ein eigenes Zimmer gekannt. In jenem Stadtteil beträgt die durchschnittliche Lebensdauer nicht mehr als 20 Jahre. Wie soll man entweder im Namen des Christentums oder im Zeichen der ‚Überlegenheit der evolutionären Methode' diesen Menschen die ‚Notwendigkeit' erklären, daß dieser Zustand noch nicht verändert werden kann?»

*

Die Tatsache ist einfach nicht zu beschönigen, daß die «freie Welt» des Westens mitsamt ihrem satten Christentum gegenüber der entsetzlichen Not der zurückgebliebenen Völker bisher schrecklich versagt hat. Versagt sie weiter und lädt damit immer schwerere Schuld auf sich,

Alles verloren — alles gewonnen!

O ihr Toren und zu trägen Herzens, um dem zu trauen, was die Propheten gesagt haben! Mußte nicht Christus solches leiden, um zu seiner Herrlichkeit einzugehen?

Evangelium des Lukas 24, 25–26.

Wie sollen wir dieses Jahr Ostern feiern, Auferstehung, Sieg, neues Leben, wenn wir auf den Zustand der heutigen Welt blicken? Wo ist da Auferstehung? Hat sich nicht der Grabstein schwer auf alles gelegt, was wir glaubten und hofften? Ist nicht die Abrüstung beerdigt, der Völkerbundsglaube, der Friede selbst? Ist nicht die Freiheit in Kerkerwände gedrängt und mit Ketten gebunden? Ist nicht die Arbeiterbewegung in weiten Gebieten niedergeschlagen? Alles hoffnungslos? Wo ist das neue Leben? Sind nicht die alten Mächte, die endgültig geschlagen und abgetan schienen, wieder da, mächtiger und trotziger als zuvor? Stehen nicht wieder die Völker zu Heeren geworden da, stärker und furchtbarer gewaffnet als zuvor? Treten nicht Formen der Gewalt auf den Plan, welche wir längst der Geschichte anheimgefallen glaubten, oder welche die Vergangenheit sogar nicht kannte? Steht nicht im Zeitalter jeder Art von Verbundenheit der ganzen Menschheit die Eigensucht der Völker wieder da bis zu einer Selbstvergottung, die wir sonst fast nur aus dem Mythus kannten? Kommen nicht so, wie in der Geschichte von der Kreuzigung Jesu berichtet wird, auch heute in dem Augenblick, wo Christus stirbt, alle Toten aus ihren Gräbern hervor: tote Theorien, religiöse und profane, tote Einrichtungen, tote Gestalten? Ja, kehren nicht sogar die heidnischen Götter wieder, ohne Maskierung, oder, was viel schlimmer ist, mit einer solchen, vielleicht gar noch besonders christlich aussehenden? Sieg? Wer hat gesiegt? Haben nicht alle ungöttlichen, widergöttlichen Mächte gesiegt? Feiert nicht das Böse, besonders als Lüge und Gewalt, einen unerhörten Triumph nach dem andern, während das Gute ohnmächtig, ach, so ohnmächtig erscheint, und zwar nicht nur äußerlich, sondern vor allem auch innerlich ohnmächtig, so matt, so lau, so feig, so haltlos, so untreu? Wird nicht Jesus wieder gekreuzigt, auf alle Weise, nicht zuletzt von der Kirche, die sich auf ihn gründen will? Ist nicht die Sache Christi, neunzehnhundert Jahre nach dem Tag von Golgatha, in dem Augenblick, wo ihr große neue Siege winkten, wo sich ihr leuchtende neue Wege in die Weite öffneten, plötzlich durch die aus der Erde aufsteigenden Gegenmächte in die Enge gedrängt, wie seit ihren ersten Tagen, wo sie äußerlich klein und schwach den Weltmächten entgegentrat, noch niemals? Im Angesicht von alledem, wie sollen wir da Ostern feiern?

Ich antworte: Erst recht! Gerade für eine solche Lage ist Ostern da.

Denn bedenken wir doch wieder recht, wie es war, als man damals Jesus an das Kreuz schlug und dann in das Grab legte, auf das der Fels gewälzt wurde. Man kann es sich gerade heute nicht genug sagen:

Eine gründlichere Niederlage hat das Gute nie erlebt, völliger haben die Mächte des Bösen nie triumphiert als damals, rettungsloser schien die Sache Gottes nie verloren, endgültiger schien der Widersacher nie die Schlacht gewonnen zu haben. Es war alles aus. Jesus war besiegt, verurteilt, geächtet, vernichtet. Der Traum des Reiches Gottes war verflogen. Kirche und Staat, Theologie und Frömmigkeit, Pilatus und Herodes behielten das Feld, Jesus aber lag im Grab und der Felsstein davor. Alles war verloren.

Und doch, bedenken wir weiter: Könnten wir, menschlich gesprochen, wünschen, es wäre a n d e r s gegangen? Ich meine: Stellen wir uns vor, Jesus hätte, was man so sagt, Erfolg gehabt, es wäre ihm gelungen, da und dort etwas von seinem Wollen durchzusetzen, einen Teil des Volkes für sich zu gewinnen, sich eine Macht zu schaffen, mit der man hätte rechnen müssen, kurz: sich zu behaupten und statt des Kreuzes einen, wenn auch umstrittenen, Ehrenstuhl zu erlangen. Wie? Könnten wir dann Ostern feiern? Könnten wir dann vom Siege über Welt und Tod reden? Wäre Jesus uns dann, was er uns heute ist: der Sieg über j e d e s Übel, j e d e Not, j e d e Angst, j e d e Finsternis, j e d e n Tod? Dann wäre e i n Sieg errungen worden, aber nicht d e r Sieg; dann wäre ein T e i l-Sieg erkämpft worden, aber nicht der g a n z e Sieg. Es wäre ein halb göttlicher, halb menschlicher Sieg gewesen, aber kein voller Sieg Gottes. Nein, wir begreifen es: Es mußten alle Welt- und Höllenmächte sich gegen ihn, die Vollerscheinung des Guten Gottes, zusammentun, und auch diejenigen Mächte, die immer wieder fälschlich die Sache Gottes zu vertreten scheinen. Es mußten die Schwäche der Jünger, die Torheit des Volkes, die Verblendung der Frömmigkeit, das Interesse der Kirche und die Staatsräson, die völkische Leidenschaft und das übernationale Machtsystem, anders gesagt: der Nationalismus und der Imperialismus gegen ihn zusammenstehen, damit durch ihn alle g e r i c h t e t würden, Staat und Kirche, ein schwaches Jüngertum und ein verblendetes Gegnertum, Sadduzäer, Pharisäer und Volk, Nationalismus und Imperialismus, auf daß nur Gott allein gelte, der Gott, der am Kreuze, am e c h t e n Kreuze, uns die Tiefe seines Wesens und Willens erschließt und von ihm seine rettende Kraft ausströmen läßt, zur Heilung oder Überwindung von Kirche und Staat, Welt und Volk, Jüngerschaft und Gegnerschaft. Es mußten, aus noch größeren Tiefen her, Welt, Schicksal, Sünde und Tod sich gegen ihn zusammentürmen, über ihm zusammenschlagen, bis zur Gottverlassenheit hin, damit durch ihn Welt, Schicksal, Sünde, Tod – alle Erden- und Höllenmächte überwunden, ewiger Sieg und ewiges Leben geschafft würden. Es mußten Welt und Hölle in allen Gestalten triumphieren und die Vertretung des Guten und der Sache Gottes in allen Formen versagen, damit G o t t e s Macht und Sieg über alles in einer ganzen und völligen Erlösung hervorbrechen konnten. Es konnte nur durch das K r e u z gesiegt werden. Christus mußte ganz besiegt werden, um ganz zu siegen. Christus mußte solches leiden,

um zu seiner Herrlichkeit einzugehen. Christus mußte die Nacht in Gethsemane und die drei Stunden der Gottverlassenheit auf Golgatha durchmachen, um der Herr der Geschichte zu werden. Der Kampf mußte so furchtbar werden, damit Ostern werde. Es mußte alles verloren sein, damit alles gewonnen werde.

Und nun: sollte diese Tatsache, die im Zentrum der Geschichte steht, nicht gerade das sein, was wir heute brauchen, was wir heute bedenken müssen, um Glauben und Hoffnung zu bewahren – um Ostern zu feiern? Sollte nicht vielleicht dies der Schlüssel zu der heutigen Lage sein, daß wieder einmal alles verloren sein muß, damit alles gewonnen werde? Überlegen wir: Was wäre gewonnen gewesen, wenn es zu einem Teilsiege etwa der Friedensbewegung gekommen wäre, vielleicht zu einer kräftigen Abrüstung, und zwar namentlich durch politische, kulturelle, ethische Kräfte, aber ohne einen tiefsten Grund? Was wäre gewonnen gewesen, wenn wir eine neue Form der Demokratie bekommen hätten, aus einer gewissen Fortsetzung der früheren demokratischen Bewegung überhaupt? Was wäre gewonnen gewesen, wenn wir einen Sozialismus erhalten hätten, welcher der wirtschaftlichen Vernunft, aber auch gewissen politischen, kulturellen und sittlichen Idealen entspräche? Ja sogar: was wäre gewonnen gewesen, wenn wir eine sogenannte religiöse Erneuerung durchgesetzt hätten, aus einem besseren Verständnis der Bibel, ja auch Gottes und Christi selbst heraus? Das wäre ein neues Gedankensystem gewesen, aber nicht ein neues Leben. Jene Friedensbewegung, jene demokratische Bewegung, jene sozialistische Bewegung ebenso. Wir hätten e t w a s gewonnen und damit im Grunde n i c h t s gewonnen, vielmehr alles verloren, was wir gehofft und geglaubt. Schwere Enttäuschung wäre unser Los gewesen. So aber, da nun alles sich zuspitzt, so aber, da nun der umfassende Entscheidungskampf kommt, ja schon entbrannt ist, so aber, da alle Welt- und Höllenmächte wieder vereinigt, verbündet, geschlossen sich zusammentun, um das werdende Gute Gottes zu vernichten, kann und soll es zu einer g a n z e n Entscheidung und g a n z e n Wendung kommen. Es soll die ganze Welt Christi aufbrechen. Nicht nur Abrüstung soll kommen, sondern Gottesfriede sich ergießen. Nicht nur Demokratie soll kommen, sondern die Freiheit aus Gott her in die Welt brechen. Nicht nur Sozialismus soll kommen, sondern Kommunismus – ich meine: Kommunismus Christi, Überwindung des Eigentumsbannes und der Mammonsherrschaft, Liebe soll strömen, Bruderschaft, Leben aus Gott, Reichtum aus Gott. Nicht bloß eine religiöse Erneuerung soll kommen, mit einer neuen Theologie vielleicht und einer neuen Kirche oder gar bloß einer Erneuerung alter Theologie und alten Kirchentums, sondern eine neue Ergießung von Gotteskraft und Gottesherrschaft in die Welt und in alle Seelen. Darum müssen sich alle Welt- und Höllenmächte o f f e n b a r e n. Darum müssen die Toten – die doch nicht g a n z tot waren – aus den Gräbern kommen. Wenn Jesus stirbt, so kann das nicht

anders sein. Darum muß das Heidentum noch einmal erscheinen und die alten Götter, unmaskiert oder maskiert, noch einmal gegen Christus antreten. Darum müssen Staatstum und Kirchentum, Nationalismus und Imperialismus, Frömmigkeit und Theologie, falsche Anhängerschaft und falsche Gegnerschaft, wissend, was sie tun, oder es nicht wissend – eigentlich wohl, es n i c h t wissend! – wieder Christus ans Kreuz schlagen. Darum muß Christus wieder ins Grab gelegt und der Felsblock davor gewälzt werden. Denn er soll a u f e r s t e h e n . Die Sache Christi muß als ein Erdbeben wieder hervortreten und die ganze Welt erschüttern. Eine neue Welt muß erstehen, in der alles, was wir halb und stückweise wollten, ganz und völlig dasteht. Das Osterwunder soll geschehen. Die Toten, die aus den Gräbern kommen, wenn Christus stirbt, werden erlöst, wenn Christus aufersteht. Sie kehren erlöst in ihre Gräber zurück, die selbst in das L e b e n verschlungen werden. Wenn alles verloren scheint, so darum, weil alles gewonnen werden soll.

Das, meine ich, ist der Sinn der Lage, die uns so verzweifelt scheinen will. Sie ist gewaltige Verheißung. Ostern ist da – nicht schon Pfingsten, aber Ostern; wir dürfen, wir sollen gerade jetzt Ostern feiern, Ostern bedenken, im Osterglauben stark und froh werden.

Dürfen wir? Wirklich? Ich höre den Einwand des Zweifels auch der Guten, der Glaubenden: «Die Mächte des Bösen sind zu furchtbar. Es müßte ein Wunder geschehen.»

Was antworte ich?

Ich antworte: Warum sollte nicht das Wunder geschehen? Bedenket noch einmal Ostern. Ostern i s t ein Wunder, das Wunder der Wunder, das Wunder, das im Mittelpunkt der Geschichte steht. Ich muß aber immer und immer wieder betonen, daß wir das Wunder nicht aus seinem Z u s a m m e n h a n g lösen dürfen, wenn es nicht aus einem Wunder ein Mirakel werden soll. Dies Wunder hat seinen Sinn und seine Wahrheit nur in dem großen Zusammenhang des Reiches Gottes, das nichts anderes ist als der Weg des lebendigen Gottes durch die Geschichte. Der Schritt des lebendigen Gottes aber bedeutet überall und immer das Wunder. Er bedeutet Erschütterung, Katastrophe der Welt; er bedeutet Neuwerden, Neuschaffen, Auferstehung und Leben. Die Auferstehung Christi ist das zentrale Erdbeben der Geschichte, der ewige Erdbebenherd, aus dem immer neue Erdbeben kommen, bald peripherischere, teilweise verirrte, wie Französische und Russische Revolution, Demokratie, Sozialismus, Kommunismus, bald zentrale wie Franziskus, Wicleff, Hus, Luther, Zwingli, Calvin, Münzer, Fox, Wesley, Kierkegaard, Blumhardt – bis die Erde Gott gehört. Ist nicht vielleicht, was jetzt geschieht, ein solches Erdbeben, und zwar ein besonders gewaltiges, umfassendes, von der Peripherie zum Zentrum drängendes, eine Auferstehung Christi, ein Stürzen der Götzen vor ihm, ein Kommen Gottes mit ihm? Auf alle Fälle: wir dürfen an das Wunder glauben, das allein uns retten kann.

Warum denn nicht? Wirkt nicht Gott alles Gute durch ein Wunder? Wo hat er je gerettet ohne das Wunder? Ist das nicht die Art, wie er immer schafft? Darf es uns darum mutlos machen, wenn heute alles verloren scheint? Muß nicht immer wieder alles verloren sein, damit alles gewonnen werde? Aber wenn wir in die heutige Welt hineinschauen, hineinlauschen: können wir nicht durch Sturm und Dunkel, durch das Donnern der Lawinen und Brechen des Eises auch ein Frühlingsrauschen vernehmen, im Sterben einer alten Welt Auferstehungsodem spüren? Ich meine, wir können es.

Ja, wir dürfen Ostern feiern, gerade jetzt, wenn wir es recht verstehen. Wir s o l l e n es, gerade jetzt. Gerade jetzt ist Osterglaube am Platze. Gerade jetzt hat er gewaltige Verheißung. Ostern ist nicht für leichte, sondern für schwere Zeiten, nicht für Zeiten der Erfüllung, sondern für Zeiten des Kampfes. Ostern ist gerade für verzweifelte Stunden. Ostern tritt gerade da auf, wo alles aus ist. So im Leben des Einzelnen wie in der Geschichte des Reiches Gottes. Das Osterwunder ist das Unglaublichste und gerade darum – ja gerade darum! – das Allergewisseste. Es ist die majestätische Bestätigung des Wortes, daß gerade da, wo die Not am größten ist, Gott am nächsten ist. Darum glaubt es – für die Welt, aber auch für euer eigenes Leben: Gott lebt, Christus siegt! Trauet ihm doch etwas zu! Trauet ihm a l l e s zu! Für euch und für die Welt! Es gilt für beide: Unverloren, unverloren – alles verloren, alles gewonnen!

Leonhard Ragaz (Neue Wege 1935).

Eingabe der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz an das Eidg. Politische Departement

Zuhanden der Schweizerischen Delegation an der Internationalen Seerechtskonferenz in Genf

24. Februar bis 25. April

Wir erlauben uns, Sie im Namen der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz auf Artikel 27 des Gesetzesentwurfes für internationales Seerecht, der die Vier Freiheiten der Meere festlegt, aufmerksam zu machen.

In Paragraph 1 ihres Kommentars zu diesem Artikel erklärt die Internationale Rechtskommission:

«Kein Staat darf irgendeinen Teil des Weltmeeres seiner ausschließlichen Souveränität unterstellen; kein Staat darf darum Rechtsgewalt über irgendein solches Seegebiet ausüben. Die Staaten sind verpflichtet, sich jeder Handlung zu enthalten, die das Befahren der Meere durch Bürger anderer Staaten beeinträchtigen könnte.»

Dieser Kommentar stellt die Frage der Gesetzlichkeit der Nuklearversuche auf Hoher See zur Diskussion.

Wir verdanken unsere Informationen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Die Religiös-Soziale Bewegung arbeitet wie diese Liga für vollständige und universelle Abrüstung und für eine Ordnung auf Grund internationaler Gesetze unter Ausschaltung des Krieges. Wir sind daher dankbar, daß wir uns in unseren Bestrebungen auf die oben erwähnten Angaben der Internationalen Rechtskommission stützen können.

Sicherlich implizieren Nuklearversuche eine Verletzung der allgemein angenommenen Regel, wonach die «Staaten verpflichtet sind, sich jeder Handlung zu enthalten, die das Befahren der Meere durch Bürger anderer Staaten beeinträchtigen könnte». Es ist daher bedauerlich, daß der Gesetzesentwurf nicht eine eindeutige Bestimmung enthält, die Experimente mit Nuklearwaffen verbietet, da solche Versuche die vitalen Interessen der Menschheit tangieren.

Wir möchten deshalb die Vorschläge der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit unterstützen, die zu diesem Punkt zwei Ergänzungen zur Annahme unterbreitet:

entweder, daß Artikel 27 durch eine eindeutige Bestimmung über das Verbot der Nuklearteststs ergänzt werde, so daß er dann lauten würde:

«Die Freiheit der Meere erstreckt sich nicht auf eine Inanspruchnahme, die irgendeinen Teil der Menschheit schädigt»,

oder

daß eine Fünfte Freiheit zu den Vier im Artikel 27 aufgezählten Freiheiten hinzugefügt werde. Ein solcher Zusatz könnte vielleicht so formuliert werden: «Die Freiheit zur Verwendung der Meere und des Luftraumes über den Meeren ohne Furcht vor Versuchen wissenschaftlicher Kriegführung für Massenvernichtung.»

Die Einschiebung einer ausdrücklichen Bestimmung zu diesem Punkt erscheint uns um so notwendiger, als Artikel 48: «Verseuchung der Meere» des Entwurfes für das Seerecht vorsieht, daß «die Staaten verpflichtet sind, bei der Abfassung von Verordnungen mitzuwirken, die darauf abzielen, die schweren Verseuchungsgefahren, resultierend aus der Ablagerung von radioaktiven Stoffen oder andern schädlichen Agenzien, zu verhüten». Daraus folgt klar, daß Nuklearwaffenversuche eine Quelle ernster Gefahren bilden.

Diese Gefahren, die aus der Verseuchung der Meere und des Luftraumes über den Meeren entstehen, können nur durch das Verbot solcher Versuche ausgeschaltet werden.

Wir schlagen deshalb vor, daß, in Verbindung mit der Erklärung der Freiheit der Meere, klare Vorschriften erlassen werden sollten darüber, ob Staaten das Recht haben, die Meere und den Luftraum über den Meeren für Versuche der wissenschaftlichen Kriegführung für Massenvernichtung zu benützen, indem sie ein bestimmtes Gebiet

der Meere als gefährdet und für die Benützung verboten erklären. Damit nehmen diese Staaten in der Tat ein solches Gebiet für sich in Anspruch und reservieren es für sich allein, was heißt, daß sie – wenn auch nur vorübergehend – das Gebiet, unter Verletzung von Artikel 27, ihrer Souveränität unterstellen.

In Übereinstimmung mit unserer Forderung nach einer internationalen Rechtsordnung unterstützen wir die obenstehenden zukunftweisenden Vorschläge der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wärmstens. Wir hoffen, unsere Regierung werde ihren Delegierten für die kommende Seerechtskonferenz dahingehend instruieren, daß er sich eindeutig dafür einsetze, daß die Inanspruchnahme der Meere und des Luftraumes über den Meeren für Nuklearexperimente ausdrücklich verboten wird. Der Chef der Schweizer Delegation sollte Vollmacht erhalten, sich dafür verwenden zu können, daß die Texte allfällig weiterer Erlasse und Vorschriften den Ergebnissen neuer wissenschaftlicher Forschung angepaßt werden.»

Aus der Antwort des Eidgenössischen Politischen Departements möchten wir folgenden Passus hervorheben:

«Von Ihren Ausführungen in diesem Zusammenhang haben wir mit Interesse Kenntnis genommen, und wir werden nicht unterlassen, den Chef der schweizerischen Delegation an der fraglichen Konferenz für alle Fälle darüber zu unterrichten. Sie können jedenfalls versichert sein, daß dem von Ihnen aufgeworfenen Problem schweizerischerseits die gebührende Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.»

*

Über die Einstellung der Schweizer Delegation zu diesem Thema erfahren wir aus einem Bericht aus Genf («NZZ», Nr. 693) folgendes:

«Die Schweiz, deren Hauptaufmerksamkeit den Arbeiten der Kommission für Binnenländerprobleme gilt, erklärt sich an diesen strittigen Fragen (das heißt: Freiheit der Meere, Verbot der Atombombenexperimente auf hoher See, durch welche Schiffahrt, Fischerei und Sicherheit vieler Länder gefährdet würden) nicht direkt interessiert.» (Von uns gesperrt.)

Neues Denken in den USA

Dies ist das Thema eines mit «Neujahrsgedanken» betitelten Leitartikels in der Januar-Nummer des «Bulletin of the Atomic Scientists» (USA). Der Redaktor, Eugene Rabinowitch, kennt die Gefahr der gegenwärtigen Lage vielleicht besser als wir alle, und hier, in abgekürzter Form, möchten wir unseren Lesern seine Betrachtung vorlegen.

Die Epoche dauernder gegenseitiger Abschreckung hat begonnen. Versuche, dem Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten, werden zweck-

los sein, es sei denn, die Menschen schaffen ein Klima der Zusammenarbeit und des Vertrauens oder bilden eine Weltorganisation mit wirkungsvoller Polizeimacht. Das Zweite ist ohne das Erste kaum denkbar. Wenn die erwähnte radikale Wandlung in den internationalen Beziehungen nicht eintritt, muß das Wettrüsten weitergehen.

Kontrollierte Abrüstung, auf die die ganze Welt seit zehn Jahren ihre Hoffnung setzt, kann vernünftigerweise nicht mehr erwartet werden – wenigstens solange die Menschheit in gegenseitig sich mißtrauende Lager aufgespalten bleibt. Vorläufig bleiben nur zwei Möglichkeiten übrig: Abrüstung ohne effektive Kontrolle oder ein Sich-Abfinden mit dem Zustand «gegenseitiger Abschreckung» als Friedensgarantie – bis eine wirkliche Weltgemeinschaft geschaffen werden kann.

Das zweite Jahr der Abschreckung

Vor einem Jahr wurden die Ereignisse von 1956 (Suez-Ungarn) unter dem Titel: «Das erste Jahr der Abschreckung» in einem Leitartikel des BAS geschildert. Man erlebte dort (Suez), wie zwei westliche Mächte in Verfolgung ihrer, wie sie glaubten, berechtigten Nationalinteressen vor der Drohung eines sowjetischen Nuklear-Bombardements zurückwichen.

Das Jahr 1957 sah einen Versuch der USA, die antisowjetischen Kräfte in Syrien an die Macht zu bringen, wieder ein Manöver traditioneller Machtpolitik, das infolge der Sowjetabschreckung mißlang. Auf gleiche Stufe zu stellen ist der sowjetische Versuch, die Türkei, die der Ausdehnung ihres Einflusses im Nahen Osten entgegenstand, auszuschalten. Auch hier wirkte die Abschreckung, diesmal von seiten der USA . . .

Sollen wir verzweifeln?

Wenn wir uns mit der Krise unseres Zeitalters auseinandersetzen und feststellen, daß die bisher vorgeschlagenen Mittel, ihr zu begegnen, unrealistisch und unzulänglich sind, so ist dies noch nicht Verzweiflung. Es ist eher mit dem offenherzigen Zuspruch eines Arztes zu vergleichen, der dem Patienten sagt, eine Genesung sei mit Hausmitteln, Aspirin zum Beispiel, und Frühzubettgehen nicht zu erreichen, da nur eine größere Operation oder – um einen noch passenderen Vergleich zu verwenden – eine radikale Umstellung seiner bisherigen gefährlichen Lebensweise ihm noch helfen könne.

Der Weg aus der gegenwärtigen Weltlage ist finster und gefahrvoll, und doch können wir manches tun, um die Zuversicht, daß schließlich eine glückliche Zukunft möglich ist, zu stärken. Was wir tun können, ist keinesfalls leicht, aber es ist mindestens etwas, was unser Land – und jedes andere Land, das mitmachen will – von sich aus unternehmen kann, ohne auf die Zustimmung anderer zu warten. Es handelt sich nicht um neue militärische Leistungen oder eine neue Strategie im Kalten Krieg. Es sind politische Entscheidungen, die nicht der Tagespolitik angehören, sondern der grundlegenden politischen

Philosophie. Was not tut, ist ein Bruch mit den Überlieferungen der Vergangenheit – sie sind durch die ersten zwölf Jahre unseres Atomzeitalters prähistorisch geworden. Wir müssen die Neugestaltung der Welt vorbereiten und ihr, soweit es in unseren Kräften liegt, zum Durchbruch verhelfen.

Wenn wir voll und ganz begreifen, daß die Menschheit in Länder und Völker aufgeteilt, von denen jedes nach eigenen Gesetzen lebt, keine Zukunft hat außer einem Vegetieren unter immerwährender Drohung gegenseitiger Vernichtung; wenn wir uns bewußt werden, daß der einzige Weg aus dieser Not über die Entwicklung einer wahren Weltgemeinschaft führt, dann erst wird unser Leben im Schatten des Todes einen neuen Sinn bekommen. Dann kann jeder Schritt unserer Tagespolitik zu einem Schritt dem leuchtenden Endziel entgegen werden.

Die schreckliche Realität eines starren Systems gegenseitiger Abschreckung, die Spannungen, der Haß und das Mißtrauen, die dieses System erzeugt, schaffen nicht die Atmosphäre, in der wir unseren Glauben an eine zukünftige Weltgemeinschaft bekennen und unser politisches Bemühen einsetzen können. Was in dieser Atmosphäre entsteht, ist Nationalismus und Mißtrauen sogar unter Freunden . . .

Einigung der Menschheit

Wenn wir uns zu einem neuen Geist durchringen und die Überzeugung einer neuen Mission unseres Landes gewinnen – einer Mission, die darin liegt, den langwierigen Weg zur Einigung der Menschheit zu weisen, dann erscheinen alle die Probleme der Strategie, der Wirtschaft und der Politik in einem ganz anderen Licht . . .

Es wird uns dann nicht mehr möglich sein, die Führung im Rüstungswettlauf zum Hauptziel unseres politischen Denkens, zum Selbstzweck, ja zu einer Zwangsvorstellung werden zu lassen. Dann werden wir auch in unseren Beziehungen mit den Völkern, die unter kommunistischen Herrschaft stehen, alle jene Maßnahmen unterstützen, die sie näher zur Weltgemeinschaft bringen. Wir werden für den größtmöglichen Kontakt zwischen ihnen und uns wie für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sorgen . . . Wir werden nicht einerseits eine weltumspannende Zusammenarbeit in der friedlichen Anwendung der Atomenergie oder in der Erdforschung einführen – auf die Präsident Eisenhower und Admiral Strauß mit Recht stolz sind – und anderseits lächerliche «Vorsichtsmaßregeln» im Kontakt mit Sowjetwissenschaftern, wie zum Beispiel die willkürliche Verzögerung der Visaerteilung und die Stellung von «Leibwachen» für die die USA besuchenden Sowjetwissenschafter, durchsetzen . . .

Produktion und Vergeudung

Wir wollen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt überall in der Welt als Bereicherung betrachten, so wie wir einsehen,

daß wirtschaftlicher Fortschritt gut ist, wo immer und unter welchem Wirtschaftssystem immer er vorkommt ... Der entscheidende Beweggrund muß immer die Überzeugung sein, daß die Weltgemeinschaft leichter zu erreichen ist, wenn Hunger, Armut und Krankheit überall verschwunden sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten größer sind als unser Verbrauch. Wir könnten nicht alles – Getreide, Fleisch, Butter und Eier –, was wir erzeugen, selbst verbrauchen – auch wenn jener Bruchteil unserer Bevölkerung, der heute unterernährt ist, alle Nahrungsmittel, derer er bedarf, erhielte. Wir sind in der Lage, weit mehr Automobile herzustellen, als wir wirklich nötig haben. Nur durch künstliche Aufstachelung des Interesses an neuen Modellen, neuen technischen Finessen, finden wir Absatz für die Millionen neuer Kraftwagen, die unsere Industrie Jahr für Jahr herstellt. Wir mögen es noch so sehr bestreiten, Tatsache ist, daß wir Vollbeschäftigung und volle Ausnützung unserer industriellen und landwirtschaftlichen Kapazität nur dadurch sichern, daß wir für die Vergeudung produzieren, sei es nun, daß der Verbraucher vergeudet oder daß wir militärisches Material anhäufen, das schnell veraltet. Die genau gleiche Wirkung auf die nationale Wirtschaft würden wir erreichen, wenn wir jedes Jahr einen bedeutenden Teil unserer jährlichen Gütererzeugung den Flammen oder dem Meeresgrunde übergäben, als Brandopfer an die Götter der Vollbeschäftigung.

Die Sowjetführer haben noch nicht mit diesen Schwierigkeiten zu rechnen. Sie sehen sich noch einem unbefriedigten Bedarf an Konsumgütern gegenüber, der auf absehbare Zeit kaum gestillt werden kann. Sie behaupten sogar, sie könnten die Produktion beliebig weiter vermehren, ohne mit Absatzschwierigkeiten rechnen zu müssen. Wir hoffen, sie werden bald diesen wünschenswerten Zustand der Sättigung erreichen, aber unterdessen – unter Umständen sogar sehr bald – könnten sie für uns ernstzunehmende Mitbewerber um die Freundschaft der unterentwickelten Länder werden, da sie ohne Schwierigkeit ihren Überschuß an Gütern der ganzen Welt zur Verfügung stellen können. Vorläufig sind wir ihnen in diesem Punkt noch weit voraus, aber Syrien, Afghanistan und andere Länder geben uns eine Vorstellung, was die Zukunft bringen mag. Unsere Möglichkeit, die Völker der Welt um uns zu scharen, indem wir ihre Bedürfnisse befriedigen, könnte bald ein Ende nehmen, wenn wir sie nicht endlich voll ausnützen[1] ...

Natürlich sind all diese Möglichkeiten nicht leicht in die Praxis umzusetzen, aber im Gegensatz zu den Schwierigkeiten, die bei selbst

[1] In diesem Zusammenhang möchten wir auf eine Bemerkung im «New Statesman» vom 8. März 1958 hinweisen: «Was die Ziffern (der Weltarbeitslosigkeit) uns nicht verraten, ist die verhängnisvolle Wirkung der fallenden Rohstoffpreise auf die wirtschaftliche Lage der unterentwickelten Länder. Die Weltarbeitslosigkeit muß notwendigerweise die Möglichkeit einer Durchführung ihrer Industrialisierungs-

mangelhaften politischen Vereinbarungen mit der Sowjetunion zu überwinden sind, oder im Gegensatz zu den Hindernissen, die eine wirkungsvolle Abrüstung bei der gegenwärtigen Aufspaltung der Welt in sich birgt, sind unsere Schwierigkeiten nicht unüberwindlich. Sie liegen vor allem bei uns selbst, sie sind subjektiver, psychologischer Art. Diese Maßnahmen sind etwas, was wir durchführen können, wenn wir wollen und wenn unsere Führer die nötige Phantasie aufbringen, voranzugehen.

Schwierig – nicht unmöglich

Sind das reale Möglichkeiten? Gewiß nicht, wenn wir uns an die Hoffnung klammern, daß die Rettung in Pflästerchen aller Art liege, in vermehrter Aufrüstung und endlosem diplomatischem Feilschen dem Ausland gegenüber. Wenn wir nicht zur Einsicht kommen, daß nur eine radikale Umgestaltung der Menschheit, eine Neugeburt, die Krise unserer Zeit lösen kann, wird uns die Kraft für diesen Neuanfang nicht geschenkt werden. Eine schwere Verantwortung liegt auf unseren politischen Führern. Sie wurden gewählt, um das in der Vergangenheit Erreichte zu bewahren. Werden sie begreifen, daß diese Sicherung des Erreichten nicht mehr möglich ist, ohne daß wir die Tür zum Neuen weit aufmachen? Werden sie die neue Einsicht, falls sie ihnen zuteil wird, auch aussprechen, in der Überzeugung, daß ein freies Volk sich den Anforderungen einer neuen Zeit gewachsen zeigen wird?

In seiner Jubiläumsansprache anläßlich der Vierzig-Jahr-Feier der Sowjetunion erklärte Mr. Chruschtschew: «Die kapitalistische Welt, die von der Geschichte verurteilt ist, vermag sich keine Ziele mehr zu setzen, die Millionen von Menschen begeistern können.» Wenn alles, was wir in Amerika vertreten, sich auf den Kapitalismus – oder, wie wir es lieber nennen – das Wirtschaftssystem des freien Unternehmertums reduzieren läßt, hat er vielleicht recht. Die Hoffnung der Menschheit liegt nicht in irgendeinem Produktionssystem, ob kapitalistisch oder kommunistisch. Im Zeitalter der Wissenschaft liegt sie in der Schaffung einer Weltgemeinschaft, die zu verhindern imstande ist, daß die Wissenschaft zur Selbstzerstörung der Menschheit eingesetzt wird, die im Gegenteil dafür sorgt, daß sie zur Befriedigung der gemeinsamen geistigen und materiellen Interessen aller Nationen verwendet wird. Hier liegt ein Ziel für Menschen, die sich von der toten Hand eines dogmatischen Wirtschaftsdeterminismus befreit haben. Wenn sie nach diesem Ziel streben, werden Millionen in der ganzen Welt sich um sie scharen.

---

pläne stark herabsetzen. Es wird ihnen sogar schwer fallen, ihre zunehmende Bevölkerung zu ernähren, wenn Lebensmittel eingeführt werden müssen.»

Es scheint uns, daß Eugene Rabinowitch seine Warnung nicht zu früh ausgesprochen hat.

Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben

Wenn junge Leute auf die Hochzeitsreise gehen, dann geschieht das oft, und sehr verständlich, in einem Glücksrausch neuer Zweisamkeit. Die Schönheiten der Außenwelt berühren nur oberflächlich die In-sich-selbst-Versunkenheit der Neuverbundenen.

Anders war dies bei Leonhard Ragaz und seiner lieblichen Gattin, als sie im Jahre 1902 Italien als Land ihres «Honigmonds» wählten, nicht weil Italien damals das Modeland der Hochzeitsreisenden war, sondern weil es für beide das Ziel einer langen Sehnsucht bedeutete.

Welche Bereicherung für Geist, Wissen und Gemüt Ragaz auf dieser Reise empfing, können wir seiner Biographie «Mein Weg», Band I, entnehmen. Sein Verhältnis zu Dante, Michelangelo, Franz von Assisi gewann Substanz, als er die Straßen, die sie gewandelt waren, beschritt. In Florenz ergriffen ihn mehr als die herrlichen Kunstwerke der Frührenaissance die Zelle des Klosters San Marco, in der Savonarola Jahre seines Lebens verbrachte, der Dom, in dem er predigte, und der Marktplatz, auf dem er hingerichtet wurde.

Erfüllt von der Zeitlosigkeit dieses Propheten und Märtyrers studierte Ragaz sein Leben an Hand der klassischen Biographie von Pasquale Villori, um später in einem Vortrag, veröffentlicht 1905 im «Schweizerischen Protestantenblatt», seinen Mitmenschen diesen fast vergessenen Genius näherzubringen.

Nun ist dieser Vortrag auch so gut wie vergessen und spricht doch so beredt zu den Menschen und Problemen unserer Zeit. Es erscheint uns als Pflicht, das Leben von Girolamo Savonarola, wie der lebendige Geist von Leonhard Ragaz es sah und es als Ansporn für den Kampf unserer Zeit empfand, vor der Vergessenheit zu retten, indem wir es, unwesentlich gekürzt, in Fortsetzungen unsern Lesern bekanntgeben.

Die Geschichte des Dominikanermönchs Girolamo Savonarola gehört zum Allergrößten, das sich auf Erden begeben hat. Er ist eine der bedeutendsten Gestalten aus dem großen Heldenzug, der hoch über dem Flachland der Geschichte sich aus den Fernen der Vergangenheit einherbewegt, dem Zukunftsland entgegen. Wenn wir ihn einen Propheten nennen, so weisen wir ihm den zweithöchsten Platz an in der Rangordnung der Geister; denn über den Propheten steht nur noch der, vor dem Elias und Moses sich neigen. Das Wort bedeutet nicht ein bloßes Bild. Es hat Propheten nicht nur in Israel gegeben und nicht nur vor Jahrtausenden, zu allen Zeiten hat der Geist sie berufen, wenn sie nötig waren, insbesondere in Gerichts- und Werdezeiten. Sie tragen auch alle eine Reihe gemeinsamer Züge an sich: sie predigen Gericht und Erneuerung, sie stehen gegen Priester, König und Volk, sie werden nicht verstanden, sind dem Pöbel, den Klugen und Philistern und Weisen ein Spott und ein Gelächter, sie leiden innerlich an ihrem Beruf, sie werden gekreuzigt und verbrannt, körperlich oder geistig, und werden nachher in der einen oder andern Form heilig gesprochen. Es ist wunderbar, wie diese und andere Züge, die wir an einem Amos, Jesajas, Jeremias zu sehen gewohnt sind, mitten in unserer abendländischen Welt an einem Manne erscheinen, der unser Leben lebte, unsere Luft atmete ... Das ganze Menschenwesen tut sich, wenn wir diese Geschichte lesen, vor uns auf in seiner Größe

und seiner Erbärmlichkeit; strahlender Adel der gottebenbildlichen Menschennatur wandelt an uns vorüber, und abgründliche Gemeinheit grinst uns mit teuflischer Fratze entgegen. Dadurch wird es zu einem erschütternden Weltgemälde, das keiner mehr vergißt, der es recht gesehen hat; es offenbart die sich immer gleichbleibenden Grundzüge des Menschenwesens . . .

Uns Protestanten ist Savonarolas Name teuer, weil er ein Prophet der Reformation gewesen ist. Darum finden wir unter den Gestalten, die das Lutherbild zu Worms umringen, auch die leidenschaftlich ernste des florentinischen Mönchs. Es liegt etwas eigentümlich Ergreifendes darin, daß sein Scheiterhaufen rauchte, als die Reformation schon unmittelbar vor der Tür stand. Er teilt das tragische Schicksal all jener Vorläufer, die in einsamem Kampfe gegen den übermächtigen Feind erliegen, während der Held, der ihn besiegen wird, schon auf dem Wege ist an der Spitze freudiger Heerscharen. Ist es da nicht billig, daß unsere Liebe wettmache, was sie einst an Schicksalshärte erduldeten? Wohlan denn, richten wir dies ernste Bild wieder einmal unter uns auf!

Den allgemeinen Charakter der geschichtlichen Epoche, die den Hintergrund von Savonarolas Leben bildet, kennen wir. Es ist die Atmosphäre der herannahenden Reformationszeit: das überall verbreitete Gefühl von der Verderbnis der Kirche und die Sehnsucht aller Besseren nach einem «Tag des Herrn». In Italien nahm diese allgemeine Zeitlage ihre besonderen Formen an. Vergegenwärtigen wir uns zuerst mit einigen Zügen die politischen Zustände des Landes, wie sie sich uns in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts darstellen. Italien ist seit anderthalb Jahrhunderten sich selbst überlassen. Die Imperatorenansprüche der deutschen Kaiser sind stillschweigend aufgegeben. Doch gibt es kein einiges Italien im jetzigen Sinne, sondern eine Reihe voneinander ganz unabhängiger italienischer Staaten. Den Norden beherrschen Mailand, das unter der Regierung des von ewiger Angst um seinen Thron verzehrten, nimmer ruhenden Ränkeschmieds Lodovico Sforza steht, und Venedig, das noch umschimmert ist von seiner ungetrübten Machtherrlichkeit; Ferrara mit seinem Fürstengeschlecht der Este sucht sich zwischen diesen gefährlichen Nachbarn klug zu halten, im Süden gebietet das Königreich Neapel unter dem Geschlecht der Arragon, während Mittelitalien zur Machtsphäre des Papstes gehört, der gerade in diesen Zeiten nur das eine Ziel im Auge hat: seine Stellung unter den italienischen Fürsten zu wahren und zu mehren. Rom ist immer noch die Hauptstadt der Welt. Dorthin ziehen die Prälaten, die eine Pfründe kaufen, und die Diplomaten, die eine neue Intrige spinnen wollen; daneben einige einfältige Pilgersleute, die nicht wissen, was Rom ist; aber wer Geist sucht, wer eine neue Welt an ihrem Quellorte kennen lernen will, der geht nach Florenz. Florenz ist in dieser Zeit die Hauptstadt der abendländischen Kultur.

Damit betreten wir den engeren Schauplatz dieses Heldendramas.

Ein würdiger Schauplatz fürwahr! O Florenz – wer kann sich dir vergleichen unter den Städten der Erde? Von welcher geht ein lichter Schein aus wie von dir? Florenzia soll die Blühende heißen und wahrlich, es umschimmert die Stadt am Arno wie der Glanz eines ewigen Frühlings. Wer vergäße es je, der einmal nur herunterschauen durfte vom hochgelegenen Franziskanerkloster bei Fiesole auf das weite Arnotal, wenn das Abendgold darüber flutete und die Vesperglocke läutete, während die Stadt eingebettet lag im Abendfrieden und nur ihr stolzes Wahrzeichen, die ungeheure Kuppel des Domes, sich über den schimmernden Dunst erhob! Wem hätte nicht das Herz gepocht, wenn er zum erstenmal über den Ponte vecchio ging und durch die Straßen, die noch jetzt nicht viel anders sind als in den Tagen Michelangelos und Raffaels, wenn er vor dem gewaltigen gotischen Dome stand mit dem wunderbaren Glockenturm des Giotto, oder vor den Erztüren Ghibertis am Battisterio, die nach Michelangelos Meinung würdig wären, die Pforten des Paradieses zu sein, oder vor dem trotzigen Palazzo vecchio, dem Zeugen so vieler stürmischer Geschicke! Fast erschrak er, auf jeden Schritt auf Wunderwerke der Kunst zu stoßen, die jedes einzeln ein andächtiges Nahen verdienten, und dem Schatten großer Männer zu begegnen. Denn sieh – dort schreitet Dantes düstere Gestalt, hier malt Giotto, dort steht Michelangelo in tiefem Grübeln vor einem Marmorblock, während Raffael, der Götterjüngling, im Kreise froher Gesellen zieht – und wer sind die beiden, die dort am Rande der Piazza della Signoria ein leises Gespräch führen, mehr mit Blicken als mit Worten, halb Hohn, halb Schmerz in den Zügen? Machiavelli und Guicciardini reden über florentinische Politik! Wenn du endlich die Kirchen durchwanderst und die Galerien und Museen, dann erkennst du, wie schwer zu überschauen ist, was diese Stadt für die Welt bedeutet hat.

Du fühlst aber auch das Tragische ihrer Geschichte. Denn nur kurze Zeit dauert diese Frühlingsherrlichkeit, und sturmvoll war auch dieser kurze Lenz. Weder durch seine Lage noch durch historische Umstände besonders begünstigt, nur gestützt auf Gewerbefleiß, Tapferkeit und Klugheit ihrer Bürger hatte sich die Stadt im Laufe der Jahrhunderte zur Herrin über an die tausend ummauerten Ortschaften emporgearbeitet; sie hatte das nahe Fiesole gebändigt, das seegewaltige Pisa unterjocht und sich in Livorno einen Meerhafen verschafft. Der florentinische Handel brachte ungeheure Reichtümer ins Land. Florenz war Jahrhunderte lang wohl die erste Industriestadt der Welt. Den Hauptteil der Bevölkerung bildeten darum die Seiden- und Wollenweber und die Bankiers, und es gab zahlreiche florentinische Geschäftsleute in allen Städten des Abendlandes; daneben bestand ein trotziger Adel, und früh schon fingen die Künstler an, ein besonderes Element der Bevölkerung zu bilden. Es ist merkwürdig, wie in diesem florentinischen Volke neben dem Gelde sich der Geist behauptet, wie diese klug rechnenden Kaufleute zugleich erfüllt sind

nicht nur von einem hohen Patriotismus, sondern auch von einem enthusiastischen Bildungseifer und feinstem künstlerischem Geschmack. Aus diesen Seidenwebern und Wollenhändlern geht ein Dante hervor, ein Michelangelo. Es gibt Städte, in denen ein besonders günstiges Klima herrscht für die Entfaltung höchsten Geisteslebens – Athen und Florenz stehen obenan. Das gibt beiden ihren unvergleichlichen Zauber: diese Vereinigung von bürgerlicher Tüchtigkeit und praktischer Gewandtheit mit hohem Schwung des Geistes, Feinheit des Geschmackes, begeistertem Ringen nach den höchsten Kränzen menschlicher Bildung. Der Duft des Feinen, Zarten, Vornehmen, Jugendlichen liegt auf allem, was in dieser Luft gewachsen ist.

Die größte Leidenschaft des Florentiners wie des Atheners war aber doch die Politik. Die Geschichte der Stadt ist darum auch eine stürmische Aufeinanderfolge von Bürgerkriegen, Verbannungen, Verschwörungen, Verfassungsänderungen – alles durchgeführt mit einer Leidenschaft, von der wir Nordländer uns kaum einen Begriff machen können. Einst hatte ein stolzer Adel die Stadt beherrscht. Seine Burgen ragten wie Festungen über die Bürgerhäuser empor. Aber der Adel verzehrte seine Kraft in der jahrhundertelangen Fehde zwischen Guelfen und Ghibellinen. Darum erhob sich das zum Bewußtsein seiner Kraft gekommene Volk. Es zwang den Adel, die Türme seiner Burgen abzutragen und baute aus den Steinen den Palazzo del popolo; die Zünfte schlossen sich zusammen zu einer Volksgemeinde; ihre acht Vorsteher, die Prioren, bildeten die Signoria, die Regierung unter dem Vorsitz des Gonfaloniere di Giustizia. Ihnen zur Seite stand ein Volksrat von 300 Männern, während die breite Basis des staatlichen Lebens die Volksversammlung bildete, die aus der altansässigen Bürgerschaft bestand und auf dem Platze vor dem Volkspalaste tagte. Eifersüchtig wurde darüber gewacht, daß nicht einzelne Familien oder machtlüsterne Männer doch wieder zu herrschenden Stellungen im Lande gelangten. Darum wurden die Behörden durchs Los gewählt und ihre Amtsdauer auf wenige Monate eingeschränkt.

Dennoch entging man dem Schicksal nicht. Aus der großen Zahl der reichgewordenen Kaufmannsfamilien erhob sich eine reichste: die Medici und wurde die Herrin von Florenz. Der Begründer und glänzende Vertreter dieser Macht war Cosimo de Medici gewesen. Er war der Rothschild jener Zeit. Päpste und Könige waren seine Schuldner, und seine Flotten fuhren auf allen Meeren. Aber er hatte noch Einiges, das Rothschild nicht hat: den Geist des Florentiners. Und es war ein königlicher Geist. Sein Geld ergoß sich als eine segenspendende Macht über das ganze öffentliche Wesen. Alle aufstrebenden Talente wurden von ihm gestützt, Kirchen, Klöster und Spitäler entstanden auf seinen Wink. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte von ihm; aus seiner Kasse wurde die leergewordene Staatskasse gespeist – ein in der Geschichte wohl einzig dastehender Fall. Aus seinen Einkünften besoldete er Heere zum Schutze der Republik, und seine Dar-

lehen hatten den großen Vorzug, daß sie nicht zurückgefordert wurden. Für einen solchen Bürger waren nur zwei Wege möglich; er mußte verbannt werden oder herrschen. Man verbannte ihn und rief ihn wieder zurück, weil man ihn nicht entbehren konnte. Und so herrschte er. Allerdings nur dem Wesen, nicht der Form nach blieb Florenz eine Republik und Cosimo ihr einfacher Bürger; aber es geschah nichts, was er nicht wollte. Florenz beugte sich unter das goldene Joch. So blieb es auch unter seinem schwächeren Sohne. Und so auch unter dem Enkel Lorenzo, genannt il Magnifico, der Erlauchte, der Prächtige. Doch begannen schon die Grundlagen der medizeischen Macht morsch zu werden. Während Cosimo den Staat aus seinem Gelde erhalten hatte, begann Lorenzo Staatsgelder für seine Privatzwecke in Anspruch zu nehmen. Eine Stiftung zugunsten armer Töchter nahm er weg und überlieferte damit eine Menge von ihnen dem Laster. Göttliches und menschliches Gesetz war ihm gleichgültig, wo es galt, seine Zwecke durchzusetzen. Lorenzo war einer jener Renaissancemenschen, deren Wesen uns ein Rätsel geworden ist, befleckt mit allen Lastern und geschmückt mit allen geistigen Vorzügen eines hochbegabten und hochgebildeten Volkes. Er war unter den Verworfenen der Verworfenste, unter den Schlauen der Schlauste, unter den Geistreichen der Geistreichste und unter Liebenswürdigen der Liebenswürdigste. Die Diplomaten anerkannten ihn als ihren Meister, mit den Philosophen verkehrte er als Philosoph und mit den Dichtern machte er Verse, und zwar ausgezeichnete. «Wenn er alle Kraft seines Geistes und Willens angewandt hatte, um mit irgendeinem Gesetz den letzten Rest der florentinischen Freiheit zu zerstören; wenn er irgendeine neue Konfiskation durchgesetzt oder über einen seiner Gegner das Todesurteil erwirkt hatte, ging er in die platonische Akademie und disputierte mit Wärme über die Tugend und die Unsterblichkeit der Seele; von hier weg gesellte er sich zu der ausgelassenen Jugend, sang mit ihr freche Lieder und ergab sich dem Wein und den Weibern; dann kehrte er nach Hause und rezitierte in Gesellschaft von Pulci und Poliziano Gedichte und redete über Poesie – und in allen diesen Betätigungen gab er sich so ganz, daß eine jede der einzige Inhalt seines Lebens zu sein schien.» (Villari, Vita di Savonarola.) Kein Wunder, daß, wer diesem Mann nahte, von ihm bezaubert wurde, daß er die Florentiner hinriß, weil er im Guten und Bösen ihr Vorbild war. So geschah es denn, daß dieser Mann der böse Genius von Florenz wurde. Zwar wußte er geschickt den Frieden Italiens und die Machtstellung seines Staates zu erhalten. Auch richtete sich gerade unter seiner Regierung die Kunst zu jenem Aufschwung, der in der Geschichte seinesgleichen nicht hat. Von überall her strömten die Gelehrten nach Florenz. Wer Geist und Gewissen besaß, sehnte sich nach diesem Zauberzirkel. Hier holte man sich den geistigen Ritterschlag.

Es war ja jene Zeit der Wiedererweckung des Alter-

tums, die eine neue Epoche in der Entwicklung des Menschengeistes bedeutet. Mit kindlichem Entzücken betrachtete man die aus dem Staub gegrabenen Werke des Altertums; eine neu entdeckte Statue war ein Ereignis, das ganze Städte in Aufruhr versetzte, an die Auffindung einer alten Handschrift wurden ganze Vermögen gewagt und das Leben dazu. Aber mit den antiken Statuen und Schriftwerken zog auch der Geist des Heidentums ein und drohte alle Errungenschaften eines christlichen Jahrtausends wegzuschwemmen. Die Verwilderung der Sitten überstieg alle Dämme. Mord und Ehebruch wurden zu selbstverständlichen Dingen; die Straßen waren voll von Dirnen und die Nächte durchtönt vom Lärm der Trink- und Hurenlieder, die zum Teil von Bischöfen und Kardinälen gedichtet waren. Das religiöse Leben war vollends in Aberglauben und Frivolität untergegangen. Das alles begünstigte Lorenzo. Denn er wußte, was viele heutige Republikaner nicht zu wissen scheinen – daß nichts ein Volk so rasch der Freiheit unfähig macht als Genußsucht und Sittenlosigkeit. Darum ersann er den Florentinern immer neue Feste, daß sie nicht aus dem Rausche herauskämen; darum dichtete er ihnen zu ihren Gelagen und Umzügen Lieder, die Canti Carnascialeschi, die mit großen formellen Vorzügen eine Schamlosigkeit des Inhalts verbinden, die heute die Polizei gegen sie in Bewegung setzen müßte . . .

Da zog über den Frühlingstag ein Ungewitter herauf und entlud sich in furchtbaren Schlägen; das Ungewitter heißt Girolamo Savonarola. Im Spätherbst des Jahres 1481 blickte er zum ersten Male von der Höhe der Hügel, die Florenz umgeben, auf die Stätte seiner ungeheuren Schicksale – jetzt noch ein stiller, unbekannter Mönch. Wohl wird ihn eine Ahnung beschlichen haben, daß nun eine neue Epoche für ihn beginne. Denn große Schicksale werfen immer ihre Schatten voraus in das Gemüt ihres Trägers. Wir aber wollen, bevor wir mit ihm weiter wandern, einen raschen Blick auf das Stück seines Lebens werfen, das hinter ihm liegt.

Alice Herz

(Fortsetzung folgt)

Die jurassische Frage, ein nationales Problem

Es ist schmerzlich festzustellen, daß das Band des Helvetischen Bundes sich zu lockern scheint. Die jurassische Frage ist ein ernstes Symptom dieses «Malaise», von dem man in der Presse offen spricht. Erinnern wir, daß der Jura seit 1815 bernisch ist, daß er zwei verschiedene Teile umschließt: die vier Bezirke des nördlichen Jura, die katholisch sind, wovon einer, Laufen, deutschsprachig, und die drei protestantischen südlichen Bezirke. Eine starke und bis zum Fanatismus entschlossene separatistische Bewegung ist im nördlichen Jura

entstanden, mit dem bestimmten Ziel, den Jura vom Kanton Bern zu trennen und dann einen neuen welschen Kanton, «die Heimat des jurassischen Volkes», zu gründen. Eine einfache, aber trügerische Lösung, da sie zwei neue sprachliche Minderheiten schaffen würde, die der Deutschschweizer von Laufen im Kanton Jura und die der 12 000 Welschen von Biel, welche im früheren Kanton Bern verbleiben und zu einer wirkungslosen Minorität würden. Welches sind denn die von der Separatistenbewegung eingestandenen und proklamierten Gründe, um, koste es, was es wolle, ein so zweifelhaftes Ziel zu verfolgen? «Bern verdeutscht den Jura, überstimmt ihn, vergewaltigt ihn und auferlegt ihm zu hohe Steuern!» Was ist wirklich an diesen Anschuldigungen? Man findet heute im welschen Jura nur noch drei bis vier kleine offizielle deutschsprachige Schulen. Die französischsprachige Minderheit nimmt in der Regierung von Bern zwei Sitze ein, wovon den wichtigen des öffentlichen Unterrichts. Ein 1950 vom Bernervolk, auch von den jurassischen Wählern, angenommenes Gesetz gewährt dem Jura eine sehr große Autonomie in der kantonalen Verfassung, indem es ihm unter anderem, wie dem Berner Oberland, gewährt, neben der offiziellen Berner Fahne seine eigenen regionalen Fahnen zu hissen. Was die Steuern anbetrifft, so findet sie in unserem Kanton jeder hoch, welche Sprache er auch spreche! Wann wird man Steuern niedrig finden, und wie könnte man sie in einem Kanton herabsetzen, in dem alles neu zu schaffen wäre? Wie steht es endlich mit dem «jurassischen Volk», diesem Leitmotiv der Separatisten? Tatsächlich ist das nur ein Mythos, denn, wie wir schon angedeutet haben, gibt es mindestens drei jurassische Bevölkerungsgruppen: die Welschen des nördlichen Jura, die Deutschschweizer von Laufen und die Welschen vom südlichen Jura. Vergleichsweise kann man von ihnen ganz unparteiisch behaupten, daß sie untereinander ebenso verschieden sind wie die Uhrenmacher der Neuenburger Berge von den Freiburger Bauern.

Auf die passive Seite der bernischen Mehrheit, deren Arbeitsamkeit, Ernst und Gründlichkeit von jedermann in der Schweiz wie anderswo geschätzt werden, müssen sachlich einige wenige ungerechte Maßnahmen gebucht werden, die aus Ungeschicklichkeit und Mangel an Feingefühl gegen die jurassische Minderheit ergriffen wurden und den allgemeinen Protest aller Jurassier herausforderten. So ist vor einiger Zeit ein jurassischer Ständerat durch eine deutschsprachige Zufallsmehrheit von der Leitung der öffentlichen Arbeiten des Kantons ferngehalten worden, obwohl er an der Reihe war, dieses Amt zu übernehmen. Und ganz kürzlich, in der Frage eines Panzerübungsplatzes in der Ajoie, mußten die Bauern dieser Gegend, welche sich in der Mehrheit diesem Plan aus ehrenwerten Gründen entgegengestellt hatten, dem Druck der Militärbehörden weichen, ohne in ihrem Kampf von der bernischen Regierung unterstützt zu werden, wie es normal gewesen wäre.

Aber genügen diese Klagegründe gegen Bern, um eine Trennung zu rechtfertigen und den Fanatismus ihrer Wortführer zu erklären? Nein. Der übersteigerte Fanatismus der Separatisten erinnert im kleinen nur zu sehr an denjenigen der Sudetendeutschen, die mit Peter Henlein an der Spitze prinzipiell und voreingenommen jedes Übereinkommen ablehnten.

Tatsache ist, daß neben den Beschwerden, die wir erwähnt haben, und die die Separatistenbewegung in alle Winde streut, wahre, viel tiefere und ernsthaftere Beweggründe vorhanden sind, über die niemand gern spricht, aber die bei uns alle etwas weitsichtigen Menschen gut kennen!

Der neue Kanton Jura, mit einem Bischofsstab im Wappen, wäre ein neuer katholischer Kanton. Nach einem Jahrhundert der geheimen und geduldigen Vorbereitungen wäre das die Vergeltung für den verlorenen Kulturkampf der Jahre 1850, der von den ultramontanen Klerikalen des Jura weder vergessen noch verziehen ist, trotz den großzügigsten Maßnahmen der Befriedung, mit denen das protestantische Bern unmittelbar nachher einsetzte. Die Katholischkonservative Partei als stärkste würde im neuen Kanton den Ton angeben. Unter anderem würde sich daraus der Gewinn wenigstens eines Sitzes der Katholischkonservativen Partei im Ständerat ergeben und eine neue allgemeine Verstärkung dieser Partei in den eidgenössischen Behörden – ein Einfluß, der schon heute von zahlreichen weitsichtigen Schweizern, ganz objektiv gesehen, als keineswegs im Verhältnis zu der tatsächlichen Stärke dieser Partei stehend betrachtet wird.

Ein Referendum, das von den Separatisten mit bemerkenswerter Energie lanciert wurde und das die Volksbefragung in der Frage der Separation verlangt, ist jetzt zustande gekommen. Sein Erfolg, dessen Zahlen bei Erscheinen dieses Artikels bekannt sein werden, ist gewiß beträchtlich und beeindruckend! Aber es handelt sich da nur um einen ersten Schritt, denn das entscheidende Wort wird erst bei der Abstimmung fallen, wo man sehen wird, daß Tausende von Jurassiern in die verschwiegenen Urnen ein «Nein» einlegen werden.

Die Menge der Protestanten unserer Gegend, die durch eine fünfzehnjährige beispiellose Prosperität verbürgerlicht ist und die unter dem Einfluß einer autoritären und schwächenden Theologie, deren Leitmotiv noch gestern war, «der weltliche Mensch ist jeder guten Regung unfähig», lahm geworden ist, beginnt sich zu regen, sich noch rechtzeitig bewußt werdend, was auf dem Spiele steht! Was die zahlreichen Sozialisten betrifft, so weiß man, daß es in Sonvilier, im südlichen Jura, war, daß mit Bakunin die Erste Internationale gegründet wurde. Diese «Internationalen» der ersten Stunde werden sicher nicht Anhänger eines so charakteristischen Kantönligeistes werden! Größtenteils Arbeiter der Uhrenindustrie, werden sie um so offenere Augen haben, als sich jetzt Gefahren der Arbeitslosigkeit am Horizont dieser schönen Industrie zeigen. Wenn es sich um Arbeitslosenentschädigun-

gen handelt, ist da ein berndeutsches «tiens!» nicht sicherer als alle im besten Französisch versprochenen «tu l'auras»?

Zum Abschluß, wenn eine Verständigung unter Bewohnern eines Kantons, die verschiedener Zunge und verschiedener Religion sind, nicht mehr möglich ist, was wird da vom Band und der Freundschaft im Helvetischen Bund übrig bleiben? In einer Zeit, wo so viele andere Probleme aller Art, politische, wirtschaftliche, soziale, religiöse und militärische, unlösbar scheinen und sich der Welt und der geliebten Schweiz stellen, fühlt man sich von Schwindel ergriffen, und der Turm von Babel taucht vor unseren erschreckten Augen auf. *R. H. Jeanneret*

WELTRUNDSCHAU

Gipfelkonferenz mit Atombomben Es wird nun doch immer wahrscheinlicher, daß dank dem unausgesetzten Drängen der Sowjetregierung gegen den Herbst hin wirklich eine Konferenz der obersten Staatsführer der «großen Vier» stattfindet. Moskau hat sogar das Zugeständnis gemacht, daß nach gehöriger diplomatischer Vorarbeit zunächst ein Außenministertreffen veranstaltet werden solle, wie das die Westmächte immer gewollt haben. Nur schlägt es vor, daß an diesem Treffen nicht weniger als zwölf Außenminister aus West und Ost teilnehmen sollen – eine offenbar unglückliche Idee –, und daß sich die Vorkonferenz auf die Festsetzung der Tagesordnung und der übrigen geschäftlichen Einzelheiten der Gipfelkonferenz beschränken solle, was wiederum sehr vernünftig erscheint, da sowohl die Zusammenkunft der Außenminister als diejenige der Regierungshäupter von vornherein aufs schwerste gefährdet würde, wenn nach dem Wunsch besonders des amerikanischen Staatssekretärs schon an der Außenministerkonferenz einige der großen strittigen Sachfragen behandelt würden.

Darüber hinaus will Dulles von einer Zusammenkunft der Regierungschefs nur etwas wissen, wenn von vorneherein Aussicht bestehe, daß das Wettrüsten beendet oder sonst ein großes Problem gelöst werden könne. Aber diese Aussicht besteht nun eben kaum. Das anhaltende Sperrfeuer, das die westmächtliche Diplomatie und Propaganda vor den Rapackiplan (Schaffung einer neutralen, atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa) legt, läßt wenig Gutes auch für die übrigen Koexistenzvorschläge ahnen, mit denen die Russen wahrscheinlich aufrücken werden. Die Westmächte können und wollen in ihrer gegenwärtigen Verfassung einfach nicht auf ihr großes Ziel verzichten: den Sowjetblock durch Lösung der Satellitenstaaten von Moskau zu

sprengen und Ostdeutschland durch schlichte Angliederung an die Bonner Bundesrepublik ebenfalls ins antikommunistische Lager herüberzuziehen – alles im Namen der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Sie werden darum auch das Mittel nicht aus der Hand geben, mit dem sie ihr Ziel zu erreichen hoffen: die Steigerung ihrer militärischen Rüstungen bis zu einem Punkt, da die Sowjetunion das Wettrennen freiwillig aufgeben werde oder kapitulieren müsse, sei es auf Grund «friedlicher» Verhandlungen «aus einer Position überlegener Stärke heraus», die der Westen gewonnen hätte, oder aber, wenn es nicht anders ginge, gezwungen durch eine siegreiche «freie Welt» nach einem dritten großen Krieg.

Diese Zukunftsschau steht ja – halten wir das nur immer entschieden fest – hinter der ganzen Planung des Kalten Krieges, den die Westmächte führen, und besonders hinter ihrer Rüstungspolitik, die offiziell als wirksamstes Mittel zur Verhinderung eines sowjetischen Angriffs auf den Westen ausgegeben wird. In Wahrheit soll die westliche Aufrüstung nicht der Verhinderung eines neuen Weltkrieges dienen, sondern seiner Gewinnung durch die NATO-Mächte. Rüstungen haben niemals den Zweck gehabt, einen Krieg zu verhindern, sondern immer nur den, einen als möglich oder wahrscheinlich, ja als unvermeidlich erachteten Krieg siegreich zu bestehen. So auch jetzt die militärischen Rüstungen beider Machtlager, besonders diejenigen des Westblocks. Darauf weist, unter Bezugnahme auf das jüngste britische Weißbuch über die Landesverteidigung, in einem bemerkenswerten Artikel des «New Statesman» (8. März) auch Paul Johnson hin. Das Weißbuch anerkennt zwar, daß «kein Land hoffen dürfe, durch Krieg etwas zu gewinnen», gibt aber sodann deutlich zu verstehen, daß, falls es doch zum Krieg kommen sollte, der Westen unzweifelhaft gewinnen werde. «Die allumfassende Überlegenheit des Westens», so läßt die britische Regierung erklären, «ist eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen.» Die Herstellung von Mittelstreckenraketen werde die Schlagkraft des Westens erhöhen, während sie aus geographischen Gründen den Russen «keinen entsprechenden strategischen Vorteil bringen» werde. Der Ausbruch eines atomischen Totalkrieges wird darum ganz «realistisch» ins Auge gefaßt: «In diesem Falle würde die Rolle der alliierten Verteidigungskräfte in Europa darin bestehen, die Front solange zu halten, bis sich die Wirkung des atomaren Gegenangriffes fühlbar machen könnte.» Kurz, von einer ernsthaften Abrüstung kann bei dieser Auffassung der Lage nicht die Rede sein. Die west-östliche Gipfelkonferenz wird trotz allen schönen Vorsätzen im Schatten der Atombombe stattfinden.

Abschreckung – ein Trug Aber gehen wir der Behauptung, die Drohung mit der H-Bombe schrecke einen möglichen Angreifer von seinem Vorhaben ab, noch etwas weiter nach. Diese Drohung wirkt schon darum nicht stark, weil sie

sich gegen den (wirklichen oder angeblichen) Verteidiger selbst kehrt. Die Atomkriegstechnik stellt ja jeden Staat, der sich ihrer bedienen kann, vor die Frage, wann und ob überhaupt es «sich lohne», Kernwaffen einzusetzen und damit den Feind zu einem atomaren Gegenschlag herauszufordern, der auch den Verteidiger mit Vernichtung bedroht. Das britische Weißbuch hat zwar diese Frage von vornherein zugunsten der Westmächte beantworten zu können gemeint, indem es erklärte, sie würden ihre Atomwaffen auch einsetzen, «wenn Rußland einen größeren Angriff nur mit konventionellen Waffen auslösen würde». Aber was ist ein solcher «größerer Angriff»? Ist es, so hat man in England gefragt, beispielsweise ein von den Russen unterstützter Einmarsch ostdeutscher Truppen in die Bundesrepublik? Oder ein sowjetischer Angriff auf Persien? Oder ein von außen und innen her unternommener kommunistischer Umsturz in Siam, in Südvietnam, auf den Philippinen, wie ihn die Außenminister der SEATO-Staaten (der Südostasiatischen Vertragsorganisation) an ihrer soeben beendeten Konferenz in Manila ins Auge gefaßt haben? Nein, antwortete Ministerpräsident Macmillan in einer konservativen Parteiversammlung (am 4. März); ein größerer Angriff liege erst vor, «wenn sowjetische Truppen mit klarer Entschlossenheit in Europa eindringen, europäische Städte mit hochexplosiven Bomben und Raketen belegen und allgemein eine Politik der Eroberung und der Unterdrückung beginnen». Das hieße also, daß russische Angriffshandlungen zweitrangiger Art nicht automatisch mit dem Einsatz von Atomwaffen beantwortet würden, wohl auch nicht mit dem Einsatz bloß taktischer Atomwaffen, da ein solcher «kleiner» Krieg mit äußerster Wahrscheinlichkeit doch zu einem totalen Vernichtungskrieg führen würde. Würden die Westmächte also solche sowjetisch-kommunistischen Vorstöße mehr oder weniger tatenlos hinnehmen? Wenn ja – was für einen Wert hat dann die ganze «Abschreckungstheorie»? Wenn nein – wäre es zu verantworten, deswegen die Sowjetunion mit H-Bomben anzugreifen und damit die eigene Vernichtung heraufzubeschwören?

Man sieht, in welch ausweglose Lage die Abschreckungstheoretiker ihre Völker zu führen drohen. Aber darüber hinaus ist doch der Glaube an die kriegsverhindernde Wirkung der Massenvernichtungswaffen moralisch und psychologisch ebenso widersinnig wie die alte, verruchte Lehre von der Friedenssicherung durch Kriegsrüstungen überhaupt, deren neueste Form sie darstellt. Wenn nichts anderes, so sollten wenigstens die beiden Weltkriege, die wir erlebt haben, uns diesen Irrglauben endgültig genommen haben. Weder Wilhelm II. noch Hitler ließen sich durch die augenscheinliche militärische Überlegenheit der Gegenmächte von einem Kriegsvorhaben abbringen, bei dessen Ausführung sie und ihre Berater großenteils durch jenseits der Vernunft liegende Kräfte und allerlei bloß spekulative Hoffnungen angetrieben wurden. Die Kriegsrüstungen und der ganze mit ihnen verbundene Mobilisationsmechanismus wirkten besonders Anno 1914

so wenig abschreckend, daß sie auf deutscher wie teilweise auch auf russischer Seite die Katastrophe geradezu herbeizwangen. Und Paul Johnson hat kaum Unrecht, wenn er in dem erwähnten Artikel meint, eine massive britisch-französische Aufrüstung hätte auch in den dreißiger Jahren den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nur beschleunigt und zur Niederlage der Westalliierten geführt. «In der Tat», so folgert er, «je mehr wir den Ursprung von Kriegen studieren, um so klarer wird es, daß das Abschreckungsmittel (die Rüstungen) nicht nur versagt, sondern genau die gegenteilige Wirkung hat» – deswegen nämlich, weil die «Politik der Stärke» die Entscheidungen immer mehr in die Hände der Militärs legt, die ihrer ganzen Denkweise und Berufstätigkeit gemäß allen politischen Lösungen internationaler Konflikte mißtrauen, sie sogar sabotieren und nicht auf die Verhinderung von K r i e g e n bedacht sind, sondern nur auf die Verhinderung einer N i e d e r l a g e. Ein jüngstes Beispiel dafür bilden die monatelangen Verhandlungen des Abrüstungsunterausschusses der UNO in London. «Jeder Diplomat, der daran teilgenommen hat», so schreibt Johnson, «erzählt einem, daß die militärischen Delegationsmitglieder immer das letzte Wort haben. Und das ist auch unvermeidlich, solange die Aufrechterhaltung des Abschreckungsmittels im Vordergrund aller Überlegungen steht.»

Muß man da nicht annehmen, daß militärische Erwägungen und Bestrebungen – der Wille nämlich, den Russen unter allen Umständen den Meister zu zeigen und die besten Bedingungen für «die kommende große Kraftprobe» zu schaffen – auch fernerhin jede wirkliche Annäherung zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt verhindern und die atomaren Rüstungen statt den kriegerischen Zusammenprall der beiden Lager auszuschließen, ihn umgekehrt unvermeidlich machen werden? Dabei braucht bei den Regierungen gar nicht unbedingt der Wille zum Krieg zu bestehen. Sie werden in einer politischen Krise einfach durch das Eigengewicht der Militärmaschine fortgerissen und zu Entscheidungen gedrängt werden, die sie im Grunde gar nicht wollten. Es wird nicht immer so gehen wie in der Suezkrise, wo der amerikanische Spionagedienst fälschlicherweise meldete, Sowjetflugzeuge seien über Persien und der Türkei im Anflug, und Mr. Dulles eine amerikanische Gegenaktion befehlen wollte, die aber dann von den Wehrmachtführern selbst widerraten wurde, weil der aufzubietende Militärapparat in seiner blinden Eigengesetzlichkeit die Gefahr eines allgemeinen Krieges heraufbeschworen hätte. Das angebliche Abschreckungsmittel hätte also wegen dieses starren Automatismus gerade umgekehrt die Rolle eines kriegsauslösenden Mechanismus gespielt.

Die Amerikaner sind daher jetzt zu einem vermeintlich biegsameren System übergegangen, indem sie scharf geladene Atomflugzeuge ständig über gewissen europäischen Militärstützpunkten kreisen lassen. Aber glaubt man wirklich, daß damit die Kriegsgefahr ferner gerückt

sei? Das Gegenteil ist eher wahrscheinlich. Es braucht bloß ein Pilot oder Fliegerkommandant den Kopf zu verlieren – wie der frühere amerikanische Kriegsminister Forrestall, der von Panik ergriffen auf die Straße stürzte mit dem Ruf: «Die Russen kommen!» – und seine Bombenladung über einem sowjetischen Ziel abzuwerfen, und das Unglück ist geschehen. Oder es kann ein Irrtum in der Befehlsausgabe passieren wie im Falle jenes deutschen Offiziers, der ein Signal falsch verstand und die Zerstörung Rotterdams durch Hitlers Luftwaffe ins Werk setzte. Eine noch unvergleichlich furchtbarere Katastrophe ist nach einer Enthüllung des amerikanischen Senators Ralph Flanders (zitiert in der westdeutschen Wochenschrift «Der Spiegel» vom 19. Februar) tatsächlich erst unlängst vermieden worden. Die Radarstationen der USA-Luftwaffe hatten, wenn diese Mitteilungen stimmen, gemeldet, daß sich mehrere Geschwader unbekannter Bomber mit Überschallgeschwindigkeit den Vereinigten Staaten näherten. Der Bericht wurde von den Radarstationen an der amerikanischen Küste bestätigt. Kurz darauf stellte sich heraus, daß all diese Stationen einem technischen Irrtum zum Opfer gefallen waren. Nur die Besonnenheit des Kommandanten des Strategischen Bomberkommandos der USA, General Power, hat den Einsatz amerikanischer «Vergeltungs-Atombomber» verhindert. Wird solche Besonnenheit aber bei den verantwortlichen Befehlshabern immer walten? Das ist alles andere als sicher – und dann nimmt das Verhängnis eben seinen Lauf. Von versehentlichen Atombombenexplosionen, etwa bei einem Flugzeugabsturz, wollen wir dabei gar nicht reden.

All diese Dinge sind eben menschlich und technisch vollkommen möglich. Dies um so mehr, wenn der haß- und furchterzeugende Propagandakrieg gegen die kommunistischen Länder fortgeht und in irgendeiner politischen oder sozialen Krise wieder jene hysterische Massenstimmung entsteht, die wir von der ungarischen Sache her kennen, und die – wenn nicht eine Regierung, so vielleicht doch eine Gruppe von Fliegeroffizieren in Versuchung führen könnte, nun endlich einmal den «Brandherd des Weltbolschewismus» mit ein paar Dutzend H-Bomben gewaltsam auszulöschen . . .

Es ist nun einfach so: Atomwaffenrüstung hat weder den Zweck noch die Wirkung, einen Krieg zu verhindern. Sie kann im besten Fall einen möglichen Gegner zeitweilig einschüchtern, ist aber außerstande, auf die Dauer das Hereinbrechen der atomaren Sintflut abzuwehren. Das wissen natürlich die Militärs und Rüstungspolitiker selber am besten. Sie rechnen ja ständig mit einem neuen Weltkrieg, den sie trotz allem zuletzt zu gewinnen hoffen. Für diesen Fall stellen sie nicht allein ihre H-Bomben und Raketen bereit, sondern auch ihre konventionellen Waffen, die, vom Westen her gesehen, vor dem «Schwert» der großen Abschreckung einen «Schild» gegen den Einbruch der Russen bilden sollen. «Hauptzweck des Schildes ist es», wie der frühere holländische Generalstabschef Kruls unlängst in einem

Vortrag vor Zürcher Studenten sagte, «der Leitung der NATO Zeit einzuräumen, damit sie die Entscheidung über den strategischen Vernichtungskrieg in Ruhe fassen kann» – als ob das auf schlagartiges Handeln drängende militärische Denken in einer solchen Lage ruhige Überlegung und ein Hinauszögern der letzten Entscheidung durch die Politiker überhaupt noch zulassen würde!

Auf jeden Fall geben die Abschreckungstheoretiker mit dieser ganzen Beweisführung selber zu, daß auf die kriegsverhindernde Wirkung der Kernwaffen keinerlei ernstlicher Verlaß ist. Was sie n i c h t zugeben, ist freilich, daß die Atomrüstungen im Gegenteil unmittelbar kriegs e r z e u g e n d e Wirkung haben. Um so deutlicher muß von uns anderen den Völkern gesagt werden, daß es auch hier wieder nur der G l a u b e an die Wahrscheinlichkeit oder gar Unvermeidlichkeit des Krieges – überhaupt der Gewaltglaube – und das von den Bedürfnissen der Rüstungsmaschinerie beherrschte militärische Denken ist, was den Krieg herbeiführt, nicht irgendeine objektive, sachliche Notwendigkeit. Gewiß war ursprünglich die Armee ein Werkzeug der Politik, die «mit anderen Mitteln» als denjenigen einer friedlichen Diplomatie ihre Zwecke zu erreichen suchte. Je mehr sich aber die Kriegstechnik vervollkommnete und je gewaltiger der von ihr aufgebaute Rüstungsapparat wurde, desto mehr gerieten die Politiker in Abhängigkeit von den Militärs, denen sie die Führung ihrer Sache anvertrauten. So bedient sich auch jetzt der bürgerlich-kapitalistische Antikommunismus nicht mehr selbständig der Rüstungsmaschinerie für seine Zwecke, sondern die Bediener (und Interessenten!) der Rüstungsmaschinerie suggerieren umgekehrt den sogenannten Staatsmännern, daß es für ihren Konflikt mit dem Kommunismus zuletzt nur e i n e Lösung gebe: den Krieg. Die Politik ist die Gefangene des Militärbetriebes geworden.

Widerstreitende Kräfte Die tödliche Gefahr, die daraus dem Frieden erwächst, wird ohne Zweifel im S o w j e t l a g e r viel klarer erkannt als in der antikommunistischen Welt. Darum das hartnäckige Bemühen Moskaus, das uferlose Wettrüsten einzudämmen. «Es ist merkwürdig», so schreibt Walter Millis in der Neuyorker «Nation» (15. Februar), wie viel gute Gedanken von Rußland ausgegangen sind. Im Jahre 1898 schlug es einen Rüstungsstopp vor. 1918 (unter den Bolschewiki) schlug es einen ‚Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen' vor. In den Zwischenkriegsjahren befürwortete es die vollständige Abschaffung aller nationalen Rüstungen. Vom Beginn des Atomzeitalters an schlugen die Russen die vollständige Abschaffung aller Kernwaffen vor. Jetzt beantragen sie die Einstellung der Kernwaffenversuche. Man kann schwerlich leugnen, daß die Welt eine glücklichere und sicherere Wohnstätte wäre, wenn seinerzeit diese Vorschläge alle oder zum Teil genehm gewesen wären. Warum also sind sie so gleichförmig

gescheitert? Die beste Antwort scheint zu sein, daß die Russen nie imstand oder willens waren, einen wirklichkeitsgemäßen Überblick über die Machtfaktoren zu gewinnen, mit denen sie zu verhandeln suchten, und infolgedessen ihre Vorschläge immer nur unter dem Anschein vorbringen konnten, als seien sie lediglich ein Mittel, um die russischen Reichsinteressen oder Rußlands Sicherheit auf Kosten der Sicherheit und der Interessen der übrigen Welt zu fördern.»

Daran ist gewiß viel Richtiges. Ebenso richtig ist aber, daß die Sowjetunion keinerlei materielles oder sonstiges Interesse an Krieg und Kriegsrüstungen hat und daß sie keine Hemmungen kennt, die Überschußproduktion ihrer Wirtschaft für friedliche Zwecke zu verwenden. Paul Sweezy, der Mitredakteur der amerikanischen «Monthly Review», fand diese Tatsache bei einem jüngsten Besuch in Rußland und in anderen Ostländern vollauf bestätigt. «Es gibt (in der Sowjetunion) natürlich», stellt er fest, «keine private Munitionsindustrie, die von Militäraufträgen profitieren könnte, und sozusagen ein jeder, der in der Rüstungswirtschaft tätig ist (mit ein paar Ausnahmen vielleicht, die aber sicher keine allgemeine Bedeutung haben), weiß, daß er oder sie persönlich mindestens gerade so gut fahren würde, wenn sie Güter und Dienstleistungen für Friedenszwecke lieferten, und daß die Gesellschaft als ganzes dabei viel besser fahren würde. Vom Standpunkt der Planung und Leitung der sozialistischen Wirtschaft aus ist es außerdem vollkommen selbstverständlich, daß militärische Produktion eine Vergeudung des Überschußertrages darstellt, der sonst zur Befriedigung der dringenden Nachfrage nach Gütern verwendet werden könnte, die von allen Seiten beharrlich und stürmisch begehrt werden.»

Daß die Sachlage in den kapitalistischen Ländern von diesem Zustand gänzlich verschieden ist, braucht an dieser Stelle nicht mehr im einzelnen dargelegt zu werden. Das kapitalistische Gewinnstreben war nicht nur an zahllosen kleineren Kriegen und Eroberungsfeldzügen der Vergangenheit maßgebend beteiligt; es wirkte aufs stärkste auch bei der Vorbereitung und beim Ausbruch der beiden großen Weltkriege mit. Und daß es gegenwärtig eine Hauptantriebskraft des Antikommunismus und des Kalten Krieges besonders gegen die Sowjetunion darstellt, das ist fast eine Binsenwahrheit geworden, so sehr es sich hinter hochtönenden Redensarten von Freiheit und Menschlichkeit versteckt. Nicht zuletzt ist es offenbar, daß sich der Spätkapitalismus nur noch durch Krieg und Kriegsrüstungen am Leben halten kann und daß es in der kapitalistischen Gesellschaft kein Organ gibt, das die Nutzbarmachung des Produktionsüberschusses zur Hebung der Volkswohlfahrt planmäßig betreiben und durchsetzen könnte.

Tatsache ist jedenfalls, wie Sweezy schreibt, «daß die Lebensinteressen der führenden Gruppen in der Sowjetunion, in Polen und Jugoslawien, im Unterschied zu denjenigen der führenden Gruppen in den

Vereinigten Staaten, die Verminderung und schließliche Ausschaltung der Kriegsvorbereitungen erheischen. Ich ging nach Osteuropa in der Annahme, es sei wirklich so, und ich tat mein Mögliches, um Anhaltspunkte dafür zu entdecken, daß ich unrecht habe. Ich fand aber keine, und ich fordere jeden, der anderer Meinung ist, heraus, solches Material vorzubringen. Wenn ich hier recht habe, wovon ich unbedingt überzeugt bin, so folgt daraus, wie ich glaube, daß der Beweis für die Notwendigkeit des Sozialismus im Zeitalter der Atomwaffen in überwältigendem Maße erbracht ist . . . Die Frage von Leben und Tod in unserer Zeit ist Frieden oder Krieg, und in dieser Frage steht der Sozialismus auf seiten des Lebens. Vielerlei Dinge erscheinen mir heute verwickelter als früher, aber mindestens e i n Ding erscheint mir einfacher. Das Weiterleben des Menschengeschlechtes verlangt Frieden, und nur der Sozialismus kann ihn sichern. Wenn es einen besseren Grund gibt oder geben könnte, um Sozialist zu sein, so kann ich mir nicht vorstellen, was es für einer ist.»

Einstweilen bleiben die Westländer freilich dem Kapitalismus verhaftet, voran die V e r e i n i g t e n S t a a t e n. Ob der Wirtschaftsrückschlag, der jetzt Amerika trifft und sich vielleicht auf Europa ausdehnen wird, daran etwas zu ändern vermag, erscheint zweifelhaft. Die Zahl der Arbeitslosen ist freilich in den Vereinigten Staaten auf mehr als fünf Millionen gestiegen, das Doppelte des Standes vor einem Jahr, und auch in Kanada steigt sie rapid. In den anderen Industrieländern sind noch keine ernsteren Anzeichen für einen Konjunkturrückgang zu bemerken, aber außer in Westdeutschland, der Schweiz und in Japan scheint die Vollbeschäftigung ziemlich überall der Vergangenheit anzugehören. Besonders in Italien ist die Ganz- und Teilarbeitslosigkeit verheerend, aber auch zum Beispiel in Großbritannien kriselt es an etlichen Orten bedenklich.

Es ist unter diesen Umständen nur natürlich, daß die Bewegung zugunsten einer internationalen Entspannung in diesen Ländern an Umfang und Stärke zunimmt – auch in den Vereinigten Staaten. Die Kritiker der Politik des Kalten Krieges wagen sich dort heute viel kühner hervor als noch vor einem Jahr, namentlich innerhalb der Demokratischen Partei, die bei den im Herbst fälligen Erneuerungswahlen zur Bundesversammlung und dann in zwei Jahren bei der Präsidentenwahl wieder obenaufzukommen hofft. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die große, vierstündige (nach amerikanischer Sitte zwar immer wieder von kurzen Voten seiner Kollegen unterbrochene) Rede des demokratischen Senators Humphrey, der, unterstützt von dem Fraktionsführer Johnson und mehreren anderen Parteifreunden, die negative Politik von Dulles und besonders seine Unwilligkeit zu einer Generalverständigung mit der Sowjetunion lebhaft angriff. Die republikanischen und auch eine Minderheit der demokratischen Senatoren rückten zwar offen von Humphrey ab. Aber, wie im Pariser «Observateur» wohl zutreffend bemerkt wird, «nach dieser Rede und der

Unterstützung, die sie vom Fraktionsführer Lyndon Johnson wie von erstrangigen Parteimitgliedern erhalten hat, ist es sicher, daß die außenpolitische Orientierung der Demokraten nicht mehr die gleiche wie bisher bleiben kann, daß Eisenhower und Stassen nicht mehr die einzigen unter den führenden Männern Amerikas sein werden, die ‚auf den Frieden wetten', und daß die Republikanische Partei als Ganzes der Neuorientierung der Konkurrenzpartei wird Rechnung tragen müssen.»

Der Widerstand wächst Während der planmäßige Widerstand gegen die Politik des Kalten Krieges in Amerika erst langsam erwacht, ist er in England schon fast zu einer Volksbewegung geworden. Die Ausschüsse, die den Kampf gegen alle Atombewaffnung auf ihre Fahne geschrieben haben, verbreiten sich über das ganze Land hin und gewinnen in allen Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt auch in der Jugend, zusehends Anhänger. Die politischen Parteien sehen der Ausdehnung der Bewegung verdrießlich und sorgenvoll zu und suchen sie als «unverantwortlich», «wirklichkeitsfremd», «nur» von (natürlich verächtlich abgetanem) «moralischem Sentimentalismus» beherrscht in Verruf zu bringen. In Wahrheit wird die Opposition gegen Atomkrieg und Militärrüstungen überhaupt, gerade weil sie stark von geistig-sittlichen Kräften getragen wird, auch der politischen Wirklichkeit unvergleichlich mehr gerecht als all die Weisheit der «Realpolitiker», die nur – oder doch in erster und letzter Linie – mit materiellen, greifbaren Machtfaktoren rechnen. Und eben das verschafft ihr soviel Zuzug aus Kreisen, die, ohne bisher pazifistisch ausgerichtet gewesen zu sein, Krieg und Kriegsrüstung ganz nüchtern als einfach überholt und selbstmörderisch erkennen. Bezeichnend ist, daß unter dem Einfluß dieser Bewegung auch der «Daily Herald», der jetzt allerdings nur mehr lose Beziehungen zur Labourpartei unterhält, in aufsehenerregender Art zur Opposition abgeschwenkt ist und nicht nur die Einstellung der Atombombenversuche, sondern auch den Verzicht auf eigene britische Kernwaffen, die Verweigerung von Abschußrampen für amerikanische Raketen und das Aufhören der Flüge atombombengeladener amerikanischer Flugzeuge über England fordert. Die Labourführung selber unterstützt im Grundsatz die Rüstungs- und Atombombenpolitik der konservativen Regierung, scharf angegriffen freilich vom linken Parteiflügel, der in einer neugegründeten Agitationsgruppe «Victory for Socialism» («Sieg für den Sozialismus») ein der Parteileitung höchst unbequem gewordenes organisatorisches Zentrum erhalten hat.

Im Vergleich zu dem englischen Feldzug gegen die Atomkriegsgefahr ist die entsprechende westdeutsche Bewegung noch ziemlich schwach. Immerhin sind erfolgreiche Unterschriftensammlungen unter Gelehrten, Studenten und Frauen im Gang, und auch die Gruppe, die mit der Losung «Kampf dem Atomtod» arbeitet, hat über

die Parteigrenzen hinweg eine großangelegte Aktion begonnen. Sie verlangt den Verzicht auf Westdeutschlands Beteiligung am atomaren Wettrennen, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und als Endziel eine entscheidende Entspannung zwischen West und Ost, die allein die Wiedervereinigung der beiden getrennten Hälften Deutschlands herbeiführen könne. Sogar in der Regierungspartei, der Christlich-Demokratischen Union, scheinen sich Zweifel an der Richtigkeit der Politik Adenauers und seiner Mitarbeiter geltend zu machen; aber solange die Führung der Sozialdemokratie auf beiden Achseln Wasser zu tragen sucht und sich nicht eindeutig zum Kampf gegen die westmächtlich-antikommunistische Europapolitik entschließen kann, bleibt wohl, trotz oppositionellen Strömungen im Parteivolk und in den Gewerkschaften, der ganzen Bewegung der mitreißende Schwung und damit die Erfolgsaussicht versagt.

Ähnliches gilt von Frankreich. Trotz allen amtlichen Beschwichtigungsversuchen hat das Verbrechen von Sakiet die öffentliche Meinung tief aufgewühlt und die Regierungskoalition schwer erschüttert. Namentlich greift innerhalb der Sozialistischen Partei der Widerstand gegen den Algerienkrieg wie gegen die übrige Nordafrikapolitik der Regierung, aber auch gegen die amerikanische Orientierung der allgemeinen Außenpolitik Frankreichs mehr und mehr um sich. Dem muß sogar Guy Mollet, der allmächtige Parteidiktator, Rechnung tragen, und es sieht fast so aus, als wolle er die erstbeste Gelegenheit benützen, um den Austritt der Sozialistischen Partei aus der Regierungskoalition herbeizuführen. Was aber dann? Die extreme Rechte ist im Hinblick auf eine baldige Regierungskrise bereits sehr geschäftig, Gerüchte über die Bildung einer «Regierung der nationalen Sicherheit», vielleicht unter dem Vorsitz von General de Gaulle und mit dem Zweck einer verschärften Fortsetzung des Afrikakrieges, schwirren beständig herum. Anderseits haben die beiden Linksparteien, Sozialisten und Kommunisten, bei den letzten Ersatzwahlen in die Nationalversammlung so stark an Stimmen gewonnen, daß gegen ihren Widerstand kaum ein reaktionär-diktatorisches Regime aufgerichtet werden kann. Nur fehlt es eben mindestens der sozialistischen Führung durchaus an Festigkeit und Klarheit in ihrer Kritik der offiziellen Außen- und Kolonialpolitik, und auch die Kommunisten fühlen sich durch die Besorgnis, eine Verdrängung Frankreichs aus Nordafrika werde den Weg für eine amerikanische Durchdringung Algeriens und Tunesiens öffnen, in ihrem Oppositionswillen gehemmt. Für eine Koalition der gesamten Linken – von den Linksradikalen und Linkskatholiken über die Sozialisten bis zu den Kommunisten – sind die in Frage kommenden Parteien jedenfalls, trotz aller drängenden sachlichen Notwendigkeit, immer noch nicht reif.

Die „Unterentwickelten" Werfen wir aber auch noch einen raschen Blick auf die Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker, die auch für den Kampf um die Vermeidung des dritten Weltkrieges eine so große Bedeutung hat. Im Vordergrund steht augenblicklich wieder Nordafrika. Insbesondere ist Algerien, wie Fenner Brockway, der unermüdliche britische Vorkämpfer der Befreiung der Kolonialvölker, in den «Peace News» schreibt, das Symbol all der Fragen geworden, die jetzt die Welt bewegen. «Algerien wirft die Frage der afrikanischen und anderen Gebiete auf, in denen es beträchtliche europäische Volksgruppen gibt. Es wirft die Frage West-Ost und der Rolle der NATO und anderer westlicher Militärbündnisse auf . . . Algerien wird sich für den Westen als entscheidend erweisen in seinen Beziehungen nicht nur zu den arabischen Ländern Nordafrikas, sondern zum ganzen Mittelosten. Tunesien und Marokko sind trotz dem französischen Krieg gegen ihre algerischen Brüder westfreundlich geblieben. Sie werden jetzt an die Seite des neutralistischen Ägyptens getrieben, wo die Verbindung mit den Sowjets stark ist. Darum suchen Amerika und bis zu einem gewissen Grad auch England im Konflikt Frankreichs mit Tunesien zu vermitteln. Aber wenn Frankreich nicht Algeriens Unabhängigkeit anerkennt, so werden auf die Länge weder Bourguiba noch der Sultan von Marokko dem Druck ihrer Völker zugunsten der arabischen Solidarität mit Ägypten widerstehen können. Der Westen ist durch den algerischen Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen, weil die der NATO zugeteilten französischen Streitkräfte und ihre von Amerika mitgelieferte Ausrüstung nach Algerien verschoben worden sind. Die Bomber, die Sakiet angegriffen haben, sind amerikanischer Herkunft. Das hat weittragende Folgen. Würde es einem Staat, der der SEATO oder dem Bagdadpakt angeschlossen ist, erlaubt werden, westliches Material einzusetzen, wenn er in einen Privatkrieg verwickelt würde?» Dazu kommt nun noch die Entdeckung und Nutzbarmachung von Sahara-Erdöl, das Frankreich erst recht in seinem Entschluß bestärkt, um jeden Preis Algerien zu halten – so wie beispielsweise das Kupfer Nordrhodesiens und das Uran des Kongos für Großbritannien und Belgien Grund genug sind, um ihre zentralafrikanische Kolonialherrschaft zu behaupten. Für die Vereinten Nationen aber entstehen durch all diese Verumständungen Fragen und Aufgaben ersten Ranges, deren Behandlung sie sich auf die Länge nicht entziehen können.

Bedeutsam ist auch die hier schon kürzlich besprochene Entwicklung im «Schwarzen Afrika», also in den französischen Kolonien südlich der Sahara. In West- und Äquatorialafrika haben sich die einheimischen Parteien zu einem Bund zusammengeschlossen, der sich die Gewinnung der vollen inneren Selbstregierung zum Ziel setzt, unter Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Regierung der Französischen Union, die für die auswärtige Politik, das Militärwesen, das Münzsystem, die höheren Schulen und die Gerichtsorganisation zu-

ständig wäre. Ähnliche Bestrebungen machen sich in Kamerun, in Togo und auf Madagaskar geltend. Frankreich sieht sich damit vor eine Lage gestellt, die von ihm äußerste Geschmeidigkeit und Großzügigkeit verlangt, will es nicht Gefahr laufen, daß es, nach Marokko und Tunesien, zusammen mit Algerien auch seine mittel- und südostafrikanischen Kolonien ganz verliert. Gewiß ist die Reife der afrikanischen Völker zur Selbstregierung nicht über jeden Zweifel erhaben; aber die Kolonialmächte haben so lange mit der Heranziehung der Farbigen zur eigenen Gestaltung ihres Schicksals gezögert, daß der Freiheitsdrang der bislang niedergehaltenen und ausgebeuteten Rassen einfach übermächtig geworden ist und weiteres Zaudern in der Gewährung der Selbstregierung viel verhängnisvoller wäre als die Nachteile, die sich aus der noch nicht hundertprozentigen Mündigkeit der farbigen Nationen ergeben können.

So wäre es auch vergeblich, der stürmischen Unabhängigkeits- und Einheitsbewegung der arabischen Völker noch ernstliche Hindernisse in den Weg zu legen. Der neuen ägyptisch-syrisch-jemenitischen Einheitsrepublik ist nun zwar durch den Zusammenschluß Jordaniens mit Irak ein Gegenbund erwachsen, aber dabei wird es ja kaum sein Bewenden haben; und wenn die Westmächte nicht sehr rasch in Nordafrika weitherziges Entgegenkommen zeigen, so kann es wohl sein, daß der kühne Plan eines arabischen Großreiches, das von Marokko bis zum Persischen Meerbusen reichen würde, doch noch Wirklichkeit wird. Und das hieße, daß in diesem ganzen Raum für die antikommunistische Machtpolitik der kapitalistischen Länder kein Platz mehr wäre, vielmehr umgekehrt der sowjetische Einfluß zunehmend stärker würde.

Auch Süd- und Ostasien entgleitet ja mehr und mehr den Westmächten; daran ändert auch die SEATO nichts, deren Ministerkonferenz in Manila ganz von der Furcht vor dem Umsichgreifen des Kommunismus beherrscht war. Eine gewisse Berechtigung schöpft diese Furcht, außer der Anziehungskraft Chinas, nicht zuletzt aus der Entwicklung in Indonesien (auf die ein andermal zurückzukommen sein wird), wo der Kommunismus einen günstigen Nährboden gefunden und auch in der Regierung eine beträchtliche Machtstellung gewonnen hat. Die Rebellion gegen die Zentralregierung, die im übrigen wesentlich aus andern Quellen gespeist wird, nährt sich unzweifelhaft auch aus dem Widerstand gegen diese kommunistischen Einflüsse.

Soll ich in diesem Zusammenhang auch noch die Präsidentenwahl in Argentinien erwähnen, die dem bürgerlich-linksradikalen Kandidaten Arturo Frondizi einen Wahlsieg gebracht hat, wie er ausgesprochener in der argentinischen Geschichte noch nie vorgekommen ist? Nach dem Sturz des amerikahörigen Diktators von Venezuela ist dieses Ereignis gewiß ein Anzeichen für die Stärke der Unabhängigkeitsbewegung auch der südamerikanischen Halbkolonialvölker. Fron-

dizi wird voraussichtlich einen nationalistischen Kurs einschlagen, besonders in der Frage der Verfügung über die argentinischen Ölquellen, die er – wie die übrigen Naturschätze und Wirtschaftskräfte seines Landes – dem amerikanisch-kapitalistischen Zugriff zu entziehen strebt. Und da ihm auch der Plan nachgesagt wird, eine enge Wirtschaftsunion Argentiniens mit Chile herzustellen, wo die Linke bei den nächsten Wahlen gute Aussichten hat, so rückt die Bildung eines südamerikanischen Linksblocks durchaus in den Bereich der Möglichkeiten – ein neuer Hinweis auf die Götterdämmerung, die für den kapitalistischen Kolonialismus und Imperialismus angebrochen ist.

Alles kommt nun darauf an, daß der Übergang von der alten Welt zu der neuen, die wir ersehnen und die so machtvoll heraufzieht, ohne eine allverheerende Menschheitskatastrophe erfolgt. Nur die Einsicht, daß wir – vor allem bei der Friedenssicherung – ganz entschlossen die alten Denkgeleise und Verhaltensweisen verlassen müssen, kann uns Kraft geben, die neuen Wege zu gehen, die zu unserem Heil führen werden.

15. März 1958 *Hugo Kramer*

So manchmal werd' ich irre an der Stunde,
An Tag und Jahr, ach, an der ganzen Zeit;
Es gärt und tost, doch mitten auf dem Grunde
Ist es so still, so kalt, so zugeschneit!

Habt ihr euch auf ein neues Jahr gefreut,
Die Zukunft preisend mit beredtem Munde?
Es rollt heran und schleudert, o wie weit!
Euch rückwärts. – Ihr versinkt im alten Schlunde.

Doch kann ich nie die Hoffnung ganz verlieren,
Sind auch noch viele Nächte zu durchträumen,
Zu schlafen, zu durchwachen, zu durchfrieren!

So wahr erzürnte Wasser müssen schäumen,
Muß, ob der tiefsten Nacht, Tag triumphieren,
Und sieh: Schon bricht es rot aus Wolkensäumen!

Gottfried Keller

Werfet das Vertrauen nicht weg!

Im Mittelpunkt aller ernsthaften Gespräche und Auseinandersetzungen steht heute die «Atombombe». Sozusagen die gesamte Presse, alle Parteien und selbst die Regierungen und Staatsmänner versuchen es, der vernichtenden Gefahr eines Atomkrieges ins Gesicht zu sehen. Was ernsthafte Wissenschafter und Nobelpreisträger, Politiker und Militärpersonen über die selbstmörderische Bedrohung durch die nuklearen Waffen geschrieben haben und stets neu schreiben, ist derart alarmierend, daß jeder denkende Mensch im Innersten erschüttert ist. Namhafte einzelne Christen, ganze Synoden und Kirchen erheben ihre mahnende Stimme. Die Menschheit ist gewarnt!

Gibt es auch immer wieder «beruhigende» Erklärungen, die vor Übertreibungen warnen, die da sagen, man werde auch da wieder Abwehrmittel finden, so sind diese Versuche der Verharmlosung nicht imstande, uns das Grauen und Entsetzen zu nehmen. Als vor 12 Jahren die erste Atombombe abgeworfen wurde, gab es gleich 180 000 Tote, und die äußern und innern Schädigungen an Überlebenden sind bis heute noch nicht überwunden. Seither aber hat sich die atomare Bombe weiterentwickelt. Die Bomben von Hiroshima und Nagasaki sind ein «Kinderspielzeug» gegenüber dem, was heute an Wasserstoffbomben zur Zerstörung aufgestapelt bereit liegt. Und noch stehen wir erst in den Anfängen. Wenn nur der zehnte Teil dessen wahr wäre, was gewissenhafte Wissenschafter schreiben, so ist das derart apokalyptisch, daß die Menschheit keine ruhige Stunde mehr haben kann. So mehren sich die Resolutionen gegen die Herstellung von Wasserstoffbomben. Selbst gegen die Weiterführung von Versuchen mit diesen Vernichtungswaffen wird stets neu Stellung bezogen. Weltliche und kirchliche Kreise sind eins in der Forderung: Verbot aller nuklearen Waffen, Schluß mit allen Versuchsexperimenten!

Die Welt steht vor einer ganz neuen Situation. Das einstige Aufkommen der Feuerwaffen, die Erfindung des Dynamits, die Verwendung von Flugzeugen im Krieg, das alles hat jedesmal die Kriegführung gewaltig verändert und immer größere Zerstörungen hervorgerufen. So grauenhaft das Aufkommen jeder neuen Waffe auch war, so bedeutete es aber doch «nur» eine Vervielfachung der Sprengwirkung und des Zerstörungsradius. Die Vernichtung selbst blieb immer lokaler Art, wenn auch in ganz neuen Dimensionen. – Mit der «Kernspaltung» aber ist ein Freiwerden von so unvorstellbaren Energien möglich geworden, daß die Schöpfung selbst dadurch bedroht ist. Es werden nicht nur Feindesland und Hinterland erfaßt. Es werden Regen, Wasser, Pflanzen todbringend verseucht. Tier und Mensch werden nicht nur getötet, sondern in ihrer Lebensform verdorben und in ihrer Lebensart innerlich getroffen. Es handelt sich nicht mehr nur um eine Steigerung der Zerstörungsgewalten, sondern um eine Zerstörung, die ans eigentliche Leben geht und Verderben bringend sich auf Generatio-

nen erstreckt. Es geht um Sein und Nichtsein. Es handelt sich um Selbstzerstörung der gesamten Menschheit. Wir stehen vor einem möglichen Untergang der Schöpfung selbst. Die Menschheit ist gewarnt!

Sollte es auch möglich sein, woran aber zu zweifeln ist, daß Gegenmaßnahmen gegen diese alles zerstörende Gefahr getroffen werden könnten, so läßt sich die technische Entwicklung selbst nicht aufhalten. Könnten auch erbmäßige Schädigungen, radioaktive Nebenwirkungen ausgeschaltet werden, so wäre ein Krieg mit den modernen Raketengeschossen, ein technischer Druckknopfkrieg allein schon so verheerend, daß er einem gemeinsamen Selbstmord gleichkäme. Verharmlosungen helfen nicht, wir sind gewarnt!

Wenn wir uns in die wissenschaftlichen Aufklärungen vertiefen, wenn wir die Warnungen und Mahnungen derer lesen, die sachlich etwas verstehen, erfaßt uns Angst und Entsetzen. Angst ist zwar nicht christlich. Es gibt eine lähmende Angst, aber es gibt auch eine heilsame Angst. Es muß die Menschheit noch viel mehr beunruhigt werden. Wie verderblich Angstpsychosen sind, wie unheimlich sie ausgenützt werden können, so liegt umgekehrt in rechter Beunruhigung und heilsamer Angst ein Segen. Es muß uns tatsächlich immer klarer und deutlicher werden, daß es keine Abwehrmethoden gibt, die diesen Namen verdienen, daß da keine Bunker helfen, daß es nichts ist mit Masken oder Dislozierung ganzer Städte, daß ein wirklicher Schutz eine Illusion ist. «Mit unsrer Macht ist nichts getan.» Wenn wir uns dieser Realität nicht verschließen, wenn wir die ganze Ohnmacht spüren, die in den heutigen Methoden des Krieges und der Kriegsabwehr besteht, dann kann diese hilflose Situation dorthin führen, wo Gott uns haben will. Gott selbst ist es, der uns warnt, und nicht nur warnt, sondern helfen will.

Es handelt sich nicht nur darum, daß wir Menschen in Beschlüssen und Konferenzen nach Verbot der Atomwaffen rufen. Es ist Gott selbst, der dieses Halt uns zuruft. Mehr noch, er ruft uns durch die Enthüllung dessen, was heute Krieg wäre, zu, daß es gilt, den Krieg selbst nun zu überwinden. Der Augenblick ist gekommen, daß eine kriegerische Auseinandersetzung der Völker kein Problem mehr lösen kann, sondern alle miteinander ins Verderben führt. Es geht nicht nur um die Abschaffung der Atombomben, sondern um die Abschaffung des Krieges in jeder Form.

Schon längst hat uns Gott auf diesen Weg führen wollen. Friedliches Zusammenleben der Völker ist uns im Alten und Neuen Testament verheißen. Jesus ist der Friedefürst. In ihm ist die Realität und Möglichkeit des Friedens da. Und er hat uns im Evangelium den Weg und die Kraft zur Bruderschaft aufgetan. Sein Aufgebot lautet: Selig sind die Friedeschaffer! Unsre Not aber war es bis heute, daß wir das nicht aktualisieren konnten, daß alle menschlichen Bemühungen immer wieder zusammenbrachen. Nach jedem Krieg waren Wille und Bereitschaft da, bald aber wieder vergessen. Und nun spricht Gott durch die Atombombe in unmißverständlicher Art und Weise. Er hat uns die

Selbstsicherungen entrissen. Wir stehen am Abgrund, wir sind vor das Nichts gestellt. Wie furchtbar das auch ist, so tröstlich ist es umgekehrt, weil gerade in diesem Zusammenbruch der Völker Er zu Ehren kommen kann, der seit jeher Gedanken des Friedens hatte. Wo der Mensch am Ende steht, kann ihm Gott groß und lebendig werden. Wo der Mensch nicht mehr weiß, wo ein und aus, erkennt er Ihn, der Mittel und Wege weiß. In der «heilsamen» Angst werden wir in Denken, Glauben und Tun auf ihn geworfen, der von Ewigkeit her seine rettenden Pläne mit uns hat. Neu wird uns in Ohnmacht und Glauben bewußt: Gott will nicht die Katastrophe, er will nicht den Untergang. Gott hat die Welt also geliebt, daß er ihr seinen Sohn gab. Und sein Reich soll siegen. «Darum werfet euer Vertrauen nicht weg, welches eine große Verheißung hat. Ausdauer habt ihr nötig, damit ihr den Willen Gottes tun und so die Verheißung erlangen möget.» (Hebr. 10, 35–36.)

Es ist ja traurig, daß es die Atombombe braucht, um zu diesem Gottvertrauen zu kommen. Es ist im persönlichen Leben oft auch so, daß zuerst ein Schicksalsschlag eintreten muß, eine Krankheit oder dergleichen, bis sich der Mensch ganz auf den wirft, der allein Kraft, Halt und Wegweisung ist. Der verlorene Sohn mußte hin bis zu den Schweinen und ihren Trebern, bis er sich aufmachte und den Vater ernst nahm. Es ist auch im gemeinsamen Leben oft so, daß erst eine Katastrophe, ein Lawinenunglück, eine Überschwemmung die solidarischen Kräfte weckt, oft über die Grenzen hinweg. Wird der Mensch wohl in der Atombombe die Sprache Gottes verstehen, daß sie ihm zur Warnung, zum Rufe Gottes wird? Wird wohl das alle Völker bedrohende Unheil atomarer Kriegsmöglichkeit den Dienst tun, die gesamte Politik auf eine neue Grundlage zu stellen? Nicht negative Kräfte der Angst, auch nicht aus Furcht stammendes Verbot dieser Waffen bringt Rettung, sondern der dadurch neu geweckte positive Glaube an den Heilswillen Gottes. Darum werfet das Vertrauen nicht weg!

Dieses Vertrauen in die Friedensgedanken Gottes kann und muß den gesamten Menschen erfassen, die Bereitschaft wecken, aus dem Vertrauen heraus nicht nur Nein zu sagen zur Atombombe, sondern Ja zu sagen zu jenem bekannten Bibelwort und seiner Konsequenz: «Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein.» So dürfen wir einerseits nicht müde werden, gegen das ganze Kriegssystem nein zu sagen, anderseits aber mit neuem Glauben für alle Bestrebungen uns einzusetzen, die, aus dem Willen Gottes stammend, die Gerechtigkeit mehren auf der Erde. Gottvertrauen ist nicht Gemütsstimmung, sondern Aufruf und Mobilisation. Es gibt so viele Möglichkeiten, betend und handelnd dahinter und darin zu stehen, weil sie aktualisiertes Gottvertrauen und Friedensmöglichkeit sind. Ich denke an das aufbauende Werk eines Abbé Pierre und seiner Freunde. Ich denke an den Internationalen Zivildienst und dessen völkerverbindenden Geist. Wir wissen um die lebendig werdende Ökumene, um die immer stärker wer-

dende Bereitschaft zur Hilfe an zurückgebliebene Völker. Gibt es nicht auch für die UNO ganz neue Möglichkeiten, wenn wir vom Vertrauen zu Gottes Friedenswillen her in ihr arbeiten und hinter ihr stehen? Gibt es nicht in jedem Volke drin Probleme, die ganz anders noch an die Hand genommen werden müssen, auf daß ein positiver Wall gegen alle Destruktion des Kriegsdenkens entsteht? Zum Beispiel das Wohnungsproblem, die Bodenfrage, das Geldwesen? Gottes Wort trügt nicht. Wenn der Friede Frucht der Gerechtigkeit ist, dann wird alles richtige Trachten nach dem Reiche Gottes Verheißung haben. Und wir dürfen darnach streben, dafür schaffen, werfet das Vertrauen nicht weg!

Es wird immer wieder der Einwand erhoben, daß der Kampf für den Frieden unmöglich sei, solange diktatorische Staaten da sind und der Kommunismus um sich greife. Wir hätten keinen Einfluß auf jene Völker, und die Gefahr, von ihnen verschluckt zu werden, würde nur größer. Wir wollen diesen Einwand nicht gering schätzen, weil wir wissen, daß Wahrheit darin liegt. Umgekehrt aber ist dieses Bedenken doch nicht die ganze Wahrheit. Wenn der Westen seinerseits tut, was er kann, in seinen Landen nach der Gerechtigkeit trachtet, soweit es ihm möglich ist, so ist das bereits unendlich viel. Der Glaube ist immer ein Wagnis. Wagen wir nichts, weil wir Angst vor andern Völkern haben, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als gerade das zu tun, was keine Verheißung hat. Ist der Glaube, daß Gott den Untergang von Freiheit und Menschenwürde nicht will, daß er die Katastrophe der Menschheit verhüten will, ist dieser Glaube das Herzstück unseres Denkens, Hoffens, Vertrauens, dann dürfen wir sicher sein, daß wir Wege und Methoden finden, die selbst Wirkungen bringen können bis in die Hochburgen der Diktatur. Wer weiß, ob Gott nicht auf dieses Wagnis des Glaubens wartet, den Kriegsdämon zu stürzen, um auf seine Weise auch die dämonischen Kräfte der Diktatur zu überwinden. Im Atomkrieg zu sterben, hat keine Verheißung, auch wenn es für die besten Ideale geschähe, denn er bringt menschlich gesehen nur gemeinsamen Untergang. Im Vertrauen zu Gottes Verheißungen zu leben und wenn es sein müßte zu sterben, das hat Verheißung, weil es aus dem Wagnis des Glaubens geschieht. *G. Roggwiller*

Kirchlicher Friedensbund der Schweiz, Jahresbericht 1956/57

Unser religiös-soziales Zeugnis*

* Vortrag, gehalten an der Jahresversammlung der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz und der Freunde der «Neuen Wege» am 19. Januar 1958 in Zürich.

I.

Die Bekenner und Anhänger der religiös-sozialen Botschaft sind in der Schweiz nur eine sehr kleine Minderheit der Gesamtbevölkerung –

auch der mehr oder weniger auf christlichem Boden stehenden Bevölkerung. Zwar stehen hinter den Mitgliedern unserer Vereinigungen noch viele andere, die, ohne bei uns eingeschrieben zu sein, uns gesinnungsmäßig nahe verwandt sind, und daß die «Neuen Wege», unsere Monatsschrift, weit über den Kreis ihrer Abonnenten hinaus gelesen und beachtet werden, wissen wir auch. Dennoch – wir s i n d eine an Zahl und Einfluß recht geringe Schar. Und wir wollen uns auch nicht mit dem Trost zufrieden geben, daß es die k l e i n e Herde ist, der das Gottesreich verheißen wurde; denn dieses Reich ist ja doch für die ganze Welt und für alle Kreatur bestimmt, weshalb wir auch bitten sollen, daß der Herr der Ernte Arbeiter auf sein Erntefeld sende – m e h r Arbeiter als bisher in seinem Dienst standen.

Wir sind unser wirklich zu wenige, und wir sind namentlich zuwenig hingebungsvolle und opferwillige Arbeiter für die Sache, an der wir stehen. Kein Wunder darum, daß uns oft ein Gefühl der Ohnmacht, der Wirkungslosigkeit beschleichen will im Blick auf den Zustand der Welt, der so unendlich weit von der Herrschaft Gottes entfernt zu sein scheint. Mutlosigkeit will uns so manchesmal bedrücken, wenn wir sehen, wie riesig groß die Aufgabe ist, die unser wartet, und wie klein unser Einfluß, wie gering unser Erfolg, wie schwach unsere Kraft. Aber haben wir denn irgendein Recht zu solcher Mutlosigkeit? Haben wir wirklich bereits unsere volle Pflicht getan? Müssen wir uns nicht selber anklagen, wenn wir gestehen, wie leicht erschütterlich unsere Treue ist, wie halbherzig unsere Hingabe, wie schwach unser Glaube? Und geht es uns dann nicht wie Jeremia, der, sooft er redete, aufschreien mußte über Unrecht und Vergewaltigung und es müde wurde, tauben Ohren zu predigen, aber sein Zeugnis immer wieder abgeben m u ß t e? Denn, so bekennt er, «wenn ich mir vornehme: ‚Ich will nicht mehr an ihn (Jahve) denken und in seinem Namen nicht mehr reden', so ist es in meinem Innern, als wäre ein loderndes Feuer in meinen Gebeinen eingeschlossen; und mühe ich mich ab, es auszuhalten, so vermag ich es nicht.»

In der Tat: Zeugnis abzulegen von dem, was uns offenbar geworden ist, das bleibt auch u n s e r e Pflicht, ohne Rücksicht darauf, ob man uns hört oder nicht. Und so wollen wir uns heute wieder einmal darauf besinnen, welcher Art im einzelnen dieses Zeugnis sein muß, wenn es der besonderen Lage gerecht werden will, in der sich die Welt um uns herum gegenwärtig befindet. Es ist, soviel ich sehe, dreifacher Art; das heißt, es muß gegenüber dreierlei Lebenskreisen abgegeben werden: gegenüber der Christenheit, gegenüber der sozialistischen Bewegung und gegenüber dem Kommunismus.

Also zuerst unser Zeugnis gegenüber der

Christenheit

und ihren Kirchen. Es ist im Grunde natürlich unser altes «religiös-soziales» Zeugnis, wie es so geistesmächtig von unseren Vorkämpfern

in vielen Ländern abgelegt worden ist, ein Zeugnis, das aber durch die heutigen Zeitumstände eine neue – und ich glaube entscheidende – Bedeutung gewonnen hat. Unsere Bahnbrecher wandten sich, der damaligen Lage entsprechend, in erster Linie gegen jenes falsche oder doch verengerte Christentum, das in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus gegenüber der ebenfalls mit ihm aufgestiegenen sozialen Frage so schuldhaft versagt und damit Christus tatsächlich verraten hat. Ich will statt aller anderen dafür nur einen noch hochbetagt unter uns lebenden Mann anführen: unseren Freund Emil Fuchs in Leipzig, der in einem Beitrag zu der Schrift «Die Wende in der Geschichte der Menschheit» (herausgegeben von der Christlich-Demokratischen Union Ostdeutschlands) sagt:

«Es war in jener Zeit der sich formierenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung kein christliches Gewissen da, das den herrschenden bürgerlichen Kreisen deutlich gemacht hätte, wie unmöglich, wie menschlich und christlich unmöglich, ihre Ausbeutungsmethoden und mit ihnen ihre ganze Lebenshaltung und Gesinnung seien. So konnte der Zustand eintreten, daß die gesamte Macht der öffentlichen Meinung, des bestehenden Staatsapparates, der Polizei, der Justiz, des Heeres, ja der kirchlichen Organisation eingesetzt werden konnte, um jeden Angriff auf die Machtstellung des Bürgertums zurückzuschlagen oder ihn von vornherein unmöglich zu machen, und so konnte der Druck der ausbeutenden Schichten aufrechterhalten werden, durch den für Millionen Menschen menschliches Glück und Entfaltung der in ihnen ruhenden geistigen und moralischen, letzten Endes auch religiösen Kräfte verhindert wurde. Das ist die Wirklichkeit des Klassenkampfes ... Er wurde geführt von oben, von jenen Kreisen, die ‚an sich' berufen waren, für Recht und Ordnung zu sorgen, und er wurde sanktioniert von den Kirchen, die eigentlich Christus und die Bruderliebe zu verkünden hatten.»

War es ein Wunder, so fragt Fuchs, daß die proletarischen Massen «das Versagen der christlichen Kirchen und des christlichen Gewissens als Tatsache nahmen und deshalb darauf verzichteten, an die ewigen Verheißungen Jesu Christi zu glauben? ... So entstand in diesen proletarischen Massen die Überzeugung, man müsse diese Illusionen zerstören, damit endlich die nackte Wahrheit deutlich werde und der Proletarier Mut und Entschlossenheit gewinne, den Klassenkampf so zu führen, daß er siegreich bestanden werden könne ... So entstand die marxistische Lehre von der revolutionären Aufgabe des Proletariats. ... So entstand die Lehre von der Diktatur des Proletariats.»

Leonhard Ragaz hat diesen ganzen Vorgang einmal auf die einfache und doch so treffende Formel gebracht: Weil die Christen versagten, mußte Marx kommen. Er hat daraus aber nicht etwa die Folgerung gezogen, daß die Christen ihr Versagen als endgültige Tatsache hinnehmen und nun eben in Gottes Namen Marxisten werden müßten. Er hat vielmehr gefordert, daß die Christen ihre Schuld soviel wie

möglich gutmachen und im Geiste Christi an der sozialen Umwälzung mitarbeiten sollen, sei doch die Botschaft vom Reiche Gottes «die größte revolutionäre Kraft, die in die Geschichte eingetreten ist». («Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus», Seite 156.) «Es ist», so stellt er fest, «keine Rede davon, daß etwa die Bibel eine ‚göttliche Weltordnung' kennte, in dem Sinne, daß die vorhandenen Ordnungen der Welt gottgewollt und gottgesegnet seien. Das genaue Gegenteil schreit aus jeder Seite der Bibel: diese Ordnungen sind ungöttlich, widergöttlich, eine Frucht des Abfalls von Gott; sie werden aufgehoben oder verwandelt in dem Maße, als Gott zu seinem Rechte kommt und unter den Menschen Wirklichkeit wird . . . Christus ist die ewige Revolution der Welt durch Gott.»

Diese Wahrheit hat in den vergangenen Jahrzehnten das Gewissen vieler Christen erobert und ist sogar bis zu einem bestimmten Grad in die Kirchenorganisationen eingedrungen; das wissen wir alle. Aber die Christenheit im ganzen hat sie dennoch bisher nicht angenommen. Beweis: ihre Haltung gegenüber den unterentwickelten Völkern und Klassen in Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika, aber auch zum Teil in Nordamerika und in Südeuropa – diesen Völkern, deren Emporführung zu einem menschenwürdigen Leben seit der mexikanischen und der ersten chinesischen Revolution und dann namentlich seit der großen russischen Revolution die zentrale Aufgabe unserer Tage geworden ist. Denn die Gesamthaltung der Christenheit gegenüber dieser Aufgabe ist ja die gleiche wie früher ihre Haltung gegenüber der sozialen Bewegung des «fortgeschrittenen» Westens. Es wiederholt sich hier in noch größerem Maßstab jenes Versagen, jener Verrat der Christenheit, von dem ich vorhin gesprochen habe. Weil die Christen gegenüber der sozialen Not in Westeuropa versagt haben, mußte Marx kommen. Weil sie auch gegenüber der sozialen Not der unterentwickelten Völker versagten, mußten Lenin, Stalin und Mao Tse-tung kommen. Die Christen hatten und haben diesen Völkern offenbar nichts Entscheidendes zu sagen. Und doch wäre die Botschaft von der Herrschaft Gottes über die ganze Erde und ihre Ordnungen die Antwort gerade auf das Problem der unterentwickelten Völker und ihrer Not gewesen und war es auch anfänglich ganz offenbar.

Ragaz betont mit vollem Recht die Tatsache, daß die recht verstandene Christuswahrheit «in der heutigen sogenannten Heidenwelt wie einst in der alten die gewaltigste Gärung erzeugt, diese Welt geradezu aus dem Todesschlaf zu neuem Leben ruft». Und er zitiert dafür (nach einem englischen Schriftsteller) den Ausspruch eines damals führend gewesenen nichtchristlichen Chinesen, der gefragt wurde, wann die Revolution in China begonnen habe und ohne Umschweife antwortete: «Als Robert Morrison (der erste christliche Missionar der neueren Zeit) China betrat.» Ähnlich war es in Japan, wo ein Arbeiterführer die soziale Bewegung und Unruhe auf «die für Japan völlig neue christliche Idee vom Wert der Persönlichkeit» zurückführte. Und wie

stark die indische Freiheitsbewegung, die soziale wie die nationale, besonders durch Gandhi und seine Schüler vom Evangelium her angetrieben und bestimmt wurde, das ist zu bekannt, als daß ich darauf bestehen müßte.

Kolonialsünden

Um so tragischer ist, was aus diesen Antrieben geworden ist. Der Inder Panikkar sagt es uns in seinem Buch «Asien und die Herrschaft des Westens» mit brutaler Offenheit: Die christliche Mission in Ost- und Südasien geriet immer mehr in Abhängigkeit vom Kapitalismus und Imperialismus und stieß so die hilfsbedürftigen Völker immer stärker von sich und von der ganzen christlichen Wahrheit ab. Und nicht nur die Missionen haben den unterentwickelten Völkern den Namen Christi verhaßt gemacht, sondern noch viel mehr die Taten und Unterlassungen der «christlichen» Nationen selber. «Es war», so sagt Konrad Farner in seinem Vortrag «Christ und Kommunist» (Zürich 1954), «es war in der Hauptsache die Kolonisierung und Kapitalisierung Asiens, die das Massensterben an Hunger, das ungeheure Bauernelend hervorgerufen hat, die Schrecknis der Textilfabriken Bombays und Kalkuttas mit ihrer Kinderarbeit und Tuberkulose. Es war das christliche England, das den Opiumkrieg gegen China führte, es war das christliche Frankreich, das die wucherische Banque de l'Indochine gründete ... Wer beutet die Zinngruben Malaias aus, wer die Plantagen in Indonesien, die Urangruben im Kongo und die Diamantgruben in Südafrika? Welche zürcher Zeitung preist Aktien dieser kolonialkapitalistischen Unternehmungen an, verspricht außergewöhnlichen Gewinn und verteidigt gleichzeitig täglich das ‚christliche Abendland'?»

Gewiß, die «christlichen» Völker haben manches wiedergutgemacht, was sie an den «rückständigen» Rassen gesündigt haben, nicht zuletzt durch die Auslandshilfe der Vereinigten Staaten und die Arbeit der Vereinten Nationen. Allein gegenüber dem, was sie tun s o l l t e n, wenn es ihnen mit ihrer Hilfstätigkeit wirklich ernst wäre, und gegenüber dem, was sie tun k ö n n t e n, wenn sie nicht hundertmal mehr Geld und Kraft für ihre Kriegsrüstungen aufwendeten, ist das alles grotesk ungenügend. Es geschieht eben alles doch zuletzt im Geist und zum Nutzen des Kapitalismus und Imperialismus – und das bringt nicht nur das Christentum weiterhin in Verruf bei den Volksmassen Asiens und Afrikas; es stellt diese Massen auch immer bewußter gegen die Westländer überhaupt und nähert sie dem Kommunismus an, der ihnen – wie sie glauben – mit der Selbstbefreiung Rußlands und Chinas den Weg gezeigt hat, den sie selber zu ihrer Menschwerdung gehen müssen. Wie Emil Fuchs bemerkt:

«Dies ist das Gericht der Geschichte, und wir können dieses Gericht auch als ein Gericht Gottes über die Christenheit empfinden, die zur rechten Zeit nicht stark genug war, nicht Glaube und Liebe genug hatte, um den Unterdrückten in ihrem Kampf beizustehen. Auf jeden Fall

haben wir Christen nicht das Recht, Revolution und Klassenkampf im allgemeinen und Oktoberrevolution und Diktatur des Proletariats im besonderen als etwas zu verurteilen, was ‚nicht sein darf'. Wohl aber sollten wir Christen die bedeutsamen und gewaltigen Ereignisse, die mit der Oktoberrevolution verbunden sind, als einen Ruf zur Besinnung betrachten, nunmehr das Unsrige zu tun, nunmehr unseren Beitrag zur Neuordnung der Gesellschaft zu leisten und für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Verständigung zu kämpfen. Ob solches gelingt, ob ein solcher Weg von der Christenheit gegangen werden wird, können wir heute noch nicht voraussagen. Denn solange die führenden Kreise der Christenheit nicht die innere Kraft finden, mit Klarheit und Gewissenhaftigkeit dem Irrglauben an Gewalt, Habsucht und Machtgier sowie der Macht der Lügenpropaganda in den herrschenden Kreisen der westlichen Welt mannhaft und wahrhaftig entgegenzutreten, wird es schwer sein, die Arbeiterbewegung davon zu überzeugen, daß das Christentum nicht identisch ist mit einer Ideologie der Ausbeutung und Unterdrückung.»

In der Tat, der «christliche» Antikommunismus, der unter uns im Schwang ist, macht es schwer, zu glauben, daß die abendländische Christenheit rechtzeitig den gewaltigen Ruf vernimmt und versteht, der aus den unterentwickelten Ländern – mit fast zwei Dritteln der Erdbevölkerung – an sie ergeht, zumal ja auch die große Mehrheit der religiösen Sozialisten in Westeuropa diesem Antikommunismus huldigt. Die Bindung der Kirchen an die herrschenden weltlichen Ordnungen, ihre geistige Verstaatlichung und Verbürgerlichung ist auch hier so weit fortgeschritten, daß sie gar nicht mehr merken, wie die offizielle Freiheitsideologie, von der sie sich so willig gefangennehmen lassen, nur ein Vorwand ist, um die Revolutionierung der sozialen und politischen Ordnungen, an der auch sie ihm Geiste des Evangeliums mitarbeiten sollten, zu verhindern.

Um so verpflichtender ist unser Zeugnis für den revolutionären Charakter der biblischen Botschaft und unser Gehorsam gegen ihre Forderungen, handle es sich nun um die Umwälzung des Wirtschafts- und Staatsgefüges der westlichen, vermeintlich fortgeschrittenen Länder oder um die revolutionäre Freiheitsbewegung der sogenannten rückständigen Völker des Ostens und Südens.

Wir geben damit zugleich auch ein wesentliches Stück unseres Beitrages an den Kampf für den Frieden her. Denn die Neuordnung der Volks- und Völkergemeinschaft aus dem Geiste des Sozialismus ist ja, wie wir wissen, eine Grundvoraussetzung des Weltfriedens. In dem Maße, als die kapitalistische Profitwirtschaft mit ihrem ganzen internationalen Konkurrenzkampf, ihrem Kolonialismus und Imperialismus überwunden wird, versiegen auch stärkste Quellen der Kriegskräfte. Wir denken dabei nicht zuletzt an den unheilvollen Einfluß, den der Rüstungskapitalismus auf das friedliche Zusammenleben der Völker ausübt – dieser Wirtschaftszweig, dessen Blühen für den Weiter-

bestand des schwer bedrohten Gesamtkapitalismus immer lebenswichtiger wird.

Das kapitalistische Wirtschaftsregime und die auf ihm beruhende bürgerliche Klassengesellschaft sind aber darüber hinaus noch darum besonders friedensfeindlich, weil aus ihnen heraus seit der Begründung der Sowjetunion die stärksten Antriebe zur gewaltsamen Zerstörung der Hauptsitze des Weltkommunismus kommen. Je schwächer diese Antriebe werden, je mehr es gelingt, die internationale Gegenrevolution durch die sozialrevolutionären Kräfte zu bändigen, um so eher weicht die Spannung zwischen der kapitalistischen und der kommunistisch-sozialistischen Welt, um so sicherer wird die Gefahr gebannt, daß aus dem «kalten» Krieg der «heiße» hervorbricht. Und dazu haben die Christen wahrlich auch ihren Beitrag zu leisten.

Damit der Versuch, den Kommunismus gewaltsam zu vernichten, endlich aufgegeben wird, ist aber noch ein Zweites nötig: der radikale Verzicht auf Krieg und Kriegsrüstung als Mittel der Politik. Darüber ist ja in unserem Kreis und besonders in den «Neuen Wegen» in der letzten Zeit so viel geredet worden, daß ich dazu hier nicht mehr viel zu sagen brauche, es sei denn, daß auch in der Abrüstungsfrage die Christenheit als Ganzes furchtbar versagt. Es ist vom offiziellen Christentum nach dem Ersten Weltkrieg mit vollem Recht gesagt worden, daß allein durch seinen Verrat an der Sache Christi dieser Krieg möglich geworden sei, dadurch nämlich, daß es die Welt sich selbst überlassen habe, statt Gottes Recht zu verkünden. Inzwischen ist ein zweiter, noch entsetzlicherer Weltkrieg über uns gekommen, ohne daß die Christenheit sich auf ihre Pflicht besonnen hätte. Und nun droht bereits eine dritte Menschheitskatastrophe, die überhaupt kein Krieg mehr wäre, sondern nur noch eine grausige Selbstvernichtung der davon betroffenen Völker – aber die Christenheit schweigt weiter, steht nicht auf und erklärt nicht den allgemeinen Streik, den Widerstand bis zum letzten gegen alle Vorbereitungen auf solch phantastische Massenschlächterei! Wie immer, sind es auch jetzt wieder vorwiegend «Ungläubige», die die Schilderhebung gegen das atomare Wettrüsten tragen, unterstützt freilich doch von jener christlichen Minderheit, die die Ehre des Namens Christi rettet. Besonders traurig stimmt uns, daß sich in unserer Schweiz noch kaum die Spur einer Bewegung gegen die Ausrüstung der Armee mit Atomwaffen abzeichnet, obwohl es der helle Wahnsinn ist und uns ins offene Verderben zu stürzen droht, wenn wir nach der bestimmten Absicht der Militärführer auch noch diesen Schritt tun, der das Gericht endgültig herausfordern würde. Schließen wenigstens wir uns dem Alarmruf an, den Helmut Gollwitzer, der westdeutsche Theologe, in seiner vortrefflichen Schrift «Die Christen und die Atomwaffen» erhebt. «Auch die Angst vor dem Bolschewismus», so sagt er darin unter anderem, «wird uns nicht dazu treiben dürfen, zu Mitteln zu greifen, die uns innerlich und äußerlich mehr verderben, als alle Diktatur es tun könnte. Sie sind Mittel einer ver-

zweifelten praktischen Gottlosigkeit. Wer durch das Evangelium von der Wirklichkeit Gottes gehört hat, wird mit ihnen keinen Kompromiß schließen dürfen. Überleben um jeden Preis und mit allen Mitteln ist ein böses, heidnisches Programm. Eine Christenheit, die sich daran nicht beteiligt, sondern statt dessen auf ihren Friedensauftrag in der Welt besinnt, wird neu glaubwürdig werden, ein heilvoller Faktor in einer von Unheil bedrohten Welt.» *Hugo Kramer*

(Schluß folgt)

Flüchtlinge in Indien

Wie die Gründung des Staates Israel, so löste auch die Befreiung der großen Kolonie Englands, Indien, eine Lawine von katastrophalen Ereignissen aus, mit denen die Regierung Jawaharlal Nehrus seit Jahren ringt. Gegen die verzweifelten Bemühungen der führenden Männer des indischen Freiheitskampfes setzte sich am Ende des Zweiten Weltkrieges der Wille zur Abtrennung der Moslemgebiete vom indischen Staate durch. So entstand an den Grenzen Indiens der Moslemstaat von Pakistan, dessen Teilgebiete in West und Ost durch etwa 2000 km indischen Boden getrennt sind.

Separatismus

Das ungeteilte Indien von 1947 hatte eine Bevölkerung von 394 Millionen, die vielen religiösen Bekenntnissen zugehörte. Die Hindus mit 280 Millionen, die Moslems mit 100 Millionen, die Christen mit etwa 7 Millionen und etwa 6 Millionen Sikhs waren die stärksten Gruppen. Unter den Briten bestanden für die verschiedenen religiösen Bekenntnisse getrennte Schulen, Gaststätten und andere soziale Institutionen. In Verwaltungs- und politischen Angelegenheiten konnten Hindus nur für Hindus, Moslems nur für Moslems, und so weiter, stimmen. Die niederen Beamten einer Provinz entsprachen prozentual der Zahl ihrer Glaubensangehörigen, und Organisationen wachten darüber, daß keine dieser Gruppen in der Verwaltung übervertreten war. Einigendes politisches Band, von der begeisterten Zustimmung aller Gruppen getragen, war jedoch der indische nationale Kongreß, der für die Befreiung kämpfte. Gandhi wie Nehru sahen in der großartigen Freiheit ihrer religiösen Auffassung Indien als eine ungeteilte Nation, in der alle Bürger frei sein sollten, ihrem Glauben zu leben. Nicht so die Moslemliga. Sie bestand darauf, daß die Mohammedaner ein Volk für sich seien und nur in einem eigenen Staatswesen ihre Bestimmung erfüllen könnten. Leute gleicher Rasse und gleicher Sprache, die bis dahin in Dörfern und Städten friedlich Seite an Seite gelebt hatten, sollten sich fortan als Fremde betrachten und Grenzen gegeneinander aufrichten. Man darf, ohne Gefahr zu laufen,

der Irreführung bezichtigt zu werden, behaupten, daß diese Politik nicht vom Volk ausging – nicht von der mohammedanischen Dorfbevölkerung und noch weniger von den Indern, sondern daß hier die religiösen Gegensätze ganz eindeutig von oben ins Volk hineingetragen und die Religion den Interessen verantwortungsloser Politiker dienstbar gemacht wurde. Die Führer der Moslems konnten nie im Zweifel sein, daß der Islam in einem freien Indien auch als Religion einer Minderheit nie in Gefahr war, unterdrückt zu werden. Die Möglichkeit besteht durchaus, daß diese auffällige Schürung religiöser Gegensätze teilweise auf die Einstellung der britischen Kolonialmacht zurückgeht, die nach dem Grundsatz «Teile und Herrsche» immer bestrebt war, alles Trennende zu betonen.

Folgen der Abtrennung

Unbestritten ist, daß gefährliche Unruhen sich schon im August 1946 ereigneten, als die Verhandlungen über die Befreiung und Teilung Indiens noch in der Schwebe waren. Von Kalkutta breiteten sich die Unruhen, die oft in Massakers ausarteten, nach der Moslemregion von Noakhali aus, wo die Inder die Opfer waren. Dann flammte der Bürgerkrieg im Staate Bihar auf, wobei Tausende von Moslems getötet wurden oder fliehen mußten. Erst etwa ein Jahr später, unter dem Druck sich weiter ausbreitender Gewalttaten, fand sich die Kongreßpartei unter Protest bereit, eine Teilung zuzulassen, obwohl sie an ihrer Überzeugung festhielt, daß die Loslösung Pakistans auf Grund des religiösen Bekenntnisses weder moralisch zu verantworten noch praktisch durchführbar sei. Die meisten Landesgrenzen folgen Flußläufen oder Bergketten. Indo-Pakistanische Grenzen aber sind nicht an solche natürliche Gegebenheiten gebunden. Sie verlaufen höchst willkürlich, ihr Zweck liegt einzig darin, Gebiete mit mehrheitlich mohammedanischer Bevölkerung von solchen mit indischer Mehrheit zu trennen. Dies ist ihnen nicht gelungen, so daß sie weder Indien noch Pakistan zufriedenstellen. Auch nach der neuen Grenzziehung wäre eine Minderheit von 45 Millionen Moslems in Indien und 18 Millionen Hindus in Pakistan geblieben.

West-Pakistan. Der Versuch einer «Korrektur» dieses Resultats wurde, wie oben angedeutet, auf grauenhafte Weise durchgeführt. Unter «Blutvergießen, wie es Indien niemals gekannt hatte», wurden alle Inder und Sikhs – über fünf Millionen – aus West-Pakistan, besonders aus dem Punjab, vertrieben. Ungefähr ebenso viele Moslems mußten aus Indien nach West-Pakistan flüchten. Auch nach der Ausrufung des separatistischen Staates Pakistan blieb die indische Regierung ihrem Standpunkt treu. «Was Indien betrifft», erklärte Nehru 1948, «haben wir immer deutlich gesagt, daß wir kein Gemeinwesen als religiösen Staat anerkennen, wir verstehen unter einem Staat nur ein weltliches, demokratisches Gemeinwesen, wo jeder Bürger, wel-

chen Glauben immer er bekenne, gleiche Rechte und Chancen hat. Dies ist das Ideal des Indischen National-Kongresses seit seiner Gründung vor 65 Jahren.»

Nehrus Regierung tat ein übriges. Sie erklärte, unter anderem, Gesetze, die Wahlen auf Grund des Glaubens festlegten, außer Kraft. Sie verbot Gemeinschaften, die Haß gegen Andersgläubige predigten. Universitäten, Mittelschulen, Gaststätten wurden Bürgern aller Bekenntnisse geöffnet. Mit solchen und ähnlichen Maßnahmen gewann die indische Regierung das Vertrauen ihrer Minorität von etwa 40 Millionen Moslems. Da ihre Behandlung als Gradmesser für die Einstellung der Regierung betrachtet werden sollte, wurden und werden Moslems in hohe Staatsstellen berufen, so daß heute in Indien mohammedanische Minister, Botschafter, Generäle zu finden sind. Tatsächlich hat denn auch die Abwanderung von Moslems, die 1947 einsetzte, aufgehört, und mehr als eine Million, die infolge der Unruhen flüchteten, sind seither zurückgekehrt.

Ost-Pakistan: Nichts dergleichen geschah in Ost-Pakistan, aus dem einfachen Grunde, weil der Unterschied zwischen Hindus und Moslems der Glaubensartikel war, auf den der Staat gegründet wurde. Da Pakistan die Heimat der Moslems sein sollte, fielen ihnen Posten und Vorteile zu, die dem Bevölkerungsverhältnis entsprechend Indern gehört hätten. Führende Inder, die vor 1948 gegen Pakistan agitiert hatten, wurden verhaftet und die Diskriminierung setzte sich bis in die ärmsten Volksschichten fort. West-Bengalen, das an Ost-Pakistan grenzt und die Hälfte seines Gebietes an den neuen Staat verlor, ist ein sprechendes Beispiel für den Widersinn der neuen Grenzziehung – oder, sagen wir besser, der Teilung. 1947 waren etwa 12 Millionen Inder, eine Minderheit von über 40 Prozent, in Ost-Pakistan verblieben. Die Grenzziehung hatte sich auch wirtschaftlich katastrophal ausgewirkt. So blieben fast alle Bodenschätze und industriellen Anlagen auf indischer Seite – Jutefabriken zum Beispiel –, während der Boden, der das Rohmaterial hervorbrachte, an Pakistan fiel. Die Feststellung solcher offensichtlicher Fehlleistungen erhöhte die Reizbarkeit der führenden Moslems, so daß sie die Inder ihre Wut entgelten ließen. Sie auferlegten ihnen Sondersteuern, verweigerten ihnen den Schutz der Gerichte bei Angriffen auf indische Frauen oder bei Diebstählen, so daß die Inder bald das Gefühl bekamen, vollkommen rechtlos zu sein. So begann auch hier der Trek nach Indien, mit den begüterten Angehörigen der freien Berufe, mit Ärzten, Juristen, Geschäftsleuten an der Spitze. Es folgte der Mittelstand, dem die meisten politischen Führer angehörten. Als sich die Inder an den ansässigen Moslems in Westbengalen zu rächen begannen, begann auch der Flüchtlingsmarsch in der Richtung Pakistan. Wie im Punjab intervenierte die indische Regierung, indem sie alle Rachemaßnahmen gegen Moslems verunmöglichte. In Treffen zwischen den Premierministern, Nehru und Surawardi, wurden zwar Vereinbarungen für absolute Gleichberechtigung

der Minoritäten getroffen, worauf etwa eine Million Moslems nach Indien zurückkehrte, aber der Flüchtlingsstrom nach Indien riß nicht ab und wird, wie in der Vergangenheit, in Zeiten politischer Hochspannung oder wirtschaftlicher Schwierigkeiten immer wieder zu fließen beginnen. Bis jetzt sind über vier Millionen Inder aus Ost-Pakistan geflohen, während sieben bis acht Millionen der ärmsten Klasse von Indern gegen alle Erwartung hoffen, bleiben zu können. West-Bengalen und das jetzt zu Ost-Pakistan gewordene Ost-Bengalen gehören zu den dichtest besiedelten Gebieten dieses Subkontinents. West-Bengalen hat heute kein Land mehr, um neue Flüchtlinge anzusiedeln, keine Arbeitsplätze und kein Geld, um die Hunderttausende in den Transitlagern zu nähren. Nur eines wissen die Flüchtlinge: sie werden nicht zurückgetrieben, Indien wird einen Platz für sie finden.

Maßnahmen der indischen Regierung

Noch leben in Bengalen 350 000 Vertriebene in Lagern – eine weit größere Zahl hat Arbeit gefunden beim Bau von Kraftwerken, Kanälen und Straßen, die in den indischen Fünfjahresplänen einen breiten Raum einnehmen. Es gibt bereits 351 Flüchtlingssiedlungen im Staate. Neue Städte, Schulen und Mittelschulen und technische Ausbildungszentren entstehen. Und doch ist damit noch nicht das Ende in Sicht. Die Regierung von Pakistan hat das Schicksal von weiteren sieben Millionen in ihren Händen, die sie ohne jede Kompensation für zurückgelassenes Eigentum an Indien übergeben kann.

Man kann die Geduld und überlegene Weisheit, mit der sich die indische Regierung des Flüchtlingsproblems angenommen hat, nicht genug bewundern. Was es heißt, in einem armen Land und ohne fremde Hilfe dieser Rehabilitierungsaufgabe, die bis jetzt rund zweieinhalb Milliarden Schweizer Franken verschlungen hat, gerecht zu werden – und dies ohne die pakistanische Regierung anzuklagen –, darüber hinaus aber noch Fünfjahrespläne, von deren Gelingen die demokratische Entwicklung des Landes abhängt, durchzuführen, davon machen sich die Überschußländer im Westen keinen deutlichen Begriff. Man wünschte, sie würden aber im Interesse der christlichen Kultur, die sie so gerne für sich in Anspruch nehmen, etwas von dieser Opferbereitschaft und fairen Einstellung Andersdenkenden gegenüber an den Tag legen. Dieser Tage wurde in Delhi die Totenfeier für Abul Kalam Azad, den hervorragenden Erziehungsminister Indiens, abgehalten. Er war Moslem und konnte, trotzdem Pakistans feindliche Haltung in Indien als schmerzlicher Druck empfunden wird, Großes für die Schulung der mohammedanischen Minderheit leisten. Indien ist gesonnen, sein Geistesleben durch den Beitrag vieler Kulturen zu bereichern. Es bietet darin das beste Beispiel für eine fortschrittliche und hochherzige Behandlung des Flüchtlingsproblems.

P. Furrer

Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben

(Fortsetzung)

Berichtigung: Am Schluß des ersten Teils von Girolamo Savonarola erschien der Name Alice Herz. Dies beruhte natürlich auf einem Versehen; denn er gehörte unter die einleitenden Zeilen. Wir bitten um Entschuldigung. D. R.

Girolamo Savonarola war geboren zu Ferrara im Jahre 1452 als dritter von sieben Söhnen, die dem Nicolo und der Elena geb. Buonacossi geschenkt wurden. Der Vater war unbedeutend, die Mutter aber eine seelenvolle Frau von männlicher Festigkeit des Charakters, die ihrem Sohne einst in seinen schwersten Tagen die beste Freundin und Beraterin wurde. Die Familie gehörte nicht zu den ersten in Ferrara, stand aber doch in Beziehungen zum Hofe. Denn der Großvater war Leibarzt des Herzogs gewesen . . . Nach seinem Vorbild sollte auch der junge Girolamo Medizin studieren. Er genoß der zärtlichen Fürsorge des Großvaters und hatte Zugang zu allen Bildungsquellen seiner Zeit, die er mit eisernem Fleiß und großer Begabung benutzte. Wir dürfen uns Savonarola nicht als beschränkten Mönch denken . . . Aristoteles und Thomas von Aquino waren die Begleiter seiner Jugend. Von den Dingen aber, die sonst das Leben eines jungen Menschen jener Zeit ausfüllten, hielt er sich fern. Sein Geist war auf hohe Dinge gerichtet; frühzeitig trat die religiöse Anlage hervor. Ernst und Einsamkeit sind die charakteristischen Züge dieser Jugend. Ihre großen Erlebnisse verlieren sich in dem Geheimnis, welches das Werden jedes Propheten umgibt . . . Anregung jeder Art bot Ferrara genug. Es war damals eine Stadt von 100 000 Einwohnern, besaß eine berühmte Universität und hatte in seiner Mitte einen der wichtigsten Höfe von Italien. Alle Strömungen des politischen und geistigen Lebens jener Tage kreuzten sich hier. Aber auch ein Brennpunkt der Verderbnis der Zeit war Ferrara. Der herzogliche Palast, der trotzig und finster sich inmitten der Stadt erhob, wußte von all jenen Greueln zu erzählen, ohne die wir uns einen italienischen Fürstenhof jener ruchlosen Epoche nicht denken können: Brudermord, Ehebruch, Blutschande, Erpressung, wilde Sättigung der Rachgier. Durch die Stadt aber rauschte ein nie versiegender Strom von Festen, deren Pracht und Üppigkeit ganz Italien in Erstaunen versetzten. Wenn der junge Savonarola in der Dämmerung scheu vor den düsteren Schloßmauern vorübereilte, dann hörte er oben hinter den erleuchteten Fenstern Lachen der Lust, Tanz und Becherklang, während aus dem Dunkel der unterirdischen Verließe die Schreie der zu Tode gequälten Opfer irgendeines tyrannischen Gelüstes tönten. Alle diese Dinge mußten auf die reine und von heiligen Flammen erfüllte Seele des Jünglings einen entscheidenden Eindruck machen. Früh schon dämmerte die Ahnung in ihm auf, daß über Italien und die christliche Kirche die volle Schale des göttlichen Zornes ausgegossen werden müsse. Wir haben von ihm aus jener Zeit ein Gedicht: De Ruina Mundi (Über die Verdorbenheit der Welt), . . . dessen Schlußzeile lautet: «Nicht einmal Einen, der sich seiner Laster schämt.»

Einer solchen Stimmung mußte sich von selbst die Frage aufdrängen, ob es nicht Pflicht sei, aus einer so verderbten und dem Gericht verfallenen Welt zu entfliehen. Lange nährte Savonarola diesen Gedanken still in seinem Herzen. Seine Gebete schlossen fast immer mit den Worten: «Herr, zeige mir den Weg, auf dem meine Seele gehen kann.» Da brachte, wie oft in solchen inneren Kämpfen, ein Erlebnis die Entscheidung. Er hatte in Faenza einen Augustinermönch predigen gehört und war davon ganz überwältigt worden. Ein Wort war es, ein einziges, das ihn seither nicht mehr losließ; wir kennen es nicht, denn er verschwieg es auch seinen nächsten Freunden. Aber er bezeugt wiederholt, daß es für ihn entscheidend geworden sei. In der Glückseligkeit des endlich gefundenen Weges kehrt er nach Hause zurück. Doch beginnt nun der schwerste Teil des Kampfes. Er kann es nicht über sich bringen, seinen Eltern solches Herzeleid anzutun . . . Nur die Mutter ahnt, was in der Seele des Sohnes vorgeht. Eines Tages, wie er auf der Laute ein tieftrauriges Lied spielt, ruft sie plötzlich: «Das lautet wie Abschied.» Noch hält er an sich. Aber am folgenden Tag, während die ganze Stadt dem St.-Georgsfeste beiwohnt, geht er still davon, und am Abend schließt sich hinter ihm die Pforte des Dominikanerklosters von Bologna. Die Eltern versucht er brieflich zu trösten, indem er ihnen vorhält, daß er nun ein Ritter des höchsten Herrn geworden sei. Es klingt durch diesen Brief etwas von dem harten Ton, mit dem ein Mensch spricht, der einen notwendigen Entschluß seinem Herzen abringen mußte, wohl wissend, daß er damit andern wehe tut.

Im Kloster will er nur die niedrigsten Dienste tun, wie Luther, aber der Prior erkennt bald seine Begabung und macht ihn zum Lehrer der Novizen. Auch im Predigen versucht er sich, jedoch ohne Erfolg . . . Nur gelegentlich blitzt die in ihm schlummernde Macht der Rede auf. Wie er einmal auf dem Po fährt in Begleitung von achtzehn Soldaten, und diese unbekümmert um ihn fluchen und lästern, redet er sie so gewaltig an, daß binnen kurzem elf von ihnen vor ihm auf den Knien liegen und Buße geloben. Doch ist seine Stunde noch nicht gekommen; der Prophet hat sein Jerusalem noch nicht gefunden. Da geschieht es, daß die immer dichter sich ansammelnden Wolken einer Kriegsgefahr den Prior seines Klosters veranlassen, einen Teil seiner Mönche nach auswärtigen Konventen zu schicken. So führt das Schicksal Savonarola nach Florenz.

San Marco war das Kloster der Dominikaner in Florenz. Es ist durch ihn weltberühmt geworden, ein Wallfahrtsort, zu dem täglich Hunderte von Menschen aus allen Ländern der Erde wandern, Katholiken und Protestanten, Gläubige und Ungläubige, alle in gleicher Andacht. Schauer der Ehrfurcht fassen uns an, wenn unser Fuß die Stätte betritt, die der Schauplatz eines so ungeheuren Dramas war; kaum können wir es glauben, daß das der Hof war, wo er unter dem persischen Rosenstrauch, der seither immer erneuert wurde, die Vorlesungen hielt, mit denen seine große Wirksamkeit begann, daß er in diesem

Saale, dessen Wand durch ein Abendmahl von Domenico Ghirlandajo ausgefüllt wird, im Kreise der Brüder seine kargen Mahlzeiten eingenommen, über denen aber etwas von dem Geiste waltete, der einst jenes erste Abendmahl durchweht, und mit pochendem Herzen treten wir endlich in die Zelle ein, die Seelenkämpfe gesehen hat, denen wohl nur die zu vergleichen sind, welche zwanzig Jahre später im Augustinerkloster zu Erfurt durchstritten wurden. Es ist uns, als ob aus dem Bilde des Propheten, wie es sein Schüler Fra Bartholomeo gemalt hat, die gewaltige Stimme zu uns spräche, die einst Florenz erschütterte und Italien erregte. Wir schauen das Kruzifix, vor dem die heißeste Seele der neueren Zeiten ihre heiligsten und innersten Gluten ausströmte. Savonarola überall, etwas von seinem Sturmgeist geht noch durch die leeren Räume . . .

Schon einmal hatte hier eine Seele geatmet, die mehr dem Himmel als der Erde angehörte. Kurz vor Savonarolas Zeit hatte hier ein Prior gewaltet, Fra Antonio, der den Armen und Bedrückten ein Engel der Barmherzigkeit geworden war. Mußte Savonarola sich nicht gehoben fühlen durch solche Weihe, die auf der Stätte ruhte?

Auch Florenz selbst gefiel ihm. Der Zauber seiner Natur und Kunst, die geistige Feinheit seiner Bevölkerung, ihr edler Anstand, ihre schwungvolle Art machten Eindruck sogar auf dieses vom Ernst seiner großen Bestimmung erfüllte Gemüt . . .

Doch als Savonarola zu predigen anfing, lernte er die Kehrseite des florentinischen Charakters bald kennen. Was suchten diese Florentiner bei ihren Predigern? Etwa religiösen Ernst, Gedankentiefe, persönliche Ergriffenheit, ein kräftiges Wahrheitswort? Das fiel ihnen nicht ein. Sie waren ja Florentiner, die gescheiten, die geschmackvollen. Was sie von einem Prediger verlangten, war eine schöne Stimme und ein imponierendes Auftreten. Die Bewegungen der Arme und Hände, der Tonfall, der Aufbau der Sätze, die Auswahl der Wendungen waren der Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit; gerne hörten sie Verse und Sprüche zitieren, was sie als Zeichen hoher Gelehrsamkeit auffaßten; auch eine eingestreute Geschichte liebten sie; schon ihr Ideal waren die nach Form und Inhalt vollendeten Reden, wie man sie bekanntlich heutzutage hält. Dagegen sahen sie es lieber, wenn der Redner ihnen nicht gar zu viel ernsthafte Religion zumutete – das war nicht geschmackvoll. Der arme Savonarola! Er hatte in seiner Einfalt wohl angenommen, alle diese Dinge seien besser im Theater zu haben, bei einem Prediger käme dagegen alles auf seinen Ernst, seinen Glauben und seine Liebe an. Er predigte gegen die Laster, gegen den Unglauben von Klerus und Laien, er wollte in seinen Zuhörern ein Feuer anzünden. Und das tat er mit unschöner Stimme und unschöner Aussprache. Kein Wunder, daß sein erstes Auftreten als Prediger gänzlichen Mißerfolg brachte . . .

Die Enttäuschung ging Savonarola sehr nahe. Ihn drängte es, durch das lebendige Wort auf Volksmassen zu wirken, er hatte der Welt ein Wort Gottes zu sagen, die Kanzel war dennoch der Ort, wo sein

Größtes sich entfalten mußte! Aber es half vorläufig alles nichts; ein neuer Versuch scheiterte wieder an der Gleichgültigkeit der Florentiner. Er mußte das Feuer, das er gern über die Volksmassen ausgeströmt hätte, in der eigenen Seele verschlossen halten, die dadurch fast verzehrt wurde. Da kam endlich die ersehnte Gottesstunde. Zwei Jahre nacheinander mußte er in San Gimignano, einem kleinen Bergstädtchen im Gebiete von Siena, die Fastenpredigten halten. Hier ging sein Licht auf. Hier brach zum erstenmal in voller Klarheit und erschütternder Wucht die Botschaft aus seiner Seele, die er zu verkünden hatte; in drei Sätzen ist sie enthalten:

1. Die Kirche wird gezüchtigt werden.
2. Und dann erneuert.
3. Und das wird bald geschehen.

Er fand eine Zuhörerschaft, die nicht die florentinische Eleganz besaß, dafür die unverdorbene Empfänglichkeit des Gemütes für das Große. Und zum erstenmal erlebte er des Redners höchste Freude: er sah, daß sein Wort Macht hatte über die Gemüter und erkannte zugleich, daß das, was ihn erfüllte, als dunkles Gefühl in vielen lebte. Gestärkt kehrte er nach Florenz zurück. Noch viel größer waren seine Erfolge in mehreren Städten der Lombardei, wo er im folgenden Jahre predigte. In Brescia schilderte er einmal nach der Offenbarung Johannis die Gestalten der vierundzwanzig Ältesten, die den Thron des Lammes umstehen. Dann ließ er einen von ihnen aufstehen und den Brescianern die künftigen Schicksale der Stadt voraussagen; wie die Gattinnen aus den Armen der Männer gerissen, die Söhne vor den Augen der Eltern getötet würden, Bäche von Blut durch die Straßen flössen. Als im Jahre 1512 die Franzosen des Gaston de Foix in der Stadt wüteten, da erinnerte man sich der Weissagungen des gewaltigen Mönches.

Diesen hatte der Erfolg nun seiner Bestimmung gewiß gemacht; er hatte ihm Mut gegeben und doch wieder demütig gestimmt. Und nun rief ihn sein Schicksal nach Florenz zurück, und das Werkzeug des Schicksals war Lorenzo de' Medici! Das war so gekommen: Auf einer Versammlung der Dominikaner in Reggio d'Emilia hatte Savonarola eine folgenreiche Bekanntschaft gemacht. Mitten unter den Mönchen war ein herrlicher Jüngling gesessen, strahlend von Geist und Jugendanmut. Pico war es, Graf von Mirandola, das Wunder Italiens. Dieser noch nicht zwanzigjährige Jüngling gehörte bereits zu den Leuchten der Wissenschaft; man nannte ihn einen Phönix unter den Geistern. Aber dieser frühe Ruhm hatte seine hochsinnige Natur nicht zu schädigen vermocht, und als er nun den bleichen Mönch mit den tiefen Augen gegen die Verderbnis der Kirche reden hörte, mit Worten, die wie Wetterschläge trafen, da wußte er, daß er hier einen Menschen von mehr als gewöhnlichem Maße vor sich hatte, und es schloß sich eine Freundschaft, die erst der Tod lösen konnte. Dieser Pico di Mirandola nun war mit dem Papste in einen Konflikt geraten. Von diesem

hart bedrängt, bat er seinen Freund und Gönner Lorenzo, den Savonarola wieder nach Florenz zu rufen, um auf diesen Felsenmann sich stützen zu können. Lorenzo willfahrte und zündete so nach dem Willen des Schicksals selbst das Feuer an, das ihn und sein Haus verzehrte.

Und nun beginnt der Siegeszug, der den Mönch von San Marco auf die Höhen der Weltgeschichte führt. Wie ein Traumwandelnder, von Gesichten begleitet, berauscht vom Vorgefühl ungeheurer Schicksale, wandert er zu Fuß von Bologna nach Florenz. Hier beginnt er im Klosterhof unter dem persischen Rosenstrauch seine Vorlesungen über die Offenbarung Johannis, deren gewaltige Weissagungen er auf die Geschicke deutet, die über Italien in Bälde hereinbrechen sollen. Bald sammelt sich die geistige Elite von Florenz um ihn, auch Lorenzo darunter. Nun beginnt er auch wieder zu predigen, zuerst in San Marco. Jetzt kommen die Florentiner, denn sie haben von seinem Ruhm gehört; dazu hat er durch eine Reihe philosophischer Schriften auch die Achtung der Gelehrten gewonnen. Auch sind die Schwingen ihm gewachsen; die Kirche widerhallt vom Echo seiner Botschaft von der Geißel Gottes, von Gericht und Erneuerung. San Marco ist bald zu klein, er zieht in den riesigen Dom, und von dem Augenblick, wo er den Fuß auf seine Kanzel setzt, ist er der Herr von Florenz. Bald genügt auch der Dom nicht mehr. Man muß Gerüste hineinbauen, und dennoch werden sogar die Fenster und Beichtstühle besetzt. Atemlos lauscht die ungeheure Menge dem Sturm, der aus dieser leidenschaftlichen Seele bricht und die Mauern und Pfeiler des ungeheuren Baues zu erschüttern scheint. Nur von Zeit zu Zeit geht eine Woge der Erregung durch die Masse, Männer und Frauen brechen in Schluchzen aus, und der uns diese Predigten aufbewahrt hat, bezeugt von Zeit zu Zeit, daß die Tränen ihn verhindert hätten, weiterzuschreiben. Was war es, das dieser Stimme solche Macht verlieh? Es war das alte, offene Geheimnis: er redete als einer, der Gewalt hat, und nicht wie die Schriftgelehrten. An Stelle der prunkenden Lüge der Beredsamkeit erschien hier die Wahrheit und Wirklichkeit der Dinge. Der Prediger sprach aus, was alle dunkel fühlten; denn eine Vorahnung schwerer Dinge lag auf den Gemütern; er zeigte ihnen die Verderbnis, die sie alle gesehen und doch nicht gesehen hatten; dazu kam die fortreißende Leidenschaft einer großen Seele und als Hintergrund seiner Predigten die makellose Reinheit und Heiligkeit seines Lebens. Er war nicht mehr der arme Mönch von San Marco, er war Gottes Mund geworden für Florenz. Bald wob sich ein Schimmer des Übernatürlichen um seine Gestalt. Man wußte, und er selbst machte bald kein Hehl mehr daraus, daß Gott ihm in Gesichten die Zukunft offenbare, und wenn er diese Bilder, wie sie in der Einsamkeit der Klosterzelle vor seiner ekstatisch erregten Seele aufgestiegen waren, den lauschenden Massen enthüllte. dann geschahen Wirkungen, wie vielleicht nie sonst menschliche Rede sie erlebt hat.

Den Kern seiner Predigt und das Geheimnis ihrer Anziehungskraft

auch in ruhigeren Tagen bildeten doch zwei Dinge: die Buße und die Liebe. Wie alle prophetische Predigt je und je getan hat, wendete sie sich gegen die Sünden seiner Zeit und seines Volkes. In dieser Beziehung hat die katholische Predigt, namentlich diejenige der Mönche, zu allen Zeiten einen Mut bewiesen, den das zahmere protestantische Pfarrertum, abhängiger wie es ist, nicht so leicht findet. Savonarola ist am weitesten gegangen. Er war ein innerlich der Welt Abgestorbener. Was hatte er zu hoffen, was zu fürchten? Er war Gottes Beauftragter, was konnte ihm menschliche Macht und Pracht imponieren? Alle wurden sie von den Schlägen seiner Geißel getroffen, aber rascher wurde seine Rede und wuchtiger fielen die Hiebe, wenn es gegen die Klerisei ging, die niedrige, und vor allem die hohe bis zuoberst hinauf. Eine seiner gewaltigsten Strafreden gegen diese gipfelte in dem Satze: «In der urchristlichen Kirche waren die Becher von Holz und die Priester von Gold; die jetzige Kirche aber hat Priester von Holz und Becher von Gold.» Daß der soziale Ton nicht fehlte, ist von vorneherein anzunehmen. Die Liebe war gleichsam der positive Mittelpunkt seiner Predigt. Ihn jammerte des armen, ausgebeuteten Volkes. Seidene Altardecken und goldene Kirchengefäße will er verkaufen und den Erlös den Armen geben. Das dünkt ihn der beste Gottesdienst.

Daß die Blitze dieser Rede gelegentlich auch in den Palast der Medici schlugen, gab sich von selbst. Wenn er das Bild des Tyrannen zeichnete, so wußten seine Zuhörer, wer Modell gestanden war. Auch Lorenzo wußte es. Savonarola hatte deutlich gezeigt, daß es zwischen ihm und Lorenzo keine Freundschaft gebe. Als er zum Prior von San Marco gewählt worden war, erwartete jedermann, daß er nach dem bisherigen Brauch dem Lorenzo einen Huldigungsbesuch machen werde. Man mahnte ihn zum Gehorsam gegen den Mächtigen . . . Savonarola antwortete: «Ich verdanke meine Wahl Gott allein, und ihm gelobe ich Gehorsam.» Lorenzo dagegen soll zu seinen Freunden geäußert haben: «Ein Fremder ist in mein Haus gekommen und macht mir nicht einmal einen Besuch.» Doch war er viel zu viel Diplomat, um zu zeigen, daß er sich aufrege. Er kannte die Menschen und wußte, daß ein Prediger, den man mit Gift und Dolch nicht einschüchtern konnte, unter Umständen zahm wird, wenn man ihn lobt und ihm Geld gibt für seine idealen Zwecke. Goldene Knebel halten am besten. Er ging daher zu Savonarola in die Predigt und ließ nachher eine Handvoll Dukaten in den Kirchenbeutel gleiten. Auch im Opferstock von San Marco fand man gelegentlich ein Säckchen voll Goldstücke, dessen Herkunft leicht zu erraten war. Savonarola aber schied dieses Mediceische Geld sofort von dem übrigen aus und behielt nichts für das Kloster, sondern verteilte es unter die Armen. Dann sagte er in der nächsten Predigt mit genügend deutlicher Anspielung: «Ein guter Hund hört nicht auf, zur Verteidigung seines Herrn zu bellen, wenn man ihm einen Knochen hinwirft.»

Leonhard Ragaz

(Fortsetzung folgt)

Ein Schritt vorwärts Die beiden wichtigsten Ereignisse weltpolitischer Art in der Berichtszeit sind die Einstellung der sowjetischen Atombombenversuche und die Zustimmung des Bonner Bundesparlaments zur Ausrüstung der westdeutschen Wehrmacht mit Atomwaffen eigener und ausländischer Produktion. Zwei Ereignisse also, hinter denen Triebkräfte genau entgegengesetzten Charakters stehen.

Die Westmächte und ihre «neutralen» Nachbeter haben natürlich auf den Beschluß der Moskauer Regierung so geantwortet, wie wir es von ihnen längst gewohnt sind – mit dem Geschrei nämlich: «Alles nur Propaganda, nur Stör- und Verwirrungsmanöver zum Zweck der Wehrlosmachung der freien Welt!», und mit der Verkündung ihrer Entschlossenheit, unbeirrt ihre Versuche mit Kernwaffen aller Art fortzusetzen. Nun ist es zwar sicher, daß Chruschtschew, der nun an Stelle Bulganins auch formell an die Spitze der Sowjetregierung getreten ist, mit seinem ersten bedeutenden Regierungsakt auch Propagandaabsichten verfolgt. Er will die Westmächte vor die Wahl stellen, entweder ebenfalls ihre Atomexperimente einzustellen oder sich dann durch deren Weiterführung vor der ganzen Welt ins Unrecht zu setzen. Die Sowjetunion, die soeben eine neue Reihe von Kernwaffenversuchen abgeschlossen hat und für die Auswertung ihrer Ergebnisse mindestens ein Jahr braucht, hat es auch leichter, vorläufig einmal auf weitere Experimente zu verzichten als die Vereinigten Staaten, die gerade jetzt ihrerseits eine solche Versuchsreihe beginnen wollten. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Sowjetunion mit ihrem Beschluß grundsätzlich im Recht ist. Wir haben zu lange und mit zu guten Gründen die – wenn nötig einseitige – Einstellung der Kernwaffenversuche gefordert, als ersten Schritt zur allgemeinen, sämtliche Waffenarten erfassenden Abrüstung, als daß wir nun, da Moskau diesen Schritt tut, ihn nur darum verdammen könnten, weil die Sowjetunion es propagandistisch ausnützen kann, wenn die Westmächte nicht nachfolgen. Dies um so weniger, als Chruschtschew sich ausdrücklich bereit erklärt hat, die Kontrolle der Westmächte über die Ausführung des sowjetischen Beschlusses anzunehmen. Ist etwa auch das Propaganda? Die sonst höchst antikommunistisch ausgerichtete Wiener «Arbeiterzeitung» antwortet ganz richtig: «Gut, so ist es Propaganda. Um so mehr sollen die Westmächte jetzt auch für sich Propaganda machen, indem sie die Atomversuche einstellen. Diese Art von Propaganda wird sich die ganze Welt gern gefallen lassen ... Wenn Ministerpräsident Chruschtschew als ‚neuer Besen' bestrebt ist, veraltete strategische Vorstellungen wegzukehren, so ist das nur gut. Und wenn er damit nach Popularität hascht, um so besser. Er soll weiterhaschen.»

Was würden denn die Vereinigten Staaten und England (Frankreich ist mit der Herstellung eigener Atombomben noch nicht fertig) eigentlich verlieren, wenn sie nicht mehr weiterexperimentieren könnten? Genügt ihr Bombenvorrat nicht schon längst, um alles Leben auf dem Erdball auszulöschen? Müssen sie auch noch «saubere», von radioaktiven Wirkungen freie Kernwaffen, atomare Abwehrraketen, atomare Tiefseebomben gegen Unterseeboote und dergleichen haben, bevor sie auf ihre Versuchsexplosionen verzichten können? Nein, mit diesem blöden Vervollkommnungsfimmel, diesem rein technisch-militärischen Denken muß nun einfach einmal gebrochen werden. Und j e t z t ist der Augenblick da, um mit der Einstellung der Atomversuche jene Änderung des international-politischen Klimas einzuleiten, die die entscheidende Voraussetzung für eine konsequente Abrüstung und die Verhinderung eines dritten Weltkrieges ist. Denn das ist natürlich klar: die Einstellung der Atomexperimente darf nur der A n f a n g der lebensnotwendigen west-östlichen Entspannung sein. Weitere Schritte, bis hin zur völligen Unterdrückung der atomaren und konventionellen Rüstungen, müssen folgen und k ö n n e n folgen in dem Maß, als das tödliche Mißtrauen zwischen den beiden feindlichen Welten, die sich bis an die Zähne gerüstet gegenüberstehen, einem redlichen Vertrauen und einer friedlichen Zusammenarbeit weicht. Dazu müssen beide Teile beitragen. Die Sowjetunion darf nicht den Beschluß, den sie jetzt gefaßt hat, wieder umstoßen, falls die Westmächte endgültig auf der Fortsetzung ihrer Atomversuche bestehen sollten; sie muß das wenn auch noch so schwere Risiko auf sich nehmen, daß sie militärisch in Nachteil kommen könnte, wenn die Westmächte auf dem von ihr eingeschlagenen Weg nicht bald nachfolgen. Auf diesem Weg sind eben Gefahren und Opfer unvermeidlich, und wer sie nicht zu bringen vermag, der soll ihn überhaupt nicht betreten. Das Ziel erreicht nur der, der fest und unerschütterlich bleibt im Vertrauen darauf, daß – um Gladstones Wort auch hier anzuwenden – politisch nicht falsch sein kann, was moralisch richtig ist. Von den Westmächten aber muß gefordert werden, daß sie ihre – wirkliche oder vorgeschützte – Furcht vor einem technisch-strategischen Vorteil, den die Russen durch einen allgemeinen Verzicht auf weitere Atomwaffenversuche gewinnen könnten, fallen und dem von der Sowjetunion getanen Schritt einen zweiten folgen lassen, den sie selbst zu machen haben. Sie haben – wie an dieser Stelle immer wieder gezeigt wurde – die während der letzten Jahre geführten west-östlichen Abrüstungsverhandlungen immer wieder sabotiert, sooft auch die Sowjetunion ihren Vorschlägen entgegenkam. Sie dürfen sich darum nicht wundern, wenn man jetzt in Moskau von d i e s e r Methode genug hat und zu einer andern übergegangen ist, die über den toten Punkt hinauszuführen geeignet ist, weil nun wirklich die eine Partei durch die Tat beweist, daß es ihr mit der Abrüstung ernst ist. Der Westen würde neue, schwere Schuld auf sich laden, wenn er auf seinem Nein gegenüber der russischen Einladung beharren und

eine Politik – die «Politik der Stärke» – weitertreiben wollte, die das Ziel der Abrüstung auf dem Weg der höchstgesteigerten Aufrüstung erreichen zu können behauptet.

. . . und einer zurück Aber freilich, es spricht ja alles dafür, daß die Westmächte völlig entschlossen sind, ihren verhängnisvollen Kurs weiterzusteuern, und sich nicht scheuen, Schuld auf Schuld sich weiterhin aufzuladen. Wie hätten sie sonst Westdeutschland veranlassen können, seine neue Armee – allen früheren Beteuerungen des Gegenteils zum Trotz – nun doch mit Atomwaffen auszurüsten und amerikanische Abschußrampen für Atomraketen auf seinem Boden zu dulden? Der Beschluß, den der Bonner Bundestag darüber am 25. März gefaßt hat, ist zwar «nur» grundsätzlicher Art und soll erst in zwei Jahren endgültige, praktische Form annehmen. Aber es ist gerade diese Hast, eine unwiderrufliche, fertige Tatsache schon jetzt zu schaffen, die dem Vorgehen der Regierung Adenauer und ihrer fügsamen Parlamentsmehrheit seinen gemeingefährlichen Charakter gibt. Erklärlich ist es nur, wenn man annimmt, daß Adenauer und die Regierungspartei fürchten, eine künftige Gipfelkonferenz könne doch irgendwie die Neutralisierung Westdeutschlands vorbereiten, und darum entschlossen sind, die Bundesrepublik unauflöslich mit der NATO zusammenzuketten. General Heusinger an der Pariser Tagung der NATO-Generalstabschefs und Wehrminister Strauß bei seinem Besuch in Washington haben die westdeutsche Regierung offenbar bereits so stark festgelegt, daß der Bundestag glaubte, gar nicht mehr anders zu können, als – sicher nicht mit gutem Gewissen – ja und amen zu der atomaren Bewaffnung der Wehrmacht zu sagen. Und das, obwohl nach anscheinend zuverlässigen Schätzungen die große Mehrheit des westdeutschen Volkes gegen alle Atomwaffen ist. So sieht die Demokratie im Reiche Adenauers aus! Eine Minderheit regiert – die Minderheit der reaktionär-kapitalistischen und national-militaristischen Herrenschicht, die bereits zwei Weltkriege entfesselt hat und nun, unbekehrt und unbelehrt, den dritten vorbereitet. Dieser Herrenschicht, die zu allem fähig ist, gibt man die fürchterlichsten Massenvernichtungswaffen in die Hand, die menschlicher Geist je ersonnen hat! Daß Westdeutschland jetzt Mitglied der Vereinigung freier Nationen sei und seine Atomwaffen nur mit Zustimmung seiner Verbündeten, also zu reinen Verteidigungszwecken, verwenden könne, ist ein Trost, den nur der annimmt, der keine Ahnung von der dämonischen Fessellosigkeit desjenigen deutschen Geistes hat, der einen Friedrich den Zweiten und Bismarck, einen Ludendorff und Hitler hervorgebracht hat, nur der auch, der immer noch an das Märchen von der unbedingten Friedfertigkeit kapitalistischer «Demokratien» glaubt. Vor den Folgen, die der Atomwaffenbeschluß des westdeutschen Bundestags haben kann, haben muß, graut bereits vielen Deutschen selbst. In dem Konflikt zwischen Staatsraison und Moral, vor dem der Bundes-

tag gestanden sei, habe wieder einmal die Staatsraison gesiegt, so stellt in der Hamburger «Welt» (Nr. 69) ihr Chefredaktor Hans Zehrer fest. Damit sei mehr niedergewalzt worden, als heute schon erkennbar sei. «Niedergewalzt wurden die religiösen Beschwörungen der kirchlichen Kreise und die Warnungen der geistigen, die in dem Aufruf der 18 Göttinger Professoren und in den Appellen der Universitäten und Studenten zum Ausdruck kamen. Beiseite geschoben wurden die ethischen und moralischen Elemente, von den menschlichen ganz zu schweigen. . . . Und versäumt wurde eine unwiederbringliche Chance, nämlich diejenige: daß ein Volk, das seine geschichtliche Schuld vor der Geschichte noch in keiner Weise aufarbeiten konnte, heute, wo es von den Weltmächten so oder so auf seine alte militärische Leistungsfähigkeit angesprochen wird, aus den Tiefen seines Wesens heraus vor aller Welt erklärt, daß es diesen Weg nicht mehr gehen kann.»

Westdeutschland hat statt dessen zynisch erklärt, daß es seinen alten Weg aufs neue zu gehen entschlossen sei. Es hat damit die West-Ost-Spannung wissentlich verschärft, seine Trennung von Ostdeutschland auf alle absehbare Zeit unheilbar gemacht und den Staaten, die noch keine Atomwaffen haben, ein Beispiel gegeben, das sehr wahrscheinlich nur zu bald Nachahmung finden wird. Die Opposition gegen die atomare Rüstung und gegen die Außenpolitik der Regierung Adenauer überhaupt ist zwar auch da und wehrt sich oft sehr wacker. Sie redet sogar von einer Volksabstimmung, die sie durchsetzen wolle, ja von einem politischen Generalstreik und von der Notwendigkeit, den «nationalen Notstand» zu erklären, Adenauer zu stürzen und eine überparteiliche neue Regierung einzusetzen. Allein das sind doch alles hilflose Utopien, bloßer Ausdruck der inneren Kraftlosigkeit des Großteils der Widerstandsgruppen, die gegen die Logik der Rüstungsgläubigen nicht aufzukommen vermögen. Denn die Wehrpolitik der Bonner Regierung, bis hin zur atomaren Rüstung, ist ja in ihrer ganzen Beweisführung doch unwiderleglich und durchaus folgerichtig, solange man die beiden Voraussetzungen annimmt, von denen sie ausgeht: Erstens, daß die Sowjetunion der Todfeind Deutschlands und des Westens sei, und zweitens, daß nur die massivste Militärrüstung, die vor keiner Konsequenz zurückschrecke, den Angriff der Roten Armee auf Westeuropa und Amerika verhindern könne. Die Hauptgruppen der Opposition, vorab die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, stimmen diesen Voraussetzungen mehr oder weniger vorbehaltlos zu. Wie wollen sie da den Schlußfolgerungen ausweichen, die sich daraus zwangsläufig ergeben, auch wenn ihnen innerlich davor graut? Die Mehrheit des deutschen Volkes hat auch die «Exzesse» des Nazismus innerlich abgelehnt und mußte sie sich doch gefallen lassen, weil sie entscheidende Grundanschauungen und -forderungen der Hitlerbewegung durchaus bejahte: deutsche Wiederbewaffnung, Wiederherstellung der deutschen Weltgeltung, Angliederung Österreichs, des Sudetenlands und der im ersten Krieg an Polen verlorenen Gebiete, Beseiti-

gung der «Judenherrschaft» usw., wie überhaupt die nationalistischen und militaristischen Irrlehren, die der Nationalsozialismus nur am konsequentesten weitergebildet hat. Die Geschichte scheint sich – wenigstens in Deutschland – eben doch zu wiederholen . . .

Wie kämpfen wir recht! Soll der Widerstand gegen den Atomtod, der jetzt wie in Westdeutschland, so in allen westlichen Ländern erwacht, wirklich Durchschlagskraft bekommen, so sind, dem Gesagten entsprechend, zwei Grundbedingungen zu erfüllen. Der Widerstand darf zunächst nicht den atomaren Rüstungen allein gelten, sondern muß sich gegen den ganzen Irrglauben an die friedensichernde Macht der Kriegsvorbereitungen richten. Die Revolution der Kriegstechnik, deren Zeugen wir sind, hat den Krieg als Mittel der Politik endgültig unmöglich gemacht und darum auch den Kriegsrüstungen jeglichen Sinn genommen. Bloß den mutmaßlichen Gegner bluffen zu können – das ist kein vernünftiger Zweck der Anhäufung militärischer Machtmittel, die man im Ernst ja doch nicht mehr einsetzen will, weil das schierer Selbstmord wäre. Wir müssen in bezug auf Landesverteidigung und Völkerkonflikte radikal umdenken – oder wir werden einfach zugrunde gehen.

Aber wir dürfen bei diesem ersten Schritt, so gewaltig er ist, nicht stehenbleiben. Man braucht nur die «Neue Zürcher Zeitung» zu lesen, um zu wissen, daß die Furcht vor dem Atomtod von den Verteidigern der bestehenden Ordnung ganz planmäßig lächerlich gemacht und als bewußte oder unbewußte Schützenhilfe an die kommunistischen Welteroberer hingestellt wird. Ich habe schon in der letzten Weltrundschau darauf hingewiesen, wie auf westmächtlicher Seite der Glaube genährt wird, in einem Atomkrieg werde schließlich trotz allem die Sache der «freien Welt» siegen* – ähnlich wie umgekehrt im Sowjetlager die Illusion gehegt wird, ein Atomkrieg werde den Kapitalismus aus der Welt schaffen, aber den Kommunismus überleben lassen. Und wenn man dann diesen Illusionisten die Wirklichkeit des Atomkrieges entgegenhält, so antworten sie, wenigstens im Westen, mit dem Verzweiflungsschrei: «Lieber tot als Sklav'! Lieber soll die Welt zugrunde gehen, als daß sie kommunistisch wird!» Ihr hysterischer Antikommunismus macht zahllose Menschen im Westen einfach blind für die unheimliche Gefahr, in der wir seit der Erfindung der Massenvernichtungswaffen

* Die «Detroit News» (3. April) schreiben in dieser Beziehung sehr mit Recht, Mr. Dulles stelle mit einer seiner jüngsten Erklärungen die amerikanische Außenpolitik ins schlechtestmögliche Licht. «Einer Welt, die gierig auch auf die geringste Hemmung des atomaren Wettrüstens aus ist, gibt er zu verstehen, daß das Rennen gegenwärtig so glänzend weitergehe, daß wir vielleicht bald Waffen haben, die den Krieg wieder brauchbar machen werden . . . Im Besitz eines Kernwaffenvorrats, von dem wir annahmen, er habe einen Krieg undenkbar gemacht, suchen wir jetzt ‚diese Waffen in ein Werkzeug umzuwandeln, das anwendbar würde, ohne weitreichende Vernichtung von Menschenleben herbeizuführen'.»

tatsächlich stehen, oder läßt sie in einen selbstmörderischen «Heroismus» verfallen, mit dem zu rechten natürlich gänzlich sinnlos wäre.

Wir müssen darum diese Menschen vor allem von ihrer sachlich unbegründeten, aber panikartigen Angst vor einer sowjetischen Invasion befreien, wenn wir ihre Augen für die niederschmetternden Tatsachen des Atomkrieges öffnen wollen. Die Staats- und Militärführer des Westens teilen zwar diese Angst gar nicht; sie wissen genau – und sagen es auch zuweilen offen –, daß die Sowjetunion auch ohne die abschreckende Wirkung der amerikanischen H-Bomben keine kriegerischen Absichten hegt, vielmehr froh wäre, wenn sie ihr riesenhaftes Um- und Aufbauwerk auf ihrem eigenen Boden ungestört weiterführen könnte. Aber sie brauchen eben – wie auch der an Kriegslieferungen interessierte Teil der Wirtschaftsführer – die Kommunistenangst der Völker, um die gewaltigen Kriegsvorbereitungen aufrechterhalten zu können, mit denen sie die Sowjetunion zur Kapitulation zwingen zu können meinen. Mit der Ausmalung der Schrecken, die eine Überschwemmung des Westens durch die ungezählten sowjetisch-mongolischen Heerscharen über uns bringen müsse, gelingt es ihnen immer wieder, die klare Anschauung der schon heute ermeßbaren Folgen eines atomaren Totalkrieges zu verdunkeln und die Völker für die Hinnahme jeder, auch der unsinnigsten Rüstungsmaßnahme zu gewinnen.

Auf die große Masse der sich frei nennenden Menschen macht es darum nicht viel Eindruck, wenn zum Beispiel Bertrand Russell, der gefeierte englische Denker, im «New Statesman» (5. April) schreibt: «Wir sind alle in Gefahr, in Todesgefahr, wir selbst, unsere Kinder, unsere Enkel, wenn auch nicht unsere Urenkel, sofern uns der Erfolg versagt bleibt; denn wenn wir (gemeint ist: mit dem Kampf gegen die Atomrüstungen) nicht durchdringen, werden wir keine Urenkel haben. Im Vergleich mit dieser Gefahr sind alle anderen Fragen bedeutungslos. Was wird es auch ausmachen, wer recht hatte und wer unrecht, wenn überhaupt keine menschlichen Wesen mehr am Leben sind?» Für die «freien Nationen» ist es eben gerade nicht bedeutungslos, wer recht hat – der Kommunismus oder der Kapitalismus; sie stehen so stark unter dem Bann der ihnen aufsuggerierten Furcht vor einem Angriffskrieg des kommunistischen Ostens, daß sie sich ohne militärische Höchstrüstung einfach für verloren halten. Erst wenn der auf den Westvölkern liegende Bann gebrochen ist und es ihnen bewußt wird, daß die wirkliche Gefahr, die vom Kommunismus droht, nicht militärischer, sondern geistiger, ja zuletzt religiöser Art ist, werden sie bereit sein, einen Vernunftschluß anzunehmen, wie ihn Lord Russell aus der Drohung des Atomtodes zieht: «Ich rege nicht an, daß die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Antikommunismus aufhören solle. Was ich anrege, ist vielmehr, daß die Auseinandersetzung nicht auf militärischem Boden geführt werden sollte.»

Das ist in der Tat die Grundforderung, die wir an die Führer und

Völker des zivilisierten Abendlandes zu stellen haben: Einstellung des Kalten Krieges mit allem, was dazu gehört – eine Forderung, die aber, wie nochmals gesagt sei, nur in dem Maß erfüllt werden wird, da sich die Völker nicht mehr von dem Gespenst eines russischen Einbruchs in den Westen werden schrecken lassen. Wie weit wir noch von diesem Ziel entfernt sind, können wir freilich jeden Tag feststellen.* Die Art und Weise, wie der Westen auf die sowjetischen Sputnik-Leistungen geantwortet hat, ist ja neuerdings wieder ganz bezeichnend gewesen. Er sieht darin – wenn nicht nur, so doch in erster Linie eine Verschärfung der vermeintlichen militärischen Drohung aus dem Osten und bietet alles auf, um sie so gründlich wie nur immer möglich durch Steigerung der eigenen atomaren Rüstungen zu parieren. Natürlich sind die Russen auch nicht faul und vervollkommnen ihrerseits das Kriegspotential des Ostens so gut wie möglich. Sollte es unmöglich sein, dieses Wettrennen zu stoppen, bevor die Maschinen alle miteinander in den Abgrund sausen?

Erschütterte Weltstellung Amerikas Sehr viel hängt für ein Gelingen der weltweiten Versuche zur Rettung des Friedens natürlich von den Vereinigten Staaten ab – sehr viel, wenn auch zum Glück nicht alles. Denn von sich allein aus wird sich die amerikanische Union kaum zu einer grundsätzlichen Änderung ihres weltpolitischen Kurses verstehen; dazu sind die mit der «Politik der Stärke» verknüpften Interessen noch viel zu mächtig. Aber vielleicht entwickelt sich die Weltlage allmählich doch so, daß sich Amerika je länger, je weniger auf seine bisherigen Bundesgenossen und Gefolgsstaaten stützen kann und es einfach nicht mehr riskieren darf, sie in die große Endauseinandersetzung mit der kom-

* Zum Beispiel anhand des Leitartikels, den Professor Emil Brunner für die «Neue Zürcher Zeitung» vom Sonntag, 13. April, geschrieben hat. Ohne auch nur den Versuch zu machen, es irgendwie zu beweisen, geht Brunner von der für ihn anscheinend axiomatischen Charakter tragenden Behauptung aus, die Sowjetunion sei von einem «skrupellosen Kriegswillen» erfüllt. Schon das ist falsch, unhaltbar. Und erst recht unhaltbar ist, mindestens für einen Christen, die Verteidigung der atomaren Rüstungen des Westens als eines entscheidenden Mittels, um den sonst drohenden russischen Angriff zu verhindern. Denn der Atomkrieg, den zu führen man doch entschlossen sein muß, wenn man mit seiner Androhung den Gegner einschüchtern will, ist ja wirklich – wie Brunner selbst zuzugestehen scheint – eine derartige sittliche und religiöse Ungeheuerlichkeit, daß kein politisches Argument zu seinen Gunsten mehr in die Waagschale geworfen werden darf. Die Ablehnung der Atomrüstung als bloßes «moralisches Postulat» abzutun, das den Forderungen des «politischen Denkens» gegenüber ohne Gewicht sei, verrät einen derartig anmaßenden Mangel an Gehorsam gegen das gerade in der Atomkriegsfrage unbedingte Geltung beanspruchende Gebot Gottes, einen derartigen Mangel auch an Vertrauen in den Schutz, den solcher Gehorsam einem Volk in seinem Streben nach Existenzsicherung geben würde, daß man das Recht hat, über solche Glaubenslosigkeit bei einem Theologen erstaunt zu sein. Was haben bei dieser Haltung alle gelehrten Bücher über christliche Ethik und Dogmatik noch für einen Überzeugungswert?

munistischen Welt hineinzureißen, die ihm vorschwebt. Eine solche Entwicklung könnte zwar – das liegt auf der Hand – auch gerade die umgekehrte Wirkung auf die Planer der amerikanischen Außenpolitik ausüben, die in um so stärkere Versuchung kämen, vorbeugenderweise loszuschlagen, je schwächer Amerikas Rückhalt an den übrigen Teilhabern der antikommunistischen Militärbündnisse zu werden droht. Aber vorerst besteht noch durchaus die Möglichkeit, daß die Schwierigkeiten, die die Vereinigten Staaten mit ihren bisherigen Weggenossen haben, eine Fortführung der Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion und China mehr und mehr ausschließen. Diese Schwierigkeiten sind in den letzten Wochen in Washington als überaus peinlich empfunden worden und werden auch in der voraussehbaren Zukunft nicht geringer werden. «Die Dinge entwickeln sich im Ausland für die Vereinigten Staaten nicht gut», seufzt ein im allgemeinen so nüchtern urteilendes Organ wie «U. S. News &World Report» (21. März), um fortzufahren: «Wieder häufen sich die Verwicklungen an . . . Amerika gerät als Weltunternehmer überall in stürmisches Wetter.» Besondere Sorge müsse die Lage in Indonesien machen, wo in der Tat die im Westen mit soviel Hoffnungen begrüßte Aufstandsbewegung gegen die stark linksorientierte Zentralregierung nicht mehr vorwärts zu kommen scheint. «Angenommen», so schreibt das Blatt, «die Roten legen die Hand auf Indonesien – was dann? Man bekommt die Antwort von den amerikanischen Militärs, die an der Südostasien-Konferenz in Manila teilgenommen haben: Ein kommunistisches Indonesien könnte lebenswichtige Luft- und Seeverbindungen abschneiden. Es sind das die Wege, die jetzt Australien und Neuseeland – Verbündete Amerikas – mit Singapur und Europa verbinden. Die Stützpunkte in Singapur und Malaia wären gefährdet. Und ein rotes Indonesien würde die Kommunisten an die Südflanke der Philippinen heranbringen . . . Wiederum erhebt sich die Frage, wie Militärbündnisse den roten Umsturzversuchen Einhalt tun können. Die SEATO, die Südostasiatische Vertragsorganisation, hat die Roten nicht hindern können, ihre Macht in Indonesien zu steigern. NATO, die Nordatlantische Vertragsorganisation, scheint außerstande zu sein, einen nordafrikanischen Krieg zu beenden, der die NATO weit aufzureißen und den Kommunisten das Eindringen in Algerien leicht zu machen droht. Der Bagdadpakt hat Sowjetrußland nicht gehindert, uns überhüpfend, sich in Syrien und Ägypten festzusetzen. So hörte man auch in Manila die Frage: Kann die SEATO weiterbestehen, wenn die Roten die Schranken überspringen, die dieser Pakt aufgerichtet hat, und Indonesien eben doch in die Hand bekommen?»

Ähnlich klagte auch Unterstaatssekretär Robertson vom amerikanischen Staatsdepartement letzthin (am 21. März) vor der außenpolitischen Kommission des Senats: «In allen freien Ländern Asiens sind Umsturzkräfte am Werk. An der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Front wird mit schmiegsamen Methoden gearbeitet, um den

Augenblick vorzubereiten, wo ein plötzlicher Gewinn durch militärische, revolutionäre oder andere Mittel möglich wird.» In Nordkorea und Nordvietnam seien die Kommunisten noch immer ziemlich stark; auf dem chinesischen Festland aber besäßen sie eine Armee von drei Millionen Mann und Hunderte von modernen Flugzeugen. Von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit C h i n a , so meinte Robertson, könne natürlich keine Rede sein. «Meiner Ansicht nach ist es phantastisch, zu argumentieren, daß man durch eine Anerkennung dieser internationalen Banditen . . . unsere Probleme vereinfachen und uns größere Sicherheit bieten könnte.»

Auf Schwierigkeiten stößt die amerikanische Politik neuerdings auch in P a k i s t a n , das sich beklagt, als Verbündeter der Vereinigten Staaten von diesen weniger Wirtschaftshilfe erhalten zu haben als das neutrale (freilich auch dreimal so volkreiche) I n d i e n und in seinem Streit mit Indien wegen Kaschmir von den Vereinigten Staaten im Stiche gelassen zu werden. Die amerikanische Waffenhilfe an Pakistan ist zwar recht umfangreich, bringt aber nur Indien gegen die Vereinigten Staaten auf und belastet die indisch-pakistanischen Beziehungen übermäßig, so daß man sich in Pakistan fragt, ob sich Neutralität nach indischem Muster nicht doch besser bezahlt machen würde . . .

Daß in V o r d e r a s i e n die Dinge für Amerika erst recht nicht zum Besten stehen, ist ohnehin klar. Es heißt zwar die Lage allzusehr vereinfachen, wenn man sagt, die Sowjetunion stehe im Begriffe, die arabischen Länder in ihr Lager herüberzuziehen. Seit Beginn dieses Jahres hat im Gegenteil Moskau im Orient eher an Boden verloren. Gewonnen hat aber nicht der Westen, sondern Nasser mit seinem großarabischen Reichsplan. Durch die Schaffung der Vereinigten Arabischen Republik hat er Syrien in die Hand bekommen, die sowjetfreundlichen Kräfte in der Regierung von Damaskus ausschalten und die nun verbotene Kommunistische Partei in den Untergrund drängen können. Auch in Saudiarabien ist die ägyptenfreundliche Partei unter Kronprinz Faisal ans Ruder gekommen, ohne freilich das Land der Arabischen Republik anzuschließen oder sich gar mit Amerika zu überwerfen, das als Gegenleistung für das saudiarabische Öl einen so märchenhaften Dollarstrom in den Palast von Riad leitet. Der Libanon aber steht, wie Jordanien, unter starkem ägyptischem Druck und wird Mühe haben, seinen Bund mit dem Westen noch lange aufrechtzuerhalten. Nasser kann sich also recht erheblicher Erfolge rühmen, die sein Ansehen im Orient nicht wenig gestärkt haben. Dennoch darf er nicht daran denken, die Sowjetunion vor den Kopf zu stoßen. Er b r a u c h t Rückhalt an Moskau. So wickelt sich denn besonders die sowjetisch-syrische Zusammenarbeit weiterhin planmäßig ab. Seit Ende März weilt eine große Zahl sowjetischer Techniker in Damaskus, während die westlichen Fachleute hinauskomplimentiert wurden. Und in Ägypten selbst zählt Nasser fest auf sowjetische Finanz- und Konstruktionshilfe, um seine großen Industrialisierungspläne, mit dem Bau des neuen

Assuandammes an der Spitze, durchzuführen. Amerika scheint hier überall ausmanövriert zu sein, wie es Großbritannien schon längst ist.

Ein amerikanisches Sorgenkind besonderer Art ist schließlich immer Frankreich. Wohl haben die Vereinigten Staaten, zusammen mit Westdeutschland, kürzlich die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruchs der Vierten Republik durch großzügiges Einspringen zu bannen vermocht. Aber für die politische Dauerkrise, in der das französische Regime steht, gibt es eben kein ebenso schnell wirkendes Heilmittel. Wie gänzlich zerrüttet Frankreichs Staatsapparat ist, hat man ja neuerdings bei dem Pariser Polizeiskandal gesehen, jener lärmigen Revolte der «Ordnungskräfte» gegen ihre eigene Regierung, die, aus einer Lohnbewegung herausgewachsen, zu einer regelrechten Hauptprobe für einen reaktionären Staatsstreich wurde. Claude Bourdet kennzeichnete im «France-Observateur» die Lage zutreffend: «Wir wissen schon seit einem oder zwei Jahren, daß es in Algerien Spezialtruppen gibt, deren Lieblingstraum es ist, nach Frankreich herüberzukommen und die Demokratie zu zerstören. Und anläßlich der Affäre von Sakiet haben wir auch erfahren, daß es in der Armee Generäle und Obersten gibt, die bei einer derartigen Operation gern an die Spitze dieser Knüppelgarden träten. Und jetzt haben wir schließlich entdeckt, daß die ‚republikanische' Polizei in Wirklichkeit stark mit rassistischen, judenfeindlichen, antiparlamentarischen Elementen durchsetzt ist, Geistesverwandten der Fallschirmer des Generals Massu . . . Die Kundgebung vom letzten Donnerstag hat zum mindesten den Vorteil gehabt, daß sie die tiefe Durchdringung der Polizei mit einem faschistischen Agentennetz geoffenbart hat, das sich auf die wiedereingestellten Kollaborationisten und die Gruppen der äußersten Rechten stützt.» Und zwar sei nicht nur die Polizei der Hauptstadt, sondern auch diejenige gewisser Provinzgegenden faschistisch verseucht – ein Zustand, der freilich alarmierend genug ist. Nimmt man dazu die soziale Unrast, von der Frankreich neuerdings ergriffen ist – die Streikbewegung erstreckt sich auf alle Lohnverdienerschichten, von den Eisenbahnern zu den Bergarbeitern, von den Gaswerksangestellten bis zu den Mittelschullehrern –, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich das staatliche wie das gesellschaftliche Gefüge der Vierten Republik mehr und mehr zersetzt.

Was die Amerikaner mit Geld und Propaganda tun konnten, um den für sie so entscheidend wichtigen französischen Bundespartner auf den Beinen zu halten, das haben sie seit einem Dutzend Jahren wirklich getan; sie werden sich aber heute selber sagen müssen, daß auf eine solche Stütze ihrer Europa- und Weltpolitik im Ernstfall kein Verlaß sein kann, besonders wenn Frankreich in Nordafrika festgelegt und für jede andere militärische Unternehmung gelähmt ist. Noch steht zu ihnen fest und treu die Wacht am Rhein, mit Konrad Adenauer als Oberhüter des christlichen Abendlandes – aber wie lange noch? Redet man nicht schon immer davon, daß Deutschland auf die Dauer besser

auf seine Rechnung käme, wenn es sich mit dem nahen Rußland und der hinter ihm stehenden Welt arrangieren würde, statt alles auf die amerikanische Karte zu setzen, die ja doch nicht mehr zweifelsfrei steche? Und hat nicht John Strachey, ehemaliger Kriegsminister im Kabinett Attlee und sicher Inhaber eines hohen Postens auch in einer kommenden Labourregierung, in einer vielbesprochenen Schrift jüngst gesagt, England müsse sich gegebenenfalls weigern, eine amerikanische Politik mitzumachen, «die von uns scharf mißbilligt und als friedensgefährdend betrachtet wird»? «Wir müssen in der Lage sein», so fordert er, «einen anderen Kurs einzuschlagen, auch wenn dies zu einer Entfremdung zwischen Großbritannien und Amerika und sogar zur Isolierung Amerikas führen könnte.» Das ist wirklich allerhand! Noch hält der antikommunistische Weltbund unter amerikanischer Führung ordentlich zusammen; aber die zentrifugalen Kräfte, die in ihm wirken, sind doch deutlich genug zu erkennen, und die Erwartung ist nicht unbegründet, daß die Völker in West und Ost schließlich doch von dem Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und China genug bekommen und über alle Gegensätze des politisch-sozialen Regimes hinweg die unverbrüchliche Einheit unserer kleinen Erdenwelt tätig anzuerkennen bereit sein werden.

Ein Heide zu Christen Damit wäre die eine große Voraussetzung für die Schaffung einer haltbaren Friedensordnung gegeben. Bleibt die andere: die radikale Abkehr von allem Rüstungs- und Militärglauben. Und die zu bewerkstelligen, ist wohl noch schwerer, als sich von der fixen Idee einer drohenden gewaltsamen Bolschewisierung des Westens zu lösen. Denn hier haben wir es nicht nur mit uralten, tief verwurzelten Kampf- und Machtinstinkten zu tun, sondern auch mit einer Unfähigkeit des modernen Menschen, sich gegen die Greuelhaftigkeit des (konventionellen wie atomaren) Totalkrieges zu empören, die schlechterdings unerhört ist. Darauf weist mit besonders eindrucksvollem Ernst Dr. C. W. Mills hin, Professor der Soziologie an der Neuyorker Columbia-Universität, der in «The Nation» (8. März) als «Heide», wie er sich nennt, den Christen ihre Mitverantwortung für diesen Geisteszustand klarmacht. Die «Unempfindlichkeit der westlichen Welt» gegenüber moralischen Scheußlichkeiten, ja die Verkehrung solcher Scheußlichkeiten in moralisch gebilligte Gefühlsnormen sieht Mills schon im Ersten Weltkrieg am Werk; voll entwickelt sei sie aber erst im zweiten Krieg worden. «Die ‚Durchbombardierungen' in diesem Krieg waren eine unterschiedslose Bombardierung der Zivilbevölkerung im Kolossalmaßstab; die atomare Beschießung der Einwohnerschaft von Hiroshima und Nagasaki war ein Akt, dem keine Warnung und kein Ultimatum vorausging. Zur Zeit von Korea war der Vernichtungskrieg bereits vollkommen als Bestandteil unserer moralischen Welt angenommen.» Und die weitere Entwicklung der Kernwaffen durch die Vereinigten Staaten

und die Sowjetunion bedeutet vollends, so stellt Professor Mills fest, die Konzentration der nationalen Schaffenskräfte auf Werkzeuge des Massenmords. «Die Sprecher auf beiden Seiten sagen zwar, sie wüßten schon, daß der Krieg als Mittel irgendeiner Politik veraltet sei, außer wenn man sich gegenseitig vernichten wolle, erstreben aber doch den Frieden mit militärischen Mitteln und häufen dabei mit Erfolg immer neue Gefahren auf. So ein Wettrüsten hat es noch nie gegeben – ein wissenschaftliches Wettrüsten, das von der Vernichtungsstrategie beherrscht wird. Und bei jeder Wendung in dieser scheußlichen Konkurrenz werden beide Teile immer gereizter, so daß die Möglichkeit immer größer wird, daß im Charakter oder in der Technik begründete Unfälle plötzlich den Ausbruch der Hölle auslösen werden.»

An dieser moralischen Entartung hat, wie der Verfasser des Aufsatzes glaubt, das herrschende Christentum einen Hauptanteil. «Der bekenntnismäßige christliche Glaube an die Heiligkeit des Menschenlebens ist natürlich von der unpersönlichen Barbarei des Krieges im 20. Jahrhundert nicht berührt worden . . . Die Religion ist ein williges geistiges Mittel und eine psychiatrische Stütze des Nationalstaats geworden . . . In allem Ernst: Sind die Fernsehchristen in Wirklichkeit nicht Lehnstuhl-Atheisten? In Tat und Wahrheit leben sie ohne den Gott, den sie bekennen.» Fordert das aber nicht, so fragt er, zu äußerstem Widerstand aller wirklich von ihrem Glauben ergriffenen Christen heraus? «Sollten sie nicht die Scheinfrömmigkeit hochgestellter Männer anprangern, die religiöse Redensarten nur stehlen, um ihre Gewaltpolitik und ihren unmoralischen Mangel an politischer Haltung zu bemänteln? Sollten sie sich nicht weigern, zuzugeben, daß Unsittlichkeit eine Stütze in der Religion findet? . . . Ich vermag wahrhaftig nicht zu sehen, wie man beanspruchen kann, Christ zu sein, und sich doch nicht vollkommen und glaubensmäßig gegen die Rüstungen und Versuche wendet, die jetzt im Blick auf einen dritten Weltkrieg im Gang sind . . . Es besteht keine militärische Notwendigkeit für weitere Raketen. Es ist kein Bedarf für mehr Naturwissenschaften in der Schule; es ist nicht Realismus, noch mehr Geld für Waffen auszugeben. Notwendigkeit und Bedarf und Realismus sind die verzweifelten Schlagworte der moralisch Verkrüppelten. Was notwendig ist, das ist moralische Vorstellungskraft. Wessen wir bedürfen, das ist ein politisches Neubeginnen. Realismus heißt: sofort und nötigenfalls einseitig alle Rüstungen für einen dritten Weltkrieg einstellen . . . Ich glaube, die entscheidende Probe auf euer Christentum liegt in eurem Zeugnis, daß ihr euch als einzelne und in Gruppen weigert, am Krieg teilzunehmen. Der Pazifismus, so glaube ich, ist der Prüfstein für euer Christentum – und für euch selber. Zum allermindesten sollte er d a s Diskussionsthema innerhalb der Christenheit sein.»

Mich hat dieser Anruf eines «Heiden» sehr bewegt; er beschämt uns tief mit seiner intellektuellen Sauberkeit und seinem starken, sicheren moralischen Gefühl. Wie vorteilhaft hebt er sich doch zum Beispiel

von dem herablassend-pseudorealistischen Kommentar ab, den der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 990) dem Friedensmarsch englischer Pazifisten von London nach Aldermaston, dem Zentrum der Kernwaffenforschung, gewidmet hat. Es seien ja, so meint er, ganz überwiegend Linkskreise gewesen, die sich an diesem Unternehmen beteiligt hätten, während sich «aus kirchlichen und gemäßigten Schichten nur (!) idealistisch gesinnte Einzelgänger» dazu hätten «mitreißen» lassen. Die hoffnungslose Befürwortung eines einseitigen Verzichts «auf die einzige Waffe, die der westlichen Welt noch den Frieden in Freiheit gewährleistet», gewinne, so schließt der Mann, auch durch derlei dramatische Veranstaltungen nicht an Überzeugungskraft. Hoffnungslos erscheint u n s die geistige Haltung, die aus solchem Bekenntnis zur Atombombe spricht. Aber seien wir nur gewiß: es ist eine untergehende Welt, die ihre «Freiheit» – die Freiheit, die s i e meint – einzig noch mit der Drohung zu verteidigen weiß, gegebenenfalls eine moralische Ungeheuerlichkeit im Weltmaßstab zu verüben. Wirkliche Freiheit, Menschenwürde und Sittlichkeit werden erst aufleben und eine Stätte finden, wenn jene Welt überwunden ist. Und die «in triefender Nässe und eisiger Kälte verbissen dahinziehende Schar» von Pazifisten, von der in der «NZZ» berichtet wird, sie trug tausendmal mehr Zukunft in sich als der ganze patriotische Massenbetrieb der ewig Gestrigen, die mit ihren krampfhaft festgehaltenen Verzweiflungswaffen nur ihre völlige Ohnmacht bekunden, der Menschheit eine würdige, in Frieden gesicherte Wohnstatt zu erbauen!

9. April 1958 *Hugo Kramer*

Der Geist

Die Stimme zerflattert im Sturm.
Wo sind noch Worte, die gelten?
Es bersten und brechen die Welten,
Und es stürzen Brücke und Turm.

Der Geist schweift in rasendem Wahn
In Höhlen und Bergen von Schätzen,
Deren Strahlen das Leben verletzen –
Denn er hat seine Mitte vertan.

Er unterwarf sich die Welt,
Er kann die Materie zertrümmern.
Noch hält ihn ein letztes Bekümmern,
Daß die Schöpfung in Asche zerfällt:

Die Schöpfung ihm anvertraut,
Längst, lange verlassen, verraten
Durch seine selbstmächtigen Taten:
Die am Rande noch raunende Braut.

Noch steht er zaudernd am Saum.
Doch schon ziehn seine Geburten
Durch die Luft ihre tödlichen Furten
Und versehren den himmlischen Raum.

Ein grauenhafter Gigant
Am Horizonte errichtet,
Den nie ein Gott sich erdichtet,
So steht er ragend am Rand.

Noch steht er zögernd am Rand
Von schwefliger Lohe umflimmert.
Doch schon ist die Seele zertrümmert,
Und die Leitung entglitt seiner Hand.

Margarete Susman
(«Aus sich wandelnder Zeit», Gedichte)

Die doppelte Auferstehung

Die erste Auferstehung ist die des Fleisches oder auch der Materie, das heißt: die Auferstehung auf Grund der neuen Verhältnisse, der politischen, sozialen, kulturellen. Das Volk Israel durfte sich wieder sammeln, durfte wieder heimkehren, bekam eine offene Türe zu Leben und Zukunft, weil Babylon, die alte Hemmung des Reiches Gottes, stürzte. Aber es ist dem Propheten klar, und sein Gesicht bestätigt ihm, was seine Gedanken erkannt haben: daß Israel dennoch nicht wirklich lebendig wird, daß seine Verheißung dennoch sich nicht erfüllen wird, wenn nicht Geist über es kommt – neuer Geist von Gott her. Die bloße äußere Auferstehung und Auferstehungsmöglichkeit genügt nicht. Sie kann nur zu einem Scheinleben führen. Aber der Prophet traut Gott zu, und Gott verspricht ihm durch das Gesicht, daß er auch den Geist senden werde. Und er hat ihn gesendet. Nach Ezechiel ist, wie wir schon gesehen haben, der gewaltige Unbekannte gekommen, den wir den Zweiten Jesaja nennen, und auch Kleinere haben dann mitgeholfen, das neu vom Himmel gefallene Feuer Gottes zu erhalten und zu schüren.

Und das ist nun genau auch unsere Lage. Wir müssen auf die zweite Auferstehung warten, die des Geistes. Sonst wird trotz aller neuen Gunst der Lage die in der ersten liegende Verheißung doch zunichte werden. Die neue Friedensbewegung mit dem neuen Völkerbund kann nur echte und dauernde Erfüllung werden, wenn nicht bloß der rechnende Verstand und die furchtbare Erfahrung des Krieges die neue Ordnung der Völkerwelt gebieten. Der Verstand streckt nur zu leicht vor der Leidenschaft die Waffen, und die schwerste und eindringlichste Erfahrung kann auch nur zu leicht vergessen werden – das haben wir ja auch erfahren. Es muß, damit wirklicher Friede werde, der Geist wehen, ein neuer Geist, der Geist Gottes, der den Frieden will um des Friedens willen, der den Abscheu vor dem Krieg in sich selber trägt. Der neue Sozialismus wird nur dann dauernd siegen und dauernd herrschen, wenn er nicht bloß eine zweckmäßige und nützliche Neuordnung der Verhältnisse erstrebt, wie sie besonders dem Verlangen einer bestimmten, wenn auch der zahlreichsten, Schicht der Bevölkerung entspricht und ihr die Herrschaft in einer kommenden Gesellschaft verheißt, sondern er muß wieder und stärker als je zum gewaltigen Drang nach einer neuen Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit werden. Es muß wieder Geist wehen, Schöpfergeist, der in sich selbst dieses neue Menschentum trägt, der in sich selbst Abscheu ist gegen die Herrschaft des Mammons und der Gewalt, der Drang ist nach wahrer Gemeinschaft und der sich in der Liebe und Bruderschaft vollendet, die von Christus ausströmen. Die soziale Revolution, im weitesten Sinne des Wortes, die nun angehoben hat und unabsehbare Perspektiven eröffnet, wird nur dann vollständig durchschlagen, wenn sie den Punkt erreicht, wo sie in die religiöse,

besser gesagt in die Christus-Revolution übergeht. Nur in Christus ist der letzte Sieg über die Welt und ihre Dämonen verbürgt. Das gleiche gilt von der neuen Kultur, jener Kultur des Menschen, auf die wir hoffen. Sie kann nur durch eine völlige Umstimmung der Gedanken und Gefühle, der Empfindung von Gott und Welt, nur durch ein Strömen von Kräften aus den schöpferischen Frühlingstiefen des Geistes zustande kommen. Und schon steht diese letzte der Revolutionen, von welcher nicht nur die Erfüllung, sondern auch der Sinn aller andern abhängen, vor der Türe. Wir sehen sie in den kleineren Zeichen und den großen Bewegungen anbrechen, auf die wir hingedeutet haben. Und sie wird auch über alle politischen, sozialen und kulturellen Horizonte hinausführen in jene neue Welt, wo auch Krankheit, Tod, Jammer der Natur, Finsternis der Welträtsel vor dem Lichte der Auferstehung von Christus her hell zu werden beginnen. Aber wir fühlen alle immer wieder und erfahren es in Schmerzen, daß auch diese letzte Revolution noch zu schwach ist. Es muß noch eine ganz andere Kraft des Geistes kommen, damit sie wirklich sieghaft werde. Ganz anders noch muß der zum Sturm, zum Pfingststurm, gewordene Odem Gottes wehen, ganz anders die Wahrheit und Macht Christi auferstehen, eine ganz andere Wirklichkeit die Nachfolge Christi werden.

Dürfen wir darauf hoffen? Dürfen wir diese zweite Auferstehung erwarten?

Ich antworte:

Der die erste Auferstehung gewirkt hat, sollte er nicht auch die zweite wirken können und wollen? Es ist ja der gleiche Gott. Er ist ja der Creator Spiritus, der schaffende, neu schaffende Pfingstgeist. Er kann das Wunder schaffen; er waltet im Wunder. Er kann, wie das alte tiefe, wenn auch paradoxe Wort sagt, auch aus dem Nichts schaffen. Er kann nicht nur die Totengebeine, so ganz dürr sie auch seien, beleben, sondern den «Erschlagenen» seinen Odem einhauchen, daß sie aufstehen und auf die eigenen Füße treten. Wir trauen Gott nur zuwenig zu. Wir verstehen Pfingsten zuwenig, glauben zuwenig an Pfingsten.

Es wird auch so sein, daß gerade die Tiefe der Not uns zu dem Punkte führen muß, wo die große, letzte Wendung einsetzen kann. Es mag wohl sein, daß nur die ganze Schwere der Entwicklungen, die auch nach dem äußeren Ende des Krieges fortdauern, ja sogar noch auf bestimmten Linien verstärkt einsetzen werden, die ganze Auflösung, die ganze Trostlosigkeit, die ganze Verwirrung, das ganze Chaos uns zu dem ganzen Gott, dem ganzen Christus, der ganzen Nachfolge drängen können; daß sie aus diesem Dunkel mit einer Gewalt hervorbrechen werden, die unser von ihnen so weit abgekommenes, so sehr verweltlichtes Geschlecht kaum mehr ahnen kann, um das Angesicht der Erde zu erneuern. Schon können wir spüren, daß diese «Geburtswehen Christi» begonnen haben. Wir dürfen es glau-

ben: Gott ist nicht kleiner als unsere Gedanken, als unsere Hoffnungen, die doch nur von ihm her in unser Herz kamen, er ist größer, unendlich und herrlich größer als sie, als wir.

Damit ist aber auch ein Drittes gegeben: Es ist nötig, daß wir diesen Sachverhalt einsehen. Das bedeutet: Es ist nötig, daß wir zwar alle Linien, die auf die neue Welt hinführen, ins Auge und ins Herz fassen. Es ist nötig, daß wir, jeder nach seinen Kräften und nach seiner besonderen Berufung, auf diesen Linien arbeiten. Wir dürfen uns nicht in jener verhängnisvollen falschen Geistigkeit, die stets nur die andere Seite der Geistlosigkeit (des «Materialismus») ist und diese erzeugt, von der Arbeit für unsere Hoffnungen in den gegebenen Verhältnissen und Möglichkeiten, auch den rein «weltlichen», fernhalten. Ohne diese erste Auferstehung gibt es auch die zweite nicht, und wenn wir die erste nicht miterleben, indem wir sie mitmachen, werden wir die zweite nicht glauben und nicht fassen können. Aber es ist auch nötig und ist das Allernötigste, daß wir einsehen, was noch am wahren Leben dieser «Erschlagenen» fehlt, daß wir aber, statt skeptisch, ja höhnisch darauf bloß hinzuweisen, um damit die Hoffnung zu bekämpfen, uns dafür einsetzen, daß auch die zweite Auferstehung, die des Geistes, die Pfingst-Auferstehung, komme. Und dieses Sich-Einsetzen hat eine große Verheißung. Es ist nach Gottes Ordnung auch notwendig. Denn so sehr die neue Schöpfung nur von Ihm kommt, so sehr bedarf sie – das ist ja die Paradoxie und Polarität des Reiches Gottes – der Mitarbeit der Menschen, zum mindesten ihres Suchens, ihres Erkennens, aber auch ihres Kampfes. Auch ihres Leidens – ohne Leiden gibt es kein tiefstes Erkennen, ohne Schmerzen keine Geburt. So sehr der Geist Geschenk ist, ebensosehr ist er auch Aufgabe. Die Not ist es, worin sich das Schreien zu Gott erzeugt, das die große Verheißung schafft. Jeder von uns, auch der «Kleinste», hat an dieser teil, aber besonders die wirkliche Gemeinde des Reiches Gottes, die neue Gemeinde – die auch aus dem Geiste geboren werden wird. Schon spüren wir auch darin sein Wehen.

Es gibt von dem lebendigen Gott her, der in der Auferstehung Christi und im Pfingstwunder sein oberstes Schöpfungswort spricht, eine Auferstehung für alles. Im Kleinsten wie im Größten. Glaubet es: Auch die dürrsten Gebeine können durch seinen Hauch lebendig werden. Kein Wunder ist ihm zu groß, und dem Glaubenden kann es zuteil werden. Aber vergessen wir nicht: Es muß zur ersten Auferstehung die zweite kommen. Unsere ganze Weltlage steht, auf der Linie der Hoffnung, unter der Notwendigkeit und unter dem Zeichen dieser doppelten Auferstehung. Es stehen viele große und wichtige Aufgaben vor uns, aber die größte und wichtigste ist das Gebet – das rechte Gebet: Veni Creator Spiritus – Komm, Schöpfer Geist!

Komm, wir glauben an dich! Komm, wir glauben nicht genug an dich! Herr, stärke uns den Glauben! *Leonhard Ragaz (1944)*

Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben

(Fortsetzung)

Lorenzo mußte einsehen, daß diesem Manne gegenüber seine sonst so bewährte Art, die Menschen zu nehmen, nicht angebracht war. Er ging darum gelegentlich zu San Marco in die Messe und ließ sich dann wie zufällig durch ein Gespräch im Klosterhof festhalten. Natürlich liefen die Mönche zu Savonarola und riefen: «Lorenzo ist drunten, komm doch!» Er antwortete kühl: «Wenn er mich nicht ruft, so laßt ihm doch sein Vergnügen.» Da entschloß sich Lorenzo, einen letzten Schritt zu tun: er sandte fünf der angesehensten Männer der Stadt zu dem Mönche, die ihn baten, um seiner selbst willen Lorenzo zu schonen, da es sonst leicht dazu kommen könnte, daß er die Stadt verlassen müsse. Savonarola hört sie ruhig an. Dann richtet er sich auf, seine Augen blitzen: «Ich weiß, daß Lorenzo euch gesandt hat. Geht hin und saget ihm: ich bin ein Fremder und er ein Bürger der Stadt, sogar der erste Bürger. Aber ich werde bleiben, und er wird gehen.» Dann sprach er nachher noch mit den Männern über die Lage des Staates – und siehe, sie waren nachher alle seine eifrigsten Anhänger.

Jetzt mußte der kühne Mönch vernichtet werden, und zwar moralisch vernichtet. Das Werkzeug dazu sollte der große Redner Fra Mariano werden. Der hatte sich, im Herzen Gift und Galle, bisher für Savonarolas Freund ausgegeben und getan, als ob er sich über dessen Erfolge freue. Aber als nun der Auftrag an ihn erging, ihn durch eine Predigt unschädlich zu machen, griff er mit beiden Händen darnach. Ganz Florenz kam zusammen, als die rednerische Hinrichtung stattfinden sollte, Lorenzo und sein Gefolge voran, aber der «Schuß von der Kanzel» ging hinten hinaus. Mariano ließ sich durch seine Wut zu solchen Gemeinheiten hinreißen, daß er Savonarola den größten Sieg verschaffte, der noch durch eine Gegenpredigt desselben erhöht wurde. Mariano war vernichtet. Aber Savonarola hatte von diesem Tag an einen Feind, der nur noch einen Gedanken hegte: seinen Untergang...

Aber noch einmal sollten sich Lorenzo und Savonarola, jeder die Verkörperung eines Prinzips, begegnen. Eines Tages flog die Kunde durch Florenz, der Prächtige sei am Sterben. Um sein Lager standen schwer atmend die Freunde. Nun wurde seine vorher so sichere Seele von den Geistern der Vergangenheit geängstigt, und er begehrte nach einem Beichtvater. Man holte ihm einen ergebenen Mönch. Aber das Wort aus dem Munde eines feilen Pfaffen konnte ihn im Angesicht der Ewigkeit nicht beruhigen... Das Bild des Mönchs steigt vor ihm empor, der seiner Freundlichkeit und seinem Zorn mit gleicher Festigkeit widerstanden hatte, und er bittet seine erstaunten Freunde, daß man Savonarola rufen lasse. Dieser kann es zuerst nicht glauben, als der Bote in seine Zelle tritt. Sobald er aber sieht, daß es Ernst ist, macht er sich auf, und die Seele voll großer Gedanken, geht er in den Palast und tritt in das Prunkgemach, wo der Herr von Florenz auf seidenen

Kissen ruht. «Gott ist gütig, Gott ist barmherzig», spricht er, den Kranken zu beruhigen. Dieser will zu beichten beginnen, aber Savonarola unterbricht ihn. «Drei Dinge sind notwendig.» «Und welche, Pater?» Savonarolas Züge werden streng. «Erstens, daß Ihr ein großes und lebendiges Vertrauen zu Gottes Barmherzigkeit habet.» «Das habe ich», flüstert der hohe Kranke. «Zweitens», fährt Savonarola fort, «daß Ihr alles Vermögen zurückgeben wollt, das Ihr mit Unrecht fortgenommen habt, oder Eure Söhne beauftragt, es zu tun.» Lorenzo besinnt sich einen Augenblick, erstaunt und leidend, dann nickt er leicht mit dem Kopfe. Und nun richtet sich Savonarola in die Höhe, daß der Kranke zusammenfährt. «Letztlich, daß Ihr dem Volk von Florenz die Freiheit zurückgebet.» Da zuckt Lorenzo verächtlich die Schultern. Savonarola aber kehrt sich um und verläßt Gemach und Palast, durch den bald die Nachricht eilt: «Lorenzo ist tot.» Das geschah am 8. April 1482.

An Lorenzos Stelle trat sein Sohn Piero. Der Vater hatte nicht viel Gutes von ihm erwartet, und er hatte nur zu richtig vorausgesehen. Der neue Herr von Florenz hatte sich mehr mit Fechtkunst, Reiten und noch weniger nützlichen Künsten beschäftigt als mit der Regierungskunst. Schwach und feige, wo es zu handeln galt, entfremdete er sich die besten Freunde durch hochfahrendes und gewalttätiges Wesen. So war denn der Prior von San Marco der wahre Herr der Stadt. Sein Ansehen war durch die Ereignisse am Sterbebett des Lorenzo aufs höchste gestiegen. Die ersten Männer von Florenz umdrängten seine Kanzel, Künstler, Gelehrte, Staatsmänner. Der junge Michelangelo behielt den Eindruck von Savonarolas Predigt und Persönlichkeit sein Leben lang in treuem Gedächtnis und las noch im hohen Alter viel in seinen gedruckten Predigten. Pico di Mirandola und Marsilio Ficino waren seine feurigen Bewunderer . . . Ganz Toskana wurde von der Bewegung ergriffen. Fra Girolamos Name war auf allen Lippen. Immer mehr umgab ihn der Nimbus des Propheten, das Wort in jenem engeren Sinne verstanden als eines Mannes, der von Gott gesandt ist, die Zukunft zu verkündigen . . . Savonarola wußte sich von Gott gesandt, aber nicht bloß in dem innerlichen Sinne, in dem jeder das von sich sagen darf, der ein großes und notwendiges Werk zu tun hat: er war vielmehr berufen worden durch besondere G e s i c h t e und stand in fortwährendem unmittelbarem Verkehr mit Gott, der ihm die Zukunft enthüllte . . .

Wir werden uns hüten, vom Maulwurfshügel unserer vermeintlichen Aufklärung aus diese Dinge mit einem Lächeln zu erledigen. Gewiß werden wir durch unsere heutige Art, die Dinge zu betrachten, gezwungen, diese Gesichte und Offenbarungen als etwas zu verstehen, was nur in der Seele des Helden selbst vorging. Dagegen haben wir kein Recht, seinen aufrichtigen Glauben an die Realität dieser Dinge zu bezweifeln. Jene Zeit wußte noch nichts von Autosuggestion, Somnambulismus und ähnlichen Dingen. Im übrigen erleben außerordentliche Menschen auch außerordentliche Dinge, und vor dem Auge des

von religiöser Leidenschaft verzehrten Mönches mochten wohl, wenn er in einsamen Nachtstunden vor seinem Kruzifix in enger Klosterzelle rang, Gesichte aufsteigen, die wir über dem Schreibtisch allerdings nicht erblicken. Es ist in der Tat im höchsten Grade lehrreich, wie wesensverwandt Savonarolas Visionen denen der großen Propheten sind. So erblickte er einmal eine Hand mit einem ausgestreckten Schwert, am Himmel aufleuchtend, darunter die Worte standen: Gladius Domini super terram cito et velociter (Das Schwert des Herrn über die Erde bald und rasch!), unten auf Erden aber brennende Städte, Krieg und Pestilenz. Am Karfreitag sah er über der Stadt Rom ein schwarzes Kreuz aufsteigen, das bis zum Himmel reichte. Darunter stand: Crux irae dei (Kreuz des Zornes Gottes). Durch den mit dichter Finsternis bedeckten Himmel hin tobten Blitze, Pfeile, Hagel und Sturm. Auf einmal wurde alles heiter. In der Mitte von Jerusalem erhob sich ein goldenes Kreuz, das die Welt erhellte. Darunter stand geschrieben: Crux misericordiae dei (Kreuz der Barmherzigkeit Gottes). Alle Völker kamen herzu, es anzubeten.

Solche Bilder machten einen ungeheuren Eindruck auf die von bangen Ahnungen bewegten Gemüter der Zeitgenossen. Und darin besteht eben die Wahrheit dieser Dinge: sie stand ja wirklich vor der Tür, die größte Umwälzung der Geschichte seit den Tagen der Völkerwanderung, sie wurde ja bald über Italien geschwungen, die Geißel Gottes; sie kamen ja alle, die Greuel, die er im Geiste geschaut. Während aber die meisten nur ein dumpfes Vorgefühl davon hatten, steigerte sich dieses in ihm zu verzehrendem Schmerze. Darin bestand sein prophetisches Wesen ... Eine große Zahl seiner Weissagungen haben sich tatsächlich erfüllt. Nur ein Beispiel von vielen: einem Fürsten von Mirandola, der ein tyrannisches Regime führte, hatte er geschrieben, daß er sich bessern solle, denn seine Tage seien gezählt. Der Fürst befand sich, als ihm solches gesagt wurde, im besten Mannesalter und bei blühender Gesundheit. In zwei Jahren raffte ihn ein plötzlicher Tod hinweg.

Und gerade jetzt ging eine Weissagung auf eine Weise in Erfüllung, die den Prophetenruhm Savonarolas über ganz Italien verbreitete.

Schon längere Zeit hatte er von einem Könige geredet, der an der Spitze eines Heeres über die Alpen kommen werde, Italien zu züchtigen. Niemand hatte stark darauf geachtet, da erscholl die Kunde, daß Karl VIII. von Frankreich mit einem großen Heer in Piemont erschienen sei. Lodovico Sforza hatte ihn gerufen. Der Schrecken zieht vor ihm her. Piero de' Medici verliert vollständig nicht nur den Mut, sondern auch jedes Gefühl von Ehre und Männlichkeit. Statt sich zur Abwehr zu rüsten, die gar nicht so schwer wäre, eilt er ins Lager des Königs, liefert ihm seine Festungen aus und verspricht ihm die für die damalige Zeit enorme Summe von 200 000 Gulden. In Florenz weckt diese Kunde Entrüstung und Schrecken zugleich. Wie Piero zurückkehrt, vertritt man ihm an der Türe des Rathauses den Weg; er eilt

zu seinem Palast, seine Söldner aufzubieten, aber die Straßen füllen sich mit bewaffneten Bürgern, verkleidet flieht er nach Bologna und geht dann nach Venedig und Rom, um sich dort durch ein Leben von ungeheuerlicher Ausschweifung über den Verlust von Florenz zu trösten und unaufhörliche Intrigen gegen dieses zu spinnen.

Florenz ist frei. Aber was nun? Das öffentliche Wesen in namenloser Verwirrung, der Staat von allen Seiten bedroht. Nur ein Mann kann helfen, er, der das alles vorausgesagt hat; er ist der Mund Gottes. Und er hilft. Jetzt steht Savonarola auf dem Gipfel seiner Geistesmacht. Seine Predigten regieren Florenz. Das Erste ist, daß er Frieden, Vergebung, Einigkeit fordert. Die Anhänger der Medici gehen frei aus, Florenz bedarf aller seiner Bürger. Dann muß der Staat gerettet werden. Karl VIII. zieht schon auf Florenz zu. Savonarola geht ihm entgegen, und da der König den scheut und liebt, der sein Kommen vorausgesagt hat, so verspricht er, der Stadt nichts zu leide zu tun, die sich dafür mit ihm verbündet. Wie er aber, in Florenz eingezogen, mit seiner Soldateska (unter der sich auch 4000 Schweizer befinden) wieder abzuziehen zögert, da tritt wieder Savonarola vor ihn hin und befiehlt ihm im Namen Gottes, weiter zu ziehen und das ihm aufgetragene Werk zu vollenden. Der König zieht. Inzwischen aber haben sich die Pisaner gegen Florenz erhoben; Mailand und Venedig, Neapel und der Papst haben gegen die Franzosen eine sogenannte heilige Liga geschlossen und helfen nun, unterstützt von Kaiser Maximilian, den Pisanern. Schon droht Livorno, die Hafenstadt, von der die Ernährung von Florenz abhing, verloren zu gehen. Alles scheint verloren; nur Savonarola kann helfen. Und er hilft. Er versammelt das Volk im Dome, hält eine seiner gewaltigen Predigten und sagt ihnen: «Seid ganz ruhig. Gott wird helfen. Ich weiß es.» Am folgenden Tag wird eine Prozession veranstaltet, siehe da, wie der Zug sich durch die Straßen bewegt, kommt ein Reiter gesprengt mit einem Ölzweig in der Hand: die Schiffe mit Getreide und Mannschaft, die florentinische Kaufleute Livorno zu Hilfe geschickt, sind durch einen unerhörten Föhnsturm in den Hafen geworfen worden, während derselbe Sturm die venezianischen Wachtschiffe vertrieben hat. Kann Gottes Finger sich noch deutlicher zeigen? Allerdings bleiben die Verhältnisse schwierig. Die Pest meldet sich, Hungersnot bricht aus. Aber nun trägt die Predigt der Bruderliebe ihre Früchte. Die Anhänger Savonarolas nehmen die verhungernden Landleute, die in die Stadt strömen, auf und pflegen sie; sein Geist und Wille hält die Verzagenden aufrecht; eine neue Lebenskraft ist in die Adern des florentinischen Volkes ergossen.

Denn Florenz ist frei. Das Volk berauscht sich in dem neuen Glück. Aber Savonarola bleibt nüchtern. Die Freiheit muß gesichert werden dadurch, daß sie sich mit der Ordnung vermählt. Florenz erhält eine neue Verfassung. An der Spitze bleibt die Signoria für die Exekutive. Die Basis bildet wieder die Volksversammlung, der Große

Rat genannt, aus etwa 2000 Bürgern bestehend. Ein besonderer Saal wird für sie gebaut. Der Signoria zur Seite steht eine beratende Behörde, die Pratika genannt. Staatsmänner ersten Ranges, wie der Geschichtsschreiber Guicciardini, haben ausgesprochen, daß diese durch Savonarola geschaffene Verfassung die beste gewesen sei, die Florenz je besessen habe.

Machen wir uns das Wunder ganz klar, das wir hier vor uns sehen. Da ist ein Mönch, der einem der ersten Staatswesen jener Zeit die Verfassung gibt und dessen Predigten politische Programme sind. Dieser Mönch ist ein Schwärmer, der mehr im Himmel als auf Erden zu Hause zu sein scheint. Aber dieser Schwärmer offenbart eine Gabe der Organisation, eine Klarheit des Wollens, eine Schärfe des politischen Blickes, die die Staatsmänner aus einem Staunen ins andere stürzen. Dieser Mönch schafft eine ausgezeichnete Handelsbank, dazu eine Leihanstalt und schlägt eine Progressivsteuer vor, deren Grundsätze mit der heute üblichen ziemlich übereinstimmen. Und das Herrlichste von allem: in diesem Mönch schließen, die sich leider so oft bekämpfen, Religion und Freiheit, einen einzigartigen Bund. Im Namen Gottes fordert er Volksfreiheit und beweist damit, daß der Geist des Christentums, wo er in Reinheit und Fülle auftritt, durchaus ein Geist idealer Demokratie ist.

Sein Ideal war ein Gottesstaat, etwa nach Art dessen, den Calvin vierzig Jahre später in Genf aufgerichtet hat. Er war von Gott erwählt, die Bewegung zu beginnen, die ... mit dem äußeren und inneren Sieg des Reiches Gottes über die ganze Erde kommen sollte. So erfaßte diese große Seele letzte Ziele der Menschengeschichte, sie durch gewaltige Erhebung des Willens in Eile zu verwirklichen. Wer in jenen Tagen nach Florenz kam, erkannte dieses Volk nicht wieder. «Evviva Christo, re di Firenze», erscholl es in diesen Pfingsttagen des Geistes. Todfeinde versöhnen sich; die Frauen legen ihre luxuriösen Gewänder ab und befleißigen sich ernster und tüchtiger Sitte; Kaufleute und Bankiers geben aus Gewissensskrupeln Summen von über tausend Gulden zurück. Die Armen haben es gut; die Straßen gewinnen ein solideres Gepräge; das Laster versteckt sich; Handel und Gewerbefleiß nehmen zu, soweit es die bösen Zeiten erlauben; alle Keime geistigen Lebens sind wie von einem Pfingstregen befruchtet. Ein ganzes Volk ist über sich selbst hinausgehoben, mitgerissen von der Glut einer einzigen Seele. Was muß das für ein Mann gewesen sein, der aus diesen frivolen, genußsüchtigen, spottlustigen Florentinern ein Volk gemacht hat, das die besten Bürgertugenden des Altertums mit dem Enthusiasmus der ersten Christengemeinden zu vereinigen scheint. Wo hat ein Prediger je solches gewirkt?

Die Schlacht ist gewonnen, Florenz erobert. Und der Sieger – muß er nicht auf dem Gipfel des Glücks stehen? Jedoch gerade jetzt geht er durch die dunkelsten Tiefen der Depression. Ist es die natürliche Reaktion nach so ungeheurer Anstrengung, ist es das Vorgefühl neuer,

schwererer Kämpfe? ... Die Medici sind gefallen, aber ein größerer Gegner steht schon vor der Tür. Eine Wolke steigt von Süden auf, größer wird sie und dunkler, näher und näher kommt sie. Aus ihr wird der tödliche Strahl zucken. – Die Wolke heißt Rom. Und damit gelangen wir zum letzten Akt des großen Dramas.

Nach Rom den Blick wendend, sehen wir das Papsttum in seiner tiefsten Schmach ... Die heiligen Väter kennen während dieser Zeit nur zwei Ziele: Vater zu sein in des Wortes unheiligster Bedeutung und ihre Kinder mit Ämtern und Erbländern zu versorgen. Als Sixtus IV. starb, aus Gram über die Kunde eines endlich geschlossenen Friedens, da freuten sich die Besseren eines Trostes: Schlimmeres könnte nun auf keinen Fall mehr kommen. Aber sie hatten sich getäuscht. Die Natur schien zeigen zu wollen, was für Ungeheuer des Bösen sie auszubreiten im Stande sei. Es folgte Innozenz der Achte. Er ist durch eine Neuerung berühmt geworden: er nannte seine vielen Sprößlinge nicht mehr Neffen, wie man bisher tat, sondern Söhne – also doch ein Fortschritt in der Ehrlichkeit. Als seine Lebenskraft verwüstet war und es mit ihm zu Ende ging, riet ein hebräischer Arzt, das verdorbene Blut des Heiligen Vaters dadurch zu verbessern, daß ihm dasjenige eines Jünglings eingegossen würde. Drei Jünglinge, für deren jeden man einen Dukaten bezahlt hatte, starben am Experiment, und der Papst mußte daran glauben. Das war 1492.

Nun begann ein Schauspiel, das auch jener an vieles gewöhnten Welt etwas bunt vorkam. Das Konklave war ein einfacher Markt. Man wußte in Rom genau, was jeder Bewerber bieten konnte. Der kapitalkräftigste unter ihnen war Kardinal Roderigo Borgia. Mit Staunen sahen die Römer sein mit Gold beladenes Maultier durch die Straßen ziehen. Als Alexander VI. bestieg er den Stuhl Petri, um, nach einigen Anläufen zum Guten, die Welt mit dem Ruf unerhörter Greuel zu erfüllen. Die Geschichte der Borgia ist zu bekannt, als daß ich sie ausführlich schildern müßte. Sie haben Rom in eine Laster- und Räuberhöhle verwandelt. Alle Morgen fand man vier bis fünf Leichen in den Straßen der Stadt, darunter Bischöfe und hohe Prälaten. Die gefürchtetste Waffe der Borgia war ihr Gift, ein weißes Pulver von großer Feinheit und angenehmem Geschmack, das der Heilige Vater seinen lieben Gästen gelegentlich in den Wein oder in die Speisen tun ließ, auf daß sie nachher gut schliefen – nur zu gut! Bekanntlich ist der Drache zuletzt an seinem eigenen Gift gestorben.

War der Papst ein Ungeheuer, so war sein Sohn Cesare vollends ein Gigant des Lasters. Und würdig reihte sich ihnen ihre Tochter und Schwester, die schöne Lukrezia, an. Der Vatikan soll Greuel der Blutschande gesehen haben, die zu schildern die Feder sich sträubt ...

So sah es in Rom aus. Wir begreifen, daß einer solchen Gesellschaft die Bußpredigt des Mönchs von San Marco nicht gerade erwünschte Musik war. Man plagte sich zwar für gewöhnlich nicht mit Skrupeln, aber Papst Alexander, der Siebzigjährige, hatte soeben

seinen siebten Sohn bekommen, und dabei störte der Mönch ihm die Vaterfreude ... Sein Hauptmotiv aber ist, seinen Söhnen Staaten zu verschaffen, also politischer Art ... Der Mönch von Florenz aber steht ihm im Weg. Er muß fort. So beginnt denn der große Ringkampf. Zuerst ist es von seiten des Papstes nur ein vorsichtiges Tasten. Noch weiß er nicht, wo er den Gegner am besten packt; dieser ist ihm noch zu stark. Von Zeit zu Zeit schmeichelt er ihm noch, bis er endlich zufaßt mit tödlichem Griff. Zuerst versucht er, dem Kloster San Marco seine von Savonarola erstrittene Unabhängigkeit zu nehmen, indem er es mit der lombardischen Dominikanerkongregation verbinden will. Damit hofft er, Savonarola aus Florenz entfernen zu können. Das mißlingt. Noch steht der Prior von San Marco zu fest. Da schlägt er einen andern Ton an. Er läßt ihm den Kardinalspurpur anbieten um den Preis seines Schweigens. Savonarola ist zuerst über diese Zumutung sprachlos entrüstet. Er sagt dem Abgesandten des Papstes, die Antwort werde er in der Predigt geben, die er zu halten im Begriff sei – es ist eine der gewaltigsten Strafpredigten gegen die Klerisei. Später äußerte er sich: «Den Tod, einen roten Hut, einen mit Märtyrerblut befleckten Hut, das ist's, was ich begehre.» Darauf verlangt er, daß er das Predigen aufgebe. Savonarola gehorcht für kurze Zeit, dann kann er nicht mehr ... «Ich kann nicht leben, ohne zu predigen», sagt er. «Ein inneres Feuer verzehrt meine Gebeine und zwingt mich zu sprechen.» Noch schützen ihn das Volk und die Signoria, die aus seinen Anhängern besteht. Unzählige Briefe gehen nach Rom. Florenz will dem Heiligen Vater in allem gefällig sein, nur Savonarola und seine Predigt können sie nicht entbehren. *(Schluß folgt)*

Meinungsfabrikation in den Vereinigten Staaten

Man hat sich bisher – soweit ich imstande bin, die Publikationen zu übersehen – nur wenig mit einem amerikanischen Buch beschäftigt, das zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen nicht weniger als vierzig Wochen lang zu den fünf Bestsellern der USA gehört und Aussicht hat, es weitere dreißig Wochen zu bleiben.

Was ist der Inhalt dieser in Europa (mit Ausnahme Englands) totgeschwiegenen Arbeit?

Es ist der Versuch, nachzuweisen, daß fast alle Entscheidungen des Amerikaners, seien sie politischer, kommerzieller oder moralischer Natur, nicht von ihm selbst getroffen werden, sondern – ohne sein Wissen – von gewerbsmäßigen «Meinungsformern», die sich laut eigenem Bekenntnis psychiatrischer und psychoanalytischer Methoden bedienen, um von der Öffentlichkeit die Reaktion zu erhalten, auf die es

ihnen ankommt. Die «Meinungsformer» sind also verborgene Verführer oder besser «Überredungskünstler», weshalb das Buch auch den Titel «The Hidden Persuaders» trägt (wörtlich: Die verborgenen Überreder). Der Verfasser ist Vance Packard*.

Sein Buch gehört zu den erregendsten Dokumenten, die seit einem Jahrzehnt veröffentlicht worden sind, und stellt alles in den Schatten, was in deutscher Sprache über die unsichtbaren Mächte in der modernen Gesellschaft geschrieben worden ist. Es gestattet sogar den Schluß (der in dem Buch selbst nicht gezogen wird), daß sich die Methoden, die diese Mächte benutzen, um ihre Herrschaft zu stabilisieren, von denen, die wir als «kommunistisch» zu bezeichnen gewohnt sind, nur wenig unterscheiden und ihnen sogar in mancher Hinsicht überlegen sind. Sie gestatten eine Beherrschung der Person, deren sich der einzelne gar nicht bewußt ist, und gegen die er sich auch nicht wehren kann.

Wie haben sich diese Mächte, die heute das politische Leben Amerikas bestimmen, entwickelt?

Packard weist nach, daß es am Anfang nur Geschäftsleute waren, die durch Verwendung gewisser neuartiger Methoden den Versuch machten, den Absatz zu steigern. Sie wollten mehr Autos, mehr Waschmaschinen, mehr Fernsehgeräte verkaufen und stellten fest, daß dies durch die bisherige Verkaufstechnik nicht erreicht werden konnte. Warum waren zum Beispiel gewisse Automarken leichter verkäuflich als andere? Sämtliche Antworten, die sich aufdrängen, schieden bei näherer Prüfung aus. Der Preis konnte nicht maßgebend sein, wenn die Wagen gleich viel kosteten. Ebensowenig konnte die Qualität entscheidend sein, denn der Käufer wählte häufig die schlechtere. Auch ergab sich, daß die Höhe der Beträge, die für Reklame verausgabt waren, die Absatzziffern nicht immer beeinflußt hatten. Man wandte sich schließlich durch Rundfragen an den Käufer, aber kam auch auf diese Weise um keinen Schritt weiter. Der Kunde gab eine Unzahl von Gründen an, die alle sehr vernünftig klangen, aber, wie nachgewiesen werden konnte, bei seiner Wahl niemals ausschlaggebend gewesen sind.

Die Dinge schienen also beim Kauf ähnlich zu liegen wie bei der «Brautwahl». Ein Mann kann hundert Gründe angeben, warum er, vor die Wahl gestellt, eine von zwei Frauen geheiratet hat, aber in den seltensten Fällen werden diese rationalen Gründe die «wahren» sein. Man darf vielmehr vermuten, daß sie in der Mehrzahl der Fälle irrationaler Natur gewesen sind. Der amerikanische Publicity-Mann stellte sich daher die Frage, ob vielleicht auch der Käufer (als Käufer) über ein «Unterbewußtsein» oder sogar «Unbewußtsein» verfüge.

Es war vor allem der österreichische Emigrant Dr. Dichter, der sich mit dieser Frage zu beschäftigen begann und zu erstaunlichen Resultaten kam. Er stellte fest, daß es tatsächlich ein solches «Unterbewußt-

* Seither im Econ Verlag, Düsseldorf, erschienen.

sein» beim Käufer gibt und daß man es nicht nur erforschen, sondern auch dirigieren kann.

Der erste Schritt zu einer neuen «Wissenschaft», der industriellen «Tiefenforschung», war getan. Es ergab sich, daß man nicht nur die gesamte Terminologie der Freud, Adler und Jung benutzen konnte, sondern sogar die der sowjetischen Koryphäe Pawlov, dessen Reflextheorie bei der Ausarbeitung neuer Verkaufstechniken unschätzbare Dienste leistete.

Der Absatz stieg. Man hatte endlich erfahren, welcher Art die irrationalen Motive waren, die einen Kunden, einen Autokunden zum Beispiel, zum Kauf bestimmten, und konnte nun die Wagen «nach Maß» bauen. Das heißt man durfte eine beträchtliche Anzahl der eigentlichen und technischen Fragen vernachlässigen, da es nur darauf ankam, dem Ehrgeiz, der Eitelkeit, den sozialen Vorurteilen und anderen Schwächen des Kunden zu entsprechen. Man war also auf Grund der «wissenschaftlichen Analyse» imstande, den Kunden auszubeuten und ihn dadurch, daß man ihm «diente», zu beherrschen. Es ergab sich sogar als Nebenprodukt dieser Analysen (für die man spezielle Techniken ausgearbeitet hatte), daß man aus der Wahl einer Automarke Schlüsse auf Gewohnheiten ziehen konnte, die mit dieser Wahl anscheinend nichts zu tun hatten. Man stellte zum Beispiel fest, daß eine Relation zwischen der Wagenmarke und der Wahl der Benzinmarke besteht! Eigentümer von Ford-Wagen benutzten andere Tankstellen als die von Chevrolet oder Studebaker. Es hatte also keinen Sinn, den Versuch zu machen, eine bestimmte Benzinmarke in Bezirken einzuführen, in denen die Zahl der Ford-Wagen gering war.

Die «Tiefenforschung» machte sich bezahlt.

Daß die Gründe irrationale sind, die einen Kunden zum Kauf gewisser Markenartikel bestimmen, konnte selbst durch Untersuchungen der Zahnpastenindustrie festgestellt werden. Auf die Frage, warum sich jeder Amerikaner allmorgendlich die Zähne putze, erhielt man selbstverständlich zuerst die Antwort, daß dies zur Reinigung und Erhaltung der Zähne erforderlich sei. Aber dieser rationale Grund konnte unmöglich der wahre sein, denn man putzt sich seine Zähne, wenn man sie reinigen und erhalten will, nicht zu einer Zeit, die für diese Beschäftigung unter allen Tagesstunden die denkbar ungeeignetste ist. Man tut es nach dem Essen oder zum mindesten jeden Abend, bevor der Fäulnisprozeß begonnen hat. Der Grund für die morgendliche Reinigung mußte also ein ganz anderer sein – und das war er auch. Der Amerikaner (wie fast jeder Europäer) liebte die Erfrischung, die der Gebrauch der Zahnpaste den Schleimhäuten am Morgen bereitet – und folglich stellte sich die Zahnpastenindustrie auf «Erfrischung» um. Der Reinigungsfaktor durfte von nun ab als sekundär vernachlässigt werden, ohne daß man einen Rückgang des Absatzes zu befürchten brauchte.

Es war unvermeidlich, daß man bei dieser seltsamen Erforschung

der Käuferseele auch auf «Komplexe» stieß und daß man sich dann entweder entschloß, sie unberührt zu lassen, falls sie zum Beispiel eine kommerzielle Ausbeutung gestatteten, oder aber versuchen mußte, sie zu beseitigen, falls sie sich als ein entscheidendes Hindernis für die Steigerung des Absatzes entpuppten.

Ein besonders bezeichnendes Beispiel dieser Art wurde durch die Beauty-Industrie geliefert. Diese Industrie kam eines Tages auf den Einfall, ihre Geschäfte dadurch zu erweitern, daß sie Mädchen unter 16 Jahren einzureden versuchte, sie müßten, um wahrhaft glücklich zu werden, Dauerwellen tragen. Aber mit dieser Propaganda stieß man auf den Widerstand der Mütter. Amerikanische Mütter waren anderer Ansicht und wagten sogar die Meinung zu äußern, daß die erforderliche Manipulation für die Entwicklung der Kinder schädlich sei. Mit diesem mütterlichen Widerstand hatte die Industrie nicht gerechnet. Es genügte im allgemeinen, den Minderjährigen eine «Idee zu verkaufen», und man konnte dann sicher sein, daß die Kinder innerhalb kurzer Zeit ihre Eltern veranlassen würden, diese Idee in die Realität umzusetzen. Man mußte also bei der «Bearbeitung» dieses Falles bei der Mutter beginnen, und das tat man auch. Man wies den Müttern auf Grund «wissenschaftlicher Analysen» nach, daß ihre Töchter darunter leiden, nicht als Erwachsene behandelt zu werden, und daß jede Mutter sich schuldig mache, bei ihrer Tochter die Entwicklung von Inferioritätskomplexen zu begünstigen, falls sie dem «unterbewußten» Wunsch des Kindes, Dauerwellen zu tragen, nicht nachgebe . . . Der amerikanischen Mutter blieb nichts anderes übrig, als es zu tun.

«Die Verwendung der Massenpsychoanalyse bei der Ausarbeitung von Überredungsfeldzügen (schreibt Packard) ist heute die Basis eines Geschäfts geworden, das hoch in die Dollarmillionen geht.»

Man hat keinen Grund, daran zu zweifeln. Auch hätte es mit seltsamen Dingen zugehen müssen, wenn man nicht eines Tages den Versuch gemacht hätte, die auf kommerziellem Gebiet gewonnenen Erfahrungen für die Politik zu verwenden. Da man in der Mehrzahl der Fälle die irrationalen Motive kannte, die einen Käufer zur Wahl einer Sache bestimmten, so konnte es nicht schwer sein, auch die zu finden, die ausschlaggebend für seine Wahl waren, wenn es sich nicht um Sachen, sondern um Personen handelte (wie zum Beispiel bei der Wahl eines Präsidenten). Es mußte möglich sein, den Wähler wie den Käufer dadurch zu beherrschen, daß man ihm «diente».

Die Arbeit wurde in Angriff genommen. «Institute für Motivforschung» schossen wie Pilze aus der Erde. «In wenigen Jahren, die ihren Höhepunkt in der Präsidentschaftskampagne des Jahres 1956 erreichten, waren sie (diese Institute) imstande, den traditionellen Charakter des amerikanischen politischen Lebens in aufsehenerregender Weise zu ändern. Sie konnten das auf Grund der Theorien von Pawlov . . . und Freud . . . und Adler . . . und Riesman, der den ameri-

kanischen Wähler als einen politischen Konsumenten . . . bezeichnet.» Die Methoden, die man dem Konsumenten gegenüber verwandte, konnten also auf den Wähler übertragen werden. «Um die Mitte der fünfziger Jahre waren beide großen Parteien Amerikas eifrig damit beschäftigt, die gewerbsmäßigen ‚persuaders' in Anspruch zu nehmen.»

Daß es sich bei der Darstellung Packards nicht etwa um eine «gehässige» Interpretation amerikanischer Zustände handelt, ergibt sich aus den Sätzen einer von der Handelskammer der Vereinigten Staaten herausgegebenen Zeitschrift, der «Nation's Business», die Anfang 1956 die Verwendung irrationaler Methoden mit den folgenden Worten begrüßte: «Beide Parteien werden mit ihren Kandidaten und ihren Programmen in der gleichen Weise und mit den gleichen Methoden handeln (merchandize), die die Geschäftswelt entwickelt hat, um Waren zu verkaufen . . . Keine Fähnchen von Wohlmeinenden werden die Straßen schmücken. Statt dessen werden Trupps Freiwilliger die Türklingeln und Telephone in Bewegung setzen . . . Unerwartete Radiomeldungen und Reklame werden gewisse Slogans von berechneter Intensität immer wieder wiederholen. Maueranschläge werden die gleichen Slogans von erprobter Wirkung in die Welt posaunen . . . Kandidaten werden, abgesehen von einer wohltönenden Stimme und einer guten Ausdrucksweise, imstande sein müssen, ‚aufrichtig' (sincerely) vor der Fernsehkamera auszusehen . . .» Und in die gleiche Kerbe schlagend, erklärte der nationale Vorsitzende der Republikanischen Partei, Leonard Hall: «Man verkauft (sells) seine Kandidaten in der gleichen Weise, wie man Waren verkauft.»

Es ist nicht erforderlich, es deutlicher zu sagen. Was man nur wissen muß, um den Handel ganz zu verstehen, ist, auf Grund welcher Methoden Waren in Amerika verkauft werden.

Es ist vor allem die Neuyorker Publicity-Firma von Batton, Barton, Durstine und Osborn gewesen (kurz: «B.B.D. und O.» genannt), die die Transponierung erfolgreicher kommerzieller Methoden auf das politische Gebiet vorgenommen hat. Die strategische Bedeutung, die dieser Firma von berufsmäßigen «persuaders» im politischen Leben Amerikas (und nicht nur Amerikas) zukommt, kann also kaum überschätzt werden. Auch ist ihre Bedeutung niemals bestritten worden. Ein amerikanischer Gouverneur, Howard Pyle, ging sogar so weit, zu erklären: «Diese Firma repräsentiert uns (die Republikaner) zur Zeit der Wahlen . . .» –

Leider hat das Buch von Vance Packard wenig Aussicht, übersetzt zu werden*. Man muß die Verhältnisse in Amerika kennen, um es zu verstehen. Auch würde eine Übersetzung kaum «opportun» sein. Das Götzenbild, das amerikanische Propaganda und europäische Amerikanskis von den Vereinigten Staaten entworfen haben, würde zusam-

* Diese Zeilen wurden vor der Ankündigung einer Übersetzung ins Deutsche und Französische geschrieben.

menbrechen. Es würde den Nationen Europas bewiesen werden (was der gute Amerikaner seit langem weiß), daß «es sehr wohl eine Welt mit einer unsichtbaren Diktatur geben kann, die sich jedoch weiterhin der Formen eines demokratischen Regimes bedient» (Kenneth Boulding, Universität von Michigan). *L. L. Matthias*

Von der Atomfront

Das Nationale Komitee für eine vernünftige Nuklearpolitik hat sich am 24. März in der «New York Herald Tribune» und am 11. April in der «New York Times» – in zwei der größten bürgerlichen Zeitungen also – an die amerikanische Öffentlichkeit gewandt. Die Auseinandersetzung mit der Regierung soll in das Volk getragen werden. Die Argumente des Komitees sind so einleuchtend und treffend, daß wir einige davon den Lesern der «Neuen Wege» unterbreiten möchten.

Hat irgendeine Nation in Ost oder West das Recht, mit ihren Bombentests die Luft, den Boden, das Wasser anderer Völker zu verseuchen? Dies ist eine Frage, die die Amerikaner heute stellen. Einst erhoben sie sich gegen ihre Kolonialherren, die Engländer, die Steuern auferlegten, ohne ihnen eine Vertretung im Parlament zuzugestehen. Die Willkür, gegen die sich die Amerikaner, nein die Völker der Welt, heute erheben müssen, ist die Verseuchung, die ihnen zugedacht ist. Die Völker wollen nicht stumme Opfer sein.

Gewachsen ist zudem das Bewußtsein früher gemachter Fehler. Man erinnert sich der Sorglosigkeit, mit der man anfänglich mit den Röntgenstrahlen umging – vielen Tausenden zum Schaden. Dem radioaktiven Ausfall gegenüber können wir uns solch falsche Sorglosigkeit nicht mehr leisten. Man spricht heute nicht mehr so leicht von «zulässigen» Mengen der Bestrahlung. Wir wissen, daß jede radioaktive Strahlung schädlich ist, wir wissen ferner, daß, wenn einmal die giftigen radioaktiven Materialien in die Luft geschleudert worden sind, die Atmosphäre nicht mehr zu reinigen ist.

Das Komitee lehnt auch schon den Gedanken der sogenannten «sauberen Bombe» ab. Nichts ist «sauber» an einer Bombe, die Millionen Menschen auf einmal einäschern kann. Ebenso verwirft das Komitee, bei den heutigen Waffen, den Gedanken eines Schutzes der Zivilbevölkerung als Irreführung der Öffentlichkeit. Was verlangt wird, ist ein Testverbot für zwei bis drei Jahre mit gegenseitigem Inspektionssystem, als erster Schritt in der Richtung allgemeiner Abrüstung. Im übrigen kann der Rüstungswettlauf nicht vom Problem der Weltsicherheit und dem noch größeren Problem der Weltgerechtigkeit getrennt werden. Die Vereinten Nationen müssen gestärkt werden, um die gerechte Regelung politischer Probleme zu sichern.

Auch in der «New York Times» wird eine Einstellung oder mindestens Verschiebung der Tests verlangt, um Verhandlungen zu ermög-

lichen. Wenn man weiß, daß die Zahl der durchgeführten Explosionen für Amerika rund 100 und für Rußland etwa 50 beträgt, so erscheint der amerikanische Protest gegen die Erhöhung der Radioaktivität durch russische Versuche höchst seltsam. Oder vielleicht doch nicht, weil selbst die amerikanische Atomenergiekommission zugibt, daß die USA heute das am stärksten radioaktiv verseuchte Land der Erde sind.

Was von der Öffentlichkeit verlangt wird – ein kontrolliertes UNO-Verbot für Nuklearversuche – ist heute möglich. Dr. Teller, der behauptete, solche Tests könnten geheim durchgeführt werden, ist durch die AEC widerlegt und als wissenschaftlicher Sprecher der Regierung diskreditiert worden.

Gewarnt wird vom oben erwähnten Komitee auch vor einer Belieferung anderer Länder mit Bombenmaterial. Anträge für solche Lieferungen liegen vor dem amerikanischen Kongreß. Ihre Annahme würde den Kreis der Nuklearmächte (Selbstmörderklub) nur erweitern. Schon verlangt Korea Nuklearwaffen, und es gibt NATO-Mächte, die sie fordern – die Türkei und Pakistan werden folgen. Und auf der Gegnerseite wird Rußland nicht zögern, China zur Nuklearmacht zu erheben. Zündschnüre auf der ganzen Erde, wie man sieht.

Die Möglichkeit eines durch Zufall ausgelösten Atomkrieges würde sich gewaltig erhöhen. Man denke nur an den ungenannten französischen Oberst, der den Bombenangriff auf ein tunesisches Dorf befahl und ihn mit in Amerika hergestellten Flugzeugen durchführte. Die Devise des Komitees für eine vernünftige Nuklearpolitik lautet:

Amerikanische Sicherheit und Weltsicherheit sind heute ein und dasselbe.

Theologe und Wissenschafter zur Bombe

Professor Dr. Emil Brunner schreibt in einem Artikel betitelt: «Pazifismus als Kriegsursache» («NZZ» Nr. 1050):

«... Möge man doch endlich einsehen, daß man sich mit der Propagierung des bedingungslosen Pazifismus zum Schrittmacher des skrupellosen Kriegswillens macht.»

«... Damit wäre der atomare Weltkrieg da. Schuld daran wäre aber niemand so sehr wie die Pazifisten mit ihrer Verwechslung von moralischem Postulat und politischem Denken.»

Professor v. Weizsäcker (laut «Peace News» vom 2. Mai):

«Die einzige Antwort, die der Christ geben kann, ist die Bergpredigt. Dies sage ich nicht leichthin, denn ich habe Jahre gebraucht, um zu dieser Überzeugung zu kommen. Wenn ich mir die Frage stelle, ob ich, nachdem ich das Neue Testament gelesen habe, eine H-Bombe abwerfen kann, dann ist meine Antwort ‚Nein'. Und wenn ich sie nicht abwerfen kann, dann darf ich sie auch nicht herstellen, damit ein anderer sie abwerfe.» *Paul Furrer*

Versteifung im Kalten Krieg Die Fronten des Kalten Krieges haben sich in den letzten paar Wochen eher wieder versteift. Die W e s t m ä c h t e bleiben bei ihrer Weigerung, das sowjetische Beispiel nachzuahmen und ihre Kernwaffenversuche ebenfalls einzustellen. Die Vereinigten Staaten haben ihre neue Versuchsreihe bereits begonnen, und die Engländer brennen darauf, sich ihrerseits der Welt als Atommacht ersten Ranges vorzustellen. In Washington wird immer wieder erklärt, eine Einstellung der Versuche mit Kernwaffen sei nur möglich, wenn auch auf die P r o d u k t i o n von spaltbarem Material für militärische Zwecke verzichtet und überhaupt der ganze Knäuel der Abrüstungsfragen einheitlich und gleichzeitig gelöst werde – was offenbar ein Unding ist. Amerika hat denn auch folgerichtig den sogenannten Rapacki-Plan nunmehr in aller Form abgelehnt, mit der Begründung, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone bloß in Mitteleuropa könne die Gefahr eines Atomkrieges ja doch nicht herabsetzen und lasse auch die Zweiteilung Deutschlands unberührt, ohne deren vorherige Beseitigung keine internationale Entspannung möglich sei. Man häuft so auf westmächtlicher Seite die Bedingungen für die Anhandnahme erster wirklicher Abrüstungsmaßnahmen derart, daß ihre Erfüllung fast unmöglich erscheint. Dies um so mehr, als die fortdauernde Stockung der Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten bereits stärker ist als diejenige von 1948/49 (die durch den Koreakrieg überwunden wurde) und die weitere von 1953/54 (die dem Abbruch des Koreakrieges folgte), so daß in Ermangelung eines neuen rettenden Korea eben nichts anderes übrigbleibt als die Abwehr aller Abrüstungsgefahren, ja die Erteilung neuer Rüstungsaufträge an die von der Krise bedrohten Industrien.

Die Russen versuchten dieser Sachlage gegenüber wenigstens die Einstellung der amerikanischen «Bereitschaftsflüge» in Richtung Sowjetunion (über die Nordpolroute) zu erreichen, dieser Flüge, die von amerikanischer Seite vergeblich als völlig ungefährlich, aber doch als unbedingt notwendig bezeichnet werden, da immer wieder mit der Möglichkeit eines sowjetischen Luftflottenangriffes auf die Vereinigten Staaten gerechnet werden müsse. Die amerikanischen Militärführer stehen eben offenbar ganz unter der Hypnose einer drohenden neuen Pearl Harbor-Katastrophe, wie sie die Japaner am 7. Dezember 1941 als Einleitung ihres Angriffes auf die USA herbeiführten. Und wenn man die Berichte liest, die kürzlich gut ausgelesene ausländische Journalisten über die riesige Zentrale des amerikanischen Luftkriegskommandos in der Nähe von Omaha (im Staate Nebraska) veröffentlichten, so wird man, statt beruhigt zu sein, noch von einem viel unheimlicheren Gefühl der Unsicherheit beschlichen im Hinblick auf die nicht

kriegsverhindernden, sondern kriegsauslösenden Möglichkeiten, die in diesem Apparat und in der Geistesverfassung der ihn bedienenden Männer schlummern. Zur Beschwichtigung der sowjetischen Besorgnisse haben die Amerikaner dann zwar im Sicherheitsrat der UNO einen Plan entwickelt, wonach in der Arktis ein internationales Inspektionssystem zur Vermeidung aller Mißverständnisse errichtet werden solle. Aber die Russen lehnten den Vorschlag gleich ab, da er wohl weite Gebiete der Sowjetunion, aber nur kleine Flächen der Vereinigten Staaten einbeziehe. Nachträglich erklärten sie sich dann bereit, bei der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses mitzuwirken, der die technischen Einzelheiten einer Kontrolle über die Einstellung der Kernwaffenversuche prüfen solle, was vielleicht doch einen ganz kleinen Schritt nach vorwärts in der ganzen Abrüstungsfrage bedeutet – so bescheiden ist man allmählich geworden!

Inzwischen setzt Amerikas wichtigster Verbündeter auf dem europäischen Festland, die Deutsche Bundesrepublik, auf dem Weg über eine westeuropäische Bewaffnungsgemeinschaft planmäßig seine Aufrüstungsanstrengungen fort. In den nächsten drei Jahren sollen dafür rund 50 Milliarden DM aufgewendet werden, das heißt mehr als 1000 DM je Kopf der Bevölkerung. Der Unterhalt der Bundeswehr verschlingt jedes Jahr so viel Geld, daß damit 650 000 Einfamilienhäuser für gut drei Millionen Menschen gebaut werden könnten und die Wohnungsfrage in Westdeutschland binnen kurzem gelöst wäre. Von irgendeinem Willen, sich mit der Sowjetunion friedlich zu verständigen, ist indessen bei der Bonner Regierung nichts zu bemerken; alles wird auf die Karte der Gewaltandrohung gesetzt, so daß sich auch der jüngste Besuch des sowjetischen Vizeministerpräsidenten Mikoyan in Bonn in der denkbar kühlsten Atmosphäre abspielte und der Moskauer Abgesandte nur noch deutlich zu machen hatte, «daß die deutsche Frage nicht mehr existiert, wenn sie die Deutschen nicht selber in die Hand nehmen», wie Hans Zehrer in der Hamburger «Welt» schrieb ...

Was bei dieser ganzen Sachlage eine «Gipfelkonferenz» noch für einen Sinn haben soll, ist immer schwerer zu sagen. Vielfach wird jetzt im Westen denn auch behauptet, den Sowjets sei es mit einer solchen Konferenz überhaupt nicht ernst; sie wollten mit dem Konferenzvorschlag nur die Westmächte entzweien und bei den neutralen Völkern billige Propaganda machen. Das ist indessen doch recht unwahrscheinlich. Es ist vielmehr wohl doch so, wie der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 1287) berichtet, daß die Sowjetregierung darauf ausgehe, an Stelle der Vereinten Nationen (die, wie bekannt, weithin nur ein Werkzeug der amerikanischen Politik geworden sind) «ein Gremium zu setzen, das auf dem Grundsatz der ‚Parität' aufgebaut ist, einem Grundsatz, den der Kreml mit dem ‚Gipfeltreffen' und der Vorbereitung dazu zu etablieren hofft». Im amerikanischen Staatsdepartement glaube man, daß

sich auch tatsächlich der Druck der Weltmeinung zugunsten einer Gipfelkonferenz verstärken werde, und man sehe «dem Augenblick mit Besorgnis entgegen, da die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten vor die Frage der sogenannten Parität der freien Welt und des chinesisch-sowjetischen Blockes gestellt werden».

Die amerikanische Diplomatie arbeitet natürlich diesem Streben mit allen Mitteln entgegen, und zwar, wie der gleiche Korrespondent (unter dem 9. Mai) glaubt feststellen zu können, mit Erfolg und im Einklang mit der ganzen NATO-Welt. Die Meinung sei weit verbreitet, «daß der Staatssekretär (Dulles) nun am Steuer der ‚Gipfeldiplomatie' sitze und daß es zu einem Treffen nur kommen werde, wenn es seiner Konzeption entspricht». Was aber diese Konzeption ist, weiß man ja. Mr. Dulles hält hartnäckig an der Überzeugung fest, die er vor zwei Jahren der amerikanischen Bundesversammlung vortrug, daß «das Sowjetsystem vor dem Bankerott stehe und im Begriff sei, zusammenzubrechen», wie auch, daß die chinesische Revolution «lediglich eine vorübergehende Erscheinung» sei. Mr. Dulles nimmt seine Prophezeiungen zwar kaum wörtlich, faßt sie vielmehr wohl ungefähr in dem Sinne auf wie Admiral Stump, der Befehlshaber der amerikanischen Marinestreitkräfte im Pazifik, der unlängst vor der außenpolitischen Kommission des Senats forderte, die Vereinigten Staaten müßten ihren Verbündeten weiterhin militärische und wirtschaftliche Hilfe leisten «bis zu dem Tag, da die Sowjets einer Volkserhebung im Innern zum Opfer fallen»; das sei Amerikas einzige Hoffnung. Diese Hoffnung könne jedoch erst in mindestens zehn Jahren in Erfüllung gehen und beruhe hauptsächlich auf dem sowjetischen Unterrichtssystem, dessen Produkte sich mehr und mehr «gegen jene Art Sklaverei, zu der sie gezwungen werden, erheben werden». (Meldung der Agence France Presse aus Washington vom 27. April.)

Brüchige Stellungen Die «einzige Hoffnung Amerikas» wird sich freilich je länger, je klarer als schwere Selbsttäuschung erweisen. Gewiß ist zu erwarten — ich habe das hier auch schon ausgesprochen –, daß die zunehmende Volksbildung in der Sowjetunion, zusammen mit der Hebung der ganzen Lebenshaltung, maßgebend zu einer politischen Liberalisierung und Demokratisierung beitragen wird, wie das auch in Westeuropa geschehen ist. Aber ein Zusammenbruch des Sowjetregimes, vollends ein solcher, der den Westmächten die Oberhand in der Welt verschaffen würde, als Folge der Entstehung einer freiheitlichen Idealen geöffneten Bildungsschicht – das ist einfach ein westlicher Wunschtraum, der sich nicht erfüllen wird. Was zum Scheitern und Versagen verurteilt ist, das ist vielmehr vor allem die westmächtlich-kapitalistische Methode des Kampfes gegen den Kommunismus. Sie beruht von vornherein, grundsätzlich und moralisch gesehen, auf dem Irrglauben an die Wirksamkeit der Gewalt als eines Mittels zur Besie-

gung einer Idee, die sich – aus sehr natürlichen Gründen – den unterentwickelten Völkern und Klassen als Wegweiser zu ihrer Befreiung und zu ihrem Aufstieg aufgedrängt hat. Sie versagt aber auch rein militärisch darum, weil es angesichts der rasenden Umwälzung der Kriegstechnik heute gar nicht mehr möglich ist, einen Machtblock von der Größe und Stärke des sowjetisch-chinesischen durch Druck von außen zum Zusammenbruch zu bringen, ohne daß sich der Gegenblock damit selber der Vernichtung aussetzt. Und die westmächtliche Methode erweist sich schließlich erst recht politisch als Fehlrechnung, insofern sie mehr und mehr zu einer offenkundigen inneren und äußeren Schwächung der Stellung der Westmächte und zu einer entsprechenden Stärkung des Weltkommunismus geführt hat.

Dr. Th. Michaltscheff stellt das in der Aprilausgabe des Pressedienstes der Internationale der Kriegsdienstgegner (deutscher Zweig) recht deutlich fest: «Wenn die Theorie von Dulles und Adenauer – daß nämlich der Bolschewismus auf Welteroberung ausgeht – stimmt, dann stimmt es auch, daß die westliche Verteidigungspolitik der Eroberungspolitik des Bolschewismus Vorschub leistet. Denn während der Westen Milliarden zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln aufwendet, hungern die Massen in Asien und Afrika und werden dadurch anfällig für die bolschewistische Gefahr. Wenn aber Afrika und Asien einmal bolschewistisch geworden sind, wird sich Europa gegen die bolschewistische Gefahr auf die Dauer kaum wirksam verteidigen können.»

Ähnlich schreibt der Engländer Reginald Reynolds (ich zitiere nach der «Friedensrundschau» vom Mai 1958): «Japan ist eine Zeitbombe, wenn mich nicht alles täuscht. Die Regierungen von Amerika und England gefallen sich in der Illusion, die Japaner in der Tasche zu haben, nur weil die japanische Regierung nicht den Mut aufbringt, ihnen entgegenzutreten. Nun, ich war nur zwei Monate in Japan, aber doch könnte ich ihnen einiges erzählen, was ihnen anscheinend noch unter dem Horizont liegt. Das ganze japanische Volk – einschließlich seiner Minister – ist empört über Atomwaffen und Versuche damit . . . Schon viele Jahre hindurch ist dort ein Kampf gegen Atomwaffen und Atombombenversuche geführt worden, und Führer in diesem Kampfe sind Kommunisten . . . Welch wundervolle Gelegenheit für die Kommunisten, und sie ist ihnen auf dem Präsentierteller dargereicht worden! . . . Wenn der Kreml eine wirksame Fünfte Kolonne in Amerika und England hat, dann ist sie zu finden in den täppischen Dummköpfen in Washington und Whitehall (London) und ihren militärischen Beichtvätern.»

Stellen wir ein paar weitere Tatsachen aus den letzten Wochen nebeneinander. In Indonesien ist der stark antikommunistisch ausgerichtete Aufstand zusammengebrochen und der Einfluß des Kommunismus mächtig gewachsen. Indien ist, um das wenigste zu sagen, für die Westmächte endgültig verloren und wird mehr und

mehr den Weg Chinas zu gehen versucht sein; in Kerala, einem seiner südlichen Staaten, ist seit Monaten bereits eine, wenn auch sehr maßvoll auftretende kommunistische Regierung an der Macht. Vorderasien schließt sich mehr und mehr unter der Führung Nassers zusammen, der gerade jetzt, da ich schreibe, auf einer triumphalen Reise durch die Sowjetunion begriffen ist. Im Libanon droht eine heftige Oppositionsbewegung die zu den Westmächten haltende Regierung Chamoun zu stürzen, während in Griechenland bei den Kammerwahlen die Kommunisten, dank ihrem Widerstand gegen die atomare Bewaffnung der Armee, ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Wahl verdoppeln konnten. In Nordafrika aber drängt – wie jüngst eine Konferenz in Tanger zeigte – alles auf die Vereinigung Marokkos, Algeriens und Tunesiens zu einem von Europa unabhängigen Staatenbund hin. Frankreich klammert sich zwar verzweifelt an sein algerisches Ausbeutungsobjekt, aber die Fortsetzung seines Kolonialkrieges (der, es muß immer wieder gesagt werden, viel blutiger und grausamer ist als die ganze sowjetische Unterdrückungsaktion in Ungarn) kann höchstens dazu führen, daß auch im Mutterland der offene Faschismus ans Ruder kommt, der in Algerien längst herrscht und wütet. Wie lange dabei die Amerikaner Frankreich noch finanziell und politisch unterstützen werden, dürfte sich bald zeigen; aber schließlich sind es ja sie selber gewesen, die nach Kriegsende mit ihrem massiven Eingreifen gegen die französische Linke die Lage geschaffen haben, die ihnen jetzt so schwer zu schaffen macht. Im übrigen sehen sie jetzt an dem üblen Empfang, den der USA-Vizepräsident Nixon auf seiner südamerikanischen Rundreise in verschiedenen Hauptstädten bekommen hat, daß auch in ihrem eigenen Erdteil die «Politik der Stärke» (und des Dollars) wachsendem Widerstand begegnet. Wo man auch hinschaut – überall brüchige Planken im Gerüste des antikommunistischen Gewaltsystems, das sich die angeblich freie Welt zurechtgezimmert hat, mit dem sie aber ihren Anspruch, die Sache der Freiheit, des Rechtes und der Menschlichkeit zu verfechten, immer zynischer Lügen straft.

„Amerika am Scheideweg" Der Raum fehlt mir, um die Bewegung zu würdigen, die sich, wie schon seit Monaten, so auch in der Berichtszeit unter den Völkern Westeuropas mit zunehmender Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Kalten Krieges und besonders gegen die atomaren Rüstungen kehrt. Hingegen sei doch noch auf die gleichgerichtete Widerstandsbewegung aufmerksam gemacht, die sich mehr und mehr in den Vereinigten Staaten selbst abzeichnet. Edgar Snow, der wohlbekannte politische Journalist und Schriftsteller, widmet ihr im Aprilheft der Neuyorker «Monthly Review» eine ausführliche Darstellung, die man eigentlich in ihren Hauptstücken wörtlich wiedergeben sollte, aus der ich aber nur ein paar bezeichnende Sätze anführen kann. Auf

Grund sorgfältiger Beobachtungen und Umfragen kommt Snow zu dem Schluß, daß in den Vereinigten Staaten ein eigentliches Erwachen aus der Erstarrung der öffentlichen Meinung in den ihr «von oben», das heißt von den Interessenten- und Trägern des Kalten Krieges, suggerierten Denkformen stattfindet. «Mein Eindruck ist», so schreibt er, «daß die verantwortliche Meinung in den Vereinigten Staaten zugunsten eines baldigen Ost–West-Gespräches über eine Lockerung der internationalen Spannung in den letzten Monaten bemerkenswert stärker geworden ist . . . (Diese Strömung) wird sich in den nationalen Wahlen im kommenden November widerspiegeln. Sie kann auch ein Hauptthema des Präsidentschaftswahlkampfes von 1960 werden. Zum erstenmal seit vielen Jahren werden die Voraussetzungen, die der amerikanischen Außenpolitik zugrunde liegen, einer Neuprüfung unterzogen.» Gemeint ist vor allem die Annahme, daß die Sowjetunion auf die militärische Eroberung der Welt ausgehe und daß sich darum die westlichen Völker bis an die Zähne rüsten müßten, um diese Lebensgefahr abzuwehren. Vor allem in wissenschaftlichen und liberal-intellektuellen Kreisen werde diese Annahme immer kräftiger bestritten und dafür die wirkliche Gefahr in den Vordergrund gerückt, die dem amerikanischen Volk wie der Menschheit überhaupt drohe, wenn die Regierungen ihren bisherigen politischen Kurs noch lange fortsetzen sollten. Insbesondere erwecke die Bewegung gegen die Atomrüstungen und für die einseitige atomare Abrüstung der USA in weiten Schichten, nicht zum wenigsten bei der kirchlich gesinnten Bevölkerung, nach dem Zeugnis des Quäkervertreters Norman J. Whitney, «eine bisher nie gesehene Begeisterung». Und diese ganze Bewegung – das ist vielleicht am bezeichnendsten – könne sich in einer Atmosphäre entfalten, die frei sei von dem «McCarthyistischen Abfall, der in der Vergangenheit eine sachliche öffentliche Aussprache über Grundfragen unseres Zusammenlebens mit den kommunistisch regierten Mächten tatsächlich verunmöglicht hat».

Freilich, so warnt Snow, die Vertreter des Alten sind noch außerordentlich gut verschanzt. Und auf der Linken will man die Vermutung nicht aufgeben, daß der amerikanische Kapitalismus und die herrschende Klasse im Notfall wieder zu dem gleichen Mittel wie früher schon so manchesmal greifen werden, um den Niedergang ihrer Macht aufzuhalten: zu einer immer höher gesteigerten Kriegsrüstung, mit allen sich daraus ergebenden Gefahren, bis hin zur atomaren Vernichtung der Menschheit. Die Furcht vor einem Unterliegen Amerikas und des westlichen Kapitalismus überhaupt im wirtschaftlichen und sozialen Wettstreit mit dem Kommunismus steht tatsächlich, wie Snow bemerkt, ganz deutlich hinter der Rivalität zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Man fragt sich in Amerika aufs ernsteste, ob die alte, ungeplante, ungeordnete, ungelenkte, nur vom privaten Gewinnstreben angetriebene Wirtschaft noch lange der Konkurrenz der sozialisierten Wirtschaft der Sowjetunion und Chinas standhalten

könne. «Amerika» – das ist die Schlußfolgerung, zu der Edgar Snow kommt – «steht jetzt an einem Scheideweg. Es sieht sich wachsenden Schwierigkeiten sowohl in seinen innerwirtschaftlichen als in seinen außenpolitischen Fragen gegenüber. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die ‚machthabende Elite' im ganzen eine massive Vermehrung der Ausgaben für militärische und verwandte Zwecke des Kalten Krieges als Ausweg aus beiden Schwierigkeiten vorzöge. Aber der amerikanische Mann auf der Straße ist noch nicht zu einer bloßen Nummer herabgesunken. Rußland scheint in diesem Augenblick eine außerordentlich große Möglichkeit zu haben, ihm – und der ganzen Welt – eine brauchbare Lösung anzubieten. Wird sie diesmal versäumt, so wird die Gelegenheit vielleicht nie mehr unter so hoffnungsvollen Bedingungen wiederkehren.»

Vom Sowjetsozialismus Natürlich wird, im Gegensatz zu der von Snow geschilderten Stimmung, in Amerika wie auch sonst im Westen die Furcht vor einem erfolgreichen Sowjetsozialismus noch immer vielfach als unbegründet erklärt. So breitet in der Hamburger «Welt» (20. 3. 58) Heinrich Kraft ein statistisches Material aus, das beweisen soll, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sowjetunion bei uns weit überschätzt werde. Das gewaltige und die übrige Welt bedrohende Industriepotential der UdSSR sei «in Wahrheit ein selbstgehäkelter Fetisch westlicher Sensationsmystiker». Es könne heute «als feststehend gelten, daß die Industrieproduktion der UdSSR noch nicht einmal doppelt so groß wie die Industrieerzeugung der ‚kleinen' Bundesrepublik Deutschland ist». Das Planwirtschaftssystem weise eben schwerste Mängel auf; die kapitalistische Marktwirtschaft sei ihm immer noch weitaus überlegen, und die sowjetischen Vorstöße gegen dessen Grundsätze würden es wohl «verhindern, daß die Bevölkerung der Sowjetunion jemals den Standard der westlichen Welt erreichen wird».

Dazu ist aber zweierlei zu sagen. Zunächst gibt Kraft selber zu, daß die Hemmungen und Schwierigkeiten der Sowjetwirtschaft großenteils von ihrer dauernden Beanspruchung durch die militärischen Rüstungen herrühren, die die Erzeugung von Verbrauchsgütern durchaus in den Hintergrund gedrängt habe. «Alle Kenner der sowjetischen Probleme – unter ihnen auch Kennan – sind sich darüber einig, daß die andrängenden Fragen nicht gemeistert werden können, wenn die Sowjetunion den Mühlstein der Rüstung weiter um den Hals tragen muß. Niemand kann heute ein dringenderes Interesse an einer weltweiten Abrüstung haben als der erste Mann im Kreml.»

Sodann muß aber immer wieder vor oberflächlichem Wunschdenken in der Beurteilung der Sowjetwirtschaft gewarnt werden. Wie oft ist in den vergangenen 40 Jahren die «Unmöglichkeit» und «Unwirtschaftlichkeit» des Sowjetsystems «bewiesen» und sein «unausweich-

licher Zusammenbruch» vorausgesagt worden! Und wie sehr sind all diese «Beweise» und Prophezeiungen durch die Tatsachen Lügen gestraft worden! In den Vereinigten Staaten selbst ist man deshalb mit solchen Spekulationen vorsichtig geworden und stellt nüchtern fest, daß die sowjetische Industrieproduktion in den letzten drei Jahren fünf- oder sechsmal so rasch zugenommen hat wie diejenige Amerikas, die durch die gegenwärtige Wirtschaftsstockung im Vergleich zur sowjetischen Produktion noch mehr in Rückstand geraten ist. Wie die «New York Times» vom 3. März bemerkt, dürfte beispielsweise im ersten Vierteljahr 1958 die Stahlproduktion der Sowjetindustrie bereits 70 oder 75 Prozent der amerikanischen Erzeugung erreichen. «Ähnliche Vergleiche können für die Öl- und die Kohlenproduktion angestellt werden, die beide bei uns zurückgehen. Wenn bei der Kohle die gegenwärtige Tendenz noch einige Monate anhält, so kann die sowjetische Kohlenförderung zum erstenmal diejenige der Vereinigten Staaten übertreffen.» Und in den «Detroit News» vom 23. April wird auf eine Erklärung Chruschtschews hingewiesen, der kürzlich sagte: «Wir wollen sehen, wer besser ißt und mehr Kleider hat. Wir werden die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder einholen.» Diese Erklärung, so fügt das Blatt bei, «hat im Staats- wie im Handelsdepartement offizielle Besorgnis hervorgerufen, obwohl in der Öffentlichkeit darüber nichts verlautete . . . Rußland ist von der am meisten verarmten Nation der Welt zum ernsthaftesten Konkurrenten der Vereinigten Staaten in der Führung der Welt aufgestiegen. Kein kluger Amerikaner wird leichthin die wirtschaftliche Herausforderung der kontrollierten kommunistischen Produktionsmaschinerie abtun».

Alle Anzeichen sprechen tatsächlich dafür, daß die Sowjetwirtschaft ihr vorläufiges Ziel, die Lebenshaltung des Volkes mindestens auf den Stand der fortgeschrittensten Industrieländer des Westens zu bringen, erreichen wird, besonders wenn ihr «der Mühlstein der Rüstung» vom Hals genommen werden sollte. Und das ist angesichts des Standes der Lebenshaltung in Rußland bei der Geburt der Sowjetunion wahrlich eine ungeheure Leistung, eine Leistung, die nur auf der Grundlage einer sozialistisch gedachten Wirtschaftsplanung vollbracht werden konnte. Aber – und das muß gleichfalls nachdrücklich betont werden – das ist noch lange nicht der verwirklichte Sozialismus. Paul Sweezy, Mitherausgeber der sozialistischen «Monthly Review», der Ende des letzten Jahres in der Sowjetunion und in einigen anderen Ländern des kommunistischen Ostblocks weilte, spricht das (im Februarhaft 1958) sehr deutlich aus. «Das geschichtliche Ziel der sozialistischen Bewegung», so erinnert er, «war die Schaffung einer neuen Gesellschaft menschlicher Brüderlichkeit und Solidarität... Der Sozialismus, meinten wir immer, werde eine wahrhaft sittliche Gesellschaft sein, weil er eine wahrhaft menschliche Gesellschaft sein würde.»

Eine solche Gesellschaft sei aber, wie Sweezy fortfährt, bisher we-

der in der Sowjetunion noch in ihren ärmeren und kleineren Nachbarländern geschaffen worden. «Gewiß, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist weithin ausgeschaltet worden, aber neue Formen der Selbstentfremdung scheinen an die Stelle der alten getreten zu sein oder zu treten. Die Kluft zwischen Führung und Volk ist erschreckend weit und scheint sich nicht verengern zu wollen. Die jüngeren Leute sind mehr und mehr gleichgültig oder offen zynisch gegenüber dem öffentlichen Leben, außer soweit es ihnen eine verheißungsvolle Laufbahn eröffnen kann. Die normale Form menschlichen Ehrgeizes scheint das Streben nach einem guten Einkommen und nach den Dingen zu sein, die es verschaffen kann (ganz besonders ein Automobil), und die man in Ruhe genießen will. Der revolutionäre Idealismus, den so viele Angehörige der älteren Generation geteilt hatten, sagt den jungen Leuten wenig mehr . . . Das ist nicht alles schlecht, sicher nicht so schlecht, wie man es in den Vereinigten Staaten oder meistenteils auch in der übrigen Welt antrifft. Aber ich sehe darin nichts vom Wesensgehalt der guten Gesellschaft, wie die Sozialisten sie immer aufgefaßt haben. Ich fürchte im Gegenteil, die tieferen Tendenzen führen eher von den überlieferten sozialistischen Idealen weg als zu ihnen hin.»

Ist es abwegig, wenn man diese Verflachung und Verkümmerung der sozialistischen Gesinnung in der Sowjetunion (und in anderen Ländern Osteuropas) auf die ausgesprochen materialistische Diesseitigkeitsreligion zurückführt, die im kommunistischen Machtbereich gepredigt und praktiziert wird? U n s e r e Überzeugung ist es jedenfalls von jeher gewesen, daß die wirtschaftlichen und politischen Ordnungen, die eine sozialistische Gesellschaft kennzeichnen müssen, auf die Länge nur lebenskräftig sein können, wenn hinter ihnen ein Geist der Gerechtigkeit, ja Brüderlichkeit, der Solidarität und der Höchstwertung nichtmaterieller Güter steht, der nicht von dieser Welt ist.

Chruschtschews Dilemma Ähnliches gilt von dem Geist der F r e i h e i t (im echten, sittlichen Sinn), ohne den eine sozialistische Gemeinschaft auf die Dauer gleichfalls nicht zu leben vermag. Der Fall liegt hier freilich insofern komplizierter, als der Mangel an persönlicher und politischer Freiheit, an dem der Sowjetkommunismus so schwer leidet, großenteils – wenn nicht größtenteils – die Schuld des antikommunistischen und antisozialistischen Auslands ist, das die Sowjetunion schon sehr früh auf die Bahn der Diktatur, ja des Terrors gezwungen hat und sie (wie ihre Gefolgsstaaten) darauf festhält. Der Zwiespalt, in dem sich die Sowjetführung schon seit Lenins Tagen befindet, der dann unter Stalin eine so grausame «Lösung» erfuhr und nach seinem Tod neu aufbrach*, er beherrscht auch in der Aera Chruschtschew die Politik des Kreml

* Vergleiche meine Weltrundschau, Beilage zum November-Dezemberheft 1956 der «Neuen Wege».

im Innern und nach außen: entweder Weiterführung der Liberalisierung mit der Gefahr, daß die Lockerung der Diktaturklammern den ganzen Sowjetblock auseinanderfallen läßt, oder aber straff zentralisiertes Regiment mit Unterdrückung aller Selbständigkeitsbewegungen und mit der Aussicht auf eine explosive Lösung der angesammelten Spannungen. Man weiß, mit welchen Hoffnungen Chruschtschew selbst und seine Gruppe die Liquidierung des Stalinismus einleiteten; nur Unwissenheit kann im Ernst bestreiten, daß auch tatsächlich ein erster Durchbruch in der Richtung auf eine freiheitlichere Gestaltung der sowjetischen Innenpolitik und auf ein neues Verhältnis der Sowjetunion zu ihren Randstaaten wie zum Ausland überhaupt erfolgt ist. Aber die Ereignisse in Polen (die auf die frühere Revolte in Ostdeutschland folgten) und besonders in Ungarn haben dann der scharfmacherischen Richtung neuen Auftrieb gegeben und die Lockerungstendenzen verhängnisvoll geschwächt, so daß sich Chruschtschew und seine Kollegen in Warschau, Berlin, Budapest usw. nun in einen Kampf sowohl gegen die gut verschanzten alten Stalinisten als gegen die liberalisierenden «Revisionisten» verwickelt sehen, wobei die Stalinisten immer mehr an Boden gewinnen.

Am eindeutigsten ist das in U n g a r n klar geworden, wo nicht einmal Kadar mehr zuverlässig genug scheint und durch den härteren, bedenkenloseren Münnich als Ministerpräsident ersetzt werden mußte. Äußerlich herrscht zwar im Lande wieder «Ruhe und Ordnung», aber eben nur dank einem erbarmungslosen Unterdrückungsregime, dem sich das Volk, durch den von vornherein aussichtslosen Aufstand belehrt, wohl oder übel fügt. Was jetzt ein schweizerisches «Hilfskomitee» an Berichten über die Zustände in Ungarn und besonders über einen unmenschlich grausamen Terror gegen Kinder und Jugendliche verbreitet, trägt zwar so sichtbarlich den Stempel bösgläubiger Hetze auf sich, daß es bei auch nur halbwegs kritischen Lesern nicht den gewünschten Eindruck zu machen geeignet ist. Aber es geschieht nach allem, was wir wissen, auch so noch genug Unrecht und Gewalttat in Ungarn, um die Wunden, die der Eingriff der Sowjetarmee im Herbst 1956 schlug, nicht wirklich verheilen zu lassen.

Stärkste Rückwirkung hat die Gefahr einer Auflösung des Sowjetblocks, die die russische Militäraktion in Ungarn zu bannen suchte, dann namentlich auf P o l e n ausgeübt. Die innere Liberalisierung, die dort im Gang war und Polen manchen ausländischen Beobachtern in wichtigen Beziehungen als «eines der freiesten Länder der Welt» erscheinen ließ, ist durch die ungarischen Ereignisse jäh unterbrochen worden. Die kommunistische Parteimaschine ist wieder (oder immer noch) fest in den Händen der «Harten», und Gomulka wird, zumal unter dem Druck der westdeutschen Aufrüstung, immer stärker an die Seite Moskau gedrängt. Der «polnische Weg zum Sozialismus» scheint vorläufig wieder aufgegeben zu sein.

Auch in O s t d e u t s c h l a n d fühlt sich das alte Regime wieder

fest im Sattel. Was noch an Freiheitsrechten übrig war und an Freiheitsregungen sich hervorwagte, wird rücksichtslos niedergetreten. Sein besonderes Augenmerk hat der von Ulbricht beherrschte Staats- und Parteiapparat auf die «widerborstigen» Intellektuellen und auf die christlichen Kirchen gerichtet. Die geistige Gleichschaltung wird ihnen gegenüber mit einer Folgerichtigkeit geübt oder doch versucht, die auch von den Methoden Hitlers kaum übertroffen wird. Grundlage der Erziehung, so erklärte der Volksbildungsminister Lange, sei der Marxismus-Leninismus, das heißt der dialektische Materialismus; die Schule in der DDR habe Kommunisten heranzubilden. Der Lehrer aber muß sich, wenn er als treuer Diener des «Arbeiter- und Bauernstaates» gelten will, vorbehaltlos «zur wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats bekennen». Das gilt selbstverständlich auch und sogar in besonderem Maße für die Hochschullehrer, die scharf auf ihre weltanschauliche «Zuverlässigkeit» geprüft werden; ein Professor, der am Sonntag in die Kirche gehe, könne – so sagte beispielsweise Ulbricht in einer Rede vor Intellektuellen in Halle – an einer Universität der DDR nicht Philosophie lehren.

Es ist tatsächlich so, wie Rudolf Schade in der «Stimme der Gemeinde» (15. März 1958) schreibt: In der DDR «ist der Atheismus an der gesamten inneren Front zum Angriff angetreten ... Überall da, wo im Staatsgefüge Christen aufgespürt werden, die nicht bereit sind, das unscheinbare Weihrauchkorn auf dem Altar des Atheismus zu opfern, werden sie aus ihren Ämtern entfernt und zu minderen Diensten degradiert. Das ist auch früher schon in Einzelfällen geschehen. Jetzt aber werden planmäßig ganze Berufsgruppen und Stände davon betroffen. Es ist unmöglich, daß die Kirche hierzu schweigen kann, denn dieser Angriff richtet sich gegen die Substanz des christlichen Lebens und Daseins überhaupt». (Ganz nebenbei: Auch die «Neuen Wege» werden von der Verschärfung des christentumsfeindlichen Kurses in der DDR betroffen. Von der Postversandliste sind sie ausgeschlossen, und ein Heft, das ohne Titelblatt an eine ostdeutsche Adresse geschickt werden wollte, wurde von der Zensur wegen «Hetze gegen die Sowjetunion» vernichtet, obwohl nichts darin stand, was auch bei weitester Auslegung dieses Begriffes als sowjetfeindliche Hetze bezeichnet werden könnte.)

Daß sich das Regime Ulbricht mit solchen Methoden vollends die letzten Sympathien verscherzt, die es in der DDR selbst wie im Ausland noch besitzt, liegt auf der Hand, zumal die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern nach wie vor erstaunlich schlecht ist. Aber es ist ja eine alte Erfahrung: Gewalt macht ihre Ausüber einfach dumm.

Titos Ketzereien Auf ernsthaften Widerstand innerhalb der kommunistischen Welt stößt der neugestärkte Zentralismus der Aera Chruschtschew eigentlich nur in J u g o s l a w i e n.

Das ist um so bemerkenswerter, als es ja Chruschtschew selber war, der vor drei Jahren, im Zuge seiner Lockerungspolitik, eine Wiederaussöhnung mit dem 1948 in Acht und Bann getanen Regime Tito herbeiführte. Jetzt droht die Verschärfung des Kalten Krieges und das dadurch geweckte Bedürfnis der Sowjetpolitik nach fugenloser Geschlossenheit des Ostblocks abermals ein Zerwürfnis zwischen Moskau und Belgrad heraufzubeschwören. Die kommunistische Staatspartei Jugoslawiens ist nämlich daran, sich ein neues Programm zu geben. Es liegt zwar erst im Entwurf vor, dürfte aber, nach seiner bereits erfolgten grundsätzlichen Gutheißung durch den jüngsten Parteitag, in Bälde förmlich in Kraft gesetzt werden. Die Verfasser des Programms – wir folgen hier einer Darstellung des «New Statesman» (3. Mai) – lehnen es ab, die Welt in ein kommunistisches und ein scharf davon geschiedenes nichtkommunistisches Lager einzuteilen. In den nichtkommunistischen Ländern mache sich vielmehr ein starker Zug zum Staatskapitalismus geltend, der auf verschiedenen Wegen ebenfalls zum Sozialismus führen könne. Und in beiden Lagern werde mehr und mehr der Staat zu einer unabhängigen gesellschaftlichen Kraft, die sich über die kämpfenden Klassen zu erheben trachte. In den kommunistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion, habe die Ausbildung eines zentralistischen Staates zu einer mächtigen Bürokratie und zu einer Verschmelzung mit dem Parteiapparat geführt, die die Wurzel des «Persönlichkeitskultes» (Aera Stalin) geworden sei. Das sozialistische Denken solle sich daher nicht so sehr mit der Überwindung des Kapitalismus befassen als mit Fragen der Bürokratisierung, der inneren Demokratie, der industriellen Planung, der Arbeiterräte und der politischen «Gemeinde». In dem Maß, als diese Fragen gelöst würden, könne der Staat zugunsten eines Systems von Selbstverwaltungskörperschaften, mit einem Apparat von Fachleuten an der Spitze, absterben und mit ihm auch die Kommunistische Partei verschwinden. Die Ansicht, daß die Kommunistische Partei ein Monopol für die Überführung der Gesellschaft in den Sozialismus habe, sei verhängnisvoll und habe zu ihrer sektiererischen Isolierung in vielen Ländern geführt. Erst recht natürlich dürfe die Kommunistische Partei keines Landes zu der wirtschaftlichen Ausbeutung eines anderen Landes die Hand bieten; die Beziehungen sozialistischer Länder zueinander müßten vielmehr auf Gleichheit, Nichteinmischung und zweiseitigen Vereinbarungen beruhen.

Es ist klar, daß solche Lehren in den Augen der kommunistischen Rechtgläubigkeit arge Ketzereien darstellen, und die entsprechende Antwort aus Moskau (und Peking) ist denn auch nicht ausgeblieben. Vom Standpunkt eines unabhängig-freiheitlichen Sozialismus aus wird man indessen in diesem Streit mit Vorsicht Stellung beziehen müssen. Unbedingt recht haben die Jugoslawen in ihrer Ablehnung einer monopolistischen Führerrolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion – denn um diese handelt es sich natürlich. Ihr Anspruch, allein

die geschichtliche Wahrheit zu kennen und sie mit oberhirtlicher Unfehlbarkeit der zum Sozialismus drängenden Weltbewegung aufzwingen zu dürfen, ist ebenso lächerlich wie anmaßend. Es ist, wie der «New Statesman» richtig bemerkt, ein Abgleiten in üble Metaphysik, wenn man annimmt, «daß sich der Geschichtsablauf in der Arbeiterklasse verkörpert, daß sich die Interessen der Arbeiterklasse in der Kommunistischen Partei verkörpern und daß die Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die endgültige Verkörperung dieses ‚Weltgeistes' sind».

Den russischen Kritikern der Jugoslawen ist aber zuzustimmen in der Feststellung, daß es einen sozialistischen (oder proletarischen) Internationalismus trotzdem gibt, der die sozialistische und Arbeiterbewegung aller Länder in ihrem großen geschichtlichen Kampf für die Begründung einer sozialistischen Weltordnung vereinigen muß. Das «Hineinwachsen in den Sozialismus» bleibt auf alle Fälle ein revolutionärer Vorgang, auch wenn er sich friedlicher Mittel bedienen kann. Es wäre darum falsch, die Augen vor dem Bestehen weltweiter kapitalistischer Mächte zu schließen, die an der gewaltsamen Niederhaltung der sozialistischen Bewegung interessiert sind und eine ungeheure Gefahr für den Frieden bilden, ohne daß man deswegen auch die kommunistisch-sowjetische Kriegs- und Friedensideologie annehmen müßte. Die Moskauer Zeitschrift «Kommunist» sieht schon richtig, wenn sie glaubt, die jugoslawische Deutung des Weltgeschehens «übersehe den Klassengehalt, den politischen Charakter des bürgerlichen Staates und lenke die Aufmerksamkeit des Proletariats von der historischen Aufgabe der revolutionären Erringung der Macht ab». Das Absterben des Staates kann in der Tat erst dem Verschwinden der Klassengegensätze und dem Aufgehen der souveränen Einzelnationen in einer umfassenden friedlichen Völkergemeinschaft folgen.

Der Ausweg Es ist vorläufig nicht abzusehen, wie ein Ausgleich zwischen Moskau und Belgrad möglich sein soll. Der Riß im Ostblock dürfte sich eher erweitern und den Westmächten neue Chancen geben. Ebensowenig ist aber auf dem Boden der kommunistischen Parteilehre ein Ausweg aus dem Dilemma möglich, vor dem die Sowjetführung mit ihrer Sorge steht, die Liberalisierung und Entspannung innerhalb des Ostlagers könne entweder zu schnell oder zu langsam kommen. Der antikommunistische Westblock wird sie sicher nicht durch Einstellung des Kalten Krieges aus ihrer Zwangslage befreien; sie muß schon selber ihre Entscheidung treffen. Daß mit der Neuverankerung der Machtstellung der Kommunistischen Partei im Gesamtleben der Sowjetunion und mit einer Zurückgewinnung des revolutionären Schwunges der Partei, wie Chruschtschew sie erstrebt, das Problem nicht zu lösen ist, leuchtet jedem tiefer Blickenden ein. Wie in der Friedensfrage, so muß die Sowjetunion eben auch in der Freiheitsfrage das Risiko eingehen, daß die einseitige, unbedingte Ent-

scheidung zugunsten des sittlich wie politisch Notwendigen ihr zunächst eine Schwächung, ja Erschütterung ihres machtmäßigen Bestandes und eine entsprechende Stärkung der gegnerischen Weltstellung einträgt. Aber sie darf dann auch wissen, daß dieses Risiko viel, viel geringer ist als die Gefahr, die von einem Gehenlassen der Dinge in der bisherigen Richtung droht, und daß sich das Opfer, das sie zunächst bringen müßte, auch «realpolitisch» auf die Länge lohnen würde.

Freilich – sind solche Entschlüsse überhaupt denkbar auf dem Hintergrund der scheinrealistischen Staatsraison und Machtpolitik, der die ganze Welt huldigt? Setzen sie nicht eine derartig radikale Abkehr von den bisherigen Wegen aller Politik voraus, daß es als weltfremde Schwärmerei erscheint, darauf zu hoffen? Sei dem aber wie ihm wolle: die Wahrheit bleibt bestehen, daß eine Rettung der Welt aus ihrem gegenwärtigen unmöglichen Zustand, aus der alles zerfressenden gesellschaftlichen Zersetzung, die uns umgibt, nicht möglich ist, ohne daß der Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, an einem entscheidenden Punkt durchbrochen und die Unterordnung von Staat und Wirtschaft unter das Sittengesetz entschlossen aufs neue eingeleitet wird. Um Fr. W. Foersters unumstößliche Feststellung (in der Neuauflage seiner «Politischen Ethik») auch hierher zu setzen: Auf dem bisherigen Wege – dem Weg des Blutes und der Gewalt – ist «nichts als ein äußerlicher Augenblickserfolg zu erzielen, und je mehr zerstörende Instinkte man herbeiruft, um jenen Augenblickserfolg herzustellen, desto mehr wird man gerade die Zustände steigern, denen man abhelfen wollte . . . Ein sozial auflösendes Prinzip wird gerufen, um die soziale Auflösung zu heilen! . . . Die sittliche Energie, mit der der Staat über alle zentrifugalen Kräfte siegt, kommt nur aus der sittlichen Energie, mit der das Gewissen über die egozentrischen Leidenschaften triumphiert. Anarchie in der Seele führt auch zu Anarchie im Staate. Skrupellose Machtpolitik aber kommt schon aus einer Anarchie in den Seelen und steigert rückwirkend wiederum diese Anarchie, und das Ende davon ist die staatliche Auflösung – also gerade das, was der Machiavellismus zu heilen gekommen war. Das ist die Tragikomödie der sogenannten Realpolitik».

13. Mai *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Emil Fuchs: «Mein Leben». Erster Teil. Verlag Koehler und Amelang, Leipzig.

Die Niederschrift dieser Lebenserinnerungen wurde schon vor mehr als zwanzig Jahren, zu Anfang 1936, beendet. Aber erst jetzt fand das Buch den Weg in die Öffentlichkeit, weil sein Verfasser dank dem Drängen junger Freunde doch schließlich seine Scheu überwinden konnte, es noch zu seinen Lebzeiten dem Druck zu übergeben. Und das ist wahrlich gut so. Denn was Emil Fuchs im Rückblick auf ein langes, arbeitsreiches, oft schmerzvolles und immer kampferfülltes Leben zu sagen hat, das sollte vielen unter uns, die wir mit den Aufgaben unserer Zeit zu ringen haben, eine Hilfe und eine Ermutigung sein können.

Den vollen Wert haben diese Erinnerungen – wenigstens in ihrem ersten, bis jetzt allein vorliegenden Teil – freilich wohl nur für diejenigen, die die Zeit um die Jahrhundertwende und vor dem Ersten Weltkrieg wenigstens noch teilweise miterlebt und von den geistigen Auseinandersetzungen jener uns heute so fernliegenden Epoche einen deutlichen Begriff behalten haben. Es ist eben zunächst das wilhelminische Deutschland, das wieder vor unseren Augen aufsteigt und in das uns Fuchs zurückführt. Wie reizvoll ist die Schilderung der familiären, der geistigen und schließlich auch der politischen Umwelt, in der sich das Leben des Pfarrersohns und späteren Theologen abspielt! Wie anschaulich und fesselnd weiß uns Fuchs Menschen und Dinge, Probleme und Kämpfe, Niederlagen und Siege nahezubringen! Wie der liberale Theologe doch ein sehr positives, existenzielles Christentum vertritt, wie er eine unglaublich reiche Volksbildungsarbeit leisten kann, wie er den kapitalistisch-nationalistischen Mächten seiner Zeit begegnet und schließlich den Ersten Weltkrieg und die Niederlage Deutschlands als den notwendigen Zusammenbruch einer innerlich ausgehöhlten, nur noch vom Größenwahn erfüllten Ordnung erlebte – das enthüllt uns einen Menschen nicht nur von außerordentlicher Begabung und Geistesfülle, sondern auch von seltener Charakterkraft und Lauterkeit. Wie klein kommt man sich doch neben einem Mann von solcher Statur vor! Wie dankbar sind wir aber darum auch für ein Lebenswerk von der Größe dessen, das Emil Fuchs uns vor Augen führt! Wir freuen uns schon darauf, bald auch den zweiten, bis in die Gegenwart reichenden Teil seiner Erinnerungen in die Hand zu bekommen. *H. K.*

Otto Lauterburg: «Nun danket alle Gott». Verlag Paul Haupt, Bern. 2. Auflage. 261 Seiten, Fr. 12.—.

Die Bücher unseres Gesinnungsfreundes, des früheren Pfarrers von Saanen, Dr. O. Lauterburg, sind zu echten Volksbüchern geworden, so besonders das eben in 5. Auflage erschienene Erziehungsbuch «Wozu leben wir?» und die in überarbeiteter Neuauflage vorliegende vorzügliche Einführung in das neue deutschschweizerische Kirchengesangbuch. Die bedeutendsten Lieder werden dem modernen Menschen nach Entstehung und Gehalt nahegebracht, die Liederdichter und -komponisten feinsinnig charakterisiert. Das Buch stellt so einen wichtigen Hinweis auf das unerschöpfliche Gut des evangelischen Liedes dar. Darüber hinaus werden von den Liedern aus Linien zu den wesentlichen Menschheitsproblemen gezogen, die in jenen anklingen. In diesem Zusammenhang wird auch Leonhard Ragaz ausführlich zitiert. Das wertvolle Buch vermag kirchlichen wie unkirchlichen Menschen vieles zu geben. *J. L.*

Verantwortung

2. Kor. 11, 29: Wer ist schwach, und ich werde nicht schwach? Wer wird geärgert – und ich brenne nicht?

Es gibt eine Art von Behutsamkeit, an der Gott keine Freude haben kann. Oder, daß wir es anders sagen: der Mann, der unser Textwort an die Gemeinde von Korinth geschrieben hat, der Apostel Paulus, der wollte sich nicht «fein draußen» halten; er war dabei und wollte dabei sein. Er wurde angegangen von der Sorge, und er ließ sich angehen. «Wer ist schwach, und ich werde nicht schwach? Wer wird geärgert – und ich brenne nicht?» Von Mazedonien ruft mich im Traum der Unbekannte: «Komm herüber – und hilf!» Und ich sollte nicht helfen? Briefe kommen, Fragen, kluge Fragen, törichte Fragen – und ich sollte nicht antworten, weil meine Antworten Verstimmungen zeitigen könnten? Gefahren lauern am Weg, Feinde rotten sich da und dort zusammen, Gefahr ist auch im eigenen Lager und im eigenen Herzen. Aber ich m u ß tun, was ich tue; ich habe mich auf dem Weg nach Damaskus von einem überwinden lassen, der war wie ein Blitz, wie ein starkes Licht, von dem einen, der «Mensch für die Menschen» heißen darf und der Jesus und «Hilfe» heißt: in seiner Nachfolge gehen mich die Menschen an. Und gehen sie uns an, so gehen sie uns in allem an. Ihre Seele, ihr Heil, ja. Aller Leben ist unteilbar, und wer nach dem Menschen fragt, muß nach allem fragen, was im Menschen ist: Auch nach seinem Leib, nach seinem Stand, nach seinen erklärten Zielen und nach seinen verborgenen Wünschen.

Von wem sprechen wir? Von Paulus? Die Flamme will nicht erlöschen. Es wäre gut, Freunde, wir könnten sagen: wir sprechen von uns.

«Wie sehen Sie das?» (so hat mich kürzlich eine ausländische Zeitschrift gefragt). «Welchen Beitrag kann ein in dieser Weltstunde lebender Christenmensch zum Gedeihen der Menschheit leisten? Christliches Gewissen – was ist das?»

Ich habe dem Fragenden bis zur Stunde noch nicht geantwortet. Aber heute mühe ich mich um eine Antwort.

Christliches Gewissen ist zuerst ein a u f g e s c h r e c k t e s Gewissen.

Ich habe mir – absichtlich ein wenig aus dieser unserer Gegenwart auswandernd – ein Ereignis vergegenwärtigt, das damals, vor fast fünfzig Jahren nun schon, die Welt und gerade die Christen in der Welt, stark bewegt hat, die Ältesten unter euch werden sich vielleicht noch daran erinnern: ich meine die letzten Lebenstage des Grafen Tolstoi.

Erregende Vorstellung: an einem Spätoktobertag des Jahres 1910 verläßt Tolstoi, Rußlands großer Dichter, der Gutsherr auf Jasnaja Poljana, sein Haus und flieht ... Möchte fliehen. Wohin? Ins Inkognito? Ja, das auch. In die Wahrheit hinein möchte er fliehen. Nun,

was die Flucht ins Inkognito anging, in die ersehnte Namenslosigkeit, so mißlang sie sogleich und gründlich. Er wurde im Zug erkannt, der Telegraphendraht tat sein Werk, und da er nun, ein Sterbender, in einem kleinen Bahnhofsgebäude seine letzten Tage durchlebte, nahm ganz Rußland teil an diesem Erdenabschied. Aber die andere Flucht, die eigentliche, die Flucht heraus aus dem Zwiespalt, dem unerträglich gewordenen, dem Zwiespalt von Rede und Tat – gelang sie ihm? Wir wissen es nicht. Wir sehen einen zu Tode erschrockenen Mann, welcher der Lüge, der schönen Lüge, entfliehen wollte. Man hat sich seine Worte gemerkt, diese in der Agonie gemurmelten Worte: «Aber die Bauern – wie sterben denn die Bauern?» Und ganz zuletzt: «In Wahrheit . . . ich liebe viel . . . wie sie . . .» Wie wer? Das ist nicht zu beantworten. Reden wir von Fiebervisionen? Von ekstatischer Narrheit? Genug: ein Zeichen war aufgerichtet, und man hat es nicht übersehen. Das aufgeschreckte Gewissen schrieb, einige Buchstaben nur, an die Wand der Welt.

Ja, es war, auch als das Gewissen eines einsamen alten Mannes, in Verbindung mit den Geschicken ringsumher. «Was geschieht, geht mich an.» So spricht das w a c h e Gewissen. Wir denken nicht an die nervöse Wachheit, zu der uns unsere illustrierten Zeitungen überreden wollen, wenn sie uns für den Gesundheitszustand arabischer Herrscher oder das Herzensglück vielgenannter Künstler interessieren und uns damit abziehen von dem genau zu erkennenden Kreis unserer Verantwortung: d e r Welt nämlich, die u n s fragt, und der wir deshalb die Antwort schulden, weil kein anderer sie geben kann als wir, gerade wir. Wir in unserer Eigenschaft als Mitbürger, als Eltern, als Schülerväter und -mütter, als Verkehrsteilnehmer, als Zeugen und Kläger wohl auch, als Abgeordnete, als Gemeindeglieder. «Wer wird geärgert – und ich brenne nicht?» Friedrich Naumann war ernstlich betroffen, in der Botschaft Jesu kein Wort über Straßen- und Wegbau zu finden: er hatte auf einer Reise durch das Heilige Land die Straßen Palästinas kennengelernt, er zog Schlüsse auf die Wegverhältnisse früherer Zeit und fragte nun: ist das Martyrium der Tiere, die auf diesen Wegen Lasten tragen und ziehen müssen, dem Herrn nie unmittelbar ins Bewusstsein gekommen? Nun war Naumann Theologe genug, sich zu seiner eigenen Frage einige Antworten hinzuzudenken, und wir sollen jetzt darauf keine Antwort suchen, das ist jetzt unsere Sache nicht. Genug, daß uns in der Frage des Mannes, stellvertretend gleichsam, die heilige Ungeduld begegnet, die sich nicht abfindet. Es begegnet uns die Phantasie der Liebe, die nicht fremde Leiden erdichtet, die aber in der «Bruderschaft der vom Schmerz Gezeichneten» (Albert Schweitzers unvergeßliche Prägung) ihren Platz und Aufgabe kennt.

Diese Aufgabe schafft u n r u h i g e Gewissen. Unruhig zuerst im Blick auf die eigene Kraft. Es ist immer der Ozean uns gegenüber, und es ist immer nur eben der Eimer in unserer Hand. Ein Ozean Aufgabe und ein Eimer Kraft, ein Ozean Leid und ein Eimer Hilfe.

Erinnert euch an eine Stunde über euerem Adressenbüchlein: ihr tragt bedachtsam und gewissenhaft – da ist nun das Wort! – einen neuen Namen ein, den sechzigsten, den siebzigsten, und ihr nehmt in Gedanken damit einen Menschen in den engeren Kreis euerer Verantwortung auf. Ihr werdet teilhaben – woran? An seinen Berufspflichten, Erfolgen und Enttäuschungen, an seinen Geburtstagen, an Todesfällen in seinem Haus, an seinen Festen ... und während ihr die Adresse zu Ende schreibt, denket ihr, im Widerstreit der Empfindungen, beides zugleich: was ich mit dieser neuen Aufgabe wage, ist schon zuviel, wenn ich auf meinen Lebenstag achte, und ist noch zuwenig, wenn ich die «frierende Welt» vor Augen habe.

Das unruhige Gewissen, und unruhig aus einem zweiten Grund. Wir mühen uns um das Rechte, aber eh wir's uns versehen, sind wir in Grenz- und Streitfälle verstrickt, in denen kaum zu erkennen ist, was nun das Rechte sei. August Winnig – ich vergesse die Abendstunde nicht, in der er mir davon sprach – war kurz vor dem Ersten Weltkrieg als Vertrauensmann seiner Bauarbeiter dazu gekommen, als Streikführer auftreten zu müssen. Er wußte, daß Streikende mit der Aussperrung zu rechnen hatten, mit Arbeitslosigkeit und Armut. Woran sollte er denken: an das Nächstliegende, an die Sicherheit, oder an das weitergesteckte Ziel? Winnig sprach von den schweren Nächten der Verantwortung und sagte: auch jetzt, aus der Entfernung von dreißig Jahren, wisse er nicht zu sagen, welche Entscheidung vor der wirklichen Wahrheit standhalte.

Es gibt einen dritten Grund. Wir alle sind in das Netz der Vergangenheit verstrickt, wir dürfen der Last unserer Geschichte nicht entrinnen. Es geht hier nicht um Theorien und Spiele. «Ich will heimsuchen die Sünden der Väter – – », so steht es im Buch des Gottesbundes – und dann folgt eine Begrenzung: «bis ins dritte und vierte Glied». Daß wir konkret sprechen: nicht Bismarcks Fehler mehr, wohl aber die Verbrechen der Jahre, die wir durchlebt haben, gehören in das Geflecht unserer Mitverantwortung hinein. Christliches Gewissen ist unruhiges Gewissen um dieser Zeitgenossenschaft willen. Wenn wir zu Staatsmännern und Delegationsführern sprächen, so müßten wir wohl sagen: führt die deutsch-polnischen Verhandlungen, wo und wie und worüber ihr wollt, aber an Auschwitz und am Ghetto von Warschau dürft ihr nicht vorbeidenken. Ihr seid nicht an den Gaskammern schuld, nein. Aber ein lebendiges Gewissen hat in sich einen Mitwisser, der so genau wie sein wohlwollendes Gegenüber gedenkt und so wenig wie sein schwieriger Partner vergißt.

Und endlich, schwerer lastend nun als alles vorher Gesagte: das Gewissen des Christen ist ein unruhiges Gewissen, weil ein Christ die Schuld jedes neuen Tages sich nicht vom Herzen weglügen kann. Unsere Klugheit weiß viele Schlupfwinkel; aber unser Herz weiß Bescheid. «Wollen habe ich wohl, aber vollbringen das Gute, finde ich nicht»: im Gefängnisrund dieser Erkenntnis läuft unser Leben bis

zum letzten Tag umher. Unser Ungehorsam trennt uns von dem Reich, zu dem wir berufen sind.

Und hier wäre nun alles ausweglos: keine Wahl bliebe uns als die Wahl zwischen der Hölle des ruhelosen Gewissens und der Hölle des ständig betäubten und zuletzt stumpf gewordenen Gewissens, wenn uns nicht hier, da kein guter Rat mehr helfen will, die Opfertat der Ewigen Liebe einholte, wie ein in sein Verderben Fliehender eingeholt wird. «Wer ist schwach, und ich werde nicht schwach? Wer wird geärgert, und ich brenne nicht?» In Christus ist dieses Wort erfüllt. Seine Liebe umfaßt vom Kreuz her die Geschwächten und die Geärgerten und erreicht auch die, welche die anderen schwächen und ärgern: sie umfaßt die Klagetöchter und die Spottknechte und die Schächer, beide, den zur Rechten und den zur Linken. «Er war der Allerverachtetste.» Die alte Jesajaverheißung vom Gottesknecht geht in Erfüllung, und der Sohn wird die Versöhnung der Welt: «Die Strafe lag auf ihm, auf daß wir Frieden hätten, und durch seine Wunden sind geheilt.»

Um dieser Versöhnung willen darf christliches Gewissen – in Gehorsam und Dankbarkeit – versöhntes Gewissen sein. Vom guten, ruhigen und sicheren Gewissen ist nicht die Rede – aber das versöhnte Gewissen lebt von der Vergebung wie von Brot.

Das versöhnte Gewissen dient der Versöhnung. Kreuzzüge werden von diesem Gewissen nicht gutgeheißen: was wollen wir, etwa als «christliches Abendland» (so heißt man das ja wohl), eine Welt unterwerfen, dem Kreuz unterwerfen, die längst unterworfen, längst versöhnt ist, auch wenn sie es nicht weiß?

Der Versöhnung dienstbar: so wird an unserer Menschentür, auch an unserer Staatsmännertür nicht stehen dürfen: «so oder so», und nicht: «auf Biegen und Brechen», sondern: «In alls geduldig.»

Der zur Versöhnlichkeit Verpflichtete ist behutsam, korrigierbar, sprechbereit, des Kompromisses fähig. O düstere Welt unserer Grundsätze, o schlimmer Wortschatz unserer Unerbittlichkeit! «Hundertprozentig»: das ist ein Wort, das einer, der seine Sprache lieb hat, niemals verwenden dürfte, und einer, der die Wahrheit liebt, zweimal nicht. Im Aufgabenfeld des christlichen Gewissens, wie es gerade der heutige Tag vor Augen stellt, geht es nicht um die Siege einer Idee – Ideen sind Götzen, und wir sind nicht zum Götzendienst berufen –, sondern um erträgliche Zwischenlösungen im Zwischenland der Erde. Der Auftrag ist einfältig und allumfassend zugleich. Er lautet in der Sprache des Apostels Paulus: «Ist es möglich, soviel an euch ist, so habt mit allen Menschen Frieden.»

Das ist ganz unfanatisch gesprochen. Aber die leidenschaftliche Entschlossenheit aus unserem «Wer wird geärgert, und ich brenne nicht?» ist mit am Werk. «Soviel an euch ist»: das heißt: alles kommt darauf an, in diesem Dienst am Frieden der erste zu sein und nicht der zweite. Nicht der, der auf das störrische Gegenüber wartet, sondern

der, der beginnt. Das haben wir oft gehört. Wir hören es heute zu Recht noch einmal und wollen den Zusatz nicht überhören: daß es bei diesem Auftrag keinen Urlaub gibt, kein Stillhalteabkommen und keine Zone, für die er nicht gilt.

Der Friede Gottes ist «höher als alle Vernunft». Der Friede unter Menschen will neben vielem, was er von uns will, gewiß auch unsere Vernunft in Pflicht nehmen. Aber über alle Vernunft hinausweisend, will er das Wagnis unserer Herzen, zu glauben an die Freiheit des Heiligen Geistes, der wirken will, wo es ihm gefällt.

In unserer Weltstunde heißt das: es gilt, die Staatsmänner, die frommen und die unfrommen, als Menschen zu sehen, die auf das Wort «Friede» nicht taktisch, sondern wirklich antworten können. Die Zuversicht hierauf, diese täglich neu angefochtene, täglich neu zu belebende Zuversicht ist – das glaube ich – eine Macht. Gibt es etwas wie eine Einübung in diese Zuversicht? Ich meine, es gibt diese eine: wir können an dem Teppich des Friedens weben, an jeder, jeder Stelle, die uns in die Hand kommt, wohl wissend, daß bei diesem Gewebe alle Teile mit allen zusammenhängen: deine Frau und das fremde Land, dein Parteigänger und dein Vater, dein Chef und Israel.

Ist das alles zu persönlich gesprochen? Es kann immer nur persönlich gesprochen werden. So bleibe ich in der Tonart, in der ich anfing, indem ich zum Schluß sage, wie ich diesen Tag begonnen habe. Ich meinte, es sei gut, nicht vieles, sondern eines zu bedenken. So dachte ich in der Frühe dieses Tages an eines: an die Stadt Hiroshima. Und über dem Denken erneuerte ich in mir die Bitte des Franziskus von Assisi: «Herr, mach aus mir ein Werkzeug deines Friedens.»

(Aus: «Hagar am Brunnen.» Fischer-Bücherei) *Albert Goes*

Unser religiös-soziales Zeugnis

II.

Die Botschaft, die zu verkünden wir aufgerufen sind, richtet sich – daran hat sich seit dem Aufkommen der religiös-sozialen Bewegung bis heute nichts geändert – in erster Linie an die Christenheit und die christlichen Kirchen. Ihnen gegenüber müssen wir heute sogar mit größerem Ernst und härterer Unerbittlichkeit die Wahrheit vertreten, daß die Sache Christi beileibe nichts Konservatives, irgendwie Weltförmiges an sich hat, sondern genau das Gegenteil davon ist: etwas Weltumstürzendes, etwas Revolutionäres, ja im Grunde das einzig wirklich Revolutionäre, das es überhaupt gibt. Oder, um die Ausdrucksweise zu gebrauchen, die besonders Leonhard Ragaz liebte: die Botschaft Jesu und der Bibel ganz allgemein ist kein Opium, das «die Völker mit religiösen Träumen, mit Kirchen- und Frömmigkeitswesen aller Art einlullt», sondern «Dynamit, das die Berge der gottwidrigen Zustände sprengt und den Weg freimacht für Gott und den Menschen».

Eben deshalb müssen wir unser Zeugnis auch den Bewegungen gegenüber ablegen, die auf i h r e Art die Welt und ihre Ordnungen umzugestalten unternommen haben, vor allem dem Sozialismus und dem Kommunismus gegenüber. Wenn wir zunächst einmal den gegenwärtigen Zustand des sogenannten

demokratischen Sozialismus

ins Auge fassen, so stehen wir nämlich vor einer Tatsache, die uns auf bedenkliche Art an den Zustand der christlichen Kirchen erinnert: vor der Tatsache, daß dieser Sozialismus – besonders der westeuropäische Sozialdemokratismus – seine revolutionäre Seele längst verloren hat und mehr und mehr zu einem Bestandteil und einer Stütze der bestehenden Welt geworden ist. Bezeichnenderweise haben die sozialistischen Parteien denn auch mehr und mehr ihren Frieden mit der Religion und den Kirchen gemacht – nicht, wie naive religiöse Sozialisten meinen, weil sie für die e c h t e n Lebenskräfte des Christentums Verständnis gewonnen hätten, sondern weil sie ebenso «staatserhaltend» geworden sind wie die Durchschnittskirchen und darum keinen Grund mehr haben, diesen ihre sozialkonservative Einstellung vorzuwerfen, wie es ein noch revolutionär gestimmter Sozialismus getan hat. Dem h e u t i g e n verbürgerlichten Sozialismus tut darum nichts m e h r not als die Wiederfindung seines tiefsten Wesens, die Zurückgewinnung des entschlossenen Willens, die herrschenden Unrechtsordnungen von Grund auf umzuwälzen und eine Ordnung durchgreifender sozialer Gerechtigkeit, um nicht zu sagen Brüderlichkeit, aufzurichten.

Ich habe in den «Neuen Wegen» über die Krise des westlichen Sozialismus schon so viel geschrieben, daß ich hier nur an ihre hauptsächlichen Erscheinungsformen zu erinnern brauche, um klarzumachen, was demgegenüber u n s e r e Haltung sein muß. Der fast völlige Abfall der sozialdemokratischen Parteien von dem Besten, was in ihnen einmal lebte, ist ja seit 1914 – dem Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges – immer offenbarer geworden. Damals ist in den meisten beteiligten Ländern jener bloß sozial gefärbte bürgerliche Militärpatriotismus durchgebrochen, der die politische wie gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in die grundsätzliche Solidarität mit der herrschenden Klasse und ihrem Staat führte und sie bis heute unfähig macht, eine s o z i a l i s t i s c h e Haltung gegenüber den Fragen von Krieg und Frieden, Landesverteidigung und Völkergemeinschaft einzunehmen. Das gilt von den g r o ß e n sozialistischen Parteien; denken wir nur an die französischen Sozialisten, deren Partei unter der Führung jenes elenden Mollet gänzlich entartet und korrumpiert worden ist. Es gilt aber auch von den sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsverbänden der Klein- und Mittelstaaten, wie der nordischen Länder, Hollands und Belgiens, Österreichs, der Schweiz. Ich habe besonders die schweizerische Sozialdemokratie von innen her gründlich kennengelernt und bin von dem kleinbürgerlich-nurreformistischen Geist, der

in ihr wie in den meisten Gewerkschaften vorherrscht, von dem Fehlen jedes ernsten revolutionären Willens bei ihren Führern und meistens auch Mitgliedern allmählich so sehr beelendet worden, daß ich mich innerlich genötigt fühlte, zuerst meine Vertrauens- und Berufsstellung in der Partei aufzugeben und dann überhaupt aus ihren Reihen auszuscheiden. Namentlich die Schwenkung der Sozialdemokratie von einer (freilich immer fragwürdig gebliebenen) Militärgegnerschaft zur rein bürgerlich-national verstandenen militärischen Landesverteidigung – im Jahre 1935 – war ein derartig erschütternder Sündenfall, daß ich es rückschauend kaum begreife, wie ich überhaupt danach noch länger meine Zugehörigkeit zu einer so grundsatz- und charakterlos gewordenen Partei verantworten konnte.

Hand in Hand mit dem Übergang zum bürgerlichen Militärpatriotismus ging wie in der Schweiz, so auch in den anderen Ländern vorab Westeuropas die tatsächliche, wenn schon noch nicht förmliche Anerkennung des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates mit seinen parlamentarisch-politischen Einrichtungen und der Verzicht auf die Erkämpfung einer sozialistischen Demokratie. Die Schaffung eines sozialen Wohlfahrtsstaates auf dem Boden der kapitalistischen Grundordnung, die Gewinnung eines größeren Anteils der Lohnverdiener am Wirtschaftsertrag und überhaupt der Aufstieg der Arbeiter- und Angestelltenschaft innerhalb der bestehenden Gesellschaft – das wurde, wenn es gut ging, fast ausschließlich das Ziel der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Politik, nicht die Überwindung des Kapitalismus selber.

Kann es wundernehmen, daß unter diesen Umständen die sozialistischen Parteien und die hinter ihnen stehenden Gewerkschaften weithin auch dem gegenrevolutionären Antikommunismus verfielen, den das Bürgertum seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem Eckpfeiler seiner ganzen Innen- und Außenpolitik gemacht hat? Der sogenannte demokratische Sozialismus steht tatsächlich in dem weltweiten Kampf zwischen der alten bürgerlich-kapitalistischen und der neuen sozialistisch-kommunistischen Welt, der sich hinter dem Kalten Krieg zwischen West und Ost verbirgt, auf der falschen Seite, im Lager der konservativen Gegenrevolution. Er hat von den Mächten des niedergehenden Spätkapitalismus die unwahre Losung von einem Entscheidungskampf zwischen Freiheit und Tyrannei, Menschenrecht und Staatsallmacht übernommen, den es zu bestehen gelte, und lähmt sich damit selbst verhängnisvoll in dem Ringen um eine neue, sozialistische Ordnung, das ihm wirklich aufgetragen ist, sowohl in den fortgeschrittenen Industrieländern des Westens als in den unterentwickelten Ländern des Ostens und Südens.

Was können wir religiösen Sozialisten dazu beitragen, daß der Sozialismus aus dieser tödlichen Verstrickung in das Netz seines Gegners herauskommt und sich selbst wiederfindet? Nicht mehr, aber auch nicht weniger, als daß wir für die tiefsten, in der biblischen Botschaft und besonders im Evangelium Jesu sprudelnden Quellen

des Sozialismus Zeugnis ablegen. Das Reich Gottes, der neue Himmel und die neue Erde, ist sicherlich nicht einfach irgendeine Art von Sozialismus. Es führt weit, weit darüber hinaus. Aber seine Kräfte sind dennoch unentbehrlich für den Aufbau einer wahrhaft sozialistischen und gar kommunistischen Menschenordnung. Um dem Sozialismus wieder lebendige Kraft zu geben, genügt es nicht (wie es jetzt da und dort geschieht), die Rückkehr zu Marx zu predigen oder eine freidenkerisch-idealistische und humanistische Neubegründung der sozialistischen Bewegung zu suchen. Dazu ist es vielmehr vor allem nötig, die Grundwahrheiten des Sozialismus wieder unverlierbar mit den Grundwahrheiten des Alten und des Neuen Testaments zu verbinden. Zu diesen beiden Teilen gemeinsamen Wahrheiten und Grundprinzipien gehört, um mit Ragaz zu reden («Von Christus zu Marx», Seite 192), insbesondere «die Heiligkeit des Menschen, bestehend in seiner Gotteskindschaft, dem unendlichen Wert der Seele, in der Bruderschaft, der Gleichheit vor Gott, der gegenseitigen Verbundenheit und Verantwortlichkeit, dem Wert des Geringsten, dem Gottesdienst, der Menschendienst ist, dem Dienen als oberstem Gesetz, der Hoffnung auf die neue Erde, der Botschaft der Gerechtigkeit und des Friedens». Daraus ist immer alle echte Revolution in Gesellschaft und Staat geflossen und wird sie für den Sozialismus auch künftig fließen, damit er über den bloßen parlamentarischen Reformismus hinaus zu dem Frontalangriff auf die Kernstellungen des Kapitalismus kommt, ohne den wir niemals zu einer sozialistischen Ordnung durchstoßen werden. Hierin wurzelt alle wirkliche Freiheitsgesinnung, die in unserer Zeit zu einer neuen, einer sozialistischen Demokratie führen soll. Und von hier wird dem Sozialismus auch Kraft zuwachsen, damit er sich aus seinem Bündnis mit dem von Amerika angeführten Weltkapitalismus losmacht und freie Hand gewinnt zum Kampf für eine friedliche Verständigung mit der kommunistischen Welt, für den Abbruch des Kalten Krieges, für die Entspannung und Entgiftung der Völkerbeziehungen, für radikale Abrüstung und die Rettung mindestens Europas und Amerikas vor der Katastrophe des atomaren Selbstmordes. Dieser Kampf ist gerade jetzt die vordringlichste Aufgabe der freiheitlich-sozialistischen Kräfte. Vor einer Überspielung durch die kommunistische Konkurrenz brauchte ein Sozialismus, der diesen Weg beschritte, wahrlich keine Angst zu haben; er wäre ihr auf der ganzen Linie weitaus überlegen. Bleibt er aber der Sozialdemokratismus von gestern und heute, der Satellit und Handlanger des Kapitalismus, so bleibt er auch ohnmächtig gegenüber den entscheidenden Gefahren und Aufgaben der Gegenwart und muß das Feld dem Kommunismus überlassen, in dem die leidenden, unterentwickelten Völker und Klassen mehr und mehr ihre einzige Hoffnung und Hilfe sehen.

Ähnliches gilt von der ganzen weltanschaulichen Einstellung des heutigen Vulgärsozialismus. Der dünne Humanismus und Rationalis-

mus, dem er huldigt – im Grunde ja doch nur ein verschämter Atheismus –, ist der logischen Folgerichtigkeit des offenen, handfesten Materialismus, wie ihn der Kommunismus predigt und vertritt, bei weitem nicht gewachsen. Vor dessen scheinrevolutionärer Geradlinigkeit, die schließlich in Theorie und Praxis zur Leugnung aller unbedingten sittlichen Werte führt, kann er sich nur noch in einen schwächlichen Reformismus und seichten Demokratismus flüchten, um seine bürgerliche Wohlanständigkeit zu bewahren. Als Bundesgenosse im Kalten Krieg gegen den Kommunismus ist d i e s e r Sozialismus immer noch gut genug; für den revolutionären Kampf um eine neue Welt ist er verloren und damit auch für die w i r k l i c h e, bei den geistigen Grundlagen einsetzende Überwindung des Kommunismus. Es ist ein Jammer um solche Entartung und Verderbnis einer Bewegung, von der man einst Großes erwarten konnte! Wenn ihr e t w a s wieder Mark in die Knochen geben kann, so allein die Öffnung für die erneuernden, weltumgestaltenden Kräfte, die aus der recht verstandenen Botschaft des Christentums strömen.

Es gibt religiöse Sozialisten (oder sozialistische Christen, wie ich lieber sage), die geneigt sind, hier stehen zu bleiben. Sie legen wohl ihr Zeugnis ab gegenüber einem entnervten Sozialismus, zögern aber, es auch gegenüber dem *Kommunismus* abzulegen. Ich gehöre nicht zu ihnen. Und ich glaube, wir alle nicht. Wir anerkennen gewiß das große geschichtliche Recht des Kommunismus als des Trägers der sozialen und politischen Revolutionen unserer Zeit, die die Christenheit und die Demokratie n i c h t vollzogen hat. Wenn also diese Revolutionen unter Anwendung von Gewalt durchgeführt wurden und werden, so ist das großenteils die Schuld der westlichen Christenheit und ihrer Demokratie. Sie haben Rußland, überhaupt Osteuropa, China und eine ganze Reihe anderer Länder absichtlich – weil es zu ihrem Vorteil zu sein schien – in einem Zustand feudalkapitalistischen Absolutismus und reaktionärer Diktatur gelassen, der ihnen den Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus versperrte und sie zu gewaltsamem Umsturz und zur Schaffung einer straff zentralisierten Staatsmacht zwang. Ja, die Weststaaten (und Japan) haben die Revolution dieser Länder, besonders Rußlands und Chinas, mit stärkster Waffengewalt, durch Interventionskriege, Aushungerungspolitik und dergleichen Mittel bekämpft und sie dadurch noch viel mehr auf den Weg der revolutionären Diktatur, als eines Mittels der Selbstverteidigung, getrieben. Das «christliche Abendland» und seine Demokratien – die übrigens selbst so ziemlich alle durch revolutionäre Gewalt begründet worden sind, auch die alte und die neue schweizerische Demokratie – haben darum wahrhaftig keinerlei Recht, den unterentwickelten Ländern des Ostens ihre diktatorischen Methoden zum Vorwurf zu machen. Ich halte es durchaus mit Professor G. D. H. Cole, dem bedeutenden englischen Sozialforscher, wenn er bemerkt («World Socialism Restated»):

«Wer sagt, Rußland oder China hätten nicht ‚kommunistisch werden' sollen, der sagt damit tatsächlich, daß sich die russische und die chinesische Revolution überhaupt nicht hätten ereignen sollen. Aber weit entfernt, das zu sagen, betrachte ich diese beiden Revolutionen als die größten Leistungen der modernen Welt ... Ich bin nicht gewillt, die Revolutionen wegen der Mißbräuche zu brandmarken, die unter ihnen vorgekommen sind; das wäre glatter Verrat an der Sache des Weltsozialismus.»

Und was von Rußland und China, das gilt auch von Indien. Der indische Bischof Manikam sagte im vergangenen Sommer in Minneapolis (USA), Indien werde in fünf Jahren kommunistisch sein, wenn Amerika ihm nicht zu Hilfe komme. «Aber Amerika», so bemerkt dazu der kanadische Missionar Endicott in dem schon früher zitierten Sammelbändchen «Die Wende in der Geschichte der Menschheit», «aber Amerika kann nicht zu Hilfe kommen, weil es Indien nicht zur Unterstützung der Militärpaktstrategie der USA bewegen kann! Und selbst bei angemessener Hilfe würde der Preis einer langsamen evolutionären Entwicklung erschreckend sein. Eine vorsichtige Schätzung läuft darauf hinaus, daß in den nächsten zehn Jahren in Indien hundert Millionen Menschen unnütz sterben werden, weil die notwendigen sozialen Veränderungen zu langsam vor sich gehen. Diese Veränderungen könnten aber mit revolutionärer Kraft schneller vonstatten gehen! Es wäre interessant, hierüber die Anmerkungen der antikommunistischen Moralisten zu hören, die so eifrig dabei sind, über den ‚Preis' der Veränderungen in China zu jammern. In der Stadt Madras gibt es annähernd 200 000 Arme, die in den Straßen leben müssen. Noch nie haben sie ein eigenes Zimmer gekannt. In jenem Stadtteil beträgt die durchschnittliche Lebensdauer nicht mehr als 20 Jahre. Wie soll man entweder im Namen des Christentums oder im Zeichen der ‚Überlegenheit der evolutionären Methode' diesen Menschen die ‚Notwendigkeit' erklären, daß dieser Zustand noch nicht verändert werden kann?»

Wir anerkennen also, so sagte ich, das große R e c h t der kommunistischen Bewegung in der Welt. Aber gerade das legt uns auch die Pflicht auf, gegen ihr U n r e c h t aufzustehen und unser Zeugnis dawider abzugeben. Wobei wir uns freilich bewußt sind, daß wir wenig Möglichkeiten haben, damit auch eine gewisse Wirkung auszuüben, im Gegensatz zu der nichtkommunistischen Welt, in der wir selbst drinstehen, die wir also mit unserem Wort unmittelbar erreichen können und der wir vor allen Dingen ins Gewissen reden müssen.

Wir könnten dem revolutionären Kommunismus natürlich ganz grundsätzlich das Recht bestreiten, sich überhaupt mit Gewalt durchzusetzen oder zu verteidigen, und ihn auf den Weg der Bergpredigt oder – sagen wir – Tolstojs und Gandhis verweisen. Aber dafür fehlten eben und fehlen weithin noch heute in Rußland wie in China und anderen Ländern die geistigen Voraussetzungen, so daß es schädlicher Dogmatismus wäre, Völkern ein Verhalten zuzumuten, zu dem sie erst

erzogen werden müßten. Schuld bleibt es freilich trotzdem immer, wenn zur Gewalt gegriffen wird, sei es auch in bitterer Notwehr; das wollen wir ganz unbeugsam festhalten.

Aber auch wenn wir hier diese tragische Lage auf der Seite lassen wollen, so bleibt noch genug des Bösen übrig, das wir am Kommunismus eindeutig ablehnen und wider das wir unser Zeugnis ablegen müssen: seine rücksichtslose Unterdrückung, ja oft Ausrottung aller Opposition gegen die jeweilige Führerschaft; seine Mißachtung elementarer Menschenrechte, die im Partei- und Polizeistaat eben grundsätzlich keinen Platz haben; seine oft ganz unwahrhaftige Darstellung von Zuständen und Vorgängen im In- und Ausland; seine Herrschaft über benachbarte Kleinstaaten (zum Beispiel die Randstaaten der Sowjetunion) im Interesse der militärischen Machtstellung des kommunistischen Großstaates; seine hinterhältige Liquidierung nichtkommunistischer Sozialisten, die sich nicht seinem Diktat unterwerfen wollten; unnötige Spaltungen in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zum Nutzen des gemeinsamen Gegners; Nachahmung der Listen, Manöver und Gewalthandlungen der kapitalistisch-imperialistischen Mächte und was dergleichen Sünden mehr sind.

Spätestens seit Stalins Tod ist zwar mindestens in der Sowjetunion auf mancherlei Gebieten des öffentlichen Lebens, innen- wie außenpolitisch, eine Wendung zum Besseren eingetreten, aber der entscheidende Durchbruch nicht nur zum Besseren, sondern zum Guten ist bisher nicht erfolgt. Es hängt das mit dem Wesen des Kommunismus selber zusammen, in doppelter Art. Einmal widersteht kaum eine Diktatur der Versuchung zum Mißbrauch der Macht, die sie ausüben kann. Auch die Gewaltanwendung hat ihre eigenen Gesetze, die sie dem ihr Huldigenden diktiert, und die fast immer zu Entartung und Demoralisation führen. «Macht korrumpiert; absolute Macht korrumpiert absolut», sagte einmal Lord Acton, der englische Geschichtsforscher. Daß der gute Zweck das schlechte Mittel nicht heiligt, sondern von ihm entheiligt wird, ist hier besonders deutlich sichtbar. Nur höchste sittliche Verantwortlichkeit und die Entschlossenheit, zeitbedingte diktatorische Notbehelfe so schnell als möglich in freiheitlich-volkstümliche Dauereinrichtungen umzuwandeln, kann den unheimlichen Gefahren der Gewaltausübung einigermaßen wehren. Und die kommunistischen Partei- und Staatsführer haben bisher diese Eigenschaften nur selten und in ungenügendem Maße bewiesen, am ehesten noch in China. Statt innerlich über der Gewaltpraxis zu stehen, stellen sie sich unter sie und machen aus ihr ein Dogma, ja einen Götzen, dem sie sich mit Leib und Seele verschreiben.

Die Gefahren des Gewaltwegs sind beim Kommunismus besonders groß, weil er – und das ist das zweite, das ich sagen wollte – grundsätzlich auf atheistisch-materialistischem Boden steht. Es ist uns zwar völlig klar, daß die sogenannte christliche Welt den Kommunisten an praktischer Gottlosigkeit zum mindesten gleichkommt, wenn

nicht sie übertrifft. Aber sie ist, trotz aller Heuchelei, doch insofern sich selber treu, als bei ihr Denken und Handeln im Kern übereinstimmen, das heißt als sich die Brutalität ihrer Gesellschaftsordnung und Gewaltpolitik durchaus mit ihrer materialistisch-egoistischen Gesinnung deckt, aus der sie herausgewachsen ist, während der naturalistische Materialismus, den die Kommunisten bekennen, den vorhin genannten sittlichen Grundprinzipien eines sozialistischen Gemeinschaftslebens geradenwegs ins Gesicht schlägt.

Dieser Widerspruch droht dem Kommunismus früher oder später zum Verhängnis zu werden. Er befindet sich in einem schweren Irrtum, wenn er nicht nur die offizielle Religionslehre und Religionspraxis, sondern die Botschaft der Bibel selber als ideologisches Werkzeug der kapitalistischen und feudalen Herrschaftsklassen erklärt und erwartet, daß in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der Gottesglaube überflüssig werde und absterben müsse. Das ist Torheit, soweit es den Einzelmenschen betrifft; es ist aber auch Torheit in bezug auf ein sozialistisches und gar im echten Sinn kommunistisches Volks- und Völkerleben, das die Kräfte des Gottes- und Christusglaubens nötiger braucht als das tägliche Brot, weil Sozialismus und Kommunismus zutiefst in der jüdischen Prophetie und im Evangelium Jesu wurzeln, ohne deren Lebenssäfte sie auf die Länge verdorren müssen. Den dämonischen Mächten des Mammons- und Gewaltgeistes und all den anderen Götzen der bestehenden Welt ist zuletzt doch nur der Geist Gottes gewachsen, der auch in die gesellschaftlichen und politischen Ordnungen der sozialistischen Länder einströmen muß, sollen sie Dauer und Kraft haben und nicht einfach ein rot angemalter seelenloser Ameisenstaat werden.

Das sind nicht nur Zukunftsnotwendigkeiten; es ist eine Notwendigkeit der unmittelbaren Gegenwart, vor allem für die Überwindung der Kriegsmächte. Die kommunistischen Staaten, voran die Sowjetunion, führen einen leidenschaftlichen Kampf für die Sicherung des Friedens und die Rettung der Welt vor der Gefahr der atomaren Vernichtung. Wie wollen sie aber diesen Kampf gewinnen, wenn sie selber so ausgesprochen dem Gewaltglauben huldigen, dem Glauben an die ordnende Macht der innerstaatlichen Diktatur wie dem Glauben an den Schutz der nationalen Existenz durch Militärgewalt gegen außen? Ich für meinen Teil komme wenigstens immer mehr zu dem Schluß, daß namentlich die Sowjetführung trotz all den damit verbundenen Gefahren, die ich sehr wohl sehe, aus einem gehorsamen Glauben an die Wirklichkeit und Wirksamkeit geistiger Kräfte die Diktatur im eigenen Land und in den kleineren Volksrepubliken entscheidend lokkern, nach außen hin aber einseitig und eindeutig auf die Bereitstellung von atomischen und anderen Massenvernichtungswaffen verzichten sollte. Von einem Staat der bürgerlich-kapitalistischen Welt kann man die entsprechenden Schritte – den Übergang zu einer echten, sozialistischen Demokratie und die atomare wie die allgemein militärische

Abrüstung – nicht erwarten; von einem Lande, das Gerechtigkeit, Volksherrschaft und Frieden auf seine Fahnen geschrieben hat, sollte man es erwarten können. Und wenn wir christlichen Sozialisten und Pazifisten dem Kommunismus gegenüber eine Aufgabe haben, so die, für die sieghafte, schützende Kraft von Taten der Gerechtigkeits- und Friedensliebe Zeugnis zu geben. «Nicht durch Heeresmacht und nicht durch Gewalt, sondern durch meinen Geist soll es geschehen – so spricht der Herr der Heerscharen.» (Sacharja 4, 6.)

*

Das ist, liebe Freunde, unser religiös-soziales Bekenntnis vor der Welt, so wie ich es verstehe. Es schließt viel in sich und mutet viel zu; ja, es fordert eine eigentliche Revolution des ganzen Denkens und Wollens. Es fordert von den Christen eine völlige Umkehr ihrer Haltung zu Kapitalismus und Kommunismus, die gänzliche Abkehr insbesondere vom Kalten wie vom Heißen Krieg gegen die kommunistische Welt und die Hinwendung zur besten evangelischen Kampfesweise, die den Feind zuerst in unserem eigenen Inneren, in unserer Schuld gegenüber dem andern erkennt und das Böse gewaltlos durch das Gute überwindet; der offenkundige Mißerfolg der «Politik der Stärke» und vollends die Unmöglichkeit einer militärischen Zerschlagung des Kommunismus in einem siegreichen Atomkrieg sollten die Beschreitung des neuen (und doch so alten) Weges erleichtern, ja geradezu erzwingen. Unser Bekenntnis und Zeugnis fordert von den Sozialisten, daß sie überhaupt wieder Sozialisten werden, statt Teilhaber und Nutznießer der bürgerlich-kapitalistischen Welt zu sein und der Gegenrevolution den Steigbügel zu halten. Und den Kommunisten mutet es zu, sich mit den wirklich revolutionären Kräften, mit denen, die durch die Botschaft des Christentums geweckt werden, zu verbünden und die Behauptung und Durchsetzung der neuen gesellschaftlichen Ordnungen von der Lebendigmachung dieser Kräfte zu erwarten, statt von trügerischen Gewaltmitteln und militärischen Sicherungen.

Mag man uns nur ruhig wirklichkeitsfremde Schwärmer schelten – wir wissen dennoch, daß wir uns, allen «Realisten» zum Trotz, auf die einzig feststehende Wirklichkeit und Wahrheit gründen, die es gibt. Und wir empfinden es klar und unabweisbar einfach als unsere Pflicht, das auch zu bekennen und zu bezeugen. Wir haben die Pflicht zu diesem Zeugnis, wir müssen es ablegen, auch wenn es für uns viel bequemer wäre, es nicht zu tun. Denn wenn wir schwiegen, würden die Steine reden, so groß ist die Not und das Unrecht um uns herum geworden. Wir aber würden dann auch zu den Verrätern an der Sache Christi werden, von denen ich gesprochen habe. Und davor behüte uns der Himmel. Die Mittel aber und die Kraft, unsere Aufgabe zu erfüllen, werden wir bekommen in dem Maße, da wir dem Ruf gehorsam sind, der an uns ergangen ist. Das erfährt jeder in seinem persönlichen Leben; wir werden es auch in unserer gemeinsamen Arbeit erfahren und haben es immer wieder er-

fahren. Warum also verzagen, mutlos, lässig werden? Gott verzagt ja an uns auch nicht, sondern hat Geduld mit uns; er hat in eine dunkle, untergehende, scheinbar hoffnungslos verderbte Welt sein Licht und seine Rettung gesandt und sendet sie immer wieder – das ist die Wahrheit der Weihnachtsbotschaft, die wir vor wenigen Wochen wieder gehört haben. Gilt sie nicht auch für unsere kleine Gemeinschaft, unsere oft so nutzlos scheinende Arbeit? Ich glaube es. Und Sie glauben es mit mir. Laßt uns darum unseren Auftrag auch im neuen Jahr und in aller, wenn auch noch so dunklen Zukunft in Gehorsam und Vertrauen ausführen! *Hugo Kramer*

Bei den christlichen Sozialisten französischer Sprache

Vor etwas mehr als einem Jahr war ich neuerdings Gast der Bewegung des französischen Christianisme social; ich berichtete über ihren Kongreß in St-Etienne im Mai-Heft 1957 der «Neuen Wege». In diesem Frühjahr konnte ich an einer Tagung der Fédération française des Socialistes Chrétiens teilnehmen, der am 19. und 20. April in Paris stattfand und dem 50jährigen Bestand dieser Vereinigung gewidmet war.

Die beiden Bewegungen werden manchmal verwechselt. Sie sind tatsächlich auch miteinander verwandt, und eine Reihe von Mitgliedern der einen Gruppierung gehört gleichzeitig auch der anderen an. Aber grundsätzlich müssen sie dennoch auseinandergehalten werden. Der Christianisme social ist eine freie Organisation innerhalb der protestantischen Kirche, die besonders die soziale Seite der christlichen Botschaft hervorkehrt und in mannigfachen Tätigkeitsformen wirksam macht, infolgedessen auch stark von Pfarrern und ihren Mitarbeitern getragen wird. In der Monatsschrift «Christianisme social» und der Halbmonatszeitung «Cité Nouvelle» hat sie ganz ausgezeichnete Presseorgane, deren Reichhaltigkeit und kämpferische Entschiedenheit sie uns mehr und mehr unentbehrlich gemacht hat.

Die Vereinigung der Socialistes Chrétiens ist viel bescheidener. Sie hat aber dafür eine recht alte und ruhmvolle Tradition hinter sich, geht sie doch, wenn nicht schon auf St. Simon, Fourier und Cabet, so gewiß auf F. de Lamennais zurück, dessen «Paroles d'un Croyant», erschienen 1834, zuweilen als die Geburtsurkunde einer Bewegung bezeichnet werden, die in Frankreich Christentum und Sozialismus in engste organische Verbindung miteinander zu bringen sucht. In der Revolution von 1848 spielten die Ideen eines christlichen Sozialismus (oder sozialistischen Christentums) keine geringe Rolle, und das darauf folgende Halbjahrhundert verzeichnet eine ganze Anzahl von Versuchen, mit Zeitschriften, Büchern und allerlei Vereinigungen in weitere Volkskreise einzudringen. Zur Schaffung einer lebensfähigen

Organisation kam es jedoch erst 1908, als Raoul Biville, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Caën, ein Katholik, und Paul Passy, der berühmte Pariser Sprachforscher, ein Protestant, die Fédération des Socialistes Chrétiens gründeten, die heute also ein halbes Jahrhundert alt ist.

Von Anfang an arbeiteten so im Schoße der französischen Vereinigung Protestanten und Katholiken zusammen. Bald gesellten sich zu ihnen auch Welschschweizer und Belgier, so daß die Fédération im Jahr 1914 gegen 600 Mitglieder zählte. Der Erste Weltkrieg und die folgenden Unruhejahre brachten eine Spaltung in die Reihen der Socialistes Chrétiens, die aber bald wieder überwunden wurde. Daß sich auch weiterhin verschiedene Strömungen innerhalb der Bewegung geltend machten, hinderte ihren Fortgang und die grundlegende Einigkeit ihrer Anhänger nicht. Heute ist freilich vom eigentlichen französischen Zweig nur die Pariser Gruppe organisatorisch zusammengefaßt; in Marseille, Lyon, Châlons s. S. und im Norden bestehen losere Gruppierungen. Dazu kommen dann die belgischen Freunde (mit Mons als Mittelpunkt) und die welschschweizerischen Gruppen, die in Neuchâtel, Lausanne und Genf eine mehr oder weniger regelmäßige Tätigkeit entfalten. Die Kongresse der Gesamtföderation haben wiederholt in der Westschweiz stattgefunden, letzten Herbst – sehr gut besucht und verlaufen – in Yverdon, wo wir uns auch im nächsten Jahr wieder treffen wollen. Als verbindendes Presseorgan dient das Monatsblatt «Le Socialiste Chrétien», nachdem «Espoir du Monde», «Voies Nouvelles» und «Terre Nouvelle» wieder aufgegeben worden waren. Sein umsichtiger Redaktor ist Pierre Pujol, der auch den Jubiläumskongreß hingebend vorbereitet und geistvoll geleitet hat.

Es war mir eine Freude, zusammen mit einem halben Dutzend Welschschweizer der wenn auch zahlenmäßig nicht sehr bedeutenden Pariser Tagung beizuwohnen. Ihr Geist war vortrefflich, das Niveau der Vorträge und der Aussprachen hoch und die Übereinstimmung in der Grundauffassung wie in der Beurteilung der Weltereignisse überaus bemerkenswert. Auf Einzelheiten können wir raumeshalber leider nicht eintreten; wir hoffen aber, daß ein französischer Freund demnächst uns selbst ein Hauptstück seines Vortrages vom Kongreß an dieser Stelle unterbreiten wird. Es sei immerhin festgestellt, daß, was in den «Neuen Wegen» vertreten wird, durchaus auch das Anliegen unserer Freunde französischer Zunge ist; man sah diese Gemeinsamkeit auch jeweilen an den Kongressen des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten der letzten Jahre. Und wir hoffen, die enge Fühlung zwischen der Religiössozialen Vereinigung der deutschen Schweiz und den Socialistes Chrétiens französischer Sprache werde weiterhin andauern und sich verstärken. Was in der Prinzipienerklärung der französischen Freunde gesagt ist, dazu bekennen ja auch wir uns vollauf: «Wir sind Christen, die das Evangelium ernst nehmen und seine Vorschriften in ihrem Alltagsleben befolgen möchten. Wir sind Revolutio-

näre, weil wir die gegenwärtige ‚Welt', die in ihrem Geist und ihren Einrichtungen antichristlich ist, nicht gelten lassen und sie von Grund auf umwandeln wollen. Wir sind Sozialisten, weil wir in der sozialistischen Lehre einerseits eine genaue und hellsichtige Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit und anderseits die einzigen Lösungen finden, die uns fähig scheinen, in die moderne Welt Ordnung, Gerechtigkeit und Liebe — das heißt christlichen Geist – zu bringen.» *H. K.*

Girolamo Savonarola, ein Prophetenleben

(Schluß)

Wirklich ersteigt Savonarolas Predigtwirksamkeit gerade jetzt ihren Gipfel. Der Kampf gegen Rom gibt ihr einen neuen großartigen Hintergrund und vermehrte Leidenschaft. Aus Bologna kommen Leute nach Florenz, um während der Advents- oder Fastenzeit Savonarola zu hören. Hercole d'Este von Ferrara hält sich zu diesem Zweck mehr als einen Monat inkognito in der Stadt auf. Savonarola predigt dann jeden Tag mindestens einmal, monatelang. Es sind das allerdings keine wohleinstudierten Reden. Einer seiner Vertrauten bezeugt, daß er öfters, bevor er zur Predigt ging, zu ihm in die Zelle gekommen sei und geklagt habe: «Ich weiß nicht, was ich predigen soll.» Und dann habe er seine schönsten Predigten gehalten. Wenn er müde, oft auch krank auf die Kanzel stieg und die Menge unten erblickte, die an seinen Lippen hing, dann kam der Geist über ihn, seine Gestalt richtete sich auf, seine Augen sprühten Flammen, und bald erschütterte und bewegte seine Rede die Massen, wie der Sturm das Meer aufwühlt. Gerade in dieser Zeit erregte sie am meisten Aufsehen. Die Bauern von Toskana stiegen schon in der Nacht von den Bergen herunter, um sich im Dom einen Platz zu sichern. Ganz Italien redete von diesen Predigten; einzelne von ihnen, auch ganze Sammlungen, wurden schon zu seinen Lebzeiten gedruckt und nicht nur über Italien, sondern auch über Deutschland, Frankreich und England verbreitet. Sogar der Sultan in Konstantinopel las sie – was wohl seither keinem christlichen Prediger mehr begegnet ist. Der kühne Mönch beschäftigte Fürsten und Volk, Mönche und Kriegsleute gleich stark. Aus allen Ländern kamen Briefe an ihn, und viele mochten wohl hoffen, daß er der Mann sei, den Gott berufen habe, den verwüsteten Tempel der Christenheit wieder herzustellen.

Als Reformator vor der Reformation ist er auch uns vor allem teuer. Nur wollen wir uns hüten, aus ihm etwas anderes zu machen, als er war. Wohl ist seine Frömmigkeit evangelisch, aber seine Theologie ist die des Thomas von Aquino. Wohl hat er die Geißel geschwungen über die entartete Klerisei, aber die Ansprüche der römischen Kirche hat er nie prinzipiell bestritten. Wohl hat er gelehrt,

daß die Liebe der wahre Gottesdienst sei, aber er hat die Sakramente und die kirchlichen Gebräuche so hochgehalten wie nur einer . . . Er wollte nicht Lehre und Verfassung ändern, sondern die Sitten reformieren. Ihm fehlte bei aller religiösen Leidenschaft doch Luthers religiöse Genialität. So wurde er allerdings ein Prophet der Reformation, aber die römische Kirche konnte ihn, wenn auch mit viel Mißtrauen, dennoch als einen der ihrigen beanspruchen. Er steht an der Wende der Zeiten. Die Stunde der Reformation war noch nicht gekommen.

Daß der Erfolg seiner Predigten Alexanders Zorn reizen mußte, begreifen wir. Immer lebhafter wurde sein Angriff. Hätte nun Savonarola das Volk von Florenz einmütig hinter sich gehabt, dann hätte er des Vatikans spotten können. Aber so stand es nicht. Es bildete sich eine immer zahlreicher, immer entschlossener werdende Gegnerschaft in Florenz selbst. Und wenn der Italiener haßt, dann geht es auf Leben und Tod. Da waren einmal die vielen Anhänger der Medici, die im stillen an der Wiederaufrichtung des alten Regimes arbeiteten, die Paleschi hießen sie später (nach den drei Kugeln, palle, welche die Medici im Wappen führten). Da waren ferner die Patrizier, die sich wohl über den Sturz der Medici gefreut hätten, sich aber über die Volksherrschaft ärgerten und gern eine aristokratische Familienregierung an ihre Stelle gesetzt hätten; sie erhielten den Namen der Arrabiati. Aus diesen beiden Parteien, die sich untereinander wieder aufs bitterste befehdeten, rekrutierte sich ein Bund der vornehmen Jugend, die Compagnacci genannt, die den Mönch auf den Tod haßten, weil er dem wüsten Leben in Florenz ein Ende bereitet hatte. Bei ihren heimlichen Orgien stand immer wieder die Frage im Mittelpunkt, wie «il frate» wohl zu beseitigen wäre. Der Anführer dieser verworfenen Bande war Doffi Spini, ein Mensch, der zu allem fähig war. Schon begannen Gift und Dolch ihre Arbeit, doch verfehlten sie vorläufig noch ihr Ziel. Dafür versuchten Sonnette und Pamphlete das Bild des Propheten zu beschmutzen. Daß die Scharen der Priester und Mönche einmütig gegen ihn waren, versteht sich von selbst. Wann und wo wären nicht die Priester gegen die Propheten gewesen? Dieser Gegnerschaft standen Savonarolas Freunde vorläufig noch in großer Mehrheit gegenüber. Doch fehlte es an entschlossener Führerschaft, da Savonarola nicht mehr selbst in politische Dinge eingriff. Und so war denn vorauszusehen, daß der Held eines Tages doch all den offenen und versteckten Angriffen erliegen müsse.

Dieser selbst war darüber von Anfang an nicht im unklaren. Es ist erstaunlich, mit welcher Sicherheit er schon auf der Höhe seiner Erfolge von seinem Märtyrertode spricht, als ob er eine ausgemachte Sache wäre. Er fürchtet ihn nicht. Wie sollte einer den Tod fürchten, der schon lange der Welt innerlich abgestorben ist? Er fürchtet vielmehr, daß die Ehre solchen Todes ihm entgehen könnte, und bittet Gott, ihn nicht auf seinem Bette sterben zu lassen. Solange es aber

für ihn Tag ist, will er wirken die Werke des, der ihn gesandt hat, und gerade jetzt holt er zu einem neuen Streich aus. Schwächlinge ducken sich, wenn Gefahr naht, Helden richten sich auf. Unter aller Verderbnis, gegen die er gestritten, war ihm die Fastnacht von Florenz der größte Anstoß. Mit Recht. Denn in diesen Tagen verwandelte sich die Stadt in ein großes Bacchanal, in dem alle Laster frei walteten. Lorenzo hatte dafür seine Canti Carnascialeschi gedichtet. Aber wie einer solchen alteingewurzelten Unsitte wehren? Man denke sich einen Pfarrer, der auch nur die Basler Fastnacht abschaffen wollte! Savonarola wagte es und führte es durch. Er versammelte zuerst die halberwachsene Jugend im Dom und begeisterte sie für seine Gedanken. Dann wurden weißgekleidete Knaben und Mädchen von Haus zu Haus geschickt, um das «Anathema» zu fordern, das Verfluchte, oder die «Vanità», die Eitelkeit. Man gab ihnen schlüpfrige Bücher, Spielkarten, üppige Bilder. Das alles wurde auf dem Marktplatz zu einem riesigen Scheiterhaufen aufgerichtet und zu oberst das Bild des Karnevals befestigt. Ein venezianischer Kaufmann bot für das Ganze 20 000 Taler. Die Antwort war, daß man sein Bild auch noch dazu tat. Dann zog man in großer Prozession durch die Stadt, bildete einen Kreis um den Scheiterhaufen und zündete ihn an, während die Kinder darum herum tanzten, die Erwachsenen von Savonarola gedichtete Lieder sangen. Dann ging man auseinander mit dem Ruf: «Viva Christo, re di Firenze!»

Aber auf der andern Seite steigt die Wut der Feinde. Schon darf Savonarola nur mit bewaffnetem Geleit zur Predigt gehen. In der Nacht vor dem Himmelfahrtsfest 1497 hatten sich die Compagnacci in den Dom eingeschlichen, hatten die Haut eines toten Esels über die Kanzel gespannt und spitze Nägel im Kanzelbrett befestigt. Sie selbst stellten sich, bis an die Zähne bewaffnet, in der Nähe der Kanzel auf, um auf ein verabredetes Zeichen sich auf den Mönch zu stürzen und ihn niederzustoßen. Draußen an der Pforte stehen andere und überhäufen eintretende Piagnonen (Anhänger Savonarolas) mit wüsten Hohnreden. Nun erscheint Savonarola, umgeben von seinen Getreusten. Er steigt auf die Kanzel, die vorher von allem Unrat gereinigt ist, und beginnt bleich, aber ruhig seine Predigt. Wier er aber im Verlauf der Rede sich mit einer Bemerkung an die Gegner wendet, macht sich da, wo die Compagnacci stehen, eine Unruhe bemerkbar. Rufe werden laut, Waffen blitzen, eine ungeheure Panik entsteht. Frauen und Kinder flüchten schreiend zu den Ausgängen, die Compagnacci stürzen gegen die Kanzel – aber hier stehen mit gezogenen Schwertern, eine Mauer, die Freunde Savonarolas. Sie nehmen ihren Propheten in die Mitte und geleiten ihn nach San Marco, wo er die Predigt zu Ende führt. Von dieser Himmelfahrtspredigt sprach man in ganz Italien.

Nun hält der lauernde Tiger im Vatikan den Augenblick für günstig, den Sprung zu tun. Früher schon hatte er Savonarola aufgefordert, nach Rom zu kommen, um dort mit ihm zu reden. Er hatte ihn

mit honigsüßen Worten für die großen Dinge gelobt, die er getan habe und noch tun wolle, aber es zieme sich, daß er, als der Nachfolger Christi und Herr der Christenheit, ihn hierin berate und unterstütze. Dieser plumpen Falle konnte Savonarola leicht entgehen, da eine Krankheit ihn an einer Reise nach Rom hinderte. Es wußte aber ein jedes Kind in Italien, was seiner in Rom gewartet hätte. Nach Alexanders Tod fand man in den Kellern der Engelsburg Hunderte von Leichnamen aufgehängt. Das waren die, welche die Borgia in aller Stille hatten verschwinden lassen. In dieser Sammlung hätte Papst Alexander auch den Mönch von San Marco gar zu gern gesehen, der Vollständigkeit halber! Der Griff war mißglückt. Nun wirft der Wütende die Maske ab. Er sendet die Exkommunikation Savonarolas nach Florenz. Nicht Ketzerei konnte er ihm vorwerfen, und auch auf dem Gebiet der Politik darf er ihn nicht angreifen, denn damit deckte er seine Karten zu stark auf. So klagt er ihn denn des Ungehorsams gegen die Befehle des Heiligen Vaters an. Als ob er nichts Genaueres von diesem Mönchlein wüßte, redet er von «einem gewissen Fra Girolamo», der, wie man sage, Prior von San Marco sei. Man merkte der Bulle das schlechte Gewissen an. Sie war gar nicht an die Florentiner gerichtet, sondern nur an einige Mönchsbruderschaften; der Theologe, der sie nach Florenz bringen sollte, kehrte in Siena um, weil er fürchtete, von den Anhängern des Mönchs in Stücke gerissen zu werden, und in Florenz selbst wagte man zuerst kaum, sie zu veröffentlichen. Endlich vollzogen die Priester und Mönche, voran die Franziskaner, nicht ohne große Befriedigung den üblichen Hokuspokus der Exkommunikation. Ungeheuer war die Aufregung. Savonarola antwortete mit bewegtem Mut und beweist die Nichtigkeit des päpstlichen Geschwätzes. Nun spricht er seine kühnsten Worte. Er verweigert dem Papst den Gehorsam, wie dieser gegen Wahrheit und Liebe handelt, und läßt schon etwas von einem Appell an ein allgemeines Konzil durchblicken. So wogt der Kampf fast ein Jahr hin und her. Doch sinken Savonarolas Hoffnungen zusehends. Die politische Lage von Florenz hat sich verschlimmert. Karl VIII. hat einen ruhmlosen Rückzug aus Italien antreten müssen, Florenz ist isoliert, von Feinden umgeben. Endlich kommt es zu der entscheidenden Verhandlung im Großen Rat, ob Savonarola das Predigen noch weiter zu gestatten sei oder nicht. Nun muß sich zeigen, ob seine Anhängerschaft fest und unbeweglich zu ihm stehe . . . Aber der große Augenblick fand die Menschen klein. Wolle und Seide spielen in der Diskussion die Hauptrolle. Der Krämergeist siegt über die Idee, und nur vereinzelt heben sich aus der Verhandlung Worte hervor wie das von Soderini, der Savonarola einen Edelstein nennt, wie es einen zweiten nicht gebe, den Florenz wohl bewahren müsse, und das eines gewissen Lenzi, der einem Gegner zuruft, er solle sich zuerst das Maul waschen, bevor er von Fra Girolamo rede.

Es wird beschlossen, Savonarola das Predigen zu verbieten. Schon

lange hatte er sich in die Kirche von San Marco zurückgezogen, nun nimmt er ergreifenden Abschied von den Getreuen, geht in seine Zelle und rüstet zum letzten Kampf. Briefe schreibt er an alle Fürsten Europas, daß sie ein allgemeines K o n z i l einberufen sollen, das die Aufgabe hätte, Alexander zu entsetzen und die Kirche zu reinigen. Auf Karl VIII. setzt er namentlich seine Hoffnung. Aber sein Schicksal ist beschlossen. Alles muß nun zu seinen Ungunsten ausschlagen. Einer dieser Briefe wird von Lodovico Sforza aufgefangen und dem Papst geschickt. Der ist rasend, denn nichts fürchtet er so sehr wie ein Konzil. Nun muß rasch zugegriffen werden . . .

Nur mit einigen Strichen sei das Ende geschildert. Es ist ein Gemälde, in dem kaum ein Zug menschlicher Gemeinheit fehlt, auch der Judas nicht. Die Richter sind des Angeklagten Todfeinde. Sie müssen die schwere Kunst üben, einen Unschuldigen schuldig zu machen. Dazu dient ihnen die Folter. Savonarolas geschwächter und von Natur aus außerordentlich empfindlicher Körper ist nicht im Stande, sie zu ertragen. Vierzehnmal an einem Tag wird er gemartert. Im Delirium macht er Aussagen, die er bei klarem Bewußtsein nie getan hätte. Doch ist bedeutsam, daß diese Schwankungen sich nur auf seine prophetische Gabe beziehen . . . In allem andern bleibt er unbeweglich. Einmal entrinnt ihm der Seufzer: «Ich hatte im Sinn, große Dinge zu tun, in Italien und weiterhin», und aus den Qualen der Folter steigt das Gebet auf: «Herr, nimm meine Seele.» Immerhin, wie nun die Akten zusammengestellt werden, sahen die Richter klar, daß damit eine Verurteilung nie zu rechtfertigen wäre. Was tun? Es erscheint Hilfe in der Not. Ein gewisser Ceccone bietet sich an, das Protokoll so zu führen, daß die Richter nachher zufrieden sein sollten. Dafür verspricht man ihm 400 Dukaten. So setzt er denn ein «Ja», wo Savonarola ein «Nein» gesagt und umgekehrt. Dennoch, wie das Protokoll veröffentlicht wird, da tritt die Unschuld klar zu Tage, und Ceccone bekommt statt der 400 nur 30 Dukaten. Die Richter sind verzweifelt. Nur eines haben sie erreicht: sie haben die Anhänger des Mönches selbst irre gemacht. Denn es stand ja gedruckt zu lesen, wie er selbst erklärt, er habe sich und andere in bezug auf seine Prophezeiungen getäuscht. Endlich ergreifen sie das letzte Mittel: sie bitten den Papst, den Angeklagten zu richten. Dieser sendet seine Kommissäre. Wie diese durch Florenz reiten, ruft der Pöbel ihnen zu: «Der Mönch soll sterben, er soll sterben.» Sie antworten: «Er stirbt auf alle Fälle», und in seiner Herberge abgestiegen, erklärt der eine von ihnen: «Wir werden ein schönes Feuerlein machen; ich habe das Urteil in der Tasche.» Es folgt noch ein dritter Scheinprozeß voll schamloser Verletzung alles Rechts, und das Urteil ist fertig. Der Kommissär will wenigstens Fra Domenico, Savonarolas treusten Anhänger, schonen, um den Schein der Unparteilichkeit zu erregen; aber wie man ihm einwendet, dann bliebe ja der eifrigste Vertreter der Lehre Savonarolas am Leben, meint er: «Ein Mönchlein mehr oder weniger, was macht's? Führt ihn auch zum Tode.»

Der 23. Mai 1498 brach an. Es war Himmelfahrtstag. Savonarola hatte das Todesurteil mit ruhiger Seele vernommen. Er hatte im Kerker einige kleine Schriften verfaßt, die Luther im Jahre 1524 zu Straßburg herausgab. In der Vorrede schreibt er von Savonarola: «Christus kanonisiert ihn durch uns, sollten gleich die Päpste und Papisten darüber zerbersten.» Es sind ergreifende Seufzer einer großen Seele im Angesicht der Ewigkeit.

Auch im Kerker hatten ihn seine wundersamen Gesichte besucht. Der Kerkermeister war sein begeisterter Verehrer geworden. Savonarola mußte ihm als Andenken auf einen Buchdeckel eine christliche Lebensregel schreiben. In der Nacht hatte er seine zwei Genossen wiedersehen dürfen. Diese hatten den Prozeß sehr verschieden bestanden. Fra Salvestri hatte den Meister feig verleugnet. Fra Domenico war heldenhaft treu geblieben. Als man ihm die Prozeßakten mit den Geständnissen des Meisters zeigte, glaubte er nicht daran. Er schritt dem Tode entgegen wie einem Feste. Nachdem sie morgens kommuniziert hatten, wurden sie auf den Marktplatz geführt. Wieder wartet eine ungeheure Menschenmenge. In der Mitte sind drei Scheiterhaufen aufgerichtet, über denen je ein eiserner Galgen emporragt. Die Behörden und die Geistlichkeit sind versammelt. Die Mönche müssen ihr Ordensgewand ausziehen, dann legt man es ihnen wieder an, und sie werden vor den Bischof geführt. Dieser, während er Savonarola das Kleid herunterreißt, spricht in der Verwirrung die Formel verändernd: «Also scheide ich dich von der streitenden und triumphierenden Kirche.» Savonarola erwidert: «Von der streitenden wohl, aber nicht von der triumphierenden; denn das ist nicht deine Sache.» Wie sie halbnackt dastehen, wird dem Pöbel erlaubt, sie zu verhöhnen und zu mißhandeln. Dann beginnt die Hinrichtung. Atemlose Stille legt sich über die Menge. Zuerst kommt Fra Salvestri an die Reihe. Er macht durch heldenhafte Haltung gut, was er in Schwäche gefehlt hat. Darauf Fra Domenico. Er geht in den Tod, als ob er direkt in den Himmel hineinflöge. Und nun tritt Savonarola auf das Brett. Noch einmal grüßt sein Auge sein in Schmerzen geliebtes Florenz, noch einmal wirft er einen Blick auf die Menge, die einst vergötternd zu ihm aufgeschaut und in der sich jetzt keine Hand für ihn regt. Dann springt er vom Gerüst. Als das Feuer die Stricke verzehrt hatte, die den rechten Arm gehalten, da war es, als höbe er noch einmal seine Hand auf, das Volk zu segnen, das ihn getötet.

Die Asche wurde in den Arno gestreut. Dennoch gelang es, einige der geheiligten Überreste als teure Reliquien aufzubewahren. Bis zum Jahre 1703 streuten treue Frauenhände in der dem Todestag vorausgehenden Nacht Blumen auf die Stelle, wo die Verbrennung stattgefunden.

Das schönste Gedächtnis hat dem Meister sein Schüler Fra Bartholomeo gestiftet mit dem wunderbaren Bilde Savonarolas, das noch jetzt in San Marco zu sehen ist.

Im übrigen gilt auch hier: den Leib konnten sie töten, die Seele nicht. Die Partei Savonarolas sammelte sich wieder um das durch den Tod verklärte Bild des Propheten. Sie richtete die verlorene Freiheit wieder auf, sie verteidigte sie im Jahre 1530 in einem Kampf, der unsterblich leben wird, auch wenn er nicht siegreich war.

Wir wollen sein Los nicht beklagen. Dieses Ende gehörte zu diesem Leben. Und was er gewollt und im Geiste geschaut, das ist ja geschehen. Denn als Savonarola starb, da war Martin Luther schon 15 Jahre alt. *Leonhard Ragaz*

WELTRUNDSCHAU

Umsturz in Frankreich Bei unserem weltpolitischen Tour d'horizon steht diesmal natürlich der «kalte» gaullistische Staatsstreich in Frankreich durchaus im Vordergrund. Die Gefahr einer faschistischen Diktatur hing ja schon seit Monaten über unserem westlichen Nachbarland. Ich wollte zwar trotz allen beunruhigenden Anzeichen nicht glauben, daß das Unheil doch über Frankreich hereinbrechen werde – aber rechnen mußte man damit gleichwohl mehr und mehr, besonders nach dem Pariser «Polizeiputsch» und nach der Untat von Sakiet. So schrieb ich denn noch in der letztmonatlichen Rundschau, die am 13. Mai abgeschlossen wurde, die Fortsetzung von Frankreichs blutigem Kolonialkrieg könne «höchstens dazu führen, daß auch im Mutterland der offene Faschismus ans Ruder kommt, der in Algerien längst herrscht und wütet». Und siehe da, am gleichen Tag brach tatsächlich in Algier die Revolte der Armeeführer und Kolonialfranzosen aus, die, wie sie verkündeten, «fest entschlossen» seien, «eine von General de Gaulle präsidierte Wohlfahrtsregierung einzusetzen, um eine tiefgehende Reform der Einrichtungen der Republik in die Wege zu leiten».

Die Hoffnung, die Pariser Regierung werde vor diesem Fait accompli sofort zusammenklappen und Herrn de Gaulle die Macht abtreten, erfüllte sich zwar nicht; Ministerpräsident Pflimlin machte vielmehr zuerst Miene, die Vierte Republik tapfer verteidigen zu wollen. Allein er besann sich – offenkundig von dem «Sozialisten» Mollet aus der Kulisse ermuntert – sehr schnell eines Schlechteren. Wie hätten auch die Parteien der Mitte, die als tatsächliche Sachwalter der nationalistisch-kapitalistischen Rechten in wechselnden Koalitionsformen regierten, den meuternden Generälen in die Arme fallen können, nachdem sie dreieinhalb Jahre lang den algerischen Volksaufstand mit einem immer größeren Militäraufgebot hatten bekämpfen lassen? Sie hätten ja ihre ganze bisherige Politik verleugnen müssen, wenn sie sich hätten weigern wollen, das verzweifelte Kolonialabenteuer mit noch schärferen Mitteln bis zum bitteren Ende durchzustieren.

Dazu kam – als vollends entscheidende Tatsache –, daß die algerischen Putschisten und ihre Mitverschworenen im Mutterland die Träger des bestehenden Regimes in eine scheinbar unentrinnbare Zwangslage versetzten. «Wenn ihr» – so gaben sie ebenso brutal wie demagogisch zu verstehen – «de Gaulle als Frankreichs Führer ablehnt, dann habt ihr nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Entweder entfesselt ihr, Arm in Arm mit den vaterlandslosen Kommunisten und den übrigen Volksfrontisten, den jakobinischen Widerstand gegen die von Algier ausgehende nationale Erneuerungsbewegung – oder wir marschieren auf Paris und machen dem ganzen verfaulten Parteienbetrieb gewaltsam ein Ende!» Die Eroberung von Korsika, das den Faschisten widerstandslos in die Hände fiel, gab dieser Bürgerkriegsdrohung den nötigen Nachdruck und half denn auch kräftig mit, die noch etwas Schwankenden in Paris auf den «rechten Weg» zu leiten. Dies um so mehr, als der Präsident der Republik selbst, M. Coty, die maßgebenden Parteiführer dringend ersuchte, General de Gaulle an die Spitze der Regierung zu berufen, bevor die Nation in Chaos und Blutvergießen gestürzt werde; andernfalls müsse eben eine Volksfrontregierung mit Beteiligung der Kommunisten gebildet werden, und dazu könne er, von seinem Gewissen gedrängt, die Hand niemals bieten . . .

Kurz, das Doppelgespenst des Kommunismus und des Bürgerkriegs tat seine Wirkung. Und die tiefgehende moralische Gleichgültigkeit einer Volksmehrheit, die sich nicht einmal gegen den Einmarsch Hitlers im Jahre 1940 gewehrt hatte, gegenüber der brennenden Gefahr eines neuen Verlustes der politischen Freiheit, verbunden mit der unverhohlenen Zustimmung breitester Kreise, bis in die Arbeiterschaft hinein, zur Behauptung des französischen Kolonialreiches und zur Weiterführung des Algerienkrieges, besorgte das übrige, um de Gaulle als das vermeintlich kleinere Übel erscheinen zu lassen – wie der Halbfaschismus der Brüning, Papen und Schleicher den Deutschen als immerhin erträgliche Schutzwehr gegenüber dem Ansturm des Vollnazismus erschienen war. Dabei hätte ein Mindestmaß von Entschlossenheit zum Gebrauch der Machtmittel, die anfangs noch unbestritten der Regierung zu Gebote standen, genügt, um die Meuterei von Algier zusammenbrechen zu lassen und ihr Übergreifen auf Frankreich zu verhindern. Die algerische Armee ist so sehr von der ungestörten wirtschaftlichen, finanziellen und verkehrsmäßigen Verbindung mit dem Mutterland abhängig, daß deren Abschneidung einem Befehl zum unbedingten Gehorsam, den die Regierung erlassen hätte, mit höchster Wahrscheinlichkeit Nachachtung verschafft hätte. Noch gleich nach dem Handstreich von Korsika wäre es möglich gewesen, durch Einsatz von «Arbeiterbataillonen» und Sperrung der Zufuhren die Autorität der Regierung wiederherzustellen, – auch diese Möglichkeit wurde bewußt vernachlässigt. Die Stützen der herrschenden Ordnung zogen es vor, die Schande einer Waffenstreckung vor dem Erpressungsmanöver der Armeeführer auf sich zu nehmen und die Republik an de Gaulle

auszuliefern, um nur ja nicht die freiheitlichen Volkskräfte zum Widerstand aufrufen und eine Beteiligung der Kommunisten und ihrer Gewerkschaften an der Abwehrbewegung in Kauf nehmen zu müssen, obwohl nach der ganzen Sachlage die Gefahr einer kommunistischen Parteidiktatur als Folge solchen Vorgehens als ausgeschlossen gelten konnte, schon darum, weil die Vereinigten Staaten nach den feststehenden Grundsätzen ihrer Außenpolitik eine Linksregierung in Frankreich, die von Kommunisten beherrscht wäre, als «inneren Angriff» auf die «freie Welt» betrachten und mit bewaffneter Macht gegen sie eingreifen würden, wie sie es im Falle von China, Griechenland, Guatemala, Jordanien usw. bereits getan haben und gerade jetzt gegenüber Libanon androhen.

Das Ende der Vierten Republik So konnten auch die Ansätze zu einer nicht von «oben» geförderten Widerstandsbewegung das Unheil nicht mehr abwenden. Die Regierung hatte wirklich keinen Grund, die meist harmlosen Teilstreiks oder die an sich gewiß imposante Pariser Massenkundgebung vom 28. Mai zu verbieten; «das Volk» bekam damit ja nur Gelegenheit, seine Kampfgelüste auf eine für die Kapitulanten ungefährliche Art abzureagieren. Die Pflimlin, Mollet und Pinay trieben inzwischen ihr Doppelspiel zielbewußt weiter. Für das Publikum mimte man Sorge um den inneren Frieden und um die Sicherstellung der republikanischen Grundrechte – im Hintergrund verhandelte man bereits mit de Gaulle, um ihn zu einer Form der Machtübernahme zu bewegen, die es den «Verteidigern der Republik» erlauben würde, wenigstens einigermaßen das Gesicht zu wahren. Ob ihnen das gelungen ist, mögen diejenigen entscheiden, auf deren Kurzsichtigkeit das ganze Manöver berechnet war. Wir anderen stellen einfach fest, daß de Gaulle seinen Wiederaufstieg zur Macht ausschließlich dem faschistischen Staatsstreich in Algerien verdankt und daß er darum trotz all seiner eitlen Autoritätsanmaßung mehr oder weniger der Gefangene der Generäle und Kolonialisten ist. Es ist so, wie der «New Statesman» (31. Mai) schreibt: «Die extremistischen Colons, die schon oft ihre Politik bestimmten Pariser Ministern aufgezwungen haben, erwarten keinen großen Widerstand von dieser alternden Primadonna, die ihren Altweibersommer am Staatsruder gänzlich ihren Anstrengungen dankt. De Gaulles Schlagworte mögen verschwommen sein, und manche Demokraten in Frankreich wie im Ausland haben gerade in dieser Zweideutigkeit ein paar Trostkrümchen zu finden gesucht; sie vergessen aber, daß es bei Soustelle und Massu liegt, zu sagen, wie die Sache gemeint ist.» Und sogar die «Neue Zürcher Zeitung», die wie die meisten bürgerlichen Blätter der Schweiz das Mögliche an Verharmlosung des Umsturzes in Frankreich tut, muß sich aus Rom berichten lassen, daß die Italiener aus ihren Erfahrungen mit dem Faschismus «keine Illusionen über die Scheinlegalität der im Palais Bourbon voll-

zogenen Machtübertragung» hegten und starke Zweifel an de Gaulles Fähigkeit hätten, «sich seiner Helfer, der aufsässigen Militärs und der Rechtsextremisten, wieder zu entledigen. Wie das auf die Gewalt gestützte Regime den Weg zurück zur Gesetzmäßigkeit ohne einen Bürgerkrieg finden soll, bleibt für die meisten Betrachter ein düsteres Rätsel.»

Tatsächlich hat de Gaulle denn auch vom sterbenden Parlament der Vierten Republik ungescheut die Vollmacht erpreßt, für sechs Monate ohne Volksvertretung Gesetze machen, also in Form der Diktatur regieren zu dürfen. Und bis dahin soll durch «Volksabstimmung» – nach dem Muster Napoleons des Dritten – eine neue Verfassung in Kraft gesetzt sein, die allein der Ministerrat zu entwerfen haben wird und über deren Inhalt der Regierungschef – von ein paar beschwichtigenden Versprechungen abgesehen – nichts gesagt hat, deren Charakter aber sich die ahnungsvollen Abgeordneten und Senatoren unschwer vorstellen können. Die Wahrheit liegt für Sehenwollende offen am Tag: Die Reste der bürgerlichen Demokratie, die die politische Praxis der Vierten Republik noch geachtet hat, sind im Verschwinden begriffen; es bildet sich eine Fünfte Republik, die – mit etwelchen demokratischen Verzierungen – tatsächlich eine reaktionär-konservative Militärdiktatur sein wird. Und das durch Schuld einer widerstandsunwilligen Volksmeinung und einer politischen Führerschaft, die – man kann es nicht anders ausdrücken – die freiheitlichen Ideale des besten Franzosentums einfach verraten hat.

Besondere Schuld trifft dabei die sogenannte Sozialistische Partei. Denn was man auch gegen die französischen Kommunisten sagen mag – und ich habe viel gegen sie zu sagen –: ihre Partei und ihre Gewerkschaftsorganisation haben nicht kapituliert, sondern geschlossen standgehalten und sind, wenn man von «mäßigenden» Einflüssen Moskaus absieht, nur durch die Willenslähmung der übrigen Linken an wirksamtätiger Abwehr verhindert worden. Die Sozialisten hingegen haben schlechthin jämmerlich versagt. Sprach sich ihre Parlamentsfraktion anfangs noch fast einmütig gegen eine Berufung de Gaulles aus, so lehnte am 1. Juni nur mehr eine knappe Mehrheit die Betrauung des Generals mit der Bildung der Regierung ab, und in der Nacht zum 3. Juni waren es noch ganze drei Abgeordnete, die in der Nationalversammlung gegen die Vorlage über die Verfassungsreform stimmten, während 45 Mann sich tapfer der Stimme enthielten und 46 für die Vorlage eintraten. Ein plötzliches Erscheinen de Gaulles in der Versammlung und ein paar wenige Worte der Drohung mit dem Rücktritt der neuen Regierung hatten genügt, um die letzten Widerstände zu brechen, obwohl der Diktaturaspirant erklärt hatte, er mache die Zustimmung aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, zur Bedingung seiner patriotischen Rettungsaktion, so daß es also die Sozialistische Partei in der Hand gehabt hätte, das ganze Abenteuer zu verhindern! Wird man nicht an den alten Tacitus erinnert, der an einer berühmten Stelle seiner Zeitgeschichte beschreibt, wie die Römer

«ruere in servitium», sich zur Knechtschaft gegenüber den Cäsaren geradezu drängten? Es war jetzt auf alle Fälle auch nicht viel würdiger als am 10. Juli 1940, da sich unter dem vereinten Druck General Weygands, des Beauftragten von Marschall Pétain, und der Invasionsarmee Hitlers das französische Parlament selbst entmannte. Léon Blum, einer der wenigen Widerstrebenden, blickt in seinen «Erinnerungen» mit Scham auf dieses Schauspiel zurück. «Auch wenn man», so bemerkt er, «zugeben wollte, daß die Drohung einigen Gehalt hatte, oder sogar daß Hitler entschlossen war, im Fall eines Widerstandes der Nationalversammlung eine Regierung nach seiner Art und Regenten seiner eigenen Wahl einzusetzen, war es nicht hundertmal besser, sich offen dem Zwang zu stellen, als Frankreich durch falsche Zustimmung zu verpflichten? ... Es gibt Notwendigkeiten, denen man sich unterzieht, ohne sie innerlich anzunehmen, und vor allem denen man nicht selbst entgegenkommt, weil es auch in der Niederlage noch eine Ehre gibt und ein Besiegter noch kein Vasall ist.»

Ungelöste Fragen Die fast spielende Leichtigkeit, mit der sich de Gaulle wieder zur Macht aufschwingen konnte, erklärt sich freilich auch rein sachlich ohne Mühe durch die innere Verdorbenheit, Unbeständigkeit und Leistungsunfähigkeit des französischen Parlamentarismus. Für die Erhaltung d i e s e s Regimes war wirklich keine Begeisterung aufzubringen; es weckte überall nur Verachtung, so daß sich – etwas übertreibend gesprochen – keine Hand für seine Verteidigung rührte. Eine Reform der politischen Einrichtungen Frankreichs war schon längst fällig – darin hatten de Gaulle und seine Leute durchaus recht. Was aber ihr großes Unrecht war und ist, das ist, daß sie die Überlebtheit der bisherigen F o r m e n der französischen Demokratie zur Abschaffung der Demokratie selber mißbrauchten. Sie wollen nicht die konservativ-kapitalistisch verzerrte und verfälschte Demokratie durch die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung ersetzen, die der politischen Demokratie erst eine tragfähige Grundlage bieten und ihr gesundes Arbeiten ermöglichen könnte, sondern die alte, überlebte soziale Ordnung, die keinen Halt in der Volksüberzeugung mehr hat, mit Gewalt stützen und ihre Ausnützung durch die besitzenden Klassen weiterhin sicherstellen. Sie vertreten keine echte Revolution, sondern nur die Gegenrevolution, die die wirkliche Erneuerung Frankreichs verhindern soll. In diesem Sinne schließt sich die durch de Gaulle ausgelöste Bewegung deutlich an die Gegenrevolution an, die bald nach dem Zweiten Weltkrieg mit massiver amerikanischer Nachhilfe die so verheißungsvolle Résistance-Bewegung um ihre besten Früchte brachte. Obwohl aus dem Bankerott der Kolonialpolitik herausgewachsen, den die besitzenden Klassen nicht anerkennen wollen, hat die Aktion der Hintermänner de Gaulles, der ja nicht unmittelbar an der Revolte von Algier beteiligt war, viel weiter greifende Ziele als nur die Sicherung der Kolonialprofite und die Wiederbelebung der

Gloire und Grandeur Frankreichs. Sie wird, wenn sie sich ungehemmt ausleben kann, ein ähnlich allgemeines System sozialen Konservatismus und politischer Diktatur entwickeln, wie dies die spanische Gegenrevolution unter General Franco getan hat, die ja auch von nordafrikanischem Kolonialboden ihren Ausgang genommen hat. Und je mehr die Armee und die Kolonialisten ihre Hoffnungen auf einen Sieg in Algerien werden schwinden sehen, um so mehr werden sie zu dem Versuch gedrängt werden, Frankreich selbst dem Faschismus zu erobern. Statt daß Algerien in Frankreich aufginge (wie sie jetzt wollen), würde dann umgekehrt Frankreich in Algerien – das heißt in einer vollendeten Militärtyrannei – aufgehen.*

Aber die Restaurationsbewegung wird sich dennoch nicht auf diese Art ausleben können. Die Kräfte der Zersetzung und Unbeständigkeit, die die Vierte Republik unterwühlt haben, werden weiterwirken und durch ihre gewaltsame, nur mechanische Niederhaltung erst recht Spannungen erzeugen, die früher oder später eine bürgerkriegsartige Entladung herbeizuführen drohen. Die Volksfront, vor der sich die konservativen Schichten und ihre politischen Handlanger zu de Gaulle und seiner militärischen «Ordnungsmacht» flüchteten, wird nun erst recht kommen müssen, wenn auch gewiß in anderer Form als 1936; die «neue Linke», an der seit Jahren so viel und so erfolglos herumgepröbelt wird, muß jetzt auftreten, getragen von einem den Zeitnotwendigkeiten geöffneten Linksbürgertum, einem erneuerten, charaktervollen Sozialismus und einem dogmenfreien, den französischen Kampfbedingungen angepaßten Kommunismus.

Die dem heutigen Frankreich wirklich gestellte Frage – die Frage der Erneuerung und Verstetigung seiner sozialen und politischen Lebensformen – bleibt jedenfalls trotz de Gaulle ungelöst und kann nur von Kräften gelöst werden, die aus einem ganz andern Lager kommen als der hochmütige Aristokrat von Colombey. Es bleiben aber auch die Kolonialfrage und besonders die algerische Frage. Sie verlangen eine Lösung nicht allein um des Friedens und der Zukunft der Kolonialvölker willen, sondern auch um der französischen Demokratie und des französischen Sozialismus willen. Ist es nicht bezeichnend, daß der Versuch, Frankreichs bisherige Kolonialuntertanen weiterhin mit Gewalt niederzuhalten und ihre Freiheitsbewegung blutig zu ersticken, das Mutterland selber seiner Freiheit und Selbstbestimmung zu berauben droht? Wie aller militärische Machtkampf und schon die Rüstung daraufhin, so ist auch der koloniale Imperialismus ein Todfeind der politischen Freiheit der Völker, die sich darauf einlassen. Schon darum muß die französische Demokratie Algerien freigeben und Frankreichs Beziehungen auch zum schwarzen Afrika gänzlich neu ordnen.

Aber auch mit dieser Aufgabe wird de Gaulle, wie sich bereits zeigt,

---

* In diesem weiteren Zusammenhang verdient auch der Ausspruch des Führers der Revolte auf Korsika festgehalten zu werden: «Dies bedeutet das Ende der Regierung von Juden und Intellektuellen.»

nicht fertig werden. Er hätte zu ihrer Lösung beitragen können, wenn er sich mit den freilich recht nebelhaften Ideen, die er früher über die Kolonialfrage geäußert hat, von einer republikanischen Regierung hätte nach Algerien schicken lassen, um eine Verständigung zwischen Franzosen und algerischen Nationalisten zu versuchen. Das hätte ihm aber sein mystischer Sendungswahn nicht erlaubt; ER kann sich ja seit seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg, die ihm in den Kopf gestiegen ist, nur mehr als Führer und Retter der Nation sehen, als den «Mann der Vorsehung», wie Mussolini, als den «gottgesandten Befreier», wie Adolf Schicklgruber sich feiern ließ. So hat er wohl nur die Wahl zwischen dem Versuch, seine unreifen Kolonialpläne autoritär zu verwirklichen, was ihn bei seinen faschistischen Anhängern unmöglich machen müßte, und der Ausführung der höchst unsentimentalen Algerienpolitik, die den Massu, Soustelle und Borgeaud vorschwebt und nur mit einer Katastrophe für Frankreich enden kann. In beiden Fällen wird er scheitern. Die algerische Frage wird, wie die Dinge heute stehen, nur durch Anerkennung der vollen nationalen Unabhängigkeit des unglücklichen und doch zukunftsgewissen Landes einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden.

Die Herren von Algerien Daß die kämpfenden Algerier nichts anderes mehr als die gänzliche Befreiung von der französischen Herrschaft annehmen können, wird einem vollends klar, wenn man sich den unhaltbaren Gesamtzustand der algerischen Kolonialwirtschaft vergegenwärtigt. Es rechtfertigt sich gerade jetzt, etwas näher darauf einzutreten.*

Dem algerischen Volk gehört vor allem nicht einmal «sein» Grund und Boden. Die französischen Siedler haben sich die fruchtbarsten, am leichtesten bewässerbaren Ländereien, namentlich im Küstenstrich, angeeignet, während 75 Prozent des Bodens der einheimischen Algerier völlig ertragsunfähig sind. 25 000 Europäer besitzen 2 720 000 ha, im Mittel 108 ha (von denen 62 produktiv sind), während 7 672 000 ha in der Hand von 532 000 algerischen «Bauern» sind, im Mittel 14 ha (davon nur 5 produktiv). Die kleinen europäischen Siedler verfügen freilich im Durchschnitt nur über 28 ha; bei den großen geht der Grundbesitz in die Zehntausende: M. Dussaix 18 000, M. de Crillon 13 000, M. de Calan 6000 ha usw. Die Compagnie Algérienne hat 70 000 ha zu eigen, die Compagnie Genevoise 20 000, die Société des Lièges des Hamendas 50 000 ha Korkeichenwälder. Produziert wird vor allem für die Ausfuhr, und zwar weniger Getreide (das nicht so viel Gewinn abwirft) als Südfrüchte, Gemüse und Wein. Von den 400 000 ha Rebbergen gehören 90 Prozent den Europäern. Die muhammedanische Landbevölkerung – fast sieben Mil-

* Meine Hauptquelle für das folgende ist das Buch von Colette und Francis Jeanson «L'Algérie hors la loi» (Editions du Seuil, Paris 1955), das, wie die beiden Verfasser schreiben, die Frucht langer gemeinsamer Forschungsarbeit ist.

lionen Menschen – lebt auf einem ganz niedrigen Niveau; ihr Jahreseinkommen je Familie ist im Durchschnitt kaum 20 000 Francs (nach dem heutigen Geldwert etwas mehr als 200 Schweizer Franken). Die unterste Schicht der Fellachen kann nur durch zusätzliche Lohnarbeit notdürftig existieren.

Die Oberschicht der französischen Großgrundbesitzer anderseits zieht riesige Gewinne aus dem Boden und ist zudem eng mit landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Gesellschaftsunternehmungen verbunden. Ein paar Beispiele:

Henri Borgeaud, Senator von Algier, ist Besitzer der Domaine de la Trappe, die 40 000 hl Wein im Jahr liefert. Daneben ist er beteiligt an einer Weinbau-AG (45 000 hl im Jahr), an einer Orangerie von 100 ha, an einer Mühlenunternehmung, an Holzgeschäften, Tabakfabriken, Schnapsbrennereien, Textil- und Zementfabriken und sonst noch an einem Dutzend anderer Erwerbsgesellschaften.

Georges Blachette, Abgeordneter von Algier, verfügt über das größte Vermögen im Parlament; sein Einkommen wird auf anderthalb Milliarden Francs im Jahr geschätzt. Er ist der Spartgraskönig und außerdem an einer Reihe von Wasserwerken, Weinbergen, Textilfabriken, Steinbrüchen und Landwirtschaftsgesellschaften beteiligt.

Laurent Schiaffino, Senator von Algier, ist der «Trustgewaltige» des Landes. Als Leiter der Reederei Charles Schiaffino & Cie. steht er in enger Beziehung zum Comité des Forges und zur Omnium des Mines (also zur Schwer- und Grubenindustrie). Außerdem ist er unter anderem beteiligt an einer Phosphatunternehmung, einer Schiffahrtsgesellschaft und an zwei Banken.

Die algerische Industrie ist sozusagen vollständig in französischen Händen. Ihre Entwicklung hat freilich erst verhältnismäßig spät eingesetzt, da Algerien für Frankreich vor allem ein Lieferant von Rohstoffen, Lebens- und Genußmitteln und ein Absatzmarkt für seine eigenen Industrieerzeugnisse ist. Eine eigentliche Industrialisierung interessierte weder die Großgrundbesitzer, die sich ihre billigen Arbeitskräfte erhalten wollten, noch die französischen Trusts, die keine algerische Konkurrenz aufkommen ließen. Die meisten neugeschaffenen Industrien sind so entweder Filialen von Unternehmungen im Mutterland oder kleine und mittlere Lokalunternehmungen. Angesichts der tiefen Lebenshaltung der Masse des algerischen Volkes bleibt der algerische Absatzmarkt ohnehin ziemlich eng begrenzt: der Großteil der Erzeugnisse der algerischen Fabrik- und Bergwerksindustrie geht nach Frankreich, mit recht hübschen Gewinnen. Die Mines de l'Ouenza zum Beispiel, die 78 Prozent des algerischen Eisenerzes fördern, verzeichneten 1947 einen Reingewinn von 76 Millionen Francs, 1952 bereits einen solchen von 2484 Millionen.

Neuerdings interessiert sich das französische Kapital besonders auch für die Öl- und Mineralvorkommen in der Sahara. Bereits sind Ölvorräte von mindestens 100 Millionen Tonnen festgestellt und

teilweise auch ausgebeutet worden; man schätzt aber den Gesamtertrag auf rund fünf Milliarden Tonnen. Die algerische Sahara birgt außerdem eines der größten Eisenerzlager der Welt sowie vielversprechende Lager von Mangan, Kupfer und Zinn. Vielleicht wird man auch Rohstoffe für die atomare Industrie auffinden. Der Besitz der Sahara ist für Frankreich jedenfalls einen blutigen und teuren Kolonialkrieg schon wert . . .

An der industriellen Entwicklung Algeriens beteiligt sich übrigens mehr und mehr auch amerikanisches und deutsches Kapital. Auf Afrika richtet sich in der Tat mehr und mehr das Augenmerk besonders des neuesten deutschen Imperialismus, der riesige Möglichkeiten wirtschaftlicher und politischer Herrschaft in der Ausbeutung der noch ganz unvollkommen erschlossenen Rohstoffquellen und der höchst zukunftsreichen Absatzmärkte Afrikas wittert. Die «deutsch-französische Zusammenarbeit» hat einen sehr goldenen Hintergrund!

Freiheit, Gleichheit! Daß die Banken und Finanzgesellschaften, unter französischer Leitung, ein Hauptwerkzeug der kolonialen Ausbeutung Algeriens sind, erscheint selbstverständlich. Ihre Verzweigungen hier darzustellen, würde indessen zu weit führen; genauere Angaben finden sich in dem erwähnten Buch der Jeansons (S. 139/140). Hingegen sei noch ein Blick auf die Lage des algerisch-muselmanischen Volkes selbst geworfen. Die einheimische Bevölkerung Algeriens hat sich seit dem Beginn der französischen Eroberung (1830) vervierfacht. Jetzt beträgt sie rund neun Millionen Menschen (zu denen etwa 1 250 000 Europäer kommen). Jedes Jahr vermehrt sie sich um weitere 320 000 Köpfe, ist doch die Geburtenzahl in Algerien eine der höchsten in der Welt (40,6 Kinder auf 1000 Einwohner, gegen rund 18 in der Schweiz). Wenn diese Bewegung anhält, wird Algerien in zwanzig Jahren 15 Millionen Einwohner zählen. Eine Ursache der Übervölkerung des Landes – das ist ja eine allgemein beobachtete Erscheinung – ist der niedrige Lebensstand seiner Bewohner, der durch die wachsende Volkszahl noch immer weiter heruntergedrückt wird. Eine Milderung des Bevölkerungsdruckes ist erst zu erwarten, wenn sich die wirtschaftliche und soziale Lage Algeriens kräftig hebt – und das erscheint bei Fortdauer der kolonialen Ausbeutung unmöglich. Man ersieht dies schon aus der Tatsache der Dauerarbeitslosigkeit, unter der Algerien leidet, sind doch rund eine Million algerische Arbeitskräfte (ganz oder teilweise) ständig erwerbslos. Vom Land her strömen die Arbeitslosen in die Städte, wo sie in den berüchtigten Bidonvilles ein richtiges Elendsdasein führen. Zu Hunderttausenden wandern sie gleichzeitig nach Frankreich aus, dessen Lumpenproletariat sie von Jahr zu Jahr gefährlicher vermehren.

Was die Löhne betrifft, so betragen sie nach der letzten uns zugänglichen Erhebung im Monatsdurchschnitt in der Industrie rund

15 000 Francs (etwa 150 Schweizer Franken). In der Landwirtschaft werden bei 12- bis 14stündiger Arbeitszeit in der besten Kategorie etwa 4,5 Schweizer Franken Taglohn bezahlt. Nach dem UNO-Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den Jahren 1955/56 kann die landwirtschaftliche Bevölkerung in Algerien wie im übrigen Nordafrika kaum das nackte Leben fristen, und eine französische Erhebung von 1948 bezeichnet 60 Prozent der ländlichen Familien Algeriens als «gänzlich mittellos», betrage doch das durchschnittliche Jahreseinkommen auf dem Land nur etwa 235 Schweizer Franken.

Begreiflich, daß die Gesundheitsverhältnisse der algerischen Bevölkerung – trotz gewissen Fortschritten in den letzten Jahrzehnten – denkbar miserabel sind. Da die allermeisten Ärzte in den Städten wohnen, entfallen in den ländlichen Gebieten nur vier bis acht Ärzte auf je 100 000 Einwohner (gegen 78 in der Stadt Algier). An Krankenhäusern und Pflegepersonal fehlt es auf dem Land ebensosehr. Die Kindersterblichkeit ist besonders groß; fast die Hälfte der muhammedanischen Neugeborenen stirbt vor der Erreichung des fünften Lebensjahres. Aber auch die erwachsenen Algerier haben eine verhältnismäßig kurze Lebenserwartung: etwa 50 Jahre gegen 72 Jahre bei den europäischen Einwanderern und ihren Nachkommen. Ungenügende und unzweckmäßige Ernährung legt den Boden zu vielen Krankheiten und Schwächezuständen; besonders Tuberkulose, Hungerödem und Trachom (Augenleiden) wüten schrecklich.

Entsprechend schlecht sind auch die Schulungsmöglichkeiten. Die Europäerkinder werden alle geschult, von den Algerierkindern nur 19 Prozent. «2 400 000 Kinder irren so in den Straßen herum. Schuhputzer, Träger, fliegende Händler – das ist das Los vieler von ihnen», so lesen wir in einem Bericht. Bezeichnend für die Lage ist, daß von den 5146 Studenten der Universität Algier (1954) nur 557 Muhammedaner sind; wäre der prozentuale Anteil der beiden Bevölkerungsgruppen an der Studentenzahl der gleiche, so müßten es etwa 37 000 muhammedanische Studierende sein. Besonders schlimm ist der Mangel an Fachschulen; in einem Lande, das zu 80 Prozent vom Bodenertrag lebt, gibt es landwirtschaftliche Schulen so gut wie gar nicht, und in andere Fachschulen werden Muhammedaner nur in geringer Zahl aufgenommen. Auch die arabische Muttersprache des Großteils der algerischen Bevölkerung wird schwer vernachlässigt, wie die Franzosen die arabische Kultur überhaupt als minderwertig verachten. Daß unter diesen Umständen nur ganz vereinzelte Algerier in Amtsstellen des Generalgouvernements zu finden sind, versteht sich von selbst.

Und da reden de Gaulle und seine Anhänger von Gleichberechtigung der Algerier mit den Franzosen! Mag auch künftig im Wahlrecht eine gewisse Gleichstellung der Muselmanen mit den Europäern eintreten – die soziale und wirtschaftliche Minderberechtigung der Algerier ist derart kraß und unerträglich, daß es mehr als verständlich ist, wenn die arabischen Algerier von der vollen Einver-

leibung (intégration) Algeriens in Frankreich keine Besserung ihrer tatsächlichen Lage erwarten, vielmehr auf der gänzlichen Unabhängigkeit von der französischen Herrennation bestehen.

Keine Gewaltlösungen! Man kann freilich nur mit Sorge daran denken, was etwa geschehen könnte, wenn die französischen Scharfmacher darauf beharren sollten, Frankreichs Vormachtstellung in Algerien gewaltsam zu behaupten und den Krieg gegen die algerische Freiheitsbewegung bis zum bitteren Ende durchzukämpfen. Was in Indochina fast im letzten Augenblick verhindert wurde – die Ausweitung des Kolonialkrieges zum Weltkrieg –, das droht sich in Nordafrika wirklich zu ereignen, falls auch Tunesien in den Wirbel hineingerissen würde und Marokko, Ägypten und die anderen arabischen Staaten gegen Frankreich in Bewegung kämen. Der von Frankreich mit angezettelte Suezkrieg ist noch nicht vergessen! Und die nicht abreißenden israelisch-arabischen Zwischenfälle wie auch der Druck, den gegenwärtig die Vereinigte Arabische Republik auf den Libanon ausübt, um ihn vom Westblock zu lösen, erinnern nur zu lebhaft daran, daß der Orient mit seinen mannigfachen, so verwickelten Fragen nach wie vor ein Brandherd erster Ordnung ist. Auch auf Zypern spitzen sich, besonders durch das Eingreifen der Türkei mit ihrer Teilungsforderung, die Gegensätze gefährlich zu.

Man hat überhaupt den Eindruck, daß die Neigung zu Gewalttätigkeiten, ja zu kriegerischen «Lösungen» bestehender Konflikte, in der Welt ganz allgemein zunimmt. Pakistan zum Beispiel verfeindet sich mehr und mehr mit Indien wegen Kaschmir. Indonesien ist nur oberflächlich beruhigt. In Südvietnam reift eine revolutionäre Lage heran. Tschiang Kai-schek auf Formosa und Syngman Rhee in Südkorea drohen beständig mit Krieg gegen China beziehungsweise Nordkorea. Afrika ist ohnehin in voller Gärung begriffen und treibt an mehr als einem Ort schweren Rassenkämpfen entgegen: in Südafrika, in Rhodesien, neuerdings wieder in Britisch-Ostafrika, vielleicht auch in Französisch-Westafrika. Daß sich Südamerika radikalisiert und in Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten hineinsteigert, sieht man ebenfalls an zahlreichen Vorfällen und Bewegungen. Europa selbst ist auch abgesehen von Frankreich voller Unruheherde und sozialer wie politischer Spannungen; Spanien (das Francos Diktatur die längste Zeit ertragen hat), Italien, Großbritannien, die beiden Deutschland schlagen sich mit ungelösten Problemen herum, hinter denen alle Widersprüche und Sprengkräfte eines niedergehenden Kapitalismus stehen. Und über all dem schwebt die Drohung eines dritten Weltkrieges, der aus dem verbissenen Ringen der kapitalistisch-konservativen mit der kommunistisch-revolutionären Welt herausbrechen will und als atomare Riesenkatastrophe für die Menschheit enden müßte.*

* Für die Verschärfung der west-östlichen Spannung ist ganz bezeichnend der neue Bruch zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, ist doch das

Es ist sicher nicht nur kreatürliche Angst vor dem Atomtod, was hinter der weltweiten Bewegung für Frieden und Abrüstung steht. Ihr tieferer Sinn ist die Auflehnung gegen die untermenschlichen Höllenmächte, die uns in den Atomkrieg hineintreiben wollen, die Verantwortung, die wir vor Gott und den Menschen für die Welt haben, und die Entschlossenheit, Gottes Willen gerade in dieser Frage – der Frage der Kriegsrüstungen, die in der Atombombe ihre endgültige Selbstwiderlegung gefunden haben – um jeden Preis zu tun, auch wenn man uns mit den massivsten «realpolitischen» Gegengründen von solchem Gehorsam abbringen will. Wir wollen uns das auch in dem nun sogar in unserer militärfreudigen Schweiz entbrennenden Kampf um die Atomrüstung stets vor Augen halten. Die Volksinitiative gegen die Ausstattung der Schweizer Armee mit Atomwaffen ist ja nun grundsätzlich beschlossen. Aber auch die Gegenbewegung ist bereits im Gang – und auf welchem beschämenden Niveau! Daß die sozusagen berufsmäßigen Rüstungsgläubigen Gift und Galle gegen die Anhänger der Initiative speien, ist zwar selbstverständlich. Daß aber auch drei Dutzend Sozialdemokraten und Gewerkschafter in zumeist führenden Stellungen – die «Neue Zürcher Zeitung» erklärt sie frohlockend als «Elite der Linken» – mit ihrem hysterischen Aufschrei gegen die «Wehrlosmachung des freien Westens» auf den Plan treten, das bezeichnet einen derartigen Abfall vom Geist, von der Wahrheit und von aller Menschlichkeit, daß sich die Unterzeichner der Erklärung samt ihrer ganzen Sache selber das Urteil gesprochen haben. Es wird viel Glauben, Festigkeit und Opfersinn brauchen, um dem zu gewärtigenden Ansturm der unterweltlichen Mächte standzuhalten. Mögen sie uns von oben geschenkt werden!

13. Juni *Hugo Kramer*

Verhältnis zwischen Moskau und Belgrad geradezu ein Barometer, an dem sich ablesen läßt, wieweit die Sowjetführer im Hinblick auf die Weltlage geneigt sind, im Ostlager Duldsamkeit zu üben oder straffe Disziplin zu fordern. Die russische Furcht vor einem Weltkrieg – es war ja die Zeit des Suezkrieges – hat Ende 1956 sicher auch die rohe Niederschlagung des ungarischen Aufstandes begünstigt, und ähnliche Rücksichten auf die vermeintliche Gefahr einer Zersetzung des Ostblocks haben nun offenbar Moskau veranlaßt, auf die radikale «Liquidierung» der Aufstandsführer Imre Nagy, Pal Maleter, Miklos Gimes und Joszef Szilagyi zu drängen. Die Sowjets und ihre Budapester Vasallen haben damit ihren bisherigen Verbrechen eine neue Missetat hinzugefügt, die um so gemeiner wirkt, als mindestens Nagy ebenso wie Maleter durch russischen Wortbruch in die Hände ihrer Henker gefallen sind. Die Regierenden in Moskau und Budapest haben mit diesem Schreckensurteil der Sache des friedlichen Zusammenlebens von West und Ost abermals einen schweren Schlag versetzt. Aber anscheinend glaubt man eben in Moskau, der Weltmeinung keinerlei Rechenschaft mehr schuldig zu sein. Ein böses Zeichen!

19. Juni

Gebet

O Herr, seit das Blut Abels zum Himmel zu Dir schrie, ist diese Erde entweiht worden durch Menschenblut, vergossen von Bruderhand, und es stöhnen die Jahrtausende unter den endlosen Schrekken der Kriege. Je und je haben der Könige Hochmut und der Mächtigen Gier friedliche Völker auf die Schlachtbank getrieben. Je und je mußten Kriegsfanfaren und schimmernde Wehr nationale Leidenschaften zu Weißglut entflammen. Unsere Seelen schreien auf zu Dir in Empörung und sind Deines heiligen Zornes gewiß.

Wir flehen zu Dir: brich den höllischen Zauber, der immer von neuem die Menschen zu Schlachtenraserei treibt und sie zu willigen Todeswerkzeugen macht. Gib uns Geistesklarheit und Standhaftigkeit, wenn unser eigenes Volk dem Rausch der Angriffslust und Rachsucht verfällt. Stärke unser Gefühl für die gleichen Rechte aller Völker und Rassen. Tränke die Führer der Völker mit dem Glauben an die Möglichkeit eines allen gerecht werdenden Friedens, und gib den schlichten Massen aller Nationen die Gewißheit, daß ihr unerschütterlicher Wille die Macht hat, den Weltfrieden herbeizuführen.

O mächtiger Vater aller Nationen, einige Deine große Familie durch die wachsende Erkenntnis unserer aller Bluts- und Schicksalsgemeinschaft, daß sie endlich Schluß mache mit der blutigen Gewalt aller Kriege, und Deine Sonne scheine auf die brüderliche Gemeinschaft aller Deiner Kinder.

Walter Rauschenbusch (1861—1918)

Hoffnung für diese Stunde

(Aus einer 1952 in der Carnegie Hall in Neuyork gehaltenen Ansprache)

Wir fragen nach der Hoffnung für diese Stunde. Damit ist gesagt, daß wir Fragenden diese Stunde nicht bloß als eine der schwersten Bedrängnis empfinden, sondern auch als eine, für die es keinen Ausblick in künftige wesensverschiedene Stunden, in eine Zeit der Helle und der Höhe zu geben scheint. Solch ein Ausblick ist es ja, den wir im spezifischen Sinne als Hoffnung bezeichnen.

Unsere gemeinsame Frage hat aber nur dann einen großen, gemeinsamen Sinn und darf nur dann eine wegweisende Antwort erwarten, wenn es wirklich die große Not des Menschen in dieser Stunde ist, die wir gemeinsam empfinden. Kämen hundert oder tausend Menschen zusammen, und jeder brächte die heutige Not seines eigenen Lebens, seine ganz persönliche Welt- und Lebensangst von heute mit sich, und sie legten ihre Nöte zusammen, nie würde eine gemeinsame Not daraus, der ein echtes, gemeinsames Fragen entsteigen könnte. Nur wenn allen Fragenden ihre persönliche Not die große Not des Menschen in dieser Stunde erschließt, können die

Wasseradern der Not, zum Strom vereinigt, die stürmende Frage emportreiben.

Es kommt aber wesentlich darauf an, daß wir die gemeinsame Not, die uns fühlbar wird, nicht in ihren äußeren Manifestationen allein, sondern in ihrem Ursprung und ihrer Tiefe erkennen. So wichtig es ist, daß wir das heutige Menschenleid gemeinsam leiden, wichtiger noch ist es, gemeinsam zu erspüren, woher es kommt; denn nur von dort, von dem Grunde her, kann uns die wahre Hoffnung auf Heilung beschert werden.

Die Menschenwelt ist heute, wie nie zuvor, in zwei Lager aufgespalten, von denen jedes das andere als die leibhafte Falschheit und sich selber als die leibhafte Wahrheit versteht. Zwar haben oft in der Geschichte Völkergruppen und Religionsverbände einander so radikal gegenübergestanden, daß die eine Seite die andere in deren innerster Existenz verneinte und verdammte. Jetzt aber ist es die menschliche Bevölkerung des Planeten Erde überhaupt, die sich so aufgeteilt hat, und mit einigen Ausnahmen wird allerorten diese Aufteilung als die Notwendigkeit des Daseins in dieser Weltstunde angesehen. Wer sich ausnimmt, wird von beiden Seiten verdächtigt oder verlacht. Jede Seite hat das Sonnenlicht in Besitz genommen und die Gegenseite in Nacht getaucht, und jede Seite fordert von dir, dich zwischen Tag und Nacht zu entscheiden.

Wir erfassen die Entstehung dieses grausamen und grotesken Zustandes in den einfachsten Linien, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie die drei Prinzipien der Französischen Revolution auseinandergebrochen sind. Dort waren die Abstrakta Freiheit und Gleichheit durch die konkretere Brüderlichkeit zusammengehalten; denn nur wenn Menschen sich als Brüder fühlen, können sie einer echten Freiheit voneinander und einer echten Gleichheit miteinander teilhaftig werden. Als dem Losungswort der Brüderlichkeit sein Wirklichkeitsgehalt entzogen wurde, konnte jedes der beiden übrigen sich gegen das andere etablieren, um dabei immer weiter von seiner Wahrheit abzukommen und sich immer gründlicher mit fremden Elementen, Elementen der Machtsucht und Besitzgier zu verwischen, gebläht und usurpatorisch.

In solchem Stand der Dinge ist der Mensch mehr als je geneigt, sein eigenes Prinzip in dessen ursprünglicher Reinheit, das gegnerische hingegen in dessen gegenwärtiger Deteriorierung zu sehen, zumal wenn die Gewalten der Propaganda seine Instinkte bekräftigen. Der Mensch begnügt sich nicht mehr, wie in früheren Epochen, das eigene Prinzip für das allein wahre und das ihm gegenüberstehende für durchaus falsch zu halten; er ist überzeugt, daß es auf seiner Seite mit rechten Dingen zugehe, auf der Gegenseite mit unrechten, daß es ihm um die Erkenntnis und Verwirklichung des Richtigen zu tun sei, dem Gegner um die Maskierung seiner selbstsüchtigen Interessen; in der modernen Terminologie ausgedrückt: daß bei ihm die Ideen, bei dem andern nur Ideologien

seien. Von dieser Quelle wird das Mißtrauen gespeist, das zwischen den beiden Lagern herrscht.

Während des Ersten Weltkriegs ist mir offenbar geworden, daß sich ein Prozeß vollzieht, den ich bis dahin nur geahnt hatte: die zunehmende Erschwerung des echten Gesprächs, und besonders des echten Gesprächs zwischen Menschen verschiedener Art und Gesinnung. Der unmittelbare, rückhaltlose Dialog wird immer schwerer und seltener; immer unbarmherziger drohen die Abgründe zwischen Mensch und Mensch unüberbrückbar zu werden. Dies, so ging mir damals, vor 35 Jahren, auf, ist die eigentliche Schicksalsfrage der Menschheit. Seither habe ich unablässig darauf hingewiesen, daß die Zukunft des Menschen als Menschen von der Wiedergeburt des Dialogs abhängt. — Es gilt, das massive Mißtrauen im andern zu überwinden, aber auch das in uns selbst. Ich meine damit nicht das angestammte Urmißtrauen, etwa das gegen den Artfremden, den Unsteten, den Traditionslosen, das Mißtrauen des Bauern im abgelegenen Gehöft gegen den plötzlich vor ihm auftauchenden Landstreicher. Ich meine das universale Mißtrauen unseres Zeitalters. Nichts steht dem Aufstieg einer Kultur des Dialogs so sehr im Wege wie die dämonische Macht, die unsere Welt regiert, die Dämonie des grundsätzlichen Mißtrauens. Was hilft es, den andern zum Reden zu bewegen, wenn man grundsätzlich im Sinne hat, dem, was er sagen wird, keinen Glauben zu schenken? Schon die Begegnung mit ihm vollzieht sich unter der Perspektive seiner Unzuverlässigkeit. Und diese Perspektive ist nicht unberechtigt; denn unter der entsprechenden Perspektive vollzieht sich ja seine Begegnung mit mir. Das grundsätzliche Mißtrauen, in die Erscheinung tretend, erzeugt Grund zu Mißtrauen und so fort und fort.

Alle große Kultur ist in einem gewissen Maße eine Zivilisation des Dialogs gewesen. Die Lebenssubstanz ihrer aller war nicht, wie man gewöhnlich meint, das Vorhandensein bedeutender Individuen, sondern ihr echter Umgang miteinander; die Individuation war nur die Voraussetzung für die Entfaltung des dialogischen Lebens. Was man den schöpferischen Geist des Menschen nennt, ist nie etwas anderes gewesen als die Ansprache, die denkerische oder künstlerische Ansprache des zum Sagen Berufenen an die zum wirklichen Vernehmen Befähigten und Bereiten, und was sich hier konzentriert hat, war die allgemeine Dynamik des Dialogs.

Eine schrankenlose Simplifikation hat an der Ausbildung des existenziellen Mißtrauens entscheidend mitgewirkt. Wollen wir dieses Mißtrauen überwinden, so müssen wir nicht etwa hinter sie zurück, in eine unkritische Akzeptation der menschlichen Kundgebungen, sondern über sie hinausgehen, indem wir der Ideologienkritik immer exakter Maß und Grenze setzen. Was ich meine, ist kein vager Idealismus, sondern ein umfassenderer, ein eindringenderer Realismus, ein größerer Realismus, der Realismus einer größeren Realität. Der Mensch soll nicht durchschaut, sondern in seiner

Offenbarkeit und seiner Heimlichkeit, in dem Verhältnis beider zueinander immer vollständiger geschaut werden. Wir wollen ihm nicht blind, wohl aber sehend vertrauen, das heißt, wir wollen seiner Vielfältigkeit und seiner Ganzheit, seiner eigentlichen Beschaffenheit inne werden, ohne alle vorgefaßte Meinung über diese oder jene Hintergründe, mit der Absicht, ihn so sehr anzunehmen, zu beglaubigen, zu bestätigen, als uns dieses Innewerden erlauben wird.

Erst wenn dies geschieht und soweit es geschieht, wird ein echtes Gespräch zwischen den beiden Lagern beginnen können, in die die Menschheit heute aufgespalten ist. Die es beginnen werden, müssen das apriorische Mißtrauen in sich überwunden haben und fähig sein, ihre Gesprächspartner in der Wirklichkeit ihres Wesens zu erkennen. Und selbstverständlich werden es nicht Menschen sein, die lediglich im eigenen Namen sprechen; hinter ihnen wird die unorganisierte Schar jener zu ahnen sein, die sich durch sie vertreten fühlen. Das ist eine ganz andere Art von Vertretung und Vertreterschaft als die politische: nicht in den Zwecken der Stunde gefangen, sondern mit der freien Weitsicht dessen begabt, dem die Ungeborenen entgegenrufen; unabhängige Personen ohne andere Vollmacht als die des Geistes, der bekanntlich heute weniger Macht hat als je. Aber es gibt Weltstunden, in denen trotz allem die Vollmacht des Geistes hinreicht, um die Rettung des Menschen zu unternehmen, und eine solche Stunde scheint mir zu nahen.

Die Vertreter, von denen ich rede, werden die wahren Bedürfnisse ihres eigenen Volkes kennen und sich für sie einzusetzen willig sein, aber auch den wahren Bedürfnissen des Fremden sich verstehend zuzuwenden und das wahre Bedürfnis hier und dort aus dem Übersteigerten herauszulösen wissen. Eben deshalb werden sie innerhalb dessen, was man den Gegensatz der Interessen nennt, zwischen Wahrheit und Propaganda unerbittlich scheiden. Erst wenn von der vermeintlichen Masse der Gegensätze nur noch der wirkliche Konflikt zwischen echten Bedürfnissen übrig sein wird, kann die Erwägung des notwendigen und möglichen Ausgleichs zwischen ihnen anheben. Die Frage, von der auszugehen ist, wird diese scheinbar allereinfachste und doch manche Schwierigkeiten bietende sein: Was braucht der Mensch, jeder Mensch, um als Mensch zu leben? Denn, soll nicht der Erdball gesprengt werden, so muß der Mensch, jeder Mensch, bekommen, was er braucht, um als Mensch zu leben. Aus den Lagern zueinandertretend, werden die in der Vollmacht des Geistes Stehenden miteinander planetarisch zu denken wagen.

Was wird sich in letzter Instanz als das Stärkere erweisen, das gemeinsame Vertrauen zum Dasein des Menschen oder das gegenseitige Mißtrauen? Auch wenn die Vertreter, auf die ich hoffe, sich finden, ihr Erfolg wird von den Vertretenen, von ihrer rückhaltlosen Ehrlichkeit, ihrem phrasenfeindlichen guten Willen, dem mutigen Einsatz ihrer Person abhängen; von da allein kann auf Erden den

Vertretern die Kraft zukommen, derer sie bedürfen. Die Hoffnung für diese Stunde ist auf die Hoffenden selber, auf uns selber gestellt. Ich meine damit: auf die unter uns, die die Krankheit des heutigen Menschen am tiefsten empfinden und in seinem Namen das Wort sprechen, ohne das es keine Heilung gibt: Ich will leben.

Die Hoffnung für diese Stunde geht auf eine Erneuerung der dialogischen Unmittelbarkeit zwischen den Menschen. Aber laßt uns über die drängende Not, die Angst und Sorge dieser Stunde hinausgehen, laßt uns diese Not in dem Zusammenhang des großen Menschenweges sehen, und wir werden erkennen: nicht zwischen Mensch und Mensch allein, sondern zwischen dem Wesen Mensch und dem Urgrund des Seins ist die Unmittelbarkeit verletzt worden. Im Innersten des Widerstreits von Mißtrauen und Vertrauen zum Menschen birgt sich der Widerstreit zwischen Mißtrauen und Vertrauen zur Ewigkeit. Gerät es unserem Munde, wahrhaft Du zu sagen, dann haben wir, nach langem Schweigen und Stammeln, unser ewiges Du von neuem angesprochen. Versöhnung wirkt Versöhnung.

Martin Buber

(Aus: Hinweise, Manesse-Verlag, Zürich 1953)

Zur Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland

Vom 26. bis 30. April 1958 tagte zuerst in Ostberlin, anschließend in Westberlin die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Im Mittelpunkt ihrer Erörterungen sollte zunächst nur das Thema «Kirche und Erziehung» stehen, und zwar im Blick auf die Lage der Gliedkirchen der EKD in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Jedoch eine von den kirchlichen Bruderschaften (vorab West- und Süddeutschlands) eingebrachte Anfrage an die Synode hinsichtlich einer von der Synode zu findenden Stellungnahme zur Frage der atomaren Ausrüstung der Streitkräfte der Bundesrepublik bildete den zweiten und beherrschenden Verhandlungspunkt, und zwar gewiß zunächst im Blick auf die Lage der Gliedkirchen in der Bundesrepublik, aber zugleich doch auch betreffs der Konsequenzen für die Lage der Gliedkirchen in der DDR.

Schon die nackte Tatsache, daß von der Synodenleitung nur das Erziehungsthema vorgesehen war, das Atomthema dagegen erst durch die Initiative der Bruderschaften an die Synode herangebracht werden mußte (wobei eine Zeitlang zu bezweifeln war, ob das gelingen würde), beleuchtet aufschlußreich die geistliche Situation innerhalb der EKD, nämlich insofern, als man weithin in protestantischen Kreisen eine offensichtliche Gefährdung der Kirche nur in der DDR als vorhanden ansieht, während die kirchliche Lage innerhalb der Bundesrepublik in bester Ordnung sei. Diese weitverbreitete Ansicht wurde

durch das theologische Gewicht und die politisch-ethische Aktualität der Anfrage der Bruderschaften als brüchig und irreführend erwiesen und somit endgültig erschüttert. Auch der Verlauf der Synode ließ in der Leidenschaftlichkeit der Aussprache und in der Tiefe der theologischen Argumentation etwas von der Fälligkeit und Vorrangigkeit des Atomthemas erkennen. Als die Synode indes ihre Tagung beendete, hatte sie weder zum Atomthema noch zum Erziehungsthema das die bedrängten Gewissen lösende und sie neu an Gottes Wort bindende Wort gefunden. «Wir kehren so ratlos nach Hause zurück, wie wir hergekommen sind» — waren die Worte eines der Synodalen.

I.

Die kirchliche Lage in der Bundesrepublik wird in der Tat durch das Atomthema entscheidend gekennzeichnet. Das kann nach der Anfrage der Bruderschaften an die Synode und dem Staub, der dadurch aufgewirbelt wurde, nicht mehr übersehen werden. In dieser Anfrage wird die Synode gebeten, zu antworten, «ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung der Gewissen als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam sprechen kann:

1. Der Krieg ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.

2. Kirchen aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.

3. Die Aussicht auf einen künftigen unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche nicht neutral bleiben kann.

4. Krieg als Atomkrieg bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.

5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur politischen Auseinandersetzung untaugliches, weil ihre Voraussetzungen aufhebendes Mittel erwiesen.

6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur Nein sagen.

7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen Sünde gegen Gott und den Nächsten, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.

8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde.

9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.

10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.»

Dazu heißt es: «Meint die Synode, diesem Bekenntnis nicht zustimmen zu können, so müssen wir sie fragen, wie sie uns durch Gründe der Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft widerlegen kann.

... Nach unserer Erkenntnis ist für die Kirche in dieser Frage jetzt der status confessionis (Bekenntnisstand) gegeben.»

Die Synode hat die Anfrage nicht beantwortet. Sie hat sich darauf beschränkt, die allgemeinen Ablehnungen der atomaren Rüstung wieder aufzunehmen; sie spricht sodann die Bitte an die Regierungen in Ost- und Westdeutschland aus, «alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden.»

Der folgende Absatz in der Entschließung relativiert aber das Letzte wieder: «Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen (das heißt atomaren; der Verfasser) Waffen vor Gott verantwortet werden kann.»

Es ist bemerkt worden, daß die Synode mit dieser Entschließung hinter ihrem Spandauer Wort zurückgeblieben ist. Es erscheint uns aber noch bemerkenswerter, daß sich das Wort der Synode nur nach außen, nicht aber nach innen wendet. Die Synode spricht bittend zu den «verantwortlichen Politikern», zu den «Weltmächten», zu den «Regierungen». Sie spricht aber mit keinem Wort zu den Gemeinden, deren geistliche Leitung ihr obliegt. Sie bleibt jede konkrete Antwort schuldig auf die Frage des Christenmenschen heute und hier, was er tun soll. Die Gemeinden und die Christen blieben sich selbst überlassen mitsamt ihrer Ratlosigkeit und den ja auch bei ihnen klaffenden Gegensätzen in der Frage der atomaren Bewaffnung. Diese Gegensätze haben ja doch auch in den Gemeinden dieselbe Reichweite, wie sie in der Synode deutlich wurde und beschrieben worden ist. Bisher schien es so, als sei diese Reichweite geistlich tragbar. Das sagten auch die Beschlüsse der Synode aus den letzten Jahren. Jetzt aber scheint deutlich zu werden, daß diese Reichweite gar nichts zu tun haben könnte mit der «Last des andern», die brüderlich zu tragen ist (Gal. 6,2), sondern die «Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens» einschließt. Die Frage: Was sollen wir tun? hat die Synode nicht beantwortet. Sollte Prof. von Weizsäcker recht haben, der noch Anfang April d. J. im Blick auf die Möglichkeiten der institutionellen Kirche in London gesagt hat: «It is spiritually not qualified» (sie ist dazu geistig nicht qualifiziert)?

Der Versuch, die Gegensätze zu überwinden, kann nur auf geist-

liche Weise gemacht werden, das heißt er kann nur darin bestehen, daß man sich dem Zeugnis des Evangeliums stellt und sich von ihm überwinden läßt. Aber gerade darin liegen nun eben die eigentlichen Schwierigkeiten; denn der Dissensus darüber, worin nach dem Zeugnis der Schrift die politische Verantwortung der Christen besteht, resultiert ja aus verschiedener Deutung des biblischen Befundes. Die Qualität der politischen Verantwortung des Christen ist zum Beispiel nach K. Barth, «Christengemeinde und Bürgergemeinde», in Übereinstimmung mit der zweiten Barmer These (Es gibt keine Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus zu eigen wären. . .) eine erheblich andere als die, wie sie aus einer bestimmten neulutherischen Interpretation der Lehre von den zwei Regimenten (der Christ als Bürger zweier Reiche; Lehre von zwei — eigengesetzlichen — Zuständigkeitsbereichen) entwickelt wird. Im Banne der letzteren, in Deutschland traditionell sehr gefestigten Auffassung gibt es viele Christen, die die «Pflicht zur Verteidigung mit gleichwertigen — also atomaren — Waffen» vor Gott zu verantworten sich getrauen: «Weil wir dem Atomtod den schärfsten Kampf ansagen, treten wir für die modernste Bewaffnung der NATO und damit auch unserer Bundeswehr bis zu einer allgemeinen Abrüstung ein» (Ev. Verantwortung 5/1958, S. 11). «Wir beanspruchen in gleicher Weise wie sie (nämlich die Bruderschaften), daß wir mit unserer eigenen politischen Überlegung und Konzeption (nämlich der atomaren Bewaffnung) nichts anderes wollen als die atomare Todesbedrohung der Völker zu bannen, aber auch das Leben der westeuropäischen Völker vor der seelenmordenden Gefahr des Kommunismus zu bewahren» (ebenda, S. 12). Demgegenüber sagen die Bruderschaften gemäß der zweiten Barmer These: «Wer sich auf einen atomaren Krieg einstellt, muß bereit sein, die Vernichtung auch des eigenen Volkes von vornherein in Kauf zu nehmen. Diese Bereitschaft unter der romantisch-idealistischen Parole ‚Lieber tot als Sklav' ist heidnisch. Ein Christ achtet die Gabe und Aufgabe des irdischen Lebens und wirft es nicht weg. . . Die evangelische Kirche bekennt, daß ihr durch Jesus Christus frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen widerfährt. Das verbietet ihr nicht nur jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen. Diese Erkenntnis gebietet zugleich, im Gehorsam des Glaubens — wie überall, so auch hier — mit der Abwehr drohenden Verderbens selbst den Anfang zu machen und der Wirklichkeit des Wortes Gottes mehr zu vertrauen als den ‚Realitäten' des politischen Kalküls.»

Die 10. These in der Anfrage und die Erwähnung des status confessionis sind die klare Konsequenz der hier konkretisierten zweiten Barmer These. «Der status confessionis ist zunächst und im weitesten Umfang jeweils durch die geschichtlichen Bedingungen des Daseins der Kirche in der Welt gegeben, muß von ihr erkannt, festgestellt und

beantwortet werden. Er stellt sich aber auch in der Kirche selbst ein. Entweder durch das Aufkommen von Irrlehre oder durch ein wissentliches Sich-Versagen gegenüber der Pflicht zum Zeugnis. . . In diesem Zusammenhang kann es nun freilich aus dem status confessionis auch zur Trennung in der Kirche kommen. Wer sich dem Bekennen versagt oder dem Bekenntnis — ohne überführende Begründung aus dem Wort Gottes — widerspricht, scheidet sich von der Kirche. . . Es gehört zur Art jedes Kirchentums, das sich selbst etablieren und erhalten möchte, daß es alles daransetzt, seinen ‚Bestand' nicht zu gefährden. Das Gequälte in der Thematik der letzten Synoden der EKD zeigt das deutlich. Aber der ‚Bestand' der Kirche, soll sie nicht dem Salz gleichen, das dumm geworden ist, lebt mitten in der Anfechtung davon, daß sie ihren status confessionis jeweils richtig erkennt und in ihm recht bekennt. In der Solidarität mit den Nöten der Welt — in dieser Solidarität! — gibt es für die Kirche keine Neutralität. Ihre ‚Partei' ist die Welt in ihrer Not» (E. Wolf, Politische Verantwortung 4/1958, Seite 5).

Die 10. These und die Erwähnung des status confessionis sind von den christlichen Freunden der atomaren Aufrüstung sehr übelgenommen worden. Aber anstatt eine Widerlegung aus dem Zeugnis der Schrift zu versuchen, reagierte man hier in Zorn und Demagogie, wie es die Verlautbarungen des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zeigen: Man nennt die Bruderschaften in aller Form «Sektierer», man bezichtigt sie der Irrlehre, unrealistischer, unverantwortlicher Schwärmerei, des Phantastentums, anmaßender und theologisch unhaltbarer Erklärungen, des Verrats an unseren Soldaten. Sie sollen «Schützenhilfe» für Pankow (= Sitz der Ostzonenregierung) geleistet haben. (Ev. Verantwortung 5/1958, S. 11). Man ließ sich sogar hinreißen zu der Forderung nach einem Lehrzuchtverfahren für Pastoren, die die Anfrage unterschrieben, und nach einer Amtsenthebung für Presbyter, die dazu ihre Unterschrift gegeben haben (Ev. Verantwortung 4/1958, S. 10).

Die Tiefe der Gegensätze ist wahrscheinlich mit ein Grund für die Friedhofruhe, die gerade angesichts der Atomfrage in so vielen Gemeinden und Kirchenvorständen herrscht. Man ahnt, daß der Graben nicht mehr übersprungen werden kann — und man schweigt und spricht nicht davon, um die Ohnmacht oder den Bankrott der traditionellen Institutionen nicht eingestehen zu müssen. Denn äußerlich floriert die Kirche in der Bundesrepublik wie noch nie in ihrer Geschichte: so viel Geld und so viel öffentliche Berücksichtigung hat sie m. W. noch nie besessen. Aber der innere Riß ist nicht mehr zu verheimlichen. Durchlöchert ist der fromme Mantel, mit dem die Versuchung der Macht sich verhüllt. Es ist wohl als Bekenntnis gemeint, klingt aber doch wie ein Schrei aus tiefer Not, wenn die Entschließung der Synode mit den Worten endet: «Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer

Erkenntnis und Entscheidung führen.» Es ist die Bitte um das Wunder von Pfingsten, zu dem sich die Synode genötigt sah. Daß doch auch die Gemeinden zu dieser Nötigung gelangen möchten! . . .

II.

Besteht die Gefährdung der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik in der Versuchung, unter Zuhilfenahme theologischer Spitzfindigkeiten den Pakt mit der Macht zu rechtfertigen, so zeigt sich die *Gefährdung der Kirche in der DDR* in der Versuchung, unter dem Druck der Macht dem Evangelium nicht mehr zuzutrauen, daß es tut, was es sagt, wie es die Frage eines — allerdings in der Bundesrepublik wohnhaften — Pfarrers verrät: «Wer ist stark genug, sich, seinen Kindern und anvertrauten Gemeindegliedern gegen die Dauerpropaganda des Kommunismus den Glauben zu bewahren?» (Pol. Verantw. 4/1958). Schon diese Frage verleugnet das Evangelium. Denn wer sollte wohl jemals stark genug dazu sein, wenn nicht allein und ausschließlich Gott, der Heilige Geist! Aber diese Frage ist doch wohl symptomatisch, zumal sie die Sorge des natürlichen Menschen um seine Religion ausdrückt. Und es ist ein alter, aber fataler Irrtum, daß die Kirche diese Sorge mutatis mutandis auch als die ihr gemäße ansieht. In breiten Schichten des protestantischen Bewußtseins dürfte der Hang zu bürgerlich-konservativen Lebensformen und die Heiligsprechung der ihnen zugehörigen (ständischen) Seinsordnung sich ungünstig auswirken auf die Dringlichkeit der Predigt von der freien Gnade Gottes, die sich auch aus den Kommunisten Kinder erwecken kann. Mit anderen Worten: Die spezielle Versuchung der Kirche in der DDR dürfte darin bestehen, mehr oder weniger bewußt der marxistischen Ideologie östlicher Prägung eine *christliche Ideologie westlicher Prägung* entgegenzusetzen und mit der Ablehnung des Marxismus als gewissenbindenden Heilsgutes zugleich auch sein sozialpolitisches Programm zu verwerfen, eben weil es von Atheisten vertreten wird, also aus einem formalen Grunde, anstatt das soziale und politische Programm des Marxismus (auch östlicher Prägung), ohne seinem ideologischen Anspruch zu verfallen, daraufhin zu prüfen, ob und inwiefern es vielleicht doch dem *Wohl* (nicht dem *Heil*) des Menschen dienen möchte und von Fall zu Fall zu bejahen wäre. Denn das Evangelium stiftet keine spezifisch christlichen Sozialprogramme, sondern weist uns auf die jeweils bestehenden und werdenden, so daß von ihnen gilt: «Prüfet alles und das Gute behaltet» (1. Thess. 5,21). Die *Freiheit*, hier zu prüfen, ohne Rücksicht auf traditionelle Vorurteile, wäre gewiß ein notwendiges Praktizieren der christlichen Freiheit (Freiheit zu etwas) als positive Seite der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die sonst nur zu leicht als bloß negative Freiheit (die Kirche darf sich von außerkirchlichen Stellen nicht «kommandieren» [O. Dibelius] lassen) ihren evangelischen Gehalt einbüßt.

Der Protestantismus in der DDR steht offensichtlich in der Ge-

fahr, jene positive Seite der christlichen Freiheit zugunsten der negativen Seite (Freiheit von etwas) zu vernachlässigen. Denn der Ruf nach Glaubens- und Gewissensfreiheit darf nicht nur ein Ruf nach draußen, an die Machthaber, sein, sondern muß gleichzeitig ein Ruf nach drinnen, an die Gemeinden sein, weil sonst das positive Element der christlichen Freiheit unter dem Übergewicht des Negativen zuschanden wird.

Das Wort der Synode zum Thema *«Kirche und Erziehung»* wendet sich ebenso wie ihr Wort zum Atomthema nicht an die Gemeinden, nicht an die Christen in der DDR, denen es schwergemacht wird, «am Aufbau ihres Staates teilzunehmen», wenn sie «sich an das bei der Taufe ihrer Kinder gegebene Gelübde gebunden wissen», sondern bittet die Machthaber um Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Synode verzichtet darauf, die vorhandenen Schwierigkeiten im einzelnen darzustellen, um zu vermeiden, «daß durch Darlegung weiteren Materials, das propagandistisch ausgewertet werden könnte, der Graben zwischen Christen und Nichtchristen, zwischen Staat und Kirche in der DDR vertieft werde». Sie beauftragte vielmehr einige ihrer Mitglieder, «ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn Ministerpräsident Grotewohl, zu erbitten, um die Sorgen der Christen im Blick auf die Erziehung ihrer Kinder in aller Offenheit zu Gehör zu bringen.» Wie die Presse am 7. Juni 1958 meldete, haben solche Gespräche bereits begonnen und scheinen einen nicht ungünstigen Verlauf zu nehmen, und es wird vermutet, dies hänge damit zusammen, daß der Delegation der EKD nur Bürger der DDR angehörten. Es wird vielleicht auch damit zusammenhängen, daß die Synode die Gliedkirchen der DDR aus der Verantwortung für den seinerzeit durch Bischof Dibelius eigenmächtig unterzeichneten Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung (damals dann nachträglich von der Synode gebilligt) entlassen und die «Überleitung der Militärseelsorge in die ausschließliche Zuständigkeit der beteiligten (westdeutschen) Landeskirchen» beschlossen hat. Gerade nach der damaligen Gutheißung dieses Vertrages durch die überwiegende Mehrheit der Synodalen (auch solcher aus der DDR) ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen den Gliedkirchen der EKD in der DDR und den politischen Stellen der DDR, die in der Billigung des Militärseelsorgevertrages durch die Synode eine kirchliche Unterstützung der NATO und der sie tragenden antisowjetischen Politik der Westmächte sahen, was man ihnen nicht wird verübeln können.

Das Thema «Kirche und Erziehung» hätte sich, wie mit Recht erwartet wurde, in der durch die politisch propagierte Jugendweihe hervorgerufenen Konfirmationsfrage konkretisieren müssen. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß nach vorsichtigen Schätzungen etwa 50 bis 60 Prozent aller Jugendlichen in den mitteldeutschen Industriezentren zur Jugendweihe gehen und daß die Kirche in ihrer Sicherheit erschüttert ist, weiterhin von 14jährigen Kindern zu verlan-

gen, daß sie sich für Christus und gegen den Atheismus entscheiden, indem sie sich für die Konfirmation und gegen die Jugendweihe entscheiden, was für sie leicht zur Gefährdung ihrer zukünftigen Existenz werden kann. Der hier gesehene status confessionis mag formal zu Recht bestehen. Aber angesichts der Tatsache, daß erwachsenen Christen die Zugehörigkeit zur SED — die doch ideologisch auf dasselbe hinausläuft wie die Teilnahme an der Jugendweihe — von der Kirche nicht zum Vorwurf gemacht wird, ja auch Pfarrer bei Mitgliedschaft zur SED keinerlei disziplinarische oder kirchenzuchtmäßige Schwierigkeiten von der Kirche zu befürchten haben, erscheint die lediglich an die Konfirmation gebundene Bekenntnispflicht doch im Zusammenhang mit der Situation als Ganzer sehr problematisch. Es gäbe die Verlegung der Konfirmation auf ein anderes Alter als das der Jugendweihe. Es wird erwogen, sie vorzuverlegen (wie bei den Kommunionskindern der katholischen Kirche) oder sie auf ein späteres Alter zu verschieben. Auch in den westlichen Gliedkirchen werden diese Fragen erwogen, wenn auch aus allgemeineren Gründen, da sich das überkommene Konfirmationsalter nun wirklich als das am wenigsten geeignete erwiesen hat. Aber so sehr man auch von der Synode ein Wort zu diesen Fragen erwartet hat, so hat sie doch — wie gesagt — nicht zu den Gemeinden gesprochen, auch nicht zu diesem Punkt. Und vielleicht ist es auch gut, daß erst abgewartet wird, wie die einzelnen Landeskirchen sich zum Konfirmationsproblem stellen, ehe die Synode als im Grunde doch lose Dachorganisation dazu Stellung nimmt. Auf der anderen Seite bleibt zu fragen, ob die Synode nicht endlich zu diesem gerade in den Kirchen der DDR so brennenden Problem den Versuch einer hilfreichen konkreten Weisung hätte wagen sollen, schon deshalb, damit in der möglichen verschiedenen Behandlung der Konfirmationsfrage in den östlichen Gliedkirchen einerseits und den westlichen anderseits nicht eine von der Sache her womöglich nicht genügend motivierte kirchentrennende Entwicklung anhebt.*

Die Synode beschloß außerdem ein Wort zur Schulfrage, das im wesentlichen auch nicht an die Gemeinden gerichtet ist. Und sie beschloß auch ein Wort an die evangelische Jugend in Ost und West, das zwar den Versuch einer Ermahnung darstellt, aber es dann doch am befreienden Durchbruch zur konkreten Weisung fehlen läßt. Dieses Wort hinterläßt den Eindruck, als solle das Bekenntnis der Ratlosigkeit, das hier den Tenor des Ganzen abgibt, jenen Mangel entschuldigen.

Es ist jedenfalls bei der Synode deutlich geworden, daß der status confessionis im Blick auf die Atomfrage den status confessionis im Blick auf die Frage der Jugendweihe zwar nicht aufgehoben, aber doch merklich in den Hintergrund gerückt hat. Während die Kon-

* Erst nachträglich erfahre ich, daß die Synode die Leitungen der Gliedkirchen gebeten hat, die Konfirmationsfrage einer Neuordnung zuzuführen.

firmation — jahrhundertelang wesentlich als kirchliche Institution gehandhabt: man spricht ironisch von der «Einsegnung», die «Aussegnung» sei, da die Konfirmierten traditionsgemäß in ihrer Mehrheit sich doch nicht treu zur Kirche halten — als Christusbekenntnis allgemein nicht wird gelten können, so ist die Ablehnung der atomaren Bewaffnung eine so eindeutig uns um Christi willen auferlegte Pflicht, daß die auf die herkömmliche Lehre von den zwei Zuständigkeitsbereichen sich berufende Leugnung dieser Pflicht nur noch die Tradition, nicht mehr aber die Schrift hinter sich hat und auch die Tradition nur insoweit, als ihre Konzeptionen der Zeitbedingtheit beraubt und zur absoluten, zeitlosen Gültigkeit umgemünzt werden. Dieser Versteinerungsprozeß droht die EKD als solche mehr und mehr zu erfassen. Zugleich aber erweist sich — wenn auch bislang nur in kleinen Kreisen — die Kraft des in Jesus Christus an uns ergehenden göttlichen Zuspruchs und Anspruchs, und zwar heute und hier konkretisiert im status confessionis angesichts der drohenden atomaren Bewaffnung. So heißt es in der Anfrage der Bruderschaften: «Haben wir Christen, hat die Synode wirklich alles gesagt, was wir zu sagen schuldig sind? Waren wir in unseren mancherlei Rücksichtnahmen und Verstrickungen zu klaren Glaubensentscheidungen frei genug? Haben wir uns nicht mit allgemeinen christlichen Aussagen oder unverbindlichen Vermahnungen begnügt? Sind wir nicht in Sorge um Einheit und Brüderlichkeit vorzeitig in zweitrangige Fragen ausgewichen? ... Die Bedrohung des Menschen als Geschöpf Gottes durch die Atomwaffen fordert uns Christen heute ebenso wie im Kirchenkampf die Judenfrage.» Es ist bekannt, daß die Deutsche Evangelische Kirche in der Judenfrage nicht nur versagt hat, sondern durch die Einführung des Arierparagraphen u. a. direkt mitschuldig geworden ist. Nicht ohne Absicht hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Kriege diesen gegenüber dem früheren Namen «Deutsche Evangelische Kirche» anderslautenden Namen gegeben. Möge Gott geben, daß dieser neue Name nicht die alte Sünde deckt, sondern daß ihm ein neuer Weg entspricht, der den konkreten Gehorsam sucht und aus der Kraft der Auferstehung gebahnt und gegangen wird.

Folgende Literatur zur Sachfrage sei besonders empfohlen:

Helmut Gollwitzer: «Die Christen und die Atomwaffen» («Theologische Existenz heute», NF 61)

Werner Schmauch/Ernst Wolf: «Königsherrschaft Christi» («Theologische Existenz heute», NF 64)

Johannes Hamel: «Christ in der DDR» (Evangelische Zeitbuchreihe, H 2, Käthe-Vogt-Verlag, Berlin W)

(Abgeschlossen 8. 6. 1958) *Walter Dignath*

Atomaufrüstung auch in der Schweiz?

Zur Erklärung von 35 prominenten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern

In der Abendausgabe Nr. 1705 vom Dienstag, dem 10. Juni 1958, samt Nr. 1858 vom 24. Juni 1958, hat die «Neue Zürcher Zeitung» mit großem Entzücken von dieser Erklärung Kenntnis genommen und sie zu den «bedeutendsten politischen Dokumenten der Linken in der Nachkriegszeit» gezählt. Das also belobte Bekenntnis zur atomaren Aufrüstung der Schweiz, das den Gegnern dieser Art der Landesverteidigung Verkennung aller Realitäten vorwirft, sei daher im folgenden in bezug auf seinen eigenen Wirklichkeitsgehalt zur Diskussion gestellt. Da den Lesern der «Neuen Wege» der Wortlaut der Erklärung bekannt sein dürfte, kann unter Verzicht auf seine Wiedergabe aus Gründen der Raumersparnis so vorgegangen werden, daß an die hauptsächlichsten Behauptungen der Verfasser des Schriftstückes angeknüpft wird. Sie bilden die Grundlage für die nachfolgenden Fragen und ihre Beantwortung:

Bestehen irgendwelche Beweise dafür, daß der Ostblock versucht, «durch Scheinheiligkeit und Furchterregung im freigesinnten Westen ein Vakuum in der Abwehrbereitschaft und Abwehrfähigkeit zu schaffen» und auf Grund dieses Vakuums seine Hand «auf die freigebliebenen Völker Europas und damit letzten Endes auf die ganze Welt zu legen»?

Nein. Es besteht dafür kein Beweis. Der Ostblock bedarf des Friedens für die Durchführung seiner beispiellosen Aufbauarbeit. Diese würde sinnlos in einem Trümmerfeld ohne Leben.

Die blutige Unterdrückung des ungarischen Aufstandes, so sehr sie auch — wie diejenige in Nordafrika — vom moralischen Standpunkt zu verurteilen ist, trägt keineswegs expansiven Charakter. Sie ist auf den Gürtel der Satellitenstaaten beschränkt, den ein von feindlichen Stützpunkten bedrohter Sowjetblock als Garantie seiner Sicherheit betrachtet.

Daß dies auch in Amerika begriffen wird, zeigt die Frage von Pfarrer Norman Thomas, dem ehemaligen sozialistischen Präsidentschaftskandidaten, der sie von der Kanzel der Allerseelenkirche in Washington stellte: «Würden wir nicht längst in den Krieg gezogen sein, wenn Rußland Basen in Mexiko errichtet hätte?»

Nichts berechtigt dazu, die einseitige Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Russen als «Scheinheiligkeit» zu bezeichnen. Sie dient der Überwindung des toten Punktes aller bisherigen Abrüstungsdebatten und ist zweifellos zu diesem Zweck erfolgt. Ein Vorschlag, der den ersten Schritt zur Abrüstung bedeutet, ist eine Tat des guten Willens und verdient als solche gewertet und nachgeahmt zu werden. Es ist praktisch gleichgültig, ob es sich dabei um die großmütige Geste eines sich stark Fühlenden handelt oder um die

vernunftgemäße Einschätzung der Tatsache, daß eine Verfolgung des bisherigen Weges das Todesurteil einer für Freund und Feind gemeinsamen Welt bedeutet.

Ist es nicht viel eher «Scheinheiligkeit», wenn die Schuld am Scheitern von Verhandlungen einseitig den Russen zugeschrieben wird, nachdem man eben diese Verhandlungen durch vorgängige Mißtrauensvoten und Beschimpfungen erschwert und sie dadurch von vornherein verunmöglicht hat, daß man sie vom hohen Roß einer «Politik der Stärke» zu diktieren versucht?

Was insbesondere den Vorwurf der Furchterregung durch die Russen betrifft, so ist es nicht ihre Schuld, wenn in ihrem Beitrag an das geophysikalische Jahr nicht die wissenschaftliche Glanzleistung der Erforschung des Interstellarraums durch die künstlichen Erdsatelliten, sondern lediglich die kriegerischen Anwendungsarten der sie ermöglichenden Raketentechnik gesehen werden.

Dagegen stellt die Furchterregung den wesentlichen Inhalt der amerikanischen Abschreckungsstrategie dar, des von *Dulles* geprägten Zurückschlagens auf den geringsten Angriff an den Orten und mit den Mitteln «unserer Wahl», oder in der unmißverständlichen Ausdrucksweise des USA-Generals *Gavin*, «daß Amerika im Kriegsfall Bomben abwürfe, die einige hundert Millionen Tote zur Folge hätten», oder *Sulzbergers*, der sich mit ausdrücklicher Erwähnung des Zielobjekts Rußland über die zur Errichtung in Europa schon präzise geplanten etwa 14 Raketenstellungen, jede zur Aufnahme von ungefähr 15 Raketen eingerichtet, folgendermaßen äußert: «Durch den Druck auf einen Knopf könnte jede der mit Atomsprengköpfen versehenen Raketen unter brüllendem Getöse über Sowjetrußland herfallen. Mit andern Worten: Mehr als 200 Sowjetstädte oder militärische Konzentrationen könnten fast augenblicklich zerstört werden, zusammen mit Millionen Menschen.» (Bulletin of the Atomic Scientists, Februar 1958.)

Solche massive Furchterregung, die amerikanischerseits sonderbarerweise für das Mittel gehalten wird, um das geeignete Klima für eine Gipfelkonferenz herzustellen, könnte — selbst wenn sie diese abenteuerliche Methode zur Kriegsverhinderung nachahmen wollten — von den Russen nicht übertroffen werden. Wenn also laut der «Erklärung der 35 prominenten Sozialdemokraten und Gewerkschafter» durch Furchterregung etwas getätigt werden soll, was «nichts anderes ist und sein kann als ein Versuch zur Wehrlosmachung der freien Völker», so müßte man dafür zweifellos Amerika und nicht Rußland die Priorität überlassen. Die europäischen Satelliten Amerikas, zu denen zu gehören offenbar dem Wunschtraum eines rüstungsinteressierten schweizerischen Publikums entsprechen würde, werden die harte Hand ihres Meisters vielleicht nicht durch direkte Unterdrückung wie im Osten zu spüren bekommen, aber das Danaergeschenk der atomaren Waffen — das möglicherweise Amerika rettet, indem sich Europa, durch dessen Herz

die Trennungslinie geht, zerfleischt, zerstört, vergiftet — trägt in sich den Tod.

Ist die Bewegung gegen den Atomtod, die heute über die ganze angstzermürbte Welt geht, «nicht nur ein Versuch zur Wehrlosmachung der freien Völker»? Lehren uns nicht auch Erfahrungen und Tatsachen, «daß der weltherrschaftslüsterne Osten nur dann verhindert wird, neue Aggressionen auszulösen und die Wasserstoffbombe in die Waagschale der Entscheidung zu werfen, wenn ihm in der freien Welt — in der Bewaffnung der Vereinigten Staaten, Englands und der NATO — ein mindestens ebenbürtiges Kernwaffenpotential gegenübersteht?»

Nein und nochmals nein! Die gegenteiligen Behauptungen der 35 «prominenten Sozialdemokraten und Gewerkschafter» stellen wie bei der Furchterregung die Tatsachen auf den Kopf.

Wer ist es denn, der der Bewegung gegen den Atomtod ihren Rückhalt verleiht? Ist es vielleicht Moskau, wie die Anspielung der 35 andeutet, die «nicht bereit sind, jenen totalitären Kräften Handlangerdienste zu leisten, deren unverhüllte Absicht es seit langem ist, den Westen in lähmende Furcht und im Gefolge davon in die selbstmörderische Resignation zu treiben»? Weit gefehlt! Es ist die wissenschaftliche und humanitäre Elite des Westens selbst, die sich gegen die Ungeheuerlichkeit der Vernichtung ungezählter Millionen Menschen, die Unbewohnbarmachung ganzer Länder, ja der Erde selbst auf Jahre und Jahrzehnte hinaus auflehnt. Es sind, um nur einige Beispiele herauszugreifen, jene 204 Professoren der Londoner Universität, die kürzlich ihre Regierung ersuchten, auf Atomwaffen, Raketen und Raketenabschußrampen zu verzichten, es sind die 20 westdeutschen Atomphysiker — die ersten Autoritäten ihres Landes —, die sich weigern, ihre Wissenschaft zu Kriegszwecken zu mißbrauchen; es sind die 2000 amerikanischen Wissenschafter, die unter Führung des Atomphysikers und Nobelpreisträgers *Linus Pauling* einen Appell zur Einstellung der Kernwaffenversuche an die Regierungen und Völker der Welt richteten. Es ist das «Nationalkomitee für eine vernünftige Politik des Nuklearzeitalters» in Neuyork, das unser aller Situation, die längst über das Nationale hinausgewachsen ist, folgendermaßen skizziert: «Wir sehen uns einer Gefahr gegenüber, wie sie noch nie bestanden hat. Amerika kann sagen: daß keine der Meinungsverschiedenheiten, die die Regierungen der Welt trennen, so wichtig sind wie die Zugehörigkeit aller Völker zur menschlichen Familie.»

Und wer hat die Wasserstoffbombe auf den Plan gerufen? Wer weigert sich, auf ihre Anwendung, ja auch nur auf die Teste zu verzichten, obschon sie, wie kürzlich Professor *Thirring* (Wien) an der von *Lord Bertrand Russell*, dem berühmten Philosophen und Nobelpreisträger, einberufenen Konferenz (in Pugwash, Kanada) führender Atomphysiker, Chemiker und Biologen aus aller Welt hervorhob, in den kommenden 30 Jahren 100 000 Fälle von Leukämie und Knochenkrebs hervorrufen werden? Ist es vielleicht Moskau, das diesen schlei-

chenden Massenmord — wie *Thirring* die Versuche mit Wasserstoffbomben nennt — gegenüber der Menschheit beizubehalten wünscht?

Wo das Aggressionsgespenst umgeht, spielt offenbar die Umkehrung der Tatsachen keine Rolle. Die Furchtpsychose ruft weiter einem ins Maßlose gesteigerten Rüstungswettlauf, weil jede mörderische Errungenschaft ein noch ein wenig größeres Mordpotential auf der Gegenseite automatisch nach sich zieht. Die Entladung dieser weltzerstörenden Potentiale würde kein Schutz gegen Aggressionen sein, sondern das Grab der Völker der Erde, der freien und der unfreien in gleicher Weise. Die Anhäufung von Zündstoff, wo immer und durch wen immer sie erfolgt, vermehrt die Brandgefahr, beschleunigt das Eintreten und vermehrt die Heftigkeit einer Explosionskatastrophe, die dem Leben und damit auch der Freiheit ein Ende setzt, diesseits und jenseits aller nationalen Grenzen.

Ist der Weg, durch eine Verfassungsinitiative ein Verbot zu erreichen für die Herstellung, Einfuhr und Lagerung von Atomwaffen, einseitig mit defaitistischer Wirkung gegen den Westen gerichtet? Nimmt dies «dem Soldaten diejenigen Abwehrmittel», ohne die er gegen eine — durch das Fehlen einer gleichwertigen Ausrüstung begünstigte — Aggression «zum vornherein sowohl psychologisch wie materiell verloren wäre?»

Die jeder Begründung entbehrende Behauptung, daß eine Verfassungsinitiative dieser Art «in ihrer defaitistischen Wirkung einseitig gegen den Westen» gerichtet sei, bedeutet mit ihrer voreingenommenen Parteinahme für den Westen einen staatsgefährlichen Verstoß gegen das Statut der ewigen Neutralität der Schweiz, das ihr die Verpflichtung auferlegt, sich von allen fremden Händeln fernzuhalten.

Die betreffende Initiative berührt demgegenüber das West-Ost-Problem in keiner Weise. Das Verbot, das sie bezweckt, hat, außer der humanitären und ethischen Seite, die die 35 lediglich als gefühlsmäßig unterbaute politische Feldzüge abstempeln möchten, den sehr realistischen Hintergrund, die Bevölkerung der Schweiz und diejenige ihrer Nachbarstaaten schon im Frieden vor der schweren Gefährdung von Leben und Gesundheit zu schützen, die Herstellung, Einfuhr, Lagerung und Testierung von Atomwaffen, sowie die Manövrierung mit denselben für sie bedeutet.

Wenn die Verfasser der Erklärung hinzufügen: «. . . selbst von solchen taktischer Natur», als ob es sich bei diesen um etwas durchaus Harmloses handeln würde, so ist ihnen offenbar nicht bekannt, daß taktische Atomwaffen die Wirkungsstärke der Hiroshimabombe besitzen. Obschon dieselbe durch Wasserstoffbomben von der Megatonklasse um das Tausend- bis Zweitausendfache überholt ist, dürften die Schrecken von Hiroshima wahrhaftig genügen, um die Lebensnotwendigkeit des angestrebten Verbotes darzutun. Daß der radioaktive Ausfall genügen würde, um in einem so kleinen Gebiet wie der Schweiz Luft, Erde und Wasser mit ihrem tierischen und pflanzlichen Leben zu verseuchen, ist klar, nachdem uns schon die räumlich so weit

entfernten Versuchsexplosionen im Pazifik und in Sibirien an die Grenze des in bezug auf die Radioaktivität und die Beeinflussung der meteorologischen Verhältnisse noch Tragbaren gebracht haben. Mit der Vergiftung von Milch- und Milchprodukten des verseuchten Weidviehs, von Gemüse und Obst, mit verdorbenen und Mißernten der Ackerkulturen, mit der Verseuchung von Fischen und Wasservögeln unter anderem würden Alp- und Landwirtschaft, Fischerei, Molkerei-, Konserven- und Fremdenindustrien unseres Landes in Frage gestellt. Aber das scheint die Herren Unterzeichner nicht zu kümmern, zu denen sogar der Direktionspräsident des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, Basel, der Präsident des Verbandes der Lebensmittelarbeiter in Zürich, Stadtpräsidenten und andere Herren gehören, die sich von Amtes wegen mit der Gesundheit und der Ernährung weiter Volkskreise zu befassen haben.

Und die Verseuchung geht weit über die Landesgrenzen hinaus. Infolge unserer geographischen Lage, im Quellgebiet der größten Ströme Europas, würden Übungen unseres Militärs mit Atomwaffen, die eine notwendige Voraussetzung ihrer Anwendung im Kriegsfall wären, zum Beispiel im Gotthardgebiet, die radioaktive Vergiftung von Rhein, Rhone und Po bedingen und diejenige der Donau sehr wahrscheinlich machen. So wäre mit der erhöhten Radioaktivität des vom Rhein gespiesenen Bodensees, der ein riesiges Grundwasserareal alimentiert, zum Beispiel die Wasserversorgung von Stuttgart, gefährdet. Und weiter wandert die Radioaktivität stromabwärts, das schweizerische und deutsche, das deutsche und französische Ufer, rheinisches Industriegebiet, Holland bis zur Nordsee in Mitleidenschaft ziehend. Nicht anders steht es mit der Rhone auf ihrem ganzen Lauf bis zum Mittelmeer und mit dem nach Süden verlaufenden Quellareal. Vom Quellgebiet des Tessins, der Maggia unter anderen gelangen die radioaktiven Spaltprodukte in den Lago Maggiore, finden ihren Weg mit dem Ticino weiter in den Po, wobei sie überall auf ihrem bisherigen und späteren Weg zur Adria die schleichende Gefährdung alles Lebendigen mit sich führen.

Das kann eine Störung des guten Einvernehmens mit den betroffenen Staaten bedeuten, auf dem letzten Endes die Sicherheit der Schweiz beruht. Landesverteidigung wirkt sich so zur Landesgefährdung aus.

Und wie sieht diese sogenannte «Verteidigung» selber aus? Sie besteht im Zeitalter des Atomwaffendruckknopfkrieges in der gegenseitigen Hinmordung der Zivilbevölkerungen, wobei nach dem Interview des bekannten Atomphysikers Dr. *Lapp* mit dem Chef des Unterkomitees für militärische Operationen des amerikanischen Kongresses, *Holifield*, die Anwendung von 250 Atomwaffen über 90 Millionen Verluste verursachen würde, davon 70 Millionen Tote, wobei ungefähr die Hälfte den Brisanz- und thermischen Wirkungen, sowie der Initialstrahlung, die übrigen dem radioaktiven Ausfall zuzuschreiben wären. Ob bei dem allgemeinen

Sterben mehr Tote in Freundes- oder Feindesland produziert werden, ist nach dem *USA-General Gavin* eine Frage der Windrichtung.

Der bekannte militärische Atomfachmann *Hanson W. Baldwin* hat schon 1956 im Bulletin der amerikanischen Atomwissenschafter das Fazit dieser Völkerschlächterei mit folgenden Worten gezogen: «Da es auf jeden Fall unmöglich ist, klar zwischen militärischen und nichtmilitärischen Zielen in einem Gebiet zu unterscheiden, in dem Truppen und Zivilbevölkerung untermischt sind, so erscheint das Resultat klar: Ein Atomkrieg im westlichen Europa würde sich nahezu mit Sicherheit zu einem durch keine Schranken aufzuhaltenden Konflikt ausweiten, aus dem unter allen Umständen das westliche Europa als Wüste hervorgehen würde.»

Die Abwehrmittel, die nun dem schweizerischen Soldaten in die Hand gegeben und denjenigen eines vermuteten Aggressors möglichst angeglichen werden sollen, würden, statt das Heimatland zu schützen, an die allgemeine Todesquote einen der schweizerischen atomaren Kampfkraft entsprechenden zusätzlichen Beitrag liefern.

Ist das Verteidigung? Nein, es ist unsinnigster Massenmord, Völkermord, der schlimmer, unendlich schlimmer ist als Einzelmord. Für den Soldaten, der nicht einfach als blindes Werkzeug dazu da ist, um zu morden und gemordet zu werden, bedeutet diese Art «Verteidigung» sowohl «psychologisch wie materiell» eine unerhörte Zumutung. Sie setzt ihn in folgenschweren Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien des Roten Kreuzes, dessen oberster Grundsatz «Schutz der Zivilbevölkerung» sein dürfte. Sie degradiert die Schweiz zum internationalen Rechtsbrecher. Denn Waffen, die auf der Spaltung oder Vereinigung von Atomen — der Grundlage aller Chemie — beruhen, sind chemische Waffen, zu deren Nichtanwendung sich die Schweiz durch ihre Ratifizierung des Verbots chemischer Kampfmittel verpflichtet hat.

Für die Freiheit zu sterben ist ein edles Prinzip. Aber leider hat die Freiheit nichts davon. Denn der tote Freiheitskämpfer kann nichts zu ihrer Erhaltung tun. Erhaltung der Freiheit hat als erste Voraussetzung, daß die Menschheit am Leben bleibt. Aber, wie dies *Einstein*, der weltberühmte Physiker und Nobelpreisträger, betonte, wird dies nur möglich sein, wenn wir «wesentlich umdenken lernen». Wir müssen uns umstellen auf andere Mittel als diejenigen der Gewalt, die nur universellen Tod bedeuten können. *Gertrud Woker*

(Erscheint als Separatdruck. Preis 30 Rp. Bei Bezug von mehr als 20 Exemplaren 20 Rp. Postscheck VIII 22327. Zu beziehen bei der Pazifistischen Bücherstube, Gartenhofstraße 7, Zürich.)

Es geht um Mord

Es geht um Mord nicht nur bei den Russen, Amerikanern und Engländern, welche die Kernwaffen besitzen und ausprobieren, sondern bei jedem, welcher mit dem Gedanken spielt, sein Land mit

Atomwaffen auszurüsten. Es geht um Mord auch hier bei uns in der Schweiz, wenn führende Politiker und Militärs für die atomare Bewaffnung der schweizerischen Armee eintreten. Weil unser Gewissen sich aufbäumt gegen das, was da geschehen soll und geschehen ist, darum können wir nicht mehr schweigen. Atombomben sind kein Verteidigungsmittel, sondern ein Verbrechen an der Menschheit. Dieses Verbrechen wird seit 13 Jahren am japanischen Volk verübt. Auf Hiroshima fiel die erste Atombombe. Sie tötete etwa 250 000 Menschen, und jedes Jahr sterben seitdem Menschen an den Folgen dieser ersten Atombombe. Heute nennt man diese erste Atombombe eine kleine Atombombe, eine taktische Waffe!

Seit jenem ersten Verbrechen am 6. August 1945 wird bis zum heutigen Tag ein Verbrechen an das andere gefügt. Jede Versuchsreihe der Amerikaner und der Engländer im Pazifik und jede Versuchsreihe der Russen in Sibirien war und ist ein neuer Mord am japanischen Volk — an den noch Lebenden und an den noch Ungeborenen.

Bereits im August 1954 teilte der Landeskongreß japanischer Hebammen mit: «Die Zahl anomaler Kinder war vor dem Abwurf der Atombombe in Hiroshima weder höher noch niedriger als anderswo. Im Gegenteil, sie war im Verhältnis zu den Gesundgeburten sehr gering. Seit der Explosion der Atombombe jedoch hat sich die Situation katastrophal verändert. Von den 30 150 Kindern, die in den neun Jahren seit Abwurf der Atombombe geboren wurden, waren 4282, also jedes s i e b e n t e Kind, anomal. — Davon waren über tausend Kinder mit degeneriertem Knochenbau, Muskel-, Haut- oder Nervensystem, 47 mit mißgebildeten Gehirnen, 25 ohne Gehirne, 8 Kinder ohne Augen und ohne Augenhöhlen!» Mütter, wißt ihr, worum es da geht? Das fürchterliche Ergebnis zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, daß eine einzige, taktische, kleine Atombombe nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern auch die kommenden Geschlechter mordet.

Der japanische Schriftsteller Nicki Otto berichtet vom Besuch eines Spitals, in dem Atombombengeschädigte behandelt werden: «Ich sah ein Kind, neun Jahre alt, die Mutter und der Vater schienen beide gesund. Das Kind zeigte alle Gebrechen: zwei Metallröhren stoßen aus dem nasenlosen Gesicht in den Raum: Nasenersatz! Der Mund, ein lippenloses Loch, hat keine Zähne. Eine Augenhöhle ist leer. Die Finger der linken Hand gleichen Krallen eines Lufträubers, der zum Sturzflug ansetzt. Ein Gummischlauch ersetzt den Harnaustritt, ein Beutel aus Gummi nimmt die Exkremente auf, da dem Kind der Schließmuskel fehlt. Der Körper, unten unförmig verdickt, oben eingefallen, ist wie ungeformte Schlammasse. Die Haut zeigt das Grau des Regenhimmels, und die Laute, die dieser Junge ausstößt, klingen wie Schreie der schwarzen Totenvögel. Und das, was hier vor mir liegt, wird Mensch genannt. Ich sah es und erbrach mich.»

Geht uns das etwas an oder nicht? Haben Politiker, Staatsmänner und Militärs das Recht, an uns und unseren Kindern solches zu tun?

Können unsere Leute, die alle zu irgendeiner christlichen Kirche gehören, solche Dinge auf sich nehmen oder verantworten? Geht uns das etwas an oder nicht? Hier schweigen, heißt mitschuldig werden. Denn schon greift der durch die ständigen Atombombenversuche ausgelöste radioaktive Strahlungsmord längst auch auf unser Land über. Wer erinnert sich nicht an die Meldungen der Schweizerischen Depeschenagentur, die darauf hinwies, daß die Radioaktivität des Regens erheblich zugenommen habe, und daß die Leute im Jura kein Zisternenwasser mehr trinken sollten? Und weiter: Das belgische Wetteramt in Brüssel teilte am 12. Mai dieses Jahres mit, daß die Radioaktivität der Luft im April gegenüber dem Monat Januar sich verfünffacht habe. Die Radioaktivität hat offenbar so zugenommen, daß der «Sonderausschuß für Radioaktivität» in Westdeutschland, dem namhafte Wissenschafter angehören, in einem Bericht schreibt: «Zur Zeit können die Möglichkeiten einer Schädigung nur so beurteilt werden, daß empfohlen werden muß, jede weitere zusätzliche Strahlenbelastung zu vermeiden.» Es ist also bewiesen, daß auch wir zunehmend den Gefahren radioaktiver Vergiftung durch die Luft, das Wasser sowie durch Lebensmittel und unsere Kinder durch die Milch ausgesetzt sind. Der Bayreuther Chefarzt Dr. Beck hat in jahrelangen Untersuchungen die Beziehungen zwischen der Zunahme der Radioaktivität der Luft und den Mißbildungen der Neugeborenen geprüft. Er hat vor kurzer Zeit das erschütternde Ergebnis mitgeteilt: «Die Zahl der Mißbildungen hat sich bei uns in acht Jahren von 1,1 auf 3,7 vom Hundert erhöht.»

Jede durchgeführte Versuchsexplosion (bis heute sind es mindestens 150!) bedeutet — wie der amerikanische Nobel-Preisträger Linus Pauling erklärte —, daß etwa 200 000 Kinder mehr als geistige und körperliche Krüppel zur Welt kommen. Können unsere Politiker und Militärs dieses Verbrechen an der Menschheit auf sich nehmen? Und wenn ihr Politiker diese Massenmordwaffen in der Schweiz herstellen wollt, wo wollt ihr sie ausprobieren? Soll aus der Schweiz ein Hiroshima werden? Oder wenn ihr sie von England oder Amerika beziehen wollt, wie steht es dann um unsere so hochgeachtete Neutralität? Wollt ihr etwa durch Verträge, die ihr dann unterzeichnen müßt, unser Land in seinem Selbstbestimmungsrecht einfach preisgeben?

Gegenüber allen Beruhigungsversuchen und Verharmlosungen, die heute durch unsere Presse gehen, muß deutlich ausgesprochen werden: Der Atommord geht längst auch schon in unserem Volke um! Der große Urwalddoktor Albert Schweitzer hat Ende April dieses Jahres erneut drei Reden als Warnung vor den Gefahren weiterer Atomwaffenversuche und weiterer Aufrüstungen gehalten. Im Jahre 1957 hielt er seine erste warnende Rede. Damals veröffentlichte fast die gesamte westliche Presse den Appell Albert Schweitzers im Wortlaut. Diesmal, 1958, brachte die Masse der kleinen und großen Zeitungen nur noch eine Notiz. Warum wird die Stimme dieses Rufers heute totgeschwiegen? Aber wir lassen uns nicht beruhigen!

Acht bekannte deutsche evangelische Theologen, unter ihnen Professor Gollwitzer in Berlin, Kirchenpräsident Martin Niemöller in Wiesbaden und Professor Martin Fischer in Berlin, haben kürzlich einen Aufruf erlassen. Sie sagen darin unter anderem: «Die im Westen und im Osten aufgestapelten Atombomben genügen, um alles Leben dieser Erde zu vernichten und sie in eine Wüste zu verwandeln, in der kein Leben mehr gedeihen kann. Es handelt sich nicht mehr um Waffen, die zur Abwehr des Bösen gegen einen erkennbaren Feind auf ein begrenztes Ziel zur Anwendung gebracht werden können, sondern um ein Massenvernichtungsmittel, mit dem die Menschen, die doch Gott gehören, wie Ungeziefer ausgerottet werden sollen. Trotz eindringlicher Warnungen namhafter Atomphysiker und Wissenschafter, Staatsmänner und Politiker, kirchlicher Synoden und ökumenischer Tagungen werden die atomaren Rüstungen fortgesetzt. Der Teufelskreis von Mißtrauen und Abschreckung besteht fort. Der Zirkel der Angst macht die Völker bereit, die Vorbereitung ungeheurer gegenseitiger Verbrechen zu dulden und mitzumachen. Wir Christen laden vor Gott und unseren Mitmenschen schwerste Schuld auf uns, wenn wir jetzt schweigen. Gottes Wort, wie es in der Botschaft der Bibel als das Wort des Schöpfers und Herrn der Welt laut wird, gebietet uns, in dieser Stunde im Blick auf die Herstellung, Erprobung und Anwendung dieser dämonischen Werkzeuge das vorbehaltlose Nein auszusprechen. In ihnen werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand und die Kräfte der Natur mißbraucht. In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist, und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten. In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst verlästert. Die Massenvernichtungsmittel sind deshalb durch keinen erdenklichen Zweck zu rechtfertigen. Ihre Anwendung ist ein nihilistischer Akt, in dem alles verleugnet und verloren wird, was man damit zu verteidigen gedenkt, und seien es Freiheit und Menschenwürde, Frieden und Gerechtigkeit. Die Menschheit, die sich vermißt, mit den Massenvernichtungswaffen Gottes Schöpfung total vernichten zu können, wird unter seinem Fluch und Gericht stehen in Zeit und Ewigkeit. Im Jüngsten Gericht wird Gottes Frage jeden einzelnen überfallen: Wo ist dein Bruder Abel? Im Jüngsten Gericht werden wir uns alle vor Jesus Christus verantworten müssen, der sich selber den Bruder der Hungrigen, der Flüchtlinge, der Nackten und der Gefangenen nennt. Wir werden uns an jenem Tage nicht durch politische Argumente, durch den Hinweis auf einen ideologischen Zweck und durch die Berufung auf einen Kampf um Recht und Freiheit rechtfertigen können, wenn wir in dieser Sache wegen Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott verklagt werden.

Wir Christen dürfen in dieser Sache weder mitmachen, noch uns auch nur neutral verhalten in der falschen Meinung, daß hier nur politischen und militärischen Fachleuten das Urteil zustehe. Wir bitten die Christen in den Ländern, die noch keine Atomwaffen haben, dafür zu sorgen, daß auch in ihren Ländern keine Atomwaffen her-

gestellt oder stationiert werden. Alle sollten klären und öffentlich aussprechen, was sich für sie aus der Erkenntnis ergibt, daß ein mit Massenvernichtungsmitteln geführter Krieg Sünde wider Gottes heiligen und gnädigen Willen ist. Die Stunde ist ernst und fordert von jedem Christen eine klare, biblisch begründete Erkenntnis und einsatzbereite Haltung.»

Liebe Christen, geht uns das etwas an? Schweigen heißt da mitschuldig werden; denn es geht um Mord, nein, es geht um Massenselbstmord! Können, dürfen wir uns daran in christlicher Verantwortung beteiligen? Können, dürfen unsere Staatsmänner, die Christen sind, hier einen Entscheid fällen, der plötzlich einmal zum Untergang allen Lebens führen kann? Es wird höchste Zeit, daß wir da Nein schreien. Keiner darf sagen, das habe ich nicht gewußt, dafür habe ich mich nie interessiert. Denn es geht um viel mehr als um «Landesverteidigung». Es geht um Massenselbstmord oder um Gehorsam gegenüber Gottes Gebot und Verheißung.

Rüeggisberg, den 12. Juni 1958 *Hans Zeller*, Pfarrer

Eine Stimme aus Afrika

1960 wird über die Zukunft Zentralafrikas entscheiden. Die kleine weiße Minderheit fordert Dominionstatus, was zu einer Vergewaltigung der Afrikaner, wie sie uns in Südafrika vordemonstriert wird, führen müßte. Die Afrikaner setzen ihr Vertrauen auf eine künftige Labourregierung. Mögen sie nicht enttäuscht werden!
Die Red.

Die kleine Schrift «Dominion Status for Central Africa?», verfaßt von Kenneth *Kaunda*, einem Afrikaner aus Nordrhodesien, ist mir unerwartet in die Hände gefallen. Herausgegeben ist sie gemeinsam vom «Movement for Colonial Freedom» und von der «Union of Democratic Control».

Was wissen wir von Zentralafrika, genauer ausgedrückt von Nordrhodesien, Nyassaland und Südrhodesien? Beim Studium des Inhaltes der erwähnten Publikation wird uns einmal mehr klar, wie mangelhaft und einseitig wir in der Presse über das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Leben der unter dem Begriff «unterentwickelte Länder» bekannten Gebiete orientiert sind und wie gut es ist, wenn wir uns bemühen, aus ernsthaften Veröffentlichungen zu lernen, um den wirklichen Verhältnissen auf den Grund zu kommen. In unserer Zeit, wo so viel Verwirrung und Unklarheit herrschen, wo wir angesichts der erdrückenden Schwere der Probleme, die das geschichtliche Geschehen uns aufgibt, ganz besonders darauf angewiesen sind, Zuverlässiges zu erfahren, ist es Pflicht eines jeden, zu suchen, wo die Wahrheit möglichst objektiv aufgezeigt wird.

Die Rassenkonflikte haben sich in Britisch-Zentralafrika in den letzten fünf Jahren dermaßen zugespitzt, daß Gefahr besteht, daß sie in einer Tragödie enden. So beurteilen Kenner der Verhältnisse

die Lage. Die Zentralafrikanische Föderation, die Nordrhodesien, Nyassaland und Südrhodesien umfaßt, ist 1953 gebildet worden. Die Einwohnerzahl aller drei Gebiete beträgt sieben Millionen Afrikaner und 270 000 Ansiedler, überwiegend Weiße. Seit 1923 besaß Südrhodesien eine Selbstverwaltung als autonome britische Kolonie mit etwa 35 000 Ansiedlern, währenddem Nordrhodesien und Nyassaland als britische Protektorate nie eine Selbstverwaltung besessen haben und von London aus regiert wurden, so daß die Hoffnung der Afrikaner auf Freiheit und Gerechtigkeit, je nachdem, ob die Labourpartei oder die Konservativen regierten, zu- oder abnahm. So wurde zum Beispiel den Kupferminenarbeitern von Nordrhodesien während der Labourregierung nach dem Zweiten Weltkriege das gewerkschaftliche Koalitionsrecht zugestanden. Nyassaland, das neben zweieinhalb Millionen Afrikanern nur ein paar tausend, nicht stark ins Gewicht fallende Ansiedler besitzt, hat glücklicherweise nie Rassenexzesse kennengelernt. 1953 wurde allen drei Gebieten die Zentralafrikanische Föderation gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit, das heißt der Afrikaner, aufgezwungen, was bedeutete, daß die Gesetze, die in Südrhodesien galten und die von den Weißen aufgestellt worden waren, nun auch in Nordrhodesien und in Nyassaland Geltung haben sollten.

Politisch und sozial hat die Föderation den Afrikanern keinerlei Vorteile gebracht, im Gegenteil. Wirtschaftlich muß eine gewisse Entwicklung zugegeben werden, doch wirklich profitiert vom wirtschaftlichen Aufschwung haben nur die Ansiedler, in ganz besonderem Maße die Aktionäre der Kupferminen, deren Aktien steigende Dividenden abwerfen, und die Tabakpflanzer. Die Armut der afrikanischen Massen ist nach wie vor erschreckend groß und die Anklagen Kenneth Kaundas bitter. Der zur Verfügung stehende Raum erlaubt es leider nicht, diese Tatsachen mit Zahlen zu erhärten. Die Versprechungen, die den Gegnern der Föderation gemacht wurden — wie Mitbeteiligung an der Industrie, interrassische Demokratie, soziale Besserstellung — sind in keiner Weise gehalten worden. Die gutgläubigen Afrikaner sehen sich verraten und erst recht ins Elend gestoßen, und es tönt für uns nicht schmeichelhaft, wenn Kaunda, als Generalsekretär des afrikanischen Nationalkongresses von Nordrhodesien, der die Verhältnisse kennt, sagt, daß das Unrecht, das den Afrikanern durch die aufgezwungene Föderation angetan worden ist, es unmöglich mache, daß sie noch an Gerechtigkeit zwischen Weißen und Afrikanern glauben können. «Wir glaubten, daß seitdem unter Königin Viktoria unser Land durch Vertrag zum Britischen Protektorat wurde, alle britischen Monarchen in einem gewissen persönlichen Vertrauensverhältnis zu uns stünden», sagt Kaunda und er fährt fort: «Die Zeit des Vertrauens ist vorbei, und was seit der Gründung der Zentralafrikanischen Föderation geschehen ist, ist nicht geeignet, uns Afrikanern Gutes zu prophezeien. Die Ansiedler sind mit allen Mitteln bestrebt, ihre Macht und ihre Privilegien zu

behaupten, ja zu vergrößern auf Kosten der Nicht-Weißen wie in Südafrika.»

Die zuständigen Minister der englischen Regierung erklären, sich nicht einmischen zu wollen in die Gesetzgebung der Föderation. Zwei Gesetze sind es vor allem, die von dieser eingeführt worden sind und die in besonderem Maße die Entrechtung der Afrikaner verstärken: Ein Gesetz zur Verfassungsänderung und eines über das Stimm- und Wahlrecht. Trotz den gegenteiligen Beteuerungen zeigt es sich deutlich, daß beide Gesetze dahin zielen, das «Dominion-Statut» für alle drei Gebiete einzuführen, was einer unerhörten Machterweiterung der Ansiedler über die Afrikaner gleichkäme, das heißt, daß das britische Parlament in zentralafrikanischen Angelegenheiten überhaupt nichts mehr zu sagen hätte, sondern daß die Ansiedler unbegrenzt die Möglichkeit besäßen, in den bisherigen Protektoraten Nordrhodesien und Nyassaland nach ihren machthungrigen Wünschen zu schalten und zu walten. In Südrhodesien steht es nicht besser. Das Vereinigte Königreich hat es zum Beispiel unterlassen, sein Veto gegen zwei Gesetzesvorlagen einzulegen, so daß sie rechtskräftig wurden. Es sind dies das Gesetz über das industrielle Einigungsamt, das den Afrikanern verbietet, Gewerkschaften zu bilden oder solchen anzugehören, und das Gesetz über die Landverteilung, das festlegt, daß mehr als die Hälfte des besten Landes von Südrhodesien für Europäer reserviert sei; ein Viertel ist heute noch nicht verteilt und ein Viertel verbleibt den Afrikanern. 45 000 von ihnen mußten den Boden verlassen, der ihnen seit Generationen gehört hatte; währenddem anderes Land, von dem sie früher vertrieben worden waren, heute noch brach liegt. Dazu kommen noch 20 000 Menschen, die von Grund und Boden vertrieben wurden, damit die Kariba Hydroelektrische Gesellschaft ihr Kraftwerk bauen konnte. Dank den Bemühungen von Labourabgeordneten unter der Führung von Fenner Brockway wurde es möglich, den 30 000 Südrhodesiern, die ihr Land verloren haben, eine Entschädigung von 300 000 Pfund zu sichern, pro Kopf also die äußerst bescheidene Summe von 10 Pfund. Ähnlich ist es in Nordrhodesien mit der Bevölkerung des Zambesitales gegangen. In den Berichten der mit der Enteignung des Landes Beauftragten heißt es, die Bevölkerung habe willig ihre Heime geräumt, doch ist kein Wort über die vielen, vielen Fälle zu lesen, in denen die Eigentümer mit Gewalt und mit Schlägen vertrieben werden mußten.

Studiert man das neue Stimm- und Wahlgesetz, so stellt man zunächst fest, daß es ein allgemeines und ein spezielles Wahlrecht unterscheidet. Das allgemeine Wahlrecht setzt ein bestimmtes Einkommen und Vermögen voraus, so daß es nach den Angaben, die der zuständige Minister der Föderation selber macht, nur etwa 3000 Afrikaner zuläßt; das spezielle Wahlgesetz hingegen berücksichtigt eher die Afrikaner, das heißt von den 34 000 Wählern, die unter das spezielle Gesetz fallen, trifft es 23 000 Afrikaner. Wenn man in

Betracht zieht, daß an Weißen und Afrikanern ungefähr 120 000 wahlberechtigt sind, so kann man ausrechnen, daß dafür gesorgt ist, daß die Ansiedler zum vorneherein über eine überwiegende Mehrheit im Parlament verfügen. Die 270 000 Weiße erhalten in der Föderation eindeutig die Mehrheit über nahezu sieben Millionen Afrikaner.

Der Afrikanische Kongreß von Nordrhodesien, das ist die Oppositionspartei, führt einen harten Kampf gegen all diese Ungerechtigkeiten. Drei Ziele hat es sich gesetzt: Nordrhodesien und Nyassaland sollen wieder zu Protektoraten des Britischen Reiches werden und so direkt vom britischen Parlament abhängen, also Aufhebung der Föderation mit Südrhodesien; Erlangung des Stimm- und Wahlrechts für alle Einwohner ohne Rücksicht auf Farbe, Geschlecht, Bildung und Einkommensverhältnisse auf der Grundlage: Ein Mann, eine Stimme; Bekämpfung des Zieles der Ansiedler, ein «Dominion-Statut» für Zentralafrika zu schaffen. Es ist hervorzuheben, daß die Labourpartei in wohlbegründeter Weise hinter diesen Forderungen steht. Bei der Bildung der Föderation im Jahre 1953 wurde festgelegt, daß 1960, spätestens 1962, eine Konferenz stattfinden soll, wo die Stellung von Nordrhodesien, Nyassaland und Südrhodesien klargelegt werden wird. Die Labourpartei verlangt heute schon einen gründlichen Bericht über die tatsächlichen Verhältnisse in diesen Gebieten und sie gibt ihrem tiefen Bedauern Ausdruck, daß infolge der Unterstützung durch die konservative Regierung in London das Verfassungs- und das Wahlgesetz heute durch das Parlament der Zentralafrikanischen Föderation angenommen wurde. Soll die Föderation weiterhin bestehen bleiben, dann müssen nachstehende Forderungen erfüllt sein:

1. Vorlegung eines Berichtes, aus dem eindeutig hervorgeht, daß das Ziel der Föderation die volle Demokratie und die gleichen Rechte für jeden Bürger ist.

2. Revision des Wahlgesetzes der Föderation, um eine wirkliche afrikanische Vertretung im Parlament der Föderation zu sichern.

3. Die sofortige Eliminierung jeglicher Rassendiskriminierung, sei es auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet.

4. Ausdehnung der Zusammenarbeit aller Rassen auf allen Gebieten der Erziehung und der Bildung, wie dies bereits in ermutigender Weise an der Universität durchgeführt wird.

Die Labourpartei bestätigt von neuem, daß das «Dominion-Statut» nur auf ausdrücklichen, auf den gleichen demokratischen Rechten fußenden Wunsch aller Einwohner der Föderation eingeführt werden soll. Um das zu sichern, verlangt die Labourpartei sofort eine gerechte Ausübung des Stimm- und Wahlrechtes in Nordrhodesien und Nyassaland, so daß in Nordrhodesien in gesetzgebender und ausführender Kammer gleich viele Vertreter der Afrikaner und der Ansiedler, in Nyassaland mehrheitlich Afrikaner im gesetzgebenden Rat ab-

geordnet werden sollen und Festsetznug von gleich vielen Ministern der Afrikaner und der übrigen Rassen.

Es ist erfreulich, aus der Erklärung festzustellen, daß die Labourpartei gewillt ist, den Unterdrückten und gequälten Afrikanern in Zentralafrika mit Hilfe des britischen Parlaments Gerechtigkeit und Gehör zu verschaffen. Das würde die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Konferenz im Jahre 1960 bilden. *Elsa Pavoni*

Warnung aus Asien

Unsere bürgerliche Propaganda wird es nicht müde, uns zu versichern, daß wir hier im Westen, in der «freien Welt» dazu berufen seien, die Kultur und das Vermächtnis des christlichen Abendlandes vor den Angriffen aus dem Osten zu schützen und zu retten. Unter die Länder der «freien Welt» sind einzureihen die parlamentarischen Demokratien des Westens, zu denen sich, in der «freien Welt» einiges Unbehagen verursachend, ein Dutzend oder mehr ganz und halb faschistischer Staaten gesellen. Wir wollen der Deutlichkeit halber einige von ihnen nennen, kann es uns doch beschieden sein, an ihrer Seite im Kampfe für die freie Welt fallen zu müssen. Jeder Name ist ein Programm. Spanien mit Franco als Verteidiger der Freiheit, Salazars Portugal, der Polizei- und Sklavenstaat (afrikanische Kolonien!) und enge Verbündete Großbritanniens, England und Frankreich, die seit Jahren schmutzige Kolonialkriege führen und andere mehr. Auch die Südafrikanische Union ist zum Kampf für die westliche freie Welt und die christliche Tradition des Abendlandes aufgeboten!

Ist es erstaunlich, wenn, angesichts dieser imponierenden Phalanx von Kämpfern für politische Freiheit und Demokratie, führende Politiker des Ostens, jener nicht einem Mächteblock angehörenden (noncommitted) Länder sich ernstlich fragen, ob westliche Auffassungen für den Aufbau ihrer Staatswesen und ihrer Wirtschaft noch richtungweisend sein können, sind es doch ausgerechnet einige der parlamentarischen Demokratien Europas, die mit der ausbeuterischen Kolonialherrschaft in Asien und Afrika identifiziert werden müssen.

«Es kann kein Zweifel bestehen», wie der «World Federalist» vom Mai 1958 schreibt, «daß die demokratische Auffassung in Südostasien im Lauf der letzten Monate deutliche Rückschläge erlitten hat. Im südindischen Staate Kerala ist eine kommunistische Regierung an die Macht gekommen und in Nachwahlen bestätigt worden. Präsident Soekarno, der früher als demokratisch eingestellt galt, sieht sich gedrängt, Unterstützung mehr und mehr bei den Kommunisten zu suchen (wie seinerzeit Sun Yat-sen in China), während die Marxisten in Ceylon, von Staatsmännern der Rechten noch vor nicht langer Zeit als quantité négligeable abgetan, heute dort die Regierung bilden.» Auch aus Burma werden ähnliche Entwicklungen gemeldet.

Was die Völker des asiatischen Südostens außer finanzieller und technischer Hilfe benötigen, ist zunächst Zeit und Friedenssicherung, Zeit zur Ausbildung ihrer jungen Generation, der die Geschicke ihrer Länder anvertraut sein werden. Sie brauchen Frieden, was ihre Abneigung gegen militärische Bündnisse (SEATO) erklärt, wie auch ihre Bemühungen, mit Rußland und China einen modus vivendi zu finden.

Vor allem aber empört sich ihre Selbstachtung und ihr Gefühl für Menschenwürde über die Rolle von stummen Opfern, die ihnen die westliche Welt in den Auseinandersetzungen über atomare Politik zugedacht hat. Man lese die folgende Anklage, die im Brief Soekarnos gegen den Westen erhoben wird, um sich über die Einstellung dieser Völker klar zu werden («New Statesman», 28. Juni 1958):

«Ich schreibe von Djakarta, einer Stadt in Asien, dem Kontinent, der als Versuchsgebiet für Atom- und Wasserstoffbomben gewählt worden ist. Die Kriegsopfer der Atombombe waren Asiaten, und es ist anzunehmen, daß auch die Opfer der H-Bomben-Versuche in Friedenszeiten größtenteils Asiaten sein werden. Es ist darum höchste Zeit, daß in dieser Angelegenheit auch Asiaten angehört werden. Es stimmt, daß die Wahl zwischen Leben und Nuklear-Vernichtung nicht in unserer Hand liegt, mindestens aber haben wir das Recht und die Pflicht, zu protestieren. Es ist unsere Zukunft so gut wie eure, die auf dem Spiel steht.

Ich bin entsetzt über den Zynismus der Leute, die diese atomischen Waffen handhaben, entsetzt als Mann, als Vater, als Asiate, als Mensch, der nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen ist. Sie reden davon, ihre Art von Zivilisation retten zu wollen, und doch ist ihre Politik berechnet, eben diese Zivilisation, falls sie es als nötig erachten sollten, zu zerstören. Und diese Vernichtung wäre keineswegs auf sie beschränkt. Auch wir sind unfehlbar für den nuklearen Einäscherungsofen bestimmt, wenn bei ihrer Va-banque-Zivilisation einmal etwas schief geht. Wie grauenhaft ist nur schon der Gedanke, daß die Zukunft der Welt daran hängt, ob eine Sicherung der Kriegsmaschinerie — irgendwo in der Arktis — nicht versagt. Fest steht, daß die beiden Haupt-Nuklearmächte bereit sind, einen Atomkrieg zu führen, zur Verteidigung ihrer, wie sie sagen, lebenswichtigen Interessen. In dieser Situation sind wir asiatischen Völker kaum mehr als unbedeutende Figuren im Spiel der Großmächte. Wir können nicht mit Atombomben drohen, dafür bin ich dankbar. Es wäre trotzdem äußerst töricht, die öffentliche Meinung Asiens gering zu achten. Und wir müssen Euch in aller Offenheit erklären, daß uns die heutige Lage nachgerade unerträglich wird, sind doch Asiaten in erster Linie die Opfer westlicher Unzulänglichkeit und moralischen Bankerotts.

Falls noch weitere Generationen das Leben erblicken, wie werden sie einst über diese zweite Hälfte unseres Jahrhunderts urteilen? Allein schon das Ausprobieren der Schreckenswaffen — ganz abgesehen von ihrem wirklichen Einsatz — hat schon seine Opfer ge-

fordert. Sie dürften in die Zehntausende gehen, Lebende und noch Ungeborene. Ihr habt Euch eine Macht angemaßt, die in Wirklichkeit nur dem Allmächtigen zukommt; Ihr habt dafür gesorgt, daß die Sünden der Väter — Eure Sünden — über die Kinder kommen. Glaubt mir darum, wir in Asien sehen Euch nicht als Retter der Zivilisation oder als Herolde der Zukunft, wir sehen Euch als Werkzeuge des Todes — unseres Todes.

Wir führen hier in Indonesien eine Woche der Anti-H-Bomben-Demonstrationen durch als Protest gegen die neuerlichen Versuchsexplosionen in Eniwetok. Während ich hier schreibe, versammeln sich vor meiner Amtswohnung Tausende von Demonstranten. Nicht Kommunisten, wie Ihr glauben möget — oder von Kommunisten Übertölpelte. Es sind gewöhnliche Leute, die, beunruhigt über ihre Zukunft, sich fragen, ob wirklich ihr bescheidenes Dasein ein Ende nehmen müsse, nicht aus eigener Schuld, sondern infolge von Fehlern Unbekannter, denen sie nichts angetan haben. Vergeßt nicht, der Aschenregen von Eniwetok fällt sozusagen in unsern Hinterhof. Wie viele Asiaten werden wieder das Leben lassen müssen dieser neuen Versuche wegen? Können die Wissenschafter uns dies sagen?

Vor drei Jahren vertrat die Bandung-Konferenz die Auffassung, daß Abrüstung und das Verbot der Versuche und der Verwendung von Atomwaffen allein die Menschheit von der Aussicht auf vollkommene Vernichtung retten können. Wir glauben nach wie vor, daß allein ein sicherer Friede uns erlauben wird, unsere Staaten auszubauen. Wir können der Welt einen solchen Frieden nicht aufzwingen, aber wir verlangen, gehört und um unsere Ansicht befragt zu werden. Die Bandung-Konferenz forderte weiter, die Großmächte sollten sich verpflichten, bis das Verbot atomarer Waffen in Kraft trete, keine weiteren Versuchsexplosionen durchzuführen. Jetzt, nach drei Jahren, hat erst eine Großmacht sich dazu bereit gefunden. Was immer die Beweggründe zu ihrem Entschluß gewesen sein mögen, wir begrüßen ihn, wie wir ein ähnliches Vorgehen anderer Mächte begrüßen würden.

Wenn die westliche Zivilisation, kommunistischer und antikommunistischer Prägung, dieses Problem nicht lösen kann, dann verdient sie vielleicht zugrunde zu gehen. Es handelt sich hier nicht mehr um bloße Sicherheit, es geht um das Problem persönlicher und internationaler Moral.

Wir bestreiten Euch im Westen kategorisch das Recht, uns und unsere künftigen Geschlechter weiter zu gefährden. Wir bestreiten Euch das Recht, unsere Kinder krebskrank zu machen. Eure Aufgabe ist es vielmehr, Euer Können und Eure Technik für friedliche Zwecke einzusetzen. Ein Zehntel der Kenntnisse und des Kapitals, die für die Konstruktion Eurer H-Bomben aufgewandt wurden, könnten ein neues Indonesien schaffen. Die Maschinen, die Atom-Unterseeboote treiben, würden auch elektrische Kraft erzeugen. Wir wissen, welche Verwendung wir vorziehen.

Moralische Führung des Westens war eine Illusion. Sie brachte uns

zuerst Kolonialismus und heute den philosophisch-moralischen und politisch-sozialen Bankerott eines nuklearen Wettrüstens.

Die Tausende, die sich vor dem Regierungsgebäude eingefunden haben, mögen nicht politisch erfahren sein (genau wie in einer Volksversammlung im Westen) aber sie sind nicht dumm, und sie sind hell wach.

Ihr im Westen reißt neue Abgründe auf, die die Menschheit trennen. Ihr seid auch im Begriff, den Kampf um Seele und Geist der Menschen zu verlieren.» gez. *Soekarno*

Ist diese Anklage nicht die Flammenschrift an der Wand? Auf dem Hintergrund einer Welt, in der die Völker immer näher zusammenrücken und immer mehr auf einander angewiesen sind, einer Welt, in der es am Ende unseres Jahrhunderts vier Asiaten auf einen westlichen Menschen treffen wird. Wir brauchen sie nicht als Drohung an die westliche Welt aufzufassen, wohl aber als dringenden Appell, ihrer Verantwortung an dieser Zeitenwende bewußt zu werden. Was heute nottut, sind nicht Weltraumschiffahrt und todbringende Experimente ähnlicher Art. Der technische Vorsprung, den der Westen noch innehat, genügt, um der Hauptaufgabe unserer Zeit, der Hilfe an die benachteiligten Völker, gerecht zu werden. Die Einsicht, als Voraussetzung, daß allein einer ungeteilten Welt, der Menschheit als ganzem und nicht den nationalen Idealen die Zukunft gehört, hat schon bei Tausenden in Ost und West Wurzeln geschlagen und muß Allgemeingut werden, wenn wir nicht untergehen sollen. Die Ideenwelt, in der wir heute Erwachsenen erzogen worden sind, das Denken in rassischen, in nationalen und noch engeren Kategorien ist ein Stück der Vergangenheit, ohne aber in unserem Bewußtsein überwunden zu sein. Sein Ergebnis ist die heutige Welt, mit ihren sich noch i m m e r v e r t i e f e n d e n G e g e n s ä t z e n von größtem Reichtum und äußerster Armut, von höchstem Wissen und tiefster Unwissenheit, und schließlich der tote Punkt, an den die Beziehungen der in feindliche Lager getrennten Menschheit heute gelangt sind. Auch wir, die wir uns Christen nennen, erliegen dem zersetzenden Einfluß dieser Spaltung. Auch wir legen verschiedene Maßstäbe an das, was im Osten und im Westen geschieht. Wenn in Algerien Tausende gefoltert und umgebracht werden, läuten bei uns keine Kirchenglocken als Zeichen des Mitgefühls, und das Schweigen aus Ergriffenheit wird zum Schweigen aus Gewöhnung und Gleichgültigkeit.

Wird menschliche Kraft und Einsicht genügen, um uns aus dieser ausweglosen Situation hinauszuführen? Wir können nur hoffen. Wir sind nicht allein. Mit uns arbeiten Millionen von Menschen, Christen und solche, die es ablehnen, diesen Namen zu tragen und doch im Geiste Christi in Schulen und Fabriken, und wo es immer sei, für eine neue menschliche Gemeinschaft arbeiten. *P. Furrer*

Die Genfer Internationale Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen

Die Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz machte seinerzeit eine Eingabe an das Eidgenössische Politische Departement zuhanden der schweizerischen Delegation an der Internationalen Seerechtskonferenz in Genf vom 24. Februar bis 25. April (siehe März-Heft der «Neuen Wege»). Es dürfte die Leser der «Neuen Wege» interessieren, zu erfahren, wie diese Konferenz verlief. Die Redaktion ist sich bewußt, daß eine auf wenige Auszüge beschnittene zusammenfassende Übersetzung wie die folgende schwerlich so objektiv und nuanciert sein kann wie eine umfangreiche Darstellung. Wir verweisen darum nachdrücklich auf den ausgezeichneten und eingehenden Bericht von Gertrude Baer an die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. (G. B. International Letter Number 1/1958, May 1958, 12, Rue Vieux Collège, Genf.)

Es war eine großangelegte Konferenz, eine der kompliziertesten, die je von der UNO durchgeführt wurden. Während neun Wochen diskutierten die Vertreter von 87 Staaten über eine neue Seerechtskonvention. Die Delegation der USA umfaßte fast 50 Personen, diejenige Großbritanniens etwa 30 und die der Sowjetunion rund 20 Mitglieder; Juristen, Diplomaten, Volkswirtschafter und andere Fachleute aus vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik.

Keiner der Vorschläge, *die Breite der Territorialgewässer und die Zonen ausschließlicher Fischereirechte* betreffend, erhielt die notwendige Zweidrittelmehrheit. So konnten diese äußerst wichtigen Probleme diesmal nicht gelöst werden...

Die IFFF interessiert sich seit 1955 für die neue Seerechtsvorlage. Mein Bericht jenes Jahres ... enthielt Einzelheiten über unsere Bemühungen, durch die Vermittlung von Mitgliedern der UNO-Kommission für Internationales Recht einen oder mehrere Artikel einzufügen, die die Nuklearversuche auf hoher See verurteilten, die gegen das unter dem Namen «Freiheit der Meere» bekannte Grundprinzip verstoßen. Auch verwiesen wir auf die durch die Nuklearversuche verursachte Verseuchung der Meere und auf die Ablagerung radioaktiver Abfälle im Meer. Am 30. Dezember 1957 wurde ein von der Internationalen Vorsitzenden der IFFF und der Internationalen Vertreterin an der UNO in Genf unterzeichneter Brief an über hundert Regierungen gesandt, der den von uns vorgeschlagenen Wortlaut von Bestimmungen enthielt, welche die Artikel 27 und 48 verstärkt hätten. In der uns zum Beispiel aus Washington übermittelten Antwort vom 16. Januar 1958 heißt es unter anderem: «Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß Versuchsexplosionen auf hoher See, soweit sie in der von den USA angewandten Methode durchgeführt werden, nicht gegen das internationale Recht verstoßen ...»

... Ich möchte der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz dafür danken, daß sie ihre ausgezeichneten Darlegungen an die Schweizer Regierung auf die Vorschläge der IFFF gründete. Wir schulden Dank auch der Schweizerischen Gesellschaft der Freunde (Quäker) für

ihren sehr interessanten und ausführlichen Brief an das Politische Departement. Weiter sei der Redaktorin der Zeitung des Mouvement Féministe in Genf gedankt für den Abdruck des vollen Textes unserer Eingabe, wie auch dem «Schweizer Frauenblatt» für die Veröffentlichung des Briefes der Schweizer Sektion der IFFF an den Vorsteher des Politischen Departements und der Antwort von Monsieur Petitpierre.

Einige interessante Einzelheiten aus den Verhandlungen der Konferenz. Artikel 27: Nuklearversuche sind unvereinbar mit der Freiheit der Meere... Mr. S. M. Sikri aus Indien:

«... Selbst wenn die Großmächte sich gegenseitig gestatten, Versuchsexplosionen und Kernexperimente durchzuführen, können sie nicht für die Vereinten Nationen über die Legalität solcher Versuche entscheiden. Glücklicherweise ist die Zeit vorüber, da die Großmächte glaubten, sie könnten dem Rest der Welt vorschreiben, was Recht und was Unrecht sei. Nach der Auffassung meiner Delegation sind solche Explosionen, wenn sie das freie Befahren der Hohen See durch andere Nationen beeinträchtigen, illegal und verstoßen gegen das internationale Seerecht... Meiner bescheidenen Meinung nach brauchte man nicht länger zu warten, um die vorher erwähnten Feststellungen zu erhärten. Wir haben genug Beweise dafür, daß die Nuklearversuche, wie sie bis anhin durchgeführt wurden, tatsächlich die Rechte von Angehörigen anderer Staaten beeinträchtigen... Sie beeinträchtigten nicht nur die Freiheit der Meere, sondern zerstörten die lebendigen Hilfsquellen der See. Hätten sie (die Millionen von Menschen, deren Rechte geschmälert wurden) Schiffe durch die beanspruchten und gesperrten Zonen steuern können? Hätten sie in diesen Zonen fischen oder diese Zonen überfliegen können? Wäre es ihnen möglich gewesen, Unterwasserkabel oder Rohrleitungen zu legen? Die Antwort lautet natürlich, daß sie all dies nicht hätten tun können. Wenn dies nicht eine Beeinträchtigung ist, so verstehe ich überhaupt nicht, was das Wort ‚Beeinträchtigung' bedeutet.»

... Vizeadmiral O. S. Colclough aus den USA.:

«... Die Art, wie mein Land nukleare Explosionsversuche durchführt, verstößt nicht gegen das internationale Recht und ist durch die internationale Praxis gebräuchlich geworden... Die USA haben auf ihrem pazifischen Prüfgebiet seit Jahren Nuklearversuche durchgeführt, und die Kritik, die sich dagegen erhob, war minim... Ich möchte hinzufügen, daß der Grad der Radioaktivität in der Welt durch die Explosionen zu Lande ebenso zunimmt wie durch die Explosionen auf See...»

Der Kampf für und wider eine deutliche Klarstellung, daß die Nuklearversuche tatsächlich im Widerspruch zum Prinzip der Freiheit der Meere stehen, dauerte fast während der gesamten Konferenzdauer... Es war höchst bedenklich, daß Delegierte, deren Meinungen

und Erklärungen über Nuklearversuche so offen und eindeutig gewesen waren, sich nun eifrig daran beteiligten, immer neue Kompromisse zu finden, und so Forderungen preisgaben, die sie vorher in ihren Äußerungen im eigenen Lande und vor dem Forum dieser Konferenz gestellt hatten.

Der definitive Text des früheren Artikels 27 der Kommission für Internationales Recht, der in der neuen Konvention über die Hohe See als Artikel 2 figuriert, lautet:

«Da die Hohe See allen Nationen offensteht, darf kein Staat den Anspruch erheben, irgendeinen Teil der Weltmeere seiner Souveränität zu unterstellen. Die Freiheit der Meere kommt unter den in diesen Artikeln und in anderen Bestimmungen des Internationalen Rechtes festgelegten Bedingungen zur Anwendung. Sie umfaßt für an das Meer grenzende Staaten wie für Binnenländer unter anderem: 1. Freiheit der Schiffahrt. 2. Freiheit der Fischerei. 3. Die Freiheit, Unterwasserkabel oder Rohrleitungen zu legen. 4. Die Freiheit des Luftraumes über der Hohen See. Diese und andere Freiheiten, die durch die allgemeinen Grundsätze des Internationalen Rechtes anerkannt sind, sollen für alle Staaten gelten, soweit sie die Interessen anderer Staaten in der Anwendung ihrer Freiheit über die Hohe See nicht unvernünftigerweise beeinträchtigen.»

In Zusammenhang mit diesem unbefriedigenden Artikel wurde eine nicht weniger unbefriedigende Resolution angenommen.

Artikel 48: Verseuchung der Hohen See:

... Die zwei in dem Entwurf der Kommission für Internationales Recht erwähnten Absätze fordern, daß «jeder Staat Verfügungen erlasse, durch die die Verseuchung der Hohen See durch Ablagerung radioaktiver Abfälle verhindert wird» und: daß «alle Staaten in Zusammenarbeit Verfügungen erlassen, um die Verseuchung der Hohen See oder des darüberliegenden Luftraumes durch Experimente oder die Verwendung von radioaktiven oder anderen schädlichen Stoffen zu verhindern».

Viele Delegationen bemühten sich um eine genauere Formulierung. Die Delegation der USA anderseits begründete ihre Opposition gegen Artikel 48, indem sie erklärte, obwohl es nötig sei, internationale Zusammenarbeit in bezug auf die Ablagerung radioaktiver Abfälle zu fördern, genügten doch die jetzt vorhandenen Kenntnisse auf diesem Gebiet nicht, um einen Beschluß über die Ablagerung von Nuklearabfällen und besonders von Abfällen langwährender Radioaktivität zu fassen... Der USA-Vertreter schlug deshalb mit Unterstützung der britischen Delegation folgende Resolution vor:

«Die Konferenz der Vereinten Nationen über das Seerecht ... empfiehlt, daß die Internationale Atomenergiebehörde nach Rücksprache mit bestehenden Gruppen und bereits

funktionierenden Organisationen, die auf dem Gebiet des radiologischen Schutzes zuständig sind, Untersuchungen durchführt und die notwendigen Maßnahmen ergreift . . .»

. . . Diese Resolution wurde angenommen. Die namentliche Abstimmung ergab 30 Stimmen dafür, 29 dagegen und 6 Stimmenthaltungen. So wurden also mit der Mehrheit von EINER Stimme beide Absätze über die Verseuchung der Hohen See durch Nuklearversuche und durch die Ablagerung radioaktiver Abfälle ausgeschieden.

(Die Schweiz mit anderen Ländern enthielt sich der Stimme.)

Ich habe im Laufe der Zeit UNO-Versammlungen von großer politischer Tragweite beigewohnt, aber selten habe ich eine Konferenz so ratlos und verlegen gesehen wie nach dieser Abstimmung.

Es war eine Erleichterung, zwei Tage später unter den Konferenzpapieren einen Resolutionsvorschlag für einen neuen Artikel über dieses selbe Thema vorzufinden, dessen erste Formulierung zwei Tage vorher mit einer Stimme abgelehnt worden war. Dieser Resolutionsantrag kam von Argentinien, Ceylon, Indien und Mexiko. Der Vertreter Mexikos gab bekannt, daß nach privaten Besprechungen der Initianten des Entwurfs mit den Delegationen der USA und Großbritanniens eine Einigung über einen neuen Wortlaut des erwähnten Artikels erzielt worden sei. Schon am folgenden Nachmittag wurde der Text des neuen Artikels einstimmig angenommen. Im Übereinkommen über die Hohe See ist er Artikel 25 und lautet wie folgt:

«1. Jeder Staat soll Maßnahmen treffen, um die Verseuchung der Meere durch die Ablagerung radioaktiver Abfälle zu verhindern, unter Beachtung aller Normen und Bestimmungen, die von den zuständigen internationalen Organisationen niedergelegt werden.

2. Alle Staaten sollen mit den zuständigen internationalen Organisationen zur Verhinderung der Verseuchung der See oder des Luftraums über der See durch Versuche mit radioaktiven oder anderen schädlichen Stoffen zusammenarbeiten.»

Wenn man den schweren Schaden der Verseuchung durch Nuklearversuche und andere Verwendung von radioaktiven Stoffen mit dem Gewicht dieses Artikels in seinem jetzigen Wortlaut vergleicht, scheint sehr wenig erreicht worden zu sein. Die Zukunft wird zeigen, ob die in der Resolution und im Artikel 25 erwähnten «zuständigen internationalen Organisationen» schnell genug handeln, um die Menschheit von den großen Gefahren zu befreien, die durch Nuklearversuche und andere Verwendung radioaktiver Stoffe sowie durch das durch Ablagerung von radioaktiven Abfällen verseuchte Meerwasser entstehen.

Es ist natürlich richtig, daß die Unterbindung von Bombenversuchen nur einen Teil des großen Gebietes weltweiter Abrüstung darstellt. Aber es ist ebenso wahr, daß die Aufnahme einer ausdrücklichen

Erklärung über gewisse juristische Fragen der Nuklearwaffenversuche in ein das Internationale Recht kodifizierendes Dokument nicht allein die Autorität der UNO erhöht hätte. Es hätte auch der Sehnsucht nach Sicherheit der vielen Millionen Menschen entsprochen, die die Warnungen Tausender von Wissenschaftern aus vielen Ländern hören und lesen und ihnen Glauben schenken. Schließlich ist das Internationale Recht die einzige Verteidigung und der einzige Schutz der Völker — das Instrument, das an Stelle des Krieges treten muß.

WELTRUNDSCHAU

„Der Schatten Stalins" Nur mit Unbehagen denke ich daran, was alles in der Welt draußen geschehen sein kann, wenn nach der zweimonatigen Sommerpause im September meine nächste Rundschau fällig sein wird. Der geistige und sittliche Zustand der «Kulturmenschheit» und der leibliche wie wirtschaftliche und soziale Zustand der unterentwickelten Mehrheit der Erdbevölkerung ist ja derart, daß man eigentlich auf alles gefaßt sein muß, auch das Schlimmste. Wie unheimlich lebendig werden einem da die Zustandsschilderungen und Zukunftsgesichte der altisraelitischen Propheten! Die Geschichte wiederholt sich eben doch — als Ablauf ewiger sittlicher Gesetze gesehen.

Die letzten Wochen standen, was das Verhältnis der kommunistischen zur nichtkommunistischen Welt — diese Kern- und Schicksalsfrage unserer Zeit — betrifft, im Schatten eines plötzlich wiederaufgetauchten, drohend herumgeisternden Stalin. Die Sprache der sowjetischen Diplomatie und Presse ist wieder ungewohnt rauh und schroff geworden. In Moskau ist es zu «spontanen» Pöbeleien gegen ausländische Botschaften gekommen. Die vereinbarte Genfer Konferenz über die technische Kontrolle von Atombombenexplosionen drohte von Moskau im letzten Augenblick abgeblasen zu werden, während das Interesse der Sowjetregierung an einer west-östlichen Gipfelkonferenz ganz zu erlöschen schien. Gleichzeitig wurde der Bruch mit Titos Jugoslawien kunstgerecht vollendet — und dann kam, offensichtlich von Moskau aus gefordert, die Hinrichtung Nagys, Maleters und ihrer beiden Kollegen, von denen wir noch in der letzten Weltrundschau kurz reden konnten, reden mußten, und denen sich nun — die Kunde kommt gerade, da ich diese Rundschau abschließe — neue aufwühlende Todesurteile anschließen. Im ganzen Sowjetblock wuchs und wächst weiter die Furcht vor einer neuen Säuberungswelle, die dem seit dem 20. Kongreß der KPSU aufgeschossenen Liberalismus und Revisionismus ein Ende machen würde — vielleicht nicht so brutal und radikal wie die «Liquidationen» unter Stalin es getan hatten, aber doch nicht viel weniger umfassend und wirksam.

Natürlich stürzte sich der westliche Antikommunismus sofort heißhungrig auf die Budapester Todesurteile und konnte sich an Freiheitsbegeisterung wieder einmal kaum genug tun. Daß in Algerien sozusagen täglich Todesurteile — oft eigentliche Justizmorde — an Aufständischen vollstreckt werden, die im Sinne der herrschenden Ordnung nicht schuldiger waren als Imre Nagy und seine Leidensbrüder; daß seit bald vier Jahren das ganze, um seine Freiheit mit unerhörter Zähigkeit und Opferwilligkeit kämpfende algerische Volk von den französischen Kulturbringern und ihren gemieteten Fremdenlegionären regelrecht hingemordet wird («in der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli wurden 547 Rebellen getötet», verzeichnet die französische Statistik mit nüchterner Gewissenhaftigkeit . . .) — das stört unsere Freiheits- und Menschlichkeitsenthusiasten viel, viel weniger. Darüber entrüstet sich kein Papst und kein Staatsmann; dagegen protestiert bei uns kein Petitpierre und kein Bratschi; da gibt es keine Volkskundgebungen und keine Schweigeminuten — es sind ja nur Afrikaner, die sich gegen eines der vornehmsten Mitglieder des Bundes freier Nationen aufzulehnen erkühnt haben, nicht edle Ungarn, die das kommunistische Joch abzuschütteln unternommen haben. Nicht viel mehr empörte Anteilnahme finden in der «freien Welt» die übrigen Verbrechen und Missetaten, die von den Herrschenden und Mächtigen an Angehörigen einer linksstehenden Widerstandsbewegung verübt werden; ich habe — um nur ein Beispiel zu nennen — gerade letzthin wieder zuverlässige Kunde über die entsetzliche Lage der Insassen griechischer Straflager und Gefängnisse bekommen, die jetzt das Internationale Rote Kreuz zu einer neuen Hilfsaktion veranlaßt hat. Und wie viele von den großen Idealisten, die für Ungarn glühen, legen in den Kampf gegen den Atomtod der Menschheit eine ähnliche Leidenschaft, wie sie diese gegen die Hinrichtung der Budapester Revolutionsführer bekunden? Es kann einem übel werden, wenn man an den herausfordernd einseitigen Ausschlag eines Weltgewissens denkt, das sich nur dann regt, wenn es gilt, gegen die kommunistische Gefahr Sturm zu läuten.

Um so ermutigender ist es, zu sehen, wie unmittelbar auch viele Kommunisten von Schmerz und Scham über die Budapester Todesurteile erfaßt worden sind. Tiefen Eindruck hat mir besonders gemacht, was Henri Lefebre, wohl der bedeutendste unter den zeitgenössischen marxistischen Denkern, an einer Pariser Versammlung gesagt hat: «In dreissig Jahren marxistischer Forschung und kämpferischer Tätigkeit», so bekannte er, «habe ich beobachten können, wie sich im Schoße der sozialistischen Revolution dieser Krebs, der Zynismus und die Unsittlichkeit in der Politik, entwickelt hat . . . Sie (die Revolution) hat gegen ihr eigenes Wesen die Methoden des Gegners angewandt, die Methoden der Alten Welt, die zügellose und lügnerische Propaganda, die Staatsraison und das politische Verbrechen . . . Diese Hinrichtung, die unter Bruch des gegebenen Wortes erfolgt ist, bedeutet . . .: Leben und Tod sind nur noch Zeichen, wie ein Buch-

stabe auf einer schwarzen Tafel, den man unterstreicht, den man auslöscht. Gegen die Herabwürdigung des Menschen zu einem Zeichen müssen wir im Namen der Menschenrechte protestieren, der Rechte des wirklichen, lebendigen Menschen, der mit einem mächtigen und gebrechlichen Band am Leben hängt. Dieses Band dürfen wir nicht schwach werden lassen.»

Nein, der Budapester Prozeß hätte niemals stattfinden dürfen, um so weniger als die nun an den Galgen Gehängten oder Erschossenen, was man ihnen auch vorwerfen mag, viel geringere Schuld auf sich geladen haben als die Rakosi und Farkas, die Gabor, Hegedues, Gerö und all die anderen Stalinisten, die die Schreckensherrschaft der Nachkriegsjahre ausgeübt haben und die wahren Urheber des Aufstandes vom Oktober 1956 sind. Sie laufen noch heute frei und ungeschoren herum.

Ursachen ... Man hat über die Ursachen, die zu der neuen Versteifung der Sowjetpolitik geführt haben, zahlreiche Vermutungen angestellt, ohne jedoch zu einer allgemein befriedigenden Erklärung zu kommen. Wahrscheinlich haben ja auch recht verschiedene Kräfte und Gründe mitgewirkt, um den sogenannten Rückfall in den Stalinismus möglich zu machen. Mir scheint diejenige Deutung am einleuchtendsten, die von der außenpolitischen Lage der Sowjetunion und — das ist wichtig — der Chinesischen Republik ausgeht. Denn China spielt ja in der Formung der Sowjetpolitik offenkundig eine immer größere Rolle. Und China wird durch die beharrliche Feindschaft, auf die es bei den Westmächten und ihren asiatisch-australischen Verbündeten stößt, immer mehr auf sich selbst zurückgeworfen und an die Seite der Sowjetunion gedrängt. Die sture Weigerung der Vereinigten Staaten, die Chinesische Volksrepublik politisch-diplomatisch anzuerkennen, und die Handelssperre, die unter amerikanischem Druck die meisten Mitgliedstaaten des antikommunistischen Weltbundes über China verhängt haben, sind dafür in besonderem Maße verantwortlich. So hat sich China eben entschlossen, seine Industrialisierung und wirtschaftlich-kulturelle Modernisierung durch verschärfte Zentralisation der Staatsmacht und Abkehr von allen liberalen «Experimenten» durchzuführen, ähnlich wie das die Sowjetunion unter dem Zwang ihrer Isolierung und Boykottierung durch die Westmächte seit den zwanziger Jahren auch getan hat. Gleichzeitig beansprucht China vermehrte Wirtschafts- und Finanzhilfe von der Sowjetunion, von der es erwartet, daß sie ihre Mittel und Kräfte nicht an so zweifelhafte Bundesgenossen wie Jugoslawien verschwende, sondern ihre ganze Aufmerksamkeit der inneren und äußeren Festigung des Ostblocks zuwende, unter rücksichtsloser Unterdrückung aller Sonderbündelei und Aufweichungslust.

Bei der Sowjetregierung trifft China dabei gegenwärtig auf weitreichendes Verständnis. Moskau ist von dem Mißerfolg und der gewollten Mißdeutung seiner Entspannungspolitik gegenüber dem We-

sten tief enttäuscht. Besonders verbittert ist es über die planmäßige Sabotierung seiner Abrüstungsbemühungen durch Washington und London. Gerade letzthin ist aus der Feder Philip Noël-Bakers, eines der ersten Sachverständigen der Labourpartei für Abrüstungsfragen, ein Buch, «Das Wettrüsten», erschienen, das die Verantwortung der Westmächte für die Nichtabrüstung unzweideutig klarstellt. Noël-Baker weist, wie einer Besprechung seines Buches im «New Statesman» (21. Juni) zu entnehmen ist, scharf die westmächtliche Ausrede zurück, Abrüstung sei erst möglich, wenn zuvor eine allgemeine politische Verständigung zwischen Ost und West erzielt sei. «Im Gegenteil», so heißt es in dem Artikel: «das Wettrüsten ist selbst die Hauptursache seiner Fortdauer; es ist in der Vergangenheit selbst die Hauptursache von Kriegen gewesen, und jede Abrüstungsmaßnahme, die vereinbart werden kann, verlangsamt nicht allein das Wettrüsten, sondern trägt auch positiv zur Beilegung bestimmter Streitfälle bei. Wenn zum Beispiel morgen die Vereinigten Staaten und Rußland eine Reihe von Abstrichen an ihren Streitkräften begönnen, so würde das unvermeidlicherweise zu einer europäischen Verständigung beitragen, weil die in Rede stehenden Truppen eher aus Europa als aus anderen Ländern zurückgezogen würden und schon die ersten Maßnahmen zur Abrüstung konventioneller Waffen international kontrolliert werden müßten.»

Noël-Baker geht aber noch weiter: «Er erklärt auch die Ursachen des Fehlschlages der Abrüstungsverhandlungen seit 1946 und gibt völlig überzeugend für die Jahre seit 1954 die Hauptschuld daran den Westmächten. In den Jahren 1955 wie 1956 nahm die Sowjetunion die westlichen Vorschläge an, nur um dann feststellen zu müssen, daß die Westmächte ihren Sinn geändert hatten. Im Jahr 1957 hätte fast sicher ein Abkommen getroffen werden können, wenn sich der Westen nicht andauernd einem Verbot der Atombombenversuche außerhalb einer allgemeinen Abrüstung widersetzt hätte und wenn er bereit gewesen wäre, die Fragen anzugeben, über die eine Verständigung erzielt werden müsse, bevor man zu weiteren Schritten in der Abrüstung konventioneller Waffen übergehen könne. Das Versagen der westlichen Regierungen wurde in all diesen Jahren der öffentlichen Meinung durch einen Nebel von Plattheiten und salbungsvollen Behauptungen verheimlicht.»

Das ist ein scharfes, aber nur zu richtiges Urteil. Kann man sich da noch wundern, daß sich die Russen planmäßig betrogen fühlten und dem Westen einfach nichts mehr glaubten? Und als die Westmächte sich weigerten, dem sowjetischen Beispiel der Einstellung aller Atomexplosionsversuche zu folgen, und gleichzeitig dem Vorschlag einer Gipfelkonferenz zur Anbahnung der von ihnen doch immer in den Vordergrund geschobenen West-Ost-Entspannung alle nur möglichen Schwierigkeiten machten — ist es da wirklich so sehr überraschend, daß sich die Russen schließlich in sich selber zurückrollten und im Sinne Chinas die Zügel im eigenen Machtbereich schärfer anzogen, Jugoslawien abstießen und mit dem «Strafgericht» von Budapest auch den

Polen, Bulgaren, Ostdeutschen usw. eine heilsame Lektion geben wollten?

... und Wirkungen Wohlverstanden: die sowjetische Reaktion auf die negative Haltung des Westens ist damit nicht gerechtfertigt; aber im Westen hat man wirklich keinerlei Recht, die Antwort Moskaus auf die eigenen Fehler lärmend zu beklagen und zu verurteilen. Ein Recht zur Klage hat nur, wer auch die Sünden der westlichen Welt sieht und bloßstellt. Ihm ist es freilich klar, wie falsch und vielleicht verhängnisvoll die jüngste Wendung der Sowjetpolitik auch vom bloßen Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus ist, besonders die von ihr veranlaßte Abschreckungs- und Vergeltungsjustiz in Ungarn. Gewiß, die Gefolgsleute Moskaus haben sich zunächst einschüchtern und warnen lassen; Gomulka, der fähige Führer Polens, ist, trotz allem Widerstreben, wieder auf die Linie Chruschtschews eingeschwenkt, die «Harten» in Ostdeutschland fühlen sich noch sicherer als bisher vor Umsturzgelüsten ihrer treuen Untertanen, und wo immer in den anderen Volksrepubliken, bis nach China hin, liberalistische Neigungen wach geworden sind, da dürfen sie sich nun erst recht nicht mehr ans Tageslicht wagen. Aber gleichzeitig hat der Antikommunismus und die Gegenrevolution im ganzen Westen neuerdings mächtigen Auftrieb bekommen. Das kann auch den Beherrschern des Kreml nicht gleichgültig sein; das «Oderint dum metuant» («Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten») des altrömischen Despoten ist jedenfalls für die Behandlung der Westvölker durch Chruschtschew kein wirksames Rezept — im Gegenteil. Die Überzeugung: «Mit den Sowjets ist einfach kein auf Vertrauen begründetes Zusammenleben möglich», hat sich auch in liberalen, sozialistischen und sehr friedenswilligen Kreisen vieler Köpfe bemächtigt, und von hier bis zur Billigung des gewaltmäßigen Kampfes gegen die Sowjetunion ist nur mehr ein Schritt.

Die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung hat auf jeden Fall durch den «Neustalinismus» einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Man sieht das ganz deutlich an Westdeutschland, wo die Partei Adenauers bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen einen unerwartet großen Sieg errungen hat, so daß ein sonst mit Bonn gar nicht gleichgeschaltetes Blatt wie die Hamburger «Welt» schreiben konnte: «Die Nation hat gestern (am Wahltag) durch einen repräsentativen Teil erklärt, daß sie der atomaren Bewaffnung nicht länger widersteht.» Man sieht es aber auch an der Schweiz, wo die Budapester Hinrichtungen sofort zu gehässiger Verfemung der Gegner einer atomaren Bewaffnung der Armee und zur Forderung verstärkter Aufrüstung ausgenützt wurden. Bereits erörtert man die Möglichkeit, die beabsichtigte Volksinitiative für ein Verbot der Anschaffung atomarer Waffen als verfassungswidrig von vornherein zu untersagen, wie es ähnlich in Westdeutschland mit den Volksbefragungen über die Atomrüstung bereits geschehen ist. Und daß das bundesrätliche Verbot des Euro-

päischen Kongresses gegen die atomare Bewaffnung — diese internationale Blamage der Schweiz — ohne den Rückhalt, den unser bornierter Provinzlergeist an dem neugestärkten Antikommunismus hat, nicht erlassen worden wäre, das wird gleichfalls nicht bezweifelt werden können. Aber so ist es eben: im Namen der Freiheit, die man gegen den Kommunismus verteidigen zu wollen vorgibt, erdrosselt man die Freiheit mehr und mehr und ruft zu ihrem Schutz gar noch Atombomben herbei . . .*

Es wird zumindest schwerer sein als bisher, den Völkern des Westens klarzumachen, daß wir trotz allem eben doch mit der kommunistischen Welt im Frieden zusammenleben müssen, wenn wir nicht selber untergehen wollen. Und die Gefahr ist groß, daß die verschärfte Feindseligkeit der sich frei nennenden Nationen gegen die kommunistischen Länder deren Regierungen nur noch mehr in ihrer Verbitterung und ihrem Willen zum Rückzug auf sich selber bestärkt, daß sich also das Wechselspiel von Gewalt und Gegengewalt, von Haß und Widerhaß fortsetzt, das schon soviel Unheil angerichtet hat. Vielleicht ist die doch noch erfolgte Beschickung der Atomphysikerkonferenz in Genf durch die Russen, ist Chruschtschews neuer Vorschlag einer Konferenz zum Studium der Verhinderung eines plötzlichen Angriffskrieges und das wiederaufgelebte Interesse Moskaus für eine Gipfelkonferenz — vielleicht sind all diese Regungen doch Zeichen dafür, daß man in Moskau aus dem tödlichen Fehlerkreis herauskommen und ein Vertrauen zurückgewinnen will, das man so mutwillig verschleudert hat?

Zwischen Beirut und Paris Zum Glück hat sich, dank einer gewissen Beruhigung im Libanon, die internationale Lage im übrigen einigermaßen entspannt. Eine Zeitlang roch es ja im Orient bedenklich nach Pulver. Die Engländer hatten auf Cypern bereits eine Armee von 30 000 Mann versammelt, während die Amerikaner eine Kriegsflotte vor der asiatischen Küste kreuzen ließen, beide entschlossen, im Libanon einzugreifen, sobald die von der rebellischen Opposition hart bedrängte Regierung des Präsidenten Chamoun das verlangen sollte. Dabei war und ist die Unabhängigkeit des kleinen Landes von der Arabischen Bundesrepublik her keineswegs bedroht, die Voraussetzung für auswärtige Waffenhilfe also nicht erfüllt, wie dies nach der Eisenhowerdoktrin we-

* Inzwischen hat der Bundesrat, dem es jetzt auf einmal außerordentlich pressiert, seinen grundsätzlichen Beschluß vom 11. Juli veröffentlicht, wonach auch die Schweizer Armee mit Atomwaffen ausgerüstet werden müsse; die Armeeleitung sei bereits beauftragt worden, darüber Bericht und Antrag einzureichen. Der dahinterstehende Plan ist klar: Die Bundesversammlung soll in beschleunigtem Verfahren veranlaßt werden, der Anschaffung von Kernwaffen zuzustimmen, bevor die geplante Volksinitiative durchgeführt oder gar der Abstimmung von Volk und Ständen unterbreitet werden könne. So soll das Volk um sein Selbstbestimmungsrecht betrogen werden! Die Demokratie wird auch bei uns immer offenkundiger und frecher zur Lüge gestempelt.

nigstens für eine Einmischung der Vereinigten Staaten nötig wäre. Der Aufruhr im Libanon hat vielmehr ganz wesentlich innerpolitische Ursachen: die Korruption und Unfähigkeit des dem Westblock hörigen Regiments Chamoun, die alte Rivalität zwischen Christen und Mohammedanern, die Notlage großer, besonders islamitischer Volksteile und besonders das auch hier mit Macht zum Ausdruck kommende Verlangen nach Unabhängigkeit vom Westen. Sicher wird dieses Verlangen von Damaskus und Kairo aus in allerlei Formen unterstützt, auch durch Waffenlieferung an die Aufständischen; aber diese Unterstützung spielt bei weitem nicht die entscheidende Rolle, die ihr von den Westmächten zugeschrieben wird, und wird nur deshalb von Washington und London so aufgebauscht, weil damit der bequemste Vorwand für die gewaltsam-militärische Behauptung der Machtstellung des Westens im Libanon geschaffen werden könnte, der sich auch hier, wie im ganzen Orient, auf die reaktionärsten Klassen und Parteien gründet. Inzwischen hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, und die von der UNO nach dem Libanon entsandte Beobachtergruppe zum großen Ärger der Westmächte festgestellt, daß von einer irgendwie bemerkbaren militärischen Unterstützung der Aufständischen durch Syrien und Ägypten keine Rede sein könne, und gleichzeitig scheint sich eine friedliche Lösung der Staatskrise anzubahnen, die mit dem endgültigen Rücktritt Chamouns und baldigen Neuwahlen zum Parlament der Opposition Genugtuung gäbe, so daß die Gründe — oder Vorwände — für ein militärisches Eingreifen von außen her vollends wegfallen. Man muß nur hoffen, daß im vorderasiatischen Wetterwinkel nicht neue Spannungen auftreten, die den Westen doch noch zu einem «zweiten Suezabenteuer» verleiten könnten!*

Dauerhaften Frieden wird es eben in der arabisch-mohammedanischen Welt erst geben, wenn die ihr angehörigen Völker ihre volle na-

---

* Unsere Hoffnung ist jäh zuschanden geworden. Die Militärrevolution im Irak, die das Regime des feudal-reaktionären Nuri es Said, eines ausgesprochenen Satelliten Englands und Amerikas, stürzte, hat die Vereinigten Staaten nun doch zu dem Abenteuer eines bewaffneten Eingreifens im Libanon veranlaßt, und Großbritannien hat seinerseits Truppen nach Jordanien entsandt, um dessen nur noch von den Westmächten gehaltene Regierung neuerdings gewaltsam zu stützen. Alles mit der Begründung, die beiden Länder müßten gegen die «indirekte Aggression» der Vereinigten Arabischen Republik verteidigt und ihre nationale Unabhängigkeit dadurch sichergestellt werden! In Wahrheit sind es Amerika und England, die sowohl den Libanon als Jordanien weiterhin in Abhängigkeit von ihrem Militärsystem und Wirtschaftsregime halten und sie an der Gewinnung ihrer nationalen Unabhängigkeit wie an ihrer sozialen und kulturellen Erneuerung verhindern wollen. Es ist klar, daß der auf solche Lügen aufgebaute Versuch, die Machtstellung des westlichen Imperialismus in Vorderasien doch noch vor dem Ansturm der elementaren Bewegung des allarabischen Nationalismus zu retten, über kurz oder lang scheitern muß. Wenn sich daran nur nicht der offene Konflikt der Westmächte mit der Sowjetunion entzündet, die — nur ein paar hundert Kilometer vom Irak entfernt — dem kriegerischen Eingreifen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in den Unabhängigkeitskampf der arabischen Länder kaum untätig zuschauen wird!

tionale und soziale Befreiung gewonnen haben werden. Das werden namentlich auch die Franzosen in ihrem Verhältnis zu Nordafrika erfahren. De Gaulle hat zwar durch wirkliche Zugeständnisse an Tunesien (Zurückberufung des Großteils der französischen Besetzungstruppen und anderes) den drohenden unwiderruflichen Bruch zu verhindern gesucht und bemüht sich in ähnlicher Weise auch um die Beschwichtigung Marokkos. Aber die in Tunis abgehaltene Konferenz der nationalistischen Bewegungen von Tunesien, Marokko und Algerien hat es unmißverständlich klar gemacht, daß eine irgendwie freundschaftliche Verbindung der drei Länder mit Frankreich nicht in Frage komme, solange nicht die volle Unabhängigkeit Algeriens gesichert sei. Und davon scheint de Gaulle eben, bei allem Wunsch nach einer versöhnlichen Lösung des Algerienproblems und trotz seinem jüngsten Versprechen, wirtschaftliche Reformen in Algerien durchzuführen und der Unwissenheit des mohammedanischen Volksteiles entschlossen zu Leibe zu gehen, doch nichts wissen zu wollen. Mit gutem Grund; ist doch die große Frage für ihn jetzt, ob und wieweit er überhaupt noch Politik machen kann, ohne die faschistischen Militärführer und die algerischen Kolonialisten zum Endschlag herauszufordern.

Was diese beiden Gruppen (die unter sich allerdings keineswegs einig sind) im Schild führen, das wird nun durch allerlei Enthüllungen in Presse und Versammlungen immer klarer.* Danach hatte eine zentrale Gruppe von sechs oder sieben Obersten des Kolonialdienstes schon seit Monaten eine regelrechte Meuterei vorbereitet und ihr Netz nicht nur über Algerien ausgeworfen, sondern auch auf Frankreich selbst ausgedehnt. Der Plan war, die Vierte Republik mit Waffengewalt zu stürzen und de Gaulle als Militärdiktator ans Ruder zu bringen. 13 000 Fallschirmer standen nach dem Putsch in Algerien und dem gelungenen Handstreich von Korsika schon bereit, um in Südfrankreich gelandet zu werden und auf Paris zu marschieren, das man ziemlich mühelos — mit 300 Toten werde alles gemacht sein — zu erobern hoffte. Daß sich de Gaulle, unter scheinbarer Wahrung verfassungsmäßiger Formen, nicht von den Obersten und Generälen zur Macht erheben ließ, sondern vom Parlament, machte zwar einen Strich durch diese Rechnung; die Verschwörer verlegten sich aber nun um so mehr auf die «kalte» Eroberung der Macht, auf die zielbewußte Durchdringung des ganzen Staatsapparates mit ihren Vertrauensleuten, die denn auch heute nicht nur die Armee und die Polizei in Händen haben, sondern auch den Nachrichtendienst und ganze Verwaltungszweige des Mutterlandes. In Algerien herrschen sie ohnehin unumschränkt und kümmern sich um Befehle de Gaulles und seiner Minister

* Besonders aufschlußreich sind die Veröffentlichungen im «France-Observateur», ein auf bisher geheimgehaltenes Quellenmaterial gestützter Bericht von Paul Johnson im «New Statesman» und die Mitteilungen von Jules Moch, dem Innenminister der Eintagsregierung Pflimlin, an einem sozialdemokratischen «Informationskongreß».

überhaupt nicht mehr. De Gaulle scheint es jedoch nicht auf einen offenen Kampf mit den Rebellen ankommen lassen zu wollen; er hält sie hin, gibt nach, wo er nicht mehr anders kann, macht ihnen auch öffentliche Zugeständnisse — wie die Ernennung Soustelles zum Propagandaminister — und hofft, inzwischen mit Hilfe einer ihm ja schon heute sicheren Volksmehrheit beim kommenden Verfassungsreferendum seine Stellung derart unangreifbar machen zu können, daß Frankreich wenigstens eine eigentlich faschistische Gewaltrevolution erspart bleibe.

Wird aber Frankreich um den «Kampf mit dem Drachen» wirklich herumkommen? Und um wieviel wird die Fünfte Republik, die de Gaulle aufbauen will, besser, das heißt weniger faschistisch sein als die Ordnung, welche die Offiziersjunta erstrebt? Auch de Gaulle hat ja — um das mindeste zu sagen — kein inneres Verhältnis zur Demokratie, zumal seine romantischen Vorstellungen von einer Erneuerung der Größe und des Ruhmes Frankreichs allen militärisch-diktatorischen Unternehmungen Tür und Tor öffnen. Nur ein machtvoller Aufschwung der demokratisch-sozialistischen Kräfte könnte die unheilvolle Entwicklung aufhalten, die sich jetzt abzeichnet; aber bei der Gleichgültigkeit der Massen gegenüber den Notwendigkeiten eines entschlossenen Kampfes für eine wirkliche Erneuerung Frankreichs und bei ihrer Anfälligkeit für die gaullistische Propaganda und Demagogie ist das äußerst unwahrscheinlich, so sehr sich auch die klarsten Köpfe und tapfersten Herzen der Linken um eine Volksfront gegen Reaktion und Faschismus bemühen. Es kann einem leid tun um Frankreich; und doch halten wir durch alle Krisen hindurch das Vertrauen fest, daß auch das französische Volk eine Wiedergeburt erleben wird, so wie a l l e Nationen ihrer teilhaftig werden müssen.

Und Amerika! Nur ein rascher Blick sei heute noch auf Amerika geworfen, dessen innere Entwicklung ja für die Geschicke der ganzen Welt so überaus wichtig bleibt. Drei Tatsachen seien aus der Fülle der Erscheinungen besonders herausgehoben. Erstens: der offenbare Zerfall der Republikanischen Partei. Bei den meisten Wahlen der letzten Monate hat die Partei Eisenhowers, und zwar auf allen Stufen, schlecht abgeschnitten. Die Farmer, die Gewerkschaften, die Neger — sie alle wenden sich zusehends von ihr ab. Die Handlungsunfähigkeit der Regierung in den inneren Angelegenheiten und ihre Mißerfolge in der Außenpolitik bringen sie aber auch bei den übrigen Volksgruppen mehr und mehr um das Vertrauen, das ihr einst die Person Eisenhowers verschafft hatte. Die Eisenhower-Legende glaubt bald kein Amerikaner mehr, und um das Unglück voll zu machen, ist die «rechte Hand» des Präsidenten, Sherman Adams, in einen Korruptionsskandal verwickelt, der den Kredit der «Großen Alten Partei» vollends zu erschüttern droht.

Zweitens: Nachdem die Bundesregierung sogar durch den Einsatz von Militär den Entscheid des Obersten Gerichtshofes zugunsten der

Aufnahme von Negerkindern in öffentliche Schulen (Fall Little Rock) gestützt hatte, verfügt nun ein regionaler Bundesrichter, daß dieser Entscheid erst in zwei Jahren wirksam werden dürfe. Das heißt nichts anderes, als daß der Widerstand der südlichen Rassenfanatiker — hinter dem sehr solide Klasseninteressen stehen — zuletzt doch Erfolg gehabt hat und daß, wenn das Beispiel von Arkansas in anderen Staaten nachgeahmt wird — und das wird unfehlbar der Fall sein —, keine Macht der Erde die tatsächliche Gleichstellung der Schwarzen mit den Weißen durchsetzen kann. Der Rechtsgedanke hat so in den Vereinigten Staaten eine Niederlage erlitten, die auf absehbare Zeit überhaupt nicht mehr wettgemacht werden kann. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — schöne Ideale, gut als Exportartikel, aber keine Wirklichkeit in dem Reich, das sich zum Vorkämpfer der «freien Welt» gemacht hat . . .

Drittens: Der wirtschaftliche Rückschlag, der die Vereinigten Staaten getroffen hat, ist noch nicht überwunden, verstärkt sich sogar eher. Die Arbeitslosigkeit steigt an, die industrielle Produktion nimmt weiter ab, die Dividenden gehen herunter, die Kapitalanlagen werden zurückgehalten, die Massenkaufkraft sinkt. Und was das bedenklichste ist: die Wirkungen der amerikanischen Wirtschaftsstockung machen sich auch in der übrigen Welt bemerkbar, in den Rohstoffländern, die ihre Ausfuhr nach Amerika gehemmt sehen, wie in den industrialisierten Staaten, die ihrerseits den unterentwickelten Ländern ihre Erzeugnisse nur mehr in stark vermindertem Ausmaß liefern können. Stehen wir doch am Anfang einer neuen kapitalistischen Weltkrise?

Freiheitsoffensive! Im Lauf der vorausgehenden Überschau über die Weltlage sind wir verschiedentlich darauf gestoßen, daß der Gebrauch und Mißbrauch der Freiheitslosung als Propagandawaffe im Kalten Krieg der Westmächte gegen den Ostblock wieder einmal eine besondere Rolle spielt. Sie dient besonders, im Anschluß an die Budapester Hinrichtungen, dem erneut mit Heftigkeit verfolgten Streben nach Brechung der Herrschaft der Sowjetunion über die osteuropäischen Volksrepubliken, die dem westlichen Machtbereich zugeführt werden müßten. Sie wird sodann in zunehmendem Maße als Begründung für die Notwendigkeit der atomaren Aufrüstung der sonst angeblich wehrlosen Westvölker vorgeschoben («Lieber tot als rot»). Sie wird aber auch von solchen Leuten ausgegeben, die — wie zum Beispiel der englische politische Schriftsteller Sir Stephen King-Hall — die Sinnlosigkeit einer militärischen Bekämpfung des Kommunismus einsehen und vorschlagen, das Geld, das die Westmächte durch Verzicht auf die Atomwaffen ersparen könnten, für eine weltweite Freiheitspropaganda gegen die Oststaaten zu verwenden. Es erscheint darum angezeigt, die Aussichten eines solchen ideologischen Feldzuges doch etwas genauer nachzuprüfen, als es seine Befürworter gewöhnlich tun. Denn bei solch näherer Prüfung wird sich ergeben — um das gleich vorwegzunehmen —, daß die angeblich

freie Welt selbst das größte Hindernis für die Ausbreitung des Freiheitsgedankens in den kommunistisch regierten Ländern ist.

Für die sich christlich nennenden Abendländer sollte es von vornherein klar sein, daß wirkliche Freiheit nur auf dem Boden des Gottesglaubens möglich ist. Um mit Karl Barth zu reden: «Wo der *Geist des Herrn* ist, da (und nur da!) ist Freiheit. Es gibt auch andere Geister, menschliche und außermenschliche, auch übermenschliche, persönliche und unpersönlich-kollektive: Hausgeister, Volksgeister, Rassen- und Klassengeister, Vereinsgeister, Parteigeister, auch religiöse, auch Kirchengeister. . . Man kann aber von allen diesen Geistern nicht sagen, daß, wo sie sind, auch Freiheit ist. Sie müssen zwar nicht, sie können sich aber allesamt auch als böse, das heißt als solche Geister entpuppen und erweisen, die die Menschen, statt aus der Knechtschaft, der Angst, den Schneckenhäusern heraus, tiefer in sie hinein und also in die Unfreiheit treiben.»

Wer wollte leugnen, daß die Geister der Unfreiheit gerade über die «freie» Welt des Westens in den letzten Jahrhunderten und in unserer unmittelbaren Gegenwart eine besonders unheimliche Macht gewonnen haben und zu wahren Götzen geworden sind, denen sich die Menschen in Massen beugen — mit Lust beugen? Natürlich sind ihnen auch die Ostvölker weithin verfallen; Staat und Partei, Militär und Polizeimacht, materielles Wohlleben, Wissenschaft und Technik, zivilisatorischer und wirtschaftlicher Fortschritt — das sind namentlich in den kommunistischen Ländern fast allgemein anerkannte Götter, denen zu dienen offizielles Gebot geworden ist. Aber diese Länder ahmen damit ja nur das «christliche» Abendland nach, wobei sie freilich ehrlich genug sind, die westliche Religionsheuchelei zu verschmähen, dafür aber — so denke wenigstens ich — mehr *tätige* Christlichkeit zu üben als der Westen. Auf alle Fälle liegt es auf der Hand, daß, wie besonders auch Berdiajew so eindrücklich gezeigt hat, der moderne Mensch des Westens in den mannigfaltigsten Formen einer inneren wie äußeren Knechtschaft verfallen ist, die seinen Freiheitsanspruch und seine Freiheitsmission dem Osten einfach als verlogen und widerlich-abstoßend erscheinen läßt.

Daß der geistige und wirtschaftliche Materialismus ein Todfeind des freien Menschentums ist, gehört längst zu den Grunderkenntnissen des sozialen Christentums. «Wie wenig frei ist der moderne Mensch!», ruft schon 1913 Jean Matthieu in seinem Buch über «Das Christentum und die soziale Krise der Gegenwart» aus, um von vielen anderen Zeugnissen zu schweigen. «Neue Tyrannen sind gekommen (nach den nur politischen Gewaltherrschern), deren Joch vielleicht noch schwerer drückt als das der alten ‚Mächte', die einen weniger persönlichen Charakter tragen. Man versetze sich in den modernen Betrieb. Was für eine beständige Abhängigkeit ist ein modernes Leben! Wie verfügen die äußeren Mächte über den Menschen, so daß er das Gefühl hat, das bloße Rad eines ungeheuren Gehwerkes zu sein . . . Technik, Handel, Industrie, die Lage des Marktes, die wirt-

schaftlichen Krisen, die ganze moderne Wirtschaft sind zu Mächten geworden, die über uns herrschen . . . Das ganze moderne Leben trägt einen unfreien Charakter. Ein Fluch lastet heute auf dem Leben und beraubt es seiner Unmittelbarkeit und seines schöpferischen Wesens . . . Im engsten Zusammenhang mit dem Mangel an Freiheit steht der traurige Mangel an Persönlichkeit. Freiheit gibt es nur da, wo eine starke Persönlichkeitsbildung stattfinden kann. Und heute scheinen sich alle Kräfte der Zeit gegen die Persönlichkeit verschworen zu haben.» Was für die Welt von 1958 noch viel mehr gilt als für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Man muß sich darum schon fragen, wo der Westen eigentlich die Freiheit hernehmen will, die er in den Osten exportieren will!

Demokratie als Fassade Der geistige und wirtschaftlich-soziale Materialismus, die ganze kapitalistische Zivilisation unserer Tage hat im besonderen auch die neuerrungene politische Volksfreiheit und die individuellen Menschenrechte mehr und mehr ihres besten Gehaltes beraubt. Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit, für die freilich die vielen, allzuvielen blind sind, die die westliche Demokratie immer noch nach ihrem Fassadenwert einschätzen. Hier in den «Neuen Wegen» ist jedenfalls auf die verheerende Wirkung, die die Herrschaft der Geldmächte auf die politische Demokratie ausübt, immer wieder so nachdrücklich hingewiesen worden, daß es in diesem Zusammenhang kaum mehr nötig ist, darauf zurückzukommen. Die bürgerlich-politische Demokratie, soweit sie unter uns noch besteht, ist geradezu ein Fetisch geworden, ein Götze, dessen Anbetung seine Priester von den Völkern gebieterisch verlangen, um sie von der Notwendigkeit abzulenken, die wirtschaftliche und soziale Demokratie zu erkämpfen, die erst der politischen Freiheit wieder Leben und Wahrheit zu geben vermag. «Wir haben», sagte einmal Abbé Pierre, der kein Götzenpriester ist, «wir haben die Freiheit nur theoretisch gerettet; wir laufen Gefahr, nur einen Leichnam gerettet zu haben. Die Menschen in den unterentwickelten Ländern wollen lieber mit den Kommunisten essen als mit unserer Freiheit Hungers sterben . . . Was Amerika, was der Westen im allgemeinen bis jetzt tut, ist zerstörende Wohltätigkeit. Wirklich helfen heißt zu den Arabern und Indern gehen, mit ihnen wie ein armer Araber oder Inder leben: das vorgelebte Beispiel am Dienst des Menschen!»

So bemerkt denn auch Fenner Brockway, der britische Vorkämpfer der unfreien Völker im Machtbereich der «freien Welt», zu dem Vorschlag eines Freiheitsfeldzuges gegen den Kommunismus: «Die militärische Kriegführung gegen Sowjetrußland durch eine politische Kriegführung zu ersetzen, würde der Welt nicht den Frieden bringen. Es würde nur einen Gegenschlag herausfordern, würde die Feindseligkeit und Verbitterung verstärken und eine leidenschaftliche Konkurrenz um den Einfluß in den großen ‚nichtfestgelegten' Gebieten der

Welt entfesseln . . . Das heißt nicht, daß wir nicht immer unseren Glauben an persönliche Freiheit und politische Demokratie betonen sollten. Es heißt nicht, daß wir schweigen sollten, wenn die Freiheit unterdrückt wird, wie es in Ungarn der Fall war. Aber die wirksamste Art, dem Freiheitsgedanken zum Durchbruch zu verhelfen, besteht in seiner tätigen Anwendung und in dem beispielhaften Beweis, daß die Wohlfahrt und das Glück der Völker eher durch Demokratie als durch Totalitarismus zu erreichen ist. Im gegenwärtigen Augenblick würde Großbritannien mehr tun, um die Welt von der Überlegenheit unseres Systems zu überzeugen, wenn es Freiheit und Demokratie auf Cypern, Aden, Singapore, Kenya und Zentralafrika ausdehnte, als wenn es ungezählte Millionen für politische Propaganda ausgäbe.» («Peace News», 21. 3. 58.)

Der Titel «Freie Nationen», den sich die Westalliierten und ihre Mitläufer beilegen, ist so wirklich nicht mehr als ein Propagandaschlagwort, das auf denkfaule Leute berechnet ist. Wie Helen und Scott Nearing in ihrem Buch «USA today» feststellen: «Wenn eine Koalition, die Francos spanische Diktatur, die griechische Monarchie, die Oligarchien der Türkei und Pakistans sowie die kleinen und großen Despotien umfaßt, welche die Geschicke der meisten lateinamerikanischen und der orientalischen Staaten regieren, sich als ‚Die Freien Nationen' ausgibt, so ist das zum mindesten ein Mißbrauch der englischen Sprache, wie sie gesprochen und verstanden wird.» Besonders wenn man bedenkt, daß eine Hauptstütze dieser Koalition die Römische Kirche ist, deren Oberhaupt die Freiheiten, für die der Westbund angeblich kämpft, mehr als einmal feierlich als schwere Irrlehren verdammt hat!

«Die Vereinigten Staaten insbesondere, die die Führung der ‚freien' Nationen innehaben», so sagen die Verfasser des eben genannten Buches weiter, «sind aber noch in einem tieferen Sinn unfrei. Das Land ist der Gefangene gesellschaftlicher Kräfte, über die sie nicht einmal die elementarste Herrschaft haben. Um frei zu sein, muß ein Mensch oder ein Volk seine Entschlüsse ohne Hemmung, Einschränkung oder Zwang fassen und ausführen können. Die herrschende Schicht ist aber in diesem Sinne nicht frei; sie ist vielmehr der Spielball von Kräften, die sie herumjagen und sie zu überwältigen und zu zerstören drohen.» Als gefährlichste dieser Kräfte nennen die Scotts die expansive, also auf ständige Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches bedachte kapitalistische Wirtschaft, die ihre Anhänger in Abenteuer, Angriffsunternehmungen, Invasionen, Kriege, Eroberungen und koloniale Ausbeutung hineingetrieben habe. Die zweite Kraft sei die generationenalte Täuschung, daß ein Volk um so glücklicher sei, je mehr Reichtum es besitze. «So schweift die herrschende Schicht mit ihren Sendlingen und Agenten, ihren Enteignern und Henkern über die Erde hin auf der Suche nach dem Goldschatz am Ende des Regenbogens.» Die dritte Kraft schließlich sei das Streben, unser Jahrhundert zu einem amerikanischen Jahrhundert zu machen, in dem die Herren-

klasse der USA der Menschheit befehlen könne, was sie zu tun und lassen habe. «Diese drei Kräfte, kurz: die amerikanische Lebensform, treiben die herrschende Schicht vorwärts und jagen die amerikanischen Menschen über die Grenzen weg in Länder hinein, die von anderen Völkern besetzt sind. Wir glauben, dies sei die unmittelbarste und unheimlichste Drohung, der sich die Menschheit im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick gegenübersieht.»

Für eine Freiheitssendung, die den Vereinigten Staaten und der von ihnen geführten Mächtegruppe obliege, bleibt da freilich nicht mehr viel Raum. Nicht einmal im eigenen Land. «Kann denn», so fragt Professor Walter Millis im «New York Times Magazine» (2. Februar 1958), «ein militärisches Gemeinwesen, das sich vor allem um große Bomben und Ferngeschosse herum organisiert, noch ein freies Gemeinwesen bleiben — frei im Denken, im Glauben und im Meinungskampf, frei in der Macht des Stimmzettels oder im Streikrecht, frei in seinem Zugang zu den Kenntnissen, auf die sich seine politischen Leiter bei ihren Entscheiden stützen, und frei in der Anwendung seiner Intelligenz und seiner schöpferischen Kräfte zur Herbeiführung besserer Entscheide? Das ist offenbar unwahrscheinlich.»

Zu ganz ähnlichen Schlüssen kommen die amerikanischen Verfasser der Quäkerschrift «Sagt es den Mächtigen» (in deutscher Übersetzung im Sensenverlag Wien erschienen): «Seit 1945 hat ein ständiger Abbau jener Werte stattgefunden, die man früher als die wahre Grundlage der amerikanischen Demokratie ansah. Von der falschen Voraussetzung ausgehend, daß alles, was antikommunistisch ist, deshalb auch demokratisch sei, haben viele Amerikaner Maßnahmen unterstützt oder gebilligt, die für gewöhnlich als Hauptkennzeichen des Totalitarismus angesehen werden: das Bespitzeln von Mitbürgern, anonyme Anzeigen, Beschränkung der Bewegungs-, Rede- und Pressefreiheit, Verfolgungen nicht auf Grund von Handlungen, sondern um der Überzeugung willen, Umkehrung des traditionellen Grundsatzes, daß man als schuldlos angesehen wird, bis die Schuld erwiesen ist, die allmähliche Militarisierung unserer Seelen und unserer Gesellschaft ... Wie kann eine Nation, die in ein Wettrüsten von Atomwaffen verstrickt ist, die ruhige Beurteilung finden, die notwendig ist, um einen vernünftigen Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit herbeizuführen?» Nicht zuletzt, so heißt es in der trefflichen, mutigen Schrift, habe die Vorbereitung auf den Krieg zu einer planmäßigen Beeinflussung und Lenkung der Massenmeinung geführt, wie sie zuerst von totalitären Regierungen geübt, jetzt aber auch vom Westen übernommen worden sei, zu einer Propagandatechnik, die nach Belieben eine Massenhysterie zu erzeugen imstande sei und der gewaltige Geldmittel zur Verfügung stünden. «Der organisatorische, kulturelle und geistige Charakter einer Gesellschaft, die bereit ist, den modernen Krieg der Massenvernichtung zu führen, ist unvereinbar mit dem Charakter einer Gesellschaft, die demokratische und menschliche Werte verficht.»

Das ist eine Feststellung, die alle Freiheitspropaganda der anti-

kommunistischen und antisozialistischen Westmächte und ihrer «neutralen» Satelliten einfach als trauriges Lügengeschwätz abstempelt. Wie wollen es unsere Freiheitsschwätzer da anstellen, daß die Ostvölker die westmächtliche Zwecklüge als lautere, uninteressierte Wahrheit annehmen?

Schluß mit dem Kalten Krieg! Die einzige Wirkung, die der westmächtliche «Befreiungskreuzzug» bisher auf den Osten gehabt hat, ist in der Tat genau das Gegenteil des gewollten Ergebnisses gewesen und droht es weiter zu bleiben: Straffung und Verstärkung der Diktatur als eines Hauptwerkzeuges, um die nationale Einheit zu sichern und die Abwehr des äußeren Feindes zu organisieren. Wir mögen diese Art Reaktion beklagen, aber wie die Völker in Zeiten äußerer Gefahr nun einmal sind, müssen wir eben mit solcher Verhaltensweise wohl oder übel rechnen. Wie hat denn die Schweiz auf die Bedrohung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Sicherheit während des Zweiten Weltkrieges reagiert? Mit einer richtigen Zivil- und Militärdiktatur, die von der «ältesten Demokratie Europas» nur noch ein Zerrbild übrig gelassen hat. Und die Sowjetunion ist nicht nur ein paar Jahre lang in ihrem Leben bedroht gewesen, sondern ist es seit ihrer Geburt sozusagen ununterbrochen, also nun schon über vierzig Jahre lang. Interventionskriege nach 1917 — «friedliche» Unterwühlung durch die Westmächte und dann das Dritte Reich Hitlers — Einfall der deutschen Armee und entsetzliche Verwüstung Rußlands im Zweiten Weltkrieg — Einkreisung durch einen Ring gewaltiger Militär- und Bomberstützpunkte und Kalter Krieg der Westmächte seit etwa 1947: das ist die Geschichte der Beziehungen des Westens zum sowjetischen Osten, eine Geschichte, die sich mit all ihrem Entsetzen tief ins Bewußtsein der russischen Menschen eingegraben hat und sie die politische Diktatur immer wieder als eiserne Notwendigkeit im Dienste der nationalen Selbsterhaltung und der Rettung der Revolution — des ungeheuren sozialen Aufbauwerkes ihres neuen Staates — annehmen ließ.

Ich habe schon zu Beginn dieser Rundschau darauf hingewiesen, daß die neue Versteifung der Politik des Kreml mindestens zum Teil auf die konsequente Weigerung der Westmächte, den Kalten Krieg und die Rüstung zu einem abermaligen heißen Krieg abzubauen, zurückzuführen ist. Es ist zwar dumm und falsch, wenn man in Moskau glaubt, Jugoslawien und Ungarn durch eine Politik der Einschüchterung nicht linientreuer Kräfte bei der Stange halten zu können; aber die Westmächte, die jede Opposition innerhalb der östlichen Volksrepubliken begünstigen und offen auf die innere Zersetzung der Sowjetunion spekulieren, haben die Sowjets selber auf diesen Weg getrieben. Wenn sich Jugoslawien dank seiner geographischen Lage eine gewisse Sonderstellung gegenüber der Sowjetunion leisten kann — Polen kann das nicht, eingezwängt zwischen ein unberechenbares, auf die Wiederherstellung seiner alten Ostgrenzen bedachtes Deutschland

und ein zu neuer Abwehr des deutschen «Dranges nach Osten» entschlossenes Rußland, wie es ist. Will es nicht Gefahr laufen, zwischen Stuhl und Bank zu fallen, so m u ß es mit der Sowjetunion gemeinsame Sache machen, zumal die Bonner Republik jetzt Amerika hinter sich hat, das sie mit Atomwaffen auszustatten begonnen hat — gegen wen wohl?

Ähnliches gilt für die Tschechoslowakei, die sich vor zwölf Jahren nicht zuletzt aus Furcht vor einem wiedererwachenden deutschen Nationalismus und Militarismus der Sowjetunion zugewandt hat und an ihr die einzige zuverlässige Stütze hätte, wenn Deutschland einmal das Sudetenland zurückfordern sollte, das es sich unter Hitler einverleibt hatte. Und was Ostdeutschland betrifft, so liegt es auf der Hand, daß seine Wiedervereinigung mit Westdeutschland ein schöner Traum bleibt, solange die Bundeswehr mit ihren Atomgeschützen und -raketen nur ein Bestandteil der westmächtlichen Militärorganisation ist. Außenminister Gromyko hatte allen Grund, im vergangenen Frühjahr (am 31. März, in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet) die Bonner Verantwortlichen zu erinnern: «Vor einem Jahr hat die Sowjetregierung die Regierung der Bundesrepublik deutlich gewarnt, daß die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Verwandlung Westdeutschlands in den Herd eines Atomkrieges in Europa der Sache der Wiedervereinigung des deutschen Volkes einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzen würde. Die Verwirklichung der Pläne für die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik bedeutet unter den gegenwärtigen Umständen, daß ihre Regierung die Wiedervereinigung Deutschlands bewußt unmöglich macht. Und nach alledem beeilen sich Bundeskanzler Adenauer und diejenigen, die seine Politik mitmachen, dennoch, die Brücke zur Annäherung und zur Verhandlung zwischen den beiden deutschen Staaten abzubrechen und damit den einzigen Weg zur Verwirklichung der deutschen Einheit zu verbauen.»

In der Tat: Wenn es den Regierungen Westdeutschlands und der Atlantikstaaten wirklich darum zu tun wäre, «die 18 Millionen Ostdeutschen zu befreien», dann müßten sie alles unterlassen, was die Russen zwingen könnte, in Ostdeutschland stehen zu bleiben. Das Regime Ulbricht ist ja bei der großen Mehrheit der Bevölkerung der DDR gründlich verhaßt; es kann sich nur dank der sowjetischen Besatzung am Ruder halten, das heißt dank der russischen Furcht, ein Abzug der Sowjetarmee würde auch Ostdeutschland ins Lager der Westmächte führen und die deutsche Wehrmacht mit ihren amerikanischen Atomwaffen, wenn nicht die Amerikaner selbst, an die Oder-Neiße-Grenze heranbringen. Daß die Westmächte, eingeschlossen die Deutsche Bundesrepublik, alles tun, um die Russen in ihrer Furcht vor einem neuen, dritten Kriegszug nach Osten noch zu bestärken und die Rote Armee in Ostdeutschland und Polen festzuhalten, zeigt gleichfalls — wie all die anderen Tatsachen, die wir angeführt haben —, daß ihre Freiheitslosung gar nicht ehrlich gemeint ist. Sie dient ihnen nur als Waffe im Kalten Krieg gegen die kommunistische Welt des

Ostens, als vermeintlich bestes Mittel, um durch Erregung von Abscheu vor den Methoden der sozialen Revolution der unterentwickelten Völker und Klassen diese selbst an der weiteren Ausbreitung zu verhindern und dort, wo sie sich bereits durchgesetzt hat, sie womöglich wieder zum Zusammenbruch zu bringen. Wobei die alte, bürgerlich-kapitalistische Welt des Westens selber daran schuld ist, daß diese Revolution in gewalttätigen Formen nötig geworden ist und sich mit Gewaltmitteln — im Innern wie nach außen — verteidigen zu müssen glaubt.

Die Wahl, vor die das westliche Lager gestellt ist, ist damit — wir sagen es ein neues Mal — eindeutig klar: Entweder die Freiheitslüge aufgeben und der Notwendigkeit der sozialen Revolution ins Gesicht sehen, oder in der Lüge beharren, den Kalten Krieg weiterführen und dem Atomkrieg entgegenzugehen, auf den sich der Westen als auf eine unausweichliche Schicksalsfügung auch tatsächlich mit düsterer Entschlossenheit vorbereitet. Unsere Aufgabe aber ist es, den Bann dieses Schicksalsaberglaubens brechen zu helfen — im festen Glauben an die einzige, die wirkliche Macht, die unser aller Leben regiert, wenn wir ihren Geboten gehorchen.

11. Juli. *Hugo Kramer*

Bericht über die Tätigkeit der Auskunftstelle für Flüchtlinge im Jahre 1957

Zürich 57, Oerlikonerstraße 95, Postscheck VIII 15866

Das Jahr 1957 hat unserer Auskunftstelle für Flüchtlinge ein reiches Arbeitspensum zur Erledigung gebracht, das sie bestmöglich zu erfüllen suchte. Von 45 Flüchtlingen, die wir Ende 1956 zu betreuen hatten, ist die Zahl der von uns betreuten bis Ende 1957 auf genau 300 angewachsen, von denen wir 20 voll unterstützen mußten. Obwohl die Anzahl der in unserer Fürsorge stehenden Flüchtlinge eher noch im Steigen begriffen ist, dürfen wir doch annehmen – neue politische Zwischenfälle nicht eingerechnet –, daß sich ihre Zahl nicht mehr wesentlich vermehren wird. Wir sind für diese Aussicht dankbar, weil eine noch größere Betreuungszahl ohne weiteres nach einer Vermehrung der Betreuer rufen würde, welche aber schwer zu finden wären. Die ungarischen Flüchtlinge, welche das Wachsen der Betreutenzahl veranlaßten, geben uns ungleich mehr Arbeit, als dies seinerzeit die deutschen und österreichischen Flüchtlinge getan haben. Dies hängt mit der anderen Art dieser Flüchtlinge und ihrem sozialen Herkommen zusammen. Erschwerend fallen auch die sprachlichen Schwierigkeiten in die Waage. Anderseits muß man aber doch auch darauf hinweisen, daß viele dieser Ungarn achtenswerte und arbeitsame Menschen sind, welchen es eine wirkliche Ehrensache ist, auch unter sehr schweren Umständen sich und die Ihrigen durch oft harte und ungewohnte Arbeit ohne Unterstützung durch die Zeit zu bringen. Wir haben für unsere Ungarn durch

die gut drei Vierteljahre dauernde Unterstützung Fr. 22 127.45 an Unterstützungen ausgegeben.

Die von uns unterstützten alten Flüchtlinge erheischten eine Hilfe im Gesamtbetrage von Fr. 33 769.60. Sie wurde durch Krankheit, Alterserscheinungen, Spital- und Erholungsaufenthalte bedingt. Von dieser Summe hatten wir 40 Prozent auf unsere eigene Rechnung zu übernehmen, während uns diese bezüglich der Unterstützungen für Ungarnflüchtlinge vom Roten Kreuz zurückerstattet wurden.

Wir möchten nicht vergessen, hier auch des Heimganges von Frau Prof. Clara Ragaz zu gedenken, welche die Gründerin unserer Auskunftstelle für Flüchtlinge in finsteren Tagen Europas war und welche unermüdlich bis in ihr hohes Alter hinein für den Frieden kämpfte und sich der Not der Vergewaltigten und der Flüchtlinge annahm. Sie blieb bis zuletzt eine Förderin unseres Flüchtlingsdienstes, und in herzlicher Dankbarkeit bleiben wir ihr verbunden.

Trotz der anhaltenden Belastung unserer finanziellen Mittel hat das Betriebskapital nur unwesentlich abgenommen, wofür wir besonders dankbar sind, weil man in diesen gespannten Zeiten nie wissen kann, ob nicht gleichsam über Nacht neue Aufgaben erwachsen können, für die man gerüstet sein sollte.

Darum verbinden wir mit dem herzlichen Dank an unsere gelegentlichen und regelmäßigen Spender für ihre sehr willkommene Hilfe auch die Bitte, daß sie mit ihrem finanziellen Beistand unserem Fürsorgedienst treu bleiben möchten. Wir sind auf diese Dienstbereitschaft angewiesen, damit es uns möglich ist, auch weiterhin zu helfen.

Willi Kobe, Pfarrer
Esther Kober
Vera Oberli
Bertha Cortellazzi-Frei
Dr. Christine Ragaz

BUCHBESPRECHUNG

Otto Lauterburg: «Nun danket alle Gott». Verlag Paul Haupt, Bern. Zweite Auflage. 261 Seiten. Fr. 12.—.

Die Bücher unseres Gesinnungsfreundes, des früheren Pfarrers von Saanen, Dr. O. Lauterburgs, sind zu echten Volksbüchern geworden, so besonders das eben in fünfter Auflage erschienene Erziehungsbuch «Wozu leben wir?» und die in überarbeiteter Neuauflage vorliegende vorzügliche Einführung in das neue deutschschweizerische Kirchengesangbuch. Die bedeutendsten Lieder werden dem modernen Menschen nach Entstehung und Gehalt nahe gebracht, die Liederdichter und -komponisten feinsinnig charakterisiert. Das Buch stellt so einen wichtigen Hinweis auf das unerschöpfliche Gut des evangelischen Liedes dar. Darüber hinaus werden von den Liedern aus Linien zu den wesentlichen Menschheitsproblemen gezogen, die in jenen anklingen. In diesem Zusammenhang wird auch Leonhard Ragaz ausführlich zitiert. Das wertvolle Buch vermag kirchlichen wie unkirchlichen Menschen vieles zu geben. J. L.

Eine neue Heiligkeit

Wir leben in einer Epoche, die nicht ihresgleichen hat . . . Es bedeutet nichts, heute ein Heiliger zu sein, es ist eine Heiligkeit vonnöten, wie der Augenblick sie fordert, eine neue Heiligkeit, auch sie noch nie dagewesen.

Maritain hat es gesagt, aber er hat nur die Formen der früheren Heiligkeit aufgezählt, die heute überholt sind, für eine Zeitlang wenigstens. Er hat nicht gefühlt, wie sehr die heutige Heiligkeit dafür ein wunderbar Neues einschließen muß.

Eine neue Heiligkeit, das ist ein Emporquellen, ein Schöpfen. Sie ist fast gleich einer neuen Offenbarung des All und des menschlichen Schicksals. Es ist die Freilegung eines großen Teils an Wahrheit und Schönheit, die bis jetzt unter einer dichten Staubschicht versteckt waren. Es braucht dazu mehr Genie als Archimedes gebraucht hat, die Mechanik und die Physik zu erfinden. Eine neue Heiligkeit ist ein wunderbarerer Fund.

Nur eine Art Perversität kann die Freunde Gottes veranlassen, darauf zu verzichten, Erfindergeist zu haben, da sie ja, um eine Überfülle an geistigen Fähigkeiten zu erhalten, nur ihren Vater im Namen Christi darum zu bitten brauchen.

Es ist eine berechtigte Bitte, heute wenigstens, denn sie ist nötig. In dieser Form oder in jeder andern, gleichwertigen, glaube ich, daß dies die dringendste heute auszusprechende Bitte ist, eine Bitte, die jeden Tag, zu jeder Stunde wiederholt werden muß, wie ein hungriges Kind ständig um Brot bittet. Die Welt braucht Heilige, die Geist haben, wie eine Stadt, in der die Pest herrscht, Ärzte braucht. Wo ein Bedürfnis besteht, besteht auch eine Verpflichtung. *Simone Weil*

Aus: «Attente de Dieu», Paris 1950.

Simone Weil

Im deutschen Sprachgebiet ist Simone Weil für viele eine Unbekannte. Es ist nicht leicht, ihre vielschichtige Persönlichkeit dem Leser in kurzen Zügen nahezubringen; man müßte von der Philosophin und der Gewerkschafterin reden, von der Mystikerin und der Fabrikarbeiterin.

In einer späteren Arbeit wollen wir ihr geistiges Vermächtnis darlegen. Ihre Bitte um Rettung ihrer Gedanken vor dem Nichts, die sie mit schmerzlicher Inbrunst an einen befreundeten Geistlichen richtet, ist auch für uns verpflichtend.

Heute wollen wir einen kleinen Einblick in ihre geistige Entwicklung nehmen und zeigen, in welchem Sinne sie zu uns gehört und Anspruch darauf hat, daß die «Neuen Wege» ihre Botschaft weiter tragen.

In vierunddreißig kurzen Erdenjahren, von 1909 bis 1943, hat sich das reiche und tragische, von Gott und der Liebe zum Nächsten erfüllte Leben vollendet. Wir wissen wenig von Simone Weils «privatem» Leben: ein wohlhabendes Vaterhaus in Paris, liebende und verständnisvolle Eltern, große Begabung, durch die sie schon mit zweiundzwanzig Jahren die notwendigen Examen absolviert hatte, um Philosophie zu unterrichten. Sie wird früh und zeit ihres Lebens von unaussprechlichen Kopfschmerzen geplagt, und schon in ihrem fünften Lebensjahre, mit dem Erlebnis des Ersten Weltkrieges, erwacht in ihr der Drang, die Not der Armen zu teilen, es nicht besser zu haben als sie. Das kleine Mädchen verschenkt seine Zuckerration, trägt keine Strümpfe, wie die Vierunddreißigjährige an Unterernährung stirbt, weil sie sich in England auferlegt, nichts anderes zu essen, als was auch die Nahrung der Menschen in den besetzten Ländern ausmacht.

Wir denken nicht, daß das Wichtigste am Vermächtnis von Simone Weil ihre philosophischen Abhandlungen oder ihre religiösen Auseinandersetzungen seien. Beides hat rege Diskussionen veranlaßt, und es ist wohl möglich, daß viele Formulierungen etwas eigenwillig sind und im Zusammenhang mit ihrer starken Persönlichkeit und dem frühen Tode gesehen werden müssen. Auch sie selbst, obwohl alles, was mit der Intelligenz zusammenhängt, für sie von großer Bedeutung war, sah den Schwerpunkt ihres Lebens in der aufopfernden Liebe zum Nächsten und in ihrem mystischen Erleben der Liebe Gottes und des Kreuzes Christi. Es würde vielleicht logischer erscheinen, ihre Nächstenliebe nach ihrem Gotteserlebnis zu nennen, aber es ist nicht so, nicht ihre Liebe zu Gott hat sie die Nächstenliebe gelehrt, sondern ihre völlige Hingabe an den Nächsten hat sie für ein mystisches Gotteserlebnis geöffnet, das sie überhaupt nicht gesucht hat. Beinahe dreißig Jahre lebte sie, ohne die Frage nach Gott zu stellen, doch ihr Leben war «christlicher» als das vieler Christen. Gott und Christus sind ihr im gregorianischen Messegesang offenbar geworden. So kam es, daß sie sich nur mit der katholischen Kirche auseinandersetzte und daß eine Taufe nur in diesem Rahmen in Frage kam. Doch lehnt sie sie ab. Je mehr sie sich mit dem katholischen Glauben verbunden fühlt, um so mehr übt sie Kritik an der katholischen Kirche und fühlt sich berufen, «eine Christin außerhalb der Kirche» zu sein. Sie entschuldigt den Totalitarismus der Kirche (der ganz im Gegensatz zu ihrer Universalität steht) ebensowenig wie den politischen Totalitarismus, den sie schon im Jahre 1932 auf einer Reise nach Deutschland wachsen sah. Ihre Intelligenz sträubt sich, die gegenwärtigen und zukünftigen Dogmen der Kirche blindlings anzunehmen.

Aber auch ihrer Nächstenliebe widerstrebt, in die Kirche einzutreten, die so viele Menschen ausschließt, die Simone Weil, wie sich selbst auch, als «Christen» empfindet. Sie hebt in den Religionen der Griechen, der Ägypter, der Inder, der Chinesen Grundsätze hervor, die mit denjenigen des Christentums verwandt sind. Darum ist sie auch

gegen die Mission und glaubt, daß diese auf einem Mißverständnis der Apostel beruhe. Sie denkt, Jesus habe diese beauftragt, den Völkern, zu denen sie gingen, die frohe Botschaft vom Leben und Tod des Christus zu verkünden und so die vorhandenen Religionen zu ergänzen, zu erfüllen, wie Er selbst diese Botschaft der Religion Israels hinzugefügt hat.

Hier müssen wir Simone Weils Einstellung zur jüdischen Religion erwähnen, um zu betonen, daß ihre so sehr negative Haltung nichts mit Antisemitismus zu tun hatte und daß sie bereit war, die aus ihrer jüdischen Abstammung sich ergebenden Verfolgungen auf sich zu nehmen. Für ihren Gerechtigkeitssinn kann es kein auserwähltes, aber auch kein ausgestoßenes Volk geben. Sie macht zum Teil den jüdischen Nationalismus dafür verantwortlich, daß so wenig christliche Schriften der ersten Jahrhunderte auf uns gekommen sind. Sie glaubt, daß alle Schriften, in denen die Vorrechte Israels nicht anerkannt waren, vernichtet wurden. Wie wir schon gesehen haben, findet sie die meisten alten Religionen, die größtenteils einen «guten» Gott kennen, dem Christentum näher als die Religion Israels mit ihrem «zürnenden» Gott. Nach ihrer Meinung hätte das Christentum das Alte Testament nicht annehmen sollen, denn von seinen Büchern sei nur eine kleine Anzahl für Christen annehmbar (Jesaia, Hiob, Lied der Lieder, Daniel, Tobias, Teile des Ezechiel, der Psalmen und der Bücher der Weisheit, der Anfang der Schöpfungsgeschichte), in den andern fehle eine Hauptwahrheit, die im Zentrum des Christentums stehe und die die Griechen sehr gut kannten, nämlich die Möglichkeit des Leides der Unschuldigen.

Für Simone Weil ist das Kriterium des Glaubens die Einstellung des Menschen zu den irdischen Dingen. Für sie sind alle diejenigen gerettet, die die Nächstenliebe besitzen und die Weltordnung mit dem dazugehörenden Weltleid annehmen. Sie fügt noch bei, «wer diese zwei Tugenden vollkommen besitzt, ist ein Heiliger, selbst wenn er als Atheist lebt und stirbt».

Wenn wir mittelmäßigen Christen die Forderungen lesen, die Simone Weil für einen wahrhaft christlichen Lebenswandel aufstellt und daneben ihr Leben betrachten, drängt sich uns die Tatsache auf, daß sie selbst alle diese Forderungen erfüllte. Sie lebte nach den absoluten Geboten der Nächstenliebe, und sie nahm die Weltordnung an, in der Unschuldige leiden müssen. Die Erfüllung dieser Forderungen führt nach ihrer Überzeugung zur Heiligkeit, aber sich selbst hat sie immer wieder als ein aller Gnade unwürdiges Wesen betrachtet. Dies Gefühl der Unwürde stammt zum Teil aus ihrem körperlichen Übel, den unerträglichen Kopfschmerzen, aber auch aus den Demütigungen ihres Lebens in der Fabrik. Es ist vor allem das Zeichen einer heiligen Demut (um nicht zu sagen: der Demut einer Heiligen).

Wie hat sich die Nächstenliebe bei Simone Weil verwirklicht? Wie wir es schon kurz erwähnt haben: ihr ganzes Leben war darauf aus-

gerichtet, am Leid der Leidenden Teil zu haben, einmal, um es nicht besser zu haben als sie, dann aber auch, um mit den Gaben ihres Verstandes, aus der Kenntnis der Lage von innen heraus, Wege zu finden, den Menschen aus dieser Lage herauszuhelfen. In Le Puy, ihrer ersten Stelle als Philosophieprofessorin, nahm sie sich der Arbeitslosen an und auferlegte sich, selbst mit dem geringen Betrag auszukommen, den die Arbeitslosen als Unterstützung erhielten. Den Rest ihres Einkommens verteilte sie.

Der schwerste Schritt auf diesem Wege war ihr Eintritt in eine Maschinenfabrik im Krisenjahr 1934, wo sie, wie sie sich vorgenommen hatte, während neun Monaten das für sie doppelt schwere Leben einer Fabrikarbeiterin lebte, unterbrochen durch Arbeitslosigkeit mit ihren erdrückenden Begleiterscheinungen. Sie verwahrt sich dagegen, daß die «wirklichen» Fabrikarbeiter das Drückende ihrer Lage weniger empfänden als sie. Sie beobachtet, fragt und stellt fest, daß das Gefühl der Menschenwürde fast bei allen zerstört wird, wie bei ihr selbst auch in den ersten Wochen, bevor sie sich aufs äußerste anstrengte, täglich, ja stündlich, gegen diese Entpersönlichung anzukämpfen.

Simone Weil verließ die Fabrik körperlich und seelisch völlig erschöpft, und dieses Erlebnis trug viel dazu bei, daß sie sich so unzulänglich vorkam. Trotzdem hat sie schon im darauffolgenden Jahr versucht, einen etwas Verständnis zeigenden Chef einer Fabrik davon zu überzeugen, sie wieder als Arbeiterin einzustellen.

Wie das Leben von Simone Weil sich in zwei Richtungen entwickelte, die einander entgegenstehen, die religiös-mystische und die gewerkschaftlich-proletarische, so ist auch ihr Vermächtnis ein doppeltes: einerseits die Aufforderung an die Kirchen (eigentlich an die katholische, aber ein Teil ihrer Vorwürfe trifft auch die protestantische Kirche), dem Evangelium zum Durchbruch zu verhelfen, wodurch sie ganz von selbst den Zugang zu den Massen finden würden, und anderseits eine Antwort auf die verschiedenen Probleme des Arbeiter- und Bauernproletariats. Dieses doppelte Vermächtnis wird zu einer Synthese, durch welche die Trennung zwischen weltlichem und religiösem Leben überwunden werden soll durch die Verinnerlichung der Kirchen und ihre Zuwendung zu den Problemen der leidenden Menschheit.

In den Wochen vor ihrem Tode hat sie dies Vermächtnis niedergeschrieben als «Einführung in die Pflichten dem menschlichen Wesen gegenüber» unter dem Titel «Die Verwurzelung», durch den sie auf die Entwurzelung der Arbeiterschaft und des Bauernstandes hinweist, für die sie weitgehend das Christentum verantwortlich macht. Die Lösung sieht sie darin, daß die körperliche Arbeit, durch Erkenntnis ihres Sinnes, wieder ins Zentrum gerückt und geehrt würde.

B. Wicke

Was ist Realpolitik?

Als Realpolitik gilt, im Sinn ihrer Vertreter, jene «Staatskunst», die grundsätzlich das politische Leben und insbesondere die Selbsterhaltung von Volk und Land durch eigene, rein materiell verstandene Gesetze beherrscht sein läßt, unter Ausschaltung aller geistig-sittlichen Gebote und Regungen. Im Zwiespalt zwischen Staatszwecken und sittlichen Zwecken wird dem Staatszweck der unbedingte Vorrang gegeben und der Gehorsam gegen das Sittengesetz als bloß gefühlsmäßige Schwärmerei, als lebensfremder, ja lebensfeindlicher Idealismus abgetan, der gegenüber den einzig maßgebenden «Wirklichkeiten» der staatlichen Machtausübung, der militärischen Gewalt und der wirtschaftlichen Interessen nicht aufkommen könne und dürfe.

Es ist für jeden sauber Denkenwollenden selbstverständlich, daß Realpolitik in diesem Sinn etwas vollkommen Heidnisches ist. Das Christentum hat denn auch in seinen Anfängen – wie vorher das prophetische Judentum – ganz klar und scharf die Oberhoheit Gottes und seines Gesetzes auch über die politischen und wirtschaftlichen Ordnungen dieser Welt beansprucht. Aber im Laufe der zunehmenden Verweltlichung seiner Lehre und Praxis hat es mehr und mehr diesen Anspruch preisgegeben, so daß sich das politische und wirtschaftlich-soziale Leben immer bewußter und ungescheuter von der Rücksicht auf das Sittengesetz lösen konnte und seinen vermeintlich eigengesetzlichen Weg ging. Machiavelli auf der einen Seite und später Marx-Engels-Lenin mit dem, was an ihrem dialektischen Materialismus falsch ist, auf der andern bezeichnen Hauptetappen auf diesem Weg. Und das offizielle Christentum ist dabei, wenigstens was die sogenannten nationalen Fragen betrifft, weithin mitgegangen, unter akrobatischen Verrenkungen seiner Grundlehre, die lächerlich erscheinen müßten, wenn sie in ihrer vollendeten Charakterlosigkeit nicht so unsäglich traurig wären.

Wohin der Weg der herkömmlichen Realpolitik schließlich geführt hat, ist nun freilich entsetzlich eindeutig klar geworden: zur A t o m b o m b e und zum drohenden Atomtod der Völker. Das unverbogene Gewissen von «Heiden» und Christen, Juden und «Humanisten» lehnt sich gegen diese Konsequenz heftig auf; aber die «Realpolitiker» suchen solche Regungen zu beschwichtigen und zu ersticken, indem sie auf die angeblichen Staatsnotwendigkeiten hinweisen, die uns atomare Rüstungen aufzwängen, und – oft mit rohestem Zynismus – die «Atomangst» als Erzeugnis einer abgefeimten kommunistischen Propaganda verspotten und verhöhnen. Ein geradezu klassisches Beispiel für die primitive Art und Weise, wie über die Gewissensbedenken gegen Atomwaffen zur Tagesordnung der «Staatsnotwendigkeiten» hinweggeschritten wird, ist die allmählich berüchtigte Erklärung unseres Bundesrates vom 11. Juli 1958 über das Recht und die Pflicht

der Schweiz zur atomaren Kriegsrüstung. Die ganze Frage wird ja darin lediglich vom militärtechnischen Standpunkt einer «wirksamen» Landesverteidigung aus behandelt und nur ganz am Schluß, mit zwei Sätzen, noch schnell die moralische Seite gestreift: «Den an sich anerkennenswerten (!) Einwänden, die aus humanitären Gründen (!) gegen die Anschaffung der Atomwaffen erhoben werden, ist jedoch entgegenzuhalten, daß die schweizerische Armee, wie jedermann weiß, nur eingesetzt wird, wenn unser Land angegriffen ist und sich unser Volk im Zustand der Notwehr befindet. Dann aber muß sie sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen können und darf nicht zum vornherein auf die wirkungsvollste Waffe verzichten.» Mit einem Wort: «Not kennt kein Gebot», wie der deutsche Reichskanzler sagte, als die Armeen Wilhelms des Letzten in das neutrale Belgien einbrachen ...

Es ist mit Recht bemerkt worden, daß der «militärische Nihilismus» der bundesrätlichen Erklärung «von allem, was je unsere guten Geister dem Land gelehrt haben ... durch einen Abgrund getrennt» sei. «An wen wir immer denken mögen: an Nikolaus von Flüe oder an Jeremias Gotthelf, an Pestalozzi und an sein prophetisches Wort vom europäischen Aberglauben an die ‚militärische Organisation', die ‚alles verschlingt', an Henri Dunants Warnung vor dem Drang zum vollkommensten ‚Zerstörungsmittel', mit dem ‚diese Zivilisation ... unfehlbar in Trümmer geht', an Rousseau oder Spitteler, an Johannes von Müller oder Jacob Burckhardt oder C. F. Meyer – die Lehren, die wir von ihnen und ihrem Schweizertum empfangen, sind mit der Meinung, daß die ‚wirksamsten Waffen' für uns die militärischen sind und daß wir unser Heil in den Superwaffen der Supermächte suchen müssen, nicht zu vereinen.»*

Der Verfasser dieses Artikels hätte unbedingt auch Leonhard Ragaz nennen müssen, der in unserer Zeit wie kein anderer aus seinem christlichen Gewissen und mit seinem schweizerischen Herzblut gegen den volkszerstörenden militärischen «Realismus» gestritten und der Schweiz einen anderen, besseren, sichereren Weg zur nationalen Selbstbehauptung gezeigt hat. Wie würde Ragaz erst heute geistesmächtig und leidenschaftlich gegen die Verleugnung des Echtesten und Tiefsten, was Schweizersein bedeutet, auftreten, gegen die Preisgabe all dessen, was das Lebensrecht der Eidgenossenschaft ausmacht, durch die irrsinnig gesteigerten Kriegsrüstungen der letzten Jahre und vollends durch die völlig unverantwortliche Propaganda für «schweizerische» Atomwaffen!

Ragaz wurde von denen, die es vor allem anging, nicht gehört. Aber die Wahrheit, aus der er dachte und kämpfte, ist mit ihm nicht dahingegangen; ja, sie wird unter uns aufs neue lebendig und kann unsere Rettung aus einer Gefahr werden, die so tödlich noch nie vor

* Vgl. «Thurgauer Arbeiterzeitung», 26. Juli 1958.

uns stand. Ein Zeuge dieser Wahrheit ist die kleine Schrift des Delsberger Pfarrers Eduard Wildbolz, «Atomwaffen für die Schweiz?», die vor einigen Monaten im Evangelischen Verlag Zollikon erschienen ist. Sie sagt in ruhiger, aber fester Art eigentlich alles, was vom christlichen Standpunkt aus zur Frage einer schweizerischen Atomrüstung zu sagen ist. Wildbolz wendet sich vor allem gegen die so anmaßend-naive Vorstellung, diese Frage könne und müsse einfach nach fachlich-militärischen Gesichtspunkten entschieden werden, unbekümmert um sittliche Bedenken und Grundsätze. Er schließt sich durchaus dem Urteil an, «daß im Grunde der Ethiker das Gewissen des Politikers ist, so daß die beiden letztlich eins sind und nicht zwei geschiedene Welten vertreten. Sie lassen sich nicht gegeneinander ausspielen, als ob etwa Politik und Militärwesen zur Welt der Tatsachen, die Ethik aber zu einer imaginären Welt des Wunschdenkens und der Utopie gehörte.»

Von diesem wirklich realistischen Boden aus wird ihm – um das wenigste zu sagen – die ganze Fragwürdigkeit einer Landesverteidigung mit Atomwaffen klar, die, wenn sie wirklich eingesetzt würden, ja nicht nur einen möglichen Gegner und das von ihm besetzte Ausland treffen, sondern unser eigenes Land und Volk auf weite Strecken hin zerstören müßten. «Die Atomwaffe ist kein Mittel mehr, mit dem sich Gegner messen können, sondern sie können sich damit nur vernichten ... Es kann kein Zweifel bestehen, daß wir bei den nuklearen Waffen auf dem neuen Gebiet stehen, wo der Krieg nicht mehr Auseinandersetzung von Armeen ist, sondern wo es um die Ausrottung der Menschen geht ... Unsere Atomwaffen würden unser eigenes Land verwüsten, unsere Dörfer zerstören, die eigenen Menschen töten, und all das nicht in vereinzelten Fällen, sondern immer gleich massenweise.» Auch von einer abschreckenden Wirkung schweizerischer Kernwaffen auf einen möglichen Angreifer kann unter diesen Umständen keine Rede sein; ein solcher Gegner hätte, zumal wenn wir nur taktische Atomwaffen besäßen, von vornherein die weit überlegenen strategischen Angriffsmittel, mit denen er uns ohne Mühe niederkämpfen könnte, falls er unser Land zum Ziel seiner Operationen machen wollte. Wenn also, so bemerkt Wildbolz mit Recht, «die Drohung ihren Zweck nicht erreicht und der Angriff stattfindet, dann werden die Atomwaffen uns viel härter treffen als den Angreifer, unsere eigenen Nachkommen werden betroffen. Was ist das aber für eine Drohung, die mich selber mehr bedroht als andere, an deren Adresse sie gerichtet ist? Es erscheint als sehr zweifelhaft, ob wir wirksam die Rentabilitätsberechnung eines Angreifers beeinflussen können, wenn wir unsere Bereitschaft erklären, aus unserem Land allenfalls eine Atomwüste zu machen.»

Wie man die Dinge auch ansieht: die harte Tatsache bleibt bestehen, daß Atomwaffen für unser Land kein Schutz sind, sondern es nur mit mehr oder weniger weitgehender Zerstörung bedrohen und

damit der Landesverteidigung jeden Sinn und Inhalt nehmen. «Wenn wir selber nach Atomwaffen rufen», so stellt der Verfasser unserer Schrift fest, «dann sind wir drauf und dran, selber diese Entleerung des Begriffes der Landesverteidigung vorzunehmen.» Alle Werte, deren Verteidigung die Aufgabe der Armee sein soll, würden zerstört, wenn diese Verteidigung mit Atomwaffen versucht würde. Der Atomkrieg «verliert den Sinn eines im Notstand ergriffenen Ordnungsmittels, denn nicht Ordnung resultiert aus der Zerstörung und Vernichtung, sondern überleben kann vermutlich nur die Tyrannei.» Und da will man uns noch glauben machen, der Soldat verlange Atomwaffen, weil nur sie ihn instand setzten, einem Angreifer mit gleichwertigen Abwehrmitteln entgegenzutreten? Man schätzt sein Denkvermögen doch gar zu gering ein, wenn man vor ihm die Wahrheit verbergen will, daß Atomwaffen in seiner Hand, statt ein Schutz der Heimat zu sein, diese Heimat mit völliger Sicherheit erst recht vernichten müßten!

Der Schluß ist unausweichlich: Die Schweiz kann heute nur noch dadurch verteidigt werden, daß sie durch entschlossene Mitarbeit an der internationalen Abrüstung und im besonderen durch Verzicht auf eigene Atomwaffen den Ausbruch eines neuen, allzerstörenden Krieges verhindern hilft, anstatt durch Beteiligung am atomaren Wettrüsten andern Ländern ein böses Beispiel zu geben und dadurch die Gefahr einer Entladung der atomgeladenen Atmosphäre weiter zu steigern. Gewiß schließt dieser Weg auch ein Risiko in sich; aber ist dieses Risiko nicht unvergleichlich geringer als das andere, das unsere Einschaltung in das atomare Wettrüsten darstellte?

Pfarrer Wildbolz ist kein unbedingter Kriegsgegner; er glaubt – wie Karl Barth und seine Schule –, «daß es innerhalb der uns von Gott zugewiesenen Möglichkeiten liegt, im äußersten Notfall auch Gewalt anwenden zu müssen, wenn die Menschlichkeit bedroht ist.» Aber den Einsatz von Atomwaffen und schon die Drohung damit erachtet er dennoch als klar außerhalb dieser Möglichkeiten liegend. Es gibt, so betont er ganz stark, eine Grenze des sittlich und religiös Erlaubten, die der Staat auch zum Zweck seiner Verteidigung nicht überschreiten darf – und der Gebrauch von Atomwaffen müßte diese Grenze eindeutig überschreiten. Mit solchen Waffen in der Hand verleugneten wir alle menschlichen und sittlichen Aufgaben, die uns anvertraut sind. «Es steht gar nicht zur Diskussion, ob wir vor den Atomwaffen eine Abscheu empfinden. Es geht um keinerlei Fragen des bloßen Gefühls, sondern uns ist eine Frage des Gehorsams gegenüber Gott gestellt.» Rüsten wir uns mit Atomwaffen aus, dann sind wir Gott ungehorsam. «Dann begegnet der eventuelle Vernichtungswille eines Gegners dem auf unserer Seite in den Massenvernichtungsmitteln manifestierten Vernichtungswillen. Das ist aber nicht mehr Schutz vor dem Chaos, sondern das ist bereits Spielen mit dem Chaos von unserer Seite. Wir fragen: Ist dieser Bankrott aller Ethik der Wehr-

wille, den man von uns Schweizern erwartet? Wir sehen uns im Griff nach den Atomwaffen als Übertreter des uns von Gott gegebenen Gebotes. Wenn wir nach diesen Waffen greifen, dann vergehen wir uns gegen dieses Gebot.»

*

Damit ist tatsächlich die alte, falsche «Realpolitik» in ihrem Kern angegriffen und verurteilt. Echter Realismus – das muß nun auch in der Politik als elementare Erkenntnis durchbrechen – besteht in der Gründung auf die ewige Wirklichkeit Gottes und seiner Gesetze; der Gehorsam gegen sie kann allein auch den irdischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten gerecht werden, die durch die Anerkennung vermeintlicher materieller, von Gott gelöster Eigengesetzlichkeiten in Tat und Wahrheit aufs verhängnisvollste mißachtet werden. Wenn er Gott und sein Gesetz ablehnt, dann verfällt der Mensch eben unweigerlich den Götzen und ihren Gesetzen, die ihn bis zu den letzten satanischen Konsequenzen treiben. Der Kult des Militärgötzen, der nun auch den Atomtod fordert, ist die grauenhafteste Bestätigung dieser Wahrheit; er verblendet seine Diener und Gläubigen so sehr, daß sie nicht einmal die einfachsten Realitäten des menschlichen Zusammenlebens mehr zu sehen vermögen. Aber der Widersinn und die Erfolglosigkeit der hergebrachten «Realpolitik» müssen auch auf den übrigen Gebieten des staatlichen und zwischenstaatlichen Lebens erkannt und aufgezeigt werden. Dieser Aufgabe widmet sich Friedrich Wilhelm Förster auch in seinem neuen Buch «Politische Ethik» (Paulus-Verlag Recklinghausen) wieder mit alter Meisterschaft und Entschlossenheit. Das Buch ist eigentlich die vierte Auflage seines schon von Jahrzehnten erschienenen großen Werkes «Politische Ethik und Pädagogik», das mir damals wertvollste Grunderkenntnisse erschloß. In seiner jetzigen, stark verkürzten Form und mit der Einbeziehung wichtiger Fragen, die durch den Zweiten Weltkrieg und seine Ergebnisse aufgeworfen wurden, in seine Erörterungen ist es indessen fast doch ein neues Buch geworden, das der Leser mit herzlichem Dank an den unermüdlich tapferen Kämpfer und Erzieher aus der Hand legt.

Nicht daß ich freilich Försters Art, die Dinge zu sehen, in allem teilen könnte; in wichtigen Punkten geht er, wie ich glaube, sogar bedenklich in die Irre. So in seiner (katholischem Einfluß zuzuschreibenden) erstaunlichen Lobpreisung Adenauers und seiner Politik; so in seiner souveränen Vernachlässigung der sozialrevolutionären Triebkräfte und Notwendigkeiten im Gesamtbild unserer Zeit; so insbesondere in seiner grundsätzlichen Anerkennung des Rechtes zur Anwendung militärischer Gewaltmittel gegen unbelehrbare Barbaren (darüber habe ich mich mit Förster in den «Neuen Wegen» schon vor etlichen Jahren ausgiebig auseinandergesetzt). Was ich aber aus seiner «Politischen Ethik» mit ganzer Zustimmung hervorheben möchte, unter Verzicht auf eine Besprechung anderer vortrefflicher Darlegun-

gen, das ist sein klares, nicht mehr anzufechtendes Urteil über die «Realpolitik» der älteren wie der neueren Staatsmänner und Staatstheoretiker, die die wahren Realitäten des politischen Lebens gänzlich verkennen. Es sei ihm, so bekennt Förster, beim Niederschreiben seines Buches, das auf mehr als 60 Jahren weltpolitischer Beobachtung beruhe, immer stärker zum Bewußtsein gekommen, daß das große politische Völkerproblem unserer Zeit unvergleichlich mehr sei als eine bloße ethische und politische Angelegenheit: «Es ist ein geistiges und religiöses Problem und kann nur von diesem Hintergrunde aus richtig verstanden und behandelt werden.» Welcher Irrtum deshalb, zu glauben, daß die Gebote Gottes zwar den Menschen auf seine Zugehörigkeit zu einer überirdischen Welt hinweisen, daß sie aber nicht durch die Wirklichkeit des irdischen Lebens bestätigt seien, die ihre eigenen Gesetze habe und für sie unbedingten Gehorsam fordere! In Wahrheit liegt die Sache ganz anders: «Das geistig-sittliche Lebensprinzip hat noch weit grundlegender mit dem gesamten irdischen Heil des Menschen zu tun als alle physiologischen und biologischen Bedingtheiten unseres Daseins. Das will sagen: Das Ethos ist unvergleichlich mehr physiologisch und biologisch wahr als alle bloß materiellen Bedingtheiten unseres Lebens.» Oder mit dem Evangelium gesprochen: «Trachtet zuerst nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, dann wird euch all das andere obendrein gegeben werden» – auch nationale Sicherheit, Freiheit und Wohlhabenheit.

Förster hat vollkommen recht, wenn er der sogenannten Staatsraison, die das schlechte Mittel durch den guten Zweck geheiligt werden läßt, die wirkliche Raison, die wahre politische Vernunft, die staatsbildende und staatserhaltende Weisheit abspricht und uns daran erinnert, daß die von den «Realpolitikern» so geringschätzig behandelten ungreifbaren sittlichen Güter und Werte am Ende doch weit entscheidendere politische Wirklichkeiten sind als alle äußerlichen politisch-technischen Sicherheiten. «Der Machiavellismus ist eine Sozialtechnik ohne jede Sozialpsychologie, das ist sein Verhängnis bis weit hinein in die neueste politische Geschichte. Überall, wo der Machiavellismus herrscht, wird das Element ‚Psyche' ausgeschaltet und brutal mechanischen Methoden aufgeopfert, und diejenigen, die im Rausche von skrupellosen Aktionen befangen sind, merken gar nicht, daß hier im Namen der Politik gerade die tragfähigsten staatsbildenden Kräfte der menschlichen Natur vernachlässigt oder preisgegeben werden.»

Die beiden Weltkriege sind, wie Förster bemerkt, ganz einfach der Bankrott der bisherigen völkerpolitischen Methoden, der ganzen «Realpolitik» im herkömmlichen Sinn. Wenn diese Methoden fortdauern, so müssen sie die Völker in die gänzliche Vernichtung ihrer Kultur hineintreiben, besonders seit die Atom- und die Wasserstoffbombe erfunden ist und ein Staat um den andern sie haben will. Schon jetzt sieht man ja, wie verrohend und entsittlichend der «Kalte

Krieg» und die Militärrüstungen, die Kolonialpolitik und der ganze Imperialismus auf das innere Leben der Völker, auf Freiheitssinn und Gerechtigkeitsstreben wirken. «Man weckt», so sagt Förster, «nicht ungestraft die Machtinstinkte – wer sie nach außen hin mobil macht, der hat sie damit auch für das staatliche Innenleben entfesselt. Das Leben des Gewissens ist eine Einheit, und die sittlichen Bedenken, die auf einem Gebiete lächerlich gemacht werden (man denke an den Spott unserer Zeitungen über die ‚Atomkriegspanik'. H. K.), müssen nur zu schnell auch auf allen anderen Gebieten an ihrer Berechtigung irre werden. Jede vom Staate praktizierte Überordnung des materiellen Vorteiles über das Rechtsgefühl, der rohen Leidenschaft über die sittlichen Mächte rächt sich sofort bis weit hinein in die geschäftliche Ethik, in die sexuelle Moral, in die häusliche Sittlichkeit und offenbart sich in einem allgemeinen Kurssturz des kategorischen Imperativs der obersten Sittengesetze.» Was alles natürlich nicht nur für den internationalen Machtkampf und die nationale Selbstbehauptung gilt, sondern auch für den Kampf um politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Gewaltmittel rächen sich schließlich immer an dem, der sie gebraucht, mögen sie auch für den Augenblick Erfolg zu haben scheinen. Kein noch so erhabener Staatszweck, für dessen Erreichung wir widergöttliche Mittel einsetzen, darf uns darüber hinwegtäuschen, «daß wir von dieser Minute an den niederen Mächten eine ganz neue Sanktion gegeben haben, die alles dreimal annulliert, was wir mit dem Munde und mit der Hand für die höhere Welt getan haben. Wir haben dann die Probe des wahren Glaubens an die Prinzipien, für die wir kämpften, nicht bestanden, wir haben mitten im Kampfe für das Gute unseren eigenen Glauben an das Böse besiegelt. Nach diesem tieferen Sinn und Wesen unseres Strebens aber richtet sich allein die Wirklichkeit der Dinge.»

Ist mit diesen Feststellungen nicht auch die als Einschüchterung des möglichen Angreifers gedachte Drohung der beiden großen Machtlager mit dem Atomkrieg, ist damit nicht insbesondere die ganze «Politik der Stärke» des «christlichen Abendlandes» gegenüber dem «gottlosen Kommunismus» vorbehaltlos verurteilt? Man sollte es meinen – und doch zieht Förster selbst aus seinen so eindeutig klaren und wahren Grundsatzerörterungen nicht diesen nun durchaus gegebenen Schluß. Seine oben bereits erwähnte Schwäche für «alttestamentliche» Strafmethoden, die die Bergpredigt in gewissen Fällen außer Kraft zu setzen erlaubten, verführt ihn tatsächlich dazu, die Zurüstung von Atombomben als «letzte Verteidigungsmittel gegen einen barbarischen Angriff» gutzuheißen. Wohl seien zweifellos bei der Zerstörung Hiroshimas militärische Erwägungen gegenüber weiterblickenden politischen Rücksichten ausschlaggebend gewesen (was übrigens nicht einmal stimmt; militärisch war der Krieg gegen Japan schon fast beendet, aber die Vereinigten Staaten wollten aus «weiterblickenden» politischen Erwägungen die vor der Tür stehende Beteiligung

der Sowjetunion an der Besetzung Japans durch den Gewaltschlag mit der Atombombe verhindern). Aber, so fährt Förster fort, «die präventive Bereitstellung der Atombombe war unbedingt berechtigt und sollte als Defensive für alle Fälle in gleichem Maße zur Verfügung stehen, wie man von demselben Gesichtspunkt aus Truman das Recht, ja die Pflicht zuerkennen mußte, um jeden Preis zu verhüten, daß die Wasserstoffbombe einseitig den Gegnern der freien Welt zur Verfügung stünde». Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest. Weiß denn Förster wirklich nicht, daß die Amerikaner die ersten waren, die sowohl die Atombombe als nachher die Wasserstoffbombe konstruierten, daß s i e es waren, die jahrelang einseitig darüber verfügten, und daß die Russen ihnen auf diesem Weg nur nachfolgten, um zu verhindern, daß die «freie Welt» ihr Atombombenmonopol dazu benützen könnte, «eine Präventivkrise und nötigenfalls einen Präventivkrieg zu erzwingen mit dem Zweck, eine Regelung mit dem Kreml herbeizuführen» (dies nach der «New York Herald Tribune» vom 9. April 1949, Pariser Ausgabe, der Sinn der kurz zuvor gehaltenen Bostoner Drohrede Churchills).

Nein, so überzeugend Förster die realistische Notwendigkeit eines Verzichtes auf unsittliche Mittel im Dienste irgendwelcher Staatszwecke begründet, so wenig überzeugt sein Vorbehalt zugunsten der «abschreckenden» Wirkung der Atomwaffen im Kampf gegen den Kommunismus. Wenn im Namen der Unterordnung des Staates unter das Sittengesetz den später gekommenen Russen der Verzicht auf die Bereitstellung und Anwendung von Atombomben zugemutet werden muß, so noch mehr den Amerikanern, die diese Massenvernichtungswaffen zuerst eingesetzt haben, um damit gewisse politische Zwecke zu erreichen, und die jetzt die Führung der «freien Völker» im atomaren Wettrüsten innehaben! Was Wildbolz – um zum Schluß auf ihn zurückzugreifen – auf die Frage antwortet, ob nicht die Existenz des sowjetrussischen Regimes doch die Schweiz zur atomaren Aufrüstung berechtige, das gilt ganz allgemein für die westliche Welt und besonders für ihre christlichen Volkskreise: Gerade die Existenz des Sowjetkommunismus mit seinen Gefahren und Übeln, gerade der unverkennbare Ernst der internationalen Lage müssen uns den Verzicht auf Atomwaffen in besonderer Weise nahelegen. «Einmal ist uns die Teilnahme am Massenmord eines Atomkrieges durch Gottes Gebot auch angesichts der Bedrohung des Ostens verwehrt, es müssen andere Mittel und Wege des Widerstandes gesucht und können auch gefunden werden. Man vergesse nicht, daß H-Bomben schlechterdings untaugliche Mittel sind, um damit die Humanität und andere höchste Werte unseres Daseins zu erhalten. Auch wenn dem Westen in einem künftigen Krieg mit A- und H-Waffen ein Sieg über den Osten gelingen sollte, so wäre damit nichts gewonnen, weil wir ganz sicher durch das Grauen eines solchen Krieges für alle Anarchie, Rechtlosigkeit und allen Nihilismus in einer Weise anfällig würden, daß der

‚Osten' mitten unter uns in neuer Kraft sein Haupt erheben würde. Vor allem aber ... ist es zweifellos ein wichtiger Dienst für den Völkerfrieden, wenn einzelne Länder sich nicht in den Sog des atomaren Wettrüstens hineinziehen lassen, sondern durch ihren Verzicht ein Zeichen aufrichten, daß dieser Weg einer immer unheimlicher und gefährlicher werdenden Bedrohung niemals unter einer Verheißung, sondern nur unter dem Fluch stehen kann.» Das, in der Tat, ist wahre Realpolitik! *Hugo Kramer*

Einer neuen Union française entgegen?

Die neue Verfassung, die General de Gaulle diesen Herbst dem französischen Volk zur Annahme vorzulegen gedenkt, will auch die Beziehungen Frankreichs zu den ihm verbliebenen Kolonialgebieten neu regeln. De Gaulles Werbefahrt für sein Projekt, deren Erfolge und Mißerfolge von der Weltpresse registriert werden, wird verständlicher, wenn man weiß, daß nicht weniger als 40 Prozent der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Plebiszit in Übersee, hauptsächlich in Afrika, leben. Es wird unsere Leser interessieren, was ein so guter Afrikakenner wie Basil Davidson, der in den «Neuen Wegen» schon öfters zum Wort gekommen ist, über die Lage in den wichtigen afrikanischen Territorien Frankreichs mitzuteilen hat. Sein Bericht im «New Statesman» vom 9. August wurde geschrieben, bevor de Gaulle seine Propagandareise antrat.

Für die riesigen Gebiete von Französisch-Westafrika und Äquatorialafrika, die an Umfang Westeuropa übertreffen, ist die Entwicklung, die sich in Frankreich anbahnt, von schicksalhafter Bedeutung. Wie Basil Davidson treffend sagt, können die Franzosen mit Recht behaupten, daß die französische Verwaltung der Vierten Republik hier der afrikanischen Forderung nach Gleichstellung mit seltener Toleranz und Weitsicht entgegenkam. Wo sonst in Afrika sind politische Parteien zu finden, die allen Rassen offen stehen, Parteien, in denen Europäer als gewählte Delegierte (vom Volk gewählte, europäische Minister unter anderen) als politisch Ebenbürtige neben Afrikanern ihren Platz einnehmen? Wo sonst existiert ein «Rassemblement Démocratique Africain» oder ein «Parti du Regroupement Africain», die, nicht durch rassische Vorurteile der Kolonialmacht gehemmt, die Entwicklung ihrer Völker mitbestimmen können?

Im April 1957, in einem lichten Augenblick des Pariser Parlaments, war die Rede davon, Westafrika und Äquatorialafrika zu gleichgestellten, doch voneinander abhängigen Gliedern eines Staatenbundes zu machen, der Frankreich und seine früheren Kolonien mit Einschluß von Madagaskar umfassen sollte. War dies ein wirkliches Entgegenkommen Frankreichs oder nur der alte Trick des «teile und herrsche» in neuer Auflage?

Die Ansichten der Afrikaner waren geteilt. Doch die große Konferenz des «Rassemblement Démocratique Africain», die letzten September in Bamako am oberen Niger stattfand, brachte das Mißtrauen der Afrikaner klar zum Ausdruck. Was diese Versammlung von 3000 gewählten Delegierten forderte, war beschleunigte föderative Zusammenfassung als Vorbereitung föderativer Selbständigkeit, unter Wahrung der Verbindung mit Frankreich.

Dies war die Situation vor der Machtübernahme de Gaulles. Noch unmittelbar vor den Mai-Ereignissen hatten die acht Provinzen von Westafrika wie diejenigen von Äquatorialafrika Abordnungen zu einem Grand Conseil in Dakar entsandt. Dieser Grand Conseil unter der fähigen Leitung von Gabriel d'Arboussier hatte sich mehr und mehr als föderatives Parlament betrachtet. Wenn auch seine Macht beschränkt war, da Frankreich das Finanzwesen kontrollierte, dazu über die Polizeikräfte verfügte und Außenpolitik und Verteidigung überwachte, so war es doch ein Schritt in der rechten Richtung. Der Grand Conseil, in Bestätigung der Bamako-Resolutionen, forderte die Bildung einer Exekutive als künftige Regierung eines unabhängigen Westafrikas.

Doch de Gaulle – entgegen den Erwartungen des Grand Conseil – war nicht gesinnt, diese Selbständigkeit einer westafrikanischen Föderation zu bestätigen. Seine Regierung tat ausgerechnet das, was die Delegierten der Bamako-Konferenz befürchteten – statt auf föderativer Basis zu verhandeln, verstärkte er die Stellung der zwölf Provinzgouverneure. Damit begünstigte er das Spiel einer Minorität (besonders stark an der Elfenbeinküste), die sich nach dem Beispiel von Ghana auf die Schaffung von souveränen Staaten verlegt. Wie zu erwarten, hat er damit den heftigen Protest aller Befürworter eines föderativen Zusammenschlusses erregt.

Die neu konstituierte Partei des Regroupement Africain, die kürzlich zusammentrat, forderte denn auch als Antwort auf de Gaulles Maßnahmen die sofortige Unabhängigkeit aller Schwarzen Afrikas und die Schaffung eines «Schwarz-Afrika-Bundes», der die Beziehungen zu Frankreich «auf der Grundlage der Gleichheit» neu regeln sollte.

Es ist schwer, alle Züge im Spiel politischer Aktion und Gegenaktion vorauszusagen. Nur soviel scheint sicher zu sein: die Forderung einer Bundesexekutive und von Verhandlungen mit Frankreich auf der Grundlage von zwei Bundesstaaten Westafrika und Äquatorialafrika statt derjenigen von zwölf Staaten wird mit aller Kraft verfolgt werden. Sollte de Gaulle dieses Zugeständnis machen, würde er Frankreichs Prestige in Afrika gewaltig erhöhen – anderseits aber den schärfsten Widerstand der Militärjunta von Algier herausfordern.

Die führenden Politiker Französisch-Afrikas verfolgen große und originelle Ziele. Vor kurzer Zeit erklärte d'Arboussier – zufällig aus Djenne, der einst größten Stadt des Sudans gebürtig – dem Vertreter der United Preß, in zehn Jahren könnten sie sogar in der Lage sein,

mit ihren Kollegen in Nigeria und Ghana die Einigung von ganz Westafrika in die Wege zu leiten. Die Staaten des westlichen Sudans waren im Mittelalter große prosperierende Reiche. «Was sie durch Eroberung zusammenschlossen, werden wir durch demokratische Verhandlungen vereinigen.» Ein großzügiger und faszinierender Gedanke. Ist er vielleicht zu groß für die Armseligkeit politischen Denkens im heutigen Europa? fragt Basil Davidson. *Red.*

Die Fahrt des «Glücklichen Drachen»

Wie viele Menschen unserer Epoche sind sich bewußt, wie tief die neuentdeckte Macht des Atoms in alle Sphären unseres Daseins eingreift? Man spricht wohl schon jetzt vom Atomzeitalter; in unserem eigenen Lande findet einer der größten wissenschaftlichen Kongresse statt, der die friedliche Verwertung der neuen Energie zum Thema hat. Dahinter aber lauert drohend und riesengroß die Atomkraft als Zerstörer unseres Erdballs, die durch Verblendung der politischen Führer oder vielleicht gar einen unglücklichen Zufall entfesselt werden kann.

«Ein Politiker, der den Atomkrieg nicht zu fürchten behauptet, beweist damit nur, wie ahnungslos er den Tatsachen unserer Zeit gegenübersteht», hat einer der kompetentesten Wissenschafter Amerikas, Ralph Lapp, erklärt (laut «Bulletin of the Atomic Scientists», September 1953). Lapp, seinerzeit wissenschaftlicher Berater des USA-Kriegsministeriums wie der amerikanischen Zivilschutzbehörden, geriet trotz seiner hohen Stellung in der Beamtenhierarchie in Konflikt mit der offiziellen Politik der Verheimlichung und Verharmlosung und vertrat immer die Auffassung, daß die Regierung dem Volk, allen Völkern, rückhaltlose Offenheit über die drohende Katastrophe schulde. Die Redefreiheit, auf die Amerika so stolz ist, sagte Lapp, nützt den Bürgern nicht viel, wenn sie nicht wissen, was auf dem Spiel steht.

Bekannt ist, daß am 1. März 1954 trotz dringender Warnung bekannter Wissenschafter die eine Wasserstoffbombe bei der Bikini-Inselgruppe im Stillen Ozean zur Explosion gebracht wurde. Man erinnert sich wohl auch noch, daß ein japanisches Fischerboot in den Bereich des Aschenfalls dieser Explosion geriet, mit furchtbaren Folgen für die Mannschaft dieses Schiffes. Lapp, empört über die Verletzung elementarster menschlicher Rechte und die unwürdige Haltung seiner Regierung, veröffentlichte im amerikanischen «Bulletin of the Atomic Scientists» zunächst mehrere Artikel über diesen Vorfall. Mit den wissenschaftlichen Aspekten dieser neuen Drohung vertraut, kam er aber zur Überzeugung, daß nur eine Schilderung des menschlichen Schicksals der Betroffenen dazu beitragen könne, die

Welt zum Aufhorchen zu bringen. So begab er sich 1956 mit seiner Frau nach Japan, um mit Hilfe eines Dolmetschers die Tatsachen dieses Dramas auf hoher See zu ergründen. Sein Buch* «Die Fahrt des glücklichen (oder glückbringenden) Drachen», wie es im Vorwort von Pearl Buck heißt, die «Geschichte einiger Männer, die in ihrem kleinen Fischerboot die weite See befahren, hat die Größe und den Ernst griechischer Tragödie». Wir haben im vorliegenden Bericht die wissenschaftlichen Angaben absichtlich beiseite gelassen, im Vertrauen darauf, daß dieses wertvolle Buch unseren Lesern in einer deutschen Übersetzung zugänglich gemacht wird**.

Wir sehen die Fischer am 22. Januar 1954 an Bord eilen, begleitet von Frau, Kindern und Freunden. So viel hängt für diese Familien ja vom Erfolg ihrer gefahrvollen Arbeit ab, lebt doch der vierte Teil der japanischen Bevölkerung auf einem Ernährungsstand, der, was die Eiweißaufnahme betrifft, kaum einen Fünftel der unsrigen erreicht. Das Meer ist der Ernährer besonders der wenig bemittelten Japaner, und schlechte Fänge bedeuten Hunger für tausende.

So sehen wir diese Fischer denn auf hoher See – die besten Fischgründe für Thon liegen weit ab von Japan –, sie warfen am 15. Tag ihre 30 Meilen langen, mit 1500 Angelhaken besetzten Fangleinen aus. Die ersten Resultate waren enttäuschend, sie mußten weiter nach Süden vorstoßen.

Am Morgen des 1. März, noch bevor die Dämmerung eingesetzt hatte, schoß plötzlich ein gelblich-weißes blendendes Licht vom Horizont empor. Es war, als hätte eine mächtige Hand den dunklen Vorhang weggerissen und das Licht einströmen lassen. Suzuki, der Maschinist, der wie gelähmt hingestarrt hatte, stürzte in die Kabine mit dem Schreckensruf: «Die Sonne geht im Westen auf.» Alles eilte an Deck und betrachtete mit Entsetzen, was nur Unheil bedeuten konnte. Rufe wurden laut: «Es ist ein ‚Pika-don'» (ein Wort, das mit dem Terror von 1945 in Japan aufgekommen war). Sie hatten sich noch kaum vom ersten Schrecken erholt, als das Schiff einen Stoß erhielt und in allen Fugen erzitterte. Alles an Deck warf sich zu Boden und verhüllte den Kopf. Später berechnete der Radiomann, der sich in technischen Dingen etwas auskannte, daß eine Explosion in einer Entfernung von etwa 90 Meilen (150 km) stattgefunden haben mußte. Die erste bewußte Reaktion auf die unheimlichen Ereignisse war: nur fort, nach Norden. Einige von der Mannschaft hatten sich erinnert, daß sie sich in der Nähe der berüchtigten Eniwetok-Inseln befanden. Die Verantwortlichen an Bord bestanden darauf, zunächst die Fangleinen einzuholen, denn der Ertrag war bis dahin sehr gering gewesen. Kurs nach Norden nehmend, holten sie die Fangleinen ein, als sich der Himmel plötzlich verfinsterte und weißgraue Flocken zu fallen

* «The Voyage of the Lucky Dragon», Verlag Frederick Muller Ltd, London.

** Erscheint anfangs November 1958 im Azed Verlag AG, Basel.

begannen. Die Leute wischten sich die Augen, die Hände – überall setzte sich der weißliche Belag fest. Einige klagten über Schmerzen in den Augen, aber sie arbeiteten weiter. Asche fiel auch auf die Fische, die an Deck ausgenommen wurden. Alles in allem dauerten die unheimlichen «Schneefälle» etwa vier Stunden.

Im Laufe der nächsten Stunden meldeten sich einige der Fischer krank, doch erst als noch andere Symptome, wie Haarausfall, Erbrechen und so weiter, sich bemerkbar machten, begann man an Bord den Zusammenhang zwischen Krankheit und Aschenfall zu verstehen. Sollten sie radiotelegraphisch Hilfe verlangen? Sie lebten in tödlicher Angst vor den amerikanischen Besatzungsbehörden in Japan und fürchteten, sie durch solche Hilferufe zu provozieren. Die Leute hatten nicht vergessen, daß vor Monaten ein japanisches Fischerboot im südlichen Pazifik spurlos verschwand – man glaubte in Japan allgemein, daß die Amerikaner sich bei jenem Anlaß unbequemer Beobachter entledigten.

Unterdessen war am 2. März in einer lakonischen Meldung von Washington bekanntgegeben worden, daß unter diesem Datum bei den Marschall-Inseln ein atomischer Sprengkörper als erster einer Serie zur Explosion gebracht worden sei. Dies war die Wasserstoffbombe von Bikini. Eine Warnung war erlassen worden mit der Bezeichnung der Gefahrenzone. Aber weder der Kapitän des Fischkutters noch der Steuermann wußten, daß Bikini das Zentrum der 1954er Versuche sein würde. Seit 1946 waren keine amerikanischen Tests auf Bikini durchgeführt worden – sie wurden immer auf das Eniwetok-Atoll konzentriert –, und von diesem waren unsere Fischer 550 km entfernt, weit außerhalb der Gefahrenzone, wie sie glaubten. Sicher ist, daß keine vorherige Mitteilung der amerikanischen Atomenergiekommission erfolgte, die auf die örtliche Verschiebung der Tests vom 1. März hingewiesen hätte.

Nach 51 Tagen auf See lief der «Glückliche Drache» am 14. März in den japanischen Heimathafen ein, ohne daß seine Mannschaft ahnte, welches Aufsehen ihr Erlebnis in der Welt machen würde. Das Rätsel wurde durch den Geigerzähler gelöst – die gesamte Mannschaft war mit radioaktiven Stoffen verseucht. Der Ausdruck «Todesasche» kam auf und «schreiender Fisch», als die Beute die Instrumente zum raschen Ticken brachte.

Leider waren verseuchte Fische schon bei der Landung verkauft worden. Die Nachricht wirkte wie ein Schlag – niemand kaufte mehr Fisch, besonders als noch bekannt wurde, daß Fisch nicht mehr auf des Kaisers Tafel kommen dürfe. Sogleich bildete sich eine Leere um die betroffenen Fischer und ihre Familien, keine Nachbarn kamen sie besuchen, kein Coiffeur war gewillt, ihnen die Haare zu schneiden, es war, als seien sie von der Pest befallen.

Ärzte bemühten sich um die Fischer. Ihr Schiff und die Beute, alles wurde von Wissenschaftern untersucht, alles war verseucht, wie der

Geigerzähler durch seine rapiden Ausschläge bewies. Dr. Nishiwaki, ein junger Biophysiker der Universität Osaka, und dessen Frau, eine Amerikanerin, richteten einen offenen Brief an die amerikanische Atomenergiekommission und baten sie, mitzuteilen, was für Elemente an der Bombe beteiligt seien. Die Anfrage wurde nie nach Amerika übermittelt. Der Chef des Übermittlungsdienstes, ein Amerikaner, fand, Dr. Nishiwaki sei ein Miesmacher, der durch seine Anfrage etwas Propaganda für sich machen wolle. Die Ärzte waren philosophisch in ihren Antworten an die Patienten, denn niemand weiß, wie man einem radioaktiv Verseuchten hilft. Eine lähmende Furcht breitete sich über das ganze Land aus. Wäre es in Amerika anders, wenn das Fleisch auf dem Ladentisch, das Gemüse im Korb die Aufschrift trüge: «Radioaktiv, 95 Ausschläge per Minute. Ungefährlich»? In Wirklichkeit reagiert die Bevölkerung auf beiden Seiten des Ozeans gleich. Bald nachdem bekannt wurde, daß in Japan radioaktiv verseuchter Thon eingebracht worden war, erhielten die japanischen Exporteure prompte Order, keine weiteren Ladungen Fische nach Amerika zu verschiffen. Unterdessen waren in den japanischen Laboratorien einige der im Aschenregen enthaltenen radioaktiven Elemente identifiziert worden, unter ihnen Strontium-90. Die japanische Presse schilderte in täglichen Schlagzeilen die Gefahren, die dem japanischen Volk drohten. Ein Protest der japanischen Regierung verwies die USA-Regierung auf die Warnpflicht der Atomenergiekommission und die Gefahren für die japanische Fischerei. Noch größere Bombentests wurden in Aussicht gestellt. Gleichzeitig bestritt der Präsident der Atomenergiekommission, Admiral Lewis Strauß (er führt heute die Delegation amerikanischer Experten in Genf), in einer Pressekonferenz (31. März 1954), daß eine Gefahr einer radioaktiven Verseuchung des Meeres bestehe. Amerikanische Wissenschafter hätten außer dem Fang des «Glücklichen Drachen» keine verseuchten Fische entdeckt. Der unglückliche Zwischenfall bei der Fahrt der japanischen Fischer sei wahrscheinlich auf die chemische Einwirkung des in die Atmosphäre geschleuderten Korallenstaubes zurückzuführen und nicht auf radioaktive Verbrennung. In der Pressekonferenz wurde nicht mehr behauptet, die Verlegung der Tests nach dem Bikini-Atoll sei bekanntgegeben worden. Admiral Strauß gab auch zu, daß Unterlassungen vorkommen könnten. Alles in allem war, nach amerikanischer Darstellung, keine Gefahr für Leib und Gut in diesen Tests, und die japanischen Fischer hätten keine Verbrennungen erlitten, denn die Asche, die während vier Stunden auf sie fiel, wäre nicht radioaktiv gewesen. (Vergleiche amerikanische Haltung an der Seerechtskonferenz, «Neue Wege», Juli-August 1958.) Dies ändert nichts an der Tatsache, daß der Radiotechniker des «Glücklichen Drachen» bald nach seiner Rückkehr starb und daß seine Kameraden ihre Arbeit wohl nie mehr aufnehmen können. Die Amerikaner schickten wohl Antibiotika nach Japan – und entschädigten die Opfer mit Geldbeträ-

gen. Aber weder Arzneimittel noch Geld helfen gegen atomisches Siechtum und Tod.

Die Versuchsexplosionen im Stillen Ozean gehen noch vor sich, auch radioaktiver Regen fällt weiter, und verseuchter Fisch wird eingebracht, wie fortlaufende Untersuchungen mit Instrumenten zeigen. Was seit dem 1. März 1954 in langwieriger Forschungsarbeit herausgefunden wurde, ist, daß mit Bikini eine Epoche eingeleitet wurde, die über Zerstörungskräfte verfügt, die unsere Vorstellung weit übertreffen. Eine Fläche von über 20 000 km² (gleich der Hälfte des schweizerischen Gebietes) erhielt einen gefährlichen, ja tödlichen Aschenregen. Die tausendmal schwächeren Bomben, die 1945 Hiroshima und Nagasaki verwüsteten, waren hoch in der Luft explodiert, so daß kein Aschenregen auf die beiden Städte fiel. Wir wissen, daß das, was den Fischern des «Glücklichen Drachen» geschah, nur eine schwache Andeutung des Unheils ist, mit dem wir in einem Nuklearkrieg rechnen müßten. Wären nicht die Fischer aus Japan in den Aschenregen geraten, wüßte die Welt noch jetzt nicht, was für eine höllische Waffe dort ausprobiert wurde, denn auch jetzt, vier Jahre nach Bikini (Lapp), wird das Geheimnis von der USA-Regierung nicht preisgegeben. Dafür werden neuerdings die Vorzüge einer Bombe propagiert, die man zuerst «humane» Bombe nennen wollte und jetzt irreführenderweise als «sauber» bezeichnet. Es ist Lapps Verdienst, wie das «Bulletin of the Atomic Scientists» sagt, dem Leser durch seine Darstellung bewußt gemacht zu haben, wie sehr er mit seinem Leben an dieser Frage beteiligt ist, nicht als Zuschauer, sondern als handelnder Mensch.

P. Furrer

Zum Gedenken an Sophie Widmer

Geboren 20. Oktober 1876 Gestorben 3. September 1958

Wer Sophie Widmer gekannt hat, wird sie nie vergessen. Sie war eine hochgestimmte Seele. Kurz nach ihrem siebzigsten Geburtstag bezog sie bei uns ein geräumiges Zimmer, groß genug, um ihren geliebten Bechstein-Flügel unterzubringen. Sophie, die Klavierlehrerin und Pianistin, spielte mit Vorliebe Beethoven-Sonaten. Das war bezeichnend für sie; ihre Liebe gehörte den Kämpfern und Streitern im Reiche der Kunst wie im Leben. Weiter umfaßte diese Liebe die ganze Natur, in Feld und Wald, Hain und Flur. Auf unermüdlichen Wanderungen streifte sie – bei jedem Wetter, sommers und winters, über die Höhen der Waid und des Zürichberges. Sie trauerte um jede gestürzte Tanne, um jeden gefällten Baum. Dank der Fürsorge und gütigen Durchhilfe einer ehemaligen Schülerin war ihr ein ruhiges Alter beschieden, durchsonnt von Ferientagen im Münstertal, in Davos-Laret, in Braunwald und anderen Orten. Sie war nicht ganz

einsam, durfte sie doch im Kreise unserer Familie Freud und Leid miterleben. Ihr Wesen wurde nur von wenigen Leuten erfaßt und verstanden, denn sie vertrug keine Lauheit und nahm, besonders in den ersten Jahren ihres Hierseins, leidenschaftlichen Anteil am Weltgeschehen. Es blieben ihr dadurch manche Spannungen und Konflikte nicht erspart. Sie nahm sich's zu Herzen, wie man sagt. So mußte ihr altes Herz viel leiden, als nach dem Tode von Leonhard Ragaz die Sache der «Neuen Wege» im Kampfe der Parteien zersplittert wurde. Sophie Widmer war – das können alle bezeugen – die treueste Anhängerin ihres Lehrers Leonhard Ragaz. Kein Weg war ihr zu lang, keine Stunde zu spät, um seinem Ruf zu einer Bibelstunde oder einem Vortrag zu folgen. Sie hat die Sache «des Reiches Gottes auf Erden» mit ihren schwachen Kräften voll unterstützt. In ihrem Nachlaß haben sich nun, wie verborgene Schätze, zahlreiche Niederschriften Ragazscher Bibelvorträge und Reden gefunden, ganze Auslegungen des Johannes- und Lukas-Evangeliums, der Apostelgeschichte usw., auch viele Briefe aus der Bewegung. Das Zentrum ihres Lebens und Denkens war «das Reich Gottes in Blumhardt Vater und Sohn und weiter . . .» Dieses «und weiter» war der Stern, dem sie folgte. Daß es weiter gehen müsse bis zum Sieg über alle Mächte der Finsternis, des Unglaubens und der Verneinung, weiter bis ins Kommen einer neuen, geheilten und erlösten Welt, das glaubte sie beharrlich und gegen jeden Widerstand. Vertrauen und Zuversicht, aber auch Ehrlichkeit und Mitleiden, Teilnahme an allem «Seufzen der Kreatur», das waren ihre großen Tugenden.

In den letzten Jahren, seit ihrem achtzigsten Geburtstag, senkten sich langsam die Schatten nieder. Ihre Sehkraft schwand mehr und mehr, das Herz war den anstrengenden Fußwanderungen nicht mehr gewachsen wie ehedem, es wurde stiller um sie. Sie richtete ihren Blick nach innen, aber ungebrochen blieb ihre heiße Sehnsucht, daß doch Friede, Gerechtigkeit und Liebe einziehen möchten in unsere dunkle Welt und Zeit. Dieses ihr Sehnen fand seinen Ausdruck in den schönen Versen des geliebten Matthias Claudius:

> O du Land des Wesens und der Wahrheit
> Unvergänglich für und für;
> Mich verlangt nach dir und deiner Klarheit,
> mich verlangt nach dir!

Dieses Sehnen ist nun gestillt. Ein rascher Herztod trug Sophie Widmer nach ganz kurzen Krankheitstagen hinüber in jenes Land, «wo alles heilig ist und alles hehr». Für uns, die wir sie kannten, ist es wie das Entschwinden eines treuen Hausgeistes, dessen Verlust man erst später so recht inne wird.

Liebe Sophie Widmer, möge die Erde, welche Du so sehr geliebt hast, Dir leicht sein und Dein Friede ein vollkommener!

Zürich, den 7. September 1958 *Samuel F. Müller*

Tatsachen zur Orientkrise Wir sind nun also doch glücklich über die politische Hochspannung der Sommermonate weggekommen, ohne daß es eine katastrophale Entladung gegeben hätte. Im Orient ist sogar eine gewisse Entspannung eingetreten (wenn sie auch sicher nur vorübergehender Art ist), aber bereits droht sich im Fernen Osten ein neues Wetter zusammenzuziehen, während es den Anschein hat, daß sich zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt nun doch eine Verständigung über die Einstellung der Kernwaffenversuche – wenn schon nicht über die Atomrüstungen selber – anbahnt. Beginnen wir unseren Rundblick also mit der Orientkrise, von deren gefährlicher Zuspitzung wir im Juli-August-Heft nur noch kurz Kenntnis nehmen konnten, und stellen wir, damit wir die klare Sicht behalten, vorerst in aller Knappheit einige grundlegende Tatsachen zu ihrer Beurteilung fest.

1. Der Zweck der amerikanisch-britischen Militärexpeditionen nach dem Libanon und nach Jordanien war nicht die Abwehr einer (wie das neue Schlagwort lautet) «indirekten Aggression» von seiten der Arabischen Bundesrepublik, hinter der die Sowjetunion stünde. Sie galten vielmehr der Sicherung der Regierungen dieser Staaten gegen einen inneren Umsturz, der sie im Gefolge der Revolution im Irak zu bedrohen schien. «Die Regimes, die wir gestützt haben», so schrieb die Neuyorker «Nation» (2. August), «waren Mißgeburten, waren korrupt, diktatorisch, halbfeudal und phantastisch unvolkstümlich. Aber Herr Dulles und seine Vorgänger fanden sie nützlich. Sie waren ‚antikommunistisch', sie waren ‚vernünftig', und sie gewährten Ölkonzessionen ... Von Mossadeghs Vorgehen zur Nationalisierung der britischen Ölinteressen in Iran im Jahr 1951 bis auf die Gegenwart sind die Ölgesellschaften von der Angst vor einer Nationalisierung gejagt worden. Je ‚volkstümlicher' das Regime, desto größer nach ihrer Ansicht die Gefahr der Nationalisierung. Und die Ölgesellschaften haben einen großen Einfluß auf die amerikanische Politik im Mittelosten ausgeübt.»

2. Die amerikanisch-britische Militärexpedition nach dem Libanon und nach Jordanien war und ist grundsätzlich nicht besser als das sowjetische Eingreifen in Ungarn im Herbst 1956. In allen drei Fällen sollte ein schwer erschüttertes Regime von außen her gestützt werden. Und doch stößt sich die bekannte «freie Welt» an dem angelsächsischen Eingreifen großenteils ganz und gar nicht; in der Schweiz haben sogar sozialdemokratische Blätter es gutgeheißen.

3. Amerikas und Englands Eingreifen im Orient erfolgte auf denkbar undemokratische Art. Entgegen dem Versprechen, das Präsident Eisenhower in seiner Botschaft vom 5. Januar 1957 abgab, schaltete

er die Bundesversammlung gänzlich aus, fragte auch keine Dulles untergeordneten Beamten des Außenamtes um Rat und handelte sogar der Warnung des amerikanischen Botschafters in Beirut, McClintock, vor einer Truppenlandung zuwider. Die Londoner Regierung machte es ähnlich.

4. Wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien in einer Zwangslage waren, wie sie behaupteten, so sind sie daran selber schuld. Sie haben es noch im vorigen Jahr hochmütig abgelehnt, den Vorschlag in Betracht zu ziehen, den ihnen die Sowjetunion in zwei Noten gemacht hatte, die Großmächte sollten gemeinsam die Streitfragen im Orient zu lösen suchen, die arabischen Länder aus dem Gegensatz der beiden Machtblöcke herausnehmen und ihnen keine Waffen mehr liefern. Und Amerika insbesondere hat, seine Vorzugsstellung im Suezkrieg nicht ausnützend, schon in der jordanischen Krise von 1957 offen die imperialistische Gewaltpolitik Englands und Frankreichs nachgeahmt und sich damit die Freundschaft der arabischen Welt mutwillig verscherzt. Die unvermeidliche Folge war, daß es auch in der jüngsten Krise wieder zu einer Gewaltlösung griff – wie es immer zu geschehen pflegt, wenn die Staatskunst versagt.

5. Der angelsächsische Gewaltstreich hat keine wirkliche Lösung des Orientproblems gebracht oder angebahnt. Hätten England und Amerika nicht mit Militärgewalt eingegriffen, so wäre allerdings ihre Vormachtstellung im Mittelosten wohl so ziemlich zusammengebrochen. Aber haben sie denn ein Recht auf die Behauptung ihrer imperialistischen Privilegien gegenüber dem elementaren Freiheitswillen der arabischen Völker? Wäre es nicht sogar für sie selber vorteilhafter gewesen, sie hätten sich mit den arabischen Ländern über die Sicherung der Öllieferungen auf k a u f m ä n n i s c h e r Grundlage verständigt, statt durch den ohnehin aussichtslosen Versuch, ihren Herrschaftsanspruch noch einmal gewaltsam durchzusetzen, die Freundschaft der arabischen Welt vielleicht endgültig zu verlieren und den Mittelosten immer mehr auf die Seite der Sowjetunion zu drängen?

6. Die Sowjetunion konnte und kann nicht gleichgültig zusehen, wie die Westmächte einen Erdteil, der ihrer Südflanke vorgelagert ist, zu beherrschen und gegen sie zu organisieren suchen. Was würden wohl die Vereinigten Staaten tun, wenn sowjetische Truppen in zwei mittelamerikanischen Republiken landen und deren sowjetfreundliche Regierungen gegen oppositionelle Volksbewegungen schützen würden? Trotz ihrem nur zu begründeten Interesse an dem Schicksal des Mittleren Ostens antwortete die Sowjetunion indessen auf die westmächtliche Militäraktion nicht mit einer eigenen kriegerischen Expedition, sondern mit dem Vorschlag, eine Gipfelkonferenz der beteiligten Staaten einzuberufen, und dann, als die Westmächte und China das ablehnten, mit dem Vorschlag, die Lage in Vorderasien der Generalversammlung der UNO zu unterbreiten. Es wird schwer halten, die

friedenswillige Absicht und friedenfördernde Wirkung der sowjetischen Haltung zu leugnen. Die Folgen wären unabsehbar gewesen, wenn als Gegenstoß gegen die britisch-amerikanische Offensive etwa im Irak sowjetische Fallschirmtruppen gelandet wären.

Umdenken! Wir brauchen hier nicht im einzelnen den an Zwischenfällen reichen Weg zu beschreiben, der von dem ursprünglichen Konferenzvorschlag Moskaus zu der schließlich zustandegekommenen Sondertagung der UNO-Versammlung führte. Wesentlich ist – wenigstens vorläufig –, daß die UNO einstimmig eine Entschließung annahm, die von den ebenfalls erstaunlicherweise einmütigen arabischen Staaten vorgelegt worden war und neben der Empfehlung einer Mäßigung des Radiokrieges im Mittelosten dem UNO-Generalsekretär den Auftrag gab, in Verhandlungen mit den vor allem beteiligten arabischen Staaten die Bedingungen für den Abzug der amerikanischen und britischen Truppen und für die Durchführung eines wirtschaftlichen Hilfsprogramms im Mittelosten zu klären. Dieser Ausgang der Verhandlungen erfüllte zwar die ursprüngliche Forderung der Sowjetunion auf sofortigen Rückzug der amerikanischen und britischen Streitkräfte nicht, stellt aber doch vor allem eine deutliche Niederlage der Westmächte dar, die die Zustimmung der UNO zu dem bewaffneten Eingreifen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die Anerkennung der «indirekten Aggressionshandlungen» der Arabischen Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie Garantien für den Bestand der «bedrohten» Länder und ihres inneren Regimes gefordert hatten. So konnte auch Ägypten-Syrien, einem Wunsch des Sudans und Tunesiens nachgebend, der Schlußresolution zustimmen, zumal die Räumung des Libanons und Jordaniens durch die angelsächsischen Streitkräfte nur eine Frage der Zeit ist und nun die Verantwortung für ihr Zustandekommen in erster Linie den Westmächten und ihren orientalischen Satelliten zugeschoben ist. Die aber zögern sehr begreiflicherweise mit der Liquidierung der angelsächsischen Militäraktion, ist es doch fast sicher, daß sowohl im Libanon, wo Ende September der «neutrale» Präsident Chehab sein Amt übernehmen wird, als besonders in Jordanien das ganze feudal-reaktionäre Regime zusammenbrechen wird, sobald der letzte amerikanische und britische Soldat das Land verlassen hat. Und doch bleibt den Vereinigten Staaten und Großbritannien zuletzt nichts anderes übrig, als ihre bisherigen Machtstellungen im Mittelosten zu räumen, wenn sie nicht neue, schwere Verwicklungen riskieren wollen, die sie dennoch nicht vor der endgültigen Offenbarwerdung des Bankrotts ihres vorderasiatischen Kolonialismus und Imperialismus retten würden.

Es braucht tatsächlich nichts Geringeres als ein völliges Umdenken der westmächtlichen Orientpolitik, sollen die Länder Vorderasiens in friedlicher Entwicklung zu Freiheit und Wohlstand, ja überhaupt zu

einem menschenwürdigen Leben ihrer verelendeten Volksmassen emporgeführt werden. Der Westen muß sich einfach mit der Notwendigkeit einer achtungsvollen Zusammenarbeit mit den zu Unabhängigkeit und Selbstregierung drängenden Völkern des Mittelostens abfinden. Er muß das Recht der arabischen Staaten zum Zusammenschluß in irgendeiner Bundesorganisation anerkennen, die dem Machtkampf der beiden großen Weltlager entrückt ist, dies um so mehr, als ein neutraler arabischer Staatenbund auf den Absatz seines Erdöls in den Westländern angewiesen ist, während die Sowjetunion das vorderasiatische Öl nicht nötig hat. Die Westmächte müssen aber auch zugeben, daß die Sowjetunion von der Mitsprache bei der Gestaltung der vorderasiatischen Zukunft nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Sie werden mit ihr zum Zweck der großzügigen wirtschaftlichen Entwicklung des Mittelostens zusammenarbeiten müssen; sie werden aber auch die politische Befriedung des vorderasiatischen Raumes zusammen mit der Sowjetunion unternehmen müssen, etwa in Form einer Gewährleistung der Sicherheit sowohl Israels gegenüber arabischen Angriffsgelüsten als der übrigen mittelöstlichen Staaten gegenüber einer Bedrohung ihres Bestandes von irgendeiner Seite her.

Es ist nicht schwer, solche und ähnliche Bedingungen für die Lösung der neuen «orientalischen Frage» aufzustellen, die schon im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in anderer Form die Weltpolitik heftig beunruhigt hat. Um so schwerer ist es, denjenigen Umschwung in der öffentlichen Meinung des Westens, vorab Amerikas, herbeizuführen, der die Regierungen zwingen könnte, ihren Kurs gründlich zu ändern. Sicher ist nur, daß die ganze Zeit des erobernden Imperialismus, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit Macht einsetzte, auch im Mittelosten zu Ende geht und daß keine Diplomatie und kein militärisches Auftrumpfen es den Westmächten auf die Länge ersparen wird, diese Wandlung der Dinge anzuerkennen und daraus die unerläßlichen Folgerungen zu ziehen.

China meldet sich Die Außenpolitik von Eisenhower und Dulles ist zwar gerade jetzt in den Vereinigten Staaten selbst wieder einmal heftigsten Angriffen ausgesetzt; der demokratische Senator Fulbright zum Beispiel beschuldigte ihre Leiter ungescheut, sie hätten Amerika in der Orientkrise «an den Rand einer Katastrophe geführt». Allein es wäre Selbsttäuschung, wollte man für absehbare Zeit eine irgendwie durchgreifende Wirkung dieser Angriffe voraussehen. Das ist weder in bezug auf den Mittelosten noch für die amerikanische Fernostpolitik zu erwarten, deren Fortführung besonders verhängnisvolle Folgen nach sich zu ziehen droht. Wie unmittelbar gefährlich die Lage in Ostasien geworden ist, zeigt die planmäßige Beschießung der von der Formosaregierung besetzten, aber der chinesischen Küste direkt vorgelagerten und nur zum Angriff auf sie verwendbaren kleinen Inseln Quemoy und Matsu

durch die Batterien und Flugzeuge der Volksrepublik. Ob Peking die beiden Inseln wirklich zurückerobern will, ist im Augenblick, da ich schreibe, noch nicht klar; die Drohung gegen Tschiang Kai-schek und damit die Möglichkeit eines bewaffneten Eingreifens der amerikanischen Kriegsflotte ist hingegen um so klarer. «Wir sind Verbündete Nationalchinas», warnte der amerikanische Armeeminister Brucker jüngst in Hongkong die «Rotchinesen». «Wir achten und bewundern Tschiang Kai-schek, und wir werden fortfahren, als Verbündete für eine gemeinsame Sache zusammenzuarbeiten: die Verteidigung der freien Welt (!)», zu deren zuverlässigen Stützen natürlich das reaktionär-korrupte Formosaregime ebenso notwendig gehört wie die gleichgearteten Regierungen des Libanons und Jordaniens, zu deren Schutz amerikanische und britische Truppen aufgeboten worden sind.

Die Chinesische Volksrepublik sucht gewiß keinen Krieg mit Amerika; aber offenbar würde sie sich auch nicht übermäßig anstrengen, um ihn zu vermeiden, sofern nämlich der Londoner «New Statesman» recht hat, der in zwei aufschlußreichen Artikeln über Chinas Innen- und Außenpolitik (16. und 30. August) auf Grund eines genauen Studiums der chinesischen Presse feststellen zu müssen glaubt: «Es ist jetzt amtliche Lehre, daß China, im Unterschied zum Westen, einen Krieg überleben kann; der Krieg würde zum Triumph des Kommunismus und zum ‚ewigen Frieden' führen.» «Die chinesischen Führer machen kein Hehl daraus, daß sie im Notfall bereit sind, die vollen Auswirkungen eines Atomkrieges ins Auge zu fassen und ihn zu überleben. Von den 600 Millionen chinesischen Bauern, die über mehr als drei Millionen Quadratmeilen Land hin zerstreut sind, würden nach ihrer Rechnung ein- oder zweihundert Millionen einen Weltkrieg überleben, in einem Lande, das radioaktiv, aber doch bewohnbar wäre.»

Das ist freilich eine entsetzliche Rechnung. Aber, so fragt man sich, was steht denn hinter dieser düsteren Entschlossenheit der Chinesen? Kurz gesagt: kaum etwas anderes als ihr Anspruch, endlich als unabhängiger Staat und Großmacht anerkannt zu werden, die ihren würdigen Platz im Schoße der Vereinten Nationen einzunehmen das Recht habe. Diesen Anspruch meldet China mit der Kanonade gegen Quemoy und Matsu und der Ausdehnung seiner Küstengewässer auf 12 Meilen in einer für alle Welt verständlichen Form an. Die Mehrheit der UNO-Staaten und vor allem Amerika aber lehnen ihn auf beleidigendste Art ab. Die Chinesische Republik, so sagt man in Washington, sei auf ungesetzlichem, revolutionärem Weg entstanden (wie die Vereinigten Staaten selbst und wie die neue Republik Irak, die von der amerikanischen Regierung prompt anerkannt wurde); sie sei von der UNO im Koreakrieg als Angreifer erklärt worden (weil sie sich MacArthur entgegenwarf, der bereits gegen die Mandschurei im Anmarsch war); sie sei eine vorübergehende Erscheinung, ohne innere Autorität und Festigkeit (obwohl sie das stabilste Regime ist, das

China seit Jahrhunderten kennt), und was der Vorwände und Unwahrheiten mehr sind.

Daß den Chinesen, trotz ihrer sprichwörtlichen Geduld, dieses ganze Ränkespiel allmählich doch zu bunt wird, ist mehr als begreiflich. Wer das neue China am Werk gesehen hat und seine ungeheuren zivilisatorischen Leistungen auch nur einigermaßen kennt, der zweifelt keinen Augenblick daran, daß es sich reißend schnell zu einer Großmacht ersten Ranges entwickelt, mit Aussicht auf die führende Stellung unter den Nationen Asiens, neben und sogar noch vor Indien, bestimmt aber vor Japan, dem (freilich nicht mehr ganz zuverlässigen) Hauptvasallen Amerikas im Fernen Osten. Und er empfindet es einfach als Schande, daß dieses China, mit seiner riesigen wissenschaftlichen und technischen Energie, beispielsweise von der gegenwärtig in Genf tagenden Weltkonferenz für die Entwicklung der Atomkraft ausgeschlossen ist, weil nicht die Pekinger Regierung, sondern diejenige von Taipeh (auf Formosa) die rechtmäßige Vertreterin des chinesischen 600-Millionen-Volkes sei . . .

Gefährliche Radikalisierung Gegen das ihm angetane Unrecht und seine weittragenden Folgen wehrt sich China seit Jahr und Tag mit zunehmender Erbitterung. Leider auch – und anscheinend immer einseitiger – mit den üblichen Druckmitteln militärischer und wirtschaftlicher Machtpolitik. Dank dem 1954 eingeführten Militärzwang droht es, im Kriegsfall 80 oder noch mehr Millionen Soldaten auf die Beine stellen zu können. Gleichzeitig führt es einen zähen Wirtschaftskrieg gegen Japan, das unter USA-Druck mit ihm keine diplomatischen Beziehungen aufnehmen will, aber zur Ausgleichung seines Handelsdefizits auf den fast unbegrenzt aufnahmefähigen chinesischen Markt angewiesen ist und um keinen Preis in einen west-östlichen Atomkrieg hineingezogen werden will, auch wenn es seine friedlichen Beziehungen mit Amerika durchaus weiterzuentwickeln wünscht. Und immer planmäßiger sucht China auch die Sowjetunion auf die Bahn eines gefährlichen politischen Radikalismus zu drängen.

Der neue, scharfe Kurs Pekings wurde anscheinend an der politisch-militärischen Konferenz festgelegt, die im Frühsommer während voller sechs Wochen abgehalten wurde und rund tausend Würdenträger und Sachverständige in Peking vereinigt haben soll. Ihre Wirkungen zeigten sich zunächst besonders in den Reibungen, die sich seither zwischen der sowjetischen und der chinesischen weltpolitischen Linie eingestellt haben. Für Peking ist gegenwärtig – international gesehen – das Ziel nicht die Förderung des Kommunismus, sondern die Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung der aufstrebenden Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die von der westlichen Vormundschaft freigemacht werden müßten. Das könne aber nur erfolg-

reich getan werden, wenn der kommunistische Weltblock in sich selber unbedingt geschlossen dastehe und keinerlei Spaltung und Schwächung durch «revisionistische» Kräfte erfahre, die nur der Sache des kapitalistischen Westens dienten. Dieses Programm wurde zum erstenmal nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes, im Dezember 1956, in einem ausführlichen Schriftstück entwickelt, das unmißverständlich darlegte, was kommunistische Rechtgläubigkeit und was gefährliche Ketzerei sei – wobei die Russen mindestens zwischen den Zeilen gebührend zurechtgewiesen wurden. Besonders scharfen Ausdruck fand dann die «neue Lehre» in dem auffallend heftigen Kampf, den die chinesische Partei und die Regierung Mao gegen die jugoslawischen Abweichungen vom strengen Marxismus führten. Der Titoismus, so hieß es in den zahllosen Kundgebungen, die Peking gegen ihn erließ, sei kaum etwas anderes als ein reaktionärer bürgerlicher Nationalismus, der die Grenzen zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verwischen suche und den proletarischen Internationalismus zum Nutzen der Weststaaten verleugne.

Inzwischen war auch in China selbst mit allem Revisionismus gründlich aufgeräumt und die Lehre von den «hundert Blumen», die im Garten des Fortschritts blühen könnten, von den vielen Wegen, die zum Sozialismus führten, in aller Form widerrufen worden. Die «bürgerlich-konservativen» Intellektuellen und Ideologen wurden zur Ordnung gerufen und in Presse und Literatur, Kunst und Wissenschaft, Radio- und Filmproduktion, aber auch in den Partei- und Regierungsämtern eine radikale, alles wieder gleichschaltende Säuberung vorgenommen.

Nach außen hin bekundete sich der «harte» Kurs neuerdings in der überaus zornigen Reaktion, die das amerikanisch-britische Orientabenteuer in China hervorrief. 83 Millionen Chinesen, so erfuhr man, hätten in öffentlichen Versammlungen gegen die westmächtliche Einmischung in asiatische Angelegenheiten demonstriert; in einer amtlichen Veröffentlichung, die als Beilage zu der schönen Zweimonatsschrift «Chinese Literature» erschienen ist, kann man im Wortlaut eine Anzahl der überaus heftigen Protestkundgebungen nachlesen, die bei diesem Anlaß erlassen wurden. Auch die Sowjetunion bekam die chinesische Empörung zu spüren. Chruschtschew mußte bei seinem Blitzbesuch in Peking wahrscheinlich von Mao hören, daß man in Moskau viel zu geduldig gegenüber den westmächtlichen Herausforderungen gewesen sei und daß auf einen kriegerischen Vorstoß Amerikas oder Englands in Ostasien die Chinesische Volksrepublik auf ihre Art antworten werde. Jedenfalls ließ die Sowjetregierung daraufhin ihren Vorschlag für eine Gipfelkonferenz ohne China, aber vielleicht mit dem Vertreter Formosas, plötzlich fallen und begnügte sich mit einer Aussprache in der UNO-Versammlung über den Mittelostkonflikt. Und sicher hat der chinesische Feldzug gegen den Revisionismus auch seinen Anteil an der Abkehr von der Liberalisierungs-

politik, die Chruschtschew am 20. Parteitag in Moskau so sensationell eingeleitet hatte. Das Schwergewicht innerhalb der kommunistischen Welt verschiebt sich so immer offenkundiger nach Osten.

Moskau hat natürlich auch seine Trümpfe in der Hand, vor allem die wirtschaftliche und technische Hilfe, die die Sowjetunion so ausgiebig an China leistet und die Peking vorerst unmöglich entbehren kann. Aber e i n e Karte vermag Moskau nicht auszustechen: Chinas verhältnismäßige Unbekümmertheit um die Folgen eines neuen Weltkrieges. Die «große Abschreckungswaffe», die die H-Bombe sein soll, macht auf die chinesischen Staatslenker nicht den gleichen Eindruck wie auf ihre sowjetischen Kollegen, und das gibt ihnen eine Manövrierfreiheit und Verhandlungsstärke, die man in Moskau nicht übersehen kann, die zu würdigen aber vor allem die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten allen Grund haben. Der «New Statesman» hat nur allzu recht, wenn er seinen Artikel vom 30. August mit der feierlichen Warnung schließt: «Ist einmal das Einverständnis über die Abschreckungswaffe gebrochen, so werden die Amerikaner die Anerkennung der Existenz Chinas nur auf die Gefahr hin verweigern können, daß sie zwischen Kapitulation und wirklichem Krieg zu wählen haben – mit Folgen, die ins Auge zu fassen fast zu gefährlich wäre. Wenn Herr Dulles weiterhin die Heimat von nahezu einem Viertel der Weltbevölkerung von der Weltkarte streichen will, mit dem abergläubischen Text darunter ‚Hier gibt es Drachen', so wird er es einzig sich selber zuzuschreiben haben, wenn aus seinem Alptraum eine Wirklichkeit wird.»

Rüstungsstillstand in Sicht! Zum Glück liegt die Entscheidung über Chinas Aufnahme in die UNO so wenig wie diejenige über andere Kernfragen der Weltpolitik nicht allein in den Händen des amerikanischen Außenministers und seiner Gesinnungsgenossen. Es gibt auch noch Kräfte der Vernunft und des Gewissens in der Welt, und es gibt nicht zuletzt – Wissenschaft und Technik. Ihnen ist es zu verdanken, daß die Genfer Konferenz zum Studium der K o n t r o l l i e r b a r k e i t v o n A t o m e x p l o s i o n e n mit einem eigentlich doch überraschenden, aber deswegen nur um so ermutigenderen Erfolg geendet hat. Es ist nun – trotz der Ungläubigkeit westlicher Gelehrter, Politiker und Militärs – bewiesen, daß jeder Versuch mit Kernwaffen von einiger Bedeutung durch das Zusammenwirken verschiedener Beobachtungsmethoden aufs genaueste registriert werden kann, so daß es nun technisch möglich wäre, ein dichtes Netz von Kontrollposten über die ganze Erde hin zu errichten, das jede geheime Probeexplosion von vornherein ausschlösse. Das «nichtexistierende» China bliebe zwar zunächst von diesem Kontrollsystem ausgeschlossen, aber vielleicht sieht man nun sogar in Washington ein, daß von einem wirksamen Kampf gegen die Atomkriegsgefahr ohne Beteiligung Chinas keine Rede sein kann . . .

Daß sich die Sowjetunion ohne weiteres bereit erklärt hat, auf ihrem Gebiet Kontrollposten einrichten zu lassen, wird nun auch von denjenigen als «bedeutsames Zugeständnis» anerkannt, die – fälschlicherweise – immer behauptet hatten, es liege einzig an der Weigerung Moskaus, wenn keine zuverlässige Überwachung einer atomaren Abrüstung zustande komme. Noch wichtiger ist aber die Tatsache, daß auf Grund der Ergebnisse der Genfer Konferenz, aber freilich auch erst nach Abschluß der neuesten amerikanischen Versuchsreihe, die Regierung der Vereinigten Staaten, unterstützt von Großbritannien, sich bereit erklärt hat, der Einstellung der Atomexplosionen wenigstens für ein Probejahr und unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Die Sowjetunion traut zwar diesem Zugeständnis nicht recht und erklärt sich von ihrer einseitig übernommenen Verpflichtung zur Einstellung der Kernwaffenversuche bedauerlicherweise frei; da nun aber am 31. Oktober der technischen Konferenz eine neue, diesmal politische Konferenz in Genf folgen soll, ist die Hoffnung erlaubt, daß das allgemeine, unwiderrufliche Ende der todbringenden Atomexplosionen doch nahe ist. Die Völker würden erleichtert aufatmen, wenn es wirklich soweit käme!

Für die militärische Abrüstung selber, besonders für eine Abschaffung der Kernwaffen, wäre damit freilich noch nicht viel gewonnen. Wenn auch vielleicht ein Abkommen über den Verzicht auf eine weitere H e r s t e l l u n g von Atomwaffen möglich ist und jedenfalls erstrebt werden muß, so scheint es doch technisch unmöglich, die Zerstörung der bestehenden V o r r ä t e atomischer Waffen zu sichern. Dazu kommt, daß die Westmächte überhaupt nicht den Willen haben, auf Herstellung und Lagerung von Kernwaffen zu verzichten, da sie dann angeblich einer Masseninvasion von Osten ausgeliefert wären, die mit nichtatomaren Waffen durchgeführt würde. Ist also eine wirksame Abrüstung überhaupt unmöglich, solange die hysterische Russen- und Mongolenangst im Westen grassiert?

Keineswegs, so versichern uns wiederum wissenschaftliche und technische Fachleute. Die Zeit sei nämlich nicht fern, so sagen sie, da es keinen Sinn mehr haben werde, den mutmaßlichen Gegner in einem Zukunftskrieg in der Erfindung von Fernwaffen zu überbieten, die imstande wären, die militärischen Anlagen, Waffenvorräte und sonstigen Vorkehrungen eines Angreifers zu zerstören. Es werde schon recht bald möglich sein, tief unter der Erde Ferngeschosse mit festem Treibstoff zu lagern, die von beweglichen Plattformen aus abgefeuert würden, also die wichtigsten Angriffswaffen unverwundbar zu machen (wie dies schon jetzt bei den atomaren Unterseebooten vom Typ «Nautilus» der Fall ist). Dem Wettrüsten wäre damit ein Riegel gestoßen; beide Mächtegruppen könnten sich damit begnügen, eine unverwundbare, allzerstörende Vergeltungswaffe zu haben, die sie hoffentlich nie tatsächlich einzusetzen brauchten.

Wir wollen gern glauben, daß es damit innert absehbarer Zeit seine Richtigkeit haben werde und daß inzwischen die Gefahr der Auslösung eines Atomkrieges durch Unglücksfall, böse Absicht oder Ausweitung eines «kleinen» Regionalkrieges gebannt werden könne! Inzwischen haben allein die Vereinigten Staaten gegenwärtig dauernd 250 bis 300 Atombomber in der Luft, mit der Aussicht, daß es bis Jahresende 600 oder 700 werden, während die amerikanischen «Verteidigungsausgaben» im Budgetjahr 1958/59 nicht weniger als 39,6 Milliarden Dollar erreichen sollen – die größte bisher in Friedenszeiten erklommene Höhe. Und die Sowjetunion samt China werden bei dieser Gipfelstürmerei gewiß auch nicht gern zurückbleiben . . .

Frankreich, wohin! Die europäischen Vorgänge mußten diesmal bei unserem internationalen Rundgang ungebührlich vernachlässigt werden. Ein Blick auf Frankreich drängt sich indessen doch noch auf. General de Gaulle hat ja soeben seinen geheimnisvollen Verfassungsplan enthüllt, und Ende des Monats soll die berühmte Volksabstimmung darüber stattfinden. Was soll man – um nicht auf Einzelheiten einzutreten – zur Kennzeichnung dieses Entwurfes anderes sagen, als daß er vollauf bestätigt, was über seinen Geist und Sinn schon bisher durchgesickert war: daß er nämlich einfach auf eine verschleierte Diktatur der Rechten abzielt, deren Form auf de Gaulle persönlich zugeschnitten ist, die sich aber unabhängig von ihm zu einem regelrechten Faschismus auswachsen kann, wenn nicht rechtzeitig mächtige, entschlossenste Gegenkräfte aufstehen? Eine «Monarchie ohne Krone» nennt der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» den Verfassungszustand, in den Frankreich nun hineingleiten wird; ich fürchte, es wird eher eine Republik ohne die letzten Spuren von Freiheit und Gleichheit, die das bisherige Regime übrig gelassen hat, herauskommen, nicht bloß ein starkes «Ordnungsregime», das eine Wiederkehr des abgewirtschafteten Parlamentarismus ebenso verhindern soll wie eine Diktatur der Militärführer, der gleichen Leute also, die doch de Gaulle überhaupt erst zur Macht gebracht haben und deren Gefangener er schon jetzt ist. Natürlich waren de Gaulle und seine Berater vorsichtig genug, um die übliche «demokratische» Verkleidung über die neue Verfassung zu stülpen; aber die Hüllen werden bald genug Stück für Stück fallen, und dann werden wohl auch denjenigen «Halblinken» die Augen aufgehen, die jetzt beharrlich nicht sehen wollen, was ist. Daß die Kommunistische Partei, wenn nicht verboten, so doch bei den kommenden «Wahlen» zerschlagen werden wird, ist noch das geringste Übel; viele Franzosen machen sich darüber hinaus schon heute auf ein planmäßig rückschrittliches Unterdrückungssystem gefaßt, das nur durch ein politisches (oder wirtschaftlich-finanzielles) Elementarereignis gestürzt werden könne.

Selbstverständlich wird General de Gaulle in der Schlacht um sein Verfassungswerk einen «großen Sieg» erringen. Dafür sorgt schon die riesige Gleichgültigkeit, die sich in politischen Dingen des französischen Volkes bemächtigt hat, verbunden mit einer tiefsitzenden Erbitterung über den trostlosen Leerlauf des parlamentarischen Betriebes während der vergangenen dreizehn Jahre, trotz oder gerade wegen der zweiundzwanzig (oder sind es noch mehr?) Regierungen, die er produziert und konsumiert hat. Und doch ist es im Grunde ja nicht das «Parteienregiment», das die Vierte Republik zugrundegerichtet hat, sondern die Tatsache, daß die Zersetzung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Bildung einer stetigen, handlungsfähigen Regierung einfach nicht erlaubt hat: einer Regierung der Rechten deshalb nicht, weil hinter ihr keine Parlaments- und vollends keine Volksmehrheit gestanden wäre, einer Regierung der Linken aber deshalb nicht, weil der sture Antikommunismus der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Fortschrittsgruppen die Ausnützung der zahlenmäßig bestehenden Linksmehrheit für die Aufrichtung einer neuen «Volksfront» nie und nimmer zugegeben hätte. So sucht de Gaulle nun eben ein stetig reaktionäres Regime auf künstliche, gewaltsame Art herzustellen und zu sichern: durch Entmachtung des Parlaments, Verschlechterung des Wahlrechts und Aushöhlung der Freiheitsrechte, die dem französischen Volk noch verblieben sind. Das aber ist schließlich die gleiche Rolle, die in anderen Ländern der Faschismus gespielt hat und weiter spielt, auch wenn die Diktatur in Frankreich andere Formen annimmt als in Italien, Deutschland, Spanien usw. und de Gaulle selber kein Faschist ist.

Aber diese Zusammenhänge sind eben «dem Mann (und der Frau) auf der Straße» noch längst nicht klar; die guten Leute lassen sich, wenn nicht von einer sträflichen Teilnahmslosigkeit, so doch von einem allzusehr bloß gefühlsmäßigen Abscheu vor dem unfruchtbaren, verdorbenen Treiben der «Schwatz- und Intrigenbude» leiten, die man Parlament nannte und die unter keinen Umständen mehr wiederkehren dürfe. Und den Rest besorgt eine ungeheure, mit allen Mitteln arbeitende Abstimmungspropaganda, die der General selber anführt und die, unter Ausnützung des alten de-Gaulle-Mythos, nicht zuletzt die nationalistischen Gefühle in breiten Volksschichten aufwühlt, eine neue Größe Frankreichs und seines afrikanischen Imperiums vorspiegelnd. In den Kolonien selbst hat sich de Gaulle seine Mehrheit von vornherein gesichert, indem er sie brutal vor die Wahl stellte, entweder «seine» Verfassung telle-quelle anzunehmen, also sich weiterhin der Vorherrschaft Frankreichs zu fügen, oder im Fall ihrer Ablehnung jede finanzielle und wirtschaftliche Hilfe Frankreichs zu verlieren, eine Unabhängigkeit, die sich noch kaum eine Kolonie leisten kann. Und was Algerien anlangt, so scheinen dort die Fallschirmer den Willen zur Stimmenthaltung so ziemlich gebrochen zu haben. In

Oran zum Beispiel hatten sich zuerst ganze 43 Algerier in die Stimmlisten eintragen lassen; nachdem die Fallschirmer zehn Tage lang «gearbeitet» hatten, waren es bereits über 80 000 . . .

Und doch wird de Gaulle keines der großen Probleme lösen können, die Frankreich gestellt sind, so wenig er die Probleme gelöst hat, die bei Kriegsende so drängend und zugleich lockend aufgestanden waren. Er hat damals seinen (sehr übertriebenen) Ruf als Résistant nur dazu benützt, die revolutionären Kräfte einzuschläfern und die Rückkehr der Herrschaft der Rechten vorzubereiten. So wird er auch jetzt wieder seine «Sendung» nicht durchführen, um Frankreich wirklich zu retten und ihm aus dem Chaos herauszuhelfen, in das es geraten ist; er wird im besten Fall das kapitalistisch-nationalistische Herrschaftssystem für eine gewisse Zeit zu stabilisieren vermögen, im schlimmeren Fall aber die Probleme Frankreichs noch mehr verwirren und ihre Lösung erschweren. Nicht zuletzt wird er auch gegenüber dem Kolonialproblem versagen (davon ist an anderer Stelle dieses Heftes die Rede), und insbesondere wird er Algerien nicht Frieden und Freiheit bringen, sondern neuen Krieg und neue Vergewaltigung – als ob es an den 20 000 Algeriern, die in den letzten acht Monaten von den Franzosen im Kampf getötet wurden, noch nicht genug wäre! Die Lage in Algerien verschlimmert sich ja für die Franzosen neuerdings wieder bedenklich, während in Frankreich selbst die algerische Kampforganisation des Front de Libération Nationale eine böse Terroroffensive gegen Leben und Eigentum ihrer weißen «Mitbürger» eröffnet hat.

Es bedrückt einen unter all diesen Umständen immer wieder schwer, daß die französische Linke, die so ausgezeichnete Menschen und tapfere Einzelgruppen in sich schließt, auch gegenüber der gaullistischen Gefahr uneinig, großenteils zielunklar, auf jeden Fall kampfunfähig und als politische Kraft ohne wesentliches Gewicht bleibt. Aber was hilft's? Vielleicht muß eben die Gegenrevolution des konservativen Bürgertums noch einmal ihren Tag haben, bis die Illusionen verfliegen, die sie umgeben, die Schläfrigkeit der Massen gebrochen wird und die Zerfahrenheit der Oppositionsgruppen überwunden ist, die noch immer verhindert, daß «le pays réel» – um das von der Reaktion so gern für i h r e Zwecke beanspruchte Wort zu gebrauchen – zu seinem Recht kommt und die unverbrauchten revolutionären Kräfte der Nation endlich ihr Erneuerungswerk beginnen können.

5. September. *Hugo Kramer*

Nacht

Es deckt die düstre Erde
Dein nächtiges Gericht;
Verklungen ist das Werde,
Verlöscht das Angesicht.

Wie Nebel wogt die Seele
Bildlos von Rand zu Rand,
Drängt wirr aus Nacht und Fehle
Zu ihres Schöpfers Hand.

O wenn auf Deiner Erde
Dein ewges Bild erlischt,
Herr, sprich ein neues Werde,
Das Qual und Schuld verwischt!

Zertritt, zertritt die Lüge,
Der, was wir sind, zum Raub,
Und meißle Deine Züge
Aufs neue in den Staub!

Ein neues Antlitz schmiede
Aus Wirbeln bängster Not!
Dein Schöpfungssiegel Friede,
Drück' es in Nacht und Tod!

Herr, sprich ein neues Werde,
Ein neues Werde Licht!
Die Nacht der alten Erde
Wisch' uns vom Angesicht!

Margarete Susman

Jesus Christus, der Herr

An Herren ist unsere Generation verschwenderisch gewesen. Sie hat sich solche verschiedener Art in Fülle geleistet. Sie hatten ein menschliches Gesicht oder traten in Form von Blöcken auf. Man kündigte tausendjährige Reiche an, die zwölf Jahre dauerten. Im Vergleich zu andern scheinen gewisse Kandidaten für eine persönliche Herrschaft gutmütig und liberal.

Aber wie alle Gottheiten, die von der Erde kommen, aus Leidenschaften und elementaren Instinkten der Menschen geboren, sind diese Herren dafür verantwortlich, daß Blut fließt. Es ist ihnen vieles gewährt worden. Und wir sind noch nicht davon geheilt, sie anzubeten. Von diesen Göttern kommt man nicht leicht los. Man glaubt noch an sie, weil man sich in ihnen findet, und weil man sich nicht verändert hat, und weil man sich nicht zu einem andern Herrn bekehrt hat.

*

Ach, wie armselig sieht Jesus Christus aus neben diesen Mächten! Wie elend er ist am Fuße dieser Throne, wo weltliche Größen gepriesen werden! Was sind wir selbst vor ihnen? Die Staatsraison überwindet in ihrem Namen die Gewissen. Die Gesetze der Geschichte, der wirtschaftliche Zwang verfügen in ihrem Namen über Körper und Seele. Auf unmenschliche Weise.

Daher protestiert im Innern des gedemütigten Menschen etwas, das nicht sterben will. Unsere Leiden schreien nach einer Herrschaft des Guten. Unsere Herzen rufen schmerzlich nach dem, der uns lieben würde, nach dem, den wir unsern Herrn nennen möchten.

*

Er verfügt über unser Leben mit unwiderstehlicher Herrschermacht, Er, den wir in seiner völligen Verlassenheit betrachten. Wegen der offenbarten Liebe. Wir lassen uns nicht mehr täuschen. Nicht wer behauptet, er sei groß, und seinen eigenen Ruhm verkündet, ist groß. Es gibt keine andere Größe als die Güte.

Je mehr ich ihm ins Gesicht schaue, dem Gedemütigten, dem Gequälten, um so mehr erkenne ich darin das Leuchten einer Liebe, die ich wohl göttlich nennen muß, so sehr geht sie über unsere Maße hinaus. In diesem Licht der Ewigkeit sehe ich, daß er tatsächlich alle feindlichen Mächte überwunden und über Sünde, Tod und Schicksal den Sieg davongetragen hat.

*

Man muß also nicht mehr trennen, was Gott in ihm verbunden hat. Den schmerzvollen Weg, welcher Jünger könnte sich rühmen, ihn vermieden zu haben? Aber welcher Jünger könnte vergessen, daß dieser Weg dem Sieg entgegenführt, wenn man ihn in der Liebe geht? Die Sanftmütigen sind selten ruhmvoll in Zeiten der Gewalt, und doch sind sie es, denen der Besitz der Erde verheißen ist. Die Demütigen sind an den Rand gedrängt und fast vergessen, und doch gehört ihnen das Reich Gottes. Nebelhafte Hoffnung? Ganz und gar nicht, denn es gehört zum Wesen des wahren Jüngers, sich unverzüglich auf diesen Weg zu begeben und gerade damit dieser Wirklichkeit anderer Art in dieser Welt Bestand zu geben.

Weil Jesus Christus der Herr ist, hält man aus, wenn alles schlecht geht, und man fängt wieder an, wenn alles verloren ist. In der Sicherheit seines Sieges liegt das Geheimnis des friedlichen Widerstandes und der unerschrockenen Stellungnahme. Eine göttliche Kraft belebt diese Treue. Seine Fürsprache verbindet sich mit unseren Gebeten. Nichts ist mehr unserer unsichern Initiative und unseren vom Zufall abhängigen Anstrengungen überlassen. Alles wird von oben eingegeben und geführt.

Die Vorsehung ist nicht mehr eine ferne, fast nur mutmaßliche und etwas enttäuschende Gottheit. Sie ist die Macht, welche die Menschen und ihre Gemeinschaften belebt trotz Hindernissen und Ablehnung. Die Macht, der wir in diesen Tagen der nationalen Entscheidung dienen müssen.

Außerhalb jeder Art Gewalttätigkeit, außerhalb der Lügen, die oft eher als von Menschen aus Situationen kommen, außerhalb falscher Herrschaften. In der Wahrheit und in der Liebe. Denn der Herr ist Jesus Christus.

Henri Roser

Die 2. Konferenz der Vereinten Nationen zur Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken

Wenn die Regierungen von 69 Staaten ihre Sachverständigen mit 2200 Referaten und die in den «nongouvernementalen Organisationen» zusammengeschlossenen Vertretungen der Völker ihre Beobachter – insgesamt 5000 – an eine wissenschaftliche und technische Konferenz wie die in Genf vom 1. bis 13. September abgehaltene delegierten, so muß man sich in erster Linie nach den Ursachen fragen, die einen so beispiellosen Massenaufmarsch der Wissenschafter – der sogar die Teilnehmerzahl an der ersten derartigen Konferenz, die im August 1955 stattfand, um 2000 und fast das Doppelte an wissenschaftlichen Mitteilungen übertraf – veranlaßt hat. Der im allgemeinen hohe wissenschaftliche Standard der Konferenz und die Mannigfaltigkeit der Interessengebiete, die dieser grundlegend neue Forschungszweig umfaßt, stellt – wie der Vergleich mit andern Fachkongressen ähnlicher Art zeigt – keine genügende Erklärung dar.

Wohl rührte die Konferenz – die von einer äußerst interessanten einschlägigen Ausstellung über die Errungenschaften der hauptsächlich an dieser Forschungsrichtung und ihren industriellen Anwendungen beteiligten Länder begleitet war – in den Angaben über die Untersuchung der kosmischen Strahlen mit Hilfe der Sputniks und Raketen sowie neuer großer Teilchenbeschleuniger an Grundfragen über den Aufbau der Materie, wobei auch die Aufspaltung der Bausteine der Atomkerne – der Protonen und Neutronen – in 16 Elementarbruchstücke sowie die Existenz von kleinsten Teilchen, deren Bewegung schneller ist als das Licht, zur Sprache kam. Auch Darlegungen über früher nur auf Grund von Strahlenmessungen eruierte schwerste Transuranium- beziehungsweise Plutoniumelemente, wie das Berkelium (Element 97), die jetzt in wägbaren Mengen dargestellt worden waren, beschäftigten die Konferenz, und der die Quelle der strahlenden Energie von Sonne und Sternen repräsentierende Aufbau des Heliums durch Fusion von vier Wasserstoffatomen, der sich bei mehreren Millionen Graden vollzieht, stellte den Beginn der Erschließung neuer Energie zu friedlichen Zwecken dar.

Wohl boten die zahlreichen Ausführungen über die radioaktiven Isotope, die als Spaltprodukte in den Reaktoren entstehen, eine Fülle interessanter Einblicke in bisher unbekannte oder unrichtig gedeutete Lebensvorgänge. In negativer Hinsicht wirkt sich die Strahlung der radioaktiven Isotope, selbst in schwachen Dosen, wie diejenige andern Ursprungs (Röntgenapparaturen), in der Beschleunigung der Alterserscheinungen durch die Beeinflussung der chemischen Substanzen der lebenden Materie aus, die im einzelnen Blutgefäße, Muskeln, Sehnen,

Gehirn und Nervensystem, die Erregbarkeit der Hirnrinde und die Reflexe betreffen und sich – wie Versuche über die Beeinflussung des Nervensystems des wachsenden Embryos durch Radiostrontium gezeigt haben – besonders schädlich an wachsenden Organen und Organsystemen dokumentieren. Herabsetzung der Lebensdauer, wie sie auch bei den Radiologen nach den Feststellungen der amerikanischen Akademie der Wissenschaften festgestellt wurde – sei es durch die Auslösung eines Krebses, sei es auf andere, wohl hauptsächlich durch Schädigung der Nebennierenrinde bedingte Weise (die Verf.) –, ist die zwangsläufige Folge radioaktiver Umwandlungsprodukte, wie Strontium, Cäsium und Plutonium auf die Alterung, die auch bei Versuchstieren in nervöser Instabilität, Herabsetzung der Fruchtbarkeit und pathologischen Erscheinungen in der Nachkommenschaft, in einer Verminderung der Lebensdauer um 41 Prozent und Krebs zutage tritt. Die Lokalisierung der induzierten Knochenkrebse ist für die verschiedenen Radioisotopen insofern verschieden, als die durch Plutonium veranlaßten die Wirbelsäule heimsuchen, während radioaktives Strontium, Calcium und Phosphor die krebsartige Entartung der Röhrenknochen verursachen.

Wohl waren nicht wenige der biologischen Anwendungen der radioaktiven Isotope geeignet, auch den Praktiker zu interessieren, der sich mit Fragen des Pflanzenschutzes, mit der Bekämpfung pflanzlicher und tierischer Parasiten und der Wanderung der letzteren befaßt. Die von arabischer Seite an der Konferenz vorgebrachten Tomatenkrankheiten fallen zum Beispiel in dieses Gebiet, sowie die ungefähr 13 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr rettende Vernichtung der Getreidewürmer und die in der Seidenindustrie verwendete Abtötung der Cocons mittels der γ-Strahlung des Cobalt 60, ganz zu schweigen von nichtbiologischen Anwendungen der Isotopen und ihrer Strahlungen, wie sie repräsentiert werden durch so heterogene Dinge wie die Katalysierung der Vulkanisierung des Kautschuks, die Herstellung unzerstörbaren Papiers, die Konservierung von Nahrungsmitteln, das Studium von Legierungen und Lötmitteln mittels ihrer Wirkung auf die photographische Platte, die Ermittlung der Abnutzung der Pistons von Automobilmotoren bei verschiedenen Geschwindigkeiten und die Ausbeutung von Petroleumvorkommen in Rumänien – Anwendungen, die der Industrie, nach Dr. L i b b y von der Atomenergiekommission der USA, im Jahr 1953 100 Millionen, 1956 400 Millionen, 1957 500 Millionen Dollar Einsparungen ermöglichten, welche bald auf eine Milliarde Dollar ansteigen werden. Zu all dem kommt das große Gebiet der diagnostischen und therapeutischen Anwendungen der Radioisotope in der Medizin – so derjenigen, die spezifische Affinitäten zu bestimmten Organen besitzen, wie das Radiojod zur Schilddrüse, und außerdem – wie die Inhalation von Methylradiojodid und Krypton zeigt – zu Herz und Leber und das Radioyttrium zur Hypophyse, die es zerstört. Ferner gehört hierher die Verwendung von radioaktivem Gold für Leber-

untersuchungen und zur Behandlung von Ovarialkrebsen sowie von andern Radioisotopen bei inoperablen Krebsen, zur Feststellung der Lokalisation von Gehirntumoren – für die das Bor eine spezifische Affinität besitzt –, zur Untersuchung von Blutzirkulation und Lunge wie auch praktisch mehr oder weniger aller Organe und Körperteile – alles Anwendungen, deren Überschätzung jedoch, wie Professor Chamberlain (USA) betonte, den praktischen Arzt nicht dazu verleiten dürfe, in manchen Fällen für den Patienten besser geeignete, konventionelle Methoden beiseite zu lassen.

Aber all das Interessante hätte, wie gesagt, nicht genügt, um die hohe Teilnehmerzahl an der Atomenergiekonferenz zu erklären. Was alle diese 5000 Wissenschafter einte, war das dringende Bedürfnis zu internationaler Zusammenarbeit, zur Vereinigung aller Kräfte für das gemeinsame Wohl der Menschheit, die bisher von nationalistischen Schranken eingeengt, unter militärischem Druck am gemeinsamen Untergang der Menschheit gearbeitet hatten. Was die Aufhebung des militärischen Geheimnisses, das so lange wie ein Alpdruck auf der Forschung überall in der Welt gelastet hatte, für den Wissenschafter bedeutet, kam in den verschiedenen Begrüßungsreden und Botschaften wie in zahlreichen Referaten der Delegierten zur Sprache. So bezeichnete der Präsident der Konferenz, Professor Perrin, diese Aufhebung als den «größten Dienst für die Sache des Friedens», da die am schwersten schädigende Wirkung des Geheimniszwanges die ist, die Wissenschaft daran zu hindern, das einigende Band zwischen den Menschen zu sein. Hierdurch werden die menschlichen Beziehungen gerade in der Sphäre vergiftet, die am ehesten geeignet ist, eine Vermischung der Zivilisationen zu ermöglichen. Der Generalsekretär, Mr. Hammarskjöld, hob an einzelnen Beispielen, wie der Verwendung des in den Reaktoren erzeugten spaltbaren Materials und der Disponierung über die radioaktiven Abfälle von Atomwerken, die Notwendigkeit internationaler Abmachungen hervor; Bundespräsident Holenstein, der die Konferenz auf Schweizer Boden begrüßte und die Verantwortung der Regierungen in ihrem Entschluß, die Atomenergie für das Wohl oder Wehe der Menschheit zu verwenden, betonte, hob die Notwendigkeit engster internationaler Zusammenarbeit im Gebiete der Atomwissenschaften hervor, die auch von den beiden andern Sprechern an der Eröffnungsversammlung, dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, Dr. M. G. Candau, und dem Generaldirektor der internationalen «Atomic Energy Agency», Sterling Cole, dringend verlangt wurde. So schloß der letztere seine Rede mit der Versicherung unaufhörlicher Anstrengungen, um den Geist der Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, der die in Genf versammelten Atomwissenschafter der ganzen Welt einigt und den die Menschheit verlangt. Im selben Geist internationaler Solidarität waren auch die an die Konferenz gesandten schriftlichen Botschaften gehalten. Diejenige von Präsident Eisenhower wiederholte die von ihm

schon anläßlich der ersten Konferenz für die Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken abgegebene Versicherung, daß die Bestimmung der USA darin bestehe, Wege zu finden, durch die der menschliche Erfindungsgeist nicht dem Tod, sondern der Erhaltung des Lebens zugewendet werde; de Gaulle erinnerte an alle Wissenschafter, die dazu beigetragen haben, den Kern für eine neue Menschheit zu bilden; Nehru sprach die Hoffnung aus, daß der Konferenz neue Fortschritte für die internationale Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzbarmachung der Atomenergie beschieden seien zum größten Wohl aller Länder und Völker und im Hinblick auf die Begründung eines dauernden Friedens und einer Zusammenarbeit von Nationen; Chruschtschew endlich wies darauf hin, daß eine «Zusammenarbeit unvergleichlich nützlicher wäre, wenn eine Verständigung hinsichtlich eines Verbots der Atomwaffen und deren Ausschluß aus den Rüstungen aller Länder erreicht werden könnte. Hierdurch würde es möglich, die ganze Macht der Atomenergie in den Dienst des Friedens und des Fortschritts zu stellen.»

Als einen weiteren Grund dafür, daß so viele Nationen ihre Experten an die Konferenz delegiert hatten, bezeichnete Professor Perrin in seiner Rede – die in so ausgezeichneter Weise Sinn und Zweck derselben dargelegt hatte – die Drohung eines Atomkriegs, die über der Welt hängt. Wörtlich sagte er: «Die Angst ist leicht begreiflich, wenn man sich die beispiellose Katastrophe vor Augen hält, die ein auf die massive Anwendung von Atom-Spaltung oder -Fusion gegründeter Krieg für die Menschheit bedeuten würde. Die kriegführenden Länder – manche vielleicht gegen ihren Willen in den Konflikt hineingezogen – würden nach einigen Tagen als Wüste zurückbleiben, und manche würden ein für allemal als Nation von der Weltkarte ausgelöscht sein. Und die andern Länder, selbst die von den Kämpfen oder den Gegenden, in denen strategische Angriffe und Gegenangriffe stattgefunden haben, am weitesten entfernten, könnten vom radioaktiven Ausfall in solchem Ausmaß erfaßt worden sein, daß die Gesundheit ihrer Einwohner und selbst ihrer Nachkommen schwer betroffen wäre. Wenn die Atomenergie durch ihre industriellen Anwendungen früher oder später die Verheißung eines großen Glücks für alle darstellt, so ist sie ebenso durch ihre militärischen Anwendungen der Grund für eine tiefe allgemeine Angst, die allein dadurch gemildert wird, daß das Grauen vor den Ergebnissen einer Anwendung von Atomwaffen zur Vermeidung eines Weltkriegs beitragen dürfte, in welchem diese Waffen fast mit Sicherheit zur Anwendung kämen. Aber ein Friede, gegründet auf die Furcht von Repressalien, denen jeder Angreifer ausgesetzt wäre, ist kein gesicherter Friede. Die heimliche Entwicklung von Atomwaffen, die gefährliche Illusion, daß ein entscheidender Vorteil erzielt werden könnte durch einen überraschenden Angriff mit solchen Waffen, und die daraus sich ergebende Furcht

könnten einen katastrophalen allgemeinen Krieg aus einem nebensächlichen oder selbst aus einem geringfügigen Anlaß heraufbeschwören.»

Bedeutet nun aber – und dies ist die kritische Frage, die sich hier aufdrängt – die «Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken» tatsächlich ein zwingendes Alternativ für die kriegerische Anwendung derselben? – mit andern Worten: stellt sie die von den Völkern so heiß ersehnte Rettung dar, die den alles vernichtenden Atomkrieg ausschließt?

Trotz ehrlichem Wollen, in diesem Sinne zu wirken, das zweifellos den Initianten der Konferenz in den betreffenden UNO-Kreisen zugrunde liegt und das auch an dieser selbst zutage trat, wo und wann immer von interessierter Seite versucht wurde, mit schönfärberischen Darstellungen und dem Verschweigen notorischer Tatsachen das Gefahrenmoment zu verschleiern, trotz dem gewaltig einzuschätzenden rein wissenschaftlichen Verdienst der Konferenz muß die Frage leider verneint werden. Wenn man auch nicht so weit gehen möchte wie der bekannte australische Physiker Bowker[1], der die friedliche Anwendung der Atomenergie als das «trojanische Pferd» für die kriegerische betrachtet, so liegen die Dinge doch tatsächlich so, daß die friedliche Anwendung so lange unzertrennlich mit der kriegerischen verbunden bleibt, als Krieg oder Kriegsgefahr besteht. Die erstere aus dieser fürchterlichen Verbindung zu lösen, bedeutet vorgängig die Abschaffung des Kriegs. Erst wenn die Völker – wie auch immer – das Faustrecht auf internationalem Gebiet, so wie sie dies in den persönlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch längst getan haben, durch bindendes Völkerrecht ersetzt haben werden, sind die Reaktoren vor einem Mißbrauch des in ihnen gebildeten Plutoniums zur Bombenherstellung durch die militärischen Gewalthaber des eigenen Landes und vor diesem selben Plutonium durch feindlichen Bombenabwurf auf die Atomwerke oder deren Zerstörung durch Sabotage geschützt. Wie groß die Gefahr ist, an dem durch Neutronenwirkung aus dem Uran gebildeten Plutonium und langlebigen radioaktiven Spaltprodukten, wie dem Strontium 90, dem Cäsium 137 und dem Cer 144, der eigenen Reaktoren zugrunde zu gehen, zeigen die folgenden, auf Krieg- und Friedenszeiten sich beziehenden Tatsachen: Wie Schubert und Lapp[2] – auf Grund der Verhältnisse, wie sie in dem am Columbiafluß (USA) gelegenen, Plutonium produzierenden Hanford-Werk gegeben sind – feststellten, besitzen die selbst nach einem Jahr der «Abkühlung» in einem etwa gleich lang in Betrieb gewesenen Reaktor angesammelten Umwandlungsprodukte des Urans noch eine Restradioaktivität, die ungefähr einer Million Curies (1 Curie = Radioaktivität von 1 Gramm Radium) entspricht. Innert eines Jahres kann sie aber schon um das Tausendfache und mehr abgeklungen sein, wenn man berücksichtigt,

---

[1] Bowker, «This Atomic Age and You».

[2] Schubert et Lapp, «Le grand Péril des Radiations» (Edition Payot, Paris, juillet 1958, p. 52).

daß der hohe Gehalt an kurzlebigen radioaktiven Elementen einen viel rascheren Abfall der Radioaktivität unmittelbar nach dem Betriebsunterbruch, gleichviel aus welcher Ursache, bedingt.[3] Berücksichtigt man im einzelnen die Besonderheiten der die Restradioaktivität verursachenden langlebigen Spaltprodukte und des Plutoniums (Element 94), so zeigt sich ein noch verhängnisvolleres Bild. Sein ganzer Ernst wird uns klar, wenn man bedenkt, daß im Kriegsfall nicht nur ein einzelnes Atomkraftwerk oder eine ausschließlich kriegsindustrielle Anlage zur Plutoniumherstellung für die Bombenproduktion Opfer eines Bombenangriffs sein würde, sondern mehrere derselben, beim gleichen Bombenraid, zur selben Zeit. Mindestens zwei der radioaktiven Spaltprodukte sind gasförmig. Niemand wird sie im Fall einer Katastrophe irgendwelchen Ursprungs oder selbst bei den normalen Reinigungsoperationen von teilweise verbrauchtem Uraniummetall von den anhaftenden hochradioaktiven Umwandlungsprodukten daran hindern können, in die Luft zu entweichen. Eines davon, das radioaktive Jod 131, besitzt zwar eine Halbwertszeit von nur acht Tagen, und seine Vergiftung der umliegenden Weiden, die sich auf die Milch der Weidtiere überträgt, besitzt daher vorübergehenden Charakter. Das Krypton 85 dagegen, das eine Halbwertszeit von zehn Jahren besitzt und das als Edelgas keine Neigung besitzt, sich mit irgendwelchen Filterstoffen zu verbinden, muß als sehr beträchtliche Dauergefahr betrachtet werden, nicht allein für den Kriegsfall und Betriebskatastrophen, sondern in Anbetracht der phantastischen Zunahme der Reaktoren – selbst wenn sie ausschließlich zur Stromerzeugung dienen – im normalen Friedensbetrieb. Schubert und Lapp[4] haben für den Fall, daß die Atomkraftanwendung in den USA um das Zehnfache des heutigen Betrages in Zukunft – zum Beispiel bis zum Jahre 2000 – ansteigen sollte, der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß dadurch die globale Verseuchung auf 10 Milliarden Curie ansteigen würde und daß unsere heutigen Kenntnisse nicht imstande sind, den Gefahren, die der Atomspaltung innewohnen, zu begegnen.

Was die weitere Gefahrenquelle, die Bildung des Plutoniums, auch in den «friedlichen» Reaktoren betrifft und das sich, wie die Konferenz in Mitteilungen und Filmvorführungen deutlich zeigte, bedauerlicherweise steigender Anwendung erfreut, so sprechen schon die Tatsachen für sich, daß das Plutonium eine Lebensdauer von 24 000 Jahren besitzt, sich hauptsächlich in den Knochen, aber auch

[3] Dieselben Forscher, von denen der erstere (Biologe) Mitglied der Academy of Science New York, der letztere (Kernphysiker) Adjunktdirektor des Nationalen Argonne-Laboratoriums (Chicago) ist, haben auf Seiten 54/55 ihres erwähnten Buches für die Installationen der Elektrizitätsgesellschaft von Indiana und Michigan, am Wabashriver, eine Stunde nach Unterbruch eines kontinuierlichen Jahresbetriebes den Grad der Radioaktivität demjenigen von 900 Tonnen Radium gleichgesetzt. Nach einem Jahr war derselbe noch 23 Tonnen Radium und nach fünf Jahren 4,5 Tonnen Radium äquivalent.

[4] Schubert et Lapp, 1 c vorletzte Fußnote, Seite 61.

in Leber, Milz, Lunge und anderen Geweben festsetzt und durch seine α-Strahlung von hoher Energie dort noch schädlicher wirkt als das Radium, dessen Lebensdauer 1600 Jahre beträgt und das ebenfalls eine, wenn auch beschränktere Anwendung, zum Beispiel als «Brennstoff» des Reaktors des Unterseebootes Nautilus – im Gegensatz zum Plutoniumreaktor des Unterseebootes Scate – findet. Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich zu vergegenwärtigen, was die Verseuchung der betroffenen Gebiete durch derartig langlebige Elemente bedeutet. Es ist so wie der Sprecher in einem Film, der anschaulich zur Darstellung brachte, was das in-Flammen-aufgehen eines Atomwerkes für die Umgebung bedeutet, treuherzig sagte: «Eine Katastrophe muß unter allen Umständen vermieden werden.» Aber bedeutet dieser fromme Wunsch irgendwelche Garantie für die im Umkreis eines Reaktors lebende Bevölkerung? – Dr. C. Rogers McCullough, Präsident des beratenden Komitees über Reaktorsicherheitsmaßnahmen der Atomenergiekommission der Vereinigten Staaten gab auf diese Frage an der Konferenz die erschütternde Antwort: «Wir zweifeln ernstlich daran, daß all unsere Geschicklichkeit und Fürsorge ausreichend sind, um alle Unfälle zu vermeiden, und wir müssen uns auf den Unfall vorbereiten, der sicherlich kommen wird trotz unseren größten Anstrengungen.» Dr. McCullough beschrieb dann die Lokalisation der verschiedenen US-Reaktoren, die so gewählt worden ist, daß für den Fall einer Katastrophe die Bevölkerung nicht schwer gefährdet wird. Aber ist eine «leichtere» Gefährdung überhaupt denkbar, wenn man sich die Angaben von Schubert und Lapp[5] vergegenwärtigt, daß zum Beispiel ein einziges Gramm Plutonium 239 genügt, um schon nach einigen Atemzügen die Absorption eines Mikrogramms – entsprechend fast dem doppelten Toleranzwert – zu veranlassen. Angesichts der Tatsache, daß «jedes Jahr mit Milliarden Mikrogrammen Plutonium in zahlreichen Atomwerken manipuliert wird», fügen sie hinzu, «wird das Problem eines Schutzes entsetzlich».

Nicht viel tröstlicher für die betroffene Bevölkerung sind, wie Skvortsov ausführte, die Sicherheitsmaßnahmen in Sowjetrußland. Danach dürfen im Umkreis eines Kilometers keine Wohnungen, keine Züchtereien für Haustiere oder landwirtschaftliche Siedlungen bestehen, und bei Städten ist im allgemeinen eine Distanz von 25 Kilometern einzuhalten, mit möglichen Ausnahmen, die sich auf die vorherrschenden Windrichtungen gründen. Ferner sind Abschirmungen und hermetische Umwallungen vorgeschrieben sowie ein allgemeines Abduschungssystem, um die Betroffenen vor übermäßigen Strahlungen im Fall einer plötzlichen Explosion zu schützen. Was ist aber eine Distanz von 25 Kilometern, muß man sich fragen, angesichts der Warnung, die am Schlußtag den Konferenzteilnehmern von Professor de Boer, Repräsentant der holländischen Akademie der Wissenschaf-

[5] Dieselben, ebenda, Seite 135.

ten, in seinem Bericht über «die internationalen Aspekte der radioaktiven Verseuchung in Westeuropa und die Notwendigkeit der daraus sich ergebenden Kontrolle» ins Gewissen gerufen wurde. «Im Fall einer Reaktorkatastrophe», so sagte er, «wird die Gesundheit der Bevölkerung in einem Umkreis von 360 Meilen (etwa 580 Kilometer) geschädigt und ihre Nahrungsversorgung für lange Zeit gefährdet. Und nicht allein das Land, in dem sich der Reaktor befindet, sondern auch die benachbarten und noch entfernteren Länder werden in Mitleidenschaft gezogen. Der Schiffbruch eines mit Atomenergie angetriebenen Schiffes – wie auch von ebenso ausgestatteten Eisenbahnlokomotiven und Flugzeugen – wäre eine schwere Katastrophe für die Schiffbrüchigen selbst, deren Rettung große Gefahr mit sich bringen würde, für die Bemannung anderer Schiffe, die ebenfalls gefährdet wäre, und für die Fische, die in großen Gebieten des Ozeans verseucht würden.» Man kann nur in Anbetracht der furchtbaren Gefahr, in der sich insbesondere die dichtbevölkerten Gegenden Europas und Amerikas befinden, in Anbetracht einer Entwicklung, die Schubert und Lapp[6] als langsam zunehmende radioaktive Vergiftung in den kommenden Jahren bezeichnen und die «die Gefahr Nr. 1 der Zukunft» darstellt, hoffen, daß die holländische Akademie der Wissenschaften mit ihrer Forderung durchdringt, daß «die internationale Verantwortlichkeit ohne Verzug in Gesetzen niedergelegt und die Radioaktivität von Luft, Wasser und Erde, Pflanzen, menschlichen und tierischen Lebewesen ständig durch eine internationale Behörde kontrolliert wird» und daß nicht Tendenzen, deren Sprachrohr an der Konferenz M. P. T. Fletcher (Großbritannien) war, die Oberhand gewinnen, die verlangen, daß «nicht vorzeitig eine zu strikte Gesetzgebung angenommen werde», denn die Menschheit hat keine Zeit zu warten, wenn sie am Leben bleiben will, keine Zeit auch im Hinblick auf die noch hoffnungslos darniederliegenden Probleme der radioaktiven Abfälle, die eine ständige Gefahr der Grundwasserverseuchung darstellen. Ist einmal – wovon wir jedoch leider noch weit entfernt sind – die friedliche Nutzbarmachung der enormen Energiequelle erschlossen, die in der Fusion der Wasserstoff- zu Heliumatomen gegeben ist und die an der Konferenz in zahlreichen wichtigen Mitteilungen behandelt wurde, so dürfte die Menschheit der großen Sorge enthoben sein, die die Atomspaltung für sie heraufbeschworen hat, vorausgesetzt, daß die schnellen Neutronen, die bei der Fusion entstehen – und die sich durch bestimmte Absorptionsmittel eliminieren lassen –, nicht wiederum zum Bombardement von Uranium und damit zur Plutoniumgewinnung, wie dies in Hochkraftreaktoren heute geschieht, mißbraucht werden, womit aufs neue das Gefahrenproblem für benachbarte Städte und ganze dichtbevölkerte Länder aufgerollt würde, das die Menschen von heute und ihre Nachkommen in so schwerer Weise bedroht.

G. Woker

[6] Dieselben, ebenda, Seite 111.

Dritte Pugwash-Konferenz der Wissenschafter von Ost und West

Die erste und zweite Pugwash-Konferenz wurden in der Öffentlichkeit kaum erwähnt, erst jetzt, anläßlich der dritten Konferenz dieses Namens, die vom 14. bis 19. September in Kitzbühel stattfand, nahm unsere Presse Notiz («NZZ», Nr. 2733) von den Bemühungen britischer Gelehrter, die Isolierung der Wissenschafter aus Ost und West zu überwinden und sie zur gemeinsamen Friedensarbeit zu sammeln. Pugwash, das diesen Treffen den Namen gab, ist ein Städtchen in Neuschottland, Kanada, das die erste von den Wissenschaftern organisierte Zusammenkunft sah. Die diesjährige Pugwash-Konferenz steht unter dem Motto «Friede im Atomzeitalter» und wurde von 69 Wissenschaftern aus 22 Ländern beschickt und öffentlich anerkannt. Die feierliche Schlußsitzung in der Wiener Akademie der Wissenschaften wurde vom österreichischen Bundespräsidenten Adolf Schärf präsidiert.

Unsere Leser dürften sich für die Erklärung dieser Konferenz, der erste, international bekannte Persönlichkeiten angehören, interessieren. Sie wird im Wortlaut allen führenden Wissenschaftern der Welt zugestellt. Wir lassen sie in gekürzter Form folgen.

Es darf nicht mehr zum Krieg kommen

Wir sind in Kitzbühel zusammengekommen zu einer Zeit, da es offenbar geworden ist, daß die Entwicklung nuklearer Waffen dem Menschen die Möglichkeit gibt, die Zivilisation und sich selbst zu zerstören.

Nach unserer Auffassung ist eine Abwehr nuklearer Angriffe sehr schwierig. Unbegründetes Vertrauen auf die Wirksamkeit von Abwehrmaßnahmen kann sogar zum Ausbruch eines Nuklearkrieges führen.

Selbst wenn die Völker sich darüber einigen, nukleare Waffen oder andere Massenzerstörungsmittel nicht zu verwenden, so ist doch das Wissen um die Herstellung dieser Waffen nicht aus der Welt zu schaffen. In künftigen Kriegen wird sich jeder Staat, der über diese Kenntnisse verfügt, verpflichtet fühlen, solche Waffen herzustellen, und eine industrielle Großmacht würde in weniger als einem Jahr schon wieder atomische Waffen aufstapeln können. Dann blieben als Schutz nur noch die in Friedenszeit geschlossenen Abkommen, nukleare Waffen nicht zu benützen. Es besteht darum jede Wahrscheinlichkeit, daß in einem künftigen Großkrieg nukleare Waffen zur Anwendung kommen.

Die Geschichte zeigt auch, daß begrenzte Kriege sich zu leicht zu allgemeinen Kriegen ausweiten, als daß man sich mit ihnen abfinden könnte. Wir haben keine Wahl – wir müssen vollständig auf Krieg in jeder Form verzichten.

Wie können wir dem Rüstungswettlauf ein Ende setzen?

Da der Rüstungswettlauf auf gegenseitigem Mißtrauen beruht, begrüßen wir jede Maßnahme, die dazu angetan ist, dieses Mißtrauen herabzusetzen, vor allem natürlich die kürzlich durchgeführte, von Ost und West beschickte Expertenkonferenz über die Möglichkeit, Versuchsexplosionen festzustellen. Als Wissenschafter sind wir hocherfreut über die einstimmige Annahme der Resultate dieser Konferenz, und die Billigung durch die Regierungen der USA, der USSR und Großbritanniens. Wir hoffen, dies sei nur der erste Schritt zur Einstellung der Nuklearversuche und der Entwicklung eines wirksamen Kontrollsystems. Sie würden am meisten zum Nachlassen der internationalen Spannung und damit des Rüstungswettlaufes beitragen.

Es ist zuzugeben, daß die großen Vorräte an Nuklearwaffen ein vollkommen zuverlässiges Kontrollsystem sehr schwierig, wenn nicht unmöglich gestalten. Um nukleare Abrüstung doch zu ermöglichen, müssen die Nationen zunächst in die Wege leiten, was an praktisch durchführbarer technischer Kontrolle möglich ist, darüber hinaus jedoch eine Verbindung von politischen Vereinbarungen, internationalen Sicherheitsmaßnahmen und Erfahrungen erfolgreicher Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten anstreben. Diese Faktoren, gesamthaft betrachtet, werden ein Klima gegenseitigen Vertrauens schaffen, das heute noch nicht besteht, und die Gewißheit, daß die Nationen einsehen, welch großer Gewinn in der Überwindung gegenseitigen Mißtrauens liegt. Angesichts der Schwierigkeiten der technologischen Überwachung sehen sich die Wissenschafter verpflichtet, ihren Völkern und Regierungen zu zeigen, wie notwendig eine Politik ist, die internationales Vertrauen stärkt und die Furcht vermindert. Dazu taugen nicht schöne Worte, sondern nur gegenseitige Zugeständnisse und aktive Zusammenarbeit.

Gefahren der Versuchsexplosionen

An der ersten Pugwash-Konferenz war festgestellt worden, daß, obwohl die biologischen Wirkungen der Versuchsexplosionen, verglichen mit den Gefahren anderen Ursprungs, vielleicht nicht sehr groß seien, sie dennoch genaue Untersuchung erforderten. Seither ist der Bericht des Wissenschaftlichen Ausschusses der UNO «Über die Wirkungen atomischer Strahlung» erschienen. Hier geht die Auffassung der Wissenschafter aus allen Ländern einstimmig dahin, daß die Gefahr radioaktiver Strahlung aus solchen Versuchen sicher besteht und daß sie bei jetzigen und zukünftigen Generationen eine bedeutende Zahl von Opfern fordern wird. Wenn schon angenommen wird, daß die genetischen Folgen vorläufig verhältnismäßig gering sind, so steht für die Wissenschafter anderseits fest, daß die Fälle von Blut- und Knochenkrebs infolge der Tests eine bedeutende Zunahme erfahren haben. Viele Fachleute auf diesem Gebiete sind der Meinung, daß selbst die

geringste Erhöhung der radioaktiven Strahlung zu diesem Resultat beiträgt. Man muß daraus schließen – und darin sind alle Gelehrten einig –, daß jede Erhöhung radioaktiver Gefahr unerwünscht ist und vermieden werden muß.

Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit

Die Tatsache, daß Wissenschafter aus allen Teilen der Welt sich gegenseitig verstehen und zusammenarbeiten können, ist ein ausgezeichnetes Mittel, die Gegensätze zwischen den Nationen zu überbrücken und die Völker für gemeinsame Aufgaben zu einigen. Wir glauben, daß gemeinsame Arbeit auf allen Gebieten, in denen sich internationale Zusammenarbeit als möglich erwiesen hat, entscheidend dazu beiträgt, den Gedanken der Gemeinschaft der Nationen zu verankern und damit für die Lösung nationaler Probleme die richtige Grundlage zu schaffen. Nur auf diesem Boden ist schließlich wirksame Abrüstung denkbar. Mögen wir Wissenschafter unserer Verantwortlichkeit gegenüber unseren Völkern und der Menschheit stets eingedenk sein und alles tun, was internationale Zusammenarbeit fördert.

Technik im Dienste des Friedens

Die Internationale Kommission für Atomenergie bemüht sich nicht allein um die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet; ihr liegt auch daran, allen Nationen behilflich zu sein, die neue Energiequelle als Grundlage für ihr materielles Wohlergehen auszunützen. Auf diesem wie auf dem Gebiete wirtschaftlicher Entwicklung und der Volksgesundheit sollte die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden, ist doch der niedrige Lebensstandard der industriell unterentwickelten Länder ein andauernder Grund internationaler Spannung.

Der Aufschwung des Verkehrswesens in der ganzen Welt und unser Verständnis für die Art, in der die Naturkräfte die Lebensbedingungen der Völker beeinflussen, zeigen uns eindringlicher als je, in welchem Maße das Wohlergehen der Einzelnationen mit dem Wohlergehen der Menschheit verbunden ist, ja von ihm abhängt und wie rapid es erhöht werden könnte, würden wir uns gemeinsam dafür einsetzen. Wir glauben, daß durch solche gemeinsame Anstrengung das Nebeneinanderbestehen von Nationen verschiedener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Struktur nicht nur friedlich sein kann, sondern daß die Nationen in zunehmendem Maße auch zur Zusammenarbeit fähig und gewillt und daß damit die Beziehungen zueinander stabiler werden. Wenn uns der Friede erhalten bleibt, so steht die Menschheit an der Schwelle eines großen wissenschaftlichen Zeitalters. Die Wissenschaft kann der Menschheit ein immer größeres Maß von Einsicht in die Naturkräfte und die Mittel zu ihrer Verwendung verschaffen. Daraus ergeben sich bessere Lebensbedingungen und Gesundheit und Wohlstand für alle.

Verantwortung der Wissenschafter

Wir Wissenschafter aller Länder haben die Pflicht, unser Teil zur Erziehung der Nationen beizutragen, indem wir unter ihnen das Verständnis für die Gefahren und die Möglichkeiten der Wissenschaft verbreiten. Wir bitten unsere Kollegen überall, sich dafür einzusetzen, durch die Aufklärung der Erwachsenen wie durch die Erziehung der kommenden Generation. Größter Wert sollte vor allem gelegt werden auf die Verbesserung aller menschlichen Beziehungen und die Vermeidung jeder Verherrlichung von Gewalttat und Krieg. *P. F.*

. . . Aber was ist die Macht der Hölle? Es ist die Angst vor Opfern, die Angst vor der Meinungsäußerung, es ist die Furcht davor, sich mit seinem Entschluß allein zu befinden, es ist die Angst vor dem Außergewöhnlichen. *Alexandre Vinet*

Als Kämpfer für das Recht, für Gottes und der Menschen Sache, sollten wir eine unbedingte Schärfe der Wahrheitsrede mit einer ebenso unbedingten Kraft der Güte, eine leidenschaftliche Parteinahme für das, was wir für recht halten, mit einer grenzenlosen Freiheit des Sinnes und Weite des Herzens verbinden. *Leonhard Ragaz*, 1927

Paul Robeson

Norman Manley, Premierminister der Westindischen Föderation, schrieb im «New Statesman» vom 13. September: «Die Rassenstreitigkeiten in England sind ein Ereignis, das von Bedeutung nicht nur für die etwa 200 000 Farbigen in jenem Lande ist; Hautfarbe und Rasse sind heute ein Problem in der ganzen Welt, und in den USA zum Beispiel und in Afrika hat es den Charakter einer Entscheidung angenommen, von der die Geschichte sprechen wird.»

Ein Mann, der sich mit der Rassenfrage – vom Standpunkte des Farbigen aus – sein ganzes Leben lang beschäftigt und sich um eine Lösung bemüht hat, ist der amerikanische Negersänger *Paul Robeson*. Seine Lebensgeschichte, von *Marie Seton* verfaßt («Paul Robeson», Dennis Dobson, London, von Marie Seton, 1958) und kürzlich veröffentlicht, verschafft uns Aufschluß über den Kampf, den ein ethisch hochstehender Mensch und Künstler für die Überwindung der uns alle erniedrigenden Rassenschranken führt.

Robesons Eltern und Verwandte gehörten zu den drei Millionen Sklaven, die 1863 durch die Proklamation von Präsident Lincoln befreit wurden. Sein Vater, der an einer Neger-Universität bei Philadelphia hatte studieren können, war Pfarrer, seine Mutter, aus einer Quäker-

familie stammend, schrieb oft die Predigten für ihren Gatten und muß die Familie tief beeinflußt haben. Als sie 1904 durch einen Unglücksfall ums Leben kam, war der jüngste Sohn, Paul, erst sechs Jahre alt. Sein Vater, selbst eine starke Persönlichkeit, wurde für den kleinen Jungen zum Mittelpunkt der Welt. Noch heute ist ihm, wie Paul Robeson sagt, die Gestalt seines Vaters in seinen Kämpfen gegenwärtig, und noch hört er seine Worte: «Bleibe fest, Sohn, steh zu deinen Grundsätzen und zu deinem Glauben.»

Dank einigen Stipendien und dem Ertrag seiner Arbeit in allen möglichen Berufen – unter anderen desjenigen eines Schauspielers – war es Paul Robeson möglich, die Rechte zu studieren. Sein Debüt auf der Bühne war die Rolle des Simon in einem Schauspiel, das der Christliche Verein junger Frauen in Harlem, der Negerstadt Neuyorks, aufführte. Simon war der Mann, der Christus das Kreuz abnahm und nach Golgatha trug – nach der Überlieferung «ein Mann aus Afrika».

In einer Szene des Dramas «The Emperor Jones», von Eugene O'Neill, sang Paul Robeson bald darauf ein Negrospiritual (Lied, das der religiösen Sehnsucht der Neger Ausdruck gibt). Er hatte damit seine eigentliche Berufung entdeckt – die Interpretation der Lieder seines Volkes. Mit seinem Freunde Lawrence Brown als Begleiter sang er in Hunderten von Konzerten. «Seine Negrospirituals», schrieb die «New York Times», «offenbaren die Leiden und Hoffnungen eines ganzen Volkes.»

Wer immer den Schallplattenaufnahmen seiner Lieder lauscht, weiß, daß dies noch heute sein höchstes Anliegen ist. An seinem 60. Geburtstag feierte ihn Nehru als «einen der größten Künstler unserer Epoche, der für etwas eingestanden ist und gelitten hat, das uns allen teuer sein sollte – menschliche Würde». Seine Konzertreisen führten Paul Robeson nach England, wo er von den führenden Persönlichkeiten in Politik und Kunst beispiellos gefeiert wurde. Er war jedoch nicht gesonnen, auf seinen Lorbeeren auszuruhen oder sich auf die Kenntnis der angelsächsischen Länder zu beschränken. Dank intensiven Sprachstudien – er spricht Russisch geläufig – wollte er auch die Sowjetunion aus eigener Erfahrung kennen. Auf dem Wege dahin, im Berlin der dreißiger Jahre, tat er ungewollt einen Blick in die Welt des Faschismus. «Ich verstand nie, was Faschismus für ein Land bedeutet», erklärte er, «aber von jetzt an werde ich ihn bekämpfen, wo ich auf ihn treffe.» Es wurde ihm klar, wie ähnlich die Lage der jüdischen Minderheit in Nazi-Deutschland der seines eigenen Volkes in den Vereinigten Staaten war, und er erklärte sich bereit, durch seine Kunst die Leiden der jüdischen Flüchtlinge in England zu lindern.

Auch in der Sowjetunion wurde Paul Robesons Kunst stürmisch gefeiert. Er unterhielt sich nächtelang mit dem berühmten Regisseur Eisenstein über die Zukunft des Films, über Sprachforschung und die seltsame musikalische Übereinstimmung so vieler Motive in den Liedern primitiver Völker, sei es in Afrika, China, Thailand oder in den

Melodien seiner eigenen Negrospirituals. Was Robeson in der Sowjetunion am tiefsten beeindruckte, war die Gleichstellung aller rassischen Minderheiten. Daß Farbige gleich viel gelten wie Weiße, erfuhr er nicht nur in seiner eigenen Person, es wurde ihm von Indern, Chinesen und Angehörigen anderer nicht-weißer Rassen bestätigt. Die Kinder in den Straßen drängten sich um ihn, er sollte ihnen erzählen von sich und seinem Land. Sie kannten keine Furcht vor dem schwarzen Riesen, denn man hatte sie nie vor Schwarzen gewarnt. Robeson wünschte auch, seinen Sohn Paul dieses für ihn überwältigenden Erlebnisses teilhaft werden zu lassen. Sein Junge verbrachte später in der Tat zwei Jahre in russischen Schulen, als Paul Robeson auf einer zweiten Rußlandtour im Kaukasus und in Sowjetasien Konzerte gab. Robeson lernte hier Völker kennen, die noch eine Generation zuvor keine geschriebene Sprache hatten und ebenso arm und hoffnungslos gewesen waren wie die Schwarzen in Afrika. Er wurde Zeuge, wie diese selben Leute ihre eigenen Universitäten und Theater schufen, wie sie als gelernte Berufsleute ihrer Arbeit nachgingen. Ihm wurde klar, daß, «wenn einmal unsere von Kriegen zerrissene Welt neu aufgebaut werden kann, nicht allein die westliche Kultur, sondern auch die der Hindus, Afrikaner und Chinesen zur Verwirklichung einer echten menschlichen Gemeinschaft ihr Teil beitragen wird».

Wieder zurück in Amerika, wo Präsident Roosevelt erklärt hatte, die Neger sollten ihre vollen bürgerlichen Rechte erhalten, wurden Paul Robeson sogar akademische Ehrungen und Doktorate zuteil. Die Neuyorker öffentliche Bibliothek nahm seinen Namen in ihre Ehrenliste auf, als «Künder und Förderer der Volkskunst vieler Länder», während der Rektor der Universität von Atlanta, Georgia, seine Bewunderung in den Worten bezeugte: «In Ihrer Kunst stehen Sie ein für die Sache des Volkes, in Ihrer Person verkörpern Sie die Leiden der Menschheit.» Diese Ehrungen, wie später die Diffamierung, teilte Paul Robeson mit seiner tapferen Frau Eslanda, der Schriftstellerin und Anthropologin, die unter anderem mit Pearl Buck zusammen das Buch «American Argument» veröffentlichte.

Die Jahre 1945 bis 1947 sahen Paul Robeson auf dem Höhepunkt seiner künstlerischen Geltung. Es war um diese Zeit, daß in Amerika 56 Männer, Frauen und Jugendliche in Rassenzusammenstößen umgebracht wurden. Paul Robeson hatte bald Gelegenheit, Präsident Truman über diese Vorfälle und die sich immer wiederholenden Lynchmorde zu interpellieren. Er gab dem Präsidenten zu bedenken, es sei kaum in Ordnung, daß Amerika in den Nürnberger Strafprozessen gegen die Nazi eine führende Rolle spiele, während es im eigenen Land die Rechte der Neger so mißachte. Auf die Behauptung Trumans, die USA und England seien die letzte Zuflucht der Freiheit auf der Welt, erwiderte Robeson, weder Amerika noch England bewiesen durch die Tat, daß sie den Faschismus ausrotten würden, obwohl sie vor der Weltöffentlichkeit erklärt hatten, es sei dies ihre Absicht.

Noch 1949 war es Paul Robeson möglich, in der Londoner Albert Hall vor 8000 Zuhörern zu singen. Bevor er nach Amerika zurückkehrte, nahm Robeson am Weltfriedenskongreß in Paris teil, wo er in einer unvorbereiteten Rede erklärte: «Es ist undenkbar, daß amerikanische Neger für Leute, die uns seit Generationen unterdrücken, in einen Krieg gegen die Sowjetunion ziehen könnten, gegen ein Land, das die Farbigen innerhalb einer Generation zu menschlicher Würde erhoben hat.» Diese Worte wurden Robeson als Hochverrat angekreidet, auch wenn er später erklärte, seine Worte bezögen sich ebensosehr auf die 40 Millionen Neger der Westindischen Inseln und die 150 Millionen Eingeborenen Afrikas, die in einem Krieg gegen Rußland auch nichts zu gewinnen hätten.

Bei seiner Rückkehr nach Amerika erwartete ihn uniformierte Polizei am Flugplatz. Noch war die Öffentlichkeit nicht genügend bearbeitet, aber Robeson war vom Moment seiner Rückkunft unter steter polizeilicher Beobachtung. Wenig später setzte dann das Trommelfeuer der Presse gegen ihn ein; bis im August war der Haß so weit aufgepeitscht, daß ein Konzert unter freiem Himmel zu den widerlichen Rassenkrawallen führte, die unter dem Namen «Peekskill Riots» bekannt geworden sind. Ein Mob von Tausenden von aufgehetzten Rowdies mit Ku-Klux-Klan-Kreuzen sammelte sich um den Park, wo sich die Zuhörer um Robeson scharten. Unzählige von ihnen wurden bei ihrer Heimkehr mißhandelt, Autos wurden umgeworfen und verbrannt, ohne daß die Polizei versucht hätte, zugunsten der Neger einzugreifen. Eine zweite Veranstaltung dieser Art, die 25 000 Zuhörer anzog, artete in noch schlimmere Antineger- und Antisemitenausbrüche aus.

Dies war jedoch nicht alles. Wie so viele andere hervorragende Amerikaner, Wissenschafter, Politiker, Künstler, mußte sich Robeson Verhören über seine Einstellung zur Gleichberechtigung der Neger und zum Kommunismus unterziehen. Es war die Zeit der Hexenjagden, die mit dem Namen McCarthy unrühmlich verbunden sind. Die Presse unterließ nichts, Robeson zu verdächtigen, gewährte seinen Äußerungen über Rußland breiten Raum, schwieg sich aber darüber aus, daß er vor der Untersuchungskommission unter Eid erklärt hatte, nie Kommunist gewesen zu sein und nie der Partei angehört zu haben. Als er in einem weiteren Verhör wieder gefragt wurde, ob er Kommunist sei, antwortete er: «Diese Frage ist heute zum Kernpunkt des Kampfes geworden. 19 Männer gehen ins Gefängnis, weil sie diese Frage nicht beantworten. Ich bin bereit, mit ihnen zu gehen. Ich weigere mich, zu antworten.» Robeson ging nicht ins Gefängnis.

Doch er erfuhr, was es heißt, politisch verfemt zu sein. Bis 1951 waren alle seine Schallplatten aus den Läden verschwunden, keine Agentur wagte es, ein Konzert für ihn zu arrangieren. Journalisten aller Grade und Radioansager, die seinen Namen anders als verächtlich erwähnten, Regierungsbeamte, die im Gespräch mit ihm beobachtet wurden, verloren innerhalb von 24 Stunden ihre Stelle. Sein Auslandpaß

wurde ihm von der Regierung entzogen. Den Preis, den man von ihm für einen Auslandpaß forderte – jede politische Äußerung zu unterlassen –, war er grundsätzlich nicht bereit zu zahlen. In Robesons Worten, von der Höhe, auf der er bisher gelebt, hatte er in die Tiefe steigen müssen.

Seither sind seine Freunde in England nicht müßig geblieben. Eine Petition an die amerikanische Regierung, von einem nationalen Paul-Robeson-Komitee befürwortet und von 16 Parlamentsmitgliedern neben vielen Gewerkschaftsführern und kirchlichen Würdenträgern unterzeichnet, ersuchte um Ausreiseerlaubnis, damit Robeson nach sechs Jahren erzwungener Stille wieder singen könne. Glücklicherweise kam dem Komitee letzten Frühling ein Entscheid des amerikanischen Obersten Gerichtshofes zu Hilfe, nach dem die Verweigerung eines Auslandpasses aus ausschließlich politischen Gründen ungesetzlich ist. Paul Robeson erhielt seinen Auslandpaß zurück und hat seither sein Hauptquartier wieder in London aufgeschlagen, wo er zwölf Jahre seines Lebens verbrachte.

Was ist von seinen politischen Äußerungen zu halten? Auf die Anklage, er hätte sich von den Russen indoktrinieren lassen, hat Robeson soviel zu sagen: «Ich kam zu meiner politischen Überzeugung zwischen 1928 bis 1940, nicht in Rußland, sondern in London. Es war der Kampf der englischen Labourpartei, der meine politische Philosophie schuf. Darum gehöre ich auch in Amerika zu den Arbeitern. Ich stehe auf dem linken Flügel und glaube an den Sozialismus.» Wenn er von den russischen Verhältnissen so tief beeindruckt wurde, so war es, weil Rußlands Überwindung der Farbenschranke, die zum politischen Credo Robesons geworden ist, für ihn alle Mängel der Sowjetunion und alles Furchtbare, was dort geschehen ist, überschattet. Robeson ist jedoch überzeugt, daß die Sowjetvölker einst dazu berufen sind, zwischen der aufstrebenden farbigen Welt und den Weißen zu vermitteln, denn sie haben gezeigt, daß Farbenunterschiede Menschen nicht zu Feinden machen müssen. Ist der Gedanke so abwegig heute, wo wieder die Flotte eines mächtigen weißen Volkes vor dem Stammland der gelben Rasse steht und die afrikanischen Kolonialvölker von europäischen Kolonialmächten drangsaliert werden? Wenn in dieser Zeit einer historischen Krise Robesons Kunst, sein menschenfreundliches Wesen und seine Charaktergröße *etwas* tun können, so werden sie sicher die Menschen inspirieren, diese Gefahren zu überwinden und niemals der Tyrannei zum Siege zu verhelfen. Seine Worte in der «New York Age» weisen den Pfad, den er gehen will: «Ich will meine Stimme ertönen lassen, wo immer man sich nach den Klängen der Freiheit sehnt, nach den Worten, die in Gefahr und Verzweiflung neue Hoffnung wecken. Meine Waffen sind friedlich, denn nur durch Frieden kann der Friede gewonnen werden. Das Lied der Freiheit wird siegen.»

Millicent Furrer

Atempause in Fernost Sind wir wirklich um den Atomkrieg herumgekommen, an dessen Rand uns die berüchtigte Nachtwandlerdiplomatie des Herrn John Foster Dulles aufs neue herangeführt hatte? Es wäre vermessen, darauf einfach mit Ja zu antworten. Aber eine Atempause ist, gerade während ich dies schreibe, in dem halsbrecherischen Spiel um Quemoy und Formosa doch eingetreten, eine Pause, die beiden Teilen Zeit zur Besinnung und zur Umkehr von dem lebensgefährlichen Weg geben sollte, den sie beschritten haben.

Ende September war ja tatsächlich ein Punkt erreicht worden, an dem ein einziger Fehlschritt die Katastrophe bedeutet hätte. Die chinesische Artillerie hatte Quemoy, die dem Festland bedrohlich vorgelagerte Inselbastion Tschiang Kai-scheks, von jedem Nachschub aus Formosa abgeschnitten. Ein Korrespondent des «U. S. News and World Report» (26. September) berichtete ungeschminkt aus Taipeh: «Die Anstrengungen, den 80 000 nationalistischen Truppen und den 48 000 Zivilisten auf der Insel ausreichende Versorgung zuzuführen, sind erfolglos geblieben ... Wenn die Roten die Blockade nicht aufheben, scheint eine Kraftprobe unvermeidlich. Quemoy braucht täglich etwa 1000 Tonnen Lebensmittel, um unter dem Sperrfeuer der roten Artillerie weiterzuleben. In ungefähr vier Monaten wird Quemoy ausgehungert sein.» Die «Nationalisten» allein seien außerstande, die chinesische Blockade zu brechen; so bleibe also nach der Ansicht gewisser Amerikaner kein anderer Ausweg mehr übrig als ein bewaffnetes Eingreifen der Vereinigten Staaten: «Den Roten muß in Warschau ein diplomatisch stilisiertes Ultimatum überreicht werden, wonach amerikanische Flugzeuge und Kriegsschiffe die nationalchinesischen Versorgungszüge bis zum Strand von Quemoy hin geleiten würden; falls sie von der roten Artillerie beschossen würden, würden die amerikanischen Streitkräfte die roten Batterien angreifen.»

Es ist kein Geheimnis, daß eine mächtige Druckgruppe in den Vereinigten Staaten nur darauf wartet, eine solche Gelegenheit zur «Generalabrechnung» mit China und damit auch mit der Sowjetunion zu bekommen. Nach dem bereits genannten Neuyorker Wochenblatt (10. Oktober) hat die Regierung der Vereinigten Staaten die übrigen Westmächte und die lateinamerikanischen Staaten sogar in aller Form wissen lassen, daß sie zum Krieg entschlossen sei, «falls das nötig werde». Dabei habe sie geltend gemacht, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik militärisch überlegen seien; daß allen kommunistischen Drohungen sofort die Stirn geboten werden müsse; daß im Fall eines Zurückweichens im Fernen Osten die «freie Welt» nur anderwärts – in Berlin, in der Türkei, in Vietnam oder sonstwo – vor die Frage der Widerstandsleistung gestellt

würde, und daß Chruschtschew «ein zweiter Hitler» sei, der schnell und ohne Warnung zuschlage.

Ob die amerikanische Regierung eine solche Mitteilung tatsächlich an die ihr befreundeten Staaten hat ergehen lassen, bleibe dahingestellt; es entspräche immerhin ihrer bisherigen Grundhaltung. Hingegen hat Staatssekretär Dulles an seiner Pressekonferenz vom 30. September eine eher versöhnliche Haltung eingenommen, indem er die Belegung Quemoys mit einer so starken Truppenmacht, wie sie die Formosaregierung dorthin geworfen habe, als «töricht» bezeichnete und deren Zurücknahme im Fall eines vertrauenswürdigen Waffenstillstandes empfahl, ja sogar die Wiedereroberung Chinas durch Tschiang Kaischek als recht fragwürdig erklärte. Das wäre, wenn es ernst gemeint ist, beinahe ein Rückzug der amerikanischen Diplomatie von ihrer «Randwanderungspolitik», und Peking hat denn auch nicht gezögert, gleichfalls einen wichtigen Schritt nach rückwärts zu tun, indem es beschloß, die Beschießung von Quemoy vom 6. Oktober ab für eine Woche einzustellen und so die Neuversorgung der Insel mit Lebensmitteln usw. zu ermöglichen, sofern die nationalistischen Schiffe nicht mehr von amerikanischen Einheiten begleitet würden.* Die amerikanische Regierung hat diese Bedingung sofort angenommen, so daß Quemoy nun im Augenblick wieder gerettet ist. Aber die große Frage bleibt eben, ob die Waffenruhe von Dauer sein wird, das heißt ob die Amerikaner ihren Schützling Tschiang Kai-schek zwingen können und wollen, die Küsteninseln zu räumen und künftig auf jede Gewaltaktion zu verzichten. Das ist vorderhand mehr als zweifelhaft, zumal die Vereinigten Staaten – selbst wenn Quemoy und Matsu geräumt würden – entschlossen scheinen, Formosa zu halten, das sie in aller Eile zu einem gewaltigen Militärstützpunkt ausbauen, als das «Gibraltar des Pazifik», an dem sich die Chinesen die Köpfe einrennen würden. Anderseits warnt Peking die Vereinigten Staaten eindrücklich, die Einstellung des Feuers auf die Küsteninseln als Schwächezeichen zu deuten. «Das chinesische Volk», so erklärte Vizeministerpräsident Tschen Yi, «ist entschlossen, die Inseln Formosa, Penghu, Quemoy und Matsu zu befreien.» Wie da eine Verständigung möglich sein soll, ist vorerst noch völlig unklar. Den Chinesen sollte es doch eigentlich vorerst genügen, eine d a u e r n d e Waffenruhe in der Straße von Formosa zu erlangen, denn dann wäre es mit allen Angriffsplänen Tschiang Kaischeks endgültig aus und sein Regime verlöre jede Existenzberechtigung, das heißt Formosa würde von selbst frei. Könnten die Freunde Chinas das der Pekinger Regierung nicht klarmachen? Oder werden jetzt endlich doch die Vereinten Nationen eingreifen und trotz ihrem jüngsten, unter amerikanischem Druck gefaßten Beschluß, die Chinafrage nicht anzurühren, doch zugeben, daß die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in die UNO die Voraussetzung für die Befrie-

* Die Waffenruhe ist inzwischen um zwei Wochen verlängert worden.

dung des Fernen Ostens, ja eine Bedingung für eine weltumfassende Entspannung überhaupt ist?

Neue Unruhe im Mittelosten Im zweiten großen Unruhenherd der gegenwärtigen Weltpolitik, im Mittelosten, drohen neuerdings bedenkliche Verwicklungen. Daß die Besetzung Libanons und Jordaniens durch amerikanische beziehungsweise britische Streitkräfte nur eine vorübergehende, täuschende Beruhigung bringen würde, war ja von vornherein klar. Immerhin trug man sich sowohl in Washington als in London mit der Hoffnung, die Besetzungstruppen noch im Lauf dieses Monats zurückziehen zu können, ohne daß die britisch-amerikanischen Macht- und Geschäftsinteressen darunter leiden würden, das heißt ohne daß es dann zur Einsetzung neutraler, dem Westen nicht mehr höriger Regierungen kommen werde. Allein, man verkannte wieder einmal allzusehr die Stärke der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. In Libanon stehen die Anhänger dieser Bewegung im Kampf nicht nur gegen den westlich gesinnten Expräsidenten Chamoun und seine Partei, sondern auch gegen den neuen, mehr oder weniger neutralen Präsidenten Chehab, so daß kein Mensch weiß, was nach einem Abzug der Amerikaner passieren würde. In Jordanien aber ist es so gut wie sicher, daß sich König Hussein, der seine Gegner aufs grausamste unterdrückt, keine acht Tage mehr halten könnte, sobald einmal die britischen Fallschirmer fort wären. Jordanien erhält ohnehin längst kein Öl mehr von Irak, und seine Grenze nach Syrien zu bleibt nach wie vor geschlossen, so daß ihm auch wirtschaftlich der Atem auszugehen droht. Kurz, die Westmächte dürfen nicht wagen, die beiden von ihnen militärisch beherrschten Länder freizugeben, ohne die riesigen Profite aufs Spiel zu setzen, die ihre kapitalistische Oberklasse aus den von ihr «kontrollierten» Ölfeldern des Mittelostens zieht. Im Jahr 1957 zogen die sogenannten internationalen (das heißt meist mit britisch-amerikanischem Kapital betriebenen) Petrolgesellschaften nicht weniger als 2000 Millionen Dollar Reineinnahmen aus ihren Ölgeschäften, davon rund 600 Millionen (etwa zweieinhalb Milliarden Schweizer Franken) aus den vorderasiatischen Ölfeldern. Dieser Reichtumsstrom wird in dem Augenblick versiegen, da die arabischen Völker ihre Ölquellen selber ausbeuten und mit dem Westen auf rein kaufmännischer Grundlage über den Ölpreis verhandeln werden. Begreiflich, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien diesen Augenblick so weit wie möglich hinauszuschieben streben; begreiflich aber auch, daß sie auf die Länge gegen eine geschichtliche Elementarkraft wie den allarabischen Nationalismus und die mit ihm verbundene sozialrevolutionäre Bewegung nichts auszurichten vermögen. «Inzwischen aber und vorausgesetzt, daß ein dritter Weltkrieg abgewendet werden kann», so folgert die Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft), «kann die amerikanische Politik nur von einer Krise zur andern, von

einem Fehlschlag zum andern führen, bis zu guter Letzt der westliche Imperialismus aus dem Mittelosten buchstäblich hinausgeworfen wird.»

Ihre Sonderkrise haben die Engländer gleichzeitig auf Zypern. Nach dem Scheitern unzähliger Versuche, die Unabhängigkeitsbewegung der griechischen Zyprioten mit ihren eigenen militärischen Bedürfnissen (Sicherung der Ölzufuhr aus dem Osten!) zu vereinbaren, hat die britische Regierung schließlich die unglückselige Idee zu verwirklichen begonnen, Vertreter Griechenlands und der Türkei zur Verwaltung der vielumstrittenen Insel heranzuziehen. Griechenland hat die Mitwirkung bei diesem Unternehmen von vornherein verweigert, so daß künftig Zypern tatsächlich unter britisch-türkischer Herrschaft stehen wird, mit Ausschaltung der griechisch gesinnten Mehrheit der Inselbevölkerung. Der in der Verbannung lebende zypriotische Erzbischof Makarios machte zwar vor wenigen Wochen, wahrscheinlich im Einverständnis mit der Athener Regierung, einen letzten Versuch zu einer friedlichen Verständigung, indem er den Verzicht auf den Anschluß der Insel an Griechenland anbot, so daß Zypern also von Athen ebenso unabhängig würde wie von London und Ankara, aber die Rechte der türkischen Minderheit international gewährleistet wären. Die Regierung Macmillan zog den Vorschlag indessen überhaupt nicht in ernste Erwägung und verweigerte damit den Zyprioten nicht nur die Unabhängigkeit nach außen hin, sondern zwingt der griechischen Volksmehrheit nun auch im Innern ein Regime auf, das sie unter eine tyrannische Herrschaft von Engländern und Türken stellt, nur um Englands strategische Stellung im Orient zu sichern und um die Gefolgschaft der Türkei – «des zuverlässigsten Mitgliedes der NATO und des Bagdadpaktes», wie man sie genannt hat – nicht zu verlieren. Die Folge ist eine Verschärfung des blutigen Kampfes zwischen Engländern und Türken auf der einen Seite und der griechischen Inselbevölkerung auf der andern, wie man sie bisher noch nie erlebt hat. Was sich jetzt die Engländer auf Zypern leisten, ist grundsätzlich von den «zivilisatorischen» Leistungen der Franzosen in Algerien – mit 2000 im Kampf getöteten Algeriern pro Monat – nicht mehr weit entfernt. Und das heißt sich freie Welt!

Die Fünfte Republik Wird es wohl, als Folge der Aufrichtung der Fünften Republik in Frankreich, künftighin in Algerien besser werden? Man hat allen Grund, es zu bezweifeln. De Gaulle hat zwar mit den 97 Prozent Ja-Stimmen, die er am 28. September in Algerien bekam, den erwarteten «durchschlagenden» Sieg errungen; aber daß diese anscheinende Einmütigkeit des Bekenntnisses zu Frankreich irgendwelches moralische Gewicht hätte, wird angesichts der massiven Druck- und Schwindelmethoden, die die faschistische Militärregierung Algeriens zu deren Fabrikation anwandte, kein ernster Beobachter behaupten wollen. Und daß de Gaulle die Versprechungen, die er jetzt den mohammedanischen Algeriern gemacht

hat, gegen den Willen der Generäle und der Kolonialisten werde wirklich erfüllen können, das muß er erst noch beweisen.

In Frankreich selbst drücken die 80 Prozent Ja-Stimmen, die der große Mann bekommen hat, eher eine glaubhafte Dreiviertelseinmütigkeit des Volkswillens aus – trotz den fast monopolistisch gehandhabten Massenbeeinflussungsmitteln, die die Regierung eingesetzt hat. Aber das Ja galt eben in erster Linie der Person de Gaulles, nicht seiner Verfassung, die gewiß die allerwenigsten Franzosen gelesen haben. Und das heißt, daß es eine falsche Antwort auf eine falsch gestellte Frage war. Das wird sich immer deutlicher zeigen in dem Maß, da de Gaulle versuchen muß, den Blankoscheck einzulösen, den ihm das vertrauensselige französische Volk ausgestellt hat. Zunächst kann er nach Artikel 92 der neuen Verfassung vier Monate lang mit bloßen Verordnungen regieren, also mit diktatorischen Vollmachten. Inzwischen werden dann – Ende November – die Parlamentswahlen und die Wahl des Staatspräsidenten stattfinden, und man wird sehen, was für eine Sorte Demokratie daraus hervorgeht. Die reaktionäre Rechte freut sich schon heute darauf, daß in der künftigen Volksvertretung, die nicht mehr nach Proporz gewählt werden, also nicht mehr die verhältnismäßige Stärke der Parteien widerspiegeln wird, die Kommunisten mehr oder weniger ausgeschaltet, aber auch die Sozialisten und die (katholischen) Volksrepublikaner zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt sein werden. Darüber hinaus muß befürchtet werden, daß die Rolle des Parlaments und die Volks- und Bürgerrechte auf eine Art und Weise umschrieben werden, die einem «trockenen» Faschismus sehr nahe kommen dürfte. Und wenn der Algerienkrieg weitergeht, so wird das – zusammen mit der Atomrüstung und der Großmannssucht de Gaulles – für den Staatshaushalt und die Volkswirtschaft eine Dauerbelastung bringen, die schwer zu tragen sein wird. Politische Unfreiheit, finanzielle Zerrüttung, soziales Chaos und vielleicht außenpolitische Verwicklungen ernstester Art – das sehen schon heute viele Franzosen als Früchte des neuen Regimes kommen. Aber wenn je, so muß man dannzumal dem französischen Volk eben sagen: «Vous l'avez voulu, Georges Dandin!»

Abrüstungsgespräche In einem gewissen Sinn ist freilich das halbdiktatorische Regime, in das sich Frankreich jetzt flüchtet, nur des Ausdruck der dumpfen Empfindung, daß inmitten der kriegsdrohenden Weltlage innerpolitische Demokratie fehl am Platze sei und nur eine starke, keinen Widerstand duldende Staatsgewalt, verbunden mit möglichster Gleichschaltung der Geister, ein annehmbares Weiterleben der Nation zu sichern vermöge – so wie das tatsächlich, in mancherlei Abstufungen zwar, fast in allen Ländern des Westens wie des Ostens der Zug der Zeit ist. Anderseits entspringen dem gleichen drückenden Unsicherheitsgefühl der Völker die mehr oder weniger ehrlich gemeinten Bemühungen

der Regierungen, durch Einschränkung der Mittel zur Kriegführung den drohenden Krieg selbst zu verhindern, der beim jetzigen Stand der Waffentechnik überhaupt keinen politischen Sinn mehr haben kann und nur noch blinde Selbstvernichtung der von ihm erfaßten Nationen im Kolossalmaßstab wäre.

Ein erster, bedeutsamer Schritt auf diesem Wege war die Genfer Sachverständigenkonferenz vom vergangenen August und September, die erwiesen hat, daß eine Kontrolle über alle irgendwie bedeutenderen Versuche mit Kernwaffen technisch durchaus möglich ist. Diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, also den Atomexplosionen ein für allemal ein Ende zu setzen, darum wird sich nun die politische Konferenz bemühen, die Ende Oktober wiederum in Genf zusammentreten soll, vielleicht auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen, der die Sowjetregierung einen entsprechenden Antrag unterbreitet hat, nachdem sie – als Antwort auf die negative Haltung der Westmächte – ihre Probeexplosionen neuerdings aufgenommen hatte. Im November sollen dann außerdem Besprechungen von Sachverständigen über die Verhinderung von Überraschungsangriffen stattfinden, gemäß Eisenhowers Luftaufklärungsplan von 1955.

Ob bei all diesen Verhandlungen etwas Greifbares herauskommt, bleibt fraglich, schon darum, weil China davon ausgeschlossen sein wird, obwohl auf seinem Boden nach dem Plan der Genfer Expertenkonferenz acht Kontrollstationen errichtet werden sollen – von der gleichen UNO, die die Existenz der Chinesischen Volksrepublik beharrlich ignoriert. Auch sonst fehlt es nicht an politischen und technischen Schwierigkeiten, die einem Erfolg der West-Ost-Konferenzen im Weg stehen. Das Haupthindernis ist natürlich das abgrundtiefe Mißtrauen zwischen den großen Machtlagern. Während sie über Möglichkeiten der Abrüstung zu verhandeln vorgeben, treiben sie die Aufrüstung immer weiter, mit der Ausrede, sie seien leider dazu einfach gezwungen, solange keine internationale Abrüstung vereinbart sei – nicht sehend oder nicht sehen wollend, daß eine vereinbarte Abrüstung psychologisch und politisch immer aussichtsloser wird, je mehr die einzelnen Staaten auf eigene Faust weiterrüsten. Und dieses Weiterrüsten geht eben anscheinend hemmungslos fort, besonders auf dem Gebiete der Atomwaffen. Ein Land um das andere will seine Atomwaffen haben – als «wirksamstes Mittel der Landesverteidigung», wie die verlogene Phrase lautet. Nach Frankreich, das bereits die ersten Probeexplosionen ins Auge faßt, und der Schweiz meldet nun auch Schweden seinen Anspruch auf Kernwaffen an, mindestens als Forderung seiner Militärkreise, während die sozialdemokratisch geführte Regierung noch zögert. Und wie lange wird es gehen, bis auch Italien und Spanien, die Türkei und Holland, Pakistan und China «in dem Ding», genannt internationaler Selbstmörderklub, sein wollen! Einzig das kleine Österreich erklärt, sich dem atomaren Wettrüsten fern-

halten zu wollen, um seine junge Neutralität nicht von vornherein unglaubhaft zu machen.

In den Völkern wächst freilich auch der Widerstand gegen den atomaren Selbstmord, nicht zuletzt in unserem eigenen Land, soll doch endlich die vielberufene Volksinitiative für ein Verbot von Atomrüstungen noch in diesem Monat eingeleitet werden. Bezeichnenderweise versagt die Sozialdemokratische Partei, gemäß einem Beschluß ihres jüngsten Parteitags, dieser Aktion ihre Unterstützung unter dem Vorwand, sie werde dann mit einer eigenen Initiative verlangen, daß eine von den eidgenössischen Räten beschlossene Anschaffung von Atomwaffen auch dem Volk unterbreitet werde. Als ob ein solches Begehren dann noch irgendwelche Aussicht auf Erfolg hätte! Wenn das Volk mitreden soll, dann muß das jetzt geschehen, bevor Bundesrat und Generalstab ihre Vorlage in einem gefügigen Parlament durchgedrückt haben, und damit es gar nicht zu einer derartigen Vorlage kommt. Leider fiel eine Mehrheit der Parteitagsdelegierten auf den Trick der Oberführer herein, obwohl jedem Kundigen klar sein mußte, daß damit nur ein rechtzeitiger, wirksamer Widerstand gegen die Pläne der Rüstungsfanatiker hintertrieben werden sollte. Die starke Minderheit, die sich vorbehaltlos gegen jede atomare Bewaffnung aussprach, läßt immerhin hoffen, daß die Initiative gerade auch im sozialdemokratischen Parteivolk wie in den Gewerkschaften viele Tausende von Anhängern finden wird.

In manchem anderen Land wären die Gegner der Atomrüstungen nur zu froh, wenn sie eine solch große Gelegenheit hätten, ihr Volk zum Entscheid aufzurufen, wie die schweizerische Bundesverfassung sie uns bietet! Die Pläne der Gewaltpolitiker wären auf jeden Fall bald durchkreuzt, und eine Kriegsgefahr, wie sie jetzt von Ostasien her die Welt überschattet, könnte überhaupt kaum aufkommen, wenn die Völker ihr Schicksal in die eigene Hand nähmen und ihren Friedenswillen den Regierenden aufzwängen, statt sich durch hohle Schlagworte benebeln und ins Verderben stürzen zu lassen!

Chinas „großer Sprung" Kehren wir aber noch einmal zum neuen China zurück – zu seiner fast sensationell zu nennenden inneren Entwicklung. Ich habe im September hier gesagt, der scharfe Kurs der chinesischen Außenpolitik erkläre sich teils aus dem gesteigerten Selbstbewußtsein, das die Chinesische Volksrepublik aus ihren riesigen zivilisatorischen Leistungen gewonnen habe, teils aus der Überzeugung der Pekinger Regierung, daß nur die fugenlose Geschlossenheit des kommunistischen Weltblocks und die Unterdrückung aller «revisionistischen» Lockerungserscheinungen diejenige Machtentfaltung erlaube, die die Unabhängigkeitsbewegung der farbigen Rassen zum Sieg führen könne. In beiden Beziehungen ist so die Außenpolitik Pekings nur die andere Seite seiner Innenpolitik, die wir nun etwas schärfer ins Auge fassen wollen.

Von den wirtschaftlichen Leistungen (um nur von ihnen zu reden) der jungen Chinesischen Volksrepublik bekam in der Schweiz auch ein größeres Publikum einen wenn auch nur schwachen Begriff durch den chinesischen Pavillon an der Lausanner Mustermesse, der natürlich in der deutschen Schweiz wieder in der gehässigsten Weise als Versuch kommunistischer Einsickerung gebrandmarkt wurde, während der Berichterstatter der «Neuen Zürcher Zeitung», immerhin etwas «vornehmer», fand, daß die ausgestellten chinesischen Maschinen und Apparate «dem sachkundigen Betrachter höchstens ein nachsichtiges Lächeln entlocken» könnten ... Genauere Vorstellungen vermitteln die offenbar zuverlässigen Angaben, die in den amtlichen Veröffentlichungen der Pekinger Regierungsstellen zu finden sind. Man stößt darin immer wieder auf die Wendung, daß China mit der Verwirklichung seines ersten Fünfjahresplanes (1953 bis 1957) einen mächtigen «Sprung nach vorwärts» in seiner Industrialisierung getan habe. Denn Industrialisierung und Modernisierung – das sind ja die großen Losungsworte, die das ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Volksrepublik beherrschen. «China», so liest man in der «Peking Review» (vom 25. März 1958), «muß imstande sein, all die Haupttypen maschineller Ausrüstung und der Rohstoffe hervorzubringen, die nötig sind, um die hauptsächlichen Mittel zur Ausdehnung seiner Volkswirtschaft und zu seiner technischen Neuausrüstung zu liefern. Gleichzeitig muß es auch alle Arten von Verbrauchsgütern herstellen, um einen stetigen Fortschritt des Lebensstandards seines Volkes aufrechtzuerhalten ... China huldigt dem Grundsatz, daß der Vorrang der Entwicklung der Schwerindustrie gehört, dem Mittelpunkt seines wirtschaftlichen Aufbaus ... Chinas Industrialisierungsform ist sozialistisch. Seine Politik bestand darum in der Entwicklung volkseigener Industrien im allerausgedehntesten Maß und in der Umgestaltung der Privatindustrie auf sozialistische Linien. Auf diese Art ist die sozialistische – in staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum stehende – Industrie unbedingt vorherrschend geworden und wird schließlich die einzige Industrieform in unserer Wirtschaft sein.»

Der erste Fünfjahrplan stellte in den Mittelpunkt die Schaffung von 694 übernormal mit Kapital ausgestatteten Industrieanlagen, von denen 156 mit sowjetischer Hilfe ausgebaut werden sollten. Von diesen letzteren waren Ende des vergangenen Jahres 112 weit fortgeschritten und 57 voll oder teilweise im Betrieb. Statt der geplanten 694 Anlagen wurden 825 in Angriff genommen; 449 waren ganz oder teilweise im Betrieb. Alle sind modernste Unternehmungen, wie sie das alte China niemals hätte erstellen können. Die Produktion der verschiedenen Industrien hat sich in diesen fünf Jahren dank den ausgedehnten Neuanlagen stark erhöht, so Gußeisen um 3 270 000 Tonnen, Stahl um 2 346 000 Tonnen, Elektrizität um 2 335 000 Kilowatt, Werkzeugmaschinen um 6223, Motorlastwagen um 30 000 Stück, Zement

um 2 554 000 Tonnen, Baumwollspindeln um 1 995 000, maschinengemachtes Papier um 237 000 Tonnen.

Die zusätzliche Produktion überstieg meistens die Gesamtproduktion der betreffenden Industriezweige im alten China. Dabei wurde namentlich auch darauf Bedacht genommen, ganze Industrietypen regional einheitlich zu entwickeln, so die Eisen- und Stahlindustrie der ehemaligen Mandschurei mit Anschan als Mittelpunkt (wir haben seine gewaltigen Anlagen vor drei Jahren zu bewundern Gelegenheit gehabt), die Textilindustrie von Schanghai und Tientsin, und so fort. Die chinesische Industrie wird so geographisch immer gleichmäßiger verteilt. Wichtig ist besonders auch die Heranbildung des technischen Nachwuchses; die Zahl der Techniker für Schürfen, Entwerfen und Kapitalgütererzeugung zum Beispiel hat sich in den letzten fünf Jahren verachtfacht, diejenige der Zivilingenieure und Installationstechniker mehr als vervierfacht. Es stehen so jetzt mehr als 600 000 geschulte Techniker zur Verfügung.

In der Landwirtschaft sind die Fortschritte nicht viel weniger erstaunlich. Die Gesamterzeugung von Getreide hat sich zwischen 1952 und 1957 um 30,5 Milliarden Kilo auf 185 Milliarden erhöht, diejenige von Baumwolle um 6,7 Millionen Zentner auf 38,8 Millionen. Die Vergenossenschaftlichung der Bauernbetriebe ist sozusagen gänzlich durchgeführt, mit sichtbarem Erfolg. Die Bezirke Ts'eng-Hai und Chao-Eu in der Provinz Kwangtung zum Beispiel lieferten vor der Befreiung (1949) im Durchschnitt nicht mehr als 500 Pfund Getreide je Mou (666 m²); 1956 waren es 1000 Pfund und 1957 bereits 1200 Pfund. Früher nahmen die Reisfelder eine Bodenfläche von rund 300 Millionen Mou ein; in den ersten Monaten des laufenden Jahres sind allein 200 Millionen Mou neu dazugekommen dank planmäßiger Bewässerung, ausgedehnten Bodenverbesserungen, rationelleren Anbaumethoden usw.

Dem Besucher Chinas springt nicht zuletzt auch die Ausdehnung des Verkehrsnetzes in die Augen. Im Laufe des ersten Fünfjahresplanes sind in der Tat 8500 Kilometer neuer Bahnlinien und mehr als 70 000 Kilometer neuer Straßen erstellt worden. Flugzeuglinien verbinden die größeren Städte miteinander; die Telephon- und Telegraphenlinien haben heute die doppelte Länge derjenigen von 1952.

Die Massen werden mobilisiert Der Leser lasse es sich nicht verdrießen, die hier wiedergegebenen und die noch folgenden Zahlen zur Kenntnis zu nehmen; sie sprechen eine beredte Sprache. Wenn nicht alles täuscht und wenn der Frieden erhalten bleibt, wird nämlich der zweite Fünfjahrplan, der jetzt verwirklicht wird, noch viel gewaltigere Fortschritte bringen. Vor wenigen Tagen erst kündigte Peking an, daß die chinesische Industrie in diesem Jahr viermal soviel Maschinen herausbringen werde wie 1957; abgesehen von gewissen schweren und Spezialmaschinen,

sei China nunmehr in der Lage, seine ganze mechanische Ausrüstung selbst zu erstellen. Das wäre, wenn es sich bewahrheitet, wirklich ein Wirtschaftswunder! Und im China-Pavillon des Lausanner Comptoir konnte man eine Tafel sehen, die feststellte, daß zurzeit im Mittel alle 48 Stunden eine neue Fabrik oder ein neues Bergwerk größeren Umfangs fertig wird und den Betrieb aufnimmt. Neben den großen Werken schießen jetzt überall mittlere und kleine Unternehmungen aus dem Boden, beispielsweise mehr als 10 000 kleine Hochöfen, die die Stahlproduktion von 5 240 000 Tonnen im Jahr 1957 auf über 10 Millionen Tonnen im laufenden Jahr bringen sollen. Eine Reihe neuer Produktionszweige ist im Wachstum begriffen: Maschinen für Wasserkraftwerke, elektrische Lokomotiven, Fernsehgeräte, elektronische Rechenmaschinen, Automobile, und so fort. Die Kohlenförderung, die 1957 rund 129 Millionen Tonnen betrug, soll heuer auf 180 Millionen gesteigert werden.

Auch in der Landwirtschaft wird der neue Plan bereits mit Erfolg durchgeführt. Die Getreideernte ist, durch ausnehmend gutes Wetter begünstigt, dieses Jahr beispiellos ertragreich; die Ernte des Wintergetreides eingerechnet, steht die Produktion um 69 Prozent höher als 1957, so daß China auf diesem Feld heuer sogar die Vereinigten Staaten übertrifft, während im Jahr 1949 seine Getreideerzeugung nur 44 Prozent derjenigen Amerikas erreichte. Auch die Reisernte ist ergiebiger als je; in den Provinzen Kiangsi und Szetschuan beläuft sich im Durchschnitt die Ernte an Frühreis auf 550 Pfund je Mou, 18 Prozent mehr als 1957. Große Aufmerksamkeit wird im neuen Fünfjahrplan namentlich dem Bau von Bewässerungsanlagen und ländlichen Kraftwerken gewidmet; die Verwendung landwirtschaftlicher Geräte, die Bodenbearbeitung, die Düngung, die Samenauswahl – kurz, die ganze Agrartechnik erfährt eine rasche und planmäßige Modernisierung, die in den meisten Gegenden Chinas einer eigentlichen Umwälzung des Landwirtschaftsbetriebes gleichkommt.

Und nun ist plötzlich, ohne Zutun von oben, aus dem chinesischen Volke selbst heraus, jene «Kommunenbewegung» aufgebrochen, die über die amtlichen Planziele hinaus einen noch erstaunlicheren Sprung nach vorwärts darstellt. Von der Provinz Honan ausgehend, hat, man weiß nicht recht wie, ein mächtiger Drang zu weitestgehender Kollektivisierung der Wirtschaft und des Alltagslebens das ganze Land erfaßt. Die Formen der neuen Kommunalisierung sind in den verschiedenen Landesteilen im einzelnen ganz verschieden; gemeinsam ist ihnen allen aber die Zusammenlegung der gesonderten genossenschaftlichen Dorfwirtschaften eines Bezirks zu einer Gesamtorganisation, die auch sämtliche nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten – Gewerbe, Industrie, Handel, Verwaltung usw. – übernimmt und das Privateigentum soweit wie irgend möglich aufhebt. Der einzige Eigenbesitz, der den Kommunemitgliedern bleibt, ist vielfach nur eine Lehmhütte, ein kleiner Garten und ein paar Stück Geflügel; und bereits ist

da und dort die Rede davon, dreistöckige Wohnhäuser als Gemeinschaftswerk zu erbauen. Gemeinschaftskantinen und Kinderkrippen sind schon jetzt die Regel und helfen mit, die Frauen für kommunale Arbeit freizumachen. Die ganze Bewegung steckt noch zu sehr in den Anfängen, als daß sich ihre Entwicklung voraussehen ließe; sicher ist nur, daß in China der Gedanke der gemeinsamen Arbeit, des gemeinsamen Besitzes und des gemeinsamen Lebens in einer Art und Weise ernst genommen wird, wie das überhaupt in keinem anderen Land der Erde, mindestens nicht in diesem Umfang, geschieht.

Es sind wirklich ehrgeizige Ziele, die sich die Organisatoren des neuen China gesetzt haben. Aber es blieb ihnen eben keine andere Wahl. Wie Liu Schao-schi in seinem Bericht vor dem Parteitag der chinesischen Kommunisten am 23. Mai sagte: «Nur durch die höchstmögliche Beschleunigung unseres Aufbaus werden wir in der kürzestmöglichen Frist unseren sozialistischen Staat festigen und die Lebenshaltung des Volkes erhöhen . . . Manche Leute sagen, die Beschleunigung des Aufbautempos mache die Menschen übermäßig ‚gespannt'; es sei darum vorzuziehen, das Tempo zu verlangsamen. Aber werden die D i n g e weniger gespannt sein, wenn das Aufbautempo verlangsamt wird? Jedermann muß wissen, daß es zu einer schrecklichen, wirklichen Spannung käme, wenn mehr als 600 Millionen Einwohner auf lange Zeit hinaus in Armut und Unwissenheit leben müßten, wenn sie ihre ganze Kraft aufwenden müßten, um gerade noch ein Elendsleben zu führen, unfähig, den Naturkatastrophen Trotz zu bieten, unfähig auch, jeden ausländischen Angriff aufzuhalten, und in eine Lage versetzt, die es ihnen unmöglich machen würde, ihr Schicksal zu meistern. Gerade um aus dieser Lage herauszukommen, haben Hunderte von Millionen Chinesen ihre Kraft zusammengenommen und sich voller Zuversicht ins Feuer der Arbeit und des Kampfes gestürzt . . . Diese Art ‚Spannung' hat nichts Erschreckendes an sich.»

Man muß sich auch im Ausland diese ganze Lage immer vor Augen halten, wenn man den Zentralisierungs- und Gleichschaltungsmethoden gerecht werden will, die jetzt mit neuer Schärfe im «Reich der Mitte» angewandt werden. Ich habe an dieser Stelle immer betont, wie sehr auch die Diktaturmethoden der Sowjetregierung weithin nur die Zwangslage widerspiegeln, in der sich Rußland angesichts der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit seines Volkes und der fast unausgesetzten tödlichen Feindseligkeit des kapitalistischen Auslands befand und zum großen Teil noch heute befindet, ohne daß damit diese Methoden schon einfach gerechtfertigt wären. Ähnlich ist heute die Lage der Chinesischen Volksrepublik. Unter einem ungeheuren Bevölkerungsdruck stehend – jedes Jahr nimmt China um 12 Millionen Menschen zu –, bis vor kurzem noch vielfach im reinsten Mittelalter steckend, vom Ausland aber ständig in seiner Existenz bedroht und von der Familie der Vereinten Nationen unter amerikanischem Druck beharrlich ausgeschlossen, gehorcht die Pekinger Repu-

blik einfach einem wirtschaftlichen Imperativ, wenn sie alle staatlichen Macht- und Propagandamittel einsetzt, um ihr Volk zu der höchsten Kraftanstrengung anzuspornen, die überhaupt aus ihm herauszuholen ist. «France-Observateur» (10. September) sagt es gut: «Um die Verhärtung zu verstehen, die sich in Peking kundgibt, muß man sich beständig daran erinnern, daß das unermeßliche China heute in dem gewaltigsten wirtschaftlichen Aufbauwerk begriffen ist, das jemals unternommen wurde. Alle unterentwickelten Länder kennen das Problem, welches ihnen das Ausmaß des Wachstumstempos der Produktivkräfte stellt: Wenn dieses Tempo nicht schnell genug ist, erhebt sich die Gefahr einer tiefgehenden sozialen und politischen Stockung; ist es aber zu schnell, so riskiert man außergewöhnliche Spannungen und folglich den Totalitarismus. Die Lenker Chinas haben sich dafür entschieden, die zweite Gefahr in Kauf zu nehmen, und um sie abzuwehren, entfalten sie einen Massenfeldzug von beispiellosem Ausmaß, der unter dem Namen ‚Berichtigungsfeldzug' läuft.»

Ohne die geistig-sittliche Seite dieses Unternehmens irgendwie zu übersehen, müssen wir uns darum hüten, die Zwangsmaßnahmen, die mit dieser Massenmobilisierung verbunden sind, rein ideologisch, losgelöst von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die dahinterstehen, zu betrachten und sie einfach moralisch zu verdammen. Claude Lanzmann schreibt in dem bereits erwähnten Pariser Blatt auf Grund eines Besuches in China nicht ohne Grund: «Gerade in dem Augenblick, da die Kommunistische Partei daran ging, von fünfhundert Millionen Mitgliedern der Genossenschaften zu verlangen, daß sie in einigen Jahren auf landwirtschaftlichem und industriellem Gebiet entscheidende Fortschritte verwirklichen, mit denen die von der Sowjetunion im selben Aufbaustadium gemachten überhaupt nicht verglichen werden können, wurde es für sie unerläßlich, gleichzeitig ihre leitende Rolle zu verstärken, auf festester Grundlage die Diktatur des Proletariats sicherzustellen und die Massendemokratie zu entwickeln dadurch, daß sie dem Volk in breitestem Umfang das Wort gab . . . Es geht hier genau um Leben oder Tod des chinesischen Kommunismus. Und wenn es auch stimmt, daß der Berichtigungsfeldzug in vielen Fällen abstrakt bleibt in dem Sinn, daß er nicht immer zur tatsächlichen Lösung der wirklichen Widersprüche führt und daß er sie oft nur ungewollt verdeckt (daher der bloß wortreiche, moralische, ‚beispielgebende', zuweilen sogar lächerliche oder gehässige Charakter gewisser seiner Bekundungen) – so ist dieser Feldzug doch sicher jener andern Form politischer Einmütigkeit vorzuziehen, die der Terror darstellt.»

Die Gleichschaltung widerstrebender Intellektueller, Beamter und Funktionäre und die Unterdrückung wirklich gegenrevolutionärer Gruppen ist nur eine, und nicht die wesentliche, Seite der ganzen Bewegung; ihr Ziel ist die Gewinnung der Volksmassen für die willige

und freudige Durchführung einer wirtschaftlichen Revolution, die ihresgleichen in der Weltgeschichte sucht.

Tibet – ein Beispiel Ermüdet es den Leser, wenn ich ihn bitte, mit mir auch noch einen Blick auf das jetzt von China beherrschte T i b e t zu werfen, das nach gewissen Berichten in voller Auflehnung gegen den Pekinger Kommunismus und Zentralismus stehen soll? Im «New Statesman» (6. September) stellt ein offenbar indischer Tibet-Reisender, Harish Chandola, die Tatsachen über Tibet fest, die ganz anders lauten. Die Revolte, die das Volk dieses geheimnisumwitterten Landes erfaßt haben soll, beschränkt sich danach auf das ferne Kham, die tibetanische Ostprovinz. Sie begann im Jahr 1956 und ist noch heute nicht ganz erloschen, hat aber den weitaus größten Teil Tibets nicht in Mitleidenschaft gezogen. Und in Kham selbst trägt sie keineswegs den Charakter eines Aufstandes gegen den Kommunismus. «Kham», so schreibt der Verfasser des Aufsatzes, «hat sich immer gegen die Obrigkeit aufgelehnt. Wenn sie keinen andern Gegner hatten, mit dem sie hätten kämpfen können, so bekämpften sich die Khampas gegenseitig selber . . . Schon bevor die chinesischen Truppen im Jahr 1950 einrückten, waren die hochgewachsenen, kühnen, kriegerischen Khampas in zunehmendem Maße Räuber geworden, die die Nachbargebiete plünderten und oft miteinander selbst um die Beute kämpften.» Die Chinesen haben ihr Mögliches getan, um Ordnung und Gesetzlichkeit im Khamland herzustellen; einige Nomadengruppen leisten aber noch immer Widerstand. «Sie kämpfen nicht für eine Sache; sie bekämpfen jeden, der Ordnung zu schaffen sucht.»

Unter der chinesischen Herrschaft wandelt sich inzwischen Tibet mehr und mehr um. Verglichen mit den Fortschritten, die sie in China selbst gemacht haben, sind die Chinesen in Tibet sehr langsam vorgegangen. Trotzdem haben sie, wie Chandola immer wieder beobachten konnte, «gewaltige Veränderungen zustande gebracht». Bevor sie ihr Aufbauprogramm in Angriff nahmen, haben sie die tibetanische Regierung zur Abschaffung der Zwangsarbeit veranlaßt – «eine revolutionäre Wandlung, da früher die Mehrheit der Tibetaner in Klöstern und im Dienste der Großgrundbesitzer, der Vornehmen und der Beamten verhungerte und versklavt war». Dann modernisierten die Chinesen Wirtschaft und Verkehr planmäßig. Sie bauten Straßen von rund 10 000 Kilometern Länge – wahre Wunderwerke der Technik in diesem teils wüst liegenden, teils hochalpinen Land. Sie erstellten Häuser, verbesserten die Landwirtschaft, gründeten Genossenschaften, die die Bauern mit Saatgut und Betriebsmitteln versorgten, und legten den indischen und nepalesischen Händlern und Wucherern, die die Tibetaner ausplünderten, gründlich das Handwerk. «Kurz», so faßt Chandola zusammen, «Tibet wird aus den Klauen einer sehr rückständigen, despotischen, feudalen Kirchenherrschaft befreit und bewegt

sich auf der Bahn des Fortschritts. Das Tragische ist, daß die Initiative zu all dieser guten Arbeit nicht in den Händen der Tibetaner selbst liegt. Ihr Fortschritt wird von den Chinesen gelenkt, mit dem ausgesprochenen Zweck, seine Wesenheit zu verwischen. Sie wollen, daß die Tibetaner sich nicht als eigenes Volk fühlen, sondern als Teil von China. Das Tempo des Fortschritts und der Verschmelzung ist so rasch, daß die Tibetaner vielleicht das bessere Teil ihrer Persönlichkeit verlieren, ihr stolzes Erbe und ihre Bildungsüberlieferung. Die Tore zu einer neuen Welt sind für die Tibetaner zu plötzlich aufgemacht worden.»

Tibet ist so ein Beispiel sowohl für die guten Seiten der wirtschaftlichen und sozialen Revolution, die im Bereich des neuen China vor sich geht, als auch für ihre schweren Gefahren, die freilich mit der Modernisierung und Industrialisierung der unterentwickelten Länder ganz allgemein, ja mit der rapid fortschreitenden Technisierung, Uniformierung und Materialisierung unseres gepriesenen neuzeitlichen Zivilisationslebens überhaupt verbunden sind. Es müssen schon mächtige seelische und sittliche Gegenkräfte aufwachen, wenn uns der moderne «Fortschritt» – so nötig und unvermeidlich er im Kampf wider Armut und Unwissenheit ist – nicht doch zum Fluch werden und die Welt in Barbarei und Untermenschentum zurückwerfen soll. Die Atombombe ist nur die grausigste Ausdrucksform dieser über uns schwebenden Gefahr!

9. Oktober *Hugo Kramer*

An einem Kongreß für Rassengleichheit im September 1958

sagte *Pfarrer Martin Luther King* aus Montgomery, Alabama: «Es ist durchaus möglich, daß das traurigste an der Übergangszeit, in der wir leben, nicht der widerliche Lärm ist, den die sogenannten Schlechten verführen, sondern vielmehr das bedrückende Schweigen der sogenannten Guten. So könnte es dazu kommen, daß unsere Generation büßen muß, nicht allein für das teuflische Handeln und die giftigen Worte der Kinder der Finsternis, sondern ebensosehr für die lähmende Ängstlichkeit und die tragische Gleichgültigkeit der Kinder des Lichtes.»

Wo stehen wir?*

Ich bin seit langem nicht in Ihrem Kreise gewesen. Als Sie mich aber jetzt gebeten haben, ein einleitendes Wort zu der heutigen Tagung zu sprechen, habe ich dies trotz meines Alters um so lieber übernommen, als ich, wie Sie wissen, seit langen Jahren alle Wandlungen, Zusammenbrüche und Auferstehungen der religiös-sozialen Bewegung und der «Neuen Wege» miterlebt habe, wie man ein eigenes Schicksal erlebt.

Vieles hat sich seit der Zeit, als Leonhard Ragaz die «Neuen Wege» leitete, in unserer kleinen Gemeinschaft verändert. Sie hat sich zu meinem Schmerz zweimal gespalten. – Ich bin über alles Persönliche hinweg immer d e r Gruppe treu geblieben, die mir am treuesten das Erbe von Ragaz zu verwalten schien.

Die Spaltungen unserer Gemeinschaft erscheinen mir fast wie ein kleines Abbild des ungeheuren heutigen Weltgeschehens, und sie scheinen nicht leichter zu überwinden als jene großen Spaltungen selbst; es muß wohl ein einziges Weltgeschehen sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang mit einem kurzen Gedicht schließen, das eine Art Antwort auf den erschütternden Bericht von Gertrud Woker in den letzten «Neuen Wegen» ist:

Wir haben viel, wir haben allzu viel gefunden,
Wir Wesen schwankend schwach und preisgegeben,
Zuletzt den Tod im Kern des Lebens selbst entbunden
Und Macht gewonnen über Tod und Leben.

Allein was soll uns diese grause Macht?
Kein Mensch vermag die furchtbare zu lenken.
Der Mensch ist groß im Wissen und im Denken,
Doch alles Letzte ruht für ihn in Nacht.

Denn wenn wir selber diese Macht verwenden,
Reißt eine höhere sie aus unseren Händen,
Vor der, was wir gewußt, in nichts vergeht.
Uns bleibt allein der Schrei und das Gebet.

Soll unsere Arbeit heute noch gedeihn,
So muß sie wie das winzige Senfkorn sein,
Aus dem des Glaubens Riesenblüte steigt,
Vor der das Wissen sich in Demut neigt
Und alle Macht und aller Wahnsinn schweigt.

---

* Einleitende Worte von M a r g a r e t e S u s m a n zur Tagung der Religiös-Sozialen Vereinigung, 25./26. Oktober 1958.

Friede auf Erden

Das Engelwort aus der Weihnachtsgeschichte vom Frieden auf Erden ist am meisten verspottet, am häufigsten mißbraucht und seltsamerweise dennoch am sehnsüchtigsten Jahr für Jahr gehört worden. Verspottet, weil der Mißerfolg in den 1950 Jahren seiner Proklamierung allzu offensichtlich ist und ihm meist nichts anderes als ein verstärktes Pathos entgegengesetzt wurde. Mißbraucht wurde und wird dies Wort überall da, wo es mit erhobenem Zeigefinger denen gesagt wird, die den Frieden dadurch zu stören scheinen, daß sie ihre politische und soziale Freiheit fordern und zu erkämpfen suchen. Man ist aber nicht bereit, sie zu gewähren, und mißbraucht das Engelwort, um damit die eigene Herrschaft zu schützen. Und dennoch ist dies Wort wie kein anderes trotz allem Mißerfolg und Mißbrauch nicht nur sehnsüchtig, sondern immer wieder auch mit der Hoffnung gehört worden, daß es einmal Wirklichkeit werde.

Man wird diesem Wort Weihnachten 1958 mißtrauischer begegnen als sonst. Wer es verspottet, wird meinen, es mit besserem Recht tun zu können, und wer es mißbrauchen will, hat reichlich Gelegenheit, es den Ägyptern, den Arabern in Algerien, aber ebenso den Russen und Amerikanern mahnend unter die Nase zu reiben. Die aktuellen Ereignisse bieten Anlaß genug sowohl für den Spott wie für den Mißbrauch. Und nicht einmal die Ereignisse allein.

Soll man sich wundern, wenn die Botschaft der Engel vom Frieden auf Erden sich auf dem Hintergrund der heutigen Weltlage seltsam und weltfremd ausnimmt und nichts anderes als Spott hervorruft? Die Hypothek eines so offensichtlichen Mißerfolges in den vergangenen 1950 Jahren ist nicht nur erschwert durch den Unfrieden der unmittelbaren Vergangenheit, sie hat in den Augen auch des kirchlichen Normalverbrauchers ihren Bankerott erlitten, den die Bischöfe zu vollstrecken haben. Wer will das Aufgeben jeder praktischen Konsequenz dieser Botschaft noch mit ihrer unerschütterten Verkündigung in diesem Jahr vereinen?

Und auch die Flucht in die private Sphäre kann dann nicht mehr gelingen. Kann man wirklich von dem einfachen Mann verlangen, daß er in seinen Verhältnissen den Frieden verwirklicht, wenn man um wirtschaftlicher Interessen im Großen willen sich nicht darum kümmert? Gerade darum geht es aber in der Verkündigung dieses Wortes, daß wenigstens die bereit sind, praktische Konsequenzen daraus zu ziehen, die dieses Wort Jahr für Jahr predigen. Niemandem ist damit geholfen, daß Jahr für Jahr nur dieses Wort wiederholt wird, wenn man nicht zeigen kann, was es im Alltag, und das heißt dann doch auch in der Politik, bedeutet, wenn man nicht bereit ist, Politik zu betreiben, die diese Botschaft ernst nimmt. Auch der Gebrauch dieses Wortes als billige Dekoration für den Christbaum und das Weih-

nachtsschaufenster bedeutet Mißbrauch. Aber welches sind nun diese praktischen Konsequenzen?

Von ihnen ließe sich gar nicht reden, wenn es sich bei diesem Wort um eine bloße Behauptung handéln würde, die man eben nur als Behauptung dem herrschenden Unfrieden entgegensetzen kann. Herrscht Unfriede und heißer oder kalter Krieg, so sollte man lieber eingestehen, daß diese Botschaft versagt hat, daß sie auf einem Irrtum beruht, daß die Spötter recht haben, wenn sie den Unfrieden nicht beenden kann. Entweder die Spötter haben recht, oder es muß ein Weg gezeigt werden, den man zu gehen wagt. Neben diesen beiden Möglichkeiten gibt es keine dritte.

Aber die Botschaft der Engel ist keine bloße Behauptung. Sie zieht vielmehr eine Folgerung aus dem Ereignis der Geburt Jesu in Bethlehem. Nehmen wir es einmal ernst, was alle christlichen Kirchen von diesem Ereignis, «. . . als Cyrenius Landpfleger in Syrien war», glauben und predigen, daß in ihm Gott Mensch geworden ist, so erscheint die Folgerung, daß darum nun Frieden auf Erden sei, wenigstens nicht unverständlich. Gott wurde Mensch in aller Armut und Schwachheit, wie es die Weihnachtsgeschichte berichtet, darum ist Frieden, darum ist aller Unfriede, aller Streit im Privaten, aller Krieg unter den Völkern ein Anachronismus, der dies Ereignis übersieht. Das ist zumindest verständlich, wenn man bereit ist, den Glauben der Kirchen anzuerkennen. Gibt Gott sich selbst dem Unfrieden der Welt als hilfloser Mensch preis, so kann dieser Unfriede nicht die Bedeutung haben, daß er unser Dasein bestimmt. Dann ist er im Grunde schon überwunden, weil unser Dasein dadurch gesichert, garantiert ist, daß Gott, der Schöpfer und Erhalter dieser Welt, einer wie wir geworden ist. Gott hat der Welt dadurch den Frieden gegeben, daß er ihren Unfrieden einfach nicht so ernst nahm, daß er selbst sich ihr nicht preisgab. Das meint die Engelsbotschaft von Weihnachten, wenn wir sie als Zeugnis des christlichen Glaubens verstehen.

Aber es geht heute nicht mehr allein darum, diese Botschaft zu verstehen als Zeugnis jener ersten Christen. Wir können sie heute nur verstehen, wenn sie zum Zeugnis der gegenwärtig lebenden Christen, der Kirchen, wird, die sie heute verkündigen. Dazu gehört mehr, dazu gehört die Bereitschaft, nun aus diesem Ereignis für heute die Folgerung zu ziehen, daß auch unser Unfriede, der heiße und kalte Krieg unserer Tage, nicht die Bedeutung hat, daß er wirklich unser Dasein bedrohen kann. Steht hinter dem Wort vom Frieden auf Erden wirklich diese Tat Gottes, oder glauben das die Christen wenigstens wirklich, so fordert dies Wort ein entsprechendes Handeln der Christen, ein Handeln, das bezeugt, daß sie der «Macht der Ohnmächtigen» im Vertrauen auf diese Tat Gottes mehr vertrauen als der Macht der Stärke. Praktisch würde es heißen, daß wir heute in der Bundesrepublik selbst angesichts einer Bedrohung, die man dazu noch übertreibend an die Wand malt, seine Zuflucht nicht zu den Mitteln einer Politik der

Stärke nimmt, sondern einmal zu realisieren wagt, daß wir nicht vom Brot allein und auch nicht von der Macht amerikanischer Waffen leben, sondern daß unsere Existenz immer noch in dem Wort Gottes beschlossen liegt.

Das mag einem Politiker wie eine Illusion erscheinen, der eben nur Christen nachjagen, die er aber nicht ernst nehmen kann. Aber zumindest die Christen sollten dies wagen, wenn anders sie den Anspruch erheben wollen, auch im praktischen Leben ernst genommen zu werden. Man kann es einem Politiker nicht verübeln, wenn er das Argument von der Engelsbotschaft nicht in sein politisches Programm zu übersetzen wagt, aber von den Christen darf man mit Recht erwarten, daß sie wenigstens das, was sie selbst predigen, auch für die eigene Existenz ernst nehmen.

Nun ist es aber noch sehr die Frage, ob selbst im Bereich der Politik ein solches Ernstnehmen dieser Botschaft so illusionistisch ist, wie man es immer wieder hinstellt. Nikolai Ljeskow erzählt einmal von einem russischen Eremiten, der alle Welt dadurch aufregte, daß er es den Menschen unmöglich machte, ihn zu beleidigen und zu kränken. Für jeden Schlag, den man ihm gab, bedankte er sich, und auf jede Beleidigung erwiderte er nur: Du hast recht, mein Bruder. Dadurch reizte er die Leute aber nicht etwa, ihn um so eifriger zu schlagen und zu beleidigen, sondern er machte es ihnen dadurch unmöglich, ihn weiter zu schlagen und zu beleidigen. – Nun mag man mit Recht einwenden, daß sich ein solches Beispiel nicht auf die Politik übertragen läßt; denn die nationale Verpflichtung oder die ideologische, oder worum heute sonst Kriege geführt werden, läßt den zum Schlagen Bereiten auch vor der Wehrlosigkeit nicht zurückschrecken. Aber neben dem Eremiten Ljeskows steht Gandhi, der durch diese Macht der Wehrlosigkeit seinem Volk die Freiheit erkämpfte. Wenigstens das eine dürfte deutlich sein, daß auch im Reiche der Politik die «Macht der Ohnmächtigen» ein Faktor ist, den auch die Inhaber der Macht nicht übersehen können.

Gewiß ist dies nicht der übliche, der konventionelle Weg. Wir sind es gewohnt, noch immer in den Bahnen zu denken, daß Gott auf Seiten der stärksten Bataillone ist. Aber ist das mehr als eben der übliche, der konventionelle Weg, und ist der christliche Glaube nicht gerade in seinem Anfang eine revolutionäre Macht gewesen, die neue Wege wies, auch wenn er sich dann recht bald in das Konventionelle fügte, und bedarf es nicht heute erneut, wenn überhaupt die Weihnachtsbotschaft noch einen Sinn haben soll, dieser Besinnung auf diese revolutionäre Macht christlichen Glaubens?

Er ist revolutionär, weil er es unternimmt, einen Machtfaktor zur Geltung zu bringen, den man lange genug durch Verbannung in den Bereich der Innerlichkeit und des Gefühls aus dem praktischen Leben ausgeschaltet hat, einen Machtfaktor, der sich praktisch zuerst im Verzicht, im Nein zu dem herkömmlichen Weg erweist, einen Machtfaktor,

den man mit Recht scheuen kann, nur beim Namen zu nennen. Er tritt nicht sichtbar in Erscheinung, wenn man die Weihnachtsgeschichte nicht für ein sichtbares Zeichen dieses Machtfaktors halten will, wenn man die Botschaft der Engel nicht für mehr als eine fromme Legende halten will. Daß es ein Machtfaktor ist, kann nur im christlichen Zeugnis durch die Verwirklichung dessen sichtbar werden, was die Engel verkündeten.

Es sollte den Kirchen zu denken geben, daß es heute Nichtchristen sind, die es wagen, diese Botschaft zu leben, daß es der Heide Gandhi war, der damit die Freiheit seines Volkes gewann, daß es der Kommunist Gomulka ist, der den gleichen Weg mühselig genug und gewiß nicht ohne Risiko eines Mißerfolgs geht, daß es heute die Freidenker sind, die die Gewaltlosigkeit auf ihre Fahnen schreiben und danach tun. Kann man dies damit abtun, die Impulse als unchristlich oder gar als widerchristlich zu verdammen? Geht es nur darum, welches Bekenntnis man auf den Lippen führt? Ist die Botschaft vom Frieden auf Erden nur dann christlich, wenn sie von der Kanzel und eingeleitet durch Glockengeläut verkündet wird, ist sie es nicht ebenso und besser, wenn sie auch ohne christliches Bekenntnis gelebt wird? Die Kirche sollte erkennen, daß sich Kräfte, die in ihr selbst lange verschüttet waren, hier regen. Sie sollte freudig zu dieser Bundesgenossenschaft Ja sagen. Und sie sollte sich mahnen lassen, ihre Botschaft nicht von den Bedingungen der Machtverhältnisse bestimmen zu lassen. Umgekehrt sollte sie sich um so deutlicher darum mühen, daß ihre Botschaft in dieser Welt unser Handeln bestimmt, daß wir leben als Menschen, die wissen, daß ihr Dasein nicht von der Macht der politischen Gewalt abhängt, daß darum Frieden auf Erden sein kann, wenn wir erkennen, daß wir die Menschen des Wohlgefallens Gottes sind.

Die Sehnsucht und die Hoffnung der Menschheit ist noch immer auf dieses Wort der Engel gerichtet. Die Kirche kann getrost diese Botschaft verkündigen auch in diesem Jahr. Aller Spott und aller Mißbrauch wird schweigen, wenn sie nur bereit ist, der Botschaft in dieser Welt das Recht werden zu lassen, das ihr zukommt, daß die Verkünder des Friedens auch zu Friedensstiftern werden.

Hans-Werner Bartsch

(Aus: «Die evangelische Predigt vom Frieden», Herbert-Reich-Verlag, Hamburg.)

Verantwortung?

Die folgenden Seiten sind dem Buch «La France contre les robots» entnommen, das Ende 1944 geschrieben wurde. Seit zehn Jahren ist die mahnende, oft drohende Stimme des Kämpfers Georges Bernanos verstummt.

Wenn man einen Landsknecht Pizarros gefragt hätte, ob er dazu fähig wäre, zehn Kinder zu erwürgen, hätte er vielleicht Ja gesagt. Aber zwanzig oder hundert? Eine solche Schlächterei hätte ihm, wenn

schon nicht das Herz, so doch wahrscheinlich den Magen umgedreht, und schließlich hätte er sich über seine blutverschmierten Hände erbrechen müssen; und dieses Erbrechen hätte die Grenze angezeigt, die einer nicht überschreiten kann, ohne zu einem tollwütigen Unhold zu werden.

Heute dagegen kann der erste beste in höchster Behaglichkeit von der Luft aus in zwanzig Minuten Tausende von kleinen Kindern umbringen, ohne die geringste Übelkeit zu empfinden, es sei denn, er leide bei schlechtem Wetter an der Luftkrankheit. Und eben das ist es, was mich an der Zukunft verzweifeln läßt: daß das Zutodeschinden von Tausenden unschuldiger Menschen, das Rösten und Zerstückeln ihrer lebendigen Leiber eine Aufgabe sein soll, die ein Gentleman erfüllen kann, ohne sich seine Manschetten, ja auch nur seine Phantasie zu beschmutzen.

Hätte der Landsknecht Pizarros auch nur einer einzigen schwangeren Frau den Leib aufgeschlitzt, so wäre sie ihm zweifellos doch hin und wieder als Alptraum im Schlaf erschienen. Der Gentleman von heute dagegen, er hat nichts gesehen, nichts gehört, überhaupt nichts angerührt – die Maschine allein war es; s e i n Gewissen ist in Ordnung; sein Tagebuch wurde lediglich um einige sportliche Ereignisse bereichert, die er «der Frau seines Lebens» beim Einschlafen erzählen wird. Versteht ihr jetzt, ihr Narren? Versteht ihr, daß es nicht das Abschlachten Tausender von Unschuldigen ist, das uns an der Zukunft verzweifeln läßt? Nein, solche Greuel mahnen, an euch zu verzweifeln; solche Scheußlichkeiten stellen an das Gewissen des einzelnen schon gar keine Frage mehr. Wären sie noch zehnmal gräßlicher, sie fielen kaum stärker ins Gewicht; noch schlimmer: ihre wachsende Ungeheuerlichkeit überflutete mehr und mehr die verhältnismäßig engen Grenzen des persönlichen Gewissens. Was aber eine kollektive Gewissensfrage betrifft, so erspart mir diesen Scherz; macht mich nicht lachen! es gibt kein Gruppengewissen. Ein Kollektiv hat kein Gewissen. Wenn es aber scheint, als ob es eines habe, mag es daher kommen, daß in ihm die unerläßliche Zahl von Gewissen Widerspenstiger besteht, von ziemlich undisziplinierten Menschen also, die dem Abgott-Staat das Recht absprechen, über das Gute und das Böse zu entscheiden.

Seien wir aber gerecht! Über das Problem des totalen Krieges sind im Grunde genommen alle einig. Da gibt es keine Widerspenstige. Ja, die alte Dame, die herrenlose Katzen bei sich aufnimmt, der gute Pfarrer, der seiner Nichte die Aussteuer kauft, sie denken darüber kein Haar anders als ein Nazi oder ein Marxist. Entschuldigung! Ein Durchschnittskatholik wird natürlich dieses Problem nicht auf die gleiche Weise lösen wie ein Jünger Hitlers oder Stalins. Er wird es ganz einfach ablehnen, sich die Frage überhaupt zu stellen, da ja der Heilige Vater zu diesem Punkt der Kasuistik sich noch nicht verbindlich geäußert hat. Warum soll denn auch der gute Junge nicht ruhig schlafen dürfen? Seit dem Kriege in Äthiopien und in Spanien gibt es wenig

Dinge, die einem katholischen Bürger in Uniform nicht erlaubt wären. In allem, was den Krieg betrifft, strebt die Kirche mehr und mehr darnach, das, was sie selbst nicht anerkennen, aber auch nicht verdammen kann, der Gesellschaft in Rechnung zu stellen – einzutragen im Gewinn- und Verlustkonto. Ist es erlaubt, hier nebenbei zu bemerken, daß diese überklugen Unterscheidungen, die dem Nuntius die Arbeit erleichtern sollen, zuletzt das Ansehen der totalitären Ideen begünstigen werden? Die Gesellschaft, das Oberhaupt, der Staat oder die Partei bekommen das Fähigkeitszeugnis, die volle Verantwortung für die entsetzlichen Grausamkeiten zu übernehmen, bis zu dem Grade sogar, daß jener Durchschnittskatholik, der diese begangen hat, durchaus das Recht behält, nach getaner Arbeit bei der Messe am Altar zu dienen und die heilige Kommunion zu empfangen (vorausgesetzt natürlich, daß ihm nicht auf der kurzen Fahrt vom Flugplatz zur Kirche der Fehler unterlaufen ist, den Beinen seiner Nachbarin im Autobus zuviel Aufmerksamkeit geschenkt zu haben). Wie wollt ihr dann aber, daß sich dieser Christ vom allmächtigen Staat nicht die gleiche Vorstellung macht wie ein Schüler Hitlers? Wenn man im Namen der Nation alles gutheißen oder auch alles entschuldigen kann, warum dann nicht auch im Namen einer Partei oder des Menschen, der diese vertritt und welcher auf diese Weise gleichsam wie in einer gotteslästerlichen Karikatur der «Erlösung», die Sünden seines Volkes auf sich nimmt? Wieso sieht man nicht, daß durch diese von kasuistischen Gesandten der Kirche geöffnete Lücke die Menschenwürde für immer entschwinden kann?

Nun sagt aber nicht, daß es immer so gewesen sei, daß sich ein Soldat immer als ein unverantwortliches Instrument betrachtet habe, eine Art Maschine zum Töten. Wenn dem wirklich so gewesen wäre, dann antworte ich, es sei deshalb nicht weniger notwendig, die Frage einer neuen Prüfung zu unterziehen. Denn das unverantwortliche Instrument von gestern – versehen mit zwei Armen, zwei Beinen und einigen Waffen, deren Wirkungsgrad während Jahrtausenden kaum geändert hat – sieht heute seine Zerstörungskraft täglich vervielfacht durch andere Mechanismen, welche noch weniger verantwortlich sind als er. Das Werkzeug von einst ist ein gewaltiges Maschinenzusammenspiel geworden: es fällt nur manchmal schwer, darin die am wenigsten vollkommene zu erkennen, die am wenigsten wirksame – jene, welche mit einem Gehirn versehen ist ... Gewiß, als dieses Wundertier im Durchschnitt noch einen Meter fünfzig maß und sechzig Kilo wog, war es schon gefährlich genug, um es nicht ohne sein Gewissen spazieren gehen zu lassen, aber heute ist die Vorsicht noch viel unentbehrlicher. Angesichts des Ausmaßes dieses Tieres erscheint uns ein einziges Gewissen sogar ganz ungenügend – zwei Dutzend wären nicht zuviel.

Georges Bernanos

(Schluß folgt)

Die Schweiz im Atomzeitalter*

I.

Dieser Vortrag ist ein Versuch, in einer Zeit der Verwirrung der Geister ein Maß zu finden, das allen Menschen gemeinsam sein könnte, und ihnen in ihrem Tun und Lassen ein Urteil zu erlauben, das sie einigen könnte im Aufbau eines echten Friedens. Es ist ein Versuch, in aller Bescheidenheit gewagt, dessen einziger Wert darin besteht, daß er ehrlich gemeint ist und zum eigenen Denken anregt.

Grundsätzliches

1. Das Atomzeitalter ist das Zeitalter, in welchem der Mensch die Fähigkeit erreicht hat, die materielle Struktur der Natur zu meistern. Wenn die Natur nur Materie wäre, könnte man sagen, daß er daran ist, die Natur selber zu meistern, aber sie ist noch Leben, Geburt und Tod, sie ist schöpferisch durch Tat und Vorstellung, und in ihr ist der Mensch nichts anderes als selber ein Geschöpf und ganz offensichtlich kein Meister. Diese Zwitterstellung des Menschen, lebendige Materie zu sein, also zugleich Geschöpf und Schöpfer, macht seine Größe und Gefahr aus. Denn die Versuchung liegt nahe, daß er das Maß verliert, dem Größenwahn verfällt, sich selber für den Schöpfer der Natur hält und schließlich einer Fiktion gegenüber der Wirklichkeit den Vorzug gibt. Wir sehen diese Gefahr sehr deutlich im dogmatischen Kommunismus, gewissermaßen dem Sündenfall des Marxismus, viel weniger deutlich in der bürgerlichen Welt, wo wir vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen, weil wir selber darin leben, aber wo sie sicher nicht weniger vorhanden ist.

2. Das treibende Moment ist der Wille zur Macht. An sich ist dieser weder gut noch schlecht, er ist ein Faktum des Lebens. Was ihn gut oder schlecht macht, ist die Absicht, die Vorstellung, die der Mensch damit verbindet. Wenn er durch ein künstlerisches Verantwortungsgefühl der Natur gegenüber oder durch ein soziales Verantwortungsgefühl den anderen, den Mitmenschen, gegenüber gebunden ist, ist er gut und segensreich; wenn er aber den Leitsatz hat: «Alles ist erlaubt», wird er frevelhaft. Beide Möglichkeiten werden offenstehen, solange es überhaupt Menschen gibt. In jedem Augenblick, in jeder Lage des Lebens ist die Wahl möglich, nur ist der Preis, der zu bezahlen ist, verschieden, manchmal sehr verschieden.

3. So kommen wir zum Schluß, daß für unsere Zeit, wie wahrscheinlich noch nie für eine Zeit zuvor, das Grundproblem der Existenz der gesamten Menschheit, in ihrer jetzt gegebenen Totalität, ein Problem der Moral ist.

4. Wer aber Moral sagt, sagt auch Verpflichtung. Nun ist die wei-

* Nach einem Vortrag, den der Verfasser in der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz am 26. Oktober 1958 in Zürich gehalten hat.

tere Frage: Wem und was gegenüber eine Verpflichtung? Ist es möglich, die Vielfalt der Verpflichtungen gegenüber Tradition, Fortschritt, Dogma, Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Vaterland, Eltern, Kindern, Gott, Liebe auf ein paar einfache Nenner zu bringen? Alle haben ein Recht auf echte Verpflichtung, und doch spüren wir, daß keines, in seiner Abstraktheit und Selbständigkeit, Anspruch haben kann, als ein Absolutes zu gelten. Es muß mit dem L e b e n verbunden werden. Dann erst, in der Wirklichkeit des Erlebens, haben sie etwas gemeinsam: sie können alle entweder trennend oder einigend sein, die Menschen trennen oder sie einigen. Hier ist die Wahl, die m o r a l i s c h e Wahl, die zu treffen ist, denn in dieser Wahl entscheidet sich der Geist für den Krieg oder für den Frieden. Er verpflichtet sich entweder für den Teil als etwas Absolutes oder für das Ganze (auch wenn er denkt, daß das Ganze nur durch das Erleben des Teils, a b e r i n f o r t w ä h r e n d e r Ü b e r w i n d u n g, zu erreichen ist). Der geistige Hochmut, die größte Sünde, ist, den Teil selbstherrlich zum Ganzen zu erklären. D a s ist die Gefahr unserer Zeit.

5. Den Teil zum Ganzen zu erklären, ist das Charakteristikum des gottlosen Menschen. Nur wenige sind sich dessen bewußt, denn es wird immer alles getan, um die Grenzen des Teils zu verwischen, ja der menschliche Geist selber ist gewöhnlich nicht groß genug, um sich dieser Grenzen bewußt zu werden. Das gilt zum Beispiel für den Vaterlandsbegriff, für das Dogma und für das Spezialistentum.

Wenn wir nun genau hinsehen, erkennen wir, daß das im Grunde alles Vorstellungen, Bilder, Theorien, Abstraktionen sind, die von der Wirklichkeit deduziert, abstrahiert und dann wieder kraft der schöpferischen Phantasie des Menschen als Gebilde aufgebaut werden, als I m a g o, um ein Wort zu gebrauchen, das Spitteler einem seiner Bücher als Titel gegeben hat. Diese an sich blutlosen Gebilde dienen nun dem lebendigen Menschen als geistige Realität. Er stellt ihnen seinen Willen, seine Leidenschaft, seinen Mut, seine Lust und sein Leid, sein I c h zur Verfügung. In ihnen sucht er sich seiner Größe bewußt zu werden. In ihnen formt er seine Gemeinschaft. Sie sind die Tabus und Totems dieser Gemeinschaft.

Es ist wohl möglich, daß sich eine menschliche Gesellschaft ohne Tabus und Totems überhaupt nicht denken läßt: der Mensch ist an sich ein begrenztes, wenn auch schöpferisches Geschöpf. Es wäre nichts daran auszusetzen, wenn sich das Bedürfnis nach Imago auf das künstlerische Schaffen beschränken würde (die Kunst als Befreiung . . . und nicht nur des Künstlers selber!) oder wenn es in den Schranken der Relativität gehalten würde, was Strukturen der menschlichen Gemeinschaften anbetrifft; aber es erhebt, als Imago, Anspruch, für das Ganze gehalten zu werden, für das Leben selber, als Totalität, und fordert für sich letzten Endes Treue bis in den Tod. Das kann man den Triumph des Abstrakten nennen. In diesem Sinne war der Nazismus ein Triumph des Abstrakten.

Was ist diese Imago denn schließlich in ihrer Vielgestaltigkeit anderes als ein Götze, und was sind wir Menschen heutigentags anderes als Götzendiener? Man soll mir doch nicht mit abendländischer Kultur, mit christlicher Kirchenlehre kommen! Mit deren Anspruch auf Universalität! Solange die Welt in zwei geteilt ist, k a n n keiner der Teile in Wahrheit universal sein. Solange das, was Ost und West ist, einander feindlich gegenüberstehen, solange wechselseitig der eine das Gute für sich in Anspruch nimmt und dem anderen das Schlechte zuschiebt, solange die Welt g e t r e n n t ist, ist sie zwangsläufig Götzen ergeben, ist sie gottlos, denn Gott ist eins, und wir sind erst dann gottesfürchtig, wenn wir in ihm eins sind.

6. Daß Tabus, Totems, Götzen r e e l l sind, ist unbestreitbar. Sie gehören einer Geisteshaltung an, die man magisch nennen kann. Es ist die Geisteshaltung, die alles, was geheimnisvoll ist, was Angst einflößt, was man nicht versteht, aber auch was man ahnt an Größe und Liebe, die nicht in Worte zu fassen ist, in Bildern erfaßlich macht. Wenn sie für den Weisen das Wissen um die Wahrheit sein kann, so ist sie für den Schlauen eine herrliche Gelegenheit, die Gläubigen auszunutzen, sie zu beherrschen und von der Wirklichkeit ihres eigenen Lebens abzulenken. Das altbewährte Mittel dazu ist die sattsam bekannte Propaganda.

Ich verrate sicher kein Geheimnis, wenn ich sage, daß unser Atomzeitalter noch viel eher ein Propagandazeitalter genannt werden könnte. Wollen wir weiter Sklaven der Propaganda bleiben? «Lieber tot als Sklav», dieses geflügelte Wort des romantischen Heroismus könnte man ja auch auf die Propaganda beziehen, mit vielleicht tieferem Recht, als es gemeiniglich gebraucht wird dem Kommunismus gegenüber, der ja auch zu einem Götzen gemacht wird, allerdings einem bösen Götzen, den man bekämpfen muß, während die unseren die guten Götzen sind, die dem Kommunismus gegenüberstehen wie das Weiße dem Schwarzen.

7. Die Menschen sind also vor eine Wahl gestellt: dem «Teil» zu gehören oder dem «Ganzen» zu dienen, die Wahl zwischen Gott und Götzen. Es ist die Wahl, die der verantwortliche Mensch unserer Zeit zu treffen hat. Er kann Gott nur wählen, wenn er sich zum Ganzen bekennt, und zwar praktisch, durch seine Tat und sein Denken der Welt und dem Weltgeschehen gegenüber, wenn Gott i n ihm ist und d u r c h ihn spricht. Es muß nicht notwendigerweise der alleinige Christengott sein, sondern Gott, der jenseits jeder Namengebung ist, der im wahrsten Sinne des Wortes der «Unaussprechliche» ist, der einfach i s t. Der Sinn für das Ganze, in seiner ewigen Überwindung des Getrenntseins, ist die Gegenwart Gottes.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Militärdienstverweigerung eine ganz neue, tiefe Bedeutung. Indem der Militärdienstverweigerer dem Militär den Gehorsam verweigert, bezeugt er, daß er zu dem konsequentesten Symbol des «Sichbehauptenwollens im Getrenntsein»

Nein sagt, den Götzendienst verweigert und sich zum Dienst des lebendigen Gottes bekennt.

8. Getrennt ist der Wissenschafter, dessen oberstes und einziges Gesetz seine eigene Wissenschaft ist, der neugierig ist, bis zu welchen Konsequenzen die Entdeckungen seiner Wissenschaft die Menschen führen können, ohne Rücksicht auf das Lebensrecht der anderen, der der Versuchung erliegt, die tödlichsten Experimente durchzuführen, weil er wissen will, was dann geschieht . . . Man kann da von einer Besessenheit reden, die pathologisch ist, die bei gewissen Physikern zum Beispiel herrscht, die an der Atombombe schaffen, und die eine Gefahr für die ganze Menschheit bedeutet, die Gefahr der Herrschaft des Unmenschen.

Diese grundsätzlichen Bemerkungen seien vorausgeschickt, bevor wir zum eigentlichen Thema kommen: «Die Schweiz im Atomzeitalter», weil die Schweiz nichts mehr und nichts weniger ist als der konkrete Ort, die konkrete Gemeinschaft, in welcher dieses Grundsätzliche erlebt und geprüft wird.

(Zuerst mußte ich die Maße so klar wie möglich umschreiben, mit welchen ich mir vorgenommen habe, das Sein der Schweiz zu analysieren und deren Existenzberechtigung in Frage zu stellen; erst so konnte ich hoffen, verhindern zu können, daß man aneinander vorbeiredet. Es ist ja ein Zeichen unserer Zeit, daß man aneinander vorbeiredet: alle Begriffe haben zwei oder mehr Sinne bekommen; ich denke da nur an die Worte «Demokratie» oder «Freiheit». Jede Diskussion sollte eigentlich mit einer klaren Umschreibung und Vereinbarung über die Kriterien beginnen, nach denen man urteilen wird.)

Idealisierte Schweiz

Auch hier will ich von ein paar ganz einfachen Tatsachen ausgehen.

Einmal daß die Schweiz ein kleines, sehr kleines Land ist, geographisch und demographisch. Das sieht jeder Schweizer Bürger auf den ersten Blick. Es ist aber auch ein sehr großes, ja mächtiges Land, was das Finanzgeschäft und die Industriekonzerne angeht, und das sieht man nur gelegentlich. Doch ist das nicht ganz ohne Wichtigkeit noch Folgen. Denn das bewirkt, daß unser Volk, mehr unbewußt als bewußt, in einem merkwürdigen Zwielicht lebt. Es weiß, daß es als souveräner Staat keine Macht hat, es fühlt aber, daß es, gewissermaßen privatim, auf der Weltbühne sehr viel leistet und daß sein Wohlleben dieser Leistung entspringt und kein Gratisgeschenk ist. Es weiß auch, und besonders die Regierung, daß seine Staatskunst darin besteht, sich von Erschütterungen fernzuhalten; denn was große Länder ertragen können, würde für die Schweiz als souveränen Staat das Ende bedeuten. Seine Staatskunst besteht darin, daß es ein Gleichgewicht finden muß zwischen Anpassung und Selbstbehauptung, wobei dann logischerweise mehr Opportunismus zum Vorschein kommt als

Prinzipienstärke. Das ist Neutralität in Wirklichkeit. Man kann im Werturteil darüber verschiedener Meinung sein; eins aber ist sicher: man überlebt und bleibt im Wohlstand, und das ist immerhin etwas!

Aber überleben wozu? Da kommt, was man die ideale Schweiz nennen könnte, ins Bild. Denn einfach nüchtern und sachlich nur auf das materiell Erreichbare, auf den Wohlstand und die Sicherheit seiner selbst, seiner Familie auszugehen, ist selbst für einen Schweizer zuwenig. Irgendwie muß man auch ein Schaufenster haben. Man hat Tradition: «Frei wie die Väter waren . . .», man ist viersprachig und Teilhaber dreier Kulturen, das Land ist die Wiege des Roten Kreuzes, man weiß, was Demokratie und Föderalismus sind und hat eine rein defensive Armee. Das alles hat man im Schaufenster. Ich will nun nicht sagen, daß man es n u r im Schaufenster hat, daß es n u r Fassade ist. Das Entscheidende aber ist, wieweit dieses Ideal unser Handeln und Denken bestimmt, wieweit im eigenen Hause das Ideal verpflichtend ist, wenn auch das Schaufenster durchaus nicht zu verachten ist, sondern auch seinen ganz bestimmten Sinn hat, nämlich für die Außenstehenden. Die Gefahr ist dann, daß der Außenstehende, wenn er ins Haus kommt, unter Umständen ziemlich enttäuscht wird. Und das ist gerade mein Fall.

Ich habe immer den Eindruck, daß die schönen Reden von Neutralität und Solidarität, wenn sie auch sicherlich ganz ehrlich gemeint sind, eben nichts anderes als Wunschträume sind. Die harte Wirklichkeit ist, daß, weil Volk und Land klein sind, die Selbstbehauptung in der Anpassung besteht und daß die Anpassung das Entscheidende zum materiellen Überleben u n d E r f o l g ist. Das beweist unsere ganze Geschichte, mit der einzigen Ausnahme des Gründungspaktes von 1291 und vielleicht der ersten zweihundertfünfzig Jahre der Eidgenossenschaft. Man könnte fast sagen, daß nunmehr Ideale nur so lange hochgehalten werden, als sie das Bestehen der gegebenen Ordnung nicht gefährden oder keine besondere Anstrengung erfordern. Das Volk ist in seiner überwältigenden Mehrheit durchaus damit einverstanden. Daß die Schweizer die ideale Schweiz ein bißchen sehr leicht nehmen, sehen wir an folgenden Beispielen:

1. D a s B u c h d e s S o l d a t e n, vom Militärdepartement verfaßt zuhanden jedes Rekruten, um ihm ein Bild seines Vaterlandes zu geben, das ihn zu höchstem Einsatz begeistern soll, ist ein schlimmes Machwerk psychologischer Beeinflussung. Es ist unehrlich in dem Sinne, daß es ausschließlich die Lichtseiten des Vaterlandes zeigt und die Menschen wie schönbemalte Holzpuppen ihr vaterländisches Theater aufführen läßt. Vom schweren Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit, den die Besten des Volkes geführt haben, ist nichts zu spüren. Die Schönheit der Landschaft wird mit einer so billigen Lyrik beschrieben, daß sie unsern Dichtern und Malern die Schamröte ins Gesicht treibt. Dieses Buch schließt jegliches selbständige Denken aus und behandelt den jungen angehenden Soldaten, wie wenn er ein kritik-

loser Ignorant wäre und bleiben müsse. Es ist ganz offenbar auf den Mittelmäßigsten der Mittelmäßigsten zugeschnitten und bezeugt, wenn auch ungewollt, eine innere Verachtung des Lesers, offenbar weil der Herausgeber selber nicht besonders feinfühlig ist. Es ist schon allerhand, wenn man Hodlers Tell, das Symbol des Freiseins durch Verweigerung des Gehorsams der Regierung gegenüber, als Titelblatt eines Buches nimmt, das den Menschen gerade zum unbedingten Gehorsam anhalten soll! Der Auszug der Jenaer Studenten wäre besser am Platz gewesen, aber auch da wäre die Kunst zu hoch gewesen, als daß Geist wie Form dieses Buches ihr hätte entsprechen können. Wenn ich dieses Buch so aufs Korn nehme, so ist es, weil es in krasser Form dieses Schaufensterideal darstellt, das für den Hausgebrauch ungenießbar ist, solange noch ein Funke Wahrheit in uns ist.

2. Dann ist da die Demokratie, auf welche wir so stolz sind, mit Recht, was die Theorie anbetrifft, aber mit Unbehagen, wenn wir die Praxis betrachten, wie sie bei Gelegenheit der beiden Chevallier-Initiativen gehandhabt wurde, wie sie im Pressekampf in Erscheinung tritt in der Verächtlichmachung des Gegners, wie sie im materiellen Interessenkampf steckenbleibt, wie sie in ihren Entscheidungen jeder Größe bar ist.

3. Was die Teilnahme an unseren drei Kulturen betrifft, so braucht man nur auf die Klagen unserer Tessiner Eidgenossen zu hören oder den kleinlichen Kritiken und Rivalitäten zwischen Deutsch und Welsch zuzuschauen, um sich bewußt zu werden, wie sehr Schein und Wirklichkeit auseinanderklaffen.

4. Internationale Solidarität, Rotes Kreuz, Schweizerspende, Hilfe an außereuropäische Völker, auf die wir so stolz sind ... Wie hoch ist der Betrag, den sie für ihre Arbeit erhalten, verglichen mit den Ausgaben des Militärbudgets? Dieser Hinweis genügt.

Diese Verbilligung des Ideals führt schließlich zum geistigen Leerlauf, und man darf sich nicht wundern, wenn die Jugend gleichgültig wird. Wenn man aus sich selber heraus keine schöpferischen Gedanken mehr hervorbringen und entwickeln kann, ja darf, wenn man die eigene Mühe scheut, werden Lebenskraft und -zeit gewissermaßen herrenlos und stehen schließlich demjenigen zur Verfügung, der sie mit irgendwelchem Ersatz befriedigen und erfüllen kann.

Schon oft haben wir gelesen und gehört: «Die Schweiz gehört der westlichen Welt an.» Bestand diese «westliche Welt» von jeher, zur Zeit der Gründung der Eidgenossenschaft, in den folgenden Jahrhunderten? Bestand sie schon im achtzehnten, im neunzehnten Jahrhundert? Doch sicher nicht in der jetzigen Auffassung!

Was sich jetzt westliche Welt nennt, ist im Jahre 1917 in die Weltgeschichte eingetreten, als die bolschewistische Revolution in Rußland siegte. Da es dieser Revolution nicht gelang, eine Weltrevolution zu werden, und nur ein Teil der Welt von ihr erfaßt wurde, sie aber

andererseits nicht vernichtet werden konnte, blieb die Welt eben geteilt. Wir haben vorhin auseinandergelegt, was das für die Menschheit bedeutet hat.

Und nun zur Schweiz. Sie gehört dieser westlichen Welt an, weil ihre politische, soziale, ökonomische und geistige Struktur dieser entspricht. So ist es ganz natürlich, daß die Schweiz sich in die übernationalen Organisationen dieser westlichen Welt einfügt: im Sozialen mit dem reformistischen Sozialismus; im Ökonomischen mit der Kohlen- und Stahlgemeinschaft oder mit dem gemeinsamen europäischen Markt, um nur diese beiden zu nennen; im Geistigen mit der Ablehnung der kommunistischen Ideologie; im Militärischen mit der Gleichschaltung der Bewaffnung; im Politischen mit der Propaganda für ein geeintes, westliches Europa. Wenn im Politischen eine gewisse Zurückhaltung gewahrt bleibt, so ist es, weil Neutralität offiziell immer noch Staatsmaxime ist. Man hofft so, kriegerischen Entwicklungen aus dem Weg gehen zu können, aber jedermann ahnt, daß die Neutralität als Mittel der Selbstbehauptung immer mehr an Bedeutung verliert und die Anpassung immer vollständiger und verpflichtender wird. Das liegt im Zuge der Zeit. Es wäre an sich nicht schlecht, wenn dies nur eine – notwendige – Vorstufe wäre zu einer kontinuierlich fortschreitenden Entwicklung zu einer friedlichen und gerechten Weltordnung. Dies ist aber nicht der Fall. Das werdende westliche Europa ist nicht als Vorstufe zu einer vollkommeneren Organisation der Vereinten Nationen gedacht, sondern als Kampfstellung gegen das östliche Europa. Die Anpassung der Schweiz an diese westliche Welt ist eine Anpassung an eine Feindeinstellung, an den Kalten Krieg mit allen seinen Konsequenzen, die er in sich birgt. Wenn in der Blütezeit der Nationalstaaten unsere Neutralität uns vom eigentlichen Krieg und seiner Vorbereitung, seiner Erstarrung und Verkrampfung des Fühlens und Denkens mehr oder weniger schützte, so sehen wir jetzt, daß in dem weltweiten ideologischen Konflikt unsere Neutralität uns nicht mehr vor dieser geistigen Katastrophe bewahrt, ja daß Presse und Regierung diese Erstarrung direkt fördern. Wenn wir äußerlich immer noch als friedlich gelten wollen, so sehen wir, wenn wir ehrlich sind, daß wir innerlich zur Aggressivität erzogen werden. Die Haltung der Thalwiler Bevölkerung Herrn Konrad Farner gegenüber, die Molotow-Cocktails der Berner Studenten, die Radauszenen in Genf und Zürich, das Verbot der Basler Konferenz sind Beispiele dieser Aggressivität, um so bemühender, als sie ohne jeden echten Mut, den eine w i r k l i c h e Gefahr gefordert hätte, gegeben wurden.

In d i e s e r Aggressivität, durch d i e s e Art Anpassung gibt die Schweiz ihre nationale Persönlichkeit auf. Sie verliert den tiefen, wertvollen Sinn der Neutralität. Es ist natürlich viel schwerer, in ideologischen Kämpfen, die Religionskriegen sehr ähnlich sind, Neutralität zu bewahren als in einer festgefügten Ordnung von Nationalstaaten, in deren Struktur ein neutraler Staat sich rechtmäßig einfügen kann.

Jetzt erleben wir eine Umwälzung der Weltordnung, die alles Bestehende in Frage stellt. Dies ruft einer Definition der Neutralität, die nicht mehr auf rein zwischenstaatliche Verhältnisse gegründet und begründet ist, sondern den Menschen in seiner geistigen Entscheidung bestimmt. In dieser Entscheidung kann er sich nicht mehr an eine Tradition klammern, sondern muß auf seine eigene Kraft und auf Gott vertrauen.

II.

Die Schweiz als gelebtes Ideal

Die ideale Schweiz, die ich im vorhergehenden mit ein paar Worten skizziert habe, kann Wirklichkeit werden, wenn sie es jetzt nicht ist. Und dann hat unsere Neutralität wieder Sinn, auch in der jetzigen Zeit. Die Wahl, die wir da treffen, ist, daß wir der Selbstbehauptung den Vorrang geben gegenüber der Anpassung. Wir wählen so, weil wir der Überzeugung sind, daß die Schweiz, mindestens virtuell, etwas Originales, Einzigartiges ist. Mit einer ganz eigenen Verantwortung und Verpflichtung. Vorhin zeichneten wir das böse Bild eines Ideals, das nur Fassade ist; zeigen wir jetzt, was ein Ideal ist, das gelebt wird.

1. Durch unsere Tradition haben wir den Sinn für das langsame Werden in der Geschichte bekommen. Wir wissen, daß alles, was Dauer haben soll, organisch wachsen muß und daß Fanatismus nur Leiden bringt. Wir wissen, daß man über kurz oder lang zu Verhandlungen kommen muß, um Konflikte wirklich zu lösen, und daß es Sache der elementarsten Vernunft ist, die Möglichkeiten zu Verhandlungen nicht zu verbauen durch Hochmut und Haß. Wir wissen auch, durch die Erfahrung des Werdens unserer Staatsform, daß ein echter, aufbauender Friede nur dann Realität werden kann, wenn die vormaligen Gegner auf politischem, religiösem oder sozialem Gebiet sich in der Gleichberechtigung finden, wenn keiner seinem natürlichen Stolz Unwürdiges zumuten muß, um zum Frieden zu kommen.

2. Dieses Wissen um den Menschen, wie er tatsächlich ist, das Verstehen der Situationen, in welchen er sich befindet und die sein Handeln bestimmen, soll uns auch zu einer Wahrheit führen, die gerecht ist. Es gibt Wahrheiten, die man dem anderen an den Kopf wirft, die, wenn sie auch Wahrheiten sind, nichts anderes tun als verletzen und im Grunde unwahr sind, weil sie ungerecht sind. Sie messen den Menschen an seinem «Sollen» und nicht an dem, was er «ist». Nun kann er sein «Sollen» nur erfüllen, wenn er aus seinem «Sein» erlöst wird. Das legt dem Menschen die Verpflichtung auf, zu verstehen, bevor er urteilt. Dies gilt auch für das Leben der Gemeinschaften, der Völker und nicht nur für das Verhalten von Person zu Person. Das gilt auch für die Politik. Darin allein liegt die Überwindung des Gegensatzes von Ost und West.

3. Darin liegt auch die Erfüllung echter Kultur. Wir kennen die Spannungen, die in der Schweiz zwischen Welsch und Deutsch

bestehen. Wäre es da nicht von Vorteil, sie einmal nicht als Konsequenzen von charakterlichen Unzulänglichkeiten, von grundsätzlichen Verschiedenheiten zu erklären, sondern aus einem verschiedenen geschichtlichen Ursprung und Werden? Daß dieser verschiedene Ursprung uns Welsche und Deutsche zusammengeführt hat in voller Gleichberechtigung, ist eben das Wunderbare an der Schweiz. Die Schweiz ist von den Deutschschweizern geschaffen worden bis Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Sie haben ihr Festigkeit und Haltbarkeit gegeben und sie widerstandsfähig gemacht. Oft war die Rettung, das Eigenleben dieser Gemeinschaft wie eine geschlossene Faust zu handhaben, aber oft war es auch Blindheit menschlicher Entwicklung gegenüber, die dieser Geschlossenheit Engherzigkeit und Starrköpfigkeit aufnötigte. Die welsche Schweiz hingegen ist als Teil einer großen Kultur, gewissermaßen zusätzlich, zur Schweiz gekommen. Sie hat erst seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts an der politischen Schöpfung mitgearbeitet. Infolgedessen ist das spezifisch Schweizerische nicht so ausgeprägt, nicht so elementar in diesem Landesteil wie in der deutschen Schweiz. Ist das aber für die Schweiz als Ganzes nicht ein unschätzbarer Vorteil, eine natürliche Aufgeschlossenheit für das spezifisch Menschliche? Ist es nicht ein großes Glück, daß wir in den eigenen Grenzen, in einer Gemeinschaft, die politisch geeint ist, die Möglichkeit haben, den offenen Geist für das Allgemeinmenschliche und den kräftigen, elementaren Selbsterhaltungstrieb harmonisch zu verbinden und uns so immer mehr aus dem ursprünglichen Getrenntsein zu einem Eins zu verschmelzen, das den Menschen als solchen dienen könnte, wo sie auch seien? Das wäre echte Kultur.

4. Die Schweiz ist ja auf das internationale Leben ausgerichtet. Ganz abgesehen von ihren ökonomischen Bindungen, hat die europäische politische Geschichte sie mit einer Aura menschlicher Bedeutung umgeben, indem sie zum Sitz vieler internationaler Organisationen auserkoren wurde, indem zugestanden wurde, daß das Internationale Komitee vom Roten Kreuz nur aus Schweizern bestehen soll, indem sie immer wieder als Standort wichtigster internationaler Konferenzen gewählt wird. Das sollte uns allen viel tiefer ins Bewußtsein dringen und zu einer ernsten Verpflichtung werden. Als die Schweizerspende geschaffen wurde, schienen Volk und Behörden unter dem Eindruck der grauenhaften Ereignisse des Zweiten Weltkrieges begriffen zu haben, daß Neutralität kein Abseitsstehen sein dürfe, wenn die Menschen in Not seien, und daß man dabei nicht mehr zwischen Freund und Feind unterscheiden dürfe. Alle, die damals im Ausland mit der Schweizerspende arbeiteten, wissen, welche Hoffnung – moralische noch mehr als materielle – mit dem Namen Schweiz verbunden wurde. Leider sind die beträchtlichen Mittel der Schweizerspende, als die erste Not vorbei war, nicht erneuert worden. Man hat allerdings eine Schweizer Hilfe für unterentwickelte Völker geschaffen, die im gleichen Geiste menschliche Hilfe bringen soll und auch bringt; gemessen aber

daran, was in diesem Sinne gemacht werden könnte und müßte, sieht diese Hilfe mehr wie ein Almosen aus als wie eine Tat bewußter Brüderlichkeit. Und doch wäre es wie das Aufbrechen eines neuen Tages, wenn die Schweiz sich entschließen könnte, ein vollständiges «Solidaritätsbudget» aufzustellen, so reich dotiert, daß es das Bekenntnis zu einer aktiven Neutralität sein könnte, zu einer neuen, m o d e r n e n Politik der Schweiz.

5. Denn die Selbstbehauptung ist für ein kleines Land wie die Schweiz nicht mehr in der m i l i t ä r i s c h e n Landesverteidigung zu suchen, sondern im Mitmachen bei allen Bestrebungen, die die Menschen im gemeinsamen Kampf gegen Not und Ungerechtigkeit verbinden. D a f ü r sollten Behörden und Presse das Volk zu begeistern suchen. Dafür wäre unsere Jugend sicher zu haben, wenn man ihr nur das Große dieser Sache klarmachte.

Weisheit und Glauben

Diese Überlegungen sind gewissermaßen Leitgedanken, wie ein Ideal zu leben sei, damit es Wirklichkeit werde. Wenn ich mich hier auf diese fünf Punkte beschränkt habe, so geschah es nur aus Zeitmangel; man könnte sie ebensogut auf das Ideal der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, der ökonomischen Ordnung usw. ausdehnen.

Der Schweizer muß lernen, weltweit zu denken, denn nur so bekommt seine Neutralität ihre moralische Berechtigung. Es ist nicht das Einzelinteresse der Schweiz oder Europas, das sein Tun und Lassen bestimmen soll, sondern das Interesse des Menschen, wo er auch immer sei. Die Schweiz ist nur Mittel, nicht Zweck. Jeder von uns soll als M e n s c h denken, nicht als Schweizer, aber als Mensch, der sich glücklich schätzen kann, in der Schweiz zu leben. Daß dies als nationale Pflicht angesehen werde, ist eben die Originalität der Schweiz.

Wir leben in einer Zeit, wo es wirklich ums Ganze geht, um eine neue Universalität, um eine neue Form der Religion, um ein neues Verhältnis von Mensch zu Mensch und von Mensch zu Gott.

Dadurch, daß der Mensch durch die Meisterung des Atoms den Schlüssel zur Beherrschung der materiellen Welt gefunden hat, ist ihm sein Erdenschicksal in seine eigenen Hände gelegt worden. Sein Schicksal wird nicht mehr von unbekannten Mächten, gewissermaßen von außen, bestimmt, sondern von ihm selber, durch seinen Willen und seine Vernunft. (Das französische Wort «raison» würde mir besser passen, weil es umfassender ist.)

Vernunft, das ist Meisterung seiner selbst, seiner Leidenschaften, nicht um sie zu schwächen, sondern um sie zu lenken. Viele denken, daß dies genügen könnte, um m i t der Atombombe leben zu können, ohne sie zur Explosion zu bringen. Die Atombombe sei ja doch nicht mehr aus der Welt zu schaffen, da, wenn auch alle bestehenden Atombomben vernichtet würden, das W i s s e n, um sie konstruieren zu

können, unauslöschlich in den Denkfähigkeiten des Menschen bestehen würde. Ob aber die geistige Kraft der Menschen die Spannungen aushalten könnte, «mit der Atombombe zu leben», ist einem unheimlichen Zweifel unterworfen.

Vernunft allein genügt nicht, sie muß zur Weisheit führen. Zu einer Weisheit, die stark genug ist, sogar das Wissen zu meistern. Die einzige Weisheit, die das kann, ist diejenige, die sich mit der Liebe verbindet. Es ist die Weisheit, die die geistige Form der brüderlichen Liebe ist, es ist die Weisheit, die die Gegenwart Gottes in uns ist.

Nur so kann der Mensch, der sein Schicksal und das Schicksal der ganzen Menschheit nun selber zu bestimmen hat, dieses zu einem Segen, einem göttlichen Segen, für alle machen.

Wenn dieses Wachsen zum verantwortungsvollen Menschen schon für den Einzelmenschen außerordentlich schwer ist, wie könnte man das von einer größeren Gemeinschaft, von einem ganzen Volk erwarten, wenn es in seiner Form schon gegeben ist und in einem unlösbaren Gemisch von Haß, Gewalt und Liebe entstanden ist!

Ob das möglich ist, hängt vom Glauben ab. Wenn man an Gott glaubt, w i r k l i c h glaubt, so kann man nicht anders als vertrauen, daß der Mensch es k a n n, daß er sogar ein Volk diesem religiösen Imperativ unterordnen kann. Das hat Gandhi klar und deutlich bewiesen, auch wenn er sein Ziel nicht selber erreicht hat, sondern die Weiterführung dieses Kampfes den kommenden Generationen überlassen mußte. Als Menschen können wir überall für unseren Glauben eintreten und hoffen, und manchmal erwarten, daß sich andere Menschen zum gleichen Glauben bekennen, zur brüderlichen Liebe.

Als Schweizer in der Schweiz haben wir die Möglichkeit, eine Ordnung, eine Staatsordnung zu schaffen, die diesem Glauben entspricht. Wenn uns dieser große Wurf gelingt, dann hat die Schweiz auch auf dem geistigen Gebiet ihre Existenzberechtigung erkämpft, und daß dies dann eine gewaltige Wirkung auf die Entwicklung der Menschen zum brüderlichen Verständnis füreinander hätte, steht für mich außer Zweifel, weil dieser Glaube nicht nur aus sich selber seine Kraft schöpft, sondern auch aus gewissen Erfahrungen, von denen ich nur die Schweizerspende und den Internationalen Zivildienst, richtig verstanden, zitieren möchte.

Die Existenzberechtigung eines kleinen Landes liegt darin, in der Welt moralische Prinzipien zu vertreten. Nur so kann es sich auf die Länge halten, sich selbst behaupten. Es kommt darauf an, w a s überleben, w a s dauern soll.

Neue Landesverteidigung

Nun stellt sich aber die Frage: W i e soll man denn eine Landesverteidigung organisieren, die zugleich das Land materiell schützt und den menschlichen Werten, die wir soeben beschrieben haben und die diesem Land seine Existenzberechtigung geben, nicht widerspricht?

Es muß eine Verteidigung sein, die unser Land über den Souveränitätsglauben hinaushebt, über seine Gleichstellung mit den Ländern und Nationen, die für sich und ihren Existenzwillen das Motto haben: «Alles ist erlaubt.» Materiell überleben wollen, um jeden Preis, das ist der Sinn der Atombewaffnung. Doch ganz abgesehen davon, daß es wahrscheinlich gar kein Überleben geben würde, kann man sich fragen, ob ein Leben in einer radioaktiv verseuchten Welt noch lebenswert wäre!

Weil wir so denken, müssen wir unser Land aus dieser Gemeinschaft herauslösen und im wahrsten Sinne des Wortes das tun, was unsere Väter taten. Erinnern wir uns: was geschah im Jahre 1291? Damals beschlossen unsere Väter, nur dem Kaiser, als freie Bauern, gehorchen zu wollen und Landesfürsten abzulehnen, ihre eigenen Richter zu haben, kurz: ein Land «für sich» zu schaffen. Damit widerstanden sie dem Zuge der Zeit, der Geburt der Nationalstaaten, und schützten, wenn auch unbewußt, die Universalität der Menschenrechte.

Und jetzt, im Jahre 1958, müssen wir der Verabsolutierung des Herrschaftsanspruches dieser oder jener Ideologie als einem Triumph eines «Teiles» über den anderen «Teil» gegenüber das gleiche tun: Nein sagen, in Wahrheit neutral bleiben, die gotteslästerlichen Mittel ablehnen, die nur Tod und Verderben über alle Menschen ohne Unterschied bringen. Das ist die gleiche Tat und braucht den gleichen Mut, wie sie die Gründer der Eidgenossenschaft hatten, aber auf unsere Zeit übertragen und den Problemen unserer Zeit entsprechend.

Die Gründer der Eidgenossenschaft hatten eine sehr klare Vorstellung davon, was das Recht an Universalität hat, und wußten, daß keine Ideologie von Landesfürsten sich selber als das Recht bezeichnen durfte. Diese gleiche Vorstellung müssen wir uns aneignen dem offenen Anspruch des Kommunismus und dem getarnten Anspruch der sogenannten freien Welt gegenüber.

Auf diesem Grundsatz müssen wir unseren Verteidigungswillen aufbauen und die Mittel so wählen, daß sie diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Das stellt das Militärwesen in Frage. Die Art, wie es sich jetzt entwickelt, führt unweigerlich zur Anpassung, zur Gleichschaltung mit dem westlichen Block und zur Unterwerfung unter seine Ideologie. Wir müssen zu einer ganz neuen Auffassung unserer Landesverteidigung kommen, wenn wir wirklich frei sein wollen ... «wie die Väter waren». Wir müssen unsere Verteidigungsmittel ganz anderswo suchen als im quantitativen Verstärken der Abwehrmittel. Wir müssen die Unmöglichkeit, im Rüstungsrennen Schritt zu halten, erkennen und Abwehrmitel erfinden, die ein Angreifer nicht haben kann, weil er nur auf materielle Macht vertraut. Wir müssen unsere Verteidigung ganz auf die moralische Kraft unseres Lebensrechtes stützen. Das ist die Erfindung! Nur schade, daß man in

einer «christlichen» Welt eine solche Art Verteidigung als «Erfindung» bezeichnen muß!

W i e nun sich verteidigen?

Der einzige wirkliche Schutz gegen den Krieg für einen Kleinstaat wie die Schweiz liegt nicht in der Schaffung einer vermeintlichen Kampftüchtigkeit im Zusammenstoß von Armeen, liegt nicht in der Vorbereitung auf den Krieg (was ja einer Vorbereitung d e s Krieges gleichkommt, wenn man ein bißchen logisch denkt), sondern in der V e r h i n d e r u n g des Krieges. Die Verteidigung eines Kleinstaates liegt auf dem p o l i t i s c h e n Gebiet, nicht auf dem militärischen. Dieser muß also seine ganze Kraft darauf setzen, daß er politisch in das Menschenschicksal, in das Schicksal der Völker mit einer Kraft eingreift, die rein m o r a l i s c h ist. Diese Moral darf sich aber nicht in schönen Reden erschöpfen, sondern sie muß das Gewicht von Taten darstellen und von einer Konsequenz sein, die logisch unangreifbar ist. Wenn sich nun das Nationalgefühl, die Staatsraison, die jeweilige Ideologie als souverän gebärden und die Armee, das Militär, das Symbol, der Beweis und das entscheidende Mittel ist, dieser Souveränität gegen andere Souveränitäten zum Sieg zu verhelfen, also einen Teil gegen einen anderen Teil auszuspielen und so Universalität zu u s u r p i e r e n und Werte vorzutäuschen, die man nicht hat, so muß ein Kleinstaat, der w i r k l i c h moralisch handeln will und wirklich einer universellen Moral entsprechend sich verteidigen will, auf die Armee in ihrer gegenwärtigen Bedeutung verzichten. Nach allem, was wir vorher gesagt haben, ist eine Armee heutigentags in ihrem grundsätzlichen Wesen unmoralisch geworden. Sie muß also schon aus diesem Grund abgelehnt werden, ganz abgesehen von der Ungeheuerlichkeit eines militärischen Kampfes in einem kleinen Lande, dessen Resultat schlicht und einfach wäre, daß dieses Land sinnlos zertrampelt würde. Denn daß es nachher noch irgend etwas Eigenständiges bedeuten könnte, glaubt doch wohl kein Mensch.

Wenn man also die Armee als Mittel ablehnt, was dann? Da sei einmal gesagt, daß wir den G r e n z s c h u t z für durchaus nützlich und wertvoll halten. Dies ist nur scheinbar ein Widerspruch mit dem Vorhergesagten. Denn ein Grenzschutz hat nicht den gleichen Sinn und Zweck wie eine Armee, er ist eine Art Polizei. Polizei ist nicht da, um ein Eigenrecht zu schaffen oder zu wahren, sie ist da, um den Verbrecher vor ein Gericht zu bringen, dessen Entscheid sie selber zu achten hat, auch wenn er gegen sie ausfallen würde. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen Armee und Polizei, der oft in den Diskussionen um den Pazifismus übersehen wird. In gleichem Sinne bewahrt ein Grenzschutz ein bestehendes, anerkanntes Recht, Meister im eigenen Haus zu sein, und soll stark genug sein, um dem Einbruch eines a n a r c h i s c h e n Zustandes ins Land zu wehren, indem zum Beispiel versprengte Truppenkörper versucht sein könnten, ihren Kampf auf eigene Faust in unserem Land fortzuführen oder Banden

aller Art sich ins Land ergießen könnten. In dieser Weise, als Grenzschutz, hat unsere Armee sehr großen Wert gehabt, indem sie Truppenkörper, die ins Land kommen wollten, zwang, die Waffen niederzulegen oder sich der Grenze entlang zurückzuziehen. Solange es dabei bleibt, bleibt auch das Existenzrecht aller grundsätzlich bewahrt, und das Land kann sich seiner Neutralität freuen.

Wenn aber eine Regierung beschließt, unser Land anzugreifen, dann heißt es, mit einer ganz anderen Waffe zu antworten. Denn in diesem Fall begeht der Angreifer einen Rechtsbruch, der ans Menschliche selber greift, an die Grundrechte des Menschen, da ja unser Land außerhalb des Machtkampfes, neutral sein will. Diesem Rechtsbruch gegenüber darf man nun nicht mit den gleichen Mitteln antworten, die der Angreifer braucht, weil man ja etwas moralisch unvergleichlich Höheres verteidigen will, als man selbst ist. Es ist nun das Volk selber, das dieses Höhere zu verteidigen hat, und nicht die Armee. Das Volk muß dann zu einer Art Widerstand erzogen werden, der in jeder Weise den Beweis liefert, daß man den Willen hat, den Menschen zu achten und diese Achtung selbst dem Angreifer gegenüber wahr zu machen, ohne sich ihm zu unterwerfen. Dies ist gewaltloser Widerstand. Er besteht darin, daß man dem Angreifer gegenüber sich kein Unrecht zuschulden kommen läßt, daß man ihm den Gehorsam verweigert, ohne in Anarchie zu verfallen, und daß man jeden Kontakt mit ihm meidet, ohne ihn zu verachten. Das ist sehr schwer und braucht einen unbezwinglichen Mut. Es wird auch schwere Opfer fordern, genau so schwer oder noch schwerer als ein Krieg der Armeen, aber in diesem und durch diesen Widerstand wird etwas Neues geschaffen, eine Gemeinschaft auf unerschütterlichem Glauben gegründet, so wie es die Märtyrer taten, als das Christentum seine große Sendung begann. Das ist sehr schwer und braucht eine lange, gründliche Erziehung. Es ist zu spät, damit anzufangen, wenn der Krieg da ist, man muß schon in Friedenszeiten, jetzt, beginnen.

Das ist die Sendung der Kleinstaaten in der heutigen Welt, wenn man überhaupt von einer Sendung sprechen will.

Die Ablehnung der Atombewaffnung für die Schweiz ist ein erster Schritt in dieser Richtung. Wir können diese Ablehnung nie tief genug deuten und nie weit genug fassen. Sie muß der Ausdruck eines echten Glaubens sein an die Kraft des Geistes, an die Gewißheit seines Sieges über das Böse. Wenn man auch materiell untergehen soll, so soll es in der Verteidigung moralischer Werte sein, die über die bestehende Welt hinausreichen, aber nur in ihr selber Wirklichkeit haben, kämpferische Wirklichkeit. So schaffen wir eine neue Zukunft der Menschheit, die glücklicher sein könnte als die Gegenwart.

Die Atomwaffe ist im Grund eine psychologische Waffe. So antworten wir ihr psychologisch. Sie ablehnen heißt den Krieg verhindern, seinen Geist von der Angst befreien, heißt seinem Geist ermöglichen, sich anderen Schöpfungen des Menschen freudig zuzu-

wenden: dem Atom selber, dem Frieden und dem Wohl des Menschen, der Organisation der Welt durch die Vereinten Nationen, wenn sie einmal wirklich universal sind, der Hilfe an unterentwickelte Völker, der Schaffung der geistigen Einheit der Menschheit.

Das ist die neue Neutralität. Das ist Sinn und Zweck der Schweiz. *René Bovard*

Gertrud Woker zum achtzigsten Geburtstag

Am 16. Dezember wird unsere liebe, tapfere Mitarbeiterin, Professor Gertrud Woker, achtzig Jahre alt. Wir möchten ihr im Namen der «Neuen Wege» zu ihrem Geburtstag herzlich gratulieren. Im Kampf um eine friedliche Welt, dem Gertrud Woker den besten Teil ihrer Lebensarbeit weihte, ist sie zu uns gestoßen und hat so unseren grundsätzlichen Widerstand durch ihre Fachkenntnisse wissenschaftlich untermauert.

Als man sie 1928 bat, eine Selbstschilderung für das Buch «Führende Frauen Europas» zu schreiben, erwähnte Gertrud Woker, daß bei ihren Eltern zu Hause geistige Freiheit das erste und oberste Gebot war. Dieser Geist der Freiheit, der auch ihre berufliche Arbeit als Vorstand des Laboratoriums für physikalisch-chemische Biologie der Universität Bern charakterisierte, gab Gertrud Woker den Anstoß zum Einsatz nicht nur für das Frauenstimmrecht, sondern darüber hinaus für die 1915 im Haag gegründete «Frauenliga für Frieden und Freiheit». Mit den bedeutenden führenden Persönlichkeiten dieser Weltorganisation führte Gertrud Woker den Kampf gegen die damals drohendste Waffe – die Gaswaffe. Mit ihrem Buch (1932) «Der kommende Gift- und Brandkrieg und seine Auswirkungen gegenüber der Zivilbevölkerung» kämpfte sie damals mit dem gleichen Mut wie heute gegen die Atombombengefahr, weil sie wußte, «daß nur die volle Erkenntnis dessen, was in einem nächsten Krieg zu gewärtigen ist, die Völker zu ihrer Befreiung von der schrecklichsten Sklaverei, dem Zwang zum Morden auf Befehl, bringen kann».

Damals wie heute wollte sie die große Masse aufrütteln, die, wie Gertrud Woker schreibt, «nach wie vor schläft, schläft am Rande des Abgrunds, den sie nicht sieht oder nicht sehen will».

Wie heute Linus Pauling in seinem neuesten Buch Forschungsarbeit für den Frieden verlangt, forderte Gertrud Woker ein «Preisausschreiben für *gesunden Menschenverstand, der den Krieg überwindet*».

Schon damals bedauerte sie jedes Land, «in dem die Könige der Rüstungsindustrie die Richtlinien der wissenschaftlichen Forschung bestimmen! Das arme Land, das seine guten, alten freiheitlichen Traditionen eintauscht gegen eine verhängnisvolle Mentalität der Gewalt!»

Nach dem Ersten Weltkrieg schrieb Gertrud Woker: «Man hätte denken sollen, an den Sterbelagern jener Unglücklichen würden die Menschen wieder Menschen werden. Nicht allein das Gefühl sollte sich aufbäumen gegen die raffinierte und grauenvolle Technik des modernen Menschenmordes, sondern die reine nüchterne Vernunft.

In einem zukünftigen Krieg liegt der Schwerpunkt des Angriffs nicht auf den Armeen, sondern auf der Zivilbevölkerung. Wie Petroleum, Stahl und Kohle die Triebfedern eines kommenden Krieges – eines Krieges der Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftsgegensätze – sind, so repräsentieren die Zentren der Industrie eines Landes die Werte, die eine konkurrierende Macht zerstören will.

Was ist das für ein Vaterland, das von seinen Bewohnern verlangt, daß sie das Vaterland der anderen, das heißt der zufällig jenseits seiner Grenzen befindlichen Menschen, in einen Trümmerhaufen verwandeln? ... Die Leidtragenden sind dabei immer und überall die Menschen – die Menschen, die sich hüben und drüben der Grenze so gleich sind wie ein Ei dem anderen – die Menschen, für die es nur ein natürliches Vaterland gibt: die Erde – und nur eine Sonne – ein einziges, allen gemeinsames Licht.»

In diesem Geist hat Gertrud Woker auch seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gearbeitet, wie wir aus ihren Artikeln in den «Neuen Wegen» wissen. Sie hat nicht nur den Mut, neuen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, nicht nur die Zähigkeit, die sie nie müde werden läßt, wo jüngere Leute versagen, sie hat vor allem die Liebe, die andere Menschen anzieht. Sie ist der mächtige Impuls ihres Lebenswerkes. Mögen ihre Kräfte uns und dem Kampf um eine friedliche Welt noch lange erhalten bleiben!

Red.

Nie wieder Krieg!

Schon einmal drang der Schrei «Nie wieder Krieg!» leidenschaftlich durch die Welt. Es war im Oktober 1918, als Wilhelms des Zweiten frisch-fröhlicher Siegeszug elend zusammengebrochen war und das Volk des Deutschen Reiches, ausgehungert und demoralisiert, zum erstenmal erfahren mußte, daß sich auf das Wort Krieg nicht notwendigerweise das Wort Sieg reimen müsse.

Für den, der diese Zeit miterlebte, war es erkennbar, daß eine starke Mehrheit des deutschen Volkes gelernt hatte, daß ein Massenschlachten mit modernen Waffen nicht mehr zeitgemäß sei, daß seine Bereitschaft, sich für das «überfallene» Vaterland zu opfern, durch einen schändlichen Volksbetrug gewonnen worden war. «Wir sind belogen und betrogen worden!» erschallte es, und «Nie wieder Krieg!» war das Gelöbnis der erschütterten Massen.

Wie bald erwies sich dieses Gelübde als totgeboren! Als der sozialdemokratische «Volksbeauftragte» Friedrich Ebert, völlig unvorbereitet für sein Amt, sich flehend an die geschlagenen Feldherren wandte, ihm bei der Demobilisierung zu helfen, anstatt sie zu verhaften und zur Verantwortung zu ziehen, da kroch die ganze Meute der Generäle und Admiräle mit ihren Spießgesellen, den ostelbischen Junkern, aus ihren Mauselöchern hervor, getrost, daß sie von d i e s e r Revolution nichts zu fürchten hatten. Im Gegenteil: sie witterten Morgenluft. Wohl standen ihnen Lehrer des Volkes zu Wegen des Friedens aufrecht und mutig entgegen. Sie wurden zu Hunderten im Hinterhalt ermordet oder zur Landesflucht gezwungen. Die rückgratlose Weimarer Regierung arbeitete den Vorbereitern der Revanche in die Hände. Durch ihre Bewilligung von Panzerkreuzern begann sie ihre Friedensgelübde zu verschachern. Der Ruf «Nie wieder Krieg» verhallte im Wesenlosen.

Heute ertönt er als ein Aufruf an die Menschheit in den Vereinigten Staaten von Amerika, in diesem Amerika, das die von den Hitlerhorden ins Korn geworfenen Schwerter aufgriff, um sie gegen ihren Kriegsbundesgenossen, den Hitler nicht erlegen konnte, zu schärfen. Einer der hervorragendsten unter den Atomwissenschaftern, Dr. Linus Pauling in Kalifornien, veröffentlichte kürzlich ein Buch mit diesem Titel.

Dr. Linus Pauling, 57 Jahre alt, studierte Physik und Chemie, lernte und lehrte an europäischen Hochschulen (unter anderen in München, Oxford und Cambridge, London) und ist seit geraumen Jahren Professor an dem «California Institute of Technology» in Pasadena, seit dem Jahre 1945 speziell mit dem Studium der Atomenergie beschäftigt, bekannt durch mehrere wissenschaftliche Werke.

Den Lesern der «Neuen Wege» wird er kein Fremder sein. In ihrem Artikel «Atomaufrüstung auch in der Schweiz?», Juli/August-Nummer dieses Jahres, erwähnt ihn Dr. Gertrud Woker als den Führer der «2000 amerikanischen Wissenschafter, die einen Appell zur Einstellung der Kernwaffenversuche an die Regierungen und Völker der Welt richteten». Nach diesem Erfolg in seinem Land reiste er in der Welt herum, um Unterschriften Gelehrter für einen Weltappell zu erlangen. Er erhielt 9235 Unterschriften aus 49 Ländern unter einen Aufruf an die Vereinten Nationen, den er am 13. Januar dieses Jahres dem Generalsekretär, Dag Hammarskjöld, überreichte.

Am 15. April dieses Jahres schrieb er das Vorwort zu seinem Buch «Nie wieder Krieg!». Aus ihm weht ein Hauch der Überzeugung, daß wir in der einzigartigen Zeit leben, die ein Ende mit dem Kriege als Mittel, Streitigkeiten zwischen Völkern zu lösen, machen m u ß und w i r d. Als einer, der das Problem von Grund auf nicht nur von seinen wissenschaftlichen und technischen Seiten kennt, sondern es auch psychologisch und menschlich erforscht hat, ist er überzeugt, daß es zu meistern ist, sobald die Völker die Wahrheit über das Wesen der Atomkraft in ihr Bewußtsein aufgenommen haben, die Wahrheit, die ihnen bisher oft absichtlich verdunkelt wurde.

In den ersten sieben der zehn Kapitel des Buches behandelt er daher in populär-wissenschaftlicher Weise die Beschaffenheit der Atomenergie, der Radioaktivität, des radioaktiven Niederschlages aus Explosionen und andere verwandte physikalische Phänomene. Dabei war nicht zu vermeiden, daß sich Professor Pauling mit der «United States Atomic Energy Commission» auseinandersetzt, der zentralen Regierungsstelle in Washington, die alle die Atomkraft betreffenden Angelegenheiten, militärische und zivile, unter sich hat. Was den Schädlichkeitsgrad radioaktiver Explosionsniederschläge betrifft, hatte diese Regierungsstelle, im folgenden AEC genannt, ihre besondere Meinung, die in mehreren Fällen nicht von der großen Mehrheit der Atomphysiker geteilt wurde. Dr. Pauling charakterisiert die Haltung der AEC mit folgenden Worten: «Dem Publikum wird die Lage so dargestellt, als ob unter den Wissenschaftern große Uneinigkeit über die Tatsachen (nämlich den Schädlichkeitsgrad des radioaktiven Niederschlags) herrsche. Das kommt daher, daß die Mitarbeiter der AEC oft irreführende Feststellungen machen. Viele an sich zutreffende Angaben werden in falsche Vorstellungen erregender Weise gemacht. Manche Angaben sind an sich falsch.»

Er geht dann näher auf einige irreführende Angaben ein, die die Tendenz haben, die gesundheitsschädlichen Wirkungen der Atomtests zu verkleinern, dagegen die Dosen, die der menschliche Körper vertragen kann, zu vergrößern. Außerdem werden reine Hypothesen, wenn sie für die Volksberuhigung brauchbar sind, als Tatsachen hingestellt. Dr. Pauling unterzieht sich der Aufgabe, einige Feststellungen der wissenschaftlichen Leiter der AEC, Dr. Willard Libby und Dr. Edward Teller, unter die Lupe zu nehmen, darunter «das Märchen von der Armbanduhr». Dr. Libby hatte im Jahre 1955 einen Artikel über «Die Natur des radioaktiven Niederschlages und seine Wirkungen auf den menschlichen Körper» verfaßt, und Dr. Teller schrieb 1958 für «Life» Magazine einen Artikel über das gleiche Thema. Beide Gelehrte kamen bei ihren Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Gefahr einer Armbanduhr mit Leuchtzifferblatt für den Träger größer sei, nach Dr. Teller sogar zehnmal größer, als die Schädigung für den einzelnen Menschen durch den Niederschlag einer explodierten Atombombe. Dr. Pauling widerlegt diese Behauptungen nach jeder Richtung, widmet ganze siebzehn Seiten seines Buches den Widerlegungen dieser und anderer irreführenden Behauptungen. Bisher sind meines Wissens keine Gegenwiderlegungen lautbar geworden.

Das achte Kapitel des Buches ist dem Widerstand der Wissenschafter in den USA und in der Welt gegen die Atompolitik des Westens gewidmet.

Was taten amerikanische Wissenschafter bisher gegen die Anwendung der Atombombe und den atomaren Rüstungswettlauf? Im März 1945 schlug Dr. Leo Szilard in einem Memorandum an Präsident Roosevelt ein System internationaler Kontrolle vor. Roosevelt starb,

bevor das Schriftstück ihn erreichte. Dieses ging an den damaligen Außenminister James F. Byrnes, mit dem Dr. Szilard eine Aussprache hatte. Ein anderer Bericht über «Soziale und politische Auswirkungen der Atomkraft», der sogenannte Franck-Bericht, ausgearbeitet von drei Physikern, drei Chemikern und einem Biologen, wurde am 11. Juni dem Kriegsminister überreicht, um ihn vor der Anwendung der Bombe gegen Japan zu warnen. Er legte den Verantwortlichen ans Herz: «. . . Sollten die Vereinigten Staaten als erstes Land dieses Mittel wahlloser Zerstörung auf die Menschheit loslassen, so würden sie die Sympathie der übrigen Welt einbüßen, einen erneuten Rüstungswettlauf verursachen und dadurch die Möglichkeit eines internationalen Abkommens, die Kontrolle der Atomwaffen betreffend, erschweren.» Die von Einstein gegründete «Notgemeinschaft der Atomwissenschafter» veröffentlichte diesen Bericht in ihrer Monatsschrift «Bulletin of the Atomic Scientists».

Albert Einstein, bis zu seinem Tode Professor an der Princeton-Universität, hat bis zum letzten Atemzug die Menschheit vor den tödlichen Gefahren, die ihr von ihren eigenen Entdeckungen drohte, gewarnt. Immer wieder mahnte er, daß im Sinne des Ausspruchs «Wissenschaft ohne Gewissen bedeutet Vernichtung der Menschheit» das sittliche Bewußtsein im Wachstum Schritt halten muß mit dem Wachstum der wissenschaftlichen Erkenntnis, wenn die Welt nicht in Finsternis und Chaos versinken soll. Am 23. Juni 1946 erschien in der «New York Times» ein Artikel von Einstein mit dem Titel: «Nur dann können wir Mut schöpfen.» (Er ist dem Buche Paulings im Anhang zugefügt.) Darin verkündet er seinen Mitmenschen, daß es gegen die Atomgefahr kein Mittel und keine Abwehr gibt, kein Verstecken in Kellern und Höhlen, keine Verteidigung durch Millionenheere. Nur eine sinnvolle Weltordnung und ein verständiges, alle Nationen gleich achtendes Völkerrecht können die Menschheit vor der Selbstzerstörung retten. Dazu ist eine Wandlung der Geister, des Denkens und des Fühlens nötig.

Einen ähnlichen Appell richtete Harold C. Urey, Professor an der Universität Chicago, im Jahre 1946 an die Geistlichen aller Konfessionen. I h r e Pflicht sei es, ihren Gemeinden die Wahrheit über das Wesen der neuen Zerstörungsmittel zu bringen und die geistig-sittlichen Kräfte zu ihrer Bändigung ins Feld zu rufen.

Von Dr. Paulings Aktionen, die Wissenschafter Amerikas und der Welt zu gemeinsamen Aufrufen an die Welt und an die Vereinten Nationen zusammenzubringen, ist bereits berichtet worden. Ein Aufruf von 52 Nobelpreisträgern, darunter Dr. Pauling, ist ebenfalls im Anhang seines Buches zu finden.

Die Bewegung der amerikanischen Wissenschafter erweiterte sich zur Weltbewegung, als im Jahre 1955 Bertrand Russell in England zusammen mit Albert Einstein einen Aufruf erließ (den Einstein wenige Tage vor seinem Tode unterzeichnete). Pauling zitiert aus ihm fol-

gende Worte: «Wenn wir wollen, steht uns dauerndes Fortschreiten zu einem glücklicheren Leben in Wissen und Weisheit offen. Sollten wir es zurückweisen und den Tod wählen, weil wir nicht von unsern Streitereien lassen können? Als Menschen rufen wir unsere Mitgeschöpfe auf: ‚Denkt an euer Menschsein und vergeßt das Übrige! Tut ihr das, dann steht euch der Weg zu einem neuen Paradies offen. Tut ihr es nicht, dann droht der Untergang alles Lebenden.'»

Es liegt kein verständiger Grund dafür vor, daß diese Welt zum Untergang verdammt ist. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich – oder seine Hölle. In seine Entscheidung ist es gegeben, ob diese schöne Welt weiterleben soll. Linus Pauling liebt diese Welt. «Die Welt ist voll Schönheit, voller Wunder. Jedes Jahr entdecken wir Wissenschafter, entschleiern wir neue Wunder organischer und unorganischer Natur. Der Mensch selbst, sein Körper mit Millionen und aber Millionen von Zellen, Molekülen verschiedenster Art, die miteinander in chemische Reaktionen treten. Dazu der menschliche Geist, der es fertigbringt, Berechnungen kompliziertester, abstrakter Art zu machen, unendlich komplizierter, als selbst die größte elektronische Monster-Rechenmaschine es kann.»

Bewegt durch den Russell-Einstein-Aufruf, fand im Juli 1957 eine Konferenz der Wissenschafter des Westens und des Ostens in Pugwash, Neuschottland (Kanada), statt, eine zweite am gleichen Orte im Frühling 1958 und eine dritte kürzlich im September in Kitzbühel (Österreich). Ihre Reden und Beschlüsse sind zum größten Teil im «Bulletin of the Atomic Scientists» veröffentlicht. Befreit vom Zwang der Geheimhaltung, zu der westliche Forscher durch ihre Regierungen gezwungen waren, konnten sie sich hier frei aussprechen und ihr Wissen in die Öffentlichkeit tragen. Obwohl keine sichtbaren Aktionen zutage traten, wurde der Boden aufgelockert für den Widerstand der Massen, der noch kommen muß.

Der April 1957 brachte zwei weltbewegende Ereignisse: den Aufruf der achtzehn westdeutschen Physiker zum Verzicht auf Kernwaffen und ihre Erklärung, die Arbeit an ihnen zu verweigern, und ferner den Aufruf des Urwalddoktors Albert Schweitzer zur «Ehrfurcht vor dem Leben». (Auch dieses Dokument ist im Anhang des Buches wiedergegeben.)

Die Gefahr der atomaren Weltzerstörung wächst mit der Zahl der Länder, die über Atomwaffen verfügen. England ist bereits die dritte Macht im Bunde geworden, Frankreich arbeitet dafür. Kleine Länder, darunter die neutrale Schweiz, entwickeln den Ehrgeiz, auch dabeizusein. Den Kleinländern wird eingeredet, daß nur ein eigenes Arsenal sie retten könne. Dem widerspricht Linus Pauling mit der Wucht der Tatsachen. Der Nebel der Kolossallüge muß zerstreut werden. Nur internationale Vereinbarungen, die von allen gleich streng eingehalten werden, weil sie für alle gleich lebenswichtig sind, können Rettung bringen.

Im neunten Kapitel werden wesentliche Versuche des Westens und des Ostens erwähnt, in dieser Richtung weiterzukommen. Doch fehlt ihnen die Hauptbedingung für ihre Wirksamkeit: gegenseitiges Vertrauen (was von Chruschtschew wiederholt betont wurde). Die Menschheit kann sich nicht mehr das anarchische Verhalten erlauben, eingegangene internationale Verträge nur so lange zu halten, wie sie nützlich sind. Doppelte Moral für das persönliche und das internationale Leben ist nicht mehr zulässig, wenn die Welt fortexistieren will. Alle Völker haben ein gleich lebenswichtiges Interesse an einem Völkerrecht und an einer auf ihm errichteten Weltordnung. Das Recht auf absolute Souveränität ist hinfällig geworden. In den Vereinten Nationen ist der Grund für solchen Neubau gelegt. Jedes neue Mitglied, und besonders die Zulassung Chinas, wird ihre Möglichkeiten stärken, den Sieg der Vernunft über den Wahnsinn beschleunigen.

Doch mit der Vernunft allein ist es nicht getan. Bisher sind noch fast alle Völker Mörder, Massenmörder. Sie leben noch, wie ihre primitiven Urväter, im Kriegsdenken. Das System des Massenmords ist ihnen zum Gott, zur respektablen nationalen Einrichtung gemacht, wird von ihren religiösen Führern gesegnet. Ihm opfern sie gleichmütig den durch die Volksarbeit errungenen Reichtum.

Dr. Pauling hat einen Plan, für den er in erster Linie die Wissenschafter der ganzen Welt zur globalen Zusammenarbeit ruft. Ihre Elite ist es gewohnt, weniger für Geld und Ruhm als aus Forschungsdrang für die geistige Bereicherung der Menschheit zu arbeiten. Völlige Hingabe an die Aufgabe ermöglichte es Röntgen, seine Strahlen, den Curies, das Radium, Einstein, die Theorie der Relativität zu entdecken. Dr. Pauling will die Wissenschafter für eine «Organisation zur Weltfriedenserforschung» mobilisieren. «Peace Research Organization» nennt er sie, innerhalb der Struktur der Vereinten Nationen. Er will in ihr die fähigsten Geister aller Nationen sammeln, deren Zahl sich mit den wachsenden Bildungsmöglichkeiten der bisherigen Analphabeten erhöhen wird, die mit der gleichen Hingebung arbeiten werden, wie bisher Forscher und Entdecker ihr Leben dem Finden neuer Wahrheiten gewidmet haben. Hat es jemals eine größere Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert, gegeben?

So gewaltig die Kosten eines solchen Unternehmens sein werden, so erreichen sie nach Paulings Berechnung bei weitem nicht die Summen, die heute für Zerstörung ausgegeben werden. «Die Organisation für Weltfriedenserforschung würde eine billige Versicherungsprämie bedeuten.» Ihre Ausgaben tragen Dividenden, die Ausgaben für die Militärbudgets dagegen sind ein Zoll, dem Wahnsinn gezahlt. Schon heute arbeiten Wissenschafter der Kulturländer für Krankheitsbekämpfung, Linderung von Schmerzen, Verlängerung der Lebensspanne, für körperliche und geistige Vollernährung, für die Erleichterung physischer Arbeit. Erfindungen von Raum und Zeit haben die Menschen

aller Weltteile zusammengebracht, so daß sie sich kennen und verstehen lernen können.

In dieses Bild paßt die Erforschung infernalischer Methoden zur Zerstörung des Menschen und seiner Werke nicht mehr hinein. Das von den USA begonnene Vertrauen auf Atombomben, das von andern Großmächten zum Teil widerwillig aufgenommen wurde, ist absolut irrational, paßt nicht in die Welt von heute.

Dr. Pauling faßt seine detaillierten Darlegungen in folgenden Schlußworten zusammen:

«Die Zeit ist gekommen, dem Kriege abzusagen. Die Diplomatie muß das neunzehnte Jahrhundert verlassen und in die Wirklichkeit des zwanzigsten Jahrhunderts eintreten, in eine Welt, in der Krieg und Kriegsdrohung keinen Platz mehr haben. Heute ist es ein Muß, daß die Welt durch ein gerechtes Völkerrecht regiert werde, nicht durch blutige Gewalt. Wir alle, mit Einschluß der Diplomaten, müssen unsern Sinn ändern. Die Vorstellung, daß andern Völkern zu schaden so wichtig ist wie dem eigenen Volk zu nützen, muß aufgegeben werden. Alle miteinander müssen wir für die Welt als Ganzes, für die ganze Menschheit wirken.

Das Wesen der Wissenschaft ist das Suchen nach Wahrheit. Es ist kein Spiel, durch das man dem Gegner Böses antun will, ihn schlagen will. Wir müssen unsere Außenpolitik in wissenschaftlichem Geist führen, wenn wir die internationalen Probleme wirksam und allen Teilen dienend lösen wollen, anstatt wie bisher den andern übers Ohr zu hauen und ihm zu schaden. Ich glaube an die Macht der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit und der menschlichen Güte . . . Die Zeit ist gekommen, daß moralische Verantwortlichkeit ihren rechtmäßigen Platz in der Führung internationaler Geschäfte einnimmt. Die Nationen der Erde haben sich für Einhaltung eines für alle billigen, gültigen Völkerrechts zu verpflichten.»

Ist das nicht dem Sinne nach die gleiche Forderung, die schon vor Tausenden von Jahren an die Menschheit gestellt wurde: «Siehe, ich habe dir heute vorgelegt das Leben und das Gute, den Tod und das Böse . . . Ich nehme Himmel und Erde heute über dir zu Zeugen: ich habe dir Leben und Tod, Segen und Fluch vorgelegt, daß du das Leben erwählest und du und dein Samen leben möge.» (5. Buch Mose, 30:15, 19)?

Alice Herz

Jaspers-Pauling

Nach Jahren des Schweigens veröffentlichte der Philosoph Karl Jaspers das Werk «Die Atombombe und die Zukunft des Menschen» im Februar 1958. Jaspers, der den Lehrstuhl für Philosophie in Heidelberg innehatte – die Nazi entzogen ihm die Lehrerlaubnis –, ging 1948

nach Basel, wo er zwar in der Nähe, aber nicht belästigt von der deutschen Misere, sein umfangreiches philosophisches Werk fortsetzte. Mit ein Höhepunkt des genannten Buches ist die Absage des Philosophen Jaspers an die Erklärung der Göttinger Achtzehn, die er wie der Gegenanwalt in einem scholastischen Beweisverfahren des Mittelalters auf das Loch hin untersucht und zergliedert, aus dem sich gerade noch die Atomaufrüstung der Bundesrepublik, ihre Verpflichtung innerhalb der NATO, der von Amerika geführten westlichen Welt, des geistigen Abendlandes, nicht zuletzt die Führungsqualität des Bundeskanzlers Adenauer herleiten und rechtfertigen läßt. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Betrachtungen des Philosophen das Bekenntnis zu der Weltmacht Amerika, ihrem abendländischen Hegemonialanspruch, zu ihrer Weltstrategie. Jaspers beschwört das «Treueverhältnis» zur NATO im Namen der «Selbstbehauptung des freien Abendlandes», von dem Westdeutschland nur ein Teil sei. Die Göttinger Erklärung dagegen findet er zweideutig, nicht frei von neutralistischen Tendenzen, typisch für «ohne mich». Im Nein der Göttinger Atomphysiker zur Atombombe sieht er eine Schwächung des Westens und vermißt den positiven Weg. Dieses Nein sei ein Schritt ins Dunkel.

In der Frankfurter Paulskirche erhielt Jaspers nun den «Friedenspreis des deutschen Buchhandels», den vor ihm in den vergangenen Jahren Max Tau, Albert Schweitzer, Romano Guardini, Martin Buber, Carl J. Burckhardt, Hermann Hesse, Reinhold Schneider und Thornton Wilder erhalten hatten. Die Ehrung des Jahres 1958 galt und gilt einer Konzeption des Friedens, die das «Leben mit der Atombombe» nicht ausdrücklich verwirft und trotz allen philosophischen Wenn und Aber die (gespaltene) Welt und die (zerrissene) Menschheit als das nimmt, «was sie ist», was und wie sie sind. Zwar machte es Jaspers den Hörern seiner Ansprache in der Paulskirche nicht einfach. Er setzte Frieden, Freiheit und Wahrheit in eine Beziehung zueinander. Was in den ersten Nachkriegsjahren bis heute, bezogen auf die westdeutsche Situation, ungeklärt bleiben mußte, weil mit Hilfe der Weltmacht Amerika die Kräfte der Vergangenheit aus den Schuttlöchern hervorgeholt wurden, das ist heute erst recht zum Gegenstand der Propaganda geworden. Und Jaspers sprach für den westlichen Frieden, die westliche Freiheit und die westliche Wahrheit, obwohl kein Zweifel daran bestehen kann, daß es nur einen Frieden für alle, eine Freiheit für alle und eine gemeinsame Wahrheit in der Vielfalt für alle Menschen geben kann. Sicher, Unwahrhaftigkeit ist böse, darin hat Jaspers recht. Aber Jaspers mutet seinen Zeitgenossen etwas Unmögliches zu: Er beschwört den Willen zur Wahrheit und macht Voraussetzungen wie Freiheit, Abendland, die für sich selbst der Erforschung der Wahrheit unterliegen. Auch der Westen und Amerika als Führungsmacht lassen sich nur zu leicht in ein «Dogma» verwandeln. Und Jaspers tut es, autoritativ. Müßte Jaspers nicht selbst von seinem Schwarzweißbild der Gegenwart, von den politisch gängigen Begrif-

fen, die von Propaganda verzerrt werden, abrücken? Heute heißt eine Wahrheit Hiroshima. Wir wissen nicht, ob Jaspers Hiroshima besucht hat, aber die Göttinger Achtzehn haben auch daran gedacht, als sie ihre Warnung in die Welt entließen.

Wir haben in diesen Tagen das Glück gehabt, den amerikanischen Forscher Linus Pauling zu hören und zu sehen. Auch das war Amerika, ein anderes Amerika als dasjenige, das Jaspers im Auge hat. Sprach hier vielleicht nicht die Wahrhaftigkeit? War hier nicht die naturwissenschaftliche Erkenntnis und das Recht zur politischen Aussage in einer einzigen unspaltbaren Persönlichkeit aktuell da? War das nicht ein Zeugnis, das jeder politischen und philosophischen Kritik standhält? Was Pauling sagte, können weder die Politiker noch die Philosophen ignorieren. Und hier hat ein Amerikaner gesprochen! Nicht ein beliebiger. Das geistige Amerika, das in seiner geistigen Haltung die politische Verpflichtung ernst nimmt und reales Handeln daraus macht. Wogegen Jaspers spekuliert, nachdem er als berufener Sprecher ein gutes Jahrzehnt verstreichen ließ, um die Atombombe «in den Griff» zu bekommen und sie schließlich dennoch spekulativ über dem Haupt der Menschheit schweben zu lassen.

Die deutsche Tragödie scheint sich schon zu mechanisieren. Die Paulskirche ist ihr Symbol. Von dort kamen viele echte Impulse. Aber sie kamen nicht zum Tragen. Irgendwo blieben sie stecken. Das ist der Terror der Halbheiten. Jaspers und Pauling – welche Gegensätze in einer Welt, die nichts will als den Frieden, ohne Atombombe. Hat die deutsche Philosophie abgedankt?

(*«Wochenzeitung»*, Düsseldorf, Oktober 1958)

Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz

Die Wochenendtagung, die unsere beiden Vereinigungen – Religiös-soziale und Freunde der «Neuen Wege» – am 25. und 26. Oktober im alkoholfreien Kurhaus «Rigiblick» in Zürich veranstaltet haben, war von nah und fern gut besucht und nahm einen harmonischen, ermutigenden Verlauf. Am Samstagabend sprach Hugo Kramer, Genf, über die Frage «Was sagen uns die Weltereignisse?» Er versuchte, ihren Sinn von der Botschaft der Bibel her zu erfassen und zu verdeutlichen, dabei besonders die gewaltige Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker Asiens und Afrikas, den Kampf um den Sozialismus und den Widerstand gegen Krieg und Kriegsrüstungen hervorhebend, der sich in der Welt draußen wie in der Schweiz mehr und mehr im Kampf gegen die Atomwaffen und für einen friedlichen Wettbewerb zwischen kapitalistischen und sozialistisch-kommunistischen Ländern konzentriert. Man könne, so sagte er, die fortschreitende Zuspitzung dieser Kämpfe nur in apokalypti-

scher Schau recht würdigen, wobei – das wurde im Anschluß an Berdiajew und Ragaz gezeigt – die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Guten und denjenigen des Bösen nicht in einem einmaligen Endkampf erfolge, sondern in einer zunehmenden Verschärfung der Gegensätze, die all die widergöttlichen Mächte zu voller Offenbarung bringe und so ihre Überwindung vorbereite.

In der lebhaften Aussprache, die eine Reihe von Erscheinungen der heutigen Weltlage beleuchtete, wurde diese Geschichtsauffassung von nichtchristlicher Seite – vom Marxismus und ähnlich vom Humanismus her – abgelehnt, so daß sich ein ebenso freundschaftliches wie fruchtbares Gespräch ergab, das hoffentlich ein anderes Mal fortgesetzt und vertieft werden kann.

Am Sonntagvormittag hatten wir die Freude, zuerst dankbar einen ergreifenden dichterischen Gruß von Frau Margarete Susman zu hören, die es sich trotz ihrem hohen Alter und ihrer körperlichen Behinderung nicht versagt hatte, als eine unserer treuesten Freundinnen zu uns zu kommen. Danach entwarf uns Herr René Bovard aus Genf, der vielverdiente Friedenspionier, ein überaus fesselndes Bild von der «Schweiz im Atomzeitalter». Die Leser finden das Wesentliche des Vortrages in diesem Heft der «Neuen Wege». Die geistvolle, lebendige Art, in der er zu uns sprach, verfehlte nicht, eine sehr rege Diskussion zu entfachen, die bis in den späteren Nachmittag hinein dauerte. So durfte unsere Präsidentin, Sofie Zoller, die die Tagung umsichtig vorbereitet hatte, am Schluß mit Genugtuung auf dieses Zusammensein zurückblicken, aus dem wir alle Gewinn und neue Kraft zur Weiterarbeit geschöpft haben. *bk.*

WELTRUNDSCHAU

Falsche Fronten Wiederum neigt sich ein Jahr seinem Ende zu, ohne daß dem «kalten» Krieg Einhalt getan worden wäre. Wiederholt schien es sogar, als werde er in den gefürchteten «heißen» Krieg umschlagen, besonders auf dem Höhepunkt der Krisen im Mittleren und Fernen Osten. Die Gefahr ist zwar wieder vorbeigegangen, aber wer könnte sich dabei wirklich beruhigen? Das Widersinnige ist dabei, daß die Aufstellung der beiden feindlichen Machtlager in militärischen Fronten gar nicht ihrem wirklichen Gegensatz entspricht. Die Führer des Westlagers – man muß unermüdlich darauf hinzeigen – wissen ja nur zu gut, daß der «freien» Welt von der Sowjetunion und von China kein kriegerischer Angriff droht, der nur durch höchstgesteigerte Rüstungen, besonders in Gestalt von Atomwaffen, abgewehrt werden könne. Eine solche Gefahr wird den Völkern nur vorgespiegelt, weil die herrschende Schicht in den

Westländern daran glaubt, daß einzig eine Politik militärischer Bedrohung die wirtschaftlich-soziale Ausbreitung des Kommunismus auf neue Länder und Erdteile verhindern und das kommunistische Regime in Osteuropa und Ostasien selbst zum Einsturz bringen könne. Walter Lippmann sagt es in der «New York Herald Tribune» (12. November) ganz deutlich: «Wir würden uns selber täuschen, wenn wir nicht erkennten, daß die Hauptstärke der kommunistischen Staaten nicht in ihrer unterirdischen Tätigkeit liegt, sondern in der Kraft ihres Beispiels, in der sichtbaren Darstellung dessen, was die Sowjetunion innerhalb von vierzig Jahren und was Rotchina innerhalb von zehn Jahren erreicht hat.» Dem Mißtrauen der Sowjetunion gegenüber dem Westen liege die Überzeugung zugrunde, die westlichen Länder wollten «nicht zulassen, daß Rußland und China die Revolution zu Ende führen, die in Asien und Afrika im Gang ist. Die kommunistischen Länder sind fest überzeugt, daß sie die Vorherrschaft in Asien und Afrika gewinnen werden, und zwar nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß sie einen Krieg vermeiden, der alles, was sie wirtschaftlich erreicht haben, zerstören würde.»

Der neue Wirtschaftsplan der Sowjetunion gibt dieser Überzeugung vermehrte Nahrung. Die Ziele, die er sich für die sieben Jahre von 1959 bis 1965 setzt, sind zwar an sich nicht besonders hoch gesteckt: Steigerung der industriellen Produktion um 80 Prozent, der landwirtschaftlichen um 70 Prozent, gegen 85 Prozent, um die sich unter dem fünften Wirtschaftsplan die industrielle Produktion in nur fünf Jahren (1951 bis 1955) erhöht hat. Aber das würde nach der Meinung der Sowjetführung doch genügen, um die Wirtschaft der Vereinigten Staaten bis 1965 fast auf allen Gebieten zu überflügeln und die Produktion der Sowjetunion je Kopf der Bevölkerung über die amerikanische Wirtschaftsleistung hinaufzubringen. Chruschtschew glaubt so, daß «die sozialistischen Länder (eingeschlossen China) im Jahr 1965 mehr als die Hälfte der industriellen Produktion der Welt herstellen werden. Damit wird in kurzer Zeit die unbedingte Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems über das kapitalistische in der Erzeugung der materiellen Güter, also auf dem entscheidenden Gebiet menschlicher Tätigkeit, erreicht werden». Vor allem sollen die Erträgnisse der sowjetischen Landwirtschaft mächtig gesteigert werden, was die Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter um 40 Prozent erlauben würde. Gleichzeitig sollen in den Städten 15 Millionen und auf dem Land 7 Millionen neue Wohnungen gebaut werden – ein wesentlicher Beitrag zur Behebung der großen Wohnungsnot in der Sowjetunion.

Es ist begreiflich, daß diese Aussicht – zusammen mit der sprunghaften Entwicklung der chinesischen Wirtschaft – die westlichen Machthaber nicht wenig erschreckt. Durch Erfahrung gewitzigt, haben sie es aufgegeben, die Wirtschaftspläne der kommunistischen Staaten als Bluff zu bezeichnen. Anstatt aber den Wettbewerb mit

dem Osten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, in friedlicher Koexistenz, mit verdoppelter Kraft aufzunehmen, forcieren sie nur um so mehr das militärische Wettrüsten, in der Meinung, auf diesem Feld eher siegen und damit auch die Wirtschaftskonkurrenz des Ostens schlagen, ja ausschalten zu können. So gesehen, erwecken all die «Abrüstungsbemühungen» des Westblocks wenig Vertrauen; auch von den gerade jetzt in Gang befindlichen, sich mühsam hinschleppenden Genfer Konferenzen – der politischen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und der technischen über die Verhinderung von Überraschungsangriffen – ist nicht viel zu erwarten, solange die Grundeinstellung der Westmächte so bleibt, wie sie seit der großen Wendung der amerikanischen Politik, also seit Roosevelts Tod und Trumans Atombombenspekulation, ist.

Lippmann rät den Washingtoner Verantwortlichen zwar, sie sollten «die Vorstellung fahren lassen, daß die russische und die chinesische Revolution rückgängig gemacht werden könnten» und daß die Ausbreitung des Kommunismus durch Errichtung von Militärstützpunkten und Waffenlieferungen an antikommunistische Machthaber eingedämmt werden könne; aber man kann mit dem besten Willen keine Anzeichen erkennen, daß diesem guten Rat irgendwie Folge geleistet werde. Auch die jüngsten amerikanischen Wahlen werden keine Wendung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten bringen, so viel Kritik an der Kriegsspielerei des Außen- und Wehrmachtsministeriums im Volke selbst und in der siegreichen Demokratischen Partei geübt wird. Die überraschend schwere Niederlage, die die noch formal herrschende Republikanische Partei bei den Parlaments- und Gouverneurswahlen erlitten hat, dürfte zwar Herrn Dulles und seine Hintermänner etwas zur Vorsicht mahnen; da sie aber vorwiegend doch innenpolitische Ursachen hat – Wirtschaftsstockung, Arbeitslosigkeit, Farmernot usw. –, wird eben mindestens bis zum Ausscheiden Eisenhowers die Weltpolitik der Vereinigten Staaten die gleiche bleiben wie bisher, mit der Gefahr, daß der Sturz in den Abgrund, den Mr. Dulles – wie er sich rühmt – bisher immer wieder vermieden hat, eben doch einmal geschieht . . .

„Nicht vom Brot allein" Mit dem Wirtschaftsproblem werden die kommunistischen Staaten gewiß fertig werden, sofern man sie in Frieden läßt. Ob auch mit dem Freiheitsproblem? Der Mensch lebt ja nicht vom Brot allein, nach dem Bibelwort, das Dudinzew, der sowjetische Schriftsteller, zum Titel seines vielgelesenen, so schön menschlichen Romans gemacht hat. Die sozialistische Planwirtschaft erhält ihren Sinn und ihre Lebenskraft erst, wenn sie einem von Gewinnsucht und Genußgier, Unterdrückung und Unduldsamkeit freien Gemeinschaftsleben dient. Und hier haben eben die kommunistisch regierten Länder noch sehr, sehr viel zu lernen. Man sah das wieder an dem Fall von Dudinzews unglücklichem

Kollegen Boris Pasternak. Ich kenne dessen «Doktor Schiwago» bisher nur aus Besprechungen in westlichen Zeitschriften. Aber auch wenn man ruhig zugibt, daß dieses Buch den Trägern und Verherrlichern des Regimes sehr «auf die Nerven gehen» mußte, weil es die verheerenden seelischen Wirkungen der Gewaltrevolution fühlen läßt, so rechtfertigt das doch niemals die maßlosen Beschimpfungen und Verleumdungen, deren Zielscheibe Pasternak war, nicht seine brutale Ausstoßung aus dem Schriftstellerverband, nicht seine wirtschaftliche Ruinierung durch die Literatur- und Parteibonzen. Das bleibt eine Schande für das Regime! Nur wollen wir dabei nicht übersehen, daß die Ratgeber der schwedischen Akademie der Wissenschaften, die Pasternak den Nobelpreis für Literatur zusprach, in dem Dichter vor allem den Antikommunisten sahen (mit Unrecht freilich) und wahrscheinlich bewußt einen Akt des «kalten» Krieges begingen, als sie gerade ihn zur Auszeichnung vorschlugen. Sie forderten damit die gewalttätigen Abwehrinstinkte der Russen mutwillig heraus und gaben den Feinden der Geistesfreiheit in der Sowjetunion wieder einmal eine Waffe in die Hand, die sie rücksichtslos zu führen verstanden. Das alte Spiel! Gewaltgeist und Feindseligkeit gegen die Sowjetunion im Westen – Gewaltgeist und diktatorische Unduldsamkeit als Antwort im Osten! Und das heißt, daß der Westen selbst entscheidend zum Abbau der von ihm so leidenschaftlich angeklagten Diktatur im Osten beitragen könnte, wenn er endlich die soziale Revolution im Osten als eine geschichtliche Notwendigkeit anerkennte, an deren gewalttätigen Formen er selbst die größte Schuld trägt.

Das gilt – wie hier seit zwei Jahren immer wieder gezeigt wurde – auch für Ungarn. Was hilft es, über die Einstimmigkeit zu höhnen, mit der das ungarische Volk bei den kürzlichen Wahlen das Regime Kadar bestätigt hat, wenn man nur darauf lauert, dieses Regime und seine sowjetischen Stützen bei der nächsten Gelegenheit gewaltsam zu zerschlagen? Je stärker der Druck von außen, desto stärker der Gegendruck von innen!

Ähnliches muß man von der Deutschen Demokratischen Republik sagen, die im Westen fast nur als «Sowjetzone», als «Regime Pankow» bezeichnet wird, obwohl die westliche Bundesrepublik mit kaum weniger Recht «amerikanische Zone» genannt werden kann und der Sitz der DDR-Regierung gar nicht im Berliner Stadtteil Pankow steht. Gewiß, die sozusagen hundertprozentige Wahl von Jasagern in die Volkskammer täuscht niemanden darüber hinweg, daß die erdrückende Mehrheit der Ostdeutschen die Ulbricht, Grotewohl und Konsorten lieber heut als morgen loshätte. Die Fassade der Einstimmigkeit kann nur – wenn auch mühsam genug – durch ein Zwangssystem aufrechterhalten werden, das mindestens 90 Prozent der Bevölkerung widerwillig, fast hoffnungslos, ertragen, dem sich aber Woche für Woche, Monat für Monat Hunderte und Tausende von Männern und Frauen durch die Flucht entziehen. Insbesondere der

Gesinnungsterror, die Gleichschaltung mit der amtlich vorgeschriebenen Weltanschauung, wird mit steigender Rücksichtslosigkeit durchgeführt. Auch auf religiösem und kirchlichem Gebiet. In der DDR, so schreibt Rudolf Schade in der westdeutschen «Stimme der Gemeinde» (Nr. 6/1958) «ist der Atheismus an der gesamten inneren Front zum Angriff angetreten. Nachdem in den vergangenen Jahren von außen her immer wieder der Versuch unternommen wurde, die verwundbaren Stellen der Kirche herauszufinden, hat man jetzt davon abgesehen, sie frontal anzugreifen. Man hat wohl eingesehen, daß man nicht dem Gesamtorganismus zu Leibe gehen kann. Darum bemüht man sich jetzt, dem einzelnen die Zugehörigkeit zu diesem Organismus zu verleiden, und zwingt ihn mit Locken und Drohen, sich daraus zu lösen. Überall da, wo im Staatsgefüge Christen aufgespürt werden, die nicht bereit sind, das unscheinbare Weihrauchkorn auf dem Altar des Atheismus zu opfern, werden sie aus ihren Ämtern entfernt und zu minderen Diensten degradiert. Das ist auch früher schon in Einzelfällen geschehen. Jetzt aber werden planmäßig ganze Berufsgruppen und Stände davon betroffen. Es ist unmöglich, daß die Kirche hierzu schweigen kann, denn dieser Angriff richtet sich gegen die Substanz des christlichen Lebens und Daseins überhaupt.»

Aber der Verfasser warnt selbst eindringlich davor, den Kampf gegen den offiziellen Atheismus an der politischen Front, also in der Bundesgenossenschaft mit dem «christlichen» Westen, zu führen. Der Westen hat ja mit seinem Scheinchristentum wirklich die *ehrliche* Gottlosigkeit im Osten, auch in der DDR, selbst mitverschuldet. Und so hat er mit seiner Scheindemokratie auch die offene *Diktatur* im Osten mit auf dem Gewissen. Der Weg, auf dem er die Einigung Deutschlands herbeiführen will – «freie gesamtdeutsche Wahlen» –, ist darum von vornherein verfehlt. Diejenige Freiheit, die sich unter den gegenwärtigen Umständen bei solchen Wahlen ausleben könnte, wäre vor allem die Freiheit für die wüsteste antikommunistische Hetze und die hemmungslose Entfaltung der allbeherrschenden Propagandamittel der kapitalistischen, nationalistischen und militaristischen Kräfte, die zusammen mit einem überaus selbstbewußten und mächtig ins Kraut geschossenen Klerikalismus Westdeutschland regieren. Und das Ende wäre natürlich ein Gesamtdeutschland, das mit seinen 80 oder mehr Millionen Einwohnern das Gewicht des Westblocks mächtig verstärken und die Amerikaner bis an die polnische Grenze heranbringen würde. Daß sich die Sowjetregierung auf ein solches Abenteuer nicht einläßt, ist selbstverständlich. *So* geht es mit der «deutschen Einigung» wirklich nicht!

Es geht aber auch nicht so, wie sich das Moskau jetzt denkt: durch neuen Druck auf Westberlin und Übergabe der Verkehrskontrolle an die DDR, so daß die Westmächte von nun an mit ostdeutschen Beamten zu tun hätten, nicht mehr mit russischen, und vielleicht gar zur Anerkennung der Ostdeutschen Republik selbst veranlaßt würden.

Davon wollen ihrerseits die Westmächte nichts wissen, die künftig zwar mit ostdeutschen Kontrollorganen verhandeln müßten, aber die DDR nach wie vor als Luft behandeln und ihre Truppen erst recht in Westberlin stehen lassen würden, diesem unbezahlbaren Militärstützpunkt, Beobachtungsposten und Wühlzentrum, worein sich der östliche Flüchtlingsstrom fast frei ergießt. Das gesamtdeutsche Klima fast auf alle absehbare Zeit so schlecht, und die beiden Teilstaaten haben sich bereits derart weit auseinandergelebt, daß ihre Wiedervereinigung durch direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin völlig aussichtslos erscheint. Hoffnung bietet höchstens eine Verständigung der vier beteiligten Großmächte auf Grund der Neutralisierung eines wiederzuvereinigenden Deutschland, wie sie der (neuerdings verbesserte) Plan des polnischen Außenministers Rapacki ins Auge faßt – und dazu sagt man aber in Bonn wie in Washington, London und Paris nur immer wieder Nein, Nein, Nein!

Frankreich – Kleineuropa In Paris, wo man den dreimaligen Einbruch deutscher Armeen in französisches Land, wie er im Laufe von 70 Jahren geschehen ist, nicht vergessen hat und von einer neuen eigenen Großmachtstellung träumt, hat man zudem Grund, ein wiedererstehendes Alldeutschland überhaupt nicht zu wünschen, doppelt nicht, solange die Fünfte Republik noch in den Kinderschuhen steckt. Ob sie ihnen je entwachsen und sich im Innern und nach außen befestigen wird, steht sowieso noch ganz dahin. Die Volksabstimmung vom 28. September, die das neue Regime begründen sollte, war ja ein vollendeter Schwindel, und die *«Wahlen»* vom 23. und 30. November können erst recht nur als zynischer Betrug bezeichnet werden. Die raffinierte Wahlkreisgeometrie und ein Wahlsystem, das aller Gerechtigkeit Hohn spricht, haben zwar ihre Wirkung getan; die Regierungskoalition de Gaulles ist triumphierender Sieger geblieben, und die linksbürgerlich-unabhängig sozialistisch-kommunistische Opposition ist regelrecht niedergetrampelt worden. Aber was für ein Zerrbild von Volksvertretung ist doch dabei herausgekommen! Frankreich hat den östlichen Diktaturstaaten in dieser Beziehung wahrlich nicht mehr viel vorzuwerfen, auch wenn sich der Wahlkampf scheinbar in ebenso «freier» Luft abspielte, wie das bei «gesamtdeutschen freien Wahlen» der Fall wäre. In Bonn wird man die Technik der Massenverführung, die de Gaulles Wahlmacher mit soviel Erfolg gemeistert haben, sicher mit größtem Eifer studieren . . .

Von einem erneuerten Frankreich zu reden, verbietet jedenfalls schon der allergewöhnlichste Anstand. Die alten Routiniers der Vierten Republik, die Pinay, Mollet, Pflimlin, Bidault, Reynaud usw., geistern auch wieder in der Fünften Republik herum, verstärkt durch die Nutznießer des Staatsstreiches vom 13. Mai, zu denen nicht zuletzt die 70 algerischen Abgeordneten gehören, die nicht das algerische Volk,

sondern allein die Obersten, Kolonialinteressenten und Rassenhetzer vertreten. Soweit ist es mit einem Frankreich gekommen, das kein Mark mehr in den Knochen und keine große Idee mehr im Herzen hat, das einzig noch Ruhe und Sicherheit begehrt – und daran zugrunde zu gehen droht!

Die Taten des «neuen» Systems – sie werden bös genug sein – wird man natürlich abwarten müssen. *Eine* Leistung hat es allerdings schon vollbracht: die Torpedierung der «Europäischen Wirtschaftseinheit», die aus den sechs Mitgliedstaaten des «Gemeinsamen Marktes» unter Angliederung einer loseren «Freihandelszone» (mit eigenen Zolltarifen gegenüber allen Drittländern) aufgebaut werden und am 1. Januar 1959 in Kraft treten sollte. Unter sehr lebhafter Beteiligung der Schweiz werden zwar gegenwärtig Rettungsversuche gemacht, die schließlich zu irgendeinem, wenn auch nur formalen Erfolg führen mögen. Es ist aber aufs neue offenbar geworden, welches Interessenchaos in diesem kapitalistischen Kleineuropa herrscht, in dem jeder der Konkurrent und Feind des andern ist. Der wirtschaftliche Unterbau *dieser* Art Einheitseuropa entspricht eben in seiner Brüchigkeit durchaus der Fehlkonstruktion des politischen Überbaus; im besonderen dürfte es mit dem katholisch beherrschten Kleineuropa (Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Österreich), dem sich dann auch Spanien und Portugal anschließen könnten, noch gute Weile haben. Der neugewählte Papst Johannes XXIII., der vor allem Seelsorger sein will und eher nach links neigen soll, dürfte darüber zwar kaum unglücklich sein, während ja Pius XII. ein ausgesprochen politischer Papst (wenn auch durchaus kein wirklicher Friedenspapst) war und unermüdlich für ein klerikalisiertes Westeuropa arbeitete. Aber daß die römische Kurie und die ihr gleichgeschalteten Kräfte an ihrem Plan dennoch ungebrochen festhalten werden, unterliegt keinem Zweifel. Rom denkt in Jahrhunderten.

Der Zug zur Diktatur Während Westeuropa in der Welt immer mehr an Gewicht verliert, nimmt die Bedeutung der jungen Staaten des Ostens und Südens unaufhaltsam zu. Überraschend schnell machen sich jetzt namentlich die afrikanischen Kolonialländer frei. Das kleine Guinea hat sich bei der Volksabstimmung vom 28. September von Frankreich unabhängig erklärt und steht nun im Begriff, sich mit Ghana (der früheren Goldküste) zusammenzuschließen, wobei freilich noch nicht klar ist, ob die neue Union ein Glied des britischen Staatenverbandes sein wird. Auf jeden Fall betrachtet sie sich als Kern der kommenden Vereinigten Staaten von Westafrika, denen sicher auch Französisch-Kamerun, Togoland und besonders Nigeria beitreten werden. Nigeria wird schon im Oktober 1960 unabhängig werden, womit auf einen Streich die Hälfte des bisherigen britischen Kolonialreiches verschwinden wird, das jetzt 70 Millionen Einwohner zählt, in zwei Jahren aber nur noch 34 Millionen

haben wird. Und die koloniale Unabhängigkeitsbewegung wird damit noch lange kein Ende haben. Eine gewaltige Entwicklung, ja eine weltgeschichtliche Umwälzung!

Gleichzeitig macht sich aber eine andere Entwicklungsrichtung geltend: der Zug zur Diktatur, der eine ganze Reihe von asiatischen und afrikanischen Staaten mit neugewonnener Unabhängigkeit erfaßt hat. In Afrika ist Ägypten schon seit sechs Jahren eine Militärdiktatur; jetzt hat – Mitte November dieses Jahres – auch im Sudan die Armee die Macht übernommen, und anderseits haben Ghana wie Guinea gegen die Oppositionsgruppen Maßnahmen ergriffen, die mit freiheitlichen Grundsätzen wenig zu tun haben. In Vorderasien hat sich Syrien dem ägyptischen Regime angeschlossen, während im Irak Monarchie und Parlament gewaltsam beseitigt wurden und im Libanon, unter formaler Belassung der Volksvertretung, der neue Präsident, General Chehab, sich diktatorische Vollmachten übertragen ließ. Die Türkei, die nie eine Demokratie war, unterdrückt neuerdings die Opposition und ihre Presse besonders rücksichtslos; Pakistan aber ist mit dem Staatsstreich von Ende Oktober dieses Jahres, der General Ayub ans Ruder gebracht hat, regelrechte Militärdespotie geworden. Der gleiche Vorgang hat sich kurz vorher in Burma und Thailand (Siam) abgespielt. Indien bleibt vorerst unter mehr oder weniger echtem parlamentarischem Regime, während Ceylon bereits nahe an eine Diktatur herangerückt ist. Indonesien steht seit der Aufstandsbewegung, die vor einem Jahr das Regime Sukarno bedrohte, unter ausgesprochener Militärherrschaft, und auch in Japan ist die politische Demokratie kaum mehr als eine schon stark erschütterte Fassade.

Was heißt das alles? Es heißt, daß, wie in Osteuropa, in China, Nordkorea und Nordvietnam, so auch in den meisten anderen Ländern, die mit der Erkämpfung ihrer nationalen Unabhängigkeit auch ihre wirtschaftliche und soziale Revolution durchzuführen begonnen haben, nicht einfach westlich-demokratische Einrichtungen auf vorkapitalistisch-primitive Lebensverhältnisse aufgepfropft werden können, vielmehr eine straff zentralistische Staatsführung, in mehr oder minder gewalttätigen Formen, unvermeidlich ist. In unseren bürgerlichen «Demokratien» will man das nicht wahr haben und klagt darüber, daß die neuen politischen Führungsschichten in den Entwicklungsländern nur Scheindemokratien aufgerichtet hätten, die «ohne genügenden Unterbau und ohne ihr wichtigstes Bauelement Freiheit und Recht zusammenbrechen» müßten (vgl. «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 3416). Dabei hat sich doch die politische Demokratie auch in Westeuropa (wie dann in Nordamerika) erst entwickeln können, nachdem die industrielle Revolution durch ein gewisses Maß materiellen Wohlstandes und Verbreiterung der Volksbildung die tragfähige Grundlage dafür geschaffen hatte. Wenn die Länder Asiens und Afrikas, wie vorher Osteuropa, wirtschaftlich und kulturell zurückgeblieben sind und darum auch keine wirkliche politische Demokratie ausbilden konn-

ten, so tragen daran die Westvölker selber größte Schuld, hat doch ihr Kapitalismus und Kolonialismus jene Länder die längste Zeit absichtlich in Rückständigkeit, Armut und Unbildung gehalten, um sie desto wirksamer ausbeuten zu können. Statt Krokodilstränen darüber zu vergießen, daß «sich diese neue Welt dem politischen Denken und den humanitär-liberalen Traditionen des atlantischen Kulturkreises entfremdet hat» («NZZ»), wäre es ehrlicher und wirklichkeitsnäher, der «fortgeschrittene» Westen würde den «zurückgebliebenen» Völkern mit einem ganz großen Entwicklungsprogramm fest unter die Arme greifen und durch rasche Industrialisierung und Modernisierung ihre Hinwendung zu politischer Freiheit und Demokratie ermöglichen. Bringt er das nicht fertig, steckt vielmehr ungezählte Milliarden weiterhin in den «kalten» und «heißen» Krieg gegen den sozialen und politischen Umsturz, dann werden wir, wie C. P. Snow im «New Statesman» (15. November) sagt, «innert einer Generation derart in Not kommen, daß daneben die russische Revolution wie eine Teegesellschaft aussehen wird».

Sozialismus – nicht mehr nötig! Inmitten des weltweiten Kampfes um eine neue, auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden aufgebaute Gemeinschaftsordnung muß man immer wieder mit Betrübnis feststellen, in wie weitem Umfang die sozialistische Bewegung des Westens als vorwärtstreibende Kraft, ja auch nur als Bundesgenosse in diesem Ringen ausgeschieden ist. Aus dem revolutionären demokratischen Sozialismus von einst ist ja mehr und mehr ein müder, satter Sozialdemokratismus geworden, der seinen Frieden mit der bürgerlich-kapitalistischen Welt gemacht hat und sogar in bedenkliche Nähe der konservativ-gegenrevolutionären Mächte unserer Zeit geraten ist. Man hat, wie man meint, über Einzelfragen hinaus nicht mehr viel zu kämpfen. Man hat in der Hauptsache erreicht, was man wollte: Vollbeschäftigung, gute Löhne, kurze Arbeitszeit, soziale Sicherheit und so weiter. Armut und Arbeitslosigkeit sind im Verschwinden begriffen; die Lebenshaltung steigt sichtbar, der gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten werden immer weniger, die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum setzt sich mehr und mehr durch. Wozu da eigentlich noch Sozialismus, Klassenkampf, gesellschaftliche Umwälzung? Man hat ja jetzt den Wohlfahrtsstaat oder nähert sich ihm doch immer rascher. Der Kapitalismus, so hören wir von sozialdemokratischer Seite bis zum Überdruß, ist menschlicher, anständiger, vernünftiger geworden, als er in seiner Sünden Maienblüte war, ja ein schwedischer Sozialist hat gesagt (und der Präsident der schweizerischen Sozialdemokratie hat es ihm nachgesprochen), der Kapitalismus habe «ein großes Stück Sozialismus in sich aufgenommen». Der Beweis ist also geleistet, daß es möglich ist, die Lebenslage der Arbeiterschaft auch auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft entscheidend zu heben, Krisen zu ver-

meiden und die Klassengegensätze mehr und mehr aufzuheben. Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien in Gemeinde und Staat ist der sichtbare Ausdruck dieser Wandlung; das ehemalige «Proletariat» ist ein vollwertiges Stück der Gesamtnation geworden, und so d e n k t und f ü h l t man eben notwendigerweise auch bewußt «national», bürgerlich, und streift die Reste marxistischer, internationalistischer und antimilitaristischer Anschauungen, die einem noch anhaften, entschlossen von sich ab.

Die Folge dieser Haltung ist, daß – wie das konservative Bürgertum selbst – auch die verbürgerlichte Arbeiterbewegung alle radikale Umgestaltung der bestehenden Ordnungen tödlich haßt und fürchtet. Wirklich sozialistische oder revolutionäre Regungen in ihren Reihen werden nicht mehr geduldet und gegebenenfalls rücksichtslos unterdrückt. Und gar dem Kommunismus wird der Kampf bis aufs Messer angesagt. Nicht in erster Linie wegen der Gewaltmittel, deren er sich bedient, um seine Ziele zu erreichen, sondern um dieser Ziele selbst willen, die eben die Umwälzung der herrschenden Ordnung in sich fassen, jener Ordnung, in der man sich so ungeheuer wohl fühlt. Gewiß, man prangert leidenschaftlich die kommunistischen Gewaltmethoden an, nimmt aber – vielleicht mit etwelchem Unbehagen – die Gewaltmethoden der bürgerlich-kapitalistischen Regierungen weitherzig-verständnisvoll an, ihre Unterdrückungsmaßnahmen, ihre Kriegsrüstungen, ja ihre Kriege und Militärexpeditionen selbst. Man denke nur an den Koreakrieg, an den Suezkrieg, an das militärische Eingreifen Amerikas und Englands in Libanon und Jordanien, an den französischen Kolonialkrieg in Algerien – lauter Unternehmungen, die in den sozialdemokratischen Parteien und ihrer Internationale weithin Unterstützung und Zustimmung gefunden haben oder zum mindesten von ihnen nur sehr lau bekämpft wurden. Ihre Verstrickung in die westmächtliche Gewalt- und Rüstungspolitik ist so stark, daß ihre Versicherungen, es gehe ihnen bei ihrem Kampf gegen den Kommunismus vor allem um die Bändigung des Gewaltgeistes, keinerlei Glauben verdienen und man einfach auf eine gesinnungsmäßige Solidarität mit den Trägern und Verfechtern der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung schließen muß.

Natürlich geht das alles innerhalb der sozialdemokratischen Parteien nicht hemmungs- und widerspruchslos vor sich. Die bittere Empfindung, daß die alte Einfachheit, Gewißheit und Geschlossenheit der sozialistischen Lehre dahin ist, daß der Kampfgeist und die Kreuzfahrerglut der klassischen Periode der Arbeiterbewegung mehr und mehr einer opportunistisch-«staatsmännischen» Denk- und Handlungsweise Platz macht, diese Empfindung treibt noch immer erfreulich viele – und nicht nur ältere – Sozialdemokraten zur Auflehnung gegen eine schwachmütige, glaubenslose Führung. Und die Führung selbst gibt sich redlich Mühe, eine unsozialistische Praxis mit den immer noch zu Recht bestehenden sozialistischen Programmen zu versöhnen. «Eine

demokratische Partei», so bemerkte einmal Richard Crossman, der britische Labourpolitiker, «kann sehr selten dazu gebracht werden, eines ihrer Kernprinzipien aufzugeben, und kann es sich nie leisten, ihren Kernmythos fahren zu lassen. Die Konservativen müssen das freie Unternehmertum verteidigen, auch wenn sie tatsächlich eine staatliche Wirtschaftsplanung einführen. Eine Labourregierung muß als wahren Sozialismus Maßnahmen verteidigen, die damit sehr wenig zu tun haben. Die Aufgabe der Parteiführer ist es oft, ihre Anhänger zu überzeugen, daß die hergebrachte Politik immer noch durchgeführt wird, auch wenn dies nachweisbar nicht wahr ist.»

Das gutmütige Parteivolk läßt sich auch meistens, wenn nicht überzeugen, so doch beschwichtigen, und so kann dann allmählich auch die bisherige Partei l e h r e revidiert und der neuen Partei p r a x i s angepaßt werden. Eine ähnliche Revision der Lehre hat ja schon vielfach bei denjenigen Gewerkschaften stattgefunden, die sich ehedem grundsätzlich zum Kampf gegen den Kapitalismus und für die Gemeinwirtschaft bekannten, nun aber mehr und mehr den «Wirtschaftsfrieden» und die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum «auf dem Boden der Tatsachen» verkünden und praktizieren. In den sozialdemokratischen Parteien, die durch ihre Vergangenheit stärker «belastet» sind, geht es mit der Mauserung langsamer, aber dennoch sicher vorwärts.

Verwirrung und Schwäche So bieten die sozialdemokratischen Parteien des Westens zumeist ein Bild innerer Zerfahrenheit und äußerer Ohnmacht. Die b r i t i s c h e L a b o u r p a r t e i ist zwar wiederholt an der Regierungsmacht gewesen und hat unstreitig bedeutsame Reformen durchgesetzt. Sie hat vor allem den Wohlfahrtsstaat geschaffen, der bei all seinen Mängeln doch Millionen von Menschen aus Armut und Entwürdigung herausgehoben hat und auch von den Konservativen im Grunde nicht mehr angetastet werden kann. In der Außenpolitik darf sie die Freigabe Indiens, Ceylons und Burmas auf ihr Konto schreiben und vielleicht die Verhinderung einer Ausdehnung des Koreakrieges auf China dank dem Blitzflug Attlees nach Washington in dem Augenblick, als MacArthur schon zum Sprung in die Mandschurei ansetzte. Auch im Suezkrieg und in der jüngsten Orientkrise hat sie der Sache des Friedens wertvolle Dienste geleistet. Um so beklagenswerter ist ihr Ausweichen und Kompromisseln in der lebenswichtigen Frage der Atomrüstung – eine Haltung, für die nicht zuletzt das Versagen Aneurin Bevans verantwortlich ist. Bevans «Leistung» ist es jedenfalls, daß die sozialistisch gesinnte Labourlinke zerfallen ist und die Parteieinheit durchaus im Geiste der höchstens entschieden sozialreformerisch zu nennenden Mittel- und Rechtsgruppen hergestellt wurde. Die wichtigste unter den neueren Programmschriften der Labourpartei, «Ein Plan für den Fortschritt», läßt nach dem «New Statesman» (19. Juli 1958) fast nichts mehr von sozialistischem Geist verspüren; «aller Nachdruck wird dar-

auf gelegt, daß die kapitalistische Gesellschaft wirkungsvoller betrieben werden muß als unter den Konservativen ... Keynes (der bürgerliche Wirtschaftstheoretiker und -praktiker) hat den Vorzug vor Keir Hardie (dem sozialistischen Mitbegründer der Labourpartei) bekommen. Es ist ein geschichtliches Dokument, und zwar ein trauriges.» Und wiederum (23. August): «Ist es ein Wunder, daß die Partei auf den Wähler keinen klaren Eindruck machen kann und auch die tätigen Parteimitglieder nicht sicher sind, was die nächste Labourregierung tun würde und wie sie es tun würde?» Daß die Konservativen aus dieser inneren Zerrissenheit und Schwäche ihres Gegners Vorteil ziehen und sich heute fester im Sattel fühlen als je, ist nur natürlich.

Die westdeutsche Sozialdemokratie ist gegenüber der westlichen Machtpolitik freier als die Labourpartei, lehnt die militärische Aufrüstung und namentlich die atomare Bewaffnung «grundsätzlich» ab und ließ am letzten Parteitag (in Stuttgart) ihren Ersten Vizepräsidenten, Wehner, sagen, soziale Strukturwandlungen seien besser als Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Ideologie. Aber all das bleibt in der Alltagspraxis der Partei doch recht unverbindlich. Der Antikommunismus beherrscht, namentlich im Verhältnis zur ostdeutschen Republik, viel zu stark die außenpolitischen Vorstellungen, und die Rücksicht auf Wählerstimmen aus dem Kleinbürgertum verhindert die Partei viel zu sehr an der Klarstellung ihrer (theoretisch) sozialistischen Ziele, als daß sie gegenüber der handfesten, skrupellosen Politik des Adenauerkreises, hinter dem der verhängnisvolle Bund von Großkapital, Militarismus und Klerisei steht, wirklich aufkommen könnte.

Nicht besser steht es mit der schweizerischen Sozialdemokratie. Sie ist im ganzen ähnlichen Geistes wie ihre westdeutsche Bruderpartei, nur viel provinzialer – enger, kleinlicher, gehässiger gegen alles «Linke». Auch die Rüstungspolitik des Bürgertums, die unseren «neutralen» Kleinstaat auf einen geradezu selbstmörderischen Weg zu drängen droht, macht sie viel hemmungsloser mit als die SPD; von der Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz hält sie betonten Abstand, ja ihre «Elite», die berühmten Fünfunddreißig, bekämpft sie sogar wütend mit der Behauptung, sie sei nur ein Versuch, die «freie Welt» gegenüber den totalitären Kräften des Ostens wehrlos zu machen. Der Parteitag dieses Herbstes brachte es nicht einmal fertig, sich unzweideutig für das Volksbegehren zugunsten der 44-Stunden-Woche zu erklären; wie sollte es da anders möglich sein, als daß das maßvoll-föderalistische Sozialisierungsprogramm, das man als «Plan der Arbeit» in der Kriegszeit beschlossen hatte, sang- und klanglos versenkt wurde und von einer «Strukturwandlung», wie sie in Westdeutschland immerhin diskutiert wird, überhaupt keine Rede mehr ist? Was unter diesen Umständen die ins Auge gefaßte Programmrevision bringen wird, kann man sich denken; einen Vorgeschmack gab bereits das 1957 veröffentlichte Parteimanifest, in dem, wie die

«Neue Zürcher Zeitung» damals zufrieden feststellte, «das Wort ‚Marxismus' nicht vorkommt», dem aber das «Zeugnis einer realistischen und abgewogenen Stellungnahme zu den internationalen Entwicklungen und Ereignissen» (mit «unmißverständlicher Verurteilung des Sowjetimperialismus») ausgestellt werden müsse. Wirklich, die schweizerische Sozialdemokratie wird bald wieder regierungs- und hoffähig sein – sofern die bürgerlichen Parteien die beiden ersehnten Bundesratssessel überhaupt ernstlich freizumachen gewillt sind . . .

In Österreich hat die Sozialdemokratische Partei ihr Programm im vergangenen Frühjahr bereits revidiert. Es enthält in seiner neuen Fassung eine Reihe vernünftiger, zeitgemäßer Forderungen, gibt auch das Bekenntnis zur sozialistischen Gemeinwirtschaft keineswegs preis, ist aber mit seinem sturen Antikommunismus und seinem allzu formalen Demokratismus in wesentlichen Punkten dennoch ein Rückschritt gegenüber dem vielgeschmähten Linzer Programm von 1927, das durch den freien, aufgeschlossenen Geist eines Otto Bauer und Robert Danneberg geprägt war.

Am tiefsten ist aber – darüber braucht nicht mehr viel gesagt zu werden – die französische Sozialdemokratie gesunken. André Philip, der dann auch prompt aus der Partei ausgeschlossen wurde, hat ihr schon im Jahre 1957 in seinem Buch «Le socialisme trahi» den Prozeß gemacht und die geistige Korruption ihrer Führerschaft wie die Gesinnungslosigkeit und Schwächlichkeit des Großteils ihrer Mitglieder mit nur zuviel Recht bloßgestellt. Der sozialistische Gehalt der Partei, so konnte er zeigen, hat sich mehr und mehr verflüchtigt; an seine Stelle ist eine fortschreitende Klerikalisierung getreten, «wenn man annimmt, daß Klerikalismus jedesmal vorliegt, wenn eine Einrichtung, welcher Art sie auch sei, zum Selbstzweck wird, statt das Werkzeug des Ideals zu bleiben, das sie ins Leben gerufen hat». Philip hat sich freilich einer Täuschung hingegeben, wenn er meint, die Grundlage der Sozialistischen Partei Frankreichs sei immer noch gesund. Die Entwicklung, die sie seit dem Staatsstreich von Algier und der Machtergreifung durch de Gaulle durchgemacht hat, zeigt vielmehr, wie bis auf den Grund verderbt die Partei tatsächlich ist. Auch die Abspaltung einer kleinen Oppositionsgruppe von der molletistisch verseuchten Mehrheit wird daran nicht viel ändern; es wird einer völligen Erneuerung des französischen Sozialismus bedürfen, wenn er wieder eine maßgebende Kraft im Leben der Nation werden soll.*

Verhältnismäßig gut steht demgegenüber der italienische Sozialismus da. Ich meine nicht die Sozialdemokratische Partei Saragats, die nur noch ein Anhängsel der klerikalen Regierungspartei ist,

* Eine geschichtliche Darstellung des inneren Zerfalls der Sozialistischen Partei Frankreichs, die allerdings zu sehr an der Person Guy Mollets hängen bleibt, findet sich im ersten Heft einer neuen, wertvollen westdeutschen Zeitschrift, die sich «Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus» nennt. (Herausgeber Arno Peters, im Universum-Verlag, München.)

sondern die von Nenni präsidierte, wenn auch nicht mehr wirklich geleitete Sozialistische Partei Italiens. Sie hat zwar, wie die Kommunistische Partei, in den letzten paar Jahren stark an Anhängern verloren und ist ständig von inneren Auseinandersetzungen durchwühlt. Aber ihr sozialistischer Kern ist unerschüttert, nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem geistig-moralisch. Und wenn es ihr gelingt, sich innerlich von kommunistisch-sowjetischer Beeinflussung freizumachen, ohne doch (wie die Gruppe Nenni es offenbar erstrebt) eine gemeinsame Aktion von Fall zu Fall mit den Kommunisten preiszugeben und so zwangsläufig nach rechts zu rücken, so hat die Partei angesichts der dogmatischen Erstarrung der Togliatti-Kommunisten und der Unbeweglichkeit des klerikal-kapitalistischen Regimes gute Aussicht, bei der kommenden sozialen Umwälzung in Italien die Führung zu gewinnen.

Sozialismus – erst recht nötig Die sozialdemokratischen Parteien des Westens sind in einer schwierigen Lage. Sie haben den Sozialismus in der Praxis mehr oder weniger abgeschworen, wollen ihre Daseinsberechtigung aber dennoch beweisen, ohne sich offen als bloß bürgerliche Reformparteien bekennen und damit dem Kommunismus den Kampf für die gesellschaftliche Umwälzung überlassen zu müssen. So halten sie sich eben an Empfehlungen, wie sie für England beispielsweise C. A. R. Crosland in der Zeitschrift «Confluence» (Sommerheft 1958) macht, der drei Ziele nennt, die die Labourpartei nur im Kampf mit den Konservativen erreichen könne, auch wenn sich daran nicht die gleiche Begeisterung entzünden könne, wie sie früher der Kampf gegen den Kapitalismus erzeugt habe: Hebung der Lage der unterentwickelten Völker in Asien und Afrika, in denen sich heute noch arm und reich in krassen Formen gegenüberstünden; Austilgung der Reste von Armut und Lebensunsicherheit in den fortgeschrittenen Ländern sowie Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheiten im Schulwesen, in der Berufsausbildung usw.; und schließlich Durchsetzung kultureller Reformen (so im Strafrecht, in der Stellung der Frau, in Kunst und Literatur, in der Stadt- und Landplanung, gegenüber den Zensurneigungen).

Das sind alles gewiß höchst notwendige Dinge; aber einen Ersatz für die radikale Gesamtumwälzung der herrschenden Ordnungen vermögen sie um so weniger zu bieten, als ihre Durchsetzung unter Verzicht auf die Überwindung des Kapitalismus selbst großenteils unmöglich ist und sogar die Aufrechterhaltung der Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates immer bedroht bleibt, solange der Geist des Kapitalismus vorherrscht. Nehmen wir aber einmal an, daß die materiellen, wirtschaftlichen Nöte auch innerhalb der bestehenden Ordnung überwunden werden könnten, so bleibt doch der Kapitalismus und die bürgerliche Kultur- und Lebensform sittlich unerträglich. Der Erwerbs- und Gewinngeist, der dem Kapita-

lismus zugrunde liegt, der Geist der Ausbeutung der Schwachen und Gutmütigen, der Geist des materiellen Lebensgenusses und was mit ihm zusammenhängt – das vergiftet ja heillos alle unsere menschlichen Beziehungen und erschwert unerhört die Erfüllung unserer wahren Lebensaufgabe. Der Sozialismus muß darum vor allem wieder als sittliche Notwendigkeit erfaßt und verwirklicht werden. «Wird er einen rein materialistischen Charakter aufweisen», sagt durchaus zutreffend Berdiajew, «so wird für ihn die Senkung der materiellen Lebensbedingungen (und ebenso ihre Hebung durch den Kapitalismus; H. K.) zum Todesurteil; für einen nichtmaterialistischen Sozialismus aber wird die wirtschaftliche Frage nicht diese ausschlaggebende Bedeutung haben; für ihn ist es genug, daß er den Besitz und die Not gleichmäßiger verteilt und die schreienden sozialen Unterschiede aufhebt; darüber hinaus aber wird er – und das wird das Entscheidende sein – die sittliche Atmosphäre des Lebens läutern und die Beziehungen von Mensch zu Mensch brüderlicher gestalten können.»

Die Erreichung dieses Zieles setzt natürlich eine grundlegende Neugestaltung insbesondere der wirtschaftlichen Einrichtungen, der Eigentumsordnung usw. voraus, das heißt die Bekämpfung und Überwindung des kapitalistischen Regimes auf seinem eigensten Boden. Aber selbst hier, im rein wirtschaftlichen Bezirk, kann der Kapitalismus auf die Dauer nicht genügen. Seine materiellen Erfolge, so erstaunlich sie sind, ruhen auf trügerischem Grunde; Krisen und Arbeitslosigkeit, Lebensnot und Armut werden auch in den industrialisierten Ländern unter seiner Herrschaft nicht ausgerottet werden, und erst recht werden die «zurückgebliebenen» Länder nur industrialisiert und modernisiert werden können, wenn sie sich von Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus gründlich befreien – was ohne Überwindung dieser Systeme auch in der westeuropäisch-nordamerikanischen Kulturwelt nicht möglich erscheint.

Auf den Sozialismus wartet hier also eine Aufgabe, wie sie gewaltiger kaum gedacht werden kann, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, daß er damit auch einen entscheidenden Beitrag an die Lösung des Problems von K r i e g u n d F r i e d e n zu leisten hat. Ohne die grundsätzliche Ausschaltung der kapitalistischen Erwerbs- und Herrschaftskräfte aus den Völkerbeziehungen – wobei die Lahmlegung des Rüstungskapitalismus eine besonders wichtige Rolle zu spielen hat – ist eine haltbare Friedensordnung unter den Nationen undenkbar. Anderseits obliegt es gerade dem sich freiheitlich nennenden Sozialismus, den Kampf gegen den Krieg auch als entschlossensten Widerstand gegen den Gewaltgeist zu führen, als Kampf gegen die uralte Trugvorstellung, daß Völkerkonflikte durch Waffengewalt ausgetragen werden könnten. Angesichts der Drohung der Atombombe, die über unserer ganzen Welt schwebt, müßte sich der Sozialismus aus seinem tiefsten Wesen heraus heute in allen Ländern, wo er etwas zu sagen hat, der

atomaren Aufrüstung mit einer Selbstverständlichkeit entgegenwerfen, die überhaupt keine Diskussion zuließe.

Der westliche, auf seinen demokratischen Geist und seine menschheitlichen Ideale pochende Sozialismus kann sich – wir kommen immer wieder zum gleichen Schluß – seiner Pflicht, wahr zu machen, was er bekennt, also ehrlich und in vollem Ernst den Kampf gegen die Mächte des widermenschlichen, toddrohenden Mammonismus aufzunehmen und sich aus seiner Umklammerung durch die imperialistische Machtpolitik des Westens zu befreien – er kann sich dieser Pflicht nur entziehen um den Preis, daß er die geschichtliche Aufgabe, die unserem Jahrhundert gestellt ist, dem Kommunismus überlassen muß. Er könnte, wenn er seinem Wesen treu bliebe, der Welt eine bessere Lösung bieten, als es der Kommunismus vermag. Vielleicht hat er noch eine letzte Chance dazu. Schlägt er sie aus, ist er schon zu tief hinein verdorben, als daß er sich aus seinen besten Kräften und Säften zu erneuern vermöchte, dann wird er eben als Bestandteil einer überlebten Welt deren Schicksal teilen, hat aber endgültig das Recht verloren, einen Kommunismus anzuklagen, der mit seinen Mitteln die Aufgabe zu erfüllen sucht, die er selbst verraten hat.

1. Dezember *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Karl Jaspers: «Die Atombombe und die Zukunft des Menschen». Verlag Piper & Co., München 1958. 500 Seiten. Fr. 28.50.

Es war hoch an der Zeit, daß nach den Physikern, Politikern und Militärfachleuten endlich einmal kein «Fachmann», sondern ein denkender Mensch als solcher zu diesem Thema das Wort ergreife. In diesem Buche geschieht es. In dem groß angelegten Werk setzt sich Jaspers in umfassender Weise mit der völlig neuen Situation auseinander, in die die Welt durch die ungeheuerliche Tatsache der Atombombe geraten ist. Mit ihr ist die physische Vernichtung der ganzen Menschheit technisch möglich geworden. In klaren und konsequenten Gedankengängen zeigt er, daß die bisherigen Auskunftsmittel, durch die wir diese Gefahr abwenden möchten, nicht genügen. Staatsverträge, Gleichgewicht der atomaren Rüstung, Verbot oder Ächtung der Atomwaffen – das alles mag gut sein und vielleicht einen Aufschub des Unheils bewirken. Um es dauernd zu bannen, ist weitaus Größeres von uns gefordert: eine Wandlung des Menschen. «... Weil wir nunmehr, wenn wir nicht insgesamt miteinander und füreinander leben, insgesamt zugrunde gehen werden, verlangt die neue Situation eine ihr entsprechende Antwort ... Es genügt nicht, neue Institutionen zu finden, uns selbst, unsere Gesinnung, unseren sittlich-politischen Willen müssen wir verwandeln.» Es muß beim Einzelnen geschehen bis hinauf zur politischen Führung, die ihr bisheriges Machtdenken überwinden muß, von der betriebsamen «alten Politik» fortschreiten muß zu einer «neuen Poli-

tik, auf eine Weltordnung zu», in der die sittlichen, überpolitischen Ideen und Kräfte zu viel größerer Wirksamkeit gelangen. («Die Idee des vernünftigen Staatsmanns».) Eine solche Wandlung des Menschen ist Voraussetzung für die Errichtung eines dauerhaften Weltfriedenszustands. Erst durch einen solchen wäre die Gefahr wirklich gebannt.

Im Zuge seines aus philosophischer Sicht gestalteten Weltbildes unternimmt es Jaspers, an die bestehenden politischen Organisationsformen realistisch anknüpfend, die Voraussetzungen und die Möglichkeit eines solchen Weltfriedenszustands zu zeigen: Verzicht auf die absolute Souveränität, Ausbau der Demokratie («auch im Westen ist die Freiheit noch nicht verwirklicht»), Überwindung des Totalitarismus. Dessen Prinzip ist unvereinbar mit der menschlichen Freiheit und wird darum als widermenschlich völlig verworfen. Sein Weltsieg wäre eine Katastrophe, gleichwertig der Vernichtung durch die Atombombe. Aber «Völker sind nicht Prinzipien ... Die Russen sind nicht identisch mit dem Totalitarismus», und darum «können Völker sich begegnen, auch wenn sie von jenen Prinzipien gegensätzlich beherrscht sind».

Im Verlauf seiner Ausführungen nimmt Jaspers auch Stellung zu konkreten politischen Tagesfragen. Hier können wir ihm keineswegs in allem zustimmen. Zu sehr deckt sich seine Beurteilung mit der landläufigen Meinung des Westens: gebilligt wird die absolute Führungsrolle Amerikas; gebilligt die Aufrüstung Deutschlands und die amerikahörige Politik Adenauers; Rußland doch wieder weitgehend identifiziert mit dem totalitären Prinzip; zergliedert und abgelehnt wird der ehrliche Aufschrei der Göttinger Achtzehn.

Aber für unser Empfinden sind diese Ansichten nicht von Belang für den Wert des Buches im ganzen. Weder ist ein bedeutender Philosoph verpflichtet, auch in der Tagespolitik alles richtig zu sehen, noch bilden diese Abschnitte den wesentlichen Inhalt dieses bedeutenden Werkes, das mit tiefem sittlichem Ernst und ruhend auf dem Untergrund eines großen Glaubens an das Positive im Menschen und an seine Berufung mithelfen will, aus der chaotischen Verstrickung unserer Gegenwart herauszuführen. *H. H.*

Wir sind es, die die Welt verderben

Das große Unglück dieser Welt, der große Jammer dieser Welt ist nicht, daß es Gottlose gibt, sondern daß wir so mittelmäßige Christen sind; denn ich fürchte mehr und mehr, daß *wir* es sind, die die Welt verderben, daß *wir* es sind, die den Blitz auf sie herabziehen. Welche Verrücktheit, zu behaupten, wir könnten uns rechtfertigen, indem wir uns stolz des Besitzes der vollen und lebendigen Wahrheit rühmen, dieser Wahrheit, die erlösen und retten könnte, während sie ohnmächtig bleibt in unseren Händen, wenn wir elend hinter einer Art Maginotlinie, die mit Verboten befestigt ist, in der Defensive verharren, als ob wir nichts Besseres zu tun hätten, als das Gesetz zu *halten*, während es doch unsere natürliche und übernatürliche Berufung ist, es zu *erfüllen!* *Georges Bernanos*

GTU Library
3 2400 00334 8392

v.52
1958

Neue Wege

v.52
1958